This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

LELAND·STANFORD·JVNIOR·VNIVERSITY

Lebenserinnerungen

von

Rudolph von Delbrück.

1817—1867.

Mit einem Nachtrag aus dem Jahre 1870.

Erſte und zweite Auflage.

Erſter Band.

LIBRARY

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1905.

Alle Rechte vorbehalten.

STANFORD LIBRARY

Vorwort.

Im Oktober 1890 schenkte mir mein geliebter Mann den Beginn dieser, als Manuskript gedruckten „Lebenserinnerungen", deren Schluß im Jahre 1903 folgte, mit folgender Widmung:

„Meine liebe Elise

Du hast auf die Zueignung dieser Erinnerungen schon aus dem Grunde ein Recht, weil nur auf Dein Zureden ihre Niederschrift begonnen und nach jeder gezwungenen Unterbrechung wieder aufgenommen ist. Als ich Hand an sie legte, dachte ich nicht daran, politische Denkwürdigkeiten zu schreiben, ich wollte, wie das auch Dein Gedanke war, mich auf die Darstellung der persönlichsten Erlebnisse beschränken. Je weiter ich aber mit meinen Aufzeichnungen fortschritt, desto klarer wurde es mir, daß ich den Rahmen erweitern müßte, wenn nicht ein armes Dasein statt des mir von Gott geschenkten reichen Lebens im Bilde erscheinen sollte. Denn der Reichtum meines Lebens hat von meiner Jugend an bis zum Beginn des Alters seinen Mittelpunkt in der Arbeit für den Staat gehabt, und kann ohne Darstellung der Gegenstände, der Methode, der Ziele und der Ergebnisse dieser Arbeit nicht zur Anschauung gebracht werden. So kam ich, beinahe wider Willen, dazu, eine Geschichte der preußischen Handelspolitik zu schreiben, und damit in die Gefahr, auf die meiner Aufgabe fremde allgemeine Politik hinüberzugreifen. Ich habe mir Mühe gegeben, dieser Gefahr zu entgehen, und mich damit begnügt, da, wo es nicht zu vermeiden war, an die geschichtlichen Tatsachen zu erinnern.

Wenn mir Gott noch weiter Leben und Kräfte schenkt, hoffe ich meine Aufzeichnungen bis zu meinem Eintritt in den Dienst des

Norddeutschen Bundes fortzuführen. Ihre weitere Fortsetzung kann ich nicht ins Auge fassen. Selbst wenn meine Lebensdauer für sie ausreichen sollte, würde mir unentbehrliches Material fehlen. Tagebücher zu führen habe ich niemals Zeit gehabt, und Aktenstücke, wie solche für die Darstellung meiner Tätigkeit in den Jahren 1842 bis 1867 das Gerippe bilden, habe ich als Präsident des Reichskanzleramts nicht mehr gesammelt. Ich würde es nicht unternehmen mögen, ohne die durch solche Aktenstücke gebotene feste Grundlage, bloß aus dem Gedächtnis, eine zusammenhängende Darstellung zu schreiben.

Indem ich diese Blätter, wenn auch in einer sehr beschränkten Anzahl von Abdrücken, habe vervielfältigen lassen, erfülle ich gewissermaßen ein Vermächtnis meines Vetters Adelbert Delbrück. Er hatte sich bei dem Beginn der Krankheit, welche ihn uns geraubt hat, die ersten Stücke meiner Aufzeichnungen vorlesen lassen, und machte es mir zur Pflicht, dieselben in den Druck zu geben. Und ungedruckt würde ich sie Dir nicht wohl als ein Geschenk für Deinen Geburtstag überreichen können.

Dein

Rudolph."

Nur unter strengster Diskretion hat er einzelne der gedruckten Exemplare aus der Hand gegeben, wie er denn es niemals liebte, von sich selbst zu sprechen.

Wenn ich trotzdem mich entschlossen habe, dieses Buch der Öffentlichkeit zu übergeben, nachdem er am 1. Februar 1903 von dieser Erde abberufen worden ist, so geschieht dies teils auf Wunsch einzelner Mitglieder der Familie Delbrück, teils weil es mir selbst am Herzen lag, das Bild meines Mannes mit seinem vorbildlichen Fleiß, mit seinem unentwegten Streben zum Wohle seines Vaterlandes, mit der Reinheit seines Charakters und mit der Tiefe seiner Empfindungen nicht verloren gehen zu lassen. Vor allem aber wünschte ich die Erinnerung an seine vielseitige Tätigkeit zur Hebung von Handel und Gewerbe, und seine hervorragende Mitwirkung bei der Entwicklung, Erweiterung und Erneuerung des Zollvereins, durch welchen der Boden für das geeinte Deutschland vorbereitet wurde, auch in weiteren Kreisen rege zu erhalten.

In Besprechungen mit Freunden traten nun aber die verschiedensten Ansichten darüber hervor, ob das Werk so zu geben sei,

wie mein Mann es für mich geschrieben hat, oder ob Kürzungen vorzunehmen wären. Es wurde erwogen, ob aus der Feder eines namhaften Historikers die Darstellung der späteren Lebenszeit meines Mannes, sein Wirken nach 1867 hinzuzufügen sei, oder auch ob Briefe Kaiser Wilhelms, des Fürsten Bismarck und anderer bedeutender Persönlichkeiten an ihn, als Anhang beizugeben wären.

Als Ausschlag gebend entschloß ich mich daher den Rat zweier hiesiger historischer Forscher, der Herren G. Schmoller und M. Lenz, zu erbitten.

Nach eingehenden Beratungen mit ihnen reifte der Entschluß, das Buch ganz so wie es ist, ohne Anmerkungen, ohne fremden Zusatz, ohne Beilagen, deren jede einen gelehrten Apparat erforderte, herauszugeben. Die Meinung dieser Herren ging zuerst fast mehr auf die Beigabe dieser Zutaten. Aber es zeigte sich bald, daß dadurch die Veröffentlichung für viele Jahre verzögert, sowie daß der einheitliche Charakter des Werkes zerstört werden würde. Beide Herren waren zuletzt übereinstimmend der Ansicht, dasjenige, was dem Buche seinen eigentlichen Wert und hohen Reiz verleihe, würde dadurch nicht wesentlich gewinnen.

Lenz schrieb mir: „Das Ganze ist nach meinem Dafürhalten eine der wertvollsten Quellen zur Geschichte unserer Einheitsbewegung, ja mehr als das, die Darstellung bereits selbst eines der wertvollsten Kapitel aus unserer neuesten Geschichte. Ob ein späterer Historiker die Geschichte des Zollvereins in dieser Epoche noch vollständiger schreiben wird, weiß ich nicht. Jedenfalls wird er im wesentlichen nur wiederholen, was hier gesagt worden ist. Es ist etwas ganz seltenes, daß uns objektive Geschichte von denen, die sie selbst gemacht haben, geschrieben wurde. Hier liegt der Fall vor, und es würde sehr schade sein, wenn eine solche Darstellung der Welt vorenthalten, oder nur verkürzt gegeben würde. Ich glaube in der Tat nicht, daß es möglich sein wird, größere Sachkenntnis mit Sachlichkeit und Schlichtheit zu vereinigen. Für die Persönlichkeit Delbrücks selbst ist es dadurch ein Dokument ersten Ranges. Die Klarheit und Sachlichkeit des politischen Urteils, die Wahrhaftigkeit seines Charakters, die Zielbewußtheit im Handeln, und die Hingabe an seine Aufgabe, an den Staat, dem er dient, treten auf jeder Seite hervor."

Wie Schmoller und Lenz verlangten, daß ich in dem ganzen Buch so wenig wie möglich streiche und kürze, so wünschten sie vor allem auch die unverkürzte Wiedergabe der Jugend- und Universitätszeit. Speziell in bezug auf diesen Teil schrieb mir Schmoller: „Ihr verewigter Gatte ist ein Beobachter und Erzähler ersten Ranges. Und grade dieser erste Band wird für alle Zeiten eines der wertvollsten Denkmäler der preußischen Beamten-, Geistes- und Kulturgeschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bleiben." Er fügte bei, wie abgewogen die Schilderungen aller Auftretenden in Lob und Tadel durch das ganze Werk hindurch seien, und wie sehr durch Streichungen, die in der Absicht erfolgten, Verletzungen von Zeitgenossen oder deren Nachkommen zu vermeiden, der Wert der Aussprüche meines Mannes vermindert würde.

So sind nun nur wenige unwesentliche Kürzungen in der Familiengeschichte, und ist nur die Streichung von ein paar, mir für die Öffentlichkeit nicht geeignet erscheinenden Worten erfolgt.

Allen, die mich bei der Herausgabe beraten und unterstützt haben, meine Herren Verleger inbegriffen, sage ich meinen besten Dank.

Die Einfügung der Kolumnentitel und der Jahreszahlen über den Seiten, sowie die Anfertigung des Personenregisters hat Herr Archivrat Dr. Arnold freundlichst übernommen.

Berlin, im Januar 1905.

Elise von Helbrück
geb. von Pommer Esche.

Vorbemerkung zur zweiten Auflage.

Nach Mitteilung der Herren Verleger haben die Lebenserinnerungen meines Mannes schon infolge der Voranzeige ein solches Interesse gefunden, daß die erste Auflage zum großen Teil vergriffen ist. Es hat sich daher die sofortige Veranstaltung eines unveränderten Neudrucks, der gleichzeitig mit der ersten Auflage ausgegeben wird, als notwendig erwiesen.

Mitte Februar 1905.

E. v. H.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Erstes Kapitel 1

[1817—1830] Geburt, 16. April 1817. Die Familie Delbrück S. 1. Der Vater Friedrich Delbrück. Sein Bildungsgang S. 2. Erzieher des Kronprinzen 1800 S. 3. Entlassung 1809 und Reisen S. 4. Tätigkeit während des Krieges 1813 S. 5. Die Luisenstiftung. Emilie Mecklenburg S. 6. Verlobung und Heirat 1815 S. 7. Berufung nach Zeitz als Superintendent und Oberprediger. Taufe des Sohnes Rudolph 1817 S. 8. Die Stadt Zeitz. Das Pfarrhaus S. 9. Stimmung der Bevölkerung in dem neu erworbenen Gebiete S. 10. Amtliche Tätigkeit S. 11. Persönlicher Verkehr. Für die Union S. 12. Gegen die Agende. Beim König 1826 S. 13. Mutter und Schwester. Erste Kindesjahre S. 14. Reisen: Franzensbad 1820, 1821; Magdeburg. Besuch beim Kronprinzen 1822 S. 15. Erkrankung der Mutter S. 16. Tod der Mutter 1823. Vermählung des Kronprinzen S. 17. Erster Unterricht S. 18. Spiele und Lektüre S. 19. Tätigkeit des Vaters für seine Kirche S. 20. Das neue Heim im Albrechtschen Hause 1826 S. 21. Ausflüge. Vogelschießen S. 22. Vetter Jules aus Bordeaux. Privatunterricht S. 23. Deklamationen. Körperliche Übungen S. 24. Reisen nach Magdeburg und Berlin S. 25. Verkehr in Berlin S. 26. Geistige Förderung durch die Reisen S. 27. Das Kronprinzenpaar in Zeitz 1828 S. 28. Eintritt in das Gymnasium S. 29. Fortschritte in der Schule. Häusliche Lektüre S. 30. Tod des Vaters 1830 S. 31. Der Hauslehrer Gustav Kießling S. 32. Übersiedelung nach Magdeburg S. 33.

Zweites Kapitel 34

[1830—1833] Im Hause des Onkels Gottlieb in Magdeburg 1830 S. 34. Der Onkel. Tante Auguste S. 35. Gegensatz gegen das väterliche Haus S. 36. Einsam und abgeschlossen S. 37. Die Julirevolution. Die Vettern. Im Domgymnasium S. 38. Der Gedanke Soldat zu werden. Planzeichnen. Dr. Niemeyers Kupferstiche S. 39. Mit dem Onkel in Berlin beim Kronprinzen. Berufung des Onkels nach Halle als Kurator 1831 S. 40. Ergötzlicher Umzug. Ludwigs Etcetera vor Halle S. 41. Die Stadt Halle. Geselliger Verkehr S. 42. Die Cousinen Aline und Franziska. Teeabende S. 43. Sommerwohnungen. Eintritt ins Pädagogium S. 44. Das Schulhaus. Die Lehrer S. 45. Der Lehrplan S. 46. Befriedigung im Lernen S. 47. Erholungen. Konfirmation 1832 S. 48. Goethes Faust. Knappe Vermögenslage S. 49. Tod der Tante. Abgangsprüfung 1833 S. 50.

Seite

Drittes Kapitel 51

[1833—1837] Überblick über das Universitätsstudium S. 51. Das erste Semester in Halle. Verkehr. Werner von Schele S. 52. Heinrich Bartels. Weihnachtsfest S. 53. Das zweite Semester in Bonn. Reise dorthin 1834 S. 54. Onkel Ferdinand Delbrück S. 55. Unbefriedigendes Verhältnis zum Onkel S. 56. Der Zauber Bonns. Studien. Zeichnen S. 57. Verkehr. Ausflüge S. 58. Abschied von Bonn. Köln. Nach Göttingen S. 59. Onkel Goeschen und die Seinen. Schwester Adelheid und Cousine Bertha S. 60. Wieder in Halle für das dritte und vierte Semester 1834—1835. Verlobung der Cousine Aline mit Professor Hohl S. 61. Vorlesungen. Musik S. 62. Hohls und Alinens Hochzeit 1835. Erkrankung. Entscheidung für die Verwaltung als Beruf S. 63. Nach Berlin für die drei letzten Semester 1835. Klenze. Lachmann S. 64. Eingeschränkte Lebensweise. Die Tischgenossen S. 65. Sonstiger Verkehr. Sybel und Windscheid S. 66. Vorlesungen. Audienz beim Kronprinzen. Entscheidung für die innere Verwaltung S. 67. Die philosophische und die historische Bewegung S. 68. Beeinflussung dadurch. Pernice S. 69. Geschichtsstudium. Leo S. 70. Ranke. Beschäftigung mit den Geschichtsquellen S. 71. In Rankes historischem Seminar S. 72. Studium von Goethes Werken S. 73. Ihre Einwirkung. Sinn für Musik. Gluckſche Opern S. 74. Studium der italienischen Malerei. Die erste juristische Prüfung 1837 S. 75.

Viertes Kapitel 76

[1837—1839] Eintritt als Auskultator beim Landgericht in Halle S. 76. Erste Tätigkeit als Auskultator S. 77. Die Direktoren Schröner und Koch. Materielles Recht S. 78. Praxis S. 79. Zweite juristische Prüfung 1838 S. 80. Tiefere systematische Rechtsstudien S. 81. Religiöse Wandlung. Hermann Dryander S. 82. Laura Henrici S. 83. Neigung zu Laura S. 84. Förderung durch Laura S. 85. Jubelfeier der Universität Göttingen S. 86. Blumenbach. Der Ball. Tod Goeschens S. 87. Mendelssohns Paulus. Geselliges Leben S. 88. In Schwarzburg und Weimar S. 89. Richard Röpell S. 90. Kampf der Geister in Halle S. 91. Die Hallescheſ Jahrbücher S. 92. Kampf zwischen Leo und Ruge S. 93. Mißglückte Habilitation Baumgartens S. 94. Stürmische Disputation Thieles S. 95. Weitere Verbitterung des Streites S. 96. Eigene Stellung zu dem Kampfe S. 97. Bekämpfung der unklaren Gemütsseligkeit S. 98.

Fünftes Kapitel 99

[1839—1842] Eintritt bei der Regierung in Merseburg, 3. September 1839. Die Garde-Regierung S. 99. Die Referendarien S. 100. Der Merseburger Regierungsbezirk S. 101. Präsident Graf Arnim 102. Vizepräsident Krüger. Häckel S. 103. Nobbe. Geschäftskreis der Regierung S. 104. Verständige Führung der Verwaltung S. 105. Erste Tätigkeit bei der Regierung S. 106. In der Gewerbe-Verwaltung S. 107. In der Polizei-Verwaltung S. 108. In anderen Verwaltungszweigen S. 109. Grundsteuer. Justitiariat S. 110. Geselligkeit in Merseburg S. 111. Gastliche Häuser S. 112. Auswärtige. Verkehr im Sommer S. 113. Der Ball. Der Verein S. 114. Theoretische Studien. Der Thronwechsel 1840 S. 115. Hoffnungen auf politische Veränderungen S. 116. Neue Bahnen. Der Provinziallandtag 1841 S. 117. Vorbereitungen zur dritten Prüfung S. 118. Die Aufgaben für die schriftlichen Arbeiten S. 119. Nach Berlin,

Seite

September 1841. Befriedigung über die letzten Jahre S. 120. Militärdienst bei der Artillerie S. 121. Die schriftlichen Prüfungs-Arbeiten S. 122. Ihr Abschluß und Erfolg S. 123. Die mündliche Prüfung S. 124. Ernennung zum Regierungs-Assessor, 9. Juli 1842. Familienereignisse S. 125.

Sechstes Kapitel 127

[1842—1844] Finanzielle Einrichtung S. 127. Berufung als Hilfsarbeiter im Finanzministerium, 24. Juli 1842 S. 128. General-Steuer-Direktor Kühne. Sein Wirken für den Zollverein S. 129. Kühnes Sonntage. Pochhammer S. 131. Bornemann. Friedrich von Pommer Esche S. 132. Tätigkeit im Ministerium. Tod des Onkels, 2. Nov. 1842 S. 133. In der Abteilung für Handel und Gewerbe 1843. Beuth S. 134. Beuths Haus S. 136. Tätigkeit unter Beuth. Finanzminister von Bodelschwingh S. 137. In der technischen Deputation S. 138. Navigationsschulwesen. Handelssachen S. 139. Zollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten 1844 S. 140. Ministerialdirektor Eichmann S. 141. Scheitern des Vertrags. Wünsche nach einem Handelsministerium S. 142. Reiche Entwicklung der materiellen Interessen S. 143. Die bisherige Verwaltung versagt S. 144. Errichtung von Handelsrat und Handelsamt, 1. Sept. 1844 S. 145. Halbheit der neuen Einrichtung S. 146. Gegensätze und Bewegungen im Zollverein S. 147. Der Vertrag mit den Niederlanden von 1839 S. 148. Der Vertrag mit Großbritannien von 1841 S. 149. Stellung des Handelsamts zu den Strömungen. Präsident von Roenne S. 150. Personal des Handelsamts. Eintritt als Hilfsarbeiter, 1. Okt. 1844 S. 151. Kommerzielle und technische Studien S. 152. Studien auf Dienstreisen S. 153. Statistik S. 154.

Siebentes Kapitel 155

[1844—1848] Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Belgien, 1. Sept. 1844 S. 155. Vorgeschichte S. 156. Schleppende Vorverhandlungen S. 157. Weitere Schwierigkeiten S. 158. Abschluß und Inhalt des Vertrags S. 159. Genehmigung des Vertrags S. 160. Kritik des Vertrags S. 161. Zolltarif-Enquete 1845 S. 162. General-Konferenz in Karlsruhe S. 163. General-Konferenz in Berlin 1846. Frhr. von Patow S. 164. Differentialzölle. Roenne und Kühne S. 165. Heinrich von Arnim und Ludolph Camphausen S. 166. Stellung des auswärtigen Ministeriums S. 167. Stillstand im Zollverein. Der Steuerverein S. 168. Hannover und Großbritannien S. 169. Hannover und Amerika. Belgien S. 170. Das auswärtige Ministerium für Differentialzölle S. 171. Verhandlung der Ressortchefs S. 172. Verhandlung im Handelsrat S. 173. Entwurf über Errichtung eines deutschen Schiffahrts- und Handelsvereins, März 1847 S. 174. Patow in Bremen und Hamburg S. 175. Weitere Mißerfolge. Einverleibung Krakaus in Österreich 1846. Reise nach Breslau und Krakau S. 176. Einziehung Krakaus in die österreichische Zollinie S. 177. Grenzverkehr mit Österreich in Garn und Leinen S. 178. Unbefriedigende Beziehungen zu den Niederlanden S. 179. Nach der Kündigung des Vertrags von 1839 S. 180. Neue Verhandlungen abgelehnt 1846 S. 181. Plan von Zollzuschlägen für niederländische Produkte 1847 S. 182. Fehler der Regierung in der Handelspolitik S. 183. Erfreulichere Arbeiten. Gegen das Truckſystem. Der Sundzoll S. 184. Verträge mit Neapel 1847, Portugal 1844,

Seite

Sardinien 1845. Begründung des Handels-Archivs S. 185. Erfolge des Handelsamts S. 186. Gewinn an persönlicher Stellung S. 187.

Achtes Kapitel 188

[1842—1848] Gesellschaftliche Verhältnisse. Die Tischgesellschaft S. 188. Alle politische Richtungen vertreten S. 190. Befreundung mit konstitutionellen Auffassungen S. 191. Die portugiesische Gesellschaft. Das Kapitel S. 192. Bei Frau Klenze S. 193. Die Berliner Gesellschaft S. 194. Im Hause des Ministers Eichhorn S. 195. Das Kränzchen S. 196. Die Damen des Kränzchens S. 197. Gemeinschaftliche Vergnügungen S. 198. Heimatsgefühl im Kreise des Kränzchens S. 199. Theater S. 200. Studien und Lektüre S. 201. Pflichterfüllung die Aufgabe des Lebens S. 202. Familien-Ereignisse S. 203. Reisen: Dresden und die sächsische Schweiz 1843 S. 204. Bei Vollmond im Magdeburger Dom 1846 S. 205. Reisen: Harz, Rügen, Leipzig 1847 S. 206. Anfänge des Jahres 1848 S. 207. Entwürfe für Belebung und Kräftigung des Bundes S. 208. Der 18. März S. 209. Nacht und Morgen. Abzug der Truppen S. 210. Rücktritt ins Finanzministerium, 20. März 1848 S. 211).

Neuntes Kapitel 212

[1848—1850] Niederdrückendes Gefühl der Lage S. 212. Tätigkeit im Finanzministerium S. 213. Errichtung des Handelsministeriums, 17. April 1848 S. 214. Geschäftskreis des neuen Ministeriums S. 215. Eintritt beim Handelsministerium, Ende April S. 216. Zeughaussturm. Handelsminister Milde S. 217. Untersuchung der Porzellan-Manufaktur S. 218. Anlage von Dampfkesseln. Zollpolitisches S. 219. Die Reichsverfassung und die deutschen Wasserstraßen S. 220. Beratung über eine deutsche Zolleinigung S. 221. Konkurrenz von Dampf- und Segelschiffahrt S. 222. August von der Heydt Handelsminister, 4. Dez. S. 223. Unterstaatssekretär von Pommer Esche S. 224. Direktor Oesterreich. Verschiedene Arbeiten S. 225. Ernennung zum Regierungsrat, Febr. 1849, und zum vortragenden Rat, Mai S. 226. Die Leinenindustrie in Westfalen und Schlesien S. 227. Förderung der Leinenindustrie S. 228. Erstes parlamentarisches Debüt, Jan. 1850 S. 229. Bevollmächtigter bei der Rheinschiffahrts-Kommission, 11. Juli 1849 S. 230. Die Sitzungen der Kommission in Mainz S. 231. Die Kollegen in der Kommission S. 232. Tätigkeit der Kommission S. 233. Gesellige Beziehungen S. 234. Neue Freunde. Müller. Bitter S. 235. Eigene Wohnung. Oskar von Schweinitz S. 236. Max Philipsborn S. 237. Gemeinschaftliches Arbeiten in der Handelspolitik S. 238.

Zehntes Kapitel 239

[1850—1852] Das englische Reederei- und Schiffahrtsgesetz vom 26. Juni 1849 S. 239. Vorarbeiten zu einem niederländischen Handelsvertrag S. 241. Abschluß des niederländischen Handelsvertrags 1851 S. 242. Verhandlung mit Belgien 1851 S. 243. Beschränkte Zugeständnisse beiderseits S. 244. Abschluß der Konvention, Febr. 1852. Geringe Befriedigung S. 245. Vertrag mit Sardinien 1851. Das handelspolitische Programm Österreichs S. 246. Österreichs Steuer- und Zollsystem S. 247. Sein früheres Verhältnis zum Zollverein S. 248. Zolleinigung wegen Ungarns unmöglich S. 249. Fürst Schwarzenbergs Plan einer Zolleinigung, Okt. 1849 S. 250. Gegenprogramm Preußens S. 251. Österreichische Note mit bestimmten Vorschlägen, Febr. 1850 S. 252. Preußens Gegenvorschläge.

Seite

Reise nach Wien, März S. 253. Minister von Bruck und Fürst Schwarzenberg S. 254. Unterhaltung mit Fürst Schwarzenberg S. 255. Gemeinschaftlicher Ausgangspunkt bei den Besprechungen nicht zu gewinnen S. 256. Die österreichischen Unterhändler. Leben in Wien S. 257. Erwägungen über Kräftigung des Zollvereins S. 258. Reform des Vereinstarifs als Weg dazu S. 259. Denkschrift über eine Tarifreform S. 260. Abschwächung der Vorschläge im Staatsministerium S. 261.

Elftes Kapitel 262

[1850] General-Konferenz in Kassel, Juli 1850 S. 262. Tarifreform S. 263. Das Verhältnis zu Österreich S. 264. Zollverwaltungs-Angelegenheiten S. 265. Kurhessische Krisis. Politische Berichterstattung S. 266. Einmarsch preußischer Truppen in Kassel, Oktober S. 267. Auffassung des kurhessischen Verfassungsstreites S. 268. Sendung Niebuhrs nach Wilhelmsbad S. 269. Die Entschließung des Kurfürsten und ihre Aufnahme S. 270. Abreise von Kassel. Die Konferenz-Bevollmächtigten S. 271. Geselligkeit in Kassel S. 272.

Zwölftes Kapitel 273

[1851—1852] Tage vollkommener Mutlosigkeit. In Hannover S. 273. Teilnahme an den freien Konferenzen in Dresden, Febr. 1851 S. 274. Graf Alvensleben S. 275. Geselligkeit und Feste. Prag S. 276. Bayerns und Sachsens Denkschriften in der 3. Kommission S. 277. Preußens Instruktion über die materiellen Fragen S. 278. Die technischen Kommissarien. Schwierigkeiten S. 279. Übereinkunft zur Beförderung von Handel und Verkehr S. 280. Inhalt des Entwurfs S. 281. Die Übereinkunft als Vorarbeit des Vertrags von 1853 S. 282. Umschwung in Hannover. Vertrauliche Verhandlung mit Klenze S. 283. Abschluß des Vertrages zwischen Preußen und Hannover, 7. Sept. 1851 S. 285. Beschwerden über Preußens Verfahren S. 286. Verteilung der Einnahmen nach dem Entwurf S. 287. Besteuerung des Salzverbrauchs S. 288. Ermäßigung von Eingangsabgaben S. 289. Erhöhung der Rübenzuckersteuer. Nebenprotokoll S. 290. Notwendigkeit des Vertrags für Preußen S. 291. Annahme des Vertrags im preußischen Landtag, Jan. 1852 S. 292. Elbzollverhandlung in Magdeburg, Sept. 1851 S. 293. Sachverständiger im handelspolitischen Ausschuß in Frankfurt, Okt. 1851 S. 294. Der Bundestagsgesandte von Bismarck S. 295. Abschluß der Frankfurter Beratungen S. 296. Schwierigkeiten für die Annahme des September-Vertrags S. 297. Thronwechsel in Hannover. Minister Frhr. von Schele S. 298. Annahme des Vertrags durch die hannoverschen Stände S. 299. Oldenburgischer Anschlußvertrag, März 1852 S. 300.

Dreizehntes Kapitel 301

[1852] Der neue österreichische Zolltarif S. 301. Zollkonferenz in Wien ohne Preußen, Januar 1852 S. 302. Gang der Wiener Verhandlung. Dr. Lembke S. 303. Die Entwürfe der Wiener Konferenz S. 304. Fürst Schwarzenbergs Tod. Preußens Anträge über Fortsetzung des Zollvereins S. 305. Stellungnahme der Vereins-Regierungen. Darmstadter Protokolle der Mittelstaaten, April S. 306. Der Trias-Gedanke in den Darmstadter Protokollen S. 308. Eröffnung der Verhandlung über Fortsetzung des Zollvereins, 19. April S. 309. Guter Verlauf der Beratung über die Erneuerung S. 310. Verhandlung über das Verhältnis zu Österreich S. 311.

Seite

Stellung des Königs. Depesche nach Wien S. 312. Populäre Strömung S. 313. Depeschenwechsel mit Wien. Bismarck in Wien, Juni S. 314. Antrag der Darmstadter Verbündeten abgelehnt S. 315. Ein Schritt vorwärts. Vertagung der Konferenz, Juli S. 316. Vorgänge im gegnerischen Lager. Stuttgarter Erklärung, August S. 317. Erwägung über die Stuttgarter Vereinbarungen S. 318. Preußens Erklärung, 30. August S. 319. Schroffe Depesche an die preußischen Gesandten S. 320. Abbruch der Verhandlungen, 27. September S. 321. Gründe des Scheiterns der Verhandlung S. 322. Verhandlungen mit Thüringen S. 323. Abschluß der Verträge mit Thüringen 26./27. November S. 324. Vertrag mit Braunschweig, 2. November S. 325.

Vierzehntes Kapitel 326

[1852—1853] Österreich zu direkter Verständigung mit Preußen bereit S. 326. Bruck als österreichischer Bevollmächtigter in Berlin, Dezember 1852 S. 328. Verhandlung mit Bruck S. 329. Abschluß des preußisch-österreichischen Vertrags, 19. Februar 1853 S. 330. Der Friede mit Österreich ein großer Erfolg Preußens S. 331. Allgemeine Bemerkungen S. 332. Wirtschaftliche Ergebnisse des Vertrags S. 333. Geringe Entwicklung der Ausfuhr nach Österreich S. 338. Veredelungsverkehr und Grenzverkehr S. 339. Mitteilung des Vertrags an die Vereins-Regierungen S. 340. Wiederaufnahme der Verhandlung über den neuen Zollvereinsvertrag, 12. März S. 341. Teilung der Ausgangs- und Durchgangsabgaben S. 342. Besteuerung des Rübenzuckers S. 343. Zollvergütung an Erbauer von Seeschiffen S. 344. Übergangsmaßregeln. Kleinere Verträge S. 345. Präzipuum bei der Branntweinsteuer. Sachsens Verlust S. 346. Unterzeichnung der Verträge, 3./4. April. Beziehungen zu Bremen S. 347. Die Bevollmächtigten bei den Verhandlungen S. 348. Annahme aller Verträge im Landtag S. 349.

Erſtes Kapitel.

Am 16. April 1817 bin ich in Berlin geboren, in dem Hauſe Nr. 4 hinter dem neuen Packhof. Die Mietswohnung, in welcher ich zur Welt kam, wurde einige Monate nach meiner Geburt von dem damaligen Oberfinanzrat Beuth bezogen; jetzt nimmt das neue Muſeum die Stelle ein, auf welcher ſich das Haus und der angrenzende Teil der Straße befand.

Mein Vater lebte damals ohne beſtimmten Beruf in Berlin. Er hatte ein reiches Leben hinter ſich.

Er ſtammte aus einer niederſächſiſchen Familie, welche zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges zu Alfeld im Stifte Hildesheim ſeßhaft war. Sein Urgroßvater, der ſich dem geiſtlichen Stande gewidmet hatte, verließ die Heimat und ſtarb als Paſtor in Marienborn bei Helmſtädt; die Kloſterkirche des Dorfes bewahrt noch heute ſein Bildnis. Deſſen Sohn, Geiſtlicher wie der Vater, wurde 1750 als Prediger an die Johanniskirche in Magdeburg berufen. Noch lange nach ſeinem Tode erinnerte man ſich in Magdeburg des gewaltigen Eindrucks ſeiner Predigten, namentlich aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges, während deren er bei der Königin Eliſabeth Chriſtine, Gemahlin Friedrichs II., zugleich die Stelle des Hofpredigers vertrat. Dieſe Erinnerungen gehörten zu den erſten Eindrücken, welche ſein Enkel, mein Vater, als Knabe empfing; er ſelbſt bezeichnete ſie als die Quelle ſeiner Neigung für den geiſtlichen Beruf. Mein Großvater war Juriſt geworden; er ſtarb 1783 in der Stellung eines advocatus curiae und Ratsmanns in Magdeburg, als mein Vater fünfzehn Jahre alt war. Unter ſechs Geſchwiſtern, vier Brüdern und zwei Schweſtern, der älteſte Sohn, wurde er der

Gehülfe seiner klugen und energischen Mutter bei der Erziehung seiner jüngeren Brüder. Er war eine ernste, gottesfürchtige Natur; schon von früh an hatte er sich aus eigener Bewegung daran gewöhnt, an jedem Sonntage und Festtage zweimal die Kirche zu besuchen. Es war ihm ein wahrer Genuß, die, freilich auch bedeutenden Prediger zu hören, welche damals die Kanzel der Heiligengeistkirche einnahmen, und ein wahrer Schmerz, als einer nach dem andern einem Rufe nach Hamburg folgte. Seine Schulbildung erhielt er in der Domschule, deren unter den Schulmännern jener Zeit hervorragender Rektor Funk ihm besonders nahe trat. Es war nicht ohne Einfluß auf seine spätere Entwicklung, daß Funk mehr auf die sittliche, als auf die wissenschaftliche Bildung wirkte und seine Schüler mehr mit ängstlichem, als unternehmendem Sinne erfüllte. Ein eigentümliches Anerbieten, welches dem noch nicht achtzehnjährigen Primaner gemacht wurde, bezeugt die sittliche Reife, zu der er früh gelangt war. Basedow, damals in Magdeburg wohnhaft, bot ihm an, ihn nach Ungarn zu begleiten, wo er seine Erziehungsweise zu verbreiten gedachte. Mein Vater lehnte ab; Basedow gab den Plan auf und blieb in Magdeburg, mein Vater brachte während seines letzten Schuljahres wöchentlich einige Stunden bei ihm zu. Der Umgang mit diesem Manne vermochte zwar nicht, die tiefgewurzelte Neigung meines Vaters zum Predigtamte zu zerstören, war aber wohl nicht ohne Einfluß auf seine Universitätsstudien. Während der sieben Semester, welche er, von Ostern 1787 bis Michaelis 1790, in Halle als Studierender der Theologie zubrachte, waren es vorzugsweise Johann August Eberhard und Friedrich August Wolf, deren Vorlesungen er hörte und an deren Seminarien er teilnahm, waren es also Philosophie und Theologie, welche sein Interesse und seinen, bis zu Übermaße gesteigerten Fleiß in Anspruch nahmen. Die Vorträge im Seminar führten ihn auf die Kanzel. Noch als Student predigte er wiederholt in Halle und einmal während der Ferien in der Heiligengeistkirche in Magdeburg. Bei seinem Abgange von der Universität erwarb er durch öffentliche Verteidigung seiner Inauguraldissertation über die Ethik des Aristoteles die philosophische Doktorwürde. Sein Diplom trägt berühmte Namen: Christof von Hofmann als Kanzler, Reinhold Forster als Prorektor, Georg Simon Klügel als Dekan.

Kaum nach seiner Heimat zurückgekehrt, erhielt er eine Lehrerstelle an der Stadtschule, und anderthalb Jahre später wurde er als

Rektor an das Pädagogium des Klosters U. L. Frauen berufen. Im Juli 1800 erfolgte seine Ernennung zum Erzieher des Kronprinzen, nachmaligen Königs Friedrich Wilhelm IV.

Diese Ernennung war das Ergebnis der, im Auftrage des Königs und der Königin angestellten Erkundigungen des Kabinettsrats Beyme bei Funk in Magdeburg, dem früheren Lehrer und nunmehrigen Amtsgenossen meines Vaters, und bei Hermann August Niemeyer in Halle, in dessen Hause mein Vater während seiner Universitätszeit gewohnt und mit welchem er viel verkehrt hatte. Die Äußerungen beider Männer sind für seine Charakteristik von Wert. Sie bezeugen vollste Sittenreinheit, moralisch religiöse Grundsätze und Gesinnungen, einen unermüdlichen Fleiß, welchem mehr als dem Genie die erworbenen guten Kenntnisse zugesprochen werden, eine strenge Gewissenhaftigkeit, welche sich bis zur Peinlichkeit steigern konnte, endlich gute gesellschaftliche Formen. Niemeyer sprach die Überzeugung aus, daß er in das Herz des Prinzen keine andern Grundsätze bringen werde, als die einer echten Religion, einer reinen Moral und einer wahren Humanität. Auffallend ist es, daß eine Charaktereigenschaft unerwähnt blieb, die, wie aus seinen eigenen Aufzeichnungen erhellt, meinem Vater schon damals eigen war, nämlich eine Erregbarkeit des Gemüts, welche sich ebensoleicht bis zur Rührung, als bis zur Entrüstung steigerte.

Mit seiner neuen Stellung begann für ihn ein neues Leben. Es war nicht bloß, daß an die Stelle der Leitung einer großen Erziehungsanstalt und des Unterrichts in einer vollen Klasse die unmittelbare Erziehung und Unterweisung eines Einzelnen trat, und daß dieser Einzelne der Erbe des preußischen Thrones war, es war zugleich ein von dem bisher gewohnten völlig verschiedener Lebenskreis, in welchen er versetzt wurde. Als steter Begleiter seines Zöglings war er in der Regel Gast an der königlichen Mittagstafel und nahm er fast ausnahmslos an dem Abendzirkel der Majestäten teil. Beide hatten ihn mit Vertrauen empfangen, beehrten ihn mit ihrem Wohlwollen und begründeten damit seine Stellung zur Hofgesellschaft. Seine vielseitigen Kenntnisse wurden in dieser nicht gerade wissenschaftlich gebildeten Gesellschaft geschätzt, seine Fertigkeit im Gebrauch der französischen Sprache, welche er seinem Umgange mit dem in der Magdeburger Zitadelle interniert gewesenen Grafen Alexander Lameth verdankte, erleichterte ihm den Verkehr, seine Neigung für Damengesellschaft näherte ihn dem belebten Kreise der

jugendlichen Hofdamen. Für den Umgang mit den gelehrten Kreisen Berlins blieb ihm Zeit genug, auch nachdem ihm anderthalb Jahre nach seinem Amtsantritt, neben der Erziehung des Kronprinzen, diejenige des Prinzen, nachherigen Kaisers und Königs Wilhelm übertragen war. Er folgte dem Hofe nach Memel und nach Königsberg, und so kam es, daß er allen Personen nahe trat, welche in dem ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts durch Geburt, durch militärische oder amtliche Stellung oder durch wissenschaftliche Bedeutung in Preußen hervorragten. Die freundschaftlichen Beziehungen, welche er mit vielen dieser Personen, Männern und Frauen, anknüpfte, haben ihn bis zum Ende seines Lebens begleitet.

Im Dezember 1809 wurde er aus seiner Stellung bei dem Kronprinzen entlassen, weil letzterer bei seinem vorgerückten Alter und der bevorstehenden Rückkehr des Hofes nach Berlin ausschließlich unter die Leitung seines militärischen Gouverneurs treten sollte. So schmeichelhaft die Kabinettsorder lautete, durch welche ihm, unter Beilegung des Charakters als Geheimer Rat und Gewährung eines, für die damaligen Verhältnisse recht ansehnlichen Gehaltes, seine Entlassung mitgeteilt wurde, war sie doch ein schwerer Schlag. Mit ganzer Seele hing er an seinem talentvollen und, trotz mancher Ungeberdigkeiten, liebenswürdigen Zögling, und mit tiefem Schmerz sah er das seiner Vollendung nahe Erziehungswerk plötzlich für immer unterbrochen. Der Kronprinz, welchen seine beiden Eltern in ausführlichen Briefen von der bevorstehenden Anordnung unterrichteten, war durch die Trennung von seinem Lehrer so erschüttert, daß er erkrankte. Die Fortsetzung der Erziehung des Prinzen Wilhelm unter Übernahme des Prinzen Karl lehnte mein Vater ab. Es war schonende Rücksicht auf die Empfindungen des Kronprinzen, welche die bereits verfügte Ernennung meines Vaters zum Mitgliede der Regierung in Königsberg nicht zur Ausführung kommen ließ. Er folgte dem Hofe nach Berlin und verweilte dort bis gegen Ende des Jahres 1810, in fortdauerndem brieflichen und persönlichen Verkehr mit seinem früheren Zögling. In diese Zeit fällt seine, ebenfalls nicht zum Vollzug gelangte Anstellung als Mitarbeiter bei der Sektion des Ministeriums des Innern für den öffentlichen Unterricht. Er vollendete in der ersten Hälfte des Jahres 1811 in Magdeburg ein Werk: „Ansichten der Gemütswelt" und trat im Juli dieses Jahres eine Reise nach Frankreich, Italien und der Schweiz an, deren Ausführung ihm vom König durch einen Zuschuß zu seinem Gehalte

ermöglicht und deren hauptsächlicher Zweck das Studium des Kirchen- und Schulwesens war. Bei Pestalozzi in Yverdun erhielt er im März 1813 die Nachricht vom Ausbruch des Krieges. Die wieder lebendig gewordene Neigung zum Predigtamte — er hatte in der Pestalozzischen Anstalt fünfmal gepredigt — traf zusammen mit dem Drange nach tätiger Teilnahme an der Erhebung des Landes; er eilte nach Breslau und trug dem König, von welchem er gnädig empfangen war, die Bitte vor, ihn, ohne Zuteilung zu einem bestimmten Korps, zum Feldprediger zu ernennen. Der Bitte konnte nicht gewillfahrt werden; mein Vater, welcher sich wieder in der Mitte seiner alten Freunde und Bekannten befand, blieb in Breslau, solange der Hof daselbst verweilte, und brachte dann die Zeit des Waffenstillstandes in Ottmachau und Reichenbach zu. Auf dem Wege zwischen beiden Orten sah er den Kronprinzen wieder. Vom Ablauf des Waffenstillstandes bis in den Oktober war er in den Lazaretten, namentlich in Prag tätig, besuchte darauf Wien und kehrte am letzten Tage des Jahres 1813 nach Berlin zurück.

Noch vor dem Antritt seiner Reise hatte der König bestimmt, daß er nach seiner Zurückkunft entweder einen angemessenen Wirkungskreis erhalten, oder durch die Fortdauer seines Gehalts in den Stand gesetzt werden solle, seine erweiterten Kenntnisse in Schriften oder durch mündlichen Vortrag mitzuteilen. Er war 45 Jahre alt, in der Kraft des Lebens, ausgestattet mit gründlichen wissenschaftlichen Kenntnissen, im Besitz einer, durch ein langes Hofleben und durch Reisen, wie solche damals noch selten waren, erworbenen allgemeinen Bildung, in Beziehungen zu den hervorragendsten Persönlichkeiten des Landes, voll Eifer für das Allgemeine zu wirken, und durch sein, von keiner Bedingung abhängiges Gehalt gegen äußere Sorgen geschützt, auch wenn er auf eine Stellung im Staatsdienst verzichtete. Unter Verhältnissen, wie solche günstiger selten vorkommen, konnte er sich sein Leben gestalten.

Zunächst blieb er in Berlin. Es mochte ihm schwer fallen, das Leben in der Berliner Gesellschaft, in welcher er wieder heimisch, und die Verbindung mit dem Hofe, welche nie unterbrochen war, aufzugeben; zugleich bot sich ihm die Gelegenheit zur Ausübung des Predigtamts: Vier Wochen nach seiner Rückkehr bestieg er in der Nikolaikirche die Kanzel und predigte dann häufig in verschiedenen Kirchen der Hauptstadt. Daneben ging die Tätigkeit für päda-

gogische Aufgaben, von welchen namentlich eine ihn lebhaft beschäftigte.

Der Tod der Königin Luise, welcher das ganze Land mit tiefem Schmerz erfüllte, war ihm durch das Herz gegangen; hatte er doch in der nächsten Umgebung der Entschlafenen, beglückt durch ihr Vertrauen und Wohlwollen, lange, wechselvolle Jahre verlebt. Ihre Briefe aus dieser Zeit bewahrte er als unschätzbaren Besitz. Er wollte ihr ein, ihrem Sinne entsprechendes Denkmal setzen; durch eine vierzehn Tage nach ihrem Tode erlassene Ansprache „an die tiefgebeugten Bewohner des preußischen Staats" hatte er, im Vereine mit fünf gleichgesinnten Männern, zur Errichtung von Bildungsanstalten für Erzieherinnen aufgefordert. Noch vor seiner Abreise war es gelungen, eine solche Anstalt in Berlin zustande zu bringen. Diese Anstalt, die Luisenstiftung, welcher vom Könige das Palais der Prinzessin Amalie, jetzt des Prinzen Albrecht überwiesen wurde, hatte die Bestimmung, Mädchen aus den gebildeten Ständen vom zwölften Lebensjahre bis zur Konfirmation aufzunehmen und Erzieherinnen auszubilden. Nach seiner Rückkehr bemühte sich mein Vater, der Erziehung und dem Unterricht feste Grundlagen zu geben, und lernte dabei meine Mutter kennen.

Sie war am 20. März 1796 geboren, jüngstes Kind des Bürgers und Hausbesitzers Mecklenburg in Potsdam. Den Vater hatte sie früh verloren; ihre Mutter war in der Lage gewesen, der begabten Tochter eine sorgfältige Erziehung zu geben, namentlich auch ihre wohllautende Stimme und ihr Talent für Klavierspiel und Zeichnen ausbilden zu lassen. Anfang 1814 trat sie als Erzieherin in die Luisenstiftung, eben zu der Zeit, als mein Vater seine Tätigkeit der Anstalt wieder zuwandte. Das sehr hübsche, lebhafte Mädchen, in dessen Geist und Charakter er durch die Beobachtung ihres Verkehrs mit den Zöglingen und den Vorsteherinnen der Anstalt volle Einsicht erlangte, gewann seine innige Neigung. Er hielt es nicht für schicklich, ihr seinen Antrag in den Räumen der Anstalt zu machen, in welcher er als Mitglied des Vorstandes auftrat, und veranlaßte deshalb seine Schwester, die Gattin des damals an der Universität Berlin lehrenden Professors Goeschen, das ihr schon bekannte Mädchen für einen Abend zu sich einzuladen. Diese Einladung brachte, als ein ganz ungewöhnliches Ereignis, in der Anstalt eine wahre Aufregung hervor, und von allen Seiten, Erzieherinnen und Zöglingen, wurde der Eingeladenen ans Herz ge-

legt, auf alles, was in der erwarteten Gesellschaft vorkommen werde, genau acht zu geben, damit sie am nächsten Tage recht ausführlich erzählen könne. So erschien sie denn festlich gekleidet und war überrascht, keine anderen Gäste zu finden, als eine Freundin meiner Tante, welche sich bald entfernte, und meinen Vater. Noch mehr überraschte sie der Antrag; ganz verwirrt und kaum fähig zu antworten, bat sie sich Zeit aus, um mit sich selbst ins reine zu kommen und mit ihrer Mutter zu reden. Es folgten ein paar peinliche Stunden, denn sie mußte, um Aufsehen in der Anstalt zu vermeiden, so lange aushalten, als Gesellschaften zu dauern pflegen, und sie erinnerte sich später gern an die Verlegenheit, in welcher sie sich nach der Rückkehr in die Anstalt gegenüber den auf sie einstürmenden neugierigen Fragen nach ihren Erlebnissen befunden hatte. Die Bedenkzeit dauerte nicht lange; sie gab dem gereiften Manne, zu welchem sie bis dahin mit einer gewissen Scheu emporgeblickt hatte, ein herzliches Jawort. Am 20. Dezember 1815, wenige Monate nach der Werbung, wurden sie von dem Pastor de Rége, dem Gatten einer älteren Schwester meiner Mutter, in Potsdam getraut.

Die Begründung eines eigenen Hausstandes mußte für meinen Vater ein neuer Grund werden, sich über die dauernde Gestaltung seines äußeren Lebens schlüssig zu machen. Daß diese Gestaltung nur in dem Predigtamte zu suchen sei, war ihm immer klarer geworden. Er hatte seine Tätigkeit auf der Kanzel fortgesetzt und vom Januar 1814 bis August 1816 72 Predigten gehalten; einige Predigten, welche er damals im Druck erscheinen ließ, leitete er durch eine Vorrede ein, in welcher er zu erkennen gab, daß er entschlossen sei, sich ganz dem Predigtamte zu widmen, und darüber Rechenschaft ablegte, wie dieser Entschluß, als auf innerem Drange beruhend und aus dem ganzen Gange seines Lebens erwachsen, in ihm entstanden sei. Er tat nun ernsthafte Schritte. Auf seinen, bei Überreichung eines Exemplars der Predigtsammlung an den König gestellten Antrag war das Ministerium angewiesen, auf seine Anstellung als Prediger bei einer Stadtgemeinde Bedacht zu nehmen; sein Wunsch richtete sich auf eine Stelle in Naumburg, wo er auf einer Reise von Berlin aus gepredigt und einen Kreis gebildeter Männer kennen gelernt hatte. Er wendete sich deshalb an seinen Freund, den Regierungs-Präsidenten von Schönberg in Merseburg. Leider konnte die Stelle, welche er im Auge hatte, nicht augenblicklich freigemacht werden,

es wurde ihm dafür die Superintendentur und Oberpredigerstelle in Zeitz angeboten, und Herr von Schönberg empfahl dringend ihre Annahme, weil sie ihren Inhaber zum Oberen eines großen geistlichen Bezirks, zum Rater und Führer vieler Landgeistlichen und Dorfschulen mache, also für einen Mann, welchem Schulunterricht und Verbreitung wahrer christlicher Lehre am Herzen liegt, ein weiteres schönes Feld des Wirkens biete, als eine auf die Mauern der Stadt beschränkte Predigerstelle. Wenige Wochen vor meiner Geburt entschloß sich mein Vater, die Stelle anzunehmen. Anfang Juni 1817 erhielt er seine Bestallung als Superintendent der Ephorie Naumburg-Zeitz und seine Vokation als erster Prediger an der Michaeliskirche in Zeitz.

Es war sein Wunsch, mich selbst zu taufen, und zwar in Zeitz, weil er den Taufakt erst nach seiner, der Einführung in das Amt vorhergehenden Ordination zu vollziehen berechtigt war. Herr von Schönberg riet davon ab, diesen Akt so lange auszusetzen, weil es in Sachsen eine eingeführte Sitte war, ein Kind nicht über einige Tage ungetauft zu lassen, und die Verletzung dieser Sitte dem neuen Geistlichen verdacht werden würde. Der Grund war durchschlagend, aber mein Vater konnte es sich doch nicht versagen, mich zu taufen. Statt die Ordination, wie er beabsichtigt hatte, auf der Reise nach Zeitz in Magdeburg vornehmen zu lassen, ließ er sich dieselbe in Berlin erteilen und taufte mich dort am 1. Juni. Die Taufpaten waren sehr zahlreich aus allen Zweigen der Familie entnommen; ich nenne nur die Anwesenden: Nicolovius, ein alter Freund aus der Königsberger Zeit, lange Jahre Direktor im Kultusministerium, Frau Mecklenburg, meine mütterliche Großmutter, Fräulein Auguste Klein, eine Tochter des bekannten Mitarbeiters am Allgemeinen Landrecht, Jugendbekannte meines Vaters aus der Universitätszeit, Frau Bankdirektor Krüger aus Königsberg, deren Beziehungen zu meinen Eltern mir nicht bekannt sind. Ich erhielt die Namen Martin Friedrich Rudolph, den ersten, weil ich im Jubeljahr der Wittenberger Thesen geboren war, den zweiten, weil er der Rufname meines Vaters war, den dritten, welcher mein Rufname wurde, vermutlich des Wohlklanges wegen, denn weder in der väterlichen, noch in der mütterlichen Familie war er heimisch. Weshalb der Kronprinz sich nicht unter den Taufpaten befand und ich nicht seinen Namen erhielt, weiß ich nicht. Fünf Jahre später, bei einem Besuche in Berlin, nahm mein Vater mich zum Kronprinzen mit auf das Schloß. Der Kronprinz ließ sich meinen Vornamen nennen und sagte dann mit

einem gewissen Tone: „Wie konnte er auch anders heißen.“ Jedenfalls hat er mir nachher den Namen verziehen; als ich Ministerialrat geworden war, pflegte er nach der Tafel oder bei Hoffesten, wenn er sich in guter Laune befand, mich „Rudolphe“ anzureden.

An der Mutterbrust machte ich die Reise nach Zeitz. Als Erinnerung an diese Reise trage ich noch heute eine Narbe am rechten Unterarm, welche ich mir zuzog, als ich bei einer Rast in Delitzsch mit dem Arm durch eine Fensterscheibe fuhr. Am 13. Juli erfolgte die Ankunft in dem neuen Wohnorte. Im Glanze des Sommers mußte derselbe einen freundlichen Eindruck machen. Die weiße Elster, welche die fruchtbare Ebene zwischen der mittleren Elbe und der Saale durchschneidet, bildet bei Zeitz ein breites Tal, dessen Rand auf dem rechten Ufer stark ansteigt. An diesem Rande von der Ebene hinab bis in das Tal gelagert, umschlossen von einer nach den Hussitenkriegen errichteten Mauer, überragt von den Türmen der alten Stadttore, des Rathauses, des Kaufhauses und mehrerer Kirchen, verlaufend in ein grünes Tal, in welchem das mit Wällen und Gräben versehene Schloß der Herzöge von Sachsen-Zeitz emporstieg, gewährte die Stadt einen reichen, malerischen Anblick. Aus der Ebene oberhalb der Stadt treten auf einer Anhöhe die alten Klostergebäude von Posa hervor, im Tal jenseits des Flusses streckt sich ein dichter Eichenwald hin. Die Stadt besaß in ihrem unteren Teile einzelne ansehnliche öffentliche und Privatgebäude, teils noch aus der bischöflichen Zeit, teils aus der Regierungsperiode der Herzöge herstammend, sonst trug sie den, ihren damaligen 6000 Einwohnern entsprechenden Charakter einer kleinen Landstadt. Ackerbürger und Handwerker von mittlerem Wohlstande bildeten den Kern der Bevölkerung; ein größerer Fabrikunternehmer beschäftigte ein paar hundert Arbeiter. Gegenüber der St. Michaeliskirche, an welche mein Vater berufen war, liegt im obersten Teile der Stadt nach Süden gerichtet die Pfarrwohnung, ein stattliches Gebäude mit reichlichen Wohn- und Wirtschaftsräumen, trotz der Raumverschwendung für Flure und Treppen. Hof und Garten fehlten nicht, Licht und Luft war überall vorhanden. Das Diensteinkommen, zu einem Teile in Naturalbezügen bestehend, war nicht unbedeutend; Herr von Schönberg meinte, daß es, zusammen mit der meinem Vater verbleibenden Pension, eine Einnahme gewähre, wie solche nicht leicht ein Beamter in der Provinz zu beziehen habe. Aber neben dieser Gunst der äußeren Verhältnisse kam es doch auch auf andere Dinge an.

Der Amtsbezirk meines Vaters war neu erworbenes Gebiet; er gehörte zu den erst vor zwei Jahren von Sachsen an Preußen abgetretenen Landesteilen. Freilich hatte in Deutschland seit dem Reichs-Deputations-Hauptschluß ein so häufiger Wechsel der Landesherren stattgefunden, daß die Gefühle, mit welchen die von einem solchen Wechsel Betroffenen denselben damals aufnahmen, nicht nach heutigen Auffassungen beurteilt werden können; aber gerade dieser Bezirk war seit Jahrhunderten mit Kursachsen verbunden gewesen und hatte sich in dieser Verbindung gerade deshalb behaglich gefühlt, weil sehr wenig regiert wurde. Die Stadt Zeitz hatte durch die neue Ordnung der Dinge schwer gelitten. Sie war der Sitz der kurfürstlichen Regierung des Stifts Naumburg-Zeitz, des Kammerkollegiums und des Stiftskonsistoriums gewesen; diese Behörden waren aufgelöst, der Landrat mit seinem Kreissekretär und ein schwachbesetztes Inquisitoriat waren die einzigen Behörden. Das Gedicht, mit welchem nach sächsischem Brauch die Bürgerschaft meinen Vater bei seinem Amtsantritt begrüßte, sprach denn auch unverhohlen aus, daß, als man nach dem Ende des Krieges an Erholung gedacht und von dem neuen Bande Segen erwartet habe, der Stadt die Tribunale entrissen seien, die ihr Wohlstand brachten, daß man vergeblich auf einen billigen Ersatz gewartet und schon befürchtet habe, des Königs Liebe zu entbehren. Zufrieden waren nur die sehr wenigen, welche imstande waren, den Wert der Angehörigkeit zu einem großen, aufstrebenden Staat zu begreifen; unzufrieden waren die sehr vielen, welche sich in hergebrachten und liebgewordenen Zuständen gestört fühlten, und die Zahl dieser Unzufriedenen erhielt einen starken Zuwachs, als nach anderthalb Jahren die Zollgesetzgebung von 1818 zum Vollzug kam und nicht nur den altgewohnten Verkehr mit den bei Sachsen verbliebenen Landesteilen empfindlich erschwerte, sondern auch ausgedehnte Bezirke den ganz unbekannten Belästigungen der Grenzkontrolle unterwarf. Es war keine erquickliche Luft, in die sich ein Mann versetzt fand, welchem der preußische Sinn angeboren und durch sein ganzes bisheriges Leben zu einem Stück seines Daseins geworden war.

Auch aus seiner amtlichen Tätigkeit konnte er keine volle Erquickung schöpfen. Er fand eine gottesfürchtige Gemeinde, und es gelang ihm nach und nach, sich dieselbe zu eigen zu machen. Nur nach und nach, denn es war den Leuten fremd, daß er sich in seinen Predigten vorzugsweise an das Gemüt wendete, und daß er die

Seelsorge nicht bloß wenn er gerufen wurde, beruhigend und tröstend, sondern auch ungerufen ermahnend und tadelnd ausübte. Aber seine eigene Gemütswärme und die Lauterkeit seines Willens drangen allmählich durch und gewannen ihm die Herzen. Predigt und Seelsorge bildeten indessen nur einen Teil seines Amtes, es zeigte sich, daß ein großer Teil seiner Zeit von Verwaltungsgeschäften in Anspruch genommen wurde.

Die aus dem 16. Jahrhundert stammende sächsische Kirchenverfassung hatte die Aufsicht über die, den geistlichen und weltlichen Lokalbehörden zustehende Verwaltung der Kirchen-, Schul- und Stiftungsangelegenheiten der einzelnen Gemeinden an Kircheninspektionen übertragen, welche aus dem Superintendenten und einem Vertreter des Patrons, als weltlichem Koinspektor, bestanden und der Oberaufsicht der Konsistorien und Regierungen unterworfen waren. Diese Inspektionen hatten die Erhaltung der Pfarr- und Schulgüter und Grundstücke zu überwachen, die Jahresrechnungen zu prüfen und periodisch, in der Regel alle drei Jahre, an Ort und Stelle abzunehmen, ein Akt, mit welchem eine Kirchenvisitation verbunden wurde. Bei der Säkularisation des Bistums Naumburg-Zeitz war für den ganzen bischöflichen Sprengel nur eine Superintendentur errichtet, welche schon seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts tatsächlich mit der Oberpredigerstelle an der Michaeliskirche in Zeitz verbunden und dem Konsistorium in Zeitz untergeordnet war. Die Geschäftsführung des Superintendenten wurde dadurch erleichtert und vor Reibungen bewahrt, daß derselbe dem Konsistorium als Mitglied angehörte, und daß auch die obere weltliche Verwaltungsbehörde in Zeitz ihren Sitz hatte. Durch den Wiener Vertrag kam das ganze Stift, mit Ausnahme weniger, bei Sachsen verbliebenen Parochien, an Preußen; die Stellung des Superintendenten wurde nicht verändert, aber die Oberaufsicht ging an die Regierung in Merseburg und das Konsistorium in Magdeburg über. Damit hatte die persönliche Berührung des Superintendenten mit der Oberaufsichtsbehörde ein Ende, und war die Quelle für viel Schreibwerk und manches Mißverständnis geöffnet. In diese Stellung kam mein Vater. Er hatte noch nie ein geistliches Amt verwaltet und sah sich plötzlich an der Spitze eines ganzen Bistums, einer Diözese von nahe an 60 Parochien. Er wußte nichts vom Geschäftsgang und war durchaus nicht zum Geschäftsmanne angelegt, es konnte daher nicht fehlen, daß der wenig rücksichtsvolle Eifer, mit welchem er für

das von ihm als recht Erkannte eintrat, zu unerquicklichen Reibungen nach oben und nach unten führte.

Auch in dem persönlichen Verkehr am Orte fand er geringe Erquickung. Das althergebrachte Ansehen seines Amtes, seine weltmännische und wissenschaftliche Bildung, die Bedeutung seiner ganzen Persönlichkeit und seine Beziehungen zum Hofe, welche in seinem nicht unbekannt bleibenden Briefwechsel mit dem Kronprinzen hervortraten, hatten ihn von vornherein zum ersten Mann in der kleinen Stadt gemacht; aber das verschaffte ihm noch keinen befriedigenden Umgang. Von den wenigen sächsischen Beamten, welche nach Auflösung der großen Behörden teils als Pensionäre am Orte verblieben, teils in den preußischen Dienst übergegangen waren, durchweg ehrenhaften Männern, kam die Mehrzahl über den engen Gesichtskreis des Ortes oder des Amtes nicht hinaus, nur der frühere Kammerdirektor von Ponickau und der Landrat von Zerssen machten eine Ausnahme. Die Ortsgeistlichen, durchweg ältere Männer, lebten in dem trockenen Rationalismus, wie solcher im Anfang des Jahrhunderts an der Universität Leipzig heimisch war, die Lehrer am Gymnasium bestanden in den ersten Jahren aus dürren Philologen. Die geistig regsamsten Leute waren der Kreisphysikus Dr. Besser und ein Fabrikant, Kommerzienrat Albrecht, von welchem später noch zu reden sein wird. Einen Mann, der seit 25 Jahren an die beste Gesellschaft von Magdeburg und Berlin gewöhnt war, mußte diese kleinstädtische Umgebung geradezu niederdrücken. Meine Mutter fühlte sich in einem fremden Lande.

Mein Vater hatte die Union, welche der König Friedrich Wilhelm III. an das Reformations-Jubiläum anknüpfte, aus vollem Herzen freudig begrüßt, wenn sie auch für seinen, rein lutherischen Sprengel keine Bedeutung hatte; als aber einige Jahre später die allgemeine Einführung der für die Berliner Domkirche erlassenen Agende in Frage kam, trat er in die Oppisition. Indem die Agende den Schwerpunkt des Gottesdienstes in die Liturgie legte, die Predigt inhaltlich und zeitlich einengte und den Gemeindegesang beschränkte, beeinträchtigte sie die beiden Stücke, welche für meinen Vater die Hauptsache ausmachten: die Einwirkung des Predigerwortes auf die Gemeinde und die tätige Mitwirkung der letzteren bei dem Gottesdienste. Diese Auffassung wurde befestigt durch den Eindruck, welchen er bei Besuchen der Berliner Domkirche in den Jahren 1822 und 1823 von der Agende empfing. Die Liturgie ließ ihn eiskalt; er fand bei

Vergleichung derselben mit der Ordnung der Dinge in Sachsen, daß zwar der Geist derselbe sei, der Buchstabe aber tötend wirke, indem er hin und her fahre und der zum Mitreden berechtigten Gemeinde das Wort nehme. So lehnten er, und soviel ich weiß, sämtliche Geistliche seiner Diözese, und zwar in vollem Einverständnis mit den Gemeinden, die Einführung der Agende ab. Damit war aber die Sache nicht zu Ende. Schon 1823 hatte er in Berlin die Überzeugung gewonnen, daß der König die Einführung der Agende als seine persönliche Angelegenheit und einen Widerstand als eine Widersetzlichkeit gegen seine Person ansehe, daß zwar ein eigentlicher Zwang nicht zu befürchten, wohl aber der Gebrauch aller Mittel zu erwarten sei, welche die Regierung auf die Geistlichen und die Gemeinden durch Gunst und Ungunst in Anwendung bringen kann. Auf seine Stellung zur Sache war diese Überzeugung ohne Einfluß, sie bedrückte aber sein Gemüt. Es schmerzte ihn tief, seinem König persönlich entgegenzutreten, in dessen nächster Umgebung er zehn ereignisreiche Jahre verlebt hatte, und welchem er zahlreiche Beweise der Gnade und des Vertrauens verdankte. Im Sommer 1826 hatte er nach der Tafel in Charlottenburg eine lange Audienz bei dem Könige. Ein paar Tage vorher hatte ihm der Kultusminister von Altenstein, mit welchem er, als altem und nahem Bekannten, die Dinge offen besprechen konnte, gesagt, der König habe sich mit der die Liturgie betreffenden Literatur so vertraut gemacht, daß wohl wenige Geistliche ihm gleichkämen, und hinzugefügt: ehe ich schreibe „Luther und die Reformatoren haben das oder das gewollt", besinne ich mich fünfzigmal. Die Audienz bestätigte diese Mitteilung. Ausführlich und mit vollster Sachkunde entwickelte der König die Gesichtspunkte, welche ihn bei der Agende geleitet hatten, und das in einer Form, welche zu erkennen gab, daß er überzeugen und für seine Auffassung gewinnen wollte. Mein Vater vertrat, wo es schicklicherweise geschehen konnte, den Standpunkt derer, welche das Alte dem Neuen vorzogen. Die Aufforderung, in seinem Bereiche für die Annahme der Agende zu wirken, ließ er unbeantwortet. Zwei Jahre darauf hörte er von Herrn Nicolovius, der König habe gemeint, ihn für die Sache gewonnen zu haben, und sei gereizt gewesen, als er später erfuhr, daß er sich getäuscht habe. Es hing hiermit zusammen, daß der Kronprinz, welcher damals meinen Vater in Charlottenburg als Gast bei sich hatte, den Aufenthalt desselben am Tage nach der Rückkehr des Königs aus Teplitz zu Ende gehen ließ. Nicht lange vor meines Vaters Tode fand der Streit

endlich dadurch einen Abschluß, daß ein Auszug aus der Agende abgefaßt und zum Gebrauch verstattet, auch den verschiedenen Provinzen erlaubt wurde, nach ihrem kirchlichen Herkommen Änderungen mit diesem Auszuge vorzunehmen; meinem Vater hatte er Jahre seines Lebens verdüstert.

Seine Familie und die Prinzen, seine früheren Zöglinge, waren es, welche Sonnenschein in sein Leben brachten.

Seine Ehe war in vollem Sinne glücklich und seine Kinder, ich und eine zwei Jahre jüngere Schwester, waren seine Herzensfreude. Meine Mutter hatte ein glückliches Temperament, heiter, stets zu Scherzen und Neckereien geneigt. Ihre Bildung stand über dem damaligen Niveau; sie war fähig, an dem inneren Leben und an den Berufsaufgaben ihres Mannes mit Verständnis teilzunehmen, in ihrer Lebhaftigkeit konnte sie sich nicht enthalten, zuweilen sogar eine Einwirkung auf die Berufsgeschäfte zu versuchen, obgleich sie wußte, daß jeder solcher Versuch zu einer Verstimmung zu führen pflege. Sie schrieb gern und gut; kleine Gelegenheitsgedichte wußte sie mit Anmut und Leichtigkeit hinzuwerfen. Meine Schwester und ich entwickelten uns gesund und kräftig. Ich war ein heftiges, unartiges Kind; mein Vater lenkte die Ausbrüche meiner Unarten ab, indem er mich zerstreute, meine Wärterin, indem sie mir alles zu Willen tat, meine Mutter mußte zur Rute greifen. Sie empfand es schmerzlich, daß ich dem Vater und selbst der Wärterin mehr anzugehören schien als ihr. Mein Vater schenkte mir so viel Zeit, als er irgend konnte, er belehrte mich, indem er sich mit mir unterhielt, mir erzählte, und mein angeborenes Interesse für alle graphischen Darstellungen benutzte, um mir durch Erklärung derselben Begriffe zuzuführen. Er hatte aus Rom eine italienisch geschriebene, mit zahlreichen Abbildungen der vorhandenen Bauwerke versehene Beschreibung der Stadt mitgebracht, welche die erste Quelle meiner architektonischen Vorstellungen wurde; er freute sich, als ich, ein Kind von drei Jahren, bei dem Anblick der Kolonnaden am Brunnen in Franzensbad ausrief: „Ach, ein Tempel!“ Ich war von Natur lebhaft und durch die Art meiner Erziehung mitteilsam, wahrscheinlich auch vorlaut; mein Vater hatte nichts dagegen, wenn ich dadurch die Aufmerksamkeit der Menschen auf mich lenkte. Eigentliche Gespielen hatte ich in meiner ersten Kindheit nicht, ausgenommen meine Schwester, welche sich von mir beherrschen ließ. In den Gottesdienst wurde ich früh mitgenommen, und mein Abendgebet sprach ich täglich, freilich mehr mechanisch, als andächtig.

Das Familienglück wurde getrübt durch körperliche Leiden meiner Eltern.

Bei dem Vater war es ein eingewurzelter Bronchialkatarrh, welcher die Lunge zu affizieren begann, bei der Mutter bildete sich Schwerhörigkeit aus. Zweimalige Besuche von Franzensbad in den Jahren 1820 und 1821 gewährten wohl eine wohltätige Erfrischung, besonders meinem Vater, der, wohin er auch kommen mochte, Freunde und Bekannte fand, waren aber ohne Wirkung auf die Übel, deren Heilung ihr Zweck war. Für uns Kinder waren diese Reisen, der Aufenthalt an einem fremden Orte, wo es in den Läden und auf der Straße stets etwas zu sehen und im Kurgarten täglich Musik zu hören gab, die Quelle reinen Genusses, und als im Oktober des folgenden Jahres die Eltern mit uns über Magdeburg und Potsdam nach Berlin reisten, waren wir glückselig.

Der Besuch Magdeburgs galt der Geburtsstadt, zahlreichen alten Freunden, besonders aber dem jüngsten Bruder des Vaters, Gottlieb Delbrück, dessen zweite Frau meine Eltern noch nicht kennen gelernt hatten; wir Kinder machten Bekanntschaft mit Vettern und Cousinen, welchen wir in unserem späteren Leben sehr nahegetreten sind. Der Aufenthalt in Berlin, wo im „König von Portugal" abgestiegen wurde, hatte seine Bedeutung in dem Wiedersehen des Kronprinzen und war für meinen Vater überaus wohltuend. Von der königlichen Familie waren nur der Kronprinz, die damals vierzehnjährige Prinzessin Luise und der ein Jahr jüngere Prinz Albrecht anwesend; der König befand sich bei dem Kongreß in Verona, die Prinzen Wilhelm und Karl reisten in Italien. Mit Ausnahme von ein paar Tagen, welche der Kronprinz in Strelitz der Jagd widmete, hatte er meinen Vater drei Wochen hindurch täglich an seiner Tafel; auch die meisten Abende wurden teils bei ihm, teils bei der Prinzessin gemeinschaftlich zugebracht. Auf der Rückreise gab er meinem Vater bis Potsdam das Geleit; er wollte mit ihm zusammen die Räume wieder betreten, welche sie vor dem Oktober 1806 im Stadtschloß und in Sanssouci bewohnt hatten. Er hatte meinem Vater unablässig zärtliche Anhänglichkeit und rückhaltsloses Vertrauen gezeigt; mein Vater war glücklich, überall günstige Urteile über ihn gehört zu haben. Durch die Gesellschaft, welche er bei dem Prinzen fand, hohe Beamte und Militärs, Gelehrte und Künstler, und durch das Wiedersehen vieler alter Bekannten aus den verschiedensten Kreisen der Hauptstadt waren ihm Anregungen geworden, welche er in Zeitz schmerzlich entbehrte.

Wir Kinder hatten mit der Mutter vierzehn Tage in Potsdam bei der Großmutter zugebracht; in Berlin waren wir dem Kronprinzen und der Prinzessin Luise vorgestellt worden.

Einige Wochen vor dieser Reise hatten wir ein Ereignis erlebt, welches meinen Vater in Lebensgefahr brachte und die Gesundheit meiner Mutter tief erschütterte. Wir waren nach Naumburg gefahren, wohin meinen Vater öfter Amtsgeschäfte riefen und gleichgesinnte Freunde zogen. Der Stadt gegenüber ist das linke Ufer der Saale am Abhange des Tals mit Reben bepflanzt; die wohlhabenden Einwohner haben da ihre Weinbergshäuser, in welchen sie an Sommerabenden zuweilen ihre Bekannten versammeln. Wir hatten eine solche Einladung erhalten, machten uns zu Fuß auf den Weg und betraten das Fährboot, welches uns an das andere Ufer bringen sollte. Mein Vater stand aufrecht im Boote, er bemerkte nicht, daß wir die Leine zu kreuzen hatten, an welcher ein mit Steinen beladenes Schiff vom Leinpfad aus zu Berg gezogen wurde. Die Leine faßte ihn und warf ihn in den Fluß; in dem Augenblick, wo er aus dem Wasser auftauchend die Arme emporstreckte, sprang meine Mutter, unter dem Impulse, ihm Hilfe zu bringen, aus dem Boot. Sie wurde rechtzeitig zurückgezogen, meinen Vater brachte die lange nicht geübte aber nicht verlorene Fertigkeit im Schwimmen ans Ufer, beide waren gerettet, mußten aber unter dem Eindruck tödlichen Schreckens, in nassen Kleidern den Weg zur Stadt zurückwandern. Die Erschütterung des ganzen Nervensystems und die schwere Erkältung, welche bei meiner Mutter zurückgeblieben waren, beschleunigten die Entwicklung eines Herzleidens, dessen Keime sie in sich trug. Schon in Berlin machte sich dieses Leiden fühlbar, im Winter in Zeitz machte es rasche Fortschritte; im Beginn des Sommers wurde eine Wohnung in Mannsdorf genommen, einem freundlichen Dorfe, eine kleine Stunde von Zeitz entfernt, wo meine Mutter in voller Ruhe und frischer Luft leben sollte. Mein Vater kam täglich zur Mittagszeit aus der Stadt zu uns, die Mutter ging ihm mit den Kindern eine Strecke Weges entgegen. Allmählich wurde die Strecke immer kleiner, das letzte Mal mußte sie sich nicht weit vom Hause auf dem Rain am Felde niedersetzen. Wir Kinder pflückten Kornblumen, welche zwischen den reifen Ähren standen, die Mutter wand Kränze daraus, mit denen wir den heimkehrenden Vater empfingen. Von da ab konnte sie den Garten des Hauses, bald auch die Stube nicht mehr verlassen; eines Abends sagte uns der Vater, wir sollten für die Mutter beten, in der

folgenden Nacht, 14. September 1823, starb sie. Zwei Tage darauf wurde sie unter unvergeßlichen Beweisen öffentlicher Hochschätzung und ehrender Liebe in ihr Grab gelegt.

Wir Kinder konnten noch nicht ermessen, was wir verloren hatten: der Vater war völlig gebrochen. Es war ein Glück, daß äußere Eindrücke erfreuender Art ihn dem inneren Trübsinn gewaltsam entrissen.

Der König hatte nach langem Widerstreben seine Einwilligung zur Vermählung des Kronprinzen mit der Prinzessin Elisabeth von Bayern gegeben; am Totenfeste, 23. November, an welchem das Grab meiner Mutter unter Choralgesang mit einer Gedenktafel geschmückt war, traf abends der Kronprinz in Zeitz ein, um in der ersten preußischen Stadt die Braut zu empfangen. Sie langte am folgenden Tage nachmittags in der für sie bereiteten Wohnung in dem Hause des Kommerzienrats Albrecht an. Wir Kinder begrüßten sie in ihrem Zimmer mit einigen Versen und Blumen und sahen mit Erstaunen, wie ihre neue Oberhofmeisterin Gräfin Reede knieend in französischer Sprache ihre Huldigung darbrachte. Der Kronprinz reiste am Abend ab, nachdem er meinem Vater die schon vorher schriftlich erfolgte Einladung zu den Vermählungsfeierlichkeiten dringend wiederholt hatte. Am Mittag des nächsten Tages folgte ihm die Prinzessin, und am Morgen darauf machten wir uns nach Berlin auf den Weg, welcher mit vier auf jeder Station bereitstehenden Postpferden in zwei Tagen zurückgelegt werden konnte. Wiederum wohnten wir im „König von Portugal". Am Freitag sahen wir den feierlichen Einzug der Prinzessin aus einem Zimmer des Palais des Königs, welches die Prinzessin Luise uns hatte öffnen lassen; abends fuhr ich mit dem Vater durch die erleuchteten Straßen. Am Sonnabend, dem Tage der Vermählung, hatte der Kronprinz meinen Vater zur Tafel; beim Entlassen sagte er ihm, er habe mit dem Hofmarschall gesprochen, daß ihm bei der Trauung ein Platz angewiesen werde. Am Traualtar stand er neben den drei Hofpredigern, wenige Schritte gegenüber dem Brautpaar, dessen Umarmung durch den König ihm erbaulicher war als Eylerts Traurede. Tief prägte sich ihm der Blick ein, mit welchem die Prinzessin nach der Umarmung zu dem König aufsah; er sprach das Gelübde töchterlicher Liebe und die Zuversicht zu des Königs väterlicher Liebe unverkennbar und seelenvoll aus. Bis gegen Weihnachten dauerte unser Aufenthalt. Der Vater war überwiegend durch das Leben bei Hofe in Anspruch genommen. Der Kronprinz, dessen

Gast er sehr häufig war, zeigte ihm unveränderte Zuneigung und ungeschmälertes Vertrauen, die Kronprinzessin behandelte ihn mit huldvoller Auszeichnung, Prinz Wilhelm sprach mit vollster Offenherzigkeit über alles, was ihn bewegte, besonders über seine Herzensangelegenheit, Prinz Karl, den er öfter sah, war heiter, gesprächig und liebenswürdig, Prinz Wilhelm, Bruder des Königs, und seine Gemahlin gaben ihm neue Beweise ihrer alten Freundschaft, der König befahl ihn zur Tafel und war bei dieser und anderen Begegnungen besonders freundlich. Die ersten Morgenstunden waren unserem Unterricht gewidmet; sonst füllte der Verkehr mit alten Freunden, an welchem wir zuweilen teilnahmen, die freie Zeit aus. Wir Kinder langweilten uns zuweilen.

Nach der Rückkehr kam das Leben in Zeitz wieder in einen regelmäßigen Gang. Der Tod der Mutter konnte die Zärtlichkeit des Vaters zu uns Kindern nicht steigern, trieb ihn aber an, sich noch mehr als vorher uns zu widmen, denn er hielt es für Pflicht, soweit er es vermochte, uns die Mutter zu ersetzen. Auf unser Betragen hatte es Einfluß, daß Luise, unsere frühere Wärterin, uns nachdrücklich an unsere Pflicht erinnerte, dem tiefgebeugten Vater Freude zu machen und nicht durch Heftigkeit und Unart Kummer zu bereiten. Ich glaube, daß seitdem mein Betragen dauernd besser wurde. Meine Mutter hatte, kurz vor ihrem Tode, ihr das Versprechen abgenommen, den Vater und uns Kinder nicht zu verlassen, und sie war nicht abgeneigt, ihre Stellung im Hause als ein Vermächtnis der Verstorbenen anzusehen und deshalb als über einem Dienstverhältnis stehend zu betrachten. Sie war indessen dem Vater und den Kindern zu herzlich ergeben, und mein Vater schätzte ihre Treue und Gewissenhaftigkeit zu hoch, als daß ihre gelegentlich hervortretenden Ansprüche das gegenseitige Verhältnis dauernd hätten stören können.

Das Lesen hatte ich schon bei der Mutter gelernt. Unterricht im Schreiben erhielt ich durch den Kirchner und Kanzlisten meines Vaters, im Zeichnen durch einen pensionierten sächsischen Offizier, der es verstand, die Übungen so langweilig als möglich zu machen. Mehr Interesse flößte mir später das architektonische Zeichnen ein, in welchem mich ein intelligenter Zimmermeister unterrichtete. Französisch zu lesen lernte ich rasch bei dem Vater; ich habe ihm lange Zeit hindurch des Abends französische Bücher vorgelesen, ohne ein Wort von dem zu verstehen, was ich las. Der geschichtliche Unter-

richt wurde an synchronistische Tabellen geknüpft und mit dem geographischen verbunden, auch in den Anfangsgründen des Lateinischen, sowie später des Griechischen wurde ich vom Vater unterrichtet. Der Vormittag war dem Unterricht gewidmet; er wurde damit begonnen, daß eins von uns Kindern ein Kapitel aus der Bibel vorlas, an dessen Inhalt der Vater Erläuterungen knüpfte. Nachmittags gingen wir mit ihm spazieren oder spielten im Garten oder im Zimmer. Das Spielen im Garten hätte mir eines Tages beinahe das Leben gekostet. In einer Ecke des Gartens war in den Boden ein Faß eingelassen, welches das zum Begießen erforderliche Wasser aufnahm; ich beteiligte mich bei diesem Geschäft, lief zu dem Faß, um die Gießkanne zu füllen, und wurde durch deren Schwere, bevor ich sie aus der Hand lassen konnte, plötzlich kopfüber in das Wasser gezogen. Zum Schreien hatte ich keine Zeit gehabt, und man wurde erst aufmerksam, als man mich nicht mehr im Garten bemerkte. Bewußtlos wurde ich herausgezogen, und es verlief einige Zeit, bevor ich wieder zu mir kam. Bei dem Spielen im Zimmer fiel den bleiernen Soldaten und dem Baukasten die Hauptrolle zu. Mit den ersten suchte ich Szenen aus den Schlachten der Befreiungskriege auf Grundlage der mir früh in die Hand gegebenen Beschreibungen von Kohlrausch darzustellen, wobei Bücher und Papierstreifen die Berge und Wege zu vertreten hatten; der letztere gewann ein besonderes Interesse dadurch, daß ein geschickter Tischlermeister eine Anzahl kleiner Säulen, dorischer, jonischer und korinthischer Ordnung anfertigte, welche oben und unten mit Zäpfchen zum Einfügen in die mit entsprechenden Öffnungen versehenen Plinthen und Architravstücke ausgestattet waren und den Aufbau ganzer Tempel gestatteten. Abends wurde vorgelesen. Eine Kinderliteratur gab es damals kaum, ich erinnere mich nur an Salzmanns Kinderfreund und an eine Gedichtsammlung, welche wir „die Weisheit und Tugend“ nannten, weil diese Worte in dem weitläufigen Titel vorkamen, und deren Inhalt wir ohne viele Mühe auswendig lernten. Der Vater griff für das Vorlesen zur Vossischen Odyssee und zum befreiten Jerusalem in der Übersetzung von Gries. Während er las, pflegte ich architektonische Darstellungen aus „Bertuchs Bilderbuch“ nachzuzeichnen; ich erinnere mich noch der Mühe, welche ich auf die Kathedrale von Sevilla verwendete.

In seinem Amte nahmen ihn, neben den laufenden Dienstgeschäften, zwei Aufgaben in Anspruch, welche er sich selbst gestellt

hatte: die Ergänzung des Gesangbuchs und der innere Ausbau seiner Kirche. Er hatte sich viel mit Hymnologie beschäftigt und besaß eine ansehnliche hymnologische Sammlung, welche jetzt der Königlichen Bibliothek in Berlin einverleibt ist. Die für die hohen Kirchenfeste bestimmten Lieder des Zeitzer Gesangbuchs genügten ihm nicht, und er führte einen Anhang zu demselben ein, welcher fünfundvierzig diesen Festen gewidmete Lieder, darunter acht von ihm selbst gedichtete, enthält. Bedenklicher war die zweite Aufgabe. Die Michaeliskirche, ein vielfach veränderter schmuckloser Bau aus dem vierzehnten Jahrhundert, machte im Innern einen würdelosen Eindruck. Die Pflasterung des Fußbodens war abgetreten und eingesunken, ein Teil der Kirchenstühle durch Alter unbrauchbar geworden, ein anderer Teil, die an Pfeiler und Wände angeklebten sogenannten Vogelbauer, häßlich und störend, die Orgel ungenügend. Mein Vater konnte diesen Zustand nicht mehr ertragen. Mit seinem ganzen Eifer ging er an einen vollständigen Ausbau und wußte auch die Gemeinde für seinen Plan zu interessieren. Bei der Ausführung trat nun aber sein Mangel an Geschäftssinn zu Tage. Ohne Genehmigung der Behörden ging er ans Werk. Die Gemeinde brachte recht ansehnliche freiwillige Beiträge auf, deckte aber damit nur etwa die Hälfte der Kosten, die andere Hälfte mußte mein Vater vorschießen. Dieser Vorschuß, welcher einen beträchtlichen Teil seiner Ersparnisse verschlang, war bei seinem Tode noch ungetilgt.

Einige Jahre nach dem Tode der Mutter brachte ein Wohnungswechsel eine Veränderung in den gewohnten Gang des Lebens. Der Kommerzienrat Albrecht, der einzige große Fabrikant in Zeitz, wurde von der Handelskrisis erfaßt, welche im Jahre 1825 über einen Teil von Europa ging. Eine Unterstützung aus der Staatskasse, welche er nicht am wenigsten dem Fürwort meines Vaters verdankte, gewährte ihm die Mittel, sich aufrecht zu erhalten; er war aber genötigt sich einzuschränken, und so bot er die Hälfte der sehr geräumigen Wohnung, welche er in seinem Hause inne hatte, meinem Vater zur Miete an. Er wußte, daß letzterer mit Rücksicht auf seine Gesundheit den Wunsch hegte, die auf der Höhe gelegene, allen Winden ausgesetzte Dienstwohnung mit einer Wohnung in geschützter Lage zu vertauschen. Mein Vater ging auf den Vorschlag ein, und 1826 bezogen wir das neue Heim.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte Kurfürst August III. von Sachsen, um die in Gera blühende Fabrikation

von Kammgarnstoffen in seinem Lande einheimisch zu machen, dem daselbst etablierten Vater des Kommerzienrats Albrecht den zu dem Zeitzer Schlosse gehörenden sogenannten Lustgarten zur Anlegung einer Fabrik geschenkt. Der ältere Albrecht war durch das Vermögen seiner, einem reichen Leipziger Hause angehörenden Frau in die Lage versetzt, auf dem geschenkten Grundstück eine Anlage in großem Stil zu errichten. Ein geräumiger, quadratischer Hof war rings von Gebäuden umgeben. Das nach Westen gelegene Hauptgebäude und ein Teil der anstoßenden, nach Süden und Norden gerichteten Seitengebäude dienten im Erdgeschoß zu Comptoir- und Lagerräumen, in den beiden oberen Geschossen zu Wohnzwecken, die übrigen Gebäude dienten der Fabrikation. Der Garten, von sehr bedeutendem Umfange, trug zum großen Teil noch den Charakter einer fürstlichen Anlage aus dem siebzehnten Jahrhundert. Prächtige Lindenalleen, welche auf ganze Strecken durch künstliche Biegung der einander gegenüberstehenden Bäume schattige Hallen bildeten, ein künstlicher Felsen, welcher auf einer Säule eine Wetterfahne trug, eine von zwei Bächen umflossene Insel, durch eine Brücke zugänglich, mit Waldhölzern der verschiedensten Art bestanden und mit Grotten und Borkenhäuschen versehen, ein dichtes Nadelholzwäldchen mit steinernen Bänken und Pilzen, ein großer von Pappeln umgebener Teich, dazwischen Wiesenflächen und ein Ackerfeld. Ein Gewächshaus, ein Badehaus, ein Wirtschaftsgebäude mit Pferde- und Kuhstall, hinter Bäumen versteckt, machten sich in dem weiten Grundstück kaum bemerkbar. Wir hatten im Hauptgebäude und in dem anstoßenden südlichen Seitengebäude die Hälfte des ersten Stocks inne, sonnige, große Zimmer mit einem hellen, saalähnlichen Korridor, Raum die Fülle. Der Garten stand uns zur Verfügung; ein Stückchen wurde zur eigenen Blumen- und Gemüsezucht für uns ausgesondert und zum Schutz gegen Sonne und Regen mit einer kleinen Halle versehen.

Es waren vier glückliche Jahre, die ich im Albrechtschen Hause zubrachte. Herr Albrecht hatte einen Sohn von meinem Alter, sein Schwager und Associé, Herr Pohl, welcher den zweiten Stock bewohnte, eine Tochter und einen Sohn etwa von dem Alter meiner Schwester, ein pensionierter russischer Kollegienrat, unser Nachbar im Nebengebäude, eine nur wenig ältere Tochter. Wir waren also sechs Kinder im Hause, und sehr häufig kamen noch ebenso viele Kinder städtischer Beamten hinzu. Herrlichere Spielplätze für eine muntere

Kinderschar als der große Garten, der geräumige Hofraum, bei schlechtem Wetter der Korridor unserer Wohnung, sind schwer zu denken; in vollstem Maße haben wir sie genossen. Im Sommer wurden auch kleine Ausflüge gemacht, talaufwärts nach Rasberg oder nach Hainsburg, talabwärts nach dem Eichenwalde, und ein ganz besonderes Fest war das im August stattfindende Vogelschießen. Dieses Volksfest zog eine ganze Woche hindurch jung und alt aus der Stadt und der Umgegend auf die vor der Stadt gelegene Schützenwiese. Da hatten wohlhabende Bürger und geschlossene Gesellschaften ihre Zelte aufgeschlagen, Kuchen- und Jahrmarktswaren wurden in Buden feilgehalten, in einer hölzernen Baracke war ein Restaurant zu finden, die Stadtpfeifer sorgten für Musik, Karussells und Puppentheater lockten die Jugend, dazwischen trieben Schnellläufer und ähnliche Künstler ihr Wesen. Die Menge, belebt durch die Nationaltrachten der Altenburger Bauern und Bäuerinnen, flutete harmlos vergnügt hin und her; es wurde geschmaust und gezecht, und der Abend schloß mit Tanz, für die vornehmere Gesellschaft in einem Zelt, für die übrige Welt in einem spärlich beleuchteten Saale des Schützenhauses. Wir durften dem Fest in der Regel nur an einem Nachmittage beiwohnen und kamen dann stets höchst aufgeregt und mit etwas überladenem Magen nach Hause.

Von anderer Art waren die Ausflüge, welche ich mit meinem Vater über Land machte. Die Abnahme der Kirchenrechnungen, welche ihm oblag, mußte an Ort und Stelle erfolgen, und zu diesen Lokalterminen pflegte er mich mitzunehmen. Ich begleitete ihn in die Kirche; während der Rechnungsgeschäfte trieb ich mich mit den Pastorskindern im Pfarrgarten oder in der Umgegend umher. So habe ich die Ruinen der Rudelsburg und von Saaleck kennen gelernt. In Naumburg verkehrten wir bei solchen Gelegenheiten im Hause des Landrats Lepsius, des verdienten sächsisch-thüringischen Geschichtsforschers, und des Oberlandesgerichtsrats Pinder, Verfassers des sächsischen Provinzialrechts, und ich traf da zuerst mit den ein paar Jahre älteren Söhnen beider Häuser zusammen, von welchen der eine sich als Sprachforscher und Ägyptolog einen Weltruhm erworben hat, der andere die Leitung der Universitäts-Bibliothek in Berlin erhielt.

Für den Unterricht, welcher sich allmählich erweiterte und vertiefte, erhielt ich einen Genossen. Ein drei Jahre jüngerer Bruder meines Vaters war als junger Kaufmann nach Bordeaux gekommen,

hatte daselbst ein Handelsgeschäft gegründet, die Tochter einer angesehenen Familie geheiratet und sich eine so hervorragende kommerzielle Stellung erworben, daß ihm das preußische Konsulat übertragen wurde. Es war sein Ehrgeiz, daß mit seinem Geschäft auch dieses Ehrenamt auf einen seiner Söhne übergehe, er hatte deshalb seinen zweiten Sohn auf der damals auch im Auslande anerkannten Handelsschule in Magdeburg ausbilden lassen; sein dritter Sohn sollte im Hause meines Vaters eine deutsche Erziehung erhalten. Mein Vetter Jules, der so unser Hausgenosse wurde, war vier Jahre älter und, als Kind einer großen Stadt, um mehr als diesen Jahresunterschied reifer als ich. Für unsere Spiele hatte er nicht viel Herz, er liebte es, uns gelegentlich zu schulmeistern und hielt sich lieber zu den Erwachsenen, namentlich den Töchtern des Herrn Albrecht, deren einer er seine Huldigungen darbrachte. In den Wissenschaften war er mir voraus, in den Sprachen standen wir ziemlich gleich. Das Französische lernte ich von ihm mit gleicher Leichtigkeit, wie er von meinem Vater und mir das Deutsche. In ein eigentlich inniges Verhältnis zu ihm bin ich nicht gekommen, auf mein äußeres Benehmen hat aber der tägliche Umgang mit ihm, wie ich glaube, vorteilhaft eingewirkt. In seinem elterlichen Hause, wo es gesellig zuging, herrschte ein feiner Umgangston; die deutschen Kaufleute in Bordeaux, welche sein Vater, als Landsmann und Konsul, gern bei sich sah, nahmen sich in seinem Hause stets sehr in acht, nicht gegen die sorgfältig gepflegten Formen zu verstoßen. Diese Formen waren Jules anerzogen, und der im Kindesalter lebendige Nachahmungstrieb sorgte dafür, daß ich sie mir, soweit es ging, aneignete. Von meinem Vater hätte ich sie freilich ebenfalls lernen können, aber auf einen Knaben macht das Beispiel eines Genossen mehr Eindruck als das des Vaters.

Wir sollten in die unteren Gymnasialklassen nicht eintreten und erhielten deshalb gemeinschaftlich Privatunterricht im Lateinischen, Griechischen und der Mathematik bei Lehrern des Gymnasiums. Der Lehrer der Mathematik, Professor Dr. Junge, ein eleganter Mathematiker und eleganter Mann, begann den Unterricht mit Planimetrie und in derselben mit dem Satze von den Nebenwinkeln. Dieser Satz brachte mich zur Verzweiflung. Sein Beweis ist ein Kinderspiel für jeden, der arithmetische Kenntnisse besitzt, und gelang meinem Vetter, der diese Kenntnisse besaß, vortrefflich; mir fehlten dieselben, und ich quälte mich drei Stunden hindurch unter Tränen,

bis ich den Beweis begriffen hatte. Seitdem hat mir ein mathematischer Satz nie wieder eine ernsthafte Schwierigkeit gemacht. Zu Hause wurde in verschiedenen Sprachen vorgelesen und einzelnes, namentlich Schillersche Gedichte, auswendig gelernt und vorgetragen. Mein Vater wollte mich daran gewöhnen, auch vor einem größeren Kreise mich vernehmen zu lassen, und forderte mich deswegen auf, bei einer öffentlichen Prüfung, wie solche am Schlusse jedes Halbjahres im Gymnasium stattfand und mit einem Redeaktus verbunden war, die „Kraniche des Ibycus" von Schiller vorzutragen. Er hatte mich zu diesen Prüfungen, welchen er als Ephorus der Schule beiwohnen mußte, schon öfter mitgenommen, um mir anschaulich zu machen, wie es in der Anstalt, der ich bald angehören sollte, hergehe, und fand vermöge seiner Stellung keine Schwierigkeit, mich ausnahmsweise unter die Vortragenden einreihen zu lassen. Ich hatte vor diesem öffentlichen Auftreten die größte Scheu und flehte meinen Vater an, mir dasselbe zu erlassen. Seiner Gewohnheit entsprechend griff er nicht zum Befehl, sondern zur Überredung; ich begleitete ihn in den Hörsaal, völlig ungewiß, was ich tun solle. Der Augenblick kam, der Vater sah mich an, und ich stand auf und ging mit wirrem Kopfe auf das Katheder. Als ich einmal oben war, verschwand die Befangenheit, und ich sagte das Gedicht fließend und mit richtigem Ausdruck her; nur konnte ich mich nicht entschließen, wie es die anderen taten, den Vortrag mit Gestikulationen zu begleiten. Zwei Jahre später hatte ich vor einer weit größeren Versammlung zu sprechen. Zum Besten der durch eine verheerende Überschwemmung der Weichsel Beschädigten wurde eine musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung gegen Eintrittsgeld in einem großen Wirtshaussaale veranstaltet, zu welcher sich die ganze Stadt versammelte. Ich trug dabei die von meinem Vater für den Zweck zurecht gemachte Erzählung der Begegnung Hüons und Scherasmins aus Wielands Oberon vor, diesmal ohne jede Scheu und mit geeigneter Gestikulation. An dem Klavierunterricht, welchen meine Schwester erhielt, nahm ich nicht teil. Ich bin meinem Vater stets dafür dankbar gewesen, daß er mir die Zeit erspart hat, welche ich auf eine, wahrscheinlich doch nur dürftige musikalische Ausbildung hätte verwenden müssen. Als junger Mensch war ich sehr zufrieden, daß ich bei Gelegenheitstänzen nicht aufzuspielen brauchte. Körperliche Übungen bildeten damals noch nicht einen Gegenstand des Unterrichts. Im Garten waren einige einfache Turngeräte vorhanden,

welche wir ohne sonderlichen Eifer zuweilen benutzten; zum Erlernen des Schwimmens fehlte es an Gelegenheit, und im Schlittschuhlaufen brachten wir es nicht weit. Die einzige regelrechte Übung, welche mein Körper erhielt, bestand in dem Exerzieren, das ich während der Sommermonate einiger Jahre unter der Leitung früherer, in die Zollverwaltung eingetretener Unteroffiziere mit Eifer betrieb. Verzärtelt wurden wir nicht; ich trug auch im Winter die nämliche Kleidung im Freien wie im Zimmer.

In den Jahren 1826 und 1828 machten wir wieder Reisen nach Berlin, die zweite in Begleitung von Jules. Mit der ersten Reise wurde ein mehrtägiger Aufenthalt in Magdeburg verbunden. Außer seinem Bruder und Freunden aus seiner früheren Stellung in Magdeburg fand mein Vater dort Freunde aus seiner Hofzeit; den kommandierenden General von Jagow, früher Flügeladjutant des Königs, im Feldzuge von 1815 Divisionskommandeur; den Oberpräsidenten, früheren Finanzminister von Klewiz und Frau, und die Gattin des ersten Kommandanten Grafen von Hacke, geborene Komteß Lisinka Tauenzien, mit welcher, als Hofdame der Königin Luise, er beinahe zehn Jahre hindurch täglich verkehrt hatte. Allen diesen Personen wurden wir vorgestellt; sie sind mir in lebhafter Erinnerung geblieben. Von Magdeburg gingen wir nach Potsdam, wo die Kinder fast drei Wochen im Hause der Großmutter blieben, während der Vater in Berlin weilte. Er wurde in der Hoffnung getäuscht, den Kronprinzen, welcher in Pommern sein Armeekorps inspizierte, in Berlin begrüßen zu können, und suchte ihn deshalb in Stettin auf. In Berlin bewies ihm Prinz Wilhelm die alte Anhänglichkeit und vollstes Vertrauen. Er wurde der Fürstin Liegnitz vorgestellt, deren Ton und Stimme, Wort, Haltung und Benehmen einen überaus angenehmen Eindruck auf ihn machten. Der Verkehr mit alten Freunden füllte seine Zeit vollständigst aus; in der letzten Woche leisteten wir Kinder ihm Gesellschaft.

Über die zweite Reise, vom 22. Juli bis 5. September 1828, habe ich ein ausführliches Tagebuch geführt. Der Vater war neun Tage lang Gast des Kronprinzen in dem vor kurzem vollendeten Charlottenhof; und diese Tage, deren keiner verging, ohne eine die kirchlichen und politischen Fragen des Tages behandelnde Unterredung mit dem fürstlichen Wirt und ohne anregende Unterhaltung in dem zu Mittag und beim Tee versammelten kleinen Kreise, waren ihm von unschätzbarem Werte. Freilich fehlte es nicht an Meinungs-

verschiedenheiten. Mein Vater konnte die dogmatische Auffassung der vor kurzem begründeten Evangelischen Kirchenzeitung, welche der Prinz zu der seinigen machte, nicht teilen, und ebensowenig konnte er sich mit den politischen Anschauungen befreunden, in welchen der Prinz und seine Umgebung heimisch waren. Die Rückkehr zum Alten erschien ihm als an sich nicht möglich und als dem fortschreitenden Naturgang zuwiderlaufend, und er nahm mit Kummer wahr, daß die Kunde von diesen Anschauungen, wie sie mit Übertreibungen und Verzerrungen in das Publikum drang, in weiten Kreisen eine für den Kronprinzen ungünstige Stimmung hervorgerufen hatte. In Berlin begann der Vater eine Brunnenkur in dem damals sehr stark besuchten Soltmannschen Garten in der jetzigen Hollmannstraße; ich pflegte ihn von dort abzuholen, wobei ich mich in der mir gewogenen Brunnengesellschaft munter umhertrieb. Wir bewohnten Zimmer in der Schloßfreiheit gegenüber dem Schloßportal Nr. 3. Das Mittagsessen nahmen wir im Jagorschen Restaurant „Unter den Linden", damals dem ersten Berlins; war der Kronprinz in der Stadt, so speiste der Vater an seiner Tafel. Der Direktor im auswärtigen Ministerium, spätere Minister Ancillon und der Geheime Oberregierungsrat Streckfuß aus dem Ministerium des Innern, ein geborener Zeitzer und als Referent in den ständischen Angelegenheiten dem Kronprinzen nahestehend, hatten uns zu Tisch bei sich; bei Herrn Ancillon trafen wir den späteren Archivdirektor von Lancizolle, bei Herrn Streckfuß, welcher Kinder in unserm Alter hatte, brachten wir zuweilen die Nachmittage und Abende zu. Gleiches geschah im Schleiermacherschen Hause. Ich hatte an dem früh verstorbenen Sohn Nathanael einen Spielgenossen und in dem prachtvollen Garten, jetzt dem Ministerium des Königlichen Hauses gehörig, den erwünschtesten Spielplatz. Eines Tages wurde ich zu einer Somnambulen, der Frau Fischer geführt. Sie hatte vor Jahren im magnetischen Zustande ein Mittel angegeben, durch welches Schleiermacher von einer schweren Krankheit geheilt war, und lebte seitdem, von der ganzen Familie verehrt, mit ihrer anmutigen Tochter, später Frau des Grafen Usedom, im Schleiermacherschen Hause. Nachdem mir eingeschärft worden war, mich ganz ruhig zu verhalten und jedes laute Wort zu vermeiden, traten wir in ein halbdunkles, mit Teppichen belegtes Gemach, in welchem sie auf einem Ruhebette lag. Sie reichte mir die Hand, flüsterte einige Fragen und einige segensvolle Worte, und ich war froh, als ich das unheimliche Zimmer hinter mir hatte.

Einige Abende brachten wir bei Herrn Nicolovius zu, dessen erwachsene Töchter Cornelia und Florchen uns durch Kupferstichwerke unterhielten.

Alexander von Humboldt und den alten Geheimrat Heim sah ich bei meinem Vater; ich erinnere mich noch des Eindrucks, welchen es auf mich machte, als der erstere im Laufe der Unterhaltung erzählte, daß er 17 Sprachen verstehe, sein Bruder Wilhelm aber noch mehr beherrsche. Ich hatte genug an Ciceros Schrift de amicitia, welche vormittags studiert wurde, und an der Geschichte des Philemon und der Baucis in Ovids Metamorphosen, welche ich auswendig zu lernen hatte. Zum ersten Male besuchte ich das Theater; aus einer Prozeniumsloge des Opernhauses sah ich Webers „Oberon" und im Schauspielhause Schillers „Jungfrau von Orleans". Die Oper machte durch den Glanz der Ausstattung und die Melodie der Musik einen gewaltigen Eindruck, das Trauerspiel begeisterte mich in geringerem Grade, weil ich es wiederholt schon gelesen hatte. Wir besuchten mit dem Vater die Ateliers von Rauch, Schadow, Wach und Ternite, durchwanderten die Porzellanmanufaktur und sahen, was sonst in Berlin Sehenswürdiges war; die an den Tiergarten anstoßenden Kaffeegärten und die Konditoreien von Fuchs und Josti lernten wir kennen. Nach fast fünfwöchentlichem Aufenthalt verließen wir Berlin. In Zeitz erwartete meinen Vater eine Ovation. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, er habe bei seiner Anwesenheit in Berlin sein Amt niedergelegt, und die Geistlichen, sowie die Lehrer an den höheren und niederen Schulen der Ephorie empfingen ihn mit lateinischen Festschriften und deutschen Gedichten, in welchen der Freude darüber Ausdruck gegeben wurde, daß er seinem Amte erhalten bleiben werde.

Meine geistige Entwicklung wurde durch diese seit meinem vierten Lebensjahre regelmäßig wiederkehrenden Reisen mächtig gefördert. Die Anschauungen, welche auf den mehrtägigen, in jener Zeit mit manchen Wechselfällen und kleinen Abenteuern verbundenen Fahrten im Reisewagen und bei den Aufenthalten an einem belebten Badeorte und in größeren Städten gewonnen wurden, brachten eine Fülle neuer Begriffe in den Kopf des Knaben aus einer kleinen Landstadt. Die mir durch Erzählungen und Lektüre bekannte Geschichte Preußens erhielt in Potsdam und Berlin wirkliches Leben. Die Schlösser und Gärten, welche Friedrich der Große geschaffen, und die Räume, in welchen er gelebt hatte, die auf dem Wilhelmsplatz in Berlin errichteten Statuen seiner Generale, von welchen drei im Siebenjährigen

Kriege geblieben, ein vierter, Zieten, mir aus der Biographie der Frau von Blumenthal beinahe persönlich bekannt war, die eroberten Fahnen in der Potsdamer Garnisonkirche und im Berliner Zeughaus, die verlorene und wiedererkämpfte Siegesgöttin auf dem Brandenburger Tor, das Denkmal auf dem Kreuzberg, auf welchem ich die mir aus Kohlrausch geläufigen Schlachten wiederfand, die Standbilder Scharnhorsts und Bülows, von denen der erste ein Freund meines Vaters gewesen war, das eben errichtete Standbild Blüchers verkörperten mir die beiden größten Epochen der vergangenen Zeit. Wohl noch bedeutender war etwas anderes. Ich wurde allen in Berlin wohnenden Mitgliedern der königlichen Familie vorgestellt, und alle hatten wiederholt gnädige Worte mit mir gewechselt. Ich lernte eine Menge der hervorragendsten Persönlichkeiten kennen, denn mein Vater hatte die Gewohnheit, mich, wenn es irgend anging, bei seinen Besuchen mit sich zu nehmen, wo ich denn natürlich meist eine stumme Rolle spielte, aber doch einen Eindruck von den einzelnen Männern und Frauen erhielt. Mein Vater unterrichtete mich von deren amtlicher oder gesellschaftlicher Stellung und früherem Leben, und so bekam ich schon damals einen an die einzelnen Menschen geknüpften Begriff von der Einrichtung der Hof- und Staatsverwaltung und eine Vorstellung von dem Leben am Hofe und in einem vornehmen Hause. Zugleich erlernte ich aber auch, auf mich acht zu geben, denn ich hätte um keinen Preis meinen Vater durch mein Betragen in Verlegenheit setzen mögen, und mich mit Unbefangenheit gegenüber Personen zu benehmen, welche hoch über mir standen. Drei Wochen nach unserer Rückkehr wurde mein Vater durch einen Besuch des Kronprinzen und der Kronprinzessin beglückt, welche auf einem Wege nach Italien Zeitz passierten und bei ihm das Mittagsmahl einnahmen. Einige Tage vor Weihnachten übernachteten die Herrschaften auf ihrer Rückreise in unserer Wohnung. Es war die letzte Begegnung des alten Erziehers mit seinem geliebten Zögling. Ich besitze noch eine silbere Patera, nach einer Zeichnung Schinkels von Hossauer ausgeführt, welche der Kronprinz zu Erinnerung an diese Besuche übersendete. In der Mitte zeigt eine auf Porzellan gemalte Landkarte die Reiseroute des fürstlichen Paares, der Rand trägt in Rubinglasflüssen die Medaillons des Prinzen und der Prinzessin und die Daten der beiden Besuche.

Durch den Privatunterricht war ich so weit gefördert, daß ich jetzt in die Tertia des Stiftsgymnasiums eintreten konnte. Es war eine

alte Anstalt, in der Zeit der Reformation aus der bischöflichen Schule des Stifts hervorgegangen und in dem aus dem dreizehnten Jahrhundert herstammenden Franziskanerkloster untergebracht. Das Refektorium und die Auditorien der Mönche im Erdgeschoß der Klostergebäude dienten als Schulzimmer und zur Aufstellung der nicht unbedeutenden, von dem letzten katholischen Bischof und den Herzögen von Sachsen-Zeitz begründeten Bibliothek. Im oberen Geschoß befand sich die geräumige Wohnung des Rektors, deren Fenster einen freien Blick auf die untere Stadt und das Elstertal aufwärts bis Hainsburg gewährten, sowie die Versammlungs- und Archivräume des Kapitels. Die Klostergebäude stießen an die Klosterkirche, für uns und jeden guten Zeitzer dadurch geheiligt, daß Luther einst darin gepredigt hatte. Es war dies im Januar 1542 geschehen, nachdem er zuvor den zum Bischof ernannten Superintendenten Nikolaus von Amsdorf in Naumburg geweiht und mit Melanchthon und Spalatin nach Zeitz begleitet hatte. Die Zuhörer, so wurde erzählt, waren in solcher Menge herbeigeströmt, daß die geräumige Kirche sie nicht fassen konnte und Leitern an die Außenwände gelegt wurden, um den Andächtigen die Möglichkeit zu gewähren, von den Fenstern aus den großen Reformator wenigstens zu sehen.

Der Rektor der Anstalt, Gottlieb Kießling, ein echter Schulmonarch, mit trockenem Humor, war mir seit Jahren bekannt und gewogen; als Gespielen seiner beiden jüngsten Töchter waren wir häufig in seinem Hause. Den Hauptlehrer in Sekunda, Max Schmidt, fand ich später wieder als Direktor des Pädagogiums in Halle; seine Art zu lehren regte nicht an, und seine Kleinlichkeit wirkte abstoßend. Der Hauptlehrer in Tertia, M. Dähne, ein ältlicher, kränklicher, gutmütiger Mann, nicht denkbar ohne eine schwarze Tabakdose und ein blaues, baumwollenes Taschentuch, gewann durch sein Wohlwollen die Herzen und förderte damit den Fleiß der Schüler. Die beiden wirksamsten Lehrer waren der bereits erwähnte Mathematiker Professor Junge und Gottfried Kahnt, ein noch junger Mann, bevorzugter Schüler des früh verstorbenen Philologen Karl Reisig in Halle, welcher in der anregenden Weise seines berühmten Lehrers den Unterricht in alten Sprachen erteilte. Ich stand mit meinen Mitschülern in gutem Vernehmen und nahm an den Ausflügen derselben an den freien Nachmittagen mit Vergnügen teil. In meinem späteren Leben bin ich nur mit einem von ihnen wieder in Berührung gekommen, und wenn ich jetzt das Namensverzeichnis der damaligen Schüler überlese, finde

ich nur wenige Namen, deren Träger ich mir in das Gedächtnis zurückrufen kann. Darunter sind zwei, zu deren Lehrer ich gemacht wurde. Es waren Brüder, geborene Zeitzer, mit dem echtesten sächsischen Dialekt, also mit einer entsetzlichen Aussprache des Französischen, und mir, der ich diese Sprache rein aussprach, wurde aufgegeben, den beiden Brüdern eine richtige Aussprache beizubringen. Lehrtalent habe ich nie besessen, die Lernfähigkeit meiner Schüler war vielleicht auch nicht groß, so blieb denn die Aufgabe ungelöst.

In der Schule machte ich große Fortschritte, namentlich interessierte mich die Mathematik. Die häuslichen Arbeiten wurden, wenn es die Witterung irgend gestattete, in einer Laube des Gartens erledigt; sie ließen mir genug freie Zeit zur Befriedigung der damals erwachten Lesewut. Beckers Weltgeschichte und Plutarchs Lebensbeschreibungen in deutscher Übersetzung las ich von Anfang bis zu Ende durch, mit Schillers dramatischen Werken machte ich mich vertraut, die Umrisse zu Heinrich Meyers Geschichte der bildenden Künste bei den Griechen und eine Sammlung von architektonischen Ansichten der Bauwerke des alten Rom, sowie Leakes Topographie von Athen fesselten mich immer wieder; ich zeichnete zahlreiche Abbildungen nach und gewann eine so feste Anschauung der in diesen Werken dargestellten Schöpfungen des Altertums, daß ich mich in den Monumenten Athens und Roms schon einheimisch fühlte, als ich viele Jahre später diese klassischen Stätten zuerst betrat. Das Vorlesen nach dem Abendessen war Jules und mir zugefallen, weil es den Vater körperlich angriff; die damals in Übersetzung erscheinenden Irvingschen Novellen und Cooperschen Romane waren eine Lieblingslektüre.

Im Sommer 1829 verließ uns Jules nach etwa zweijährigem Aufenthalt in unserem Hause. In den Herbstferien reisten wir noch einmal nach Magdeburg. Der Vater wollte sein Testament und die Zukunft seiner Kinder mit seinem Bruder besprechen und dessen Bereitwilligkeit zur Übernahme der Vormundschaft sich versichern. Wir Kinder ahnten nichts von diesem Zweck und belustigten uns mit unseren Vettern und Cousinen auf der in die Tage unseres Aufenthaltes fallenden Magdeburger Messe.

Mit der Gesundheit meines Vaters ging es allmählich und deshalb für uns wenig bemerkbar immer mehr bergab. Die Hustenanfälle, zuweilen mit Blutauswurf verbunden, wurden immer häufiger, ließen immer seltener eine wirklich erquickende Nachtruhe zu und störten

immer empfindlicher den Kanzelvortrag. Oftmals beschäftigte ihn der Gedanke, sein Amt niederzulegen, aber am Ende konnte er sich nicht entschließen, sein geliebtes Predigtamt aufzugeben. Schon seit längerer Zeit getraute er sich nicht mehr, den Weg von unserer Wohnung, die steile Straße hinauf zur Kirche zu Fuße zurückzulegen; wenn er im Wagen saß, schien es ihm zuweilen, als sei es unmöglich, die Predigt zu Ende zu führen. Seine Willensstärke half ihm durch, er hat niemals die Kanzel verlassen müssen, aber seine Kräfte wurden nur um so rascher aufgerieben. Wiederholt mußte er sich im Konfirmandenunterricht, später auch auf der Kanzel, vertreten lassen. Die Säkularfeier der Augsburgischen Konfession, 23. Juni 1830, ergriff sein ganzes Gemüt; sie wurde nach seiner Anordnung, unter freiem Himmel auf dem geräumigen Altmarkt von sämtlichen Schulen unter Teilnahme der ganzen Einwohnerschaft begangen. Tätig an ihr teilzunehmen war er zu schwach, er konnte ihr nur im Wagen beiwohnen. Elf Tage später, am 4. Juli, entschlief er sanft, nicht volle 62 Jahre alt. Als wir frühmorgens aus den Betten geholt wurden, fanden wir ihn sterbend; nur durch Händedruck und Blick konnte er von uns Abschied nehmen. Sein Bruder Gottlieb eilte aus Magdeburg herbei und nahm an der feierlichen Bestattung, 7. Juli, teil; er folgte, uns Kinder an der Hand führend, dem Sarge, welcher auf dem Johannisgottesacker, neben dem Sarge meiner Mutter eingesenkt wurde. Der Kronprinz und Prinz Wilhelm haben über dem Grabe ihres Erziehers ein Denkmal in Form einer halbrunden Halle nach Schinkels Entwurf errichten lassen.

Ich war völlig betäubt und ließ, was nun geschehen mußte, teilnahmlos über mich ergehen. Mein Onkel, testamentarisch zu unserem Vormunde ernannt, blieb einige Tage in Zeitz, um das Notwendigste zu ordnen. Meine Schwester sollte nach dem Wunsche meines Vaters in dem Hause unserer Tante, der Hofrätin Goeschen in Göttingen, ihre Heimat finden und verließ Zeitz bald nach dem Tode des Vaters; mich wollte der Onkel im Herbst, nach dem Schluß des Schuljahres, in sein Haus aufnehmen, bis dahin blieb ich in unserer Wohnung mit einem Hauslehrer. Gustav Kießling, der zweite Sohn des Rektors des Stiftsgymnasiums, schon während seiner Schulzeit und später während seiner Studienzeit in Halle meinem Vater vorteilhaft bekannt geworden, hatte Ostern 1830 seine philologischen Studien beendet und sein Probejahr als Schulamtskandidat bei dem Gymnasium begonnen. Mein Vater hatte ihm sofort die Beaufsichtigung meiner

häuslichen Arbeiten, zu welcher seine eigenen Kräfte nicht mehr ausreichten, übertragen; er war unser täglicher Tischgenosse geworden, und so verstand es sich von selbst, daß er nun als mein Lehrer und Erzieher meine Wohnung teilte. Er war eine brave und treue Natur, voll Geist und Leben, mit praktischem Blick, sofern ihn nicht sein Wohlwollen irre führte, mit einem Stück des väterlichen Humors. Ich hatte mich vom ersten Augenblick mit Vertrauen an ihn angeschlossen, und er hatte für mich die herzlichste Zuneigung; nach des Vaters Tode war das Zusammenleben mit ihm eine wahre Wohltat für mich. Auf die Betäubung der ersten Tage war eine Zeit der Verzweiflung gefolgt, um so tiefer wirkend, je fester ich sie in mich verschloß. Ich hatte meinen Vater mit ganzem Herzen geliebt; er hatte sich von meiner ersten Kindheit an so ununterbrochen mit mir beschäftigt, daß ich gewohnt war, alles, was ich tat und trieb, auf ihn zu beziehen. Er hatte Freude an meinem Talent und an meinen Fortschritten und zog mich deshalb meiner Schwester vor, deren Entwicklung unter dem Mangel der mütterlichen Erziehung litt; ich fühlte das und schloß mich nur desto fester an ihn. Sein Tod, welchem die Trennung von meiner Schwester unmittelbar folgte, ließ mich ganz allein auf der Welt. Zu keinem von meinen Altersgenossen hatte ich ein herzliches Verhältnis, und die Religion gewährte mir keinen Trost. Ich war religiös erzogen, aber nicht religiös geworden, ich war voll Ingrimm über mein Schicksal und konnte, was mir widerfahren war, mit der überlieferten Vorstellung von der Güte Gottes nicht vereinigen. Zweifelnd und grübelnd lief ich stundenlang einsam im Garten umher. Kießling war nicht dazu angelegt, religiös auf mich zu wirken, aber er verstand es, meine Stunden und meine umherirrenden Gedanken durch seinen anregenden und wohltuenden Umgang auszufüllen und zu beschäftigen und mich allmählich aus der verzweifelten Empfindung der Verlassenheit herauszureißen. In ihm hatte ich wieder einen Mann, der für mich zu leben schien, und an dessen treuer Teilnahme für mich ich nicht zweifeln konnte. Nur wenige Monate dauerte dieses Zusammenleben. Mit Ende September wurde der Haushalt aufgelöst; Luise wurde durch eine Anstellung als Silberwäscherin im kronprinzlichen Hofstaat versorgt, mich brachte Kießling nach Magdeburg. Wir haben uns oft wiedergesehen. Im Jahre 1832 besuchte ich ihn auf mehrere Tage in Zeitz, und später sind wir uns in Berlin wieder begegnet, wo er anfangs die Stelle eines Rats bei dem branden-

burgiſchen Provinzialſchulkollegium bekleidete, ſodann als Direktor des Joachimsthalſchen Gymnaſiums wirkte und zuletzt im Ruheſtande ein glückliches Alter verlebte.

So war ich denn in Magdeburg. Es fragte ſich, was unter den ganz neuen Verhältniſſen aus dem dreizehnjährigen Knaben werden würde.

Zweites Kapitel.

Ich kam in Magdeburg in ein volles Haus.

Meinem Onkel Gottlieb Delbrück, damals 53 Jahre alt, lebten aus seiner ersten Ehe mit der vor zwölf Jahren verstorbenen Tochter des früheren Professors in Halle, nachherigen Obertribunalrats in Berlin, Klein, fünf Kinder, zwei Töchter und drei Söhne, aus seiner zweiten Ehe mit Auguste, Tochter des Hofrats Dr. med. Bremer in Berlin, sechs Kinder, vier Söhne und zwei Töchter. Diese elf Kinder befanden sich, mit Ausnahme des ältesten, in Göttingen die Rechte studierenden Sohnes, im elterlichen Hause. Die Familie bewohnte das erste Geschoß in dem Hause des Dr. Eduard Niemeyer, Sohnes des Kanzlers Niemeyer in Halle, eines der beliebtesten Ärzte Magdeburgs, welcher sich mit einer von meinen Cousinen, Julie Goeschen, verheiratet hatte. Das Haus lag mit dem Hauptgebäude gegenüber dem Fürstenwall, der Stadtpromenade Magdeburgs längs der Elbe, mit dem langen Seitenflügel in der breiten Gouvernementsstraße, unter den damaligen Verhältnissen in bester Gegend.

Mein Onkel hatte, nach Beendigung seiner rechtswissenschaftlichen Studien in Halle, sich in Magdeburg als Advokat niedergelassen und, 23 Jahre alt, mit seiner ersten Frau verheiratet. Es war ihm gelungen, sich das Vertrauen weiter Kreise zu erwerben, und so war ihm unter anderem die Rechtsvertretung des reichbegüterten damaligen Domkapitels übertragen worden. Diese Stellung führte ihn im Jahre 1807 auf einige Zeit nach Paris zu dem freilich erfolglosen Versuche, für das Kapitel in dem neuen Königreich Westfalen das Dasein zu retten. Nach der Wiederherstellung der preußischen Herrschaft wurde er Regierungsrat und Justitiarius bei dem Konsistorium, dem Provinzialschulkollegium und der Regierung in Magdeburg. Er war ein Mann

mehr von lebhaftem Geiste als von scharfem Verstande, mehr weich als energisch, geneigt, die Dinge leicht zu nehmen und Unangenehmes von sich fern zu halten, voll Talent — noch während ich in seinem Hause war, lernte er aus Buttmanns Grammatik das Griechische —, mit vielseitigen Interessen, namentlich für Musik und Literatur, ein liebenswürdiger Gesellschafter, stets wohlwollend, rücksichtsvoll und hilfsbereit, ein gläubiger Christ voll Toleranz gegen Andersdenkende, ein echter Patriot, von treuer Anhänglichkeit an das Königshaus. Als Geschäftsmann besaß er große Gewandtheit, die Arbeit ging ihm rasch von der Hand, er verstand es, aus verwickelten Fällen Auswege zu finden; gewissenhaft erfüllte er seine Dienstpflichten. Er liebte die Jugend und war ein sehr nachsichtiger Vater; in seinem Alter kannte er nichts Angenehmeres als die Abendstunden im Kreise seiner Familie, mit ein paar jungen Leuten als Gästen, in lebhafter Unterhaltung über politische, religiöse oder literarische Dinge.

Seine zweite Frau war ganz für ihn geschaffen. Sie war aufgewachsen in der geistigen Atmosphäre, welche die gute bürgerliche Gesellschaft in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts umgab. Ihr lebendiges, religiöses Gefühl hatte durch Schleiermachers Glaubenslehre seinen Inhalt erhalten und in dem Bewußtsein der Gemeinschaft mit Christus seine Befriedigung gefunden. Ihr reger Geist war unter der Herrschaft der Romantik gebildet; als Berlinerin, welche die in der Hauptstadt vorzugsweise gefühlte Erniedrigung und Erhebung der Nation mit Bewußtsein erlebt hatte, stand sie mitten in den Empfindungen, aus welchen die Romantik erwachsen war. Die ältere deutsche und fremde Literatur, wie sie durch Tiecks und Arnims Bearbeitungen und Schlegels und Gries' Übersetzungen zugänglich geworden war, sowie Schillers spätere Dramen waren ihr Element. Ihr Besitz an positiven Kenntnissen war nicht groß, aber ihr ganzes Wesen war voll Schwung durch ihre religiösen, poetischen und patriotischen Interessen. Auch sie liebte es, die Dinge leicht zu nehmen, und sie bedurfte dieser Eigenschaft, als sie in ihrem fünfundzwanzigsten Jahre Stiefmutter von fünf, zum Teil schon halberwachsenen Kindern und darauf in rascher Folge Mutter von sieben eigenen Kindern wurde. Jugendliche Frische und ein Hauch von Mädchenhaftigkeit waren ihr trotzdem geblieben, und dies alles machte sie zu einer höchst liebenswürdigen Frau, namentlich auch für die Jugend, denn sie war weit entfernt davon, die ältere Frau oder die Mutter geltend zu machen, wenn die Unterhaltung sich um die Fragen bewegte, für welche sie

Interesse hatte; lebhaft und beredt trat sie für ihre Ansichten ein. Ein angenehmes Äußere kam ihr zu statten; freilich war sie zu lebhaft, um graziös zu sein.

Onkel und Tante nahmen mich mit vollster Herzlichkeit in ihr Haus auf, aber alle diese Herzlichkeit konnte den schneidenden Gegensatz zwischen ihrem und meinem väterlichen Hause nicht ausgleichen.

In Zeitz hatten mein Vater und nach dessen Tode Kießling für mich gelebt, und die alte Wärterin hatte getan, was sie mir an den Augen absehen konnte; im Hause war ich dadurch zu einer Art Mittelpunkt geworden. In der Schule wurde ich, als der Sohn meines Vaters, von den Lehrern und selbst von meinen Mitschülern, mit einer gewissen Rücksicht behandelt; als ich in Tertia eintrat, sagte mir der Primus der Klasse, daß mir die für einen Fuchs hergebrachte Tracht Prügel nicht erlassen werden könne, daß sie aber sehr leicht ausfallen werde. Bei gemeinschaftlichen Ausflügen fiel mir eine Führerrolle von selbst zu. In der Stadt kannte mich jeder, und jeder war freundlich zu mir. Dies alles war in Magdeburg anders. Onkel und Tante behandelten mich wie ihr eigenes Kind, aber sie hatten so viele eigene Kinder, daß sie sich um die Erwachsenen nur dann bekümmern konnten, wenn eine ganz besondere Veranlassung dazu vorhanden war. In der Schule zeigten mir ein paar ältere Lehrer, welche meinen Vater noch gekannt hatten, ein persönliches Interesse, sonst war ich ein Schüler unter allen anderen. In der Stadt kannte mich natürlich niemand. In Zeitz war ich etwas gewesen, in Magdeburg war ich nichts. Dazu kam noch ein Gegensatz in äußerlichen Dingen. Die Wohnung in dem Niemeyerschen Hause reichte, so geräumig sie auch war, für die große Familie kaum aus. Ein Zimmer nach dem kleinen Hofe hatte durch eine Bretterwand geteilt werden müssen, der kleinere Teil enthielt den Schlafraum für drei meiner Vettern und mich, der größere war unser Arbeitszimmer. In Zeitz hatte ich ein eigenes Schlafzimmer und mein eigenes Arbeitszimmer besessen, jedes größer als die entsprechenden Räume in Magdeburg, mit freier Aussicht auf einen Vorgarten und die vorbeiführende Landstraße. Es war mir widerwärtig, den Schlafraum und Arbeitsraum mit anderen zu teilen, und es dauerte lange, ehe ich mich an diese Gemeinschaft gewöhnte. In Zeitz war ich gewohnt gewesen, mich im Sommer und Winter im Garten zu ergehen, jeden freien Augenblick konnte ich dazu benutzen. Auch mit dieser Freude hatte es ein Ende, in Magdeburg gab es nur den

einförmigen Fürstenwall oder das, nur auf zeitraubendem Wege erreichbare, nicht minder einförmige Glacis.

Ich war eben ein durch Menschen und Verhältnisse verzogener Knabe. Ich empfand nur, was ich verloren hatte, nicht, was mir durch die herzliche Aufnahme in dem Hause meines Onkels geboten wurde. Ich fühlte mich verlassen und einsam, trotzdem ich in einem vollen Hause lebte, und zurückgesetzt, trotzdem ich wie ein Kind des Hauses behandelt wurde. Den Versuch, dieses Gefühl durch Mitteilung los zu werden, machte ich nicht. Ich mochte weder klagen, wo, wie ich einsah, der Klage die objektive Berechtigung gefehlt hätte, noch mich zum Gegenstand eines fruchtlosen Mitleidens machen. So zog ich mich ganz in mich selbst zurück. Da es mir vorkam, daß niemand sich darum bekümmere, wie es mir erginge, so hielt ich mich für berechtigt, mich nicht darum zu kümmern, wie es andern ergehe. Ich lebte wie unter Fremden. Ich war aufmerksam und gefällig und bemühte mich, zu vermeiden, was Anstoß erregen konnte, und gerade daß ich mich isoliert fühlte von dem großen Kreise, in welchem ich lebte, verschaffte mir in demselben allmählich eine gewisse Stellung. Noch etwas anderes kam hinzu. In dem täglichen Verkehr mit meinem Vater und mit Kießling hatte ich eine Menge von Kenntnissen erworben, welche in keiner Schule zu erwerben und bei einem Knaben von meinem Alter selten zu finden sind; sie kamen gelegentlich zutage, und es dauerte nicht lange, so wurde ich angerufen, wenn es in der Unterhaltung am Mittagstisch und beim Abendtee auf Feststellung von Tatsachen ankam. Ich war anders als die andern, und das kam mir zu statten. Daß mein Herz nicht mitsprach, wurde nicht bemerkt; es war genug, daß ich ein frisches und ansprechendes Element dem Familienkreise zubrachte, und der Augenblick, in welchem ich nach Magdeburg kam, war besonders dazu geeignet, einem solchen Element zur Geltung zu verhelfen.

Das Interesse der gebildeten Kreise an öffentlichen Dingen war in den zwanziger Jahren äußerst gering gewesen. Der gewaltigen Aufregung, welche in den Jahren 1806 bis 1815 die Nation bis in die innersten Tiefen ergriffen hatte, war eine müde Abspannung gefolgt. Meine nächste Heimat, die Provinz Sachsen, war politisch noch weniger angeregt als andere Landesteile; ihre fleißige, sparsame und genügsame Bevölkerung fand, soweit sie sich von anderen, als wirtschaftlichen Fragen in Anspruch nehmen ließ, ihre geistigen Bedürfnisse durch die Beschäftigung mit der Literatur und mit kirchlichen

Angelegenheiten befriedigt. Der Agendenstreit hatte sie ergriffen, aber er war nach und nach im Sande verlaufen, und der Druck, welchen die Verfolgung der demagogischen Umtriebe auf einzelne ausübte, hatte keine Erregung in weitere Kreise getragen. Jetzt war es anders geworden. Die Julirevolution, die Erhebung Belgiens, der polnische Aufstand, einzelne Ausbrüche in Deutschland hatten das Interesse für die Politik wachgerufen und die Tagesereignisse zum Gegenstande des Gesprächs gemacht. Dieser Gegenstand wurde mit Eifer von uns ergriffen. Legitimisten, wie damals der Ausdruck war, waren wir alle, aber in verschiedenem Grade. Mich hatten die in meinem bisherigen Leben empfangenen Eindrücke zu einem Legitimisten reinsten Wassers gemacht, jede Auflehnung gegen die bestehende Autorität war mir ein Greuel, Louis Philippe ein Usurpator, die Belgier und Polen Rebellen. Indem ich diese Ansichten rücksichtslos vertrat, nahm ich den Vorteil wohl wahr, welchen das Festhalten an einem abstrakten Prinzip in der Diskussion gewährt. Der weibliche Teil der Familie hatte Sympathien des Herzens mit den Unterdrückten, welche ihr Leben für ihre Ideale einsetzten. Der Onkel, welcher weiter sah als wir, hatte bei aller Abneigung gegen gewaltsame Umwälzungen volles Verständnis davon, daß solche Umwälzungen, wenn auch formell unberechtigt, sachlich notwendig sein könnten. Jedes Ereignis der ereignisreichen Zeit brachte diesen Gegensatz zu mitunter lebhaftem Ausdruck.

Meine Stubengenossen waren meine Vettern Ernst und Berthold Delbrück und Alexander Goeschen. Der letztere, vier Jahre älter als ich, Bruder der Frau Niemeyer, besuchte die Klosterschule und pflegte einen Teil des Tages in der Wohnung seiner Schwester zuzubringen. Er stand deshalb zu uns andern in keinem nahen Verhältnis. Berthold, wenig jünger als ich, war in der Schule weit hinter mir zurück, und so wurde Ernst, obgleich drei Jahre älter als ich, mein eigentlicher Genosse; ich besuchte mit ihm die Sekunda des Domgymnasiums. Lehrer und Mitschüler wurden mir gewogen, und die Zensuren, welche ich nach Hause brachte, konnten nicht besser sein. Einen Lehrer, welcher anregend auf mich eingewirkt hätte, wüßte ich so wenig zu nennen, als ich eine Seite meiner Bildung bezeichnen kann, welche während meines nur wenig über ein Jahr dauernden Besuchs der Schule besonders gefördert wäre. Eine solche Förderung trat aber außerhalb der Schule ein.

Schon in Zeitz hatte ich mir in den Kopf gesetzt, Soldat zu

werden. Wie ich auf diesen Gedanken gekommen war, weiß ich nicht mehr. Vielleicht war es der Zug militärischen Ruhmes, der von Berlin und Potsdam ausging, vielleicht der Glanz der Uniformen, der des Knaben Auge blendete, vielleicht der Gedanke an die Protektion des Kronprinzen. Als ich nach Magdeburg kam, war ich erwachsen genug, um mit dem Planzeichnen, als einem Vorstudium für den künftigen Beruf, zu beginnen. Der Bauinspektor Rosenthal, welcher mich dazu anleiten sollte, führte damals die Restauration des Magdeburger Doms aus, und sein Bureau, in welchem ich zugleich mit einigen bei den Restaurationsarbeiten beschäftigten jungen Architekten zu arbeiten hatte, lag mitten unter Steinmetzwerkstätten, dicht am hohen Chor. Im Bureau lernte ich die Werkzeichnungen für die Restaurationsarbeiten, in den Werkstätten deren Ausführung und auf den Baugerüsten den Versatz der Werkstücke kennen, und ich erhielt dadurch lebendige Anschauungen von der Anlage und der Ornamentik des in seinen älteren Teilen dem Übergangsstil, in den späteren der Gotik angehörenden Gebäudes. Diesen frühen Anschauungen verdanke ich mein Interesse für kirchliche Architektur und den Genuß, welchen mir das Studium derselben in meinem späteren Leben bereitet hat.

Eine verwandte Anregung dauernder Art ward mir im eigenen Hause. Der Hauswirt, Dr. Niemeyer, ein Mann von feinem Kunstsinn, hatte die Wände seines Gesellschaftszimmers mit guten Kupferstichen nach den vorzüglichsten Gemälden italienischer Meister geschmückt, welche ich betrachtete, so oft ich nur konnte. Im väterlichen Hause hatte ich nur zwei solcher Reproduktionen kennen gelernt: einen vortrefflichen Müllerschen Stich der Sixtinischen Madonna, Geschenk des Kronprinzen, welcher mich auf meinem ganzen Leben begleitet hat, und einen Longhischen Stich des Abendmahls von Leonardo da Vinci. Hier erhielt ich eine Vorstellung von dem Reichtum der Kunstschöpfungen des Cinquecento. Die großen Kompositionen Rafaels in den Stanzen gingen über mein Verständnis; desto mehr fesselten mich die einfacheren Bilder. Noch heute würde ich imstande sein, die Stellen zu bezeichnen, wo die Stiche des S. Michael und der S. Margaretha aus dem Louvre, der Vision des Ezechiel aus dem Palazzo Pitti und der S. Justina aus dem Belvedere aufgehängt waren.

Im Februar 1831 machte mein Onkel eine Dienstreise nach Berlin. Er nahm mich mit sich, wohl in der Absicht, das Interesse

des Kronprinzen für mich wach zu erhalten. Wir wurden denn auch beide von dem hohen Herrn gnädig empfangen. Einen Teil der Sommerferien brachte ich in Göttingen zu, um meine Schwester wiederzusehen. Im Oktober 1831 wurden wir eines Tages durch die Mitteilung überrascht, daß der Onkel zum Kurator der Universität Halle ernannt sei und der Umzug nach Halle unmittelbar bevorstehe. Vorgänge, welche in der letzten Zeit Aufsehen erregt hatten, waren die Ursache dieser Ernennung. Die Evangelische Kirchenzeitung hatte im Januar 1830 eine von dem damaligen Landgerichtsdirektor in Halle von Gerlach, dem späteren „Rundschauer", herrührende Korrespondenz gebracht, welche aus den Vorlesungen der beiden hervorragendsten Theologen der Universität, Wegscheider und Gesenius, einzelne Stellen mitteilte, um den verderblichen Geist zu bezeichnen, welcher durch diese Männer verbreitet werde, und der Regierung die Notwendigkeit klar zu machen, dieselben von ihren Ämtern zu entfernen. Als erster in die Öffentlichkeit tretender Versuch zur Unterdrückung der Lehrfreiheit in den theologischen Fakultäten erregte sie großes Aufsehen. Das Ministerium konnte sie nicht unbeachtet lassen; es wurde eine Untersuchung der erhobenen Anklagen angeordnet und die Führung derselben meinem Onkel übertragen. Die Untersuchung ergab, wie den theologischen Fakultäten vom Ministerium noch im Dezember mitgeteilt wurde, keinen Grund zum Einschreiten gegen die beiden Professoren, und die Lehrfreiheit blieb unangetastet. Kurz darauf, im Januar 1831, hatten in Halle arge Verletzungen der Universitätsdisziplin stattgefunden, zu deren Untersuchung der Onkel wiederum dorthin entsendet werden mußte. Diese Vorgänge hatten gezeigt, daß es rätlich sei, die bisher als Nebenamt verwaltete Stelle des Kurators der Universität durch einen eigenen Beamten zu besetzen, und der Onkel hatte die ihm erteilten Aufträge mit so viel Takt und Verständnis ausgeführt, daß er als der für die Stelle geeignete Beamte erschien.

Er trennte sich nicht mit leichtem Herzen von der Stadt, in welcher er geboren war und, abgesehen von der Universitätszeit, sein ganzes Leben zugebracht hatte, in welcher er zahlreiche, erprobte Freunde und einen sympathischen Gesellschaftskreis zurückließ. Seine Frau und seine Kinder waren leichteren Herzens; für sie überwog der Reiz, welchen die Aussicht auf eine günstigere Gestaltung der äußeren Lebensverhältnisse ausübt. Ich war mit dem Wechsel vollständig zufrieden, denn ich verließ nichts, was mir eigentlich lieb ge-

wesen wäre. Es gab manche Abschiedsfeste, deren einige mir zugänglich waren und mir den ersten Begriff großer Abendgesellschaften gaben. Auf einem Mittagessen bei dem schon früher erwähnten Kommandanten Grafen v. Hacke, zu welchem ich mit Onkel und Tante eingeladen wurde, hatte ich zum Tischnachbarn einen jungen Offizier, mit welchem mein späteres Leben mich oftmals zusammengeführt hat, den Leutnant von den Gardedragonern, späteren Feldmarschall v. Manteuffel, dessen Vater damals dem Magdeburger Oberlandesgericht als Chefpräsident vorstand.

Der Tag unseres Umzuges nach Halle gestaltete sich überaus ergötzlich. Die ganze Familie wurde in einen eigens bestellten vierspännigen Postwagen größter Dimension eingeschachtelt; reichlich mit Proviant versehen, passierten wir bei Anbruch eines heiteren Novembertages die Festungstore. Es herrschte die beste Laune, nur gesteigert durch die mannigfaltigen Unbequemlichkeiten des Daseins in unserer Arche. Beide, die Unbequemlichkeiten und die gute Laune, erreichten bei der Ankunft in Halle ihren Gipfelpunkt. Es war das Cholerajahr, und wir kamen aus einer infizierten in eine noch reine Stadt. Die eine Zeit lang auch im Innern des Landes eingerichteten Quarantänen waren als nutzlos aufgegeben, aber es gab noch ängstliche Gemüter, und zu den ängstlichsten gehörte der Professor Niemeyer, Bruder unseres Magdeburger Hauswirts, in dessen Hause für uns gemietet war. Er hatte meinem Onkel beweglich vorgestellt, daß es sehr zur Beruhigung der öffentlichen Meinung gereichen werde, wenn wir einige Tage außerhalb der Stadt zubrächten. Mein Onkel konnte nicht umhin, der öffentlichen Meinung, wie sich später zeigte, der Ängstlichkeit sehr weniger, dieses Opfer zu bringen, und so hatte man für uns in Ludwigs Etcetera das erste Heim bereitet, einem Gartenhause auf der Höhe des nach der Saale abfallenden Plateaus, dessen Abdachung die Stadt einnimmt. Der bekannte Publizist, Kanzler von Ludwig, hatte es erbaut, und da er auf den Titelblättern seiner zahlreichen Schriften der vollständigen Aufzählung aller seiner Würden und Titel stets ein „ꝛc.“ hinzufügte, so war es, als der einzige Gegenstand, auf welchen sich dieses „ꝛc.“ beziehen konnte, von dem Volkswitz Ludwigs Etcetera getauft worden. Für eine Schar, wie sie unserer Arche entströmte, war es nicht eingerichtet, nur die notdürftigsten Möbel waren vorhanden, genügende Heizungsanlagen fehlten, die Dunkelheit der hohen Räume wurde durch ein paar Talgkerzen schwach bekämpft. Im ersten

Augenblick wußten wir nicht, wie wir uns zurechtfinden und wie wir unterkommen sollten. Aber der Kontrast zwischen dem Bedarf und der Wirklichkeit wirkte unwiderstehlich komisch. Unter Scherzen und Lachen verzehrten wir das für uns bereitete Abendessen, spähten wir nach Plätzen für unsere Kleidungsstücke und suchten wir, einer über den Kopf des andern schreitend, unsere ohne jeden Zwischenraum nebeneinander gestellten Betten. Das Wetter blieb uns günstig und gestattete uns am anderen Morgen einen überraschend hübschen Ausblick. Vor uns im Tale lag die rauchende Stadt mit ihren stattlichen Türmen, in der Ferne überragt von den Ruinen von Giebichenstein, links streckte sich die breite, zur Dölauer Heide aufsteigende Saalniederung aus, und geradeaus schloß den Horizont der Porphyrkegel des Petersberges, bekrönt von den später restaurierten Resten einer romanischen Kirche, der Grabstätte des Wettiner Fürstenhauses. Von dem Besuche der Stadt und der Einrichtung der Wohnung ließen wir uns natürlich nicht abhalten, und als nach drei Tagen unsere Quarantäne zu Ende war, konnten wir vollständig eingerichtete Räume beziehen. Das Innere der Stadt machte uns freilich einen weniger vorteilhaften Eindruck, als ihr Äußeres. Enge, schlechtgepflasterte Straßen, wenige durch ihre Bauart ausgezeichnete Gebäude, Straßen und Häuser, durchzogen von dem übeln Geruch und beschmutzt von den dunkeln Niederschlägen der Braunkohlenfeuerungen, und das sogar im Sommer, weil die mächtigen Feuerungen der Salinen ununterbrochen arbeiteten. Unsere Wohnung, in der engen und dunkeln Märkerstraße gelegen, war damals die größte und eleganteste der Stadt, sie umfaßte den ersten Stock des mit zwei Seitenflügeln und einem Quergebäude versehenen Hauses und war geräumig genug, um für meinen Vetter Ernst und mich gemeinschaftlich ein Arbeitszimmer und ein Schlafzimmer zu bieten, ein großer Fortschritt gegen die Magdeburger Verhältnisse.

Den ältesten Sohn meines Onkels, Felix, welcher beim Beginn des Winterhalbjahres Göttingen mit Halle vertauscht hatte, fanden wir in seiner Studentenwohnung bereits vor. Er führte seine näheren Bekannten in das Haus seines Vaters ein, mit den Familien der Stadt wurden Beziehungen angeknüpft, es dauerte nicht lange, so herrschte ein lebhaftes geselliges Treiben. Onkel und Tante gaben sich gerne diesem Treiben hin, sie waren beide gesellige Naturen und freuten sich, daß sie jetzt die für eine behagliche Geselligkeit erforderlichen äußeren Mittel besaßen. In den städtischen Kreisen, welche

namentlich durch die Familien der Profeſſoren gebildet wurden, waren ſie, neben dem jährlich wechſelnden Prorektor der Univerſität, die erſten Perſonen, und meine beiden erwachſenen Couſinen, welche in Magdeburg nur eine beſcheidene Rolle hatten ſpielen können, wurden bevorzugte junge Damen.

Sie waren ſehr verſchieden geartet. Die älteſte, Aline, damals 24 Jahre alt, war äußerlich wenig anziehend, eine zierliche Geſtalt, aber mit ſchlechter Haltung. Sie hatte ein vortreffliches Herz, es fehlte ihr nicht an Grazie und weiblichem Eſprit, und ſie beſaß eine angenehme, gut ausgebildete Stimme, aber allgemeinere Intereſſen waren ihr fremd. Neben der lebhaften, geiſtig angeregten Mutter konnte ſie nicht zur Geltung kommen. Sie wurde ſpäter eine vorzügliche Hausfrau und Mutter. Die jüngere, Franziska, damals 18 Jahre alt, war ſehr hübſch; ein regelmäßiges, edles Geſicht mit aſchblondem Haar und ſprechenden braunen Augen, eine ſchöne Geſtalt über Mittelgröße. Sie hatte einige Zeit in Berlin im Hauſe der Schweſter ihrer Stiefmutter gelebt, war von Schleiermacher konfirmiert worden und hatte durch die Eindrücke ſeines Unterrichts für ihr ganzes Leben die Richtung erhalten. Mein Verhältnis zu den beiden Schweſtern war das allerbeſte; ich war ein galanter Vetter und widmete der jüngeren einen platoniſchen Kultus, welcher nicht ausſchloß, daß wir fortwährend über alle möglichen Dinge in lebhaftem Streit waren.

Geſtritten wurde überhaupt viel. Die Teeabende, zu welchen ſich in unſerm Hauſe jüngere Dozenten und ältere Studenten, zuweilen auch junge Mädchen zwanglos zuſammenfanden, verliefen ſelten, ohne daß die Gegenſätze in den Anſchauungen politiſcher, literariſcher und religiöſer Fragen eifrige Vertretung fanden. Mein Vetter Felix und ſeine Freunde trugen liberale Ideen in das legitimiſtiſche Haus, die neuere poetiſche Literatur wurde zur Geltung gebracht, und die philoſophiſche Auffaſſung religiöſer Fragen fand ihre Verfechter. So lebhaft Onkel und Tante, namentlich die letztere, an dem Kampfe der Meinungen teilnahmen, ſo gut verſtanden ſie es, dieſen Kampf in den Grenzen zu halten, welche ohne Nachteil für die gegenſeitigen Beziehungen nicht überſchritten werden durften. Zuweilen wurden Dramen von Goethe, Schiller, Leſſing, Calderon mit verteilten Rollen geleſen, ſie gaben dann den Stoff der Unterhaltung für den Reſt des Abends. Wenn wir am Abend unter uns waren, pflegte der Onkel vorzuleſen.

Die sonnen- und luftlose Wohnung in der Märkerstraße wurde bei dem Eintreten der guten Jahreszeit mit einer Sommerwohnung vertauscht; im ersten Sommer war es Ludwigs Etcetera, vom zweiten Sommer an ein freundliches Haus mitten in den an die südliche Stadtmauer grenzenden Gärten. In Ludwigs Etcetera brachten wir den vergnüglichsten Sommer zu; da die männliche Jugend in einem Gärtnerhause einquartiert war, so bot das Hauptgebäude genügenden Raum. Für gesellige Vereinigungen und Spiele gewährten der Garten und ein großer Saal die vorzüglichsten Plätze; in dem letzteren wurde der 3. Oktober, der Geburtstag meiner Tante, durch kostümierte Aufzüge und lebende Bilder mit Gesangbegleitung gefeiert. In den Herbstferien machte ich zusammen mit meinen Vettern Ernst und Berthold meine erste Fußreise. Wir durchwanderten das Selke- und Bodetal, erstiegen den Brocken, besuchten Andreasberg, Hohenstein, Walkenried und Nordhausen und schlossen mit dem Kyffhäuser. Die spätere Sommerwohnung entbehrte großer Räume — die männliche Jugend blieb in der Stadt wohnen —, hatte aber einen Ersatz durch mehrere schattige Buchenlauben, in welchen bei gutem Wetter die Mahlzeiten genommen wurden.

Wenige Tage nach unserer Ankunft in Halle traten Ernst und ich als Schüler in das Pädagogium ein. Diese jetzt nicht mehr bestehende Anstalt war von August Hermann Francke den seinen Namen tragenden Stiftungen angeschlossen mit dem Zweck, Knaben aus den höheren Ständen zu erziehen und auszubilden. Diesem Zweck entsprechend war sie ursprünglich ausschließlich Alumnat gewesen, und zwar ein recht teures, weil sie für ihr Bestehen nur auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen war. Lange Zeit hindurch waren diese Einnahmen reichlich geflossen, denn sie war die bevorzugte Bildungsanstalt für die Söhne des mecklenburgischen, märkischen und magdeburgischen Adels geworden, allmählich hatte aber die Frequenz abgenommen, und es waren deshalb auch Stadtschüler zugelassen. Die Klassen waren nur mäßig gefüllt, die Schüler gehörten ausnahmslos gebildeten Familien an. In den oberen Klassen überwogen damals noch die Alumnen; die Mehrzahl meiner Mitschüler gehörte den Familien von Bassewitz, von der Lancken, von Meerheimb, von Ribbeck, von Quast, von Alvensleben, von Oheimb, von Plüskow, von Klitzing, von Langen und Pieschel an, von welchen einzelne durch mehrere Mitglieder vertreten waren. Ich kam zu allen in ein gutes Verhältnis.

Die Anstalt befand sich in einem vierstöckigen Fachwerksgebäude mit engen hölzernen Treppen, dem feuergefährlichsten Bau, der sich denken ließ. Im obersten Stockwerk lagen die Klassen, in den unteren die Zimmer der Lehrer und der Alumnen. Ich glaube noch jetzt das Donnergepolter zu hören, mit welchem wir bei Beginn der vormittäglichen Frühstückspause die Treppen zu der im Erdgeschoß gelegenen Pförtnerstube hinabstürmten, an deren Schalter belegte Butterbrote und Obst zu haben waren. Es kam eben darauf an, so früh als möglich am Schalter zu sein, um das Frühstück ohne Überhastung zu verzehren.

Wohnungen für verheiratete Lehrer, mit Ausnahme des Rektors, gab es nicht, und lebenslängliche Anstellungen mit erheblichen Gehältern waren nicht möglich; dennoch fehlte es nicht an tüchtigen Lehrern, denn jüngere Philologen konnten sich mit freier Wohnung und Verpflegung und einem geringen Gehalt begnügen, da ihnen das Leben in einer Universitätsstadt durch die Leichtigkeit des persönlichen Verkehrs mit den Professoren und der Benutzung der Bibliothek eine anderwärts nicht leicht zu findende Gelegenheit für die Fortsetzung ihrer Studien und für literarische Tätigkeit darbot. Die Anstalt besaß, während ich sie besuchte, eine Reihe ganz ausgezeichneter Lehrer: Adolph Stahr, der Aristoteliker, später durch zahlreiche Schriften über Kunst, Altertum und Literatur allgemein bekannt geworden; Karl Ludwig Peter, nachmaliger Rektor von Schulpforta; Moritz Seyffert, ein Lateiner von seltener Eleganz, zuletzt erster Lehrer am Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin; Theodor Echtermeyer, der 1838 mit Arnold Ruge die „Hallischen Jahrbücher" begründete, sämtlich Männer von Geist, von jugendlicher Frische — keiner von ihnen hatte damals die dreißig überschritten —, voll Feuer für ihre Wissenschaft und, so verschieden sie geartet waren, von anregender Persönlichkeit. Der Lehrer der Mathematik, Eduard Büchner, besaß nicht die glänzenden Eigenschaften seiner Kollegen, war aber in seinem Fache durchaus tüchtig; für den Unterricht in der französischen Sprache war ein gebildeter junger Franzose, Giraud, angestellt. Der Rektor, Max Schmidt, dessen ich als eines Lehrers an dem Zeitzer Gymnasium erwähnt habe, beteiligte sich wenig am Unterricht.

Sobald ich mich in den neuen Verhältnissen etwas eingewohnt hatte, fand ich in dem Besuch der Schule einen stetig zunehmenden Genuß. Der Lehrplan hatte noch nicht ganz das Gepräge der Zeit verloren, in welcher das Pädagogium nur vornehme junge Leute

ausbilden wollte. Der grammatikalische Unterricht in den alten Sprachen wurde weniger breit und tief behandelt als auf den andern sächsischen Gymnasien, dafür wurde mehr als auf den letzteren der allgemein wissenschaftliche Unterricht, namentlich Geschichte, deutsche Sprache und Mathematik gepflegt. Noch eine andre Eigentümlichkeit war aus jener Zeit übrig geblieben. In einem großen Saale der Anstalt befand sich eine vollständig eingerichtete Bühne mit einer gut ausgestatteten Garderobe, auf welcher die Schüler ein- oder zweimal im Winter klassische Dramen darstellten. Die Gesellschaft der Stadt wurde dazu eingeladen, nach Beendigung der Vorstellung gab es ein einfaches Abendessen; dann wurde der Saal ausgeräumt, und es folgte ein kleiner Ball. Da Frauenrollen nicht zur Darstellung kommen durften, so war eine Bearbeitung der Dramen notwendig, welcher sich die Lehrer gern unterzogen. In meine Schulzeit fiel Goethes Götz und der erste Teil von Shakespeares Heinrich IV.

Die Abweichung des Lehrplans von dem üblichen Schema sagte mir ungemein zu. Das äußere Gefüge der alten Sprachen prägte sich meinem Auge und Ohr leicht ein; verwickelte Konstruktionen der Prosaiker und komplizierte Metra der Dichter machten mir keine Schwierigkeit, ich konnte fließend und elegant in das Deutsche übertragen und wirkliches Lateinisch schreiben, aber für den inneren Aufbau fehlte mir das lebendige Interesse, und so blieben meine Aufsätze in den alten Sprachen selten frei von grammatikalischen Fehlern. Die deutsche Literaturgeschichte trug Echtermeyer vortrefflich vor, mit besonderer Vorliebe die Zeit vom Dreißigjährigen Kriege bis auf Goethe; er gab den Schülern, bei welchen er Interesse fand, die literarischen Erscheinungen in die Hand, welche er in seinem Vortrage besprach, und ich erinnere mich, wie ich über die Verunreinigung der deutschen Sprache staunte, gegen welche die Schriften der „fruchtbringenden Gesellschaft" auftraten, und wie eifrig ich die Übersetzung des befreiten Jerusalem von Dietrich von Werder stellenweise mit der mir durch meinen Vater bekannt gewordenen Übersetzung von Gries verglich. Daneben gingen bei einem anderen Lehrer deutsche Vorträge, welche ausgearbeitet, aber frei gehalten wurden, ich weiß nicht mehr, ob über gegebene oder selbstgewählte Themata. Ich habe zwei Vorträge gehalten, den einen über ein ganz passendes Thema: „Alexander und Diogenes", den andern über ein höchst unpassendes: „Die englische Reformbill", welche damals im Parlament verhandelt wurde. Für den letzteren hatte ich meine

Weisheit einer Reihe von Aufsätzen in der Staatszeitung entnommen; der Lohn meiner Mühe war die Versicherung meiner Mitschüler, daß ich sie grenzenlos gelangweilt hätte. Auch die griechische Archäologie bildete einen Teil des Unterrichts, sie fiel auf fruchtbaren Boden, weil ich, wie früher erwähnt, ein Bild des alten Athen im Kopfe hatte. Die politische Geschichte, deren Darstellung sich an die Geschichte Deutschlands anschloß, wurde ausführlich behandelt, schritt aber eben deshalb nur langsam vorwärts; in den zwei Jahren, welche ich auf der Anstalt zubrachte, gelangten wir, soviel ich mich erinnere, vom Beginn des Mittelalters bis zur Zeit von Louis XIV. In der Mathematik war ich zuletzt von den Unterrichtsstunden dispensiert und erhielt von Büchner einen Privatvortrag über Funktionenlehre und Differentialrechnung.

Ich fühlte mich gehoben durch die Empfindung, daß ich jeden Tag etwas Neues lernte, und daß dieses Neue den verschiedensten Gebieten des Denkens und Wissens angehörte. Der realistische Zug in den Horazischen Oden und Episteln, wie der ideale Schwung in dem Philoktet des Sophokles, das öffentliche Leben in Athen und die Einwirkung der politischen Verhältnisse Deutschlands auf die Entwicklung der Literatur, der Kampf zwischen Staat und Kirche im Mittelalter und die Abstraktionen der höheren Analysis zogen mich gleichmäßig an und eröffneten mir die Ahnung von dem Wert und Genuß einer vielseitigen Bildung. Es kam mir zu statten, daß ich durch meinen Vater und durch Kießling einige Bücherkenntnis erlangt hatte, und daß mir eine ausgewählte Bücherssammlung aus dem väterlichen Nachlaß zugefallen war; ich wußte, wo ich zu suchen hatte, um mich für den Unterricht vorzubereiten oder Stoff für Ausarbeitungen zu finden, und was ich suchte, hatte ich in der Regel bei der Hand. So durch die Lehrer angeregt, durch die Lehrgegenstände angezogen, durch die Literatur gefördert, fand ich in dem Lernen eine Befriedigung, welche mich immer weiter vorwärts trieb, zumal sie durch keinerlei Übermaß von Anstrengung erkauft wurde.

In der Tat gab es freie Zeit genug, um den Sommer und Winter, jeden in seiner Art, zu genießen. Im Sommer wurden häufig kleine Partien gemacht, meist von der ganzen Familie, denn Onkel und Tante liebten es, alle Kinder um sich zu haben, und einigen dazu geladenen jungen Leuten. Bald ging es auf Kähnen, welche von der männlichen Jugend gerudert wurden, saaleaufwärts nach dem prachtvollen Eichwald auf der Rabeninsel, dessen Genuß freilich durch

die Pein zahlreicher Mückenstiche erkauft werden mußte, bald wanderten wir in entgegengesetzter Richtung nach den Ruinen von Giebichenstein, welche aus dem schattigen, damals sorgfältig gepflegten Garten des Domänenamtes aufsteigen, oder nach der, Giebichenstein gegenüber, am linken Saaleufer auf schroffen Porphyrfelsen belegenen Bergschenke von Kröllwitz, oder noch weiter saaleabwärts über die Felsen am rechten Ufer nach dem Garten des Trothaer Wirtshauses. Wo der Platz es zuließ, wurden dann allerhand ländliche Spiele gespielt, an denen sich die Tante ganz so lebhaft als wir beteiligte, während der Onkel, die lange Pfeife in der Hand, mit Behagen dem munteren Treiben zuschaute. An anderen freien Nachmittagen setzte ich die schon in Magdeburg begonnenen Übungen im Schwimmen fort und brachte es zu genügender Fertigkeit in dieser Kunst. Im Winter wurden wöchentlich ein oder zwei Abende dem Tanzunterrichte gewidmet, welcher in den Häusern der daran teilnehmenden jungen Mädchen stattfand. Von kleinen Herzensangelegenheiten, welche sich an diesen Unterricht zu knüpfen pflegen, weiß ich für mich nichts zu berichten; meine beiden Cousinen zu Hause waren mir viel interessanter als meine halbentwickelten Tänzerinnen. Zu den zahlreichen größeren und kleineren Abendgesellschaften im eigenen Hause wurden mein Vetter Ernst und ich, als Primaner, in der Regel zugezogen, und so fehlte es dem Leben keineswegs an Abwechselung.

In der letzten Zeit meines Magdeburger Aufenthalts hatte ich an dem Konfirmandenunterricht teilgenommen, zu welchem sich eine Anzahl von Knaben und Mädchen bei dem Bischof Westermeyer, einem alten Freunde unseres Hauses, versammelte. In Halle setzte der Domprediger Rienäcker diesen Unterricht für mich und einen gleichaltrigen Mitschüler, Grafen Dohna-Schlobitten, fort. Er gehörte der reformierten Konfession an, war gewiß ein gläubiger Christ, aber trocken, pedantisch. Ich lernte die nötigen Bibelsprüche und Liederverse auswendig, und das war alles, was ich aus dem Unterrichte mitbrachte. An dem Tage, an welchem ich fünfzehn Jahre alt wurde, erfolgte meine Einsegnung. Ich ließ sie über mich ergehen; einen anderen Ausdruck finde ich nicht. Wohl war ich mir des Ernstes der Handlung und der auf dieselbe folgenden Abendmahlsfeier bewußt, aber beide berührten mich nur äußerlich. Vielleicht hätte ein anderer Geistlicher mich innerlich fassen können, denn daß ich, trotz meiner Verschlossenheit, der gewaltigsten inneren Erregung unterliegen konnte, sollte ich etwa ein Jahr später erfahren, als ich Goethes Faust zu

lesen begann. Das Buch packte mich so gewaltig, daß ich ihm monatelang jeden freien Augenblick midmete. Sein letzter Gedanke wurde mir freilich nicht klar; daß die harte Arbeit für das Gemeinwohl die höchste Aufgabe des Menschen sei, konnte ein sechzehnjähriges Auge nicht zwischen den Zeilen der Dichtung lesen, aber die Macht, welche dem Helden das Wissen verleiht, und das Sehnen, welches aus dem Mangel der Befriedigung in diesem Wissen entspringt, konnte ich verstehen und glaubte ich nachzuempfinden. Ich hatte gelernt, weil es mir Vergnügen machte, Kenntnisse zu besitzen, jetzt begriff ich die Macht als Ziel alles Lernens, Macht nicht über Dämonen, sondern über Menschen. Das Sehnen nach Höherem fand in dem jugendlichen Gemüt ein natürliches Echo, und schließlich sollte mir auch ein Anklang an die Verzweiflung nicht erspart bleiben, welche Faust den Giftbecher in die Hand gibt.

Ich hatte mich bisher um meine Vermögensverhältnisse gar nicht bekümmert. Der ganze Zuschnitt des Lebens in meinem väterlichen Hause, die Leichtigkeit, mit welcher bei jeder sich darbietenden Gelegenheit kostspielige Reisen unternommen und meine persönlichen Wünsche erfüllt wurden, hatten mir den Eindruck des Wohlstandes hinterlassen, und dieser Eindruck war mir im Hause des Onkels geblieben. Im Frühjahr 1833, wo die Zeit meines Abganges von der Schule herannahte, entschloß sich der Onkel, mich über meine Lage aufzuklären. Das von meinem Vater hinterlassene Vermögen reichte nicht aus, um irgend eine höhere Laufbahn ohne größere und ungewohnte Entbehrungen möglich zu machen und steckte zum Teil sogar noch in dem Zeitzer Kirchenbau. Der einjährige Betrag der Pension meines Vaters, vom König als Gnadenjahr bewilligt, hatte in Verbindung mit den Zinsen von den vorhandenen Kapitalien bisher für die Geschwister genügt, welche gegen eine mäßige Pension bei Verwandten lebten; er war jetzt erschöpft. Mit sichtbarem Schmerz und in schonendster Weise eröffnete mir der Onkel, wie ich mich in Zukunft würde einrichten müssen. Ich war völlig zerschmettert. Eben jetzt hatte ich durch den Verkehr mit meinen wohlhabenden Mitschülern und mit den in unserem Hause eingeführten Studenten einen Begriff davon bekommen, was ein Leben, wie ich es gewohnt war, außerhalb des elterlichen Hauses koste, und eben jetzt war ich in das Alter getreten, in welchem die Neigung anfängt, für die äußere Erscheinung Aufwendungen zu machen. In der Familie, im Kreise meiner Bekannten und in der Schule hatte ich eine Stellung gewonnen, die mich befriedigte, und ich schmeichelte

mir, daß auch in anderen Umgebungen mir eine gleiche Stellung nicht entgehen werde. Das alles erschien mir jetzt als vernichtet. Ich sah mich auf das Niveau der dürftigen Studenten oder armen Offiziere herabgedrückt, welche ich in Halle genügend kennen gelernt hatte. Wie drei Jahre vorher nach dem Tode meines Vaters fühlte ich mich von Gott und der Welt verlassen. Der Giftbecher spukte mir im Kopfe.

Dazu kam ein schwerer Schlag, welcher unser Haus traf. Am 1. Mai 1833 starb in der nicht lange vorher bezogenen Sommerwohnung meine Tante nach kurzer Krankheit. Mein Onkel war trostlos, für uns alle war der belebende Mittelpunkt des häuslichen Daseins verloren. Ich war so sehr in meinem eigenen Kummer befangen, daß ich diesen Verlust im Augenblick minder tief empfand, als ich ihn bei freiem Gemüte gefühlt haben würde, aber der Druck, welcher auf dem ganzen Hause lastete, vermehrte den Druck, welchen ich für mich allein zu tragen hatte. Indessen der Drang nach Wissen war zu mächtig in mir, um mich in Dumpfheit versinken zu lassen, und mein Stolz verbot mir, Verzagtheit zu zeigen. Einen Ausweg sah ich freilich nicht, aber ich wollte die Partie gegen das äußere Mißgeschick nicht verloren geben.

Wirklich wendete sich die Partie zu meinen Gunsten. Der Kronprinz hatte sich, so viel ich weiß, eine Zeitlang bemüht, den König zu einer dauernden Gnadenbewilligung für meine Schwester und mich zu bestimmen und wies uns, als diese Bemühung fruchtlos blieb, im Sommer 1833 eine jährliche Unterstützung von 400 Tlrn. auf seine Schatulle an. Hiermit war mir geholfen. Die auf mich fallenden fünf Achtteile dieser Unterstützung und die mir zustehenden Zinsen des Kapitalnachlasses meines Vaters haben bis zu meiner Großjährigkeit für meine Bedürfnisse eben ausgereicht, zumal dieser Nachlaß dadurch anwuchs, daß die Geschwister im Wege des Vergleichs aus der Zeitzer Kirchenkasse etwas über die Hälfte der Summe erhielten, welche der Vater aus seinen Mitteln für den Kirchenbau verwendet hatte.

Im Herbste 1833 bestand ich, $16^1/_2$ Jahre alt, zusammen mit meinem Vetter Ernst die Abgangsprüfung. In den Prüfungszeugnissen wurde damals der Ausfall der Prüfung durch Nummern ausgedrückt; ich erhielt die erste Nummer.

Drittes Kapitel.

Noch vor der Abgangsprüfung war über meine nächste Zukunft zu entscheiden gewesen. Ich hatte noch immer die Absicht, Soldat zu werden. Mein Onkel hielt es nicht für rätlich, diese in seinen Augen törichte Absicht zu bekämpfen, stellte mir aber vor, daß ein vorgängiges Universitätsstudium mir für die militärische Laufbahn förderlich sein werde, und daß ich jung genug sei, um den dadurch veranlaßten Zeitverlust nicht zu scheuen. Ich sehnte mich nicht danach, sofort die Flinte auf die Schulter zu nehmen, und das Universitätsstudium als solches zog mich an. So wurde denn beschlossen, daß ich fürs erste die Universität beziehen solle. Die Dauer des Studiums blieb vorbehalten, sie hat drei und ein halbes Jahr gewährt. Das erste Halbjahr habe ich in Halle, das zweite in Bonn, das dritte und vierte wieder in Halle, die drei letzten in Berlin zugebracht. Diese Zeit macht mir, wenn ich auf sie zurückblicke, einen fast chaotischen Eindruck. Ihr fehlt der Glanz, welchen für andere die Frische und Fröhlichkeit des deutschen Studentenlebens über die Universitätsjahre verbreitet, denn ich habe infolge äußerer Verhältnisse dieses Leben kaum kennen gelernt. Ihr fehlt die Befriedigung, welche wieder andere aus dem stetigen planmäßig fortschreitenden Studium der gewählten Berufswissenschaft schöpfen, denn ich betrat erst spät den geordneten Weg eines Brotstudiums. Sie zeigt in ihrem Anfange nur unsicheres Tasten, Verzettelung von Zeit und Kraft an die verschiedensten Gegenstände des Wissens und die davon unzertrennliche Unzufriedenheit mit mir selbst, bis ich allmählich in der Hingabe an historische Studien den Schwerpunkt fand.

Mit dem Beginn unserer Studienzeit vertauschten mein Vetter Ernst und ich das Haus seines Vaters mit Studentenwohnungen,

welche wir in einem Hause der Ranniſchen Straße genommen hatten.

Die Mahlzeiten nahmen wir nach wie vor bei der Familie; der Beſuch von Geſellſchaften war durch die tiefe Trauer ausgeſchloſſen. Ernſt hatte die Medizin zum Studium gewählt. Er war eine weiche Natur, mehr geneigt, ſich treiben zu laſſen, als ſich ſelbſt zu treiben. Er war ſittlich rein, gutmütig, aber leicht aufbrauſend, fleißig, aber nicht über den Durchſchnitt begabt, gewiſſenhaft, aber den Blick immer auf Schwierigkeiten gerichtet. Mir widmete er eine faſt ſchwärmeriſche Freundſchaft, unbeſchadet gelegentlicher Ausbrüche der Eiferſucht, wenn er meinte, daß ſein Vater mich vor ihm bevorzuge.

Ich hörte bei Pernice Inſtitutionen und bei Leo allgemeine Geſchichte und Geographie mit Ausdauer und Intereſſe; eine Vorleſung von Hinrichs über Pſychologie verließ ich, weil mich die Methode nicht anzog und der Vortrag langweilte. An einigen Abenden der Woche lernte ich die engliſche Sprache bei Dr. Müller, einem vertrockneten Männchen, wie ſolche in Univerſitätsſtädten als Korrektoren, Privatlehrer und ſonſtige gelehrte Handlanger ihr Leben friſten. Die Atmoſphäre in ſeinem niemals gelüfteten Stübchen iſt mir unvergeßlich. Mit Ernſt zuſammen nahm ich Unterricht im Reiten und im Fechten. Im Reiten, deſſen Übung ich im folgenden Winter in Halle weiter fortſetzte, gelangte ich zu voller Sicherheit, dagegen habe ich es im Fechten, obgleich ich dasſelbe in Bonn eifrig betrieb, nie zu bedeutenden Leiſtungen gebracht.

Mit Kommilitonen hatten wir ſehr wenig Verkehr. Die amtliche Stellung des Onkels ließ die nähere Berührung mit ſolchen Studenten nicht zu, welche den damals allgemein verbotenen Verbindungen angehörten, und die Bekanntſchaften, welche ich ſonſt in den Auditorien machte, zogen mich nicht an. So beſchränkte ſich unſer näherer Umgang auf frühere Mitſchüler vom Pädagogium, namentlich den Freiherrn Werner von Schele und Heinrich Bartels. Der erſte, einziges Kind ſeiner bald nach ſeiner Geburt verwitweten Mutter, einer Tochter des berühmten Arztes Reil in Halle, hatte von dieſer ausgezeichneten Frau eine vorzügliche Erziehung erhalten. Er war eine vornehme Natur, wetteiferte mit mir in ſtrengem Legitimismus und iſt dieſer politiſchen Richtung, nicht ohne Einfluß ſeiner hannoverſchen Verwandten — der bekannte Miniſter des Königs Ernſt Auguſt war ſein Onkel —, ſein ganzes Leben lang treu geblieben. Er ſtarb, noch nicht 55 Jahre alt, als Präſident der Hof-

kammer für die königlichen Familiengüter. Bartels war der älteste Sohn des sehr wohlhabenden Pächters der vor den Toren Halles gelegenen großen Domäne Giebichenstein. Sein Vater, ein vielseitig gebildeter Mann mit einer formgewandten Frau und zwei liebenswürdigen Töchtern von dem Alter meiner beiden Cousinen, hatte an den Sonntagabenden das behaglich eingerichtete Amtshaus für die Gesellschaft der Stadt und der Umgegend geöffnet und nahm auch uns freundlich auf. Der Sohn war voll Talent mit einer vorzugsweise praktischen Richtung, von trockenem Humor, fern von jedem Idealismus. Der Wunsch des Vaters und eigene Neigung hatten ihn für die Landwirtschaft bestimmt; er trat später in die väterliche Pachtung ein, bis er die Verwaltung einer, seiner Frau zugefallenen Herrschaft übernahm. Er starb 1885. Wir fanden uns häufig am Abend bei dem einen oder anderen von uns zum Tee zusammen, es wurde geplaudert und Whist oder Boston mit bescheidenem Einsatz gespielt, nicht selten bis tief in die Nacht hinein. Bartels und ich hatten die üble Gewohnheit des Rauchens angenommen und qualmten aus langen Pfeifen, deren feinbemalte Porzellanköpfe oder silberbeschlagene Meerschaumköpfe mehr Geld kosteten als billig.

Das Weihnachtsfest war im Hause des Onkels von jeher mit der ganzen Liebe begangen, welche ein großer, engverbundener Familienkreis einem Tage entgegenbringt, der den unschuldigsten Empfindungen des Herzens, der Freude am Geben und am Empfangen, gewidmet ist. Ein großer Weihnachtsbaum wurde beschafft, und an den Abenden vor dem Feste war groß und klein damit beschäftigt, seine Ausschmückung vorzubereiten. Aus buntem Papier wurden Netze geschnitten, Papierketten wurden zusammengeklebt, Äpfel und Nüsse wurden mit Gold- oder Silberschaum überzogen. Bisher war die Ausschmückung des Baumes ein Vorrecht der Eltern und der beiden erwachsenen Töchter gewesen, in diesem Jahre, wo die Mutter fehlte, wurden Ernst und ich zum ersten Male zugezogen. Mir machte dieses Geschäft das größte Vergnügen, ich erdachte eine neue Methode der Dekoration, welche Beifall fand, und seitdem ist kaum ein Weihnachtsfest erschienen, an welchem ich nicht in einer verwandten oder in einer befreundeten Familie, zuletzt in meinem eigenen Hause, den Schmuck des Weihnachtsbaumes ausgeführt oder geleitet hätte. Noch eine halb technische Arbeit nahm mich für dieses Weihnachtsfest in Anspruch, die Herstellung eines Gartenhauses mit Garten für die

kleinsten Püppchen meiner jüngeren, zehn und sieben Jahre alten Cousinen, Marie und Hedwig. Ich machte die Werkzeichnungen für Tischler und Klempner und führte in Gemeinschaft mit Ernst den Bau aus. Auf einer Terrasse, in deren Mitte eine Freitreppe aufstieg, erhob sich ein einstöckiges Häuschen mit säulengeschmückter Vorhalle, an der Seite führte eine Veranda zu einem Felsen, dessen Inneres einen Ziehbrunnen barg, in dem Garten vor der Terrasse befand sich ein von Bäumen umgebenes Bassin mit einem Springbrunnen, welcher durch einen unter dem abhebbaren Dach des Hauses befindlichen Wasserbehälter gespeist wurde. Die Arbeit war für alle ein Geheimnis gewesen, und ich war nicht wenig stolz auf den Eindruck, welchen besonders der plätschernde Springbrunnen auf die um den Weihnachtsbaum Versammelten machte.

Anfang April 1834 machte ich mich nach Bonn auf den Weg. Ich reiste zunächst nach Göttingen zu einem kurzen Besuche bei meinen Verwandten und zum Wiedersehen meiner Schwester, sodann nach Kassel, wo ich, nach Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, an einem improvisierten Kommers im Felsenkeller teilnahm. Von Kassel wanderte ich nach Gudensberg, um den kurfürstlichen Rentmeister Delbrück, einen Vetter meines Vaters, kennen zu lernen. Schon sein Vater war in kurhessische Dienste gekommen; er selbst war dem Kurfürsten Wilhelm in die Verbannung gefolgt, häufig zu gefährlichen Missionen zwischen seinem Herrn und der britischen Regierung verwendet und, nach der Wiederherstellung der kurfürstlichen Regierung, durch eine einflußreiche Stelle in dem Kabinett des Kurfürsten belohnt. Nach dessen Tode war er in die wenig arbeitsvolle und für einen alten Junggesellen immerhin ganz behagliche Stelle in Gudensberg versetzt. In dieser Verbannung, welche er schwer empfunden hatte, war er ein echter Kleinstädter geworden; die wenige Arbeit besorgte ein Sohn seiner Schwester, den er als Gehilfen angenommen hatte. Er nahm mich herzlich auf und hätte mich gern mehrere Tage festgehalten, aber ich langweilte mich und zog weiter nach Marburg, wo mich die damals arg vernachlässigte Elisabethkirche fesselte und das wüste Gebrüll angeheiterter Studenten im Schlafe störte. Weiter ging es nach Frankfurt. In dem sonnigen Maintale standen die Obstbäume schon in voller Blüte, und es war ein entzückender Anblick, welchen von der Friedberger Höhe aus die in einem Blütenmeer gelagerte ehrwürdige Stadt darbot. Die strenge polizeiliche Kontrolle, welcher jeder in Frankfurt einziehende Student unterworfen

wurde, gab dem damals umlaufenden Scherzwort: „Studenten, Vagabunden und anderes Gesindel" eine gewisse Wirklichkeit; ich begnügte mich damit, den Römer und den Dom zu besichtigen und die gerade ein Jahr vorher zu trauriger Berühmtheit gelangte Konstablerwache zu betrachten, fuhr am folgenden Tage in einem Retourwagen nach Mainz und von da ohne Aufenthalt, bei ungünstigem Wetter, den Rhein hinab nach Bonn.

Mein Onkel Ferdinand Delbrück, der zweitälteste Bruder meines Vaters, in dessen Hause ich zunächst abstieg, lebt als ein hervorragendes Original in der Erinnerung aller, welche bis gegen Ende der vierziger Jahre in Bonn studiert haben. Ein dauerndes Denkmal hat ihm ein junger Freund aus seinen letzten Lebensjahren, Alfred Nicolovius, durch eine wenige Monate nach seinem Tode erschienene, von der vollsten Pietät der Jugend gegen das Alter durchwehte Lebensbeschreibung gesetzt. Er hatte in Halle die Sprachwissenschaften studiert, war mit 26 Jahren Lehrer am Grauen Kloster in Berlin geworden, von da als Regierungs- und Schulrat an die Regierung und zugleich als außerordentlicher Professor an die Universität in Königsberg berufen, einige Jahre später an die Regierung in Düsseldorf versetzt und im Jahre 1818 bei der Errichtung der Universität Bonn zum ordentlichen Professor an derselben ernannt. Seinem Wunsche gemäß waren ihm die schönen Redekünste und die schöne Literatur, beide sowohl im allgemeinen als auch in besonderer Beziehung auf deutsche Sprache und Literatur, die Ästhetik und praktische Philosophie als Lehrfächer übertragen. Er lebte in einer Wohnung am Münsterplatze, deren Umfang mich in Erstaunen setzte, einsam mit einer alten Wirtschafterin. Er war voll Geist und gründlicher Gelehrsamkeit, von kindlicher Sittenreinheit und seltener Gemütstiefe, elegant in seiner Redeweise, würdevoll in seiner Haltung. Keines der neueren philosophischen Systeme hatte ihn gefesselt; er lebte in der Ethik der griechischen Philosophie, unbeschränkt durch eine Glaubenssatzung. Ununterbrochen arbeitete er an der Feststellung seiner Ansichten über Probleme der Spekulation und an der Anwendung der gewonnenen Überzeugung auf die Erscheinungen der Literatur und des Lebens. Diese Anwendung wurde der eigentliche Schwerpunkt seiner literarischen Tätigkeit, und es sind deshalb die meisten seiner zahlreichen Schriften in höherem Sinne Gelegenheitsschriften. Zugleich sind sie fast ausnahmslos polemischer Natur, denn der Kampf gegen alles, was seiner Überzeugung zu-

wider lief, war für ihn eine sittliche Notwendigkeit, und wie er gegen sich selbst von unerbittlicher Strenge war, so brachte er gegen andere seine Überzeugung zu rücksichtslosem Ausdruck. Die echte sittliche Entrüstung, welche ihm die Feder in die Hand gab, kam auch in der mündlichen Unterhaltung häufig genug zum Ausbruch. Die natürliche Folge seiner Überzeugungstreue war vollste Offenheit und Wahrhaftigkeit; daß er bei anderen die nämlichen Eigenschaften voraussetzte, hat ihm manche Täuschungen bereitet.

Ich nahm eine Wohnung am Markte, blieb aber, als sein täglicher Tischgenosse, mit ihm in fortdauerndem Verkehr. Unser Verhältnis konnte sich nicht befriedigend gestalten. Er teilte mir alles mit, was ihn bewegte; ich hielt mein Inneres verschlossen. Was er aus der Fülle des Herzens gegen mich aussprach, fand bei mir keineswegs immer das Interesse, auf welches er zählte, und wenn ich mich auch bemühte, auf die gegebene Anregung einzugehen, so konnte ihm doch nicht verborgen bleiben, daß ich innerlich nicht dabei war. Dieser Mangel an Offenheit und an Interesse verstimmte ihn, und noch schlimmer wurde es, als er den Argwohn faßte, daß ich mich in das ihm tief verhaßte Verbindungswesen eingelassen hätte, und, ich weiß nicht auf welchem Wege, erfuhr, daß ich zuweilen sehr spät und nicht ganz nüchtern nach Hause gekommen sei. Eine offene Aussprache zwischen uns würde vielleicht alles ins Gleiche gebracht haben, aber sein Zartgefühl und meine Verschlossenheit ließen es nicht dazu kommen. Er war über mich verstimmt und bekümmert, ich fühlte sein Mißtrauen und war verletzt, das tägliche Gegenüber beim Mittagstisch wurde für uns beide eine Last.

Sehr allmählich entwickelte sich dieses Mißverhältnis, zunächst befand ich mich ganz unter dem Zauber meines neuen Wohnortes, der noch erhöht wurde durch einen unvergleichlichen Sommer. Alles erschien mir groß, vornehm und schön. Statt der dunkeln, unsauberen Auditorien, welche in Halle in zahlreichen Privathäusern zerstreut waren, helle, luftige Hörsäle in dem eine ganze Seite der Stadt abschließenden kurfürstlichen Schloß, darunter einige mit Ausblicken auf das Siebengebirge, welche der Aufmerksamkeit auf die Worte der Professoren nicht zuträglich waren. Der ernste Münsterplatz mit seinen alten Bäumen neben der imposanten Kirche, der schattige Hofgarten unmittelbar vor dem Schloß, damals noch nicht von Wohnhäusern umgeben, die vier dichten Buchenreihen, welche nach Poppelsdorf führen, mit dem Kreuzberg als Abschluß der Aus-

ſicht, der Alte Zoll mit dem Blick auf den Rhein und das Siebengebirge, das alles trug das Gepräge alten Glanzes, guten Geſchmacks und einer reichen Natur. Die Stadt beſaß keine Privatgebäude von Bedeutung, ſie war aber frei von dem Braunkohlenrauch, der in Halle die Luft verdarb, und der Studentenſchaft war auf der Straße anzuſehen, daß ihr überwiegender Teil anderen Geſellſchaftskreiſen angehörte als die halliſche. Die Orte, an welchen man ſich abends zuſammenfand: die damalige Vinea Domini, die Wirtſchaften in Keſſenich, wo ich den Maitrank zuerſt kennen lernte, und in Poppelsdorf, etwas entfernter das Wirtshaus in Godesberg, hatten bei dem herrlichen Sommerwetter eine gefährliche Anziehungskraft.

Mein Onkel machte mich mit den hervorragenden Lehrern aus allen Fakultäten bekannt. Ich hörte Geſchichte des deutſchen Gerichtsweſens und deutſche Reichs- und Rechtsgeſchichte bei Walter, juriſtiſche Enzyklopädie bei Bethmann-Hollweg — dem ſpäteren Kultusminiſter —, Geſchichte des Mittelalters bei Loebell, Differential- und Integralrechnung bei von Münchow und ein literarhiſtoriſches Publikum bei A. W. von Schlegel. Der zu gewiſſen Stunden geöffneten Univerſitätsbibliothek machte ich wiederholte Beſuche, nicht ſowohl um zu ſtudieren, als um meine Bücherkenntnis zu erweitern; ich wurde dabei auf die Heraldik geführt, mit welcher ich mich eine Zeitlang abgab. Zum Zeichnen wurde ich durch die Umgegend von Bonn angeregt. Ich hatte das Zeichnen nach der Natur noch nie gelernt, konnte mich aber mit der Perſpektive, deren Grundlagen mir durch mathematiſche Zeichenübungen bekannt waren, leidlich abfinden, während mir der Baumſchlag nie gelingen wollte. So gerieten mir Aufnahmen der, damals noch arg vernachläſſigten Doppelkirche von Schwarz-Rheindorf und der Heiſterbacher Kloſterruinen ganz gut, und eine Aufnahme der Burg Metternich an der Swiſt, wohin mich ein Beſuch bei dem, mit einer Tochter des Kanzlers Niemeyer verheirateten Beſitzer, von Müller, führte, fiel ſo befriedigend aus, daß ihr die Ehre zuteil wurde, auf eine zu einem Geſchenke beſtimmte Tablette übertragen zu werden. Dagegen ſcheiterte ich, trotz aller Mühe, an der Darſtellung der Ausſichten vom Kreuzberge auf Bonn und von der Höhe weſtlich von Godesberg auf die Godesberger Ruinen. Später habe ich dieſe Übungen nicht mehr fortgeſetzt.

Einer von den ſehr wenigen Bekannten, welche ich unter den Bonner Studenten vorfand, war ein Mecklenburger, von der Lancken,

welcher im Jahre vorher mit mir die Abgangsprüfung bestanden hatte und schon seit einem halben Jahre dem noch jetzt blühenden Korps der Borussen angehörte. Die Verhältnisse, unter denen ich lebte, gestatteten mir nicht, seinem Beispiel zu folgen, wohl aber schloß ich mich insoweit dem Korps an, als ich, von ihm eingeführt, die Korpskneipe in Poppelsdorf und den Fechtboden besuchte. Auch beteiligte ich mich an einem großen Ball, welchen das Korps der Bonner und Godesberger Gesellschaft in Godesberg gab. Indessen fand ich mit der Zeit, daß der, selbst von dieser losen Verbindung unzertrennliche Aufwand meine Mittel überstieg; ich zog mich zurück und schloß mich an drei Studenten an, deren Bekanntschaft ich inzwischen gemacht hatte: Graf Balduin Dohna, Sohn des damaligen Divisionärs in Trier, nachmaligen Feldmarschalls und Oberstkämmerers, Kamill von Weyrach, Sohn des späteren kommandierenden Generals des dritten Armeekorps, und Ernst von Holleben, Sohn eines Regimentskommandeurs in Düsseldorf. Die beiden ersten sind früh gestorben, Graf Dohna als Regierungsassessor, von Weyrach als Leutnant bei den Gardedragonern, der dritte ist Präsident des Oberlandesgerichts in Königsberg und Kanzler von Preußen. Wir verplauderten häufig die Abende im Freien sitzend nicht mit frivolen, aber auch nicht mit allzu ernsten Dingen und durchstreiften zu Fuß oder im Einspänner die nähere und entferntere Umgegend. Einmal wanderten wir in der Nacht aus, um auf dem Gipfel des Ölbergs den Anblick des Sonnenaufgangs zu genießen. Unterwegs überraschte uns Nebel, wir verloren den Pfad und gelangten endlich ermüdet nach Heisterbacherrott. Ein Bauer, welchen wir herausklopften, gewährte uns in seiner Küche Unterkunft. Holleben, dessen Zeichentalent in Düsseldorf schulgerecht ausgebildet war, zog sein Skizzenbuch hervor und zeichnete die Gruppe, den Bauer auf dem Herd sitzend, die Öllampe neben sich, wir vier auf Schemeln ausruhend.

Unter den Professoren, mit welchen mein Onkel mich bekannt gemacht hatte, waren einige, zu deren Familie ich in Beziehung trat. Der Geschichtschreiber der griechischen Philosophie, Brandis, dessen Haus allwöchentlich an einem Abend geöffnet war, und dessen lebhafte, sehr unterrichtete Frau es verstand, eine lebendige Unterhaltung anzuregen und im Gange zu erhalten, der neutestamentliche Exegetiker Bleek, dessen Frau, eine Tochter des Präsidenten des Kassationshofs Sethe in Berlin, mit meinen hallischen Verwandten

befreundet war; Bethmann-Hollweg, ein Freund meines Onkels Goeschen in Göttingen, in dessen Hause meine Bekanntschaft mit dem Grafen Dohna entstand; Ernst Moritz Arndt, für dessen Wesen dem strengen Legitimisten damals das Verständnis abging.

Gegen Ende des Semesters wurde mir klar, daß nicht länger meines Bleibens in Bonn sei. Es war nicht allein, daß sich mein Verhältnis zum Onkel immer unerquicklicher gestaltet hatte, ich fand, daß das Bonner Leben zu teuer für mich sei, und daß der eigentliche Reiz dieses Lebens mit dem Ende des Sommers aufhören werde. In den letzten Tagen des August reiste ich ab. Es ist mir eine Herzensfreude, daß der Onkel, der mich mit Sorge um meine Zukunft scheiden sah, mit voller Beruhigung über diese und mit freundlicher Gesinnung gegen mich gestorben ist. Ich sah ihn im Jahre 1845, drei Jahre vor seinem Tode, bei einer Dienstreise in der Rheinprovinz wieder. Sein Freund Eichmann, damals Oberpräsident dieser Provinz, mit welchem ich in Berlin in nahen amtlichen Beziehungen gestanden hatte, hatte ihn genau über mich unterrichtet. Er empfing mich mit offenen Armen, wir verlebten zusammen einige ungetrübte Stunden und nahmen voneinander den herzlichsten Abschied.

Von Bonn fuhr ich zunächst nach Köln, das ich noch nicht besucht hatte. Der Dom, auf dessen hohes Chor damals die Restaurationsarbeiten beschränkt waren, machte auf mich schon deshalb einen gewaltigen Eindruck, weil er mir den ersten Begriff einer fünfschiffigen Kirche gab und den Einfluß klar machte, welchen die Anlage von fünf Schiffen auf alle Größenverhältnisse ausüben muß. Nach kurzem Aufenthalt, denn mein Geld war knapp, fuhr ich mit der Post nach Elberfeld, wo ich unter Führung eines, mit meinem Onkel befreundeten Geistlichen einige Fabriken besuchte, gab mein Ränzel auf die Post und wanderte, einige Wäsche in den Schlafrock gewickelt, welcher, wie ein Soldatenmantel gerollt, über meiner Schulter hing, über Hagen, Limburg an der Lenne, Iserlohn, Arolsen und Hofgeismar nach Göttingen, um dort die Ferien im Hause meiner Verwandten zuzubringen.

Mein Onkel, Johann Friedrich Ludwig Goeschen, Sohn eines wohlhabenden ostpreußischen Gutsbesitzers, hatte in Magdeburg, wo er die Domschule besuchte, mit meinem gleichaltrigen hallischen Onkel sich eng befreundet und dessen Schwester Charlotte lieb gewonnen. Nachdem er in Königsberg und Göttingen die Rechte studiert hatte,

führte er seine Jugendliebe heim und lebte mit ihr mehrere Jahre auf seinem ostpreußischen Rittergute Stuttehnen. Brandunglück und Mißernten verleideten ihm die Landwirtschaft; er verkaufte sein Gut, nahm seine rechtswissenschaftlichen Studien wieder auf, wurde der erste von der neu gegründeten Universität Berlin promovierte Doktor und erhielt bald darauf bei derselben eine Professur. Seit 1822 gehörte er Göttingen an, wo er sein eigenes geräumiges Haus bewohnte. Er war durch und durch ein Ehrenmann, von peinlicher Gewissenhaftigkeit, von feierlicher Höflichkeit, welche sich mit einer gemessenen, durch Ironie gewürzten Jovialität wohl vertrug, ein scharfsinniger, überaus gründlicher Jurist, welchem der ideale Zug seiner Schüler- und Studentenzeit nicht ganz verloren gegangen war. Der nie rastende Fleiß und die nie abschließende Gründlichkeit, welche er dem römischen Zivilrecht widmete, taten nach und nach der Frische seines Geistes und damit auch der Wirkung seiner Vorlesungen Eintrag und verengten allmählich den Kreis seiner Interessen. Seiner Frau gegenüber war er noch in seinem Alter von der rücksichtsvollen Zärtlichkeit eines jungen Ehemannes. Sie war eine lebhafte, gesellige Natur, gebildet mehr durch das Leben und den Umgang mit bedeutenden Menschen als durch Lernen, klug und gesellschaftlich gewandt. Wie manche Frauen war sie in ihre Kinder verliebt und erblickte in denselben, namentlich dem zweiten Sohn und der jüngsten Tochter, beinahe vollkommene Wesen. Es war halb rührend, halb komisch zu sehen, wie sie in Gesellschaften jede Bewegung dieser Tochter mit strahlenden Augen verfolgte. Für mich war sie stets eine sehr wohlwollende und liebenswürdige Tante.

Von ihren acht Kindern befanden sich nur die beiden jüngsten Töchter im Hause. Die jüngste, Bertha, ein halbes Jahr jünger als ich, war eine anmutige Erscheinung, in ihrem Charakter weit mehr dem Vater verwandt, als der Mutter, ernsthaft, treu, zuverlässig, gewissenhaft, ohne hervorragendes Talent, aber von großem Fleiß und voll Streben nach Erweiterung ihrer Bildung. Meine Schwester, seit vier Jahren die dritte Tochter des Hauses, hatte neben ihr einen schweren Stand. Sie war vier Jahre alt, als die Mutter starb, der Vater hatte sich nie entschließen können, sich von ihr zu trennen oder eine Fremde als Erzieherin in sein Haus aufzunehmen, und so war sie bis in ihr zwölftes Jahr ohne weibliche Erziehung geblieben. Sie war anderthalb Jahre jünger, aber körperlich ebenso entwickelt als Bertha; es war natürlich, daß beide im

Hause und im Unterricht gleich behandelt wurden, und da war, auch für ein vorurteilsfreies Auge, der Unterschied zwischen beiden sehr groß. Bertha, von Natur gesetzt, hatte stets eine korrekte Haltung, meine Schwester, von äußerst lebhaftem Naturell, machte alle Augenblicke einen Verstoß, Bertha war eine vorzügliche Schülerin, Adelheid, bei größerem Talent, zerstreut und unaufmerksam. Es konnte nicht fehlen, daß sie stets getadelt und auf ihre Cousine als Vorbild hingewiesen wurde. Für den Charakter der beiden Mädchen ist es ein ausgezeichnetes Zeugnis, daß sie unter solchen Umständen schwesterliche Freundinnen wurden und blieben, daß die eine sich nicht überhob und die andere sich nicht verbitterte. Aber eigentlich wohl fühlte sich meine Schwester in dem Hause nicht, und sie war glücklich, wenn sie gelegentlich einmal einige Wochen in Halle zubringen konnte.

In Halle, wohin ich wiederum zu Fuß wanderte, wurde ich mit offenen Armen aufgenommen; niemand verübelte mir meine schnelle Rückkehr aus Bonn. Das Trauerjahr war vorüber und das Leben wieder in seine Rechte eingetreten. Der Winter verlief äußerst gesellig; er brachte uns ein erfreuliches Ereignis in der Verlobung meiner Cousine Aline Delbrück mit dem Professor Hohl. Der schon sechsundvierzigjährige Bräutigam konnte auf eine wechselvolle Laufbahn zurückblicken. Er hatte die Rechte studiert und sich in seiner Heimat Lobenstein in Thüringen als Advokat niedergelassen, war Günstling und Stallmeister seines Landesherrn, des Fürsten von Reuß-Lobenstein geworden und nach dessen Tode von der verwitweten Fürstin in den Stand gesetzt, einer alten Neigung folgend, sich der Medizin zu widmen. Nachdem er als Mann von vierzig Jahren das Staatsexamen bestanden hatte, habilitierte er sich in Halle und erhielt die Stelle als Assistent des Professors Niemeyer in der Leitung der geburtshilflichen Klinik. Meinem Onkel war er dadurch näher getreten, daß er in der letzten Krankheit der Tante zugezogen war; seitdem war er Hausarzt. Er war von ungewöhnlichem Talent und außerordentlicher Arbeitskraft, ein sehr beliebter Arzt, ein fruchtbarer Schriftsteller und ein unerschöpflich jovialer Gesellschafter. Er besaß ganz den Familiensinn des Onkels und hat nach dessen Tode sein Haus zum Mittelpunkt der Familie gemacht; uns alle hat er zu Dank verpflichtet.

Während meines einjährigen Aufenthalts in Halle hörte ich bei Pernice Völkerrecht, Deutsches Staatsrecht und Preußisches Staats-

recht, bei Leo Neuere Geschichte und Geschichte der französischen Revolution, bei Röpell Preußische Geschichte und bei Eiselen Nationalökonomie und Finanzwissenschaft. Die Vorlesungen fanden jetzt in dem soeben vollendeten Universitätsgebäude statt, welches, wenn auch mit dem Bonner nicht zu vergleichen, anständige Räume darbot. Unterricht im Italienischen nahm ich bei dem Lehrer, welcher mich im Englischen unterrichet hatte. Als Sonderbarkeit mag eine Vorlesung erwähnt werden, welche ein, seinerzeit berühmter Dichter hielt. Friedrich de la Motte Fouqué hatte sich in Halle niedergelassen und las einmal wöchentlich im Hause der Kanzlerin Niemeyer vor Damen und Herren ein sogenanntes Zeitungs-Kollegium, dessen Material er aus der ihm von meinem Onkel geliehenen „Staats-Zeitung" schöpfte. Er war ein hübscher, alter Mann, von ritterlichem Aussehen, damals ein romantischer Don Quixote des Legitimismus, welchem selbst in den seiner politischen Richtung nahestehenden Kreisen der Fluch der Lächerlichkeit nicht erspart blieb. Ich besuchte zuweilen seine Vorlesungen, lediglich um Stoff zu boshaften Bemerkungen zu sammeln, und begleitete ihn mitunter zur Kanzlerin, bei welcher er nach jeder Vorlesung den Tee nahm, eine ganze Flasche Rotwein austrank und mit wohlwollender Bescheidenheit den ihm gespendeten Weihrauch sich gefallen ließ.

Die Pflege der Musik, welcher mein Onkel von Herzen zugetan war, hatte in seinem Hause durch das Hinzutreten frischer Kräfte einen lange entbehrten Aufschwung genommen. Der Musikdirektor Schmidt, ein tüchtiger Musiker und gewandter Violin- und Klavierspieler, war mit seiner sehr hübschen Frau, welche ihre schöne Mezzosopranstimme vorzüglich ausgebildet hatte, nach Halle gezogen; Graf Albert von Flemming, ein fertiger Cellist, Verehrer der Frau Schmidt, befand sich auf der Universität, und zwei Brüder Eitze, aus der Magdeburger Gegend, beide durchgebildete Musiker und Klavierspieler, von denen der eine auch mit der Bratsche aushelfen konnte, standen in der Vorbereitung für die theologische Prüfung. So war ein Quartett vorhanden, welches häufig im Hause des Onkels zusammentrat; für die Vokalmusik sorgte Frau Schmidt, gelegentlich unterstützt durch Dilettanten aus dem Bekanntenkreise. Mir war der Sinn für Musik noch nicht aufgegangen, desto angenehmer war mir der Verkehr mit den Musikern. Herr Schmidt, eine heitere, lebenslustige Künstlernatur, brachte seine freien Abende sehr gern bei Ernst und mir am Spieltisch zu; der jüngere Eitze, mit den Karten ebenso vertraut wie

mit dem Klavier, war stets zu haben, Graf Flemming fehlte selten. Auch unser Freund Bartels gehörte zu dem Kreise; oftmals fanden wir uns bei ihm zusammen. Es waren heitere Abende, nicht bloß dem Spiel gewidmet, sondern auch der Unterhaltung über die Ereignisse des Tages und über musikalische Dinge. Den Grafen Flemming, mit welchem ich lange Jahre in nahen Beziehungen geblieben bin, werde ich noch öfters zu erwähnen haben.

Ende April 1835 wurde Hohls und Alinens Hochzeit gefeiert. Ich hatte wohl und munter bei dem Polterabend mitgewirkt und an dem Hochzeitsmahl teilgenommen; am folgenden Tage fühlte ich mich unwohl, und einige Tage später war ich ernstlich krank. Aus der Wohnung, welche ich mit Ernst zusammen in der Großen Steinstraße, an deren Ausmündung in die Ulrichstraße, genommen hatte, wurde ich in die soeben vom Onkel bezogene Sommerwohnung gebracht, wo ein luftiges Mansardenzimmer für mich bereitgestellt werden konnte. Meine Schwester, welche zur Hochzeit aus Göttingen gekommen war und nach Alinens Ausscheiden in dem kleinen Hause Platz hatte, wurde meine treue Pflegerin, und Hohl war mein sorgsamer Arzt. Seiner Kunst, der trefflichen Pflege in der Familie und der gesunden Luft des Gartens habe ich es zu danken, daß mein Leiden, eine beginnende Vereiterung des linken Lungenflügels, ohne nachteilige Folgen blieb; aber Wochen vergingen, bevor ich mich vollständig erholt hatte. Sobald ich imstande war, etwas Ernsthaftes zu lesen, griff ich zu J. B. Says „Traité d'économie politique", und da ich nur sehr langsam lesen konnte, machte ich mir das Buch vielleicht vollständiger zu eigen, als mir in gesunden Tagen bei schnellerem Lesen gelungen wäre.

Noch bevor ich mich zu meiner Übersiedelung nach Berlin rüstete, war mir klar geworden, daß meine Neigung für die militärische Laufbahn erloschen sei. Über die Wahl eines anderen Berufs war ich nicht lange im Zweifel. Die akademische Laufbahn reizte mich nicht, weil mir alles Talent zum Lehrer fehlt, für die Rechtswissenschaft als solche hatte ich damals kein Interesse, und ich konnte mich deshalb mit dem Gedanken nicht befreunden, mein Leben mit der Anfertigung von Erkenntnissen zuzubringen. Es blieb die Verwaltung übrig, und sie zog mich an, weil sie dem Gebiete des öffentlichen Rechts angehört und die vielseitigsten Gestaltungen des Lebens zu ihrem Stoff hat. Zugleich war sie Vorbereitung für den diplomatischen Dienst. Meine historischen Studien, von welchen ich später reden werde, hatten die

Neigung geweckt, die auswärtigen Angelegenheiten zu meinem Berufe zu machen; die Gesandtenlaufbahn schwebte mir nicht vor, wohl aber die Tätigkeit im auswärtigen Ministerium. Unter allen Umständen, mochte ich an die innere oder an die auswärtige Verwaltung denken, hatte ich die erste juristische Prüfung zu bestehen, und die Zahl der Vorlesungen, welche ich zur Vorbereitung für diese Prüfung noch zu hören hatte, war so groß, daß ich mich von vornherein entschließen mußte, die übliche dreijährige Studienzeit um ein halbes Jahr zu verlängern. So ging ich denn im Oktober 1835 für anderthalb Jahre nach Berlin.

Mein erster Besuch in Berlin galt der jüngeren Schwester meiner verstorbenen Tante Delbrück, Professorin Therese Klenze. Ihr Mann, ein jüngerer Bruder des bekannten Baumeisters König Ludwigs I. von Bayern, ein Schüler Savignys, las über Römisches Recht und Strafrecht, beschäftigte sich aber daneben mit anderen Aufgaben verschiedenster Art. Er war Rechtskonsulent des Prinzen August von Preußen, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und als solches eine der treibenden Kräfte bei der Anlegung des Stadtteils zwischen der Marschallsbrücke und dem Neuen Tore, sowie der Schulgarten- und der Lennéstraße, er half die Berliner Lebensversicherungsgesellschaft gründen und ist einer der Schöpfer des Seebades Heringsdorf. Obgleich früh korpulent geworden, war er ein ungewöhnlich hübscher Mann, voll Geist und Leben, beredt, leicht aufbrausend, aber von Herzen gutmütig. Er war ein anregender Dozent, redigierte die damals einflußreiche „Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft" und betrieb das akademische Cliquenwesen mit Leidenschaft; bei seinem eminent praktischen Talent wäre er aber in der höheren Verwaltung weit mehr an der richtigen Stelle gewesen als auf dem Katheder. Sein Freund und Kollege Karl Lachmann bewohnte einige Zimmer seiner Wohnung und wurde vollständig als Mitglied der Familie behandelt; Frau Klenze nannte ihn scherzweise ihren zweiten Mann, und er ist wohl deshalb Junggeselle geblieben, weil er im Klenzeschen Hause der eigenen Häuslichkeit nicht entbehrte. Von diesem ausgezeichneten Mann, dessen Person der Geschichte der Sprachforschung angehört, und dessen Bild durch Hertz und Jakob Grimm gezeichnet ist, habe ich nur zu sagen, daß er mir vom ersten Augenblick an gewogen war und bis zu seinem Tode gewogen geblieben ist. Meiner raschen Beförderung im Handelsministerium, welche in seine letzten Lebensjahre fiel, hat sich kaum einer mehr gefreut als er. Über die

Frau Klenze und die beiden Kinder des Hauses, eine Tochter und einen Sohn, werde ich später zu reden haben; sie und ihr Mann kamen mir freundlich und herzlich entgegen. Wie Otto Goeschen wurde ich ein für allemal für die Sonntage zu Tische geladen.

Ich bezog ein Zimmer in einem kleinen einstöckigen Hause der Mittelstraße, Ecke der Charlottenstraße. Eine fleißige brave, alte Witwe hatte das ganze, aus zwei Wohnzimmern, zwei Schlafzimmern und Küche bestehende Stockwerk inne; die Küche und ein Schlafzimmer bewohnte sie selbst, ein Wohnzimmer mit Schlafzimmer hatte sie an den Freiherrn Ferdinand von Otterstedt, Leutnant bei den Gardekürassieren, vermietet, das zweite Wohnzimmer nahm ich ein. Daß ich mich zum ersten Male in meinem Leben mit nur einem Zimmer begnügen mußte, war mir keineswegs angenehm, hat mich aber für mein ganzes späteres Leben an Peinlichkeit in der Ordnung meiner Wohnräume gewöhnt. Auch auf einem anderen Gebiete mußte ich Ordnung einführen. Mein Aufenthalt in Bonn hatte mit einem Defizit abgeschlossen, welches sich in dem folgenden Jahre fortgesetzt hatte; daß es endlich beseitigt werde, erkannte ich als eine Notwendigkeit. Ich konnte mich nicht dazu entschließen, an meiner Kleidung zu sparen und auf die Vergnügungen, die Berlin darbot, insbesondere auf den Besuch des Theaters, vollständig zu verzichten. Es blieb mir daher nur übrig, die Ausgaben für die tägliche Nahrung zu beschränken. So hat denn während des ganzen Winters mein Mittagessen in der Regel nur in einer Tasse Bouillon und einem belegten Butterbrot bestanden, welche ich während der Pause zwischen zwei Vorlesungen in der kleinen Frühstücksloge des Universitätsgebäudes nahm, und mein Abendessen in einer Tasse Tee, welche ich mir selbst bereitete, und einem Butterbrot, für dessen Material meine Wirtin sorgte. Biertrinker war ich nie gewesen. Diese Diät erreichte ihren Zweck, ich konnte mit leidlich geordneten Finanzen in den Sommer eintreten. Ich vereinigte mich mit Otto Goeschen, dessen jüngerem Bruder Alexander, der mit der medizinischen Staatsprüfung beschäftigt war, Philipp Buttmann, Dr. Schrader und Kammergerichtsreferendar von Eckenbrecher zu einem gemeinschaftlichen Mittagstisch in Buttmanns Wohnung, für welchen die Speisen anfangs aus einer Garküche geholt, später von Buttmanns Wirtin, und zwar sehr gut, bereitet wurden. Es war eine anregende Gesellschaft. Buttmann, Theologe, in Erwartung auf eine Predigerstelle als Lehrer bei dem Friedrich Werderschen Gymnasium tätig; Schrader, Botaniker, bei der Königlichen

Bibliothek beschäftigt, weil ihm ein Fehler der Sprachorgane die Lehrtätigkeit verschloß; Eckenbrecher als vortrefflicher Sänger und liebenswürdiger Gesellschafter dermaßen von dem Berliner Leben in Anspruch genommen, daß er, trotz guter Kenntnisse, lange Zeit hindurch nicht dazu kam, in die dritte Prüfung zu gehen. Alle vier Fakultäten waren vertreten, und die verschiedensten Gebiete des Wissens wurden Gegenstand der Unterhaltung. Ein geistiges Übergewicht konnte keiner beanspruchen. Jeder nahm sich zusammen, um seine Stelle zu behaupten. Jeder wurde vom andern gefördert. Wir lebten im besten Einvernehmen und mochten deshalb unsern Kreis nicht erweitern.

In Halle hatte ich sehr gesellig gelebt und während des Winters keinen Ball versäumt, der von geschlossenen Gesellschaften veranstaltet oder in den Familien meiner Bekanntschaft gegeben wurde. In Berlin wurde das anders. Außer dem Klenzeschen Hause waren es nur die Häuser des Präsidenten des Kassationshofs, Sethe, und des Professors Rudorff, in welchen ich durch Besuche zur Teestunde verkehrte. Sethe, ein alter würdiger Herr, von Natur einsilbig, war abends müde und in sich versunken; die Unterhaltung wurde von seinen beiden Töchtern geführt, deren jüngere, eine Freundin meiner Cousine Franziska, mir durch Besuche bei letzterer bekannt war. Rudorff, dessen Vorlesungen ich hörte, ein Schüler Savignys und Freund des Klenzeschen Hauses, empfing an einem Abend der Woche einen Kreis von Bekannten, dessen Umfang durch die Räume seiner Wohnung beschränkt war. Er und seine Frau, Betty Pistor, beide eminent musikalisch, verstanden es, ihrer Gesellschaft den Abend behaglich zu machen. Von den alten Berliner Freunden meines Vaters, deren manche damals noch lebten, suchte ich, den Geheimen Oberregierungsrat Streckfuß ausgenommen, keinen auf; ich meinte, daß sie Interesse für mich nicht haben könnten, und mochte mich ihnen nicht aufdrängen. Mit Gleichaltrigen kam ich erst allmählich in näheren Umgang. Von meinen Bonner Freunden fanden sich Weyrach und Holleben ein, der erstere trat als Avantageur in das Gardedragonerregiment, der letztere setzte seine rechtswissenschaftlichen Studien fort. Er machte mich bekannt mit zwei Studiengenossen, welche heute, der eine als Historiker, der andere als Romanist, nicht ihresgleichen in Deutschland haben, mit Heinrich von Sybel und Bernhard Windscheid. Zu beiden trat ich in sehr nahe Beziehungen; der Freundschaft des ersteren erfreue ich mich bis auf diesen Tag, und der letztere hat mir ein gutes Andenken bewahrt.

Daß mir auf der Universität der Besuch einer großen Anzahl

von Vorlesungen bevorstand, habe ich schon erwähnt. Ich hörte Pandekten und Erbrecht bei Rudorff, Naturrecht und Kriminalrecht bei Klenze, deutsches Privatrecht, kanonisches Recht, Lehnrecht und Handelsrecht bei Goeschen, Bauernrecht bei Homeyer, Landrecht bei Gans, Zivilprozeß bei Heffter, Polizeiwissenschaft bei Helbing, neuere Geschichte bei Ranke, allgemeine Geographie bei Ritter; im letzten Jahre war ich Mitglied des Rankeschen historischen Seminars.

Meine Pläne für den künftigen Beruf hatten unterdessen eine festere Gestalt gewonnen. Es war natürlich, daß mein Onkel, nicht weniger als ich, Wert darauf legte, sie von dem Kronprinzen gebilligt zu sehen. Eine Audienz, welche mir wenige Tage nach meiner Ankunft in Berlin gewährt wurde, bot keinen Raum für die Darlegung meiner Wünsche, denn der hohe Herr fragte so viel, daß ich in der kurz bemessenen Zeit zu keinem Vortrag kam. Was der Kronprinz dachte, konnte ich aus mündlichen Mitteilungen von Herrn Streckfuß entnehmen, der ihn damals häufig sah. Es war die Billigung der Wahl des Zivil- statt des Militärdienstes und, innerhalb des Zivildienstes, die Empfehlung der inneren gegenüber der auswärtigen Verwaltung. Ich war mit diesem Ergebnis zufrieden, denn es war mir bereits klar geworden, daß ich zunächst und ohne Hintergedanken mich der inneren Verwaltung zu widmen hätte. Durch einen Brief meines Onkels eingeführt, hatte ich von dem Direktor im auswärtigen Ministerium, Eichhorn, näheren, wenig verlockenden Aufschluß über die diplomatische Laufbahn erhalten. Der Etat für das auswärtige Ministerium, sagte mir Herr Eichhorn, ist zu einer Zeit aufgestellt worden, wo infolge der umfassenden Territorialveränderungen, bei einem völlig neuen Zustande der Dinge, eine große Menge von Geschäften zu erledigen waren; jetzt, bei geregelten Verhältnissen, wo es nur darauf ankommt, auf einmal eingeschlagenen Wegen fortzuwandeln, ist ein Teil des Personals geradezu entbehrlich. Gleichwohl sind einige Hilfsarbeiter vorhanden, sogar Anwärter auf deren Stellen vorgemerkt, und, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, ist eine günstige Wendung nicht zu erwarten. Treten solche Ereignisse ein, so ist das Ministerium darauf angewiesen, geeignete Kräfte aus der inneren Verwaltung heranzuziehen, und dann ist für junge Beamte, welche sich in der letzteren ausgezeichnet haben, der richtige Augenblick da. Ich habe dieser Unterredung später oft gedacht, wenn ich, mitunter in den nämlichen Räumen, in welchen sie stattfand, an der Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen mitwirkte. Ohne dem auswärtigen

Ministerium anzugehören, habe ich die Tätigkeit, welche ich mir damals gewünscht hatte, im vollsten Maße gefunden.

Ich wende mich nun zu dem Versuche, den Einfluß meines gesamten Universitätsstudiums auf meine geistige Entwicklung zu schildern.

Um die Zeit, in welcher ich die Universität bezog, hatte Hegels philosophische Lehre begonnen aus den Gelehrtenkreisen heraus in das Bewußtsein solcher Kreise zu treten, welche einer philosophischen Bildung entbehrten. Es war nicht die Substanz der Lehre, welche Eingang erlangte, es waren die bei Anwendung derselben auf Recht und Staat, Religion und Geschichte, Sprache und Kunst für die Auffassung dieser Materien gewonnenen Ergebnisse. Sie zogen an durch ihre Neuheit, sie blendeten durch den Geist, mit welchem sie vorgetragen wurden, und so fingen sie an, die Meinungen zu beherrschen, ohne daß ihr Ursprung stets zum Bewußtsein kam. Auf dem Katheder und in der Literatur gingen die größten Wirkungen von denjenigen Schülern Hegels aus, welche, wie z. B. Rosenkranz, gar nicht als solche auftraten, sondern, ohne die Schule zu nennen, mit Geist und Sachkenntnis die einzelnen Materien im Sinne der Schule aus sich selbst entwickelten. Aber auch die Polemik der Gegner trug dazu bei, die neue Richtung zu verbreiten, denn nicht nur forderte sie dazu auf, die Lehre kennen zu lernen, welche bekämpft wurde, sondern sie kam auch dazu, wie solches z. B. bei Erdmanns spekulativer Dogmatik der Fall war, sich das Wesen der Lehre anzueignen und nur deren Form anzugreifen.

Neben dieser philosophischen Bewegung ging eine andere, vielfach verwandte, vielfach entgegengesetzte Bewegung her, die historische. Sie erfaßte in ausgesprochener Form zuerst die Rechtswissenschaft. Savigny und seine Schüler drangen darauf, jeden gegebenen Stoff in seine Wurzel zu verfolgen und auf diesem Wege sein organisches Prinzip zu entdecken, wo sich dann das noch Lebendige von dem bereits Abgestorbenen absondert. Sie ergriff die Philologie, indem die klassische Sprachwissenschaft, statt in der Grammatik und Interpretation ihren alleinigen Schwerpunkt zu finden, die Altertumswissenschaft in ihren Bereich zog, und indem die vergleichende Sprachwissenschaft es unternahm, dem Vorgange der Rechtswissenschaft entsprechend, der Sprache überhaupt bis in ihre Wurzeln nachzugehen und deren örtliche und zeitliche Ausbildung bis zur Gegenwart nachzuweisen. Sie bemächtigte sich der Geschichtswissenschaft selbst und

setzte an die Stelle des historischen Wissens die Erkenntnis der sittlichen Kräfte, durch deren Wirkung die historischen Tatsachen hervorgebracht sind und fortdauernd hervorgebracht werden.

Die philosophische Bewegung hatte mich schon während der Schulzeit berührt. Echtermeyer, ein geistvoller Hegelianer, verstand es, die Lehre in einer für begabte Schüler faßbaren Form bei seinem Geschichtsvortrage zur Anwendung zu bringen. Die Kategorien: Dogmatismus, Rationalismus und philosophische Erkenntnis wurden von mir begierig ergriffen; es entsprach meiner schematischen Neigung, ihnen die verschiedensten Erscheinungen, freilich in sehr oberflächlicher Weise, einzuordnen. Die geistige Atmosphäre, welche mich in Halle umgab, war von philosophischen Auffassungen durchweht. Zu einem wirklichen philosophischen Studium kam ich aber nicht. Ich habe schon erwähnt, daß mich Hinrichs' Psychologie nicht anzog, und ich bezweifele, daß ein anderer Lehrer mich gefesselt haben würde. Bei aller Neigung, die Erscheinungen in ihrem Zusammenhange aufzufassen und in dem Einzelnen das Allgemeine zu erkennen, war und bin ich doch keine spekulative Natur. Die Tat zog mich mehr an, als der Gedanke, und so wurde ich von der historischen Bewegung erfaßt.

In der Rechtswissenschaft war es Pernice, welcher mir die Richtung gab. Die Systemlosigkeit meines Universitätsstudiums hatte mich dahin geführt, Vorträge über Staatsrecht und Völkerrecht früher zu hören, als ziviliſtische Vorlesungen, und jene beiden Materien verlangen mehr als jede andere eine historische Behandlung. Auch nach allen den Umgestaltungen, welche das Staatsrecht Deutschlands und Preußens seit den dreißiger Jahren erfahren hat, ist der gegenwärtige Rechtszustand nicht zu begreifen ohne die Kenntnis der Zustände, welche ihm vorangingen, und aus welchen er sich entwickelt hat. Noch weit mehr war diese Kenntnis notwendig für das Verständnis des damaligen Rechtszustandes. Pernice, welcher das alte Reichs- und Territorial-Staatsrecht wie kein anderer beherrschte, führte mich durch seine Vorträge und im persönlichen Verkehr zu einer lebendigen Anschauung der historischen Entwicklung. Er gab mir einzelne von J. St. Pütters auserlesenen Rechtsfällen in die Hand, machte mich mit den Werken J. Jac. Mosers bekannt, teilte mir die in das Staatsrecht einschlagenden Erkenntnisse mit, welche er als Referent des Spruchkollegiums der Juristenfakultät abgefaßt hatte, und zeigte mir dabei den Weg für die praktische Behandlung staatsrechtlicher Fragen. Das Völkerrecht lernte ich durch ihn als das kennen, was

es wirklich ist und für jeden, der praktisch mit völkerrechtlichen Fragen zu tun hat, sein muß, nämlich das System der aus der internationalen Praxis abgeleiteten Rechtsbegriffe, und nicht ein woher immer entnommenes Rechtssystem, welches auf den internationalen Verkehr angewendet werden soll. Die historische Entwicklung der Materie war hiermit von selbst gegeben. Daß Pernice Hallerianer war und aus seinen Grundsätzen kein Hehl machte, entsprach damals meinem strengen Legitimismus und hatte später, als meine politische Ansicht sich geändert hatte, den großen Gewinn nicht im mindesten beeinträchtigt, welchen ich seinem Unterricht für mein ganzes Leben verdanke. Zivilrecht, Strafrecht und Gerichtsverfahren habe ich erst nach meinem Abgange von der Universität zum Gegenstand wirklichen Studiums gemacht; auf der Universität beschäftigten mich diese Materien nur so weit, als für die juristische Prüfung unbedingt nötig war.

Der wirkliche Schwerpunkt meines Studiums wurde die Geschichte. Sie hatte mich schon als Knaben angezogen und erhielt durch Leo volle Gewalt über mich. Die geistige Erleuchtung und Durchdringung des Stoffs, welche ihm auch seine Gegner nicht bestritten, verbunden mit einer oft leidenschaftlichen Beteiligung an der Sache, mußten ein lebendiges Interesse erwecken und zu tieferem Eingehen anregen. Ich suchte mir die Gegenstände seiner Vorträge anzueignen und studierte seine Geschichte des Mittelalters, seine eben erschienenen Studien und Skizzen zur Naturlehre des Staats und seine während meiner Universitätszeit herausgegebene alte Geschichte. Seine Scheidung der Geschichtsentwicklung in wahre und unwahre, naturwüchsige und gewaltsame nahm ich, als abgesagter Feind jeder Revolution, anfangs gern an, auf die Dauer aber konnte ich sie nicht festhalten. Das rege geistige Leben, welches durch den Gegensatz der einander bekämpfenden Richtungen damals in Halle hervorgerufen war und auf mich durch meinen Verkehr in den Professorenkreisen besonders einwirkte, ließ die kritiklose Hingabe an die Auffassung eines auch noch so fesselnden Lehrers nicht zu. Es wurde mir allmählich klar, daß eine naturwüchsige Geschichtsentwicklung entweder niemals oder immer vorhanden gewesen ist, weil die ganze Geschichtsentwicklung, soweit sie rückwärts verfolgt werden mag, auf einer Reihe von Umgestaltungen bestehender Zustände beruht, welche sehr häufig die Form der Gewaltsamkeit tragen, aber darum nicht weniger die Grundlage dauernder Zustände werden. Je mehr ich mir Mühe

gab, die Ursachen dieser Umgestaltungen zu begreifen, um so mehr kam ich zu der Ansicht, daß die Ursachen auf dem Verhältnis der in einem Volke lebendigen sittlichen Mächte zu dem Bestehenden beruhen, und daß die Umgestaltungen eintreten müssen, wenn dieses Verhältnis zu einem Gegensatz sich entwickelt. So gelangte ich denn mit meinem Studium nicht von außen her, sondern von innen heraus, in eine ganz andere Richtung als Leo; mein Abscheu gegen die Revolution als solche verengte sich in den Abscheu gegen die Erscheinungen, von welchen eine Revolution nicht selten begleitet wird. Diese Auffassungen deckten sich mit Rankes Behandlung der Geschichte, welche ich in Berlin kennen lernte. Die ruhige Objektivität, mit welcher er die historischen Erscheinungen aus der Gesamtheit ihrer Ursachen entstehen ließ und zu einem lebendigen Bilde zusammenfaßte, welches überall den Zusammenhang mit der vergangenen und die Keime für die zukünftige Entwicklung erkennbar machte, kam mir vor wie ein klarer Himmel nach den Gewitterwolken, welche über Leos Vorträgen schwebten. Seine Geschichte der Päpste, welche gerade damals erschien, gewährte mir einen so reinen Genuß, wie ich solchen von keinem andern Geschichtswerke gehabt hatte. Daß in diesem Buche und in seinen akademischen Vorträgen die politischen Interessen der einzelnen Staaten, wie dieselben in den gleichzeitigen diplomatischen Aktenstücken sich darstellen, in helles Licht gebracht wurden, zog mich besonders an, weil ich Studien auf dem nämlichen Gebiete bereits begonnen hatte.

Schon in Bonn hatte ich angefangen, mich mit den Geschichtsquellen zu beschäftigen. Ich gab der neueren Geschichte den Vorzug, weil die politischen Beziehungen der einzelnen Staaten zueinander mich in erster Linie interessierten, und kam methodisch dahin, eine der ältesten Quellen der neueren Geschichte, Sleidans Kommentarien, zu exzerpieren. Bei dieser Arbeit wurde ich aber inne, daß es ein verkehrtes Unternehmen sein würde, die Quellen vom 16. Jahrhundert an in deren Gesamtheit zu studieren, und daß Beschränkung auf ein begrenztes Gebiet und eine begrenzte Zeit Not tue. Der Reichtum der Quellen für die Geschichte Frankreichs unter Heinrich IV. und Louis XIII. führte mich darauf, mich dieser Periode zuzuwenden. Ich las und exzerpierte vorzugsweise die Sammlungen diplomatischer Aktenstücke, wie solche in den Memoiren von d'Ossat, du Perron, Bethune, de la Boderie, Villeroy, Jeannin, Sully und Richelieu, in den Memorie recondite von Siri, in den Memorials von Winwood,

in den Khevenhüllerschen Annalen u. a. enthalten sind, zugleich suchte ich aus den zahlreichen Memoiren im engeren Sinne ein Bild von dem damaligen Leben in Frankreich zu gewinnen. Diese Studien sind mir in meiner späteren Laufbahn von großem praktischen Nutzen gewesen, weil ich an einer langen Reihe klassischer Vorbilder lernte, wie Instruktionen an diplomatische Agenten, Berichte solcher Agenten an ihren Hof, diplomatische Noten und Protokolle zu schreiben sind; für den Augenblick wurden sie der Anlaß dazu, daß ich in Rankes historisches Seminar eintrat. Es war eine beschränkte Anzahl älterer Studenten, welche sich wöchentlich einmal bei Herrn Ranke in seiner Wohnung versammelte, um unter seiner Leitung Quellenkritik zu üben und die historischen Ausarbeitungen zu rezensieren, welche von jedem Teilnehmer einmal im Semester zu liefern waren. Von diesen Teilnehmern sind Georg Waitz, Heinrich von Sybel und Wilhelm Giesebrecht berühmte Historiker geworden. Gegenstand der Quellenkritik waren die unter dem Titel: Gesta dei per Francos vereinigten Darstellungen des ersten Kreuzzuges, und ich bewunderte die Genialität, mit welcher Ranke das Verhältnis dieser Darstellungen zueinander herauszufinden und aus der Tradition den historischen Kern zu schälen verstand. Ich reichte in dem Jahre, während dessen ich dem Seminar angehörte, zwei Arbeiten ein; die eine behandelte die Wiederherstellung des politischen Einflusses Frankreichs in den ersten Regierungsjahren Heinrichs IV., die zweite hatte die europäische Republik dieses Königs zum Gegenstande. Die erste war eine fleißige, aus den Quellen geschöpfte Arbeit, aber doch nur eine Schülerarbeit, eine Ergänzung von Flassan, wie Ranke sagte. In der zweiten zeigte ich, was ich von Quellenkritik gelernt hatte, und ihr wurde die Ehre zu teil, daß Ranke selbst über sie referierte. Sie suchte nachzuweisen, daß die Mitteilungen in den Memoiren Sullys über den weltumfassenden Plan, welcher den Namen der europäischen Republik trägt, und über die zur Ausführung dieses Planes gepflogenen Verhandlungen nichts seien, als spätere, zur Verherrlichung Heinrichs IV. und seines Ministers gemachte Erfindungen, und sie führte, wie ich jetzt, nach Verlauf von mehr als 50 Jahren finde, diesen Nachweis mit Scharfsinn und vollständiger Beherrschung des damals zugänglichen Materials. Ranke meinte, meine Kritik gehe wohl zu weit und würfe in ihrer Konsequenz die Glaubwürdigkeit der Sullyschen Memoiren in ihrer Gesamtheit über den Haufen; später hat er in

seiner französischen Geschichte meine Ansicht in der Hauptsache angenommen.

Daß ihm meine Studentenarbeit Eindruck gemacht hatte, habe ich sehr viele Jahre später zu meiner Verwunderung erfahren. Nach dem Kriege mit Frankreich war ich bei dem Feldmarschall von Manteuffel zum Mittagessen. Herr Ranke, ebenfalls geladen, kam nach seiner Gewohnheit, nachdem wir uns bereits zu Tisch gesetzt hatten, und der Feldmarschall hielt es für nötig, dem halbblinden Gelehrten die Gäste zu nennen. Als er bei meinem Namen bemerkte, daß ich ohne Zweifel Herrn Ranke bekannt sei, rief dieser: Ei freilich, seit sehr langer Zeit, hat er doch bei mir eine große Arbeit über die europäische Republik Heinrichs IV. gemacht.

Die Beschäftigung mit öffentlichem Recht und Geschichte nahm mich doch nicht ausschließlich in Anspruch. Die Anregung, welche ich von Echtermeyer empfangen, und der Eindruck, welchen Goethes Faust auf mich gemacht hatte, führten mich zu einem wirklichen Studium der Werke des Dichters. Ich verfuhr auch hierbei, soweit ich konnte, historisch; aus den Werken selbst, aus dem Briefwechsel mit Schiller und aus den Gesprächen mit Eckermann, damals den einzigen erreichbaren Hilfsmitteln, suchte ich die Genesis der einzelnen Schöpfungen mir klar zu machen und aus dieser Grundlage die leitenden Gedanken zu entwickeln. Je mehr ich mich mit diesem Versuche beschäftigte, um so mehr wuchs meine Bewunderung und, ich möchte sagen, meine persönliche Anhänglichkeit für den Dichter. Hierin traf ich mit meinem Bonner Onkel vollständig zusammen, und unsere Unterhaltungen über Goethe waren stets erquicklich und für mich fruchtbar. Über den Genuß hinaus, welchen die liebevolle Aneignung vollendeter Kunstwerke gewährt, und über den Gewinn hinaus, welcher durch die eingehende Beschäftigung mit solchen Werken für die ästhetische Bildung erwächst, wirkte das Goethestudium auf meinen Charakter ein. Ich habe früher erzählt, wie ich dazu kam, das, was ich empfand, in mich zu verschließen und das Wohl und Wehe anderer von mir fernzuhalten; es war mein Stolz, alles, was an mich herantrat, kalt und verständig zu betrachten. Daß einer meiner Lehrer auf dem Pädagogium einmal sagte: „Rudolph Delbrück ist ein trockener Verstandesmensch", hat sich mir eingeprägt, weil ich in dieser Äußerung, obgleich ich wußte, daß sie als Tadel gemeint sei, ein schmeichelhaftes Kompliment erblickte. Während meiner Studienzeit in Berlin vollzog sich eine Wandlung. Ich fing an ein-

zusehen, daß die kalte Abgeschlossenheit zur Armut führt, und daß keiner wirklich leben kann, der nur neben den Menschen und nicht mit den Menschen leben will; ich fing an, aus mir herauszutreten und mein Herz sprechen zu lassen. Eine solche Wandlung kann nur allmählich erfolgen; sie beginnt, ohne daß man sich ihrer Anfänge bewußt ist, und ist der Vollendung nahe, bevor man sie inne wird. Viele Momente treffen zusammen, um sie hervorzubringen, ohne deutlich erkennbar zu werden, und es würde ein vergebliches Bemühen sein, wenn ich versuchen wollte, alle bei mir wirksamen Momente darzulegen. Gewiß bin ich aber, daß die Beschäftigung mit Goethe dabei eine hervorragende Stelle einnahm. Die kleinen Gedichte seiner Jugendzeit, wie die Dramen seines reifen Alters, seine Romane, wie seine autobiographischen Schriften, sie alle trugen zu der Wandlung bei. Sie öffneten das Herz für die Empfindung der Natur, sie erhoben die Seele durch die Bilder natürlicher, aber sittlich hochstehender Menschen, und mehr als das, sie predigten die Lehre, daß wahre Befriedigung nur in der Hingabe an allgemeine Interessen, daß Ruhe des Gemüts nur in der Arbeit für die Menschheit zu finden sei. Es war damit die Stelle getroffen, an welcher der Übergang zu einem neuen Wesen sich vermittelte, der Egoismus machte der Entsagung Platz. Ich wollte nichts von den Menschen verlangen, ich wollte meine Pflicht tun und dankbar hinnehmen, was mir dabei Freundliches, ruhig hinnehmen, was mir Unfreundliches begegnete. Wohl lag hierin noch ein starker Rest der alten Zurückhaltung, aber doch schon ein großer Fortschritt.

Ich stand so sehr unter der Herrschaft Goethes, daß mir die übrige poetische Literatur wenig Interesse abgewann. Von den Werken der Romantiker waren es nur einige Novellen von Tieck und einige Erzählungen von Hoffmann, die mich ansprachen; Jean Paul war mir vollständig ungenießbar, und Heine wurde mir erst später bekannt. Dafür ging mir der Sinn für Musik auf. Ich hatte Mozartsche Opern mit Vergnügen gehört, aber der Reichtum der in denselben zum musikalischen Ausdruck gebrachten Empfindungen verwirrte mich, und ich fühlte, daß ich nicht zu klarem Verständnis und wirklichem Genuß gelangte. Da kamen durch die damals engagierte Auguste von Faßmann die Gluckschen Opern: Iphigenie in Tauris, Armide und Alceste auf das Repertoire des Opernhauses; von Sybel und Windscheid, die musikalisches Interesse besaßen, zogen mich in diese Vorstellungen; der vierte im Bunde war Dr. Hasenclever,

damals mit dem mediziniſchen Kurſus beſchäftigt, ein durchgebildeter Muſiker, der mit der Partitur in der Hand der Vorſtellung folgte. Die Einfachheit der Motive eröffnete mir das Verſtändnis, und die Großartigkeit des Ausdrucks riß mich hin. Wir verſäumten ſelten eine Gluckſche Oper und ſchloſſen den Abend in einer kleinen Weinſtube in der Nähe des Opernhauſes unter lebhaftem Austauſch der empfangenen Eindrücke. Den Gluckſchen Opern verdanke ich den Genuß, welchen ich ſpäter von dem Oratorium und der modernen Oper gehabt habe.

Auch eine andere Seite der Kunſt zog mich an. Ich beſuchte eine Zeitlang regelmäßig die Gemäldegalerie des Muſeums und gab mir Mühe, an der Hand von Rumohrs „italieniſchen Forſchungen" ein Bild von der Entwicklung der Malerei in Italien zu gewinnen. Ohne Nutzen iſt dieſer Verſuch nicht geblieben.

Mit dem Ende des Winters 1836/1837 kam der Zeitpunkt für die juriſtiſche Prüfung. Ich hatte im Laufe desſelben zuſammen mit einem Bekannten aus meiner Magdeburger Schulzeit, Timon von Laviève, ſpäter Landrat in Wanzleben, 1886 verſtorben, fleißig Zivilrecht repetiert, aber mein Intereſſe lag bei meinen hiſtoriſchen Studien, und ich wußte recht gut, daß ich für die Prüfung nur ſchwach vorbereitet war. Am 4. März hatte ich auf dem Kammergericht zu erſcheinen. Ich war kein Frühauf, verſchlief die Zeit und kam etwas zu ſpät, was mir ſeitdem nicht leicht wieder begegnet iſt. Die Prüfung wurde abgehalten von den Kammergerichtsräten Uhden, dem ſpäteren Juſtizminiſter, und von Strampff, dem ſpäteren Chefpräſidenten des Kammergerichts. Sie fiel recht unbefriedigend aus; nur die Eleganz meiner Pandekteninterpretation rettete mich, und ich wurde „zur Auskultatur qualifiziert" erachtet. Meines Bleibens in Berlin war nun nicht länger. Von dem Klenzeſchen Hauſe, von Lachmann, von den Mitgliedern der Tafelrunde nahm ich den herzlichſten Abſchied. Meine Freunde, Sybel, Weyrach, Windſcheid, Haſenclever gaben mir am Tage meiner Abreiſe im Hotel de l'Europe ein Abſchiedsmahl und begleiteten mich von da zur Poſt. In heiterſter Laune beſtieg ich den Wagen, welcher mich nach Halle bringen ſollte.

Viertes Kapitel.

In Halle wollte ich meine amtliche Laufbahn beginnen. Als Sitz eines der größten damaligen Untergerichte, bei welchem der Rechtsverkehr einer anſehnlichen Stadt und eines ausgedehnten, wohlhabenden Landbezirks zuſammenfloß, verhieß es dem angehenden Juriſten die Gelegenheit zu vielſeitiger Ausbildung. Das Haus meines Onkels, mit welchem ich mich jetzt weit mehr als früher innerlich verbunden fühlte, übte ſeine Anziehungskraft, und nicht weniger lockte mich die von der Univerſität ausſtrömende geiſtige Atmoſphäre, in welche ich reifer zurückkehren konnte, als ich ſie verlaſſen hatte.

Die Familie fand ich um ein Mitglied vermindert; mein Vetter Berthold, der dritte Sohn des Onkels, ſtudierte ſeit einem halben Jahre in Göttingen. Mit Ernſt, welcher ſich auf die mediziniſche Doktorprüfung vorbereitete, bezog ich die Wohnung, welche wir als Studenten in der Steinſtraße inne gehabt hatten.

Am 14. April 1837, zwei Tage bevor ich zwanzig Jahre alt wurde, erfolgte meine Vereidigung und Einführung bei dem Landgerichte. Wie es damals hergebracht war, begann ich meine amtliche Tätigkeit als Wochendeputierter, d. h. als Organ des Gerichts für die Aufnahme von Klagen, von Vormundſchafts-Berichten und von allen in die Zuſtändigkeit des Gerichts fallenden Anträgen, für welche die Beteiligten ſich eines Anwalts nicht bedienen wollten, alſo mit Angelegenheiten, zu deren richtiger Behandlung die Kenntnis des materiellen Rechts weit weniger Not tut, als diejenige des formellen. Eine lebendige Anſchauung des formellen Rechts zu gewähren, war aber zu jener Zeit das Univerſitätsſtudium nicht geeignet, denn es beſchränkte ſich auf die Entwicklung der Theorie des gericht-

lichen Verfahrens, ohne dieses Verfahren durch praktische Beispiele anschaulich zu machen. So waren denn die prozessualischen Vorlesungen als langweilig verrufen und schlecht besucht, und so hatte ich insbesondere keine Vorstellung der Art und Weise, wie die Dinge, mit welchen ich mich zu beschäftigen hatte, zu behandeln seien. Der Richter oder Aktuarius, welchem die Beaufsichtigung und Leitung meiner Tätigkeit obgelegen hätten, war in der Regel nicht zur Stelle, ich war auf mich selbst angewiesen und empfand eine Zeitlang meine Unwissenheit sehr schwer, zumal ich dieselbe den Parteien gegenüber sorgfältig zu verbergen hatte. Da gab es keine andere Rettung als Studium der Akten aus den verschiedenen Zweigen der richterlichen und verwaltenden Tätigkeit des Gerichts. Von dem einzelnen, in den Akten verhandelten Falle ging ich auf die, für dessen Behandlung maßgebenden Vorschriften der Gerichtsordnung und deren Ergänzungen, der Hypothekenordnung und der Depositalordnung zurück und gelangte auf diesem Wege, vom konkreten Falle zur abstrakten Regel aufsteigend, sehr viel schneller, als ich anfangs gemeint hatte, zur Sicherheit in der formellen Behandlung der in meine Hände kommenden Angelegenheiten. Weil ich sie in ihrer lebendigen Anwendung kennen lernte, prägten sich mir die gesetzlichen Bestimmungen leicht und dauernd ein. Dieser Erfahrung verdanke ich vielleicht die Gewohnheit, bei jeder Anordnung, welche ich zu treffen hatte, oder welche von anderen getroffen war, mir den, bis zu ihrer Ausführung von ihr zu durchlaufenden Weg zu vergegenwärtigen, also gewissermaßen mir ihre dramatische Entwicklung vorzustellen. Diese in der Phantasie ausgeführte praktische Probe hat auf die Gestaltung meiner Anordnungen sehr oft entscheidend eingewirkt.

Aus der Wochenstube kam ich zu der Bagatellkommission, eine Deputation des Gerichts, welcher die Prozesse, deren Gegenstand den Wert von 50 Talern nicht überstieg, und die Injuriensachen zugewiesen waren. Sie wurde geleitet von dem Oberlandesgerichtsassessor Richter, später Oberlandesgerichtsrat in Köslin, einem Manne, einsilbig und formlos, aber von gründlicher juristischer Bildung, dessen hingeworfene Bemerkungen stets Stoff zum Nachdenken gaben. Nach ein paar Monaten trat ich bei dem Plenum des Gerichts in Dienst. Dasselbe bestand aus dem Direktor, fünf Räten, drei Assessoren und einem Professor der Universität als Mitarbeiter. Der Direktor, Schröner, später mein Kollege im Handelsministerium, war ein durch und durch

braver Mann, von peinlicher Gewissenhaftigkeit, wahrhaft gottesfürchtig, voll Teilnahme für jedes unverschuldete oder verschuldete Leiden, aber von engem Gesichtskreis, schwerfällig in den Geschäften trotz guter Kenntnisse, ein mittelmäßiger Jurist. Er hatte Interesse für mich und gab mir interessante Referate; gelernt habe ich aber nichts von ihm. Im Frühjahr 1838 wurde er zum Oberbürgermeister von Halle gewählt, weil die Stadtverordneten einen ehrlichen Mann an der Spitze der städtischen Verwaltung haben wollten; sein Nachfolger bei dem Landgericht wurde der bekannte Kommentator des Landrechts, C. F. Koch. Größere Gegensätze, als diese beiden Männer, waren kaum zu denken. Von Schröners guten Eigenschaften besaß Koch kaum eine, dafür war er aber voll Geist und Scharfsinn, zu Hause in dem ganzen Gebiete des gemeinen und preußischen Rechts, von praktischem Sinn und unermüdlichem Eifer. Er war grob, wo er es sein konnte, und in den ersten Tagen seiner Amtstätigkeit gab es zwischen uns eine Art Szene; sie hatte zur Folge, daß wir die besten Freunde wurden. Von ihm habe ich sehr viel gelernt. Unter den Räten befand sich einer, unter den Assessoren gab es zwei, die imstande waren, einen verwickelten Prozeß zu instruieren und über eine schwierige Rechtsfrage zu referieren; der mitarbeitende Professor, Karl Witte, als Wunderkind und geistreicher Kenner der italienischen Literatur bekannt, war ein höchst unglücklicher Referent und wurde die geduldige Zielscheibe von Kochs Witzen.

Nachdem ich mir das gerichtliche Verfahren genügend zu eigen gemacht hatte, gewann ich ausreichende Zeit, um das auf der Universität arg vernachlässigte Studium des materiellen Rechts ernsthaft vorzunehmen. Zur Grundlage diente mir das vor kurzem erschienene System des preußischen Zivilrechts von Bornemann. Dieses Werk, indem es die Entstehung der landrechtlichen Vorschriften aus dem römischen Recht, der gemeinrechtlichen Praxis und den damaligen wissenschaftlichen Auffassungen historisch nachwies, dieselben vom Standpunkte des herrschenden philosophischen Systems beurteilte und ihre praktische Anwendung durch Entscheidungen der Gerichtshöfe erläuterte, vereinigte alle Eigenschaften, welche geeignet waren, mein Interesse zu fesseln. Die Breite, in welche es durch die reichliche Wiedergabe der Materialien zum Landrecht geriet, vertrug sich mit meinen historischen Neigungen, und die Mitteilung zahlreicher Rechtsfälle sagte meinem auf das Konkrete gerichteten Sinn ungemein zu. Als Leitfaden für die Wiederholung des Gelernten diente mir die

kurz gefaßte Bearbeitung des Kleinschen Zivilrechts von Rönne. Im Sommer 1838, in welchen diese Wiederholung fiel, ritt ich häufig spazieren; ich trug dann ein Blättchen in der Tasche, auf welchem das Gerippe für die eine oder andere Materie des Zivilrechts mit wenigen Schlagworten festgelegt war, und machte während des Rittes aus dem Gerippe den vollen Körper in Gedanken fertig.

Bei dem Gerichte wurde ich mit der Instruktion von Prozessen, der Ausarbeitung von Relationen, den prozeßleitenden Verfügungen und der Bearbeitung von Vormundschafts-, Hypotheken- und Depositalangelegenheiten beschäftigt. Der regelmäßige Schauplatz der Instruktionen war der Sitzungssaal; an dem großen grünen Tische saßen so viele Deputierte, als Platz finden konnten, umgeben von Anwälten, Parteien und Zeugen. Es war übermäßig laut, und es bedurfte einiger Übung, um unbeirrt von diesem Lärm die richtigen Fragen zu stellen und die Erklärungen der Parteien und Zeugen scharf aufzufassen und genau in das Protokollbuch niederzulegen. Gesetzlich hatte ich als Auskultator nur das Protokoll für den zum Deputierten bestellten Richter zu führen, tatsächlich fungierte ich als selbständiger Deputierter, und der Richter, welcher gleichzeitig andere Termine abhielt oder sein Dezernat abmachte, begnügte sich damit, das Protokoll zu unterschreiben. Es war üblich, daß der Auskultator seine Tätigkeit als Instruent mit Schwängerungsprozessen, als den rechtlich und tatsächlich einfachsten, begann, und es konnte nicht fehlen, daß bei diesen Prozessen sonderbare Dinge zur Sprache kamen. Ich ließ mich von ihnen nicht anfechten, nur einmal fühlte ich mich geradezu verlegen, als ich die junge und hübsche Tochter eines Gutsbesitzers, welche ich als Zeugin in einem Prozesse gegen ihren Bruder zu vernehmen hatte, über Vorgänge ausfragen mußte, deren bloße Erwähnung für ein weibliches Ohr kaum erträglich zu sein schien. Indessen war die junge Dame weniger verlegen als ich, und ihre rosigen Wangen wurden nicht röter, als sie meine Fragen mit vollster Unbefangenheit beantwortete. Rechtlich interessantere und tatsächlich verwickeltere Prozesse folgten, und Herr Koch sorgte dafür, daß ich nach und nach mit den verschiedenen Prozeßarten des damaligen Gerichtsverfahrens durch praktische Tätigkeit bekannt wurde. Auch bei Verteilung der Relationen nahm er sich meiner Ausbildung an; häufig ernannte er sich selbst zum Korreferenten, und die interessanten Prozesse, welche in dieser Zeit spruchreif wurden, gingen fast ausnahmslos durch meine Hände. Die Dezernate in Prozeß- und Verwaltungsangelegenheiten

machten mir wenig Schwierigkeit. Dazwischen wurde ich gelegentlich bei dem Inquisitoriat, einer von dem Landgericht unabhängigen Behörde für die Instruktion der Strafprozesse, als Protokollführer beschäftigt. Ich machte in dieser Tätigkeit die Bekanntschaft des nachherigen Kultusministers von Mühler, der damals als Referendarius bei dem Inquisitoriate arbeitete. Bei dem Landgericht war ich mit dem Referendarius Guido von Madai, dem späteren Polizeipräsidenten von Berlin, nahe bekannt geworden.

Im Herbste 1838 war meine Beschäftigung in den verschiedenen Zweigen des Dienstes so weit vorgeschritten, daß ich an die Meldung zur zweiten juristischen Prüfung denken konnte. Zunächst galt es ein formelles Hindernis zu beseitigen. Es bestand die Vorschrift, daß niemand zu der Prüfung zugelassen werde, der nicht vorher seiner Militärpflicht genügt habe, und ich war von der Ersatzkommission bis zum Jahre 1840 zurückgestellt worden. Ich bat deshalb in den ersten Tagen des Oktober den Justizminister um Dispensation von dieser Vorschrift und erhielt als Antwort in der zweiten Hälfte des November eine Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidiums in Naumburg, durch welche ich auf den 5. Dezember zur mündlichen Prüfung vorgeladen wurde. Ich fiel aus den Wolken. Die Prüfung war eine mündliche und eine schriftliche; die letztere, Anfertigung einer Proberelation, ging nach der feststehenden Praxis des Naumburger Gerichts der ersteren voraus, und die Zeit, welche durch Beurteilung der Proberelation in Anspruch genommen wurde, gewährte ausreichende Muße zur Vorbereitung für die mündliche Prüfung. Jetzt sollte ich mich prüfen lassen, ohne daß eine eigentliche Vorbereitung möglich war. Herr Koch lachte mich aus, als ich ihm meine Ängste vortrug. Ich sollte dem Himmel danken, daß das Oberlandesgericht von seiner törichten Praxis zu meinen Gunsten eine Ausnahme mache; für die Prüfung wüßte ich genug. Er hatte Recht.

Ich fuhr nach Naumburg, trug eine verwickelte Hypothekensache, welche mir am Abend vor dem Termin ins Haus geschickt war, mit Glück vor, beantwortete jede mir vorgelegte Frage richtig, und so war die Prüfung nach nicht langer Zeit zur vollen Befriedigung der Examinatoren und des Examinierten zu Ende. Examinatoren waren die Oberlandesgerichtsräte von Wilmowski, Vater des Kabinettsrats Kaiser Wilhelms, und Koch, später Chefpräsident des Naumburger Gerichts. Die Akten für die Proberelation wurden mir ein paar Tage darauf nach Halle geschickt, im Januar 1839 sandte ich sie mit

der Relation zurück, es vergingen aber beinahe sieben Monate, ehe die Sache in Naumburg zum Vortrag kam, und erst Anfang August erhielt ich mein Referendariatspatent.

Diese sieben Monate konnte ich nützlich verwenden. Nachdem das Privatrecht mich beinahe zwei Jahre lang in Anspruch genommen hatte, zogen mich Geschichte und Staatsrecht wieder an. Dieses Mal verfuhr ich systematisch. Ich begann mit dem Studium von Eichhorns Staats- und Rechtsgeschichte, ging von da über zu Leists Reichsstaatsrecht und Klübers Bundesstaatsrecht und schloß mit Eichhorns Kirchenrecht. Ich hatte mir angewöhnt, früher aufzustehen, als in Berlin Sitte gewesen war, und konnte vor dem Mittagessen fünf bis sechs Stunden ununterbrochen diesen Studien widmen. Auf Quellen und Monographien ging ich so weit zurück, als nötig war, um Abwechselung in die Eintönigkeit der Lehrbücher zu bringen. Ich legte mir Auszüge an als Leitfaden für die Wiederholung und begann jeden Tag damit, daß ich, während des Kaffeetrinkens in dem Zimmer auf und ab wandelnd, an der Hand dieser Auszüge mir den Kern der Materien vergegenwärtigte, mit welchen ich mich beschäftigt hatte. Die Dauer dieser peripatetischen Tätigkeit nahm natürlich mit jedem Tage zu und stieg mit der Zeit so weit, daß sie anfing, mich körperlich zu ermüden. Auf solche Weise erlangte ich, und zwar für mein ganzes Leben, eine Sicherheit in diesen Gegenständen, wie solche nur durch ein Studium zu erreichen war, welches, auf ausreichende Vorkenntnisse gestützt, länger als ein halbes Jahr Tag für Tag fortgesetzt und durch die Leichtigkeit gefördert wurde, mit der ich mir in Halle jedes wünschenswerte literarische Hilfsmittel zu verschaffen vermochte. Herr Pernice, der nicht aufgehört hatte, sich für meine Ausbildung zu interessieren und mir auch jetzt mit seinem umfassenden Wissen und seiner praktischen Erfahrung hilfreich zur Seite stand, hatte Recht, als er mir sagte, ich solle den Naumburger Oberlandesgerichtsräten dankbar dafür sein, daß sie die Beurteilung meiner Relation über Gebühr verzögerten. Wirklich wüßte ich nicht, zu welcher anderen Zeit meines Lebens ich die Muße gefunden hätte, welche ich dieser Verzögerung verdankte.

Auch nach einer ganz anderen Seite hin wurde dieses Studium für mich von Bedeutung. Bei der Beschäftigung mit dem Kirchenrecht nahm ich die soeben erschienenen beiden ersten Teile von Rankes Reformationsgeschichte und Hases Kirchengeschichte zur Hand und wurde durch diese Werke dazu geführt, einige Schriften von Luther

zu lesen. Die Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben, der Angelpunkt der Reformation, ergriff mich bis ins Innerste. Ich schämte mich vor mir selbst, daß ich bisher bei meinen geschichtlichen Studien die religiösen Fragen nur als tatsächliche Momente in der historischen Entwicklung aufgefaßt hatte, ohne denselben innerlich näher getreten zu sein, und mehr als das, Luthers kernige Worte legten mir das Bewußtsein der Sündhaftigkeit und das Verlangen nach dem Glauben ins Herz. Ich war tief erschüttert, und zum ersten Male seit meiner Kinderzeit hörte ich mit wahrer Andacht predigen: Tholuck, als Universitäts-Geistlichen in der Domkirche, voll Geist und Beredsamkeit, Dryander in der Marktkirche und Böhme in der Hospitalkirche voll Innigkeit und Glaubenswärme. Hätte ich länger in Halle bleiben können, so würde mein inneres Leben ein anderes geworden sein, als es wurde; verloren war aber das nicht, was ich damals erlebte.

In dem Hause des Onkels war nicht lange nach meiner Rückkehr eine große Veränderung eingetreten; meine zweite Cousine Franziska hatte sich verheiratet, und ihre Stelle als Dame des Hauses hatte eine Fremde eingenommen.

Zu den hervorragenden Persönlichkeiten in Halle gehörte der Justizrat Dryander, ein wohlhabender Mann und tüchtiger Jurist, der seine Stelle als Mitglied des Landgerichts aufgegeben hatte, um sich der Verwaltung der Hallischen Pfännerschaft zu widmen, einer Gewerkschaft, welche die Solquellen von Halle besaß und ausbeutete. Sein ältester Sohn, Hermann, hatte nicht lange vor meiner Rückkehr nach Halle die Stelle als dritter Prediger an der Marktkirche, der Hauptkirche der Stadt, erhalten und es verstanden, die unter den trocken rationalistischen Kanzelvorträgen seiner Amtsbrüder verödete Kirche durch seine glaubenswarmen und inhaltsreichen Predigten wieder zu füllen, sowie die beinahe erstorbene Seelsorge in der Gemeinde neu zu beleben. In dem Hause des Onkels, der mit seinem Vater von jeher in Beziehungen gestanden hatte, war er ein nicht häufiger, aber stets gern gesehener Gast, und mit meiner Cousine, welche zu seinen eifrigsten Zuhörerinnen gehörte, führte ihn deren tief religiöse Richtung zusammen. An einem schönen Mainachmittage von 1837 saß ich bei ihr in der Sommerwohnung im Geplauder mit einer, gleich mir zum Besuche erschienenen Freundin, als er sich melden ließ und nach kurzem Verweilen den Onkel zu sprechen begehrte. Franziska begleitete ihn hinaus, es währte nicht

lange, so wurde sie zum Onkel gerufen, und lächelnd nahm die Freundin Abschied. Die Verlobung war erfolgt; ich eilte in die Stadt, um dem Vater des Verlobten die Nachricht zu bringen. Vier Monate später, am 3. September, fand die Trauung statt. Es sind die Eltern des Generalsuperintendenten Dryander in Berlin gewesen.

Durch Franziskas Verheiratung verlor der Onkel die Dame, welche das Hauswesen leitete, die Repräsentation wahrnahm und die Erziehung der jüngeren Kinder überwachte. Auf den Vorschlag seiner Schwester Goeschen lud er eine Göttinger Dame ein, an Franziskas Stelle zu treten. Laura Henrici hatte nach dem Tode ihres Vaters, der eine zahlreiche Familie in ziemlich engen Verhältnissen hinterließ, ihre letzte Ausbildung in der französischen Schweiz erhalten, später sich mit einem Verwandten verlobt und vor nicht langer Zeit dieses Verhältnis aufgelöst. So wurde ihr der Entschluß nicht schwer, die ihr angebotene Stellung anzunehmen. Sie besaß eine elegante Gestalt, ein edel geschnittenes Gesicht mit den ausdrucksvollsten blauen Augen, rotes Haar und die rotes Haar häufig begleitenden Sommersprossen. Sie war überaus graziös, in der Schweiz hatte sie sich die französischen Umgangsformen angeeignet, und sie verstand es, bei aller natürlichen Lebhaftigkeit stets gehalten zu bleiben. Das Französische beherrschte sie vollkommen, das Englische ausreichend, in der deutschen und französischen Literatur war sie zu Hause, in andern Fächern war ihr positives Wissen gering. Ihrer vornehmen Natur lag alles Gemeine fern; mit angeborenem Takt und klarem Urteil wußte sie stets die richtigen Wege zu wandeln; sie sprach sehr gut und niemals zu viel; daß sie leicht errötete, gab ihr einen besonderen Reiz. Sie war eine gläubige Christin, aber Tiefe des Gemüts ging ihr ab, soviel Lebhaftigkeit der Empfindung ihr auch eigen war.

Ich hatte sie bei meinem letzten Besuche in Göttingen flüchtig kennen gelernt, und meine Tante Goeschen hatte sie an mich gewiesen, wenn sie der Orientierung über die Personen und Verhältnisse bedürfe, in deren Mitte sie, als völlig Fremde, eintrat. Sie sagte mir das, als sie in Halle eintraf, und bat mich, ihr zu helfen. Ich war dazu, wie sich von selbst verstand, sehr bereit, kann mich aber nicht rühmen, ihr viel geholfen zu haben, denn ihr unfehlbarer Takt und ihr klares Urteil machten, daß sie sehr bald Menschen und Dinge so gut kannte, als ich, und ein Mittelpunkt des Hauses wurde. Sie hatte das Talent, die Menschen zu gewinnen und, was von

dieſem Talent unzertrennlich iſt, die Neigung, die Menſchen an den Zauberfädchen zu leiten, welche ſie zu ſpinnen verſtand. Jeder und jede, die mit ihr in Berührung kamen, wurden von ihr angezogen, mit Ausnahme der jungen Frauen und jungen Mädchen, welche ihr die Anziehungskraft nicht vergaben, die ſie auf die Männer ausübte. Während meine beiden halberwachſenen Couſinen für ſie ſchwärmten, war es den beiden verheirateten Couſinen nicht ſelten recht empfindlich, daß ihre Männer alle ihre Liebenswürdigkeit für Laura aufgeſpart zu haben ſchienen. Das Vertrauensverhältnis, in welches ich von Anfang an zu ihr getreten war, ſetzte ſich dadurch fort, daß wir beide doch nicht vollſtändig der Familie angehörten, in der wir lebten, und uns deshalb über vieles offen ausſprachen, worüber ſowohl ſie als ich gegen jeden anderen ſchwiegen. So kam es, daß nach und nach auch ich ihrem Zauber erlag. Ich war mir meiner lebhaften Neigung vollſtändig bewußt, ebenſo gut wußte ich aber auch, daß Laura mehrere Jahre älter war als ich und ſchon deshalb von einem ernſthaften Ausgang dieſer Neigung nicht die Rede ſein könne. „Und wenn ich Dich liebe, was geht es Dich an", dachte ich, war aber zugleich darauf aus, das geliebte Mädchen durch ſo viele geiſtige Intereſſen mit mir zu verbinden, als ich irgend konnte. Den äußeren Anlaß dazu bot mir die Mannigfaltigkeit der Gegenſtände, welche in der Geſellſchaft der Univerſitätsſtadt zum Stoffe der Unterhaltung wurden, und das Bedürfnis, welches Laura empfand, über dieſe, ihr nicht ſelten fremden Gegenſtände unterrichtet zu ſein. Zuerſt war es das antike Theater. Ich mußte ſelbſt erſt meine Kenntnis von der Einrichtung der alten Bühne und dem Hergang bei der Darſtellung ergänzen; dann las ich ihr Überſetzungen der beiden Ödipus und der Antigone des Sophokles, der Medea des Euripides und, mit den nötigen Beſchränkungen, der Wolken des Ariſtophanes vor, indem ich ihr die ſzeniſche Darſtellung, wie ich ſie mir dachte, anſchaulich zu machen ſuchte. Später kam Dante an die Reihe; ich machte ſie mit den berühmten Stellen aus dem Fegefeuer und der Hölle bekannt, nachdem ich mich über die geſchichtliche Unterlage der geſchilderten Situationen aus den Dante-Kommentaren unterrichtet hatte. Aus Rankes Geſchichte der Reformation griff ich die für eine Dame intereſſanten Abſchnitte zum Vorleſen heraus und verband dieſelben durch mündliche Erzählung. Einzelne Erſcheinungen der damaligen franzöſiſchen Literatur, wie Lamartines Chûte d'un ange und die erſten Schriften der George Sand, brachte

ich ihr zum Lesen, und wir tauschten dann unsere Ansichten über den Inhalt aus; auch die durch den Streit über die gemischten Ehen hervorgerufene Literatur, von welcher ich später noch sprechen werde, beschäftigte uns. Bei diesem geistigen Verkehr gewann ich reichlich so viel, als ich gab, denn sie ergänzte mein positives Wissen durch ihr feines Verständnis der psychologischen Motive, und ich ging niemals von ihr, ohne zu fühlen, daß sich mein Blick erweitert habe. Es war das anmutigste Verhältnis gegenseitigen Gebens und Empfangens, die vollste Vertraulichkeit, welche nur vor dem letzten Worte Halt machte. Sie verstand, was sich ziemte, und wußte mich das in Scherz und Ernst zu lehren, ich sah ihr ab, wie man die Menschen zu behandeln habe.

Viele Jahre später habe ich ihr einmal gesagt, daß ich ihr und Pernice meine Karriere zu verdanken hätte, und es war ein gutes Körnchen Wahrheit in dem Scherz. So viel Zeit ich ihr auch widmete, für meine geschäftliche Ausbildung ging dadurch nichts verloren, im Gegenteil, die Befriedigung, welche ich aus unserem Verhältnis schöpfte, goß Frische und Lust auf meine praktischen Arbeiten und wissenschaftlichen Studien. Wie es mit mir stand, wußte sie ohne Zweifel sehr genau, aber ebenso genau wußte sie auch, daß ich keine Torheit begehen würde. Einmal aber war ich doch dicht daran, eine Torheit zu begehen. Es war zu Fuß eine Partie nach Trotha gemacht, der Rückweg führte den schroffen Abhang der Porphyrfelsen hinab über lose kleine Steine. Wir waren hinter den anderen zurück geblieben, und als wir an die bedenkliche Stelle kamen, bot ich ihr an, sie zu führen. Sie lehnte es ab, ich ging voraus, hörte aber nach wenigen Augenblicken meinen Namen rufen und sah, als ich mich umwandte, daß sie den festen Tritt verloren hatte und den Abhang hinabschoß. Ich fing sie in meinen Armen auf, ihre Arme, die sie mechanisch von sich gestreckt hatte, lagen um meinen Hals, unsere Lippen berührten sich beinahe. Ich drückte sie fest an mich, um sie sicher auf die Füße zu stellen, aber ich gewann es über mich, die geliebten Lippen ungeküßt zu lassen.

Zu Franziskas Hochzeit war Frau Klenze mit ihren beiden Kindern nach Halle gekommen, und etwa acht Tage nach dieser Feier begleitete ich sie nach Göttingen zu dem 100jährigen Jubelfeste der Universität. Ich hatte während meiner Studentenzeit mich so oft in Göttingen aufgehalten, daß mich dieses Fest nicht weniger

interessierte, als wenn ich Göttinger Student gewesen wäre. Ein ansehnlicher Teil der wissenschaftlichen und manche politische Berühmtheiten Deutschlands strömten zu dem Feste zusammen; mit manchen von ihnen trat ich in Berührung. In lebhafter Erinnerung sind mir der Kanzler von Müller aus Weimar und der Geheimrat von Thiersch aus München, der erste als Freund Goethes, der letzte als Vertreter des schon verstorbenen, ihm zu Ehren damals künstlich wiederbelebten Philhellenentums. Meine Berliner Bekannten: Klenze, Lachmann, Rudorff, Otto Goeschen waren zur Stelle, einige Bekannte vom Pädagogium her fanden sich ein. Man brachte einen Teil des Tages auf der Straße zu, um Bekannte zu begrüßen, interessante Personen zu betrachten und sich an dem lebhaften Treiben in den, mit den Bannern der Korps und den Fahnen der Stadt und der Provinzen geschmückten Straßen zu ergötzen. Es gab da noch besondere Schauspiele: in den beiden Tagen vor dem Festtage wurde zuerst der Kurator der Universität, Minister von Stralenheim, sodann der Kultusminister von Arnswaldt durch die berittenen, in vollem Wichse strahlenden Korps feierlich eingeholt, und am Abend des ersten Tages wurde Alexander von Humboldt ein Ständchen und ein Lebehoch gebracht, welches besonders lebhaft ausfiel, weil die Teilnahme bekannt war, die der Gefeierte manchem wegen politischer Torheiten schwer gestraften Studenten in erfolgreicher Weise zugewendet hatte. Wir fanden es nicht besonders geschmackvoll, daß Humboldt von dem kleinen Balkon seiner Wohnung aus, auf jeder Seite ein Diener mit einem silbernen Armleuchter in der Hand, seinen Dank für die Ovation ablas. An dem eigentlichen Säkulartage, 17. September: feierlicher Zug von der Bibliothek nach der Johanniskirche, Festgottesdienst, Enthüllung einer recht dürftigen Statue Wilhelms IV. von Großbritannien, Übergabe des eben vollendeten Universitätsgebäudes an die Universität, Abendkonzert in der beleuchteten Kirche und Illumination der Straßen; Tags darauf eine viel bewunderte Weiherede Otfried Müllers in der Aula, und am folgenden Tage wiederum in der Aula Reden der vier Dekane mit den Ehrenpromotionen und abends großer, von der Regierung gegebener Ball. Ich konnte an allen diesen Herrlichkeiten teilnehmen, da mein Onkel Goeschen, als zeitiger Dekan der juristischen Fakultät, in der Lage war, mir überall Zutritt zu verschaffen.

Zwei Bilder aus diesen Festtagen haben sich mir dauernd eingeprägt.

Der älteste und zugleich berühmteste Lehrer der Universität, der 85jährige Blumenbach, hatte sich in den großen Saal der Bibliothek bringen lassen, in welchem die Teilnehmer an dem Festzuge zu der Kirche sich versammelten, und es war ein ergreifendes Bild, wie sich um den Lehnstuhl des alten Herrn alles, was die große Versammlung Hervorragendes in sich schloß, huldigend zusammendrängte. Sehr verschiedener Art war das andere Bild. Für den Ball am dritten Festtage war die Reitschule eingerichtet; die große Reitbahn war zum Tanzsaal umgewandelt, in einem Seitenbau waren die Tafeln für das Abendessen gedeckt. Ich war mit den jungen Damen der Gesellschaft von meinen früheren Besuchen in Göttingen bekannt und beteiligte mich lebhaft am Tanze, als ein bedenklicher Lärm mich nach dem Seitenbau rief. Da sah es nun sonderbar aus. Mangel an Damenbekanntschaft oder an Tanzlust hatte einen guten Teil der akademischen Jugend aus dem, bei aller Größe für eine Gesellschaft von mehr als 1500 Personen kaum ausreichenden Tanzraum in den Seitenbau geführt, wo die Tafeln bereits mit Brot, Salaten, Kompotts und Wein versehen waren; der Reiz, welchen der Anblick dieser guten Dinge ausübte, war je länger desto unwiderstehlicher geworden, man hatte angefangen zu naschen und zu nippen, nach und nach tüchtig gegessen und getrunken und, da die Aufwärter die leeren Flaschen durch gefüllte ersetzten, fand ich das schönste Trinkgelage und die hellste Heiterkeit. Die Damen begannen schon an Flucht zu denken, und es bedurfte der ganzen Autorität der Korps und nicht geringer Geschicklichkeit, um die stark angeheiterte Menge ohne Anwendung von Gewalt ins Freie zu schaffen. Es hieß, daß der Abend 3000 Flaschen Wein gekostet habe.

Meine Tante Goeschen hatte mir in diesen Tagen wiederholt über das Befinden ihres Mannes geklagt: die Ausarbeitung der Rede, welche er als Dekan zu halten hatte, lasse ihm Tag und Nacht keine Ruhe, und der Verkehr mit den zahlreichen Fremden, welchen sein gastliches Haus offen stand, erschöpfte seine Kräfte. Nachdem das Fest zu Ende war, nahm der Verfall der durch die Aufregung der Festzeit künstlich erhaltenen Kräfte täglich zu, und fünf Tage, nachdem er seine Dekanatsrede gehalten hatte, war er eine Leiche. Der jähe Übergang vom Jubelfeste zur Leichenfeier war tief erschütternd; ich hatte nicht bloß einen lieben Verwandten verloren, sondern zugleich den Pflegevater meiner Schwester. Ihre Zukunft

war durch den Todesfall in Frage gestellt, und Pläne für sie zu entwerfen, war im Augenblick noch nicht möglich.

Bald nach meiner Rückkehr kam ich zu einem musikalischen Ausflug. Felix Mendelssohn dirigierte damals die Gewandhaus-Konzerte in Leipzig und ließ im Spätherbst seinen, zuerst im Jahre vorher zu Düsseldorf aufgeführten „Paulus" in der Leipziger Thomaskirche unter seiner Leitung zur Aufführung bringen. Direktor Schröner, Verehrer der geistlichen Musik und systematischer Spaziergänger, forderte mich auf, mit ihm nach Leipzig zu wandern und das Oratorium zu hören; für gute Plätze hatte er gesorgt. So legten wir denn an einem Vormittage die vier Meilen zu Fuß zurück, brachten den Abend in der Thomaskirche zu und kehrten am anderen Morgen wieder heim. Die zweimalige lange Wanderung, meist auf der Chaussee, war kein Vergnügen, indessen war ich guten Humors, ergötzte mich an der pedantischen Gesprächigkeit meines Begleiters und hatte an dem Oratorium und dessen vorzüglicher Ausführung einen wahren Genuß.

Mein geselliges Leben in diesem und dem folgenden Winter gestaltete sich äußerst angenehm. Mit den aus meiner Studentenzeit mir bekannten Professorenfamilien Pernice, Leo, Witte, Laspeyres, Gesenius knüpfte ich die Verbindung wieder an. Neue, den Universitätskreisen nicht angehörende Elemente waren hinzugekommen. Der General Freiherr von Wolzogen, während der Befreiungskriege Adjutant des Kaisers Alexander, später preußischer Militärbevollmächtigter bei der Bundesversammlung, hatte sich, nachdem er 1836 den Abschied genommen, in Halle niedergelassen; seine Frau, eine geborene Baronesse Lilienberg, war für mich, als eine vornehme süddeutsche Dame, eine fremde und interessante Erscheinung, und seine beiden eben erwachsenen Töchter, die ältere, Pauline, sehr hübsch, die jüngere, Anna, später Frau des Kabinettsrats von Niebuhr, sehr talentvoll, waren von mir als Tänzerinnen geschätzt. Ein anderer pensionierter Offizier, Oberst Heymann, früher Chef des Generalstabes des IV. Armeekorps, war ebenfalls Hallenser geworden, ein vielseitig gebildeter Mann mit einer lebhaften, klugen Frau und einer bildschönen Nichte, Ernestine von Röder, welche sich einige Jahre nachher mit dem als Oberhofbaurat gestorbenen Architekten Strack verheiratete.

Der Winter 1837/38 erhielt für mich noch einen besonderen Wert. Meine Tante Goeschen brachte mit ihrer Tochter Bertha und mit meiner Schwester acht Wochen im Hause ihres Bruders zu. Sie waren durch die tiefe Trauer von eigentlichen Gesellschaften aus-

geschlossen, nicht aber von kleinen Kreisen, und für diese, wie für den Familienkreis, waren sie belebende Elemente. Meine Schwester fand in Laura eine alte Freundin, und ich konnte mich unseres Zusammenlebens ungestört erfreuen.

Im folgenden Herbste traf ich wieder mit ihnen zusammen. Der Weg nach Erlangen, wo sie in dem Hause einer dort verheirateten Tochter der Tante den Winter zubringen wollten, führte sie durch Thüringen, und wir verabredeten ein Zusammentreffen in Schwarzburg. Ich kam früher an als sie, machte mich bei herrlichem Wetter sofort nach dem Trippstein auf den Weg und war damit beschäftigt, in dem die Spitze des Felsens krönenden Borkenhäuschen das von dem Fenster desselben umrahmte Landschaftsbild zu skizzieren, als sich hinter mir die Tür öffnete und die drei Damen erschienen, welche mich an dieser Stelle nicht erwartet hatten. Es war das anmutigste Wiedersehen. Von Schwarzburg fuhren wir in heiterster Laune nach Weimar. Der Kanzler von Müller führte uns in das, noch nicht so hermetisch als später verschlossene Goethehaus, machte uns mit dessen Schätzen bekannt und schilderte uns in unvergeßlicher Weise das tägliche Leben des Dichters in den Räumen und Einrichtungen, in welchen dieses Leben sich abgespielt hatte und erloschen war. Das Manuskript der „Römischen Elegien" lag in dem Arbeitszimmer, und es gelang mir, die auf Werthers Leiden bezügliche, damals noch nicht bekannte Variante für die vier ersten Distichen der II. Elegie mir so fest einzuprägen, daß ich sie auf dem Rückwege nach dem Gasthofe aufschreiben und später in meine Ausgabe der Elegien eintragen konnte. Auf dem Schreibpulte lag ein gewöhnlicher Comptoirkalender; ein von Goethe selbst verfertigtes Futteral sollte ihn vor jeder Befleckung schützen, denn ein Fleck würde als ein übles Vorzeichen für den von ihm betroffenen Tag gegolten haben.

Schon bei Beginn des Winters 1837 war mein Vetter Ernst Delbrück, nachdem er die medizinische Doktorwürde erlangt hatte, zur Ablegung der Staatsprüfung nach Berlin gegangen. Ich bezog im Frühjahr die Hälfte des ersten Stockwerks in einem Hause am Alten Markte, der sogenannten „Glocke", die andere Hälfte hatte Dr. Meier inne, ein junger Arzt, mit welchem ich durch Ernst näher bekannt geworden war, jetzt einer der geschätztesten Ärzte von Halle. Von meinem früheren Bekanntenkreise waren von Schele und Bartels nach Halle zurückgekehrt, einige neue Bekannte traten hinzu, unter welchen ich Dr. Litzmann und Karl Schede hervorhebe. Der erstere verheiratete sich später

mit meiner Couſine Marie Delbrück und wurde ein berühmter Lehrer der Gynäkologie an der Univerſität Kiel. Ernſt trat in dieſen Kreis wieder ein, als er nach abgelegter Staatsprüfung aus Berlin zurückkehrte; als Aſſiſtent des berühmten Klinikers Krukenberg wohnte er jetzt in der mediziniſchen Klinik. Wir waren oft um den Spieltiſch verſammelt und lebten auch ſonſt als gute Kameraden. In den nächſten Beziehungen ſtand ich zu Richard Röpell, welchen ich erſt an dieſer Stelle erwähne, um unſer Verhältnis im Zuſammenhange darzuſtellen.

Angeborenes Intereſſe für die Politik hatte ihn das Studium der Geſchichte als Beruf ergreifen laſſen, und er gehörte, als wir nach Halle kamen, zu Leos bevorzugten Schülern. Er war mit meinem Vetter Felix bekannt geworden und wurde durch dieſen wenige Tage nach unſerer Ankunft in unſer Haus eingeführt. Lebhaft und geiſtreich, gewandt in der Rede und im Umgange, wurde er ſehr bald ein häufiger und gern geſehener Gaſt; er fühlte ſich wohl in unſerem Familienkreiſe und widmete namentlich meiner Tante eine aufrichtige Verehrung. An unſeren lebhaften Diskuſſionen nahm er als einer der Lebhafteſten Teil; als Kind ſeiner Provinz, Weſtpreußen, vertrat er den politiſchen und kirchlichen Liberalismus. Er und ich waren ſelten einer Meinung, aber unſer Streiten förderte mich, und er nahm ſich auch in anderer Weiſe meiner Bildung an, indem er einige Monate hindurch vor dem Beginn meiner Unterrichtsſtunden auf dem Pädagogium die Annalen des Tacitus mit mir las. Bevor ich die Univerſität bezog, ging er zur Fortſetzung ſeiner Studien nach Berlin, und als ich von Bonn nach Halle zurückkehrte, fand ich ihn als Privatdozenten der Geſchichte. Zu unſerem Hauſe war er wieder in die alten Beziehungen getreten, und zwiſchen uns beiden traten die alten Meinungsverſchiedenheiten von neuem hervor. Ich fing an, mir des Gewinns bewußt zu werden, welchen die Nötigung bringt, die eigene Meinung gegen einen in Umfang der Kenntniſſe und Reife des Urteils überlegenen Gegner zu verteidigen; dieſe Nötigung trug nicht wenig zur Abklärung meiner Anſichten bei. Nach meiner Rückkehr aus Berlin verſtanden wir uns ſchon beſſer. Unſere hiſtoriſche Auffaſſung traf in der Hauptſache zuſammen, nur konnte ich mich nicht davon überzeugen, daß die Einführung einer Verfaſſung in Preußen durch die bisherige geſchichtliche Entwicklung geboten ſei. Er hatte für die Heeren-Ukertſche Sammlung die Geſchichte Polens übernommen und war eifrig mit der Arbeit an dem erſten Bande beſchäftigt; er beſprach mit mir die

dabei vorkommenden juristischen Fragen. Leider ist dieser erste, 1840 erschienene Band sein einziges größeres Werk geblieben, er hat seitdem nur für seine Vorlesungen, für das öffentliche Leben und für sich selbst gearbeitet. Seit langen Jahren ist er Professor der Geschichte in Breslau, und bis in sein Alter hat er sich die Lebhaftigkeit und die Streitlust seiner Jugend bewahrt, nicht minder aber eine dankbare Erinnerung an den Onkel und dessen Haus.

Alles, was ich bisher über mein Leben in Halle erzählt habe, die amtliche Tätigkeit und die wissenschaftlichen Studien, die Herzensneigung und die Erlebnisse in der Familie, der Verkehr in der Gesellschaft und im engeren Familienkreise, hatte einen bewegten Hintergrund in dem Kampfe der Geister, welcher gerade damals mit besonderer Lebhaftigkeit in Halle geführt wurde. Dieser Kampf war von zu großer innerer Bedeutung, als daß er mich nicht, wenn auch nicht als tätigen Teilnehmer, so doch als teilnehmenden Zuschauer in seine Kreise gezogen hätte.

Der Streit zwischen Pietismus und Rationalismus, dessen akuter Ausbruch meinen Onkel zuerst nach Halle geführt hatte, war in der damaligen Form vorüber. Der Vorkämpfer des Pietismus war von Halle versetzt und, was wichtiger war, der Rationalismus hatte der neuen Philosophie das Feld geräumt. Die historische und die spekulative Richtung hatten die Erbschaft angetreten und teilten sich in die Herrschaft über die Geister. Der Konflikt zwischen ihnen war während meiner Studienzeit noch latent. Von den Trägern der spekulativen Richtung ging der eine, Hinrichs, in der strengen Form der Schule, nicht über den engsten Kreis der eigentlich philosophischen Disziplinen hinaus, während der andere, Rosenkranz, zwar seine Tätigkeit auf Literatur, Mythologie und Theologie ausdehnte, aber, wie ich schon früher erwähnte, den Philosophen nicht herauskehrte und sich von eigentlicher Polemik fernhielt. Der bedeutendste und regsamste Vertreter der historischen Richtung, Leo, so schroff er schon damals seine, der Methode und den Ergebnissen der Spekulation entgegengesetzten Überzeugungen aussprach, war noch nicht zum Angriff übergegangen. Beide Richtungen rüsteten sich noch auf ihrem eigenen Gebiete, keine von ihnen war in das Gebiet der anderen eingefallen. Jetzt war das anders geworden. Zwei junge Dozenten, Schaller und Ruge, von welchen der erste die Religionsphilosophie, der zweite die Rechtsphilosophie in streng philosophischer Form behandelte, und Erdmann, welcher als Professor der Philosophie und von Hegel ausgehend, in

ſeiner ſpekulativen Dogmatik ſich in bewußten Gegenſatz zu dem Hegelianismus ſetzte, hatten den Streit in das Lager der Gegner übertragen. Noch umfaſſender geſchah dies durch die mit Anfang 1838 erſcheinenden, von Ruge und Echtermeyer herausgegebenen „Halliſchen Jahrbücher". Dieſe Zeitſchrift, welche nur fünf Jahre lang beſtand und jetzt kaum dem Namen nach noch bekannt iſt, übte in den erſten Jahren ihres Erſcheinens eine außerordentliche Wirkung aus. Sie hatte ſich die Aufgabe geſtellt, auf der Grundlage der freien Wiſſenſchaft und des modernen Staats die geiſtige Bewegung der Zeit zur Anſchauung zu bringen, und zwar durch Beſprechungen literariſcher Erſcheinungen, Charakteriſtiken hervorragender Perſönlichkeiten, Darſtellungen wiſſenſchaftlicher und künſtleriſcher Richtungen, und Schilderungen des geiſtigen Lebens auf den Univerſitäten und Akademien. Sie wendete ſich nicht, wie die gelehrte Journaliſtik, an Fachkreiſe, ſondern an jeden, welcher der modernen Bildung zugänglich war. Täglich erſcheinend, erſetzte ſie dieſem Leſerkreiſe die Fachzeitſchriften, und befriedigte ſie zugleich das Bedürfnis, welchem jetzt durch das damals noch unbekannte wiſſenſchaftliche Feuilleton der großen Zeitungen entſprochen wird. Gerade hierin lag der Grund der Anziehungskraft und des Einfluſſes, welches ſie ſo lange ausübte, als ſie ihre Aufgabe, zwar von der eingenommenen Grundlage aus, aber mit Objektivität zu löſen verſuchte und nicht durch Ruges und einiger ſüddeutſcher Genoſſen Leidenſchaftlichkeit und Eitelkeit in extreme Richtungen und perſönliche Zänkereien getrieben wurde.

Dieſe letzte Entwicklung liegt jenſeits der Zeit, von welcher ich rede. Die „Jahrbücher" brachten in dem zweiten Monat nach ihrem Erſcheinen ſogar einen Aufſatz von Leo, aber ihr, die ganze geiſtige Bewegung der Zeit umfaſſendes Programm machte den Streit mit der hiſtoriſchen Richtung auf dem geſamten Gebiete der Wiſſenſchaft zur Notwendigkeit. Schon der erſte Jahrgang enthielt eine Reihe heftiger Angriffe gegen die hiſtoriſche Rechtsſchule und eine verletzende Kritik der wiſſenſchaftlichen Stellung Erdmanns; zum ſchärfſten Ausdruck kamen aber die Gegenſätze durch die Erörterungen, welche der zwiſchen Staat und Kirche ausgebrochene Konflikt über die Behandlung der gemiſchten Ehen hervorrief. Im November 1837 war der Erzbiſchof Klemens Auguſt von Köln nach der Feſtung Minden abgeführt. Seit der franzöſiſchen Julirevolution hatte kein Ereignis die öffentliche Meinung in Deutſchland in gleichem Maße erregt, und es war natürlich, daß eine vorzugsweiſe theologiſche Univerſität, wie

Halle, von dieser Erregung besonders lebhaft ergriffen wurde. Über die Grenzen zwischen Staatsgewalt und Kirchengewalt auf denjenigen Gebieten, in welchen, wie bei der Eheschließung, beide Gewalten ein Recht in Anspruch zu nehmen haben, herrschten damals sehr unklare Vorstellungen, aber das protestantische und das auf ihm beruhende moderne Staatsbewußtsein fühlten sich durch den Anspruch, welchen die katholische Kirche in Beziehung auf dieses Gebiet erhob, auf das tiefste verletzt, und diese Verletzung wurde verschärft durch die Art, wie Görres in seinem „Athanasius" und die Münchener „Politischen Blätter" den kurialistischen Anspruch vertraten. Leo war ein zu guter Protestant und eine zu kampflustige Natur, um nicht den Handschuh aufzunehmen, welchen Görres dem Protestantismus hingeworfen hatte, aber er hatte sich schon zu tief in den Widerwillen gegen die moderne Wissenschaft und den modernen Staat hineingearbeitet, als daß er in seinem an Görres gerichteten „Sendschreiben" seine Übereinstimmung mit den Grundanschauungen seines Gegners hätte verhehlen können. Ruge ließ sich die Blöße nicht entgehen, welche das Haupt der historischen Richtung sich hiermit gegeben hatte; in einer schonungslosen Kritik, welcher er in den „Jahrbüchern" das „Sendschreiben" unterwarf, suchte er die Halbheit und innere Unwahrheit des von Leo eingenommenen Standpunkts nachzuweisen. Mit größter Heftigkeit antwortete Leo in der Vorrede zu der zweiten Auflage seines „Sendschreibens", und gleichzeitig fiel das Berliner „Politische Wochenblatt" über die „Jahrbücher" her. Die Erwiderung, welche Ruge gegen beide Angriffe in die „Jahrbücher" aufnahm, war nicht minder heftig. Leo blieb die Antwort nicht schuldig: in einer Broschüre, welche den Namen „Die Hegelingen" trug, warf er den Nachfolgern Hegels vor, daß sie unter der Hülle einer schwer verständlichen Phraseologie den persönlichen Gott leugneten, das Evangelium als Mythologie behandelten und eine Religion des alleinigen Diesseits predigten. Auch die „Evangelische Kirchenzeitung" trat in den Streit ein mit einem Artikel, welcher im Grunde genommen die Philosophie überhaupt verurteilte. Natürlich antwortete Ruge wieder. In wenigen Monaten hatte der Streit, welcher schon längst über seinen ersten Anlaß hinaus zu einem Kampfe zwischen Positivismus und Spekulation erwachsen war, durch die Tiefe der Gegensätze und die schonungslose Schärfe der Waffen die Universität und alle mit derselben zusammenhängenden Kreise erfaßt. Die Positiven rührten sich zuerst. Ein damals namenloser Student, Kahnis, ließ eine freche, aber geist- und kenntnisreiche

Broschüre gegen Ruge drucken, auf Betreiben von Pernice veröffentlichte die Mehrheit der Universitätslehrer in der „Leipziger Zeitung“ eine Erklärung zugunsten Leos gegen Ruge, und nicht lange nachher wurde der Versuch gemacht, in die theologische Fakultät, in welcher die Richtung der „Evangelischen Kirchenzeitung“ keinen Vertreter hatte, einen Schüler Hengstenbergs zu bringen. Dr. Baumgarten, in Berlin Lizentiat der Theologie geworden und als einer der tüchtigsten und gelehrtesten Hengstenbergianer bekannt, war in Halle auf Grund einer Abhandlung über das Buch Esther zur Habilitations-Disputation zugelassen. Diese Disputation, 2. März 1839, bezeichnete einen Wendepunkt. Sein persönliches Auftreten, sein curriculum vitae, seine Thesen und seine Abhandlungen atmeten einen Geist, welcher mit dem wissenschaftlichen Bewußtsein der Fakultät schlechthin unvereinbar war. In der Disputation traten Niemeyer, ein tüchtiger Dogmatiker, Thilo, einer der ersten Kirchenhistoriker der damaligen Zeit, Rödiger und Tuch, ausgezeichnete Orientalisten, gegen ihn auf und wiesen, unter lebhafter Teilnahme einer zahlreichen Korona, seine wissenschaftliche Nichtigkeit in so schlagender Weise nach, daß er wenige Tage nachher seinen Antrag auf Habilitation zurückzog. Hatte ihm doch Tholuck, als es noch Zeit war, von diesem Antrage abgeraten.

Zwei Monate später folgte eine andere Habilitations-Disputation, deren Wirkungen viel weiter gingen. Der bevorzugteste unter den damaligen Schülern Leos, Dr. Thiele, meldete sich, nachdem er die Doktorprüfung mit dem ausgezeichnetsten Lobe bestanden hatte, zur Habilitation in der philosophischen Fakultät für das Fach der Geschichte. Auch er hatte durch arrogantes Auftreten sich unbeliebt gemacht; in seiner Disputation für die Doktorwürde hatten er und seine befreundeten Opponenten sich darin gefallen, ihr Zwiegespräch durch heftige und verächtliche Ausfälle gegen die spekulative Richtung zu verzieren. Für alle Gegner Leos kam es nun darauf an, ihm das nämliche Schicksal zu bereiten, wie dem Schüler Hengstenbergs, und zu den Gegnern Leos gehörte ein guter Teil derselben Professoren, welche ein halbes Jahr vorher, als es sich um einen Streit zwischen einem Professor und einem Privatdozenten handelte, aus Korpsgeist für den ersteren in der „Leipziger Zeitung“ eingetreten waren. Am Tage der Disputation war die Aula gedrängt voll. Nachdem die gewählten Opponenten unter allgemeiner Teilnahmlosigkeit ihre Rolle abgespielt hatten, trat der Professor der Eloquenz, Meier, auf und wies in elegantem Lateinisch die schlechte Latinität

sämtlicher Thieleschen Thesen und die materielle Frivolität einer gegen Platos Bürgertugend gerichteten These nach. Ihm folgte Dr. Prutz, damals nur als ein talentvoller Schüler des Philologen Bernhardy und als ein junger Mann von vielem Selbstbewußtsein bekannt. Er trug eine wohlausgearbeitete Rede vor, welche sich in witziger, mitunter geistreicher Weise über die wissenschaftliche Jämmerlichkeit der Thieleschen Thesen erging. Dr. Thiele suchte wiederholt die Rede zu unterbrechen, aber die Korona legte ihm Schweigen auf, denn sein Gegner hatte die Lacher auf seiner Seite. Leo, der im Kreise der Professoren saß, rief in den Tumult hinein, man möge doch Thiele zu Worte kommen lassen, aber Dr. Prutz brachte seine Rede zu Ende, und Dr. Thiele konnte nur einige gereizte Worte erwidern, welche mit dem Ausruf schlossen, daß Dr. Prutz ihm opponiert habe, non amore veritatis, sed partium studio. Nachdem sich die Ruhe wiederhergestellt hatte, erhob sich Dr. Daniel, Lehrer am Pädagogium, ein ruhiger, gelehrter junger Mann, um darzulegen, daß Thiele in seiner Inaugural-Dissertation wichtige Quellen teils nicht genügend benutzt, teils völlig übersehen habe. Dr. Thiele konnte einen Widerspruch nicht erheben, und es entstand eine Pause, welche glauben ließ, die Sache sei zu Ende. Da trat Professor Pott auf, der berühmte Sprachforscher. Bevor er seine Disputation beginne, sagte er, müsse er sein Befremden darüber aussprechen, daß Dr. Thiele dem Dr. Prutz habe partium studium vorwerfen können, er, der seit längerer Zeit bekannt habe, selbst einer Partei anzugehören, und zwar der turpis pars pietistarum, welche schon so viel Unheil in Halle angerichtet hätte. Bei diesen Worten sprang Leo auf, stampfte mit den Füßen auf den Boden und gab damit das Signal zu einem heftigen, in verschiedenem Sinne gemeinten Trommeln der Korona. Der Dekan, Professor Eiselen, eine zur Beherrschung solcher Stürme völlig ungeeignete Persönlichkeit, bisher stillvergnügt über Dr. Thieles Mißerfolge, war jetzt in der äußersten Verlegenheit; sein Kollege Rosenberger faßte ihn am Arm und drang in ihn, dem Skandal ein Ende zu machen; erst als Dr. Thiele, seines Vorurteils bewußt, ihn fragte, ob er nach einem solchen Angriff verpflichtet sei, weiter zu disputieren, ermannte er sich und erklärte, obgleich Pott wegen der Heftigkeit seiner Worte um Entschuldigung bat, die Disputation, welche materiell erschöpft und formell unangemessen geworden sei, für aufgehoben. Leo, heftig bis zur Wut, stand mit verschränkten Armen Pott gegenüber und rief mit wildem

Blick: iniuriarum hic locus non est; Pott disputierte mit dem Dekan über seine Berechtigung, fortzudisputieren, Rosenberger rief dem Dekan zu, er möge deutsch sprechen, damit er sich verständlich mache, und zuletzt sprang ein kleiner Dr. Schmidt in den Kreis der Streitenden und warf mit einer Flut lateinischer Redewendungen dem Professor Pott eine Beleidigung der Fakultät vor. Er wurde hinausgeschafft, aber das Auftreten des kleinen Mannes hatte überaus komisch gewirkt und vielleicht dazu beigetragen, weitere Ausschreitungen zu verhindern. Man trennte sich in unbeschreiblicher Aufregung.

Es konnte nicht fehlen, daß dieser Ausbruch lange genährten Grolls in der ganzen Stadt das größte Aufsehen und bei allen Unbeteiligten entschiedene Indignation erregte, und ebenso natürlich war es, daß er auch andere, als die unmittelbar Beteiligten in seine Kreise zog. Während Leo und Tholuck bei dem Kurator den Antrag stellten, daß Pott wegen der gegen sie vorgebrachten beleidigenden Äußerungen zu einer Genugtuung angehalten werde, setzte der Dekan, der bestehenden Vorschrift gemäß, seinen Bericht über die Disputation mit einem, auf Abweisung des Dr. Thiele gerichteten Antrag bei den Mitgliedern der Fakultät in Umlauf. Der Umlauf nahm drei Wochen in Anspruch, er ergab nach der irrigen Auffassung des Dekans eine Mehrheit für die Abweisung, und er brachte eine Reihe von Voten von einer gegenseitigen Bitterkeit, welche bis zu neuen Beleidigungen ging. Der Dekan setzte diese Voten mit dem von ihm gezogenen Ergebnis von neuem in Umlauf, es kam zu einem nochmaligen Votieren mit Rechtfertigungen und Rekriminationen, also zu einer weiteren Steigerung der Erbitterung. In diese Zeit fiel die Wahl des Prorektors und von vier Senats-Mitgliedern, die beiden Parteien setzten alle Kräfte in Bewegung, und es geschah das Unerwartete, daß Pernice zum Prorektor und Leo zum Senator gewählt wurde. Nun brach ein neuer Sturm los, Eiselen überreichte dem Kurator zur Weiterbeförderung eine Eingabe an den Kultusminister, mit welcher er einen von sieben Fakultäts-Mitgliedern unterzeichneten Antrag auf Schutz gegen Leos Anmaßungen und Beleidigungen unter dem Ausdruck seines Einverständnisses vorlegte. Ein paar Tage darauf erhielt der Kurator einen von neun Professoren, darunter Gesenius, unterzeichneten Protest gegen Leos Wahl zum Senator, ebenfalls zur Einreichung an den Minister. Um das Imbroglio vollständig zu machen, übersendete der letztere dem Kurator einen Antrag Ruges auf Ernennung zum außerordentlichen Professor zur Äußerung nach

Vernehmung der Fakultät. Bei dieſer Vernehmung zeigte ſich, daß Ruge eine nennenswerte Partei in der Fakultät nicht hatte, das Gutachten fiel gegen ſeinen Antrag aus.

Mein Onkel hatte ſich alle nur denkbare Mühe gegeben, die Thieleſche Angelegenheit in der Fakultät ſelbſt zur Erledigung zu bringen und die Zurücknahme des formell unzuläſſigen Proteſtes gegen Leos Wahl herbeizuführen, aber alle ſeine Mühe ging in den Wogen der Leidenſchaften zugrunde, und er mußte die ganze ſchmutzige Wäſche vor dem Miniſter ausbreiten. Der Erfolg war vorherzuſehen; es wurde der Fakultät nachgewieſen, daß die Mehrheit für die Zulaſſung Thieles geſtimmt habe, und dem formell unberechtigten Proteſt wurde eine Folge nicht gegeben.

Dr. Thiele hat es, trotz ſeiner Zulaſſung, zu einer akademiſchen Laufbahn nicht gebracht, er wurde Gymnaſiallehrer. Beſſer iſt es dem Opfer der erſten Disputation, Dr. Baumgarten, ergangen. Er blieb lutheriſch-orthodox im vollen Sinne des Wortes, wurde aber ein entſchiedener Gegner der hinter dem Staatskirchentum ſich verbergenden hierarchiſchen Tendenzen in der proteſtantiſchen Kirche. Dieſe Gegnerſchaft koſtete ihn ſeine Stelle als Profeſſor der Theologie in Roſtock, unbeirrt ſetzte er ſie als theologiſch-politiſcher Schriftſteller mit Erfolg fort. Im Reichstage, welchem er längere Zeit hindurch angehörte, habe ich ihn wiedergeſehen.

Ich habe dieſe, für das damalige Univerſitätsleben charakteriſtiſchen Vorgänge ausführlich geſchildert, weil nur eine ſolche Schilderung die Welt anſchaulich machen kann, in welcher ich mich bewegte. So viele ſchlechte Leidenſchaften bei dem Kampfe zum Vorſchein kamen, ſo waren es doch die höchſten wiſſenſchaftlichen Probleme, über welche der Kampf geführt wurde. Ich blieb in dieſem Kampfe der hiſtoriſchen Fahne treu, freilich nicht derjenigen Leos. Ich habe ſchon früher erwähnt, daß ich die moderne Entwicklung der politiſchen Verhältniſſe, in welcher Leo einen verwerflichen Abfall von dem naturwüchſigen Zuſtande erblickte, für ein Glied in der Kette der hiſtoriſchen Bewegung und für ebenſo naturwüchſig und berechtigt anſah, als jede frühere. Konnte ich deshalb nicht anerkennen, daß zu irgend einer Zeit die wahre Entwicklung in eine unwahre umgeſchlagen ſei, ſo vermochte ich mich doch ebenſowenig davon zu überzeugen, daß die neuere Philoſophie die Arbeit des menſchlichen Geiſtes zum Abſchluß und die abſolute Wahrheit ans Licht gebracht habe, und daß ſie allein dazu berufen ſei, der weiteren Entwicklung

der Menschheit die Wege vorzuzeichnen. Indessen blieb ich ein eifriger Leser der „Jahrbücher", welche in ihren ersten beiden Jahrgängen eine Reihe der interessantesten Aufsätze brachten. Unter vielen hebe ich die Abhandlung über Protestantismus und Romantik hervor, weil ich bei deren Lesung inne wurde, daß mehr von Romantik in mir steckte, als ich gedacht hatte, und weil diese Erkenntnis mich antrieb, die unklare Gemütsseligkeit loszuwerden.

Fünftes Kapitel.

Meine staats- und kirchenrechtlichen Studien hatten mich in dem Entschluß befestigt, nach Ablegung der zweiten juristischen Prüfung in die Verwaltungslaufbahn einzutreten. Sobald ich meine Ernennung zum Referendar erhalten hatte, suchte ich meine Entlassung aus dem Justizdienst und meine Annahme bei der Regierung in Merseburg nach. Diese Behörde war damals die bevorzugte Stelle für die Ausbildung der jungen Verwaltungsbeamten; man nannte sie die Garde-Regierung. Sie verdiente diesen Vorzug durch die Vielgestaltigkeit der Verhältnisse in ihrem Bezirk; sie verdankte denselben aber wohl noch mehr dem Rufe angenehmer geselliger Verhältnisse und dem Umstande, daß alle ihre Präsidenten in hohe Stellungen befördert waren. Ihr erster Präsident, von Schönberg, war Direktor im auswärtigen Ministerium, der zweite und der dritte, von Brenn und von Rochow, waren Minister des Innern geworden, der vierte, von Bonin, war Oberpräsident, der fünfte, von Meding, Direktor im Ministerium des Innern, und der sechste, Graf Arnim, wurde als Minister der Zukunft angesehen. Graf Arnim, bei welchem mein Onkel mich vorläufig angemeldet hatte, lud uns beide zu Tisch ein, ich lernte dabei ihn und einige Mitglieder der Regierung kennen. Am 3. September 1839 wurde ich eingeführt.

Der Onkel sah mich ungern aus Halle scheiden, denn er hatte sich daran gewöhnt, amtliche Angelegenheiten, welche ihn lebhaft beschäftigten, mit mir zu besprechen und, wenn die Geschäfte drängten, mir die Ausarbeitung dienstlicher Schriftstücke zu übertragen. Mir würde der Abschied entsetzlich schwer geworden sein, wenn der Umzug nach Merseburg wirklich eine Trennung bedeutet hätte. Davon war aber nicht die Rede. Die Städte liegen nur zwei Meilen aus-

einander; die Post ging nachmittags von Merseburg nach Halle und früh morgens von Halle nach Merseburg, ich konnte also den Sonntag in Halle zubringen, ohne daß ich eines Urlaubs bedurfte, ich konnte abends zu einem Ball in Halle erscheinen und am folgenden Morgen wieder in Merseburg sein. Ein paarmal bin ich, wenn ich Sonnabend nachmittag nicht abkommen konnte, am Sonntag früh auf Richtwegen in wenig mehr als zwei Stunden zu Fuß nach Halle gewandert. So habe ich während der ganzen Dauer meines Merseburger Aufenthalts die Kirchenfeste, die Mehrzahl der Familienfeste und sehr viele Sonntage in Halle verlebt und auf manchem Balle getanzt; ich hatte mich dabei des Vorzugs zu erfreuen, welcher jedem zu teil wird, der aus der Fremde in einen bekannten Kreis zurückkehrt.

Ich mußte mich am äußersten Ende von Merseburg, im sogenannten Neumarkt, einmieten, weil eine andere irgend geeignete Wohnung nicht vorhanden war; ich hatte indes allen Anlaß, mit der erzwungenen Wahl zufrieden zu sein. Mein Wirt war Fleischermeister, seine drei Töchter besorgten in tadelloser Weise die Aufwartung. Meine Kollegen beneideten mich darum, daß mir, so oft ich es verlangte, warmes Abendessen im Hause bereitet wurde. Ich bewohnte ein sehr großes Eckzimmer nach der Straße und nach einem Garten blickend, die Schlafstube lag nach dem Garten zu.

Ich trat in einen großen Kreis von Referendarien ein, mit deren Mehrzahl ich lange Jahre hindurch in Beziehungen geblieben bin. Ich habe zu nennen: Moritz von Bardeleben, gestorben 1890 als Wirklicher Geheimer Rat, nachdem er kurz vorher das Oberpräsidium der Rheinprovinz niedergelegt hatte; Rudolph von Aster, mein vieljähriger Mitarbeiter in der Gewerbeverwaltung, 1866 als vortragender Rat im Handelsministerium gestorben; Wilhelm Voigt, zuletzt Ober-Regierungsrat in Erfurt; Graf Robert von der Goltz, gestorben 1869 als preußischer Botschafter bei Napoleon III.; Otto von Bernuth und Eduard Staberoh, beide 1887 gestorben, der erste früher Regierungspräsident in Köln, der zweite Ober-Regierungsrat in Frankfurt a./O.; Frhr. August von Schuckmann, gestorben 1867 auf seinem Gute Auras als schlesischer Landesältester; Gustav von Jagow, gestorben 1878 als Wirklicher Geheimer Rat und Oberpräsident von Brandenburg; Alfred Piper, als vortragender Rat im Ministerium des Innern und Ober-Stiftshauptmann aus dem Staatsdienst geschieden; Otto von Hagen, gestorben 1880 als Ober-Landforstmeister; Albert von Uechtritz, Sohn des sächsischen Gesandten

in Wien, von der diplomatischen Laufbahn in die Verwaltung übergegangen, nach einigen Jahren aus dem Staatsdienste geschieden, seit 1886 Seniorsherr auf Gebhardsdorf in Schlesien. Mit Ausnahme von Uechtritz, unserem Senior, waren wir im Alter wenig auseinander, auch unser Alter bei der Regierung war nicht allzu verschieden, und daß der Mehrzahl von uns Talent und Strebsamkeit nicht fehlten, haben wir durch unsere Laufbahn im Staatsdienste bewiesen. Wir waren untereinander gute Kameraden und, mit wenigen Ausnahmen, sehr geneigt, uns in der Merseburger Gesellschaft und unter uns so viel es irgend anging zu amüsieren. Bei dem Mittagstisch waren wir getrennt: Bardeleben, Aster, Voigt, Hagen, Uechtritz und ich speisten im „Arm", die anderen in der „Sonne", der Nachmittagskaffee aber und noch regelmäßiger das Abendbrot führten uns zusammen.

Zu unserem Kreise gehörten einige unverheiratete Assessoren, namentlich von Wedell, gestorben als Oberforstmeister in Erfurt, und Niemann, später Ober-Regierungsrat in Danzig, sowie die unverheirateten Offiziere der mit dem Regimentsstabe in Merseburg garnisonierenden 3. und 4. Eskadron des 12. Husaren-Regiments. Wir standen zu diesen Offizieren in den besten Beziehungen; einer von ihnen, der damalige Sekondeleutnant Frhr. Ludwig von Schlotheim, zuletzt kommandierender General des XI. Armeekorps, ist ein ausgezeichneter Reitergeneral geworden.

Der Merseburger Regierungsbezirk ist gebildet aus sächsischen durch die Wiener Verträge an Preußen übergegangenen und aus altpreußischen Landesteilen, welche der westfälischen Zwischenherrschaft unterworfen gewesen waren; die ersteren machen acht Neunteile, die letzteren ein Neunteil seines Flächeninhalts aus. Die bei seiner Bildung in diesen beiden Gebieten bestehenden Gesetzgebungen zeigten den schärfsten Gegensatz: in dem vormals westfälischen Gebiete eine, der französischen nachgebildete, auf den Ideen von 1789 beruhende, in dem altsächsischen Gebiete eine aus dem 17. und 18. Jahrhundert stammende, von modernen staatsrechtlichen und staatswirtschaftlichen Auffassungen fast vollständig unberührte Gesetzgebung. In den ersten sechs oder sieben Jahren nach der Besitzergreifung war zur Aufhebung dieser Gegensätze viel geschehen, das bürgerliche und das Strafrecht, das gerichtliche und das Verwaltungsverfahren, die indirekte und die persönliche direkte Besteuerung, die Ablösung der Reallasten und die Teilung der Gemeinheiten waren im ganzen übereinstimmend

[illegible] von dem Eintritte der [illegible] Jahre war ein Zeitraum [illegible] Entwickelung eingetreten, welcher nur dann der Ausgleichung [illegible] Zeitverhältnisse zum Teil eine Unterbrechung erlitt. Es waren vier tief eingreifende Begebenheiten [illegible] gewesen: [illegible] die Julirevolution und [illegible] Verfassungen [illegible] von [illegible] Belgien eine [illegible] Grundlagen; [illegible] von [illegible] zum Teil [illegible] Jahrhunderte [illegible] [illegible] Aufhebung [illegible] [illegible] Verfassung, [illegible] den letzteren nur auf Grund einer neuen Verfassung eine der französischen ähnliche Gemeinde eingeführt; [illegible] von [illegible] hatten den Gutsherren die Gemeinde-Gerichtsbarkeit [illegible] die Polizeigewalt in vollem Umfange [illegible] [illegible] den letzteren nur die Patrimonial-Gerichtsbarkeit und Polizei nur mit wesentlichen Einschränkungen wieder hergestellt; in dem ersteren bedurften die Juden zur Niederlassung einer persönlichen, auf einen bestimmten Zeitpunkt lautenden Konzession und waren sie vom Grundbesitz und Pfandrecht ausgeschlossen, in dem letzteren hatten sie mit den Christen gleiche Rechte, endlich hatten in beiden Teilen die Rechtsverhältnisse der Kirchen und Schulen und der öffentlichen Wege verschiedene gesetzliche Grundlagen. Es waren Stücke aus zwei einander fremden Welten, welche sich hier nebeneinander befanden.

Die Behörde, welche dazu berufen war, mit Beachtung dieser, auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden Verschiedenheiten, einen einheitlichen Gedanken in der Verwaltung zum Ausdruck zu bringen, war aus sehr mannigfaltig gearteten Persönlichkeiten zusammengesetzt. Der Präsident, Graf Arnim, gehörte zu den für eine große Laufbahn vorausbestimmten Männern; erst sechsunddreißig Jahre alt, war er schon Präsident der Regierungen in Stralsund und Aachen gewesen, und jedermann sah seine Stellung in Merseburg nur als einen Durchgang zu einer höheren Stellung an, wie er denn auch, noch ehe ich die Provinz verließ, das Oberpräsidium in Posen erhielt. Er besaß eine gründliche Bildung und einen weiten Gesichtskreis, große Lebhaftigkeit des Geistes und Vielseitigkeit des Interesses, aber diese vorzüglichen Eigenschaften kamen selten voll zur Geltung, weil ihm die Ruhe und Festigkeit des Gedankens fehlte, welcher es bedarf, um feste Entschlüsse zu fassen und die endlich gefaßten Entschlüsse folgerichtig durchzuführen. Er war ein vornehmer Mann im besten Sinne des Wortes. Freilich hatte er auch das volle Bewußtsein, ein vornehmer

Mann zu sein, und kam deshalb äußerst selten zu einem anderen in ein persönliches Verhältnis.

Der Vorstand der Abteilung des Innern, Vizepräsident Krüger, war als junger Beamter Mitglied des nach der Schlacht bei Leipzig gebildeten, anfangs unter russischer, später unter preußischer Leitung stehenden Generalgouvernements von Sachsen geworden und, in Anerkennung der in dieser Stellung geleisteten Dienste bei der Bildung der Merseburger Regierung zum Regierungsdirektor ernannt. Die im Jahre 1825 angeordnete Änderung in der Organisation der Regierungen hatte ihn zum Abteilungsdirigenten hinabgedrückt, und er hatte mit der Zeit sich bescheiden müssen, daß er nicht aus dem Holze gemacht sei, aus welchem damals Regierungspräsidenten verfertigt wurden. Er besaß ein ungewöhnliches administratives Talent; in seiner Tätigkeit bei dem Generalgouvernement und bei der Organisation der Verwaltung im Regierungsbezirk hatte er gelernt, wie die praktische Lösung schwieriger Fragen anzugreifen sei; in den Verhältnissen des Bezirks, namentlich des altsächsischen Teiles, war er vollständig zu Hause, und ebenso genau kannte er die Beamten und die hervorragenden Eingesessenen des Bezirkes. Daß er bei der Besetzung der Präsidentenstelle stets übergangen wurde und, wie er zu sagen pflegte, fortwährend neue Präsidenten anlernen mußte, hatte sein Interesse an den Geschäften abgeschwächt; er ließ die Dinge gehen, war aber stets bei der Hand, wenn seine Kenntnis der früheren Zustände in Anspruch genommen wurde. Er war ein gutherziger Mann und für seine Referendarien der wohlwollendste Vorgesetzte.

Mit dem Vorstande der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, Häckel, war ich schon im Hause meines Onkels bekannt geworden. Er war ein echter Schlesier, lebhaft, mit vielseitigen Interessen und natürlicher Beredsamkeit, aber ohne alle Stetigkeit. Dinge, die er mit Feuereifer ergriff, ließ er nach kurzer Zeit liegen; was ihn nicht interessierte, wurde nicht gefördert. So steckte er, um den hergebrachten Ausdruck zu gebrauchen, stets in Resten, und er rechnete es mir hoch an, daß ich ihn, als ich seiner Abteilung überwiesen wurde, von diesen Resten vollständig befreite. Er gehörte zu den Breslauer Freiwilligen von 1813 und hatte sich das Eiserne Kreuz erworben, seine Frau war eine Tochter des früher erwähnten Präsidenten Sethe in Berlin, und mit meinem Onkel war er seit vielen Jahren befreundet. Mit seiner Frau und seinen beiden Knaben brachte er zuweilen den Mittag und Nachmittag in Halle zu. Der ältere Sohn war ein sehr

gesetzter, artiger Knabe, der jüngere, vier bis fünf Jahre alt, ein bildhübscher, aber unglaublich ungezogener Bube, welchen wir in Anerkennung seiner Stimmleistungen das Schreibalg nannten. Er ist als Naturforscher und Vorfechter der Darwinschen Lehre ein berühmter Mann geworden; die schlesische Regsamkeit des Vaters und die klevische Zähigkeit der Mutter haben sich in ihm glücklich verschmolzen.

Von dem Vorstande der Finanzabteilung, Nobbe, habe ich wenig zu sagen. Er war, was man einen gewandten Beamten nennt, ohne tieferes Interesse für die Dinge, von praktischem Blick und großer Leichtigkeit in der Behandlung der Geschäfte. Mit dem Dienst wurde er vormittags fertig, der Nachmittag war dem Whist gewidmet. Er kam später als Regierungsvizepräsident nach Magdeburg.

Unter der Leitung dieser Männer nahmen etwa achtzehn Räte und sechs Assessoren die Bearbeitung der der Regierung obliegenden Geschäfte wahr. Der Kreis dieser Geschäfte war damals weit umfangreicher als jetzt. Selbstverwaltung gab es nur in den Gemeinden für Gemeindeangelegenheiten und nur unter großen Beschränkungen. Die Kreise besaßen noch nicht das Recht, Ausgaben zu beschließen, zu deren Bestreitung die Eingesessenen beizutragen hatten, und eine eigene Verwaltung der Provinzialinstitute war noch unbekannt. Die Strafgewalt in Polizeisachen gehörte der Verwaltung an. So stand der Regierung die höhere Polizeigerichtsbarkeit und die gesamte Zivilverwaltung zu, soweit solche nicht in den Bereich der indirekten Steuern, der Agrargesetzgebung, des Bergwesens und des höheren Schulwesens fiel, und zwar teils unmittelbar, teils als vorgesetzter Behörde der Landräte und der Gemeindevorstände, teils als Organ des Oberpräsidenten und der Minister. Innerhalb dieses größeren Rahmens nahm auch mancher einzelne Geschäftszweig mehr Kraft in Anspruch als jetzt, die Ursache war der bereits erwähnte Stillstand der Gesetzgebung. Es wird genügen, wenn ich nur an ein paar Materien erinnere. Das Paßedikt vom 22. Juni 1817 mit einer fast unübersehbaren Literatur von ergänzenden und erläuternden Kabinettsorders und Ministerialreskripten stand noch in Kraft; die Gesetze vom 31. Dezember 1842 über die Aufnahme neu anziehender Personen, über die Verpflichtung zur Armenpflege und über die Erwerbung und den Verlust der Staatsangehörigkeit waren noch nicht ergangen, und die unter die Gegenstände dieser Gesetze fallenden Fragen mußten nach den unzulänglichen landrechtlichen Vorschriften und zahlreichen Amtsblatt-Verordnungen, nicht selten mit Zweifeln über die Anwendbarkeit alt-

sächsischer Bestimmungen, entschieden werden; die sächsische Gewerbeverfassung, welche zur Unsterblichkeit bestimmt schien, nahm die Zeit eines Regierungs-Mitgliedes beinahe vollständig in Anspruch. Auf der anderen Seite wurden aber die Geschäfte gerade durch die Größe des Geschäftskreises vereinfacht. Außer einem gelegentlichen Kompetenzkonflikte mit den Gerichten konnten Zweifel über die Zuständigkeit kaum aufkommen, und höchst selten geschah es, daß die Regierung im Interesse der von ihr wahrzunehmenden Angelegenheiten andere Behörden anzugehen hatte, als die vorgesetzten oder nachgeordneten.

Die Verwaltung wurde mit Verständnis und Pflichttreue geführt. Die natürliche Begabung und die körperliche Frische waren bei den Mitgliedern des Kollegiums, wie dies nicht anders sein konnte, verschieden; ich wüßte aber keinen zu nennen, der nicht gewissenhaft bestrebt gewesen wäre, seine Aufgaben so gut zu erfüllen, als es in seinen Kräften lag. Der häufige Wechsel in der Person des Präsidenten und das Verwaltungstalent, welches, bei aller Verschiedenheit der Persönlichkeiten, jeder dieser Präsidenten besaß, hatte das Kollegium davor bewahrt, in gedankenlose Routine zu versinken. Daß zu viel reglementiert wurde, und mehr Amtsblatt-Verordnungen ergingen, als gut war, beruhte auf der damaligen Auffassung von dem Beruf der Staatsverwaltung und fand bei den Verwalteten keinen Anstoß. In dem überwiegend ackerbauenden, zum größeren Teile sehr wohlhabenden und durchweg sehr fleißigen Bezirk fehlte jedes politische Interesse, mit Ausnahme der nur engen Kreise, welche von der in Halle herrschenden geistigen Bewegung ergriffen oder durch das Berliner politische Wochenblatt beeinflußt waren. Das Regierungs-Kollegium trug den gleichen Charakter; seine große Mehrheit bestand aus Büreaukraten von liberaler Färbung; ich erinnere mich nur zweier, welche der Partei des politischen Wochenblattes angehörten, ohne jedoch diese Angehörigkeit praktisch geltend zu machen. Denn die Verwaltung wurde ohne politische Tendenz geführt; auf Grund der bestehenden Gesetze und der ministeriellen Anordnungen wurde der einzelne Fall ohne Vorliebe oder Abneigung entschieden. Daß die Entscheidungen stets richtig waren, soll hiermit nicht gesagt sein, aber wenn sie unrichtig waren, trug eine politische Tendenz nicht die Schuld.

Die Referendarien wurden in jedem einzelnen Zweige der Verwaltung unter der Leitung des, mit dessen Bearbeitung beauftragten Rates oder Assessors beschäftigt, und zwar so lange, bis sie von

letzterem zur selbständigen Bearbeitung desselben für befähigt erachtet wurden. Die Dauer der Beschäftigung in dem einzelnen Verwaltungszweige hing hiernach wesentlich von unserem Fleiße ab; aber die Dauer unserer gesamten Tätigkeit bei der Regierung war nicht bloß von unserem Fleiße, sondern auch von der Möglichkeit abhängig, stets Beschäftigung zu finden, und diese Möglichkeit war keineswegs immer vorhanden, weil in der Regel nur ein Referendarius in einem Verwaltungszweige Arbeit finden konnte, weil die Anzahl der Arbeit suchenden Referendarien diejenige der unbesetzten Verwaltungszweige in der Regel überstieg, und weil mit Recht darauf gehalten wurde, daß wir nicht in mehr als einer Regierungsabteilung gleichzeitig arbeiteten. Es galt daher aufzupassen, an welcher Stelle Arbeit frei wurde, um durch gute Worte bei dem Abteilungsvorstande oder dem Präsidenten die Überweisung an das zuständige Regierungsmitglied zu erlangen. Ich war in dieser Richtung sehr betriebsam, und es kam mir dabei zu statten, daß mir schon in den ersten Tagen nach meiner Einführung ein günstiger Zufall einen guten Ruf verschafft hatte. Es kam in der Abteilung des Innern eine alte Kriegsentschädigungs-Sache zum Vortrag, in welcher nach der damaligen Gesetzgebung die Regierung als Gerichtshof zu entscheiden hatte. Die Sache war tatsächlich sehr verwickelt; nach langer Beratung wurde ein notwendiger Eid beliebt, es gelang aber nicht, die richtige Formel für ihn zu finden. Es war eine rein prozessualische Frage, welche mir von meiner landgerichtlichen Praxis her geläufig war, ich getraute mich aber nicht, als Neuling ein Wort zu sagen, bis ich endlich, als die Sache gar nicht vom Fleck kam, meinem Nachbarn die Lösung vernehmlich ins Ohr raunte. Der Justitiarius der Abteilung, welcher auf Kohlen saß, hatte etwas davon gehört und fragte mich, ob ich einen Vorschlag zu machen hätte. Nun konnte ich mit meiner Formel hervorkommen. Ihre Richtigkeit war augenfällig, sie wurde ohne weitere Beratung angenommen, und ich ging sehr befriedigt nach Hause.

Ich wurde der Abteilung des Innern überwiesen und zunächst in der Gewerbeverwaltung unter Leitung des Geheimen Regierungsrats Grafen Henckel von Donnersmarck aus der Tarnowitz-Neudecker Linie beschäftigt. Er war ein Mann von vielseitigen Kenntnissen, Mitarbeiter an der Ersch-Gruberschen Encyklopädie, Spezialist in allen Neuschateler Verhältnissen; seit dem Tode seiner Frau lebte er als Einsiedler. In früheren Jahren hatte er sich wiederholt bemüht, eine

Abänderung der abgelebtesten Bestimmungen der altsächsischen Gewerbegesetzgebung in die Wege zu leiten, nachdem aber die entsprechenden Anträge der Regierung von dem Ministerium stets dahin beantwortet waren, daß „der Vorabend einer neuen allgemeinen Gewerbegesetzgebung" nicht der geeignete Zeitpunkt sei, um einzelne Änderungen in den bestehenden Vorschriften vorzunehmen, gewährte es ihm ein schadenfrohes Vergnügen, diese Vorschriften in voller Strenge rücksichtslos zur Anwendung zu bringen. Ich half ihm dabei und entschied die zahlreichen Zunftprozesse mit allem formell-juristischen Scharfsinn, der mir zu Gebote stand. Daß ich die Zunftverfassung gründlich kennen lernte, war der einzige Gewinn meiner Beschäftigung in der Gewerbeverwaltung, denn zum Studium gewerblichen Lebens bot der Bezirk damals keine Gelegenheit. Die Braunkohle, auf deren Verwertung heute eine blühende Industrie beruht, war damals nur als Brennmaterial bekannt, die Zuckerrübe, deren Verarbeitung heute die Grundlage einer nicht minder großartigen Industrie bildet, wurde damals noch nicht angebaut, der Reichtum des Bezirks an plastischem Ton, heute von zahlreichen Fabriken ausgebeutet, wurde damals nur für die Zwecke der Königlichen Porzellanmanufaktur zu Berlin in Anspruch genommen, und die heute zahlreichen Maschinenbauanstalten hätten damals keinen Absatz gefunden. Die Kupfergewinnung in der Grafschaft Mansfeld und die Salzgewinnung in Halle, Dürrenberg, Teuditz und Kötzschau gehörten zum Ressort der Bergverwaltung. Die einzigen in den Geschäftskreis der Regierung fallenden Großbetriebe waren die Webereien und Druckereien in Eilenburg und Zeitz, und diese lernte ich nicht kennen, weil sie einer Einwirkung der Verwaltung nicht bedurften.

Schon während meiner Beschäftigung in der Gewerbeverwaltung hatte ich das Bedürfnis empfunden, systematische Zusammenstellungen der in den Akten enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über einzelne Materien, Schankwesen, Mühlenanlagen und dergleichen, für mich anzufertigen. Als ich von der Gewerbeverwaltung zur Verwaltung der allgemeinen Polizei überging, wurde die Anlegung solcher Aktenauszüge zu einer unabweislichen Notwendigkeit. Brauchbare Kompilationen, wie sie von Rönne, Simon und andere später herausgaben, waren damals nicht vorhanden, und auf dem weiten Gebiete der Sicherheits- und Ordnungspolizei war die Menge der zu beachtenden Ministerial-Verfügungen und Regierungs-Verordnungen so groß, daß der einzelne Fall nur an der Hand einer Übersicht über

die Gesamtheit der einschlagenden Vorschriften mit Sicherheit zu entscheiden war. Der Regierungsrat von L'Estocq, welcher diesen Geschäftszweig mit entschiedenem Talent, streng büreaukratisch, bearbeitete, wurde mir dadurch besonders förderlich, daß er als tüchtiger Jurist, stets auf die, mitunter fernliegenden gesetzlichen Grundlagen der administrativen Vorschriften hinwies und mich daran gewöhnte, die letzteren auf ihre Gesetzmäßigkeit zu prüfen. In seinem Geschäftszweige blieb ich länger als ein halbes Jahr, weit länger, als sonst üblich war, weil mir eine, demselben angehörende große und interessante Arbeit übertragen wurde. Nach der Trennung und Vermögensteilung der bei Sachsen verbliebenen und der an Preußen übergegangenen Straf-, Irren-, Armen- und Arbeitsanstalten hatte Preußen für die zu den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt gehörenden früher sächsischen Landesteile eine Korrektions-, Landarmen- und Irrenanstalt in dem, durch die Aufhebung oder Verlegung der sächsischen Behörden verfügbar gewordenen, vormals herzoglichen Schlosse zu Zeitz eingerichtet. Dieser Anstalt wurden später die altpreußischen Teile des Bezirks angeschlossen, auch wurde eine Erziehungsanstalt für verwahrloste Kinder mit derselben verbunden. Der Landtagsabschied von 1838 genehmigte die Errichtung einer Irrenanstalt für die ganze Provinz in der Nähe von Halle, und die Regierung erhielt den Auftrag, für die Zeitzer Anstalt, mit Rücksicht auf das bevorstehende Ausscheiden der Irren, ein Reglement zu entwerfen und einen neuen Etat und Einrichtungsplan vorzulegen. In der Tat handelte es sich bei diesem Auftrage um eine völlig neue Gestaltung der bestehenden Vorschriften, und zwar nicht nur in formaler, sondern vielfach auch in materieller Beziehung. Es konnte als Beweis besonderen Vertrauens gelten, daß diese Arbeit mir, einem erst vor vier Monaten eingetretenen Referendarius, übertragen wurde, und ich gab mir Mühe, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Im Februar 1840 entwarf ich eine Denkschrift, welche die bestehenden, in sehr zahlreichen Einzelverfügungen zerstreuten Vorschriften zusammenstellte und die mir notwendig erscheinenden materiellen Änderungen bezeichnete. Dieselbe wurde im April in einer Konferenz unter Vorsitz des Präsidenten und Teilnahme des Direktors der Zeitzer Anstalt beraten; in demselben Monat vollendete ich das neue Reglement. Im Mai ging ich mit Herrn von L'Estocq auf ein paar Tage nach Zeitz, um die aus den Akten geschöpfte Kenntnis durch die Anschauungen an Ort und Stelle zu ergänzen, und im Juni vollendete ich den sehr ausführlichen Bericht,

welcher über das Reglement und die Etats- und Einrichtungsfragen zu erstatten war.

Die Polizeiverwaltung ließ mir Zeit, den Geschäftsbereich des Justitiarius, namentlich die Vorflutsangelegenheiten, nach dessen Erledigung die nicht technischen Bausachen und die Wegepolizeisachen, endlich in der geistlichen und Schulabteilung die Vermögens- und Bauangelegenheiten der geistlichen Institute zu bearbeiten. Zuletzt war ich noch in der Verwaltung der städtischen Gemeinden beschäftigt, unter Leitung des Regierungsassessors Bendemann, später mein Kollege im Handelsministerium, im Jahre 1884 als Geheimer Oberbergrat verstorben. Auch in dieser Verwaltung fiel mir eine größere selbständige Arbeit zu: die Entwerfung des Regulativs für eine in Halle einzuführende Kommunaleinkommensteuer. Bendemann scherzte viele Jahre später mit mir darüber, daß er mein Konzept zurückbehalten und aufbewahrt habe, um mir dasselbe zu überreichen, wenn ich Minister geworden sein würde. Bis zum Herbst erledigte ich die beiden letzten, der Verwaltung des Innern angehörenden Geschäftszweige: die ländlichen Gemeindeangelegenheiten und die Armen-, Heimats-, Stiftungs- und Militärsachen. Der Rat, welcher diese Sachen bearbeitete, wendete sein Interesse vorzugsweise dem Militärdepartement zu; wenig veranlagt für gründliches Aktenstudium und mit einem guten Gedächtnis nicht begabt, litt er schwer durch zwei noch aus dem vorigen Jahrhundert herrührende, nicht unbedeutende Stiftungen, weil er bei jeder eine derselben berührenden Frage eine große Anzahl von Aktenbänden wenigstens zu durchblättern hatte. Während meiner Beschäftigung bei ihm richtete er an mich die Bitte, ob ich nicht wenigstens über eine von beiden eine Denkschrift verfassen wollte, wie ich solche über die Zeitzer Anstalt angefertigt hätte. Ich erwarb mir in ihm einen begeisterten Lobredner, indem ich seiner Bitte, und zwar für beide Stiftungen, entsprach; ich hatte in der Ausarbeitung systematischer Aktenauszüge eine solche Fertigkeit erlangt, daß mir diese Gefälligkeit nicht viel kostete.

Herbst und Winter waren den Geschäftszweigen der Finanzabteilung: Verwaltung der Domänen, Grund- und Klassensteuer, Gewerbesteuer und Justitiariat gewidmet. Von der eigentlich landwirtschaftlichen Seite der Domänenverwaltung konnte ich nichts lernen, weil eine neue Veranschlagung, welche allein dazu hätte Gelegenheit geben können, nicht in die Zeit meiner Beschäftigung fiel. Es handelte sich daher nur um die Verwaltung der, aus verschiedenen Rechtstiteln

und unter verschiedenen Namen dem Fiskus zustehenden, seitdem abgelösten Reallasten und um die Verhältnisse, welche aus den, mit den Domänenpächtern abgeschlossenen Verträgen entsprangen. Äußerst unerquicklich war die Beschäftigung mit der altsächsischen Grundsteuer. Beinahe jede einzelne Frage erforderte zu ihrer Lösung ein mühsames Studium, und von diesem Studium blieb wenig mehr zurück, als die auf minder mühsamem Wege erreichbare Bekanntschaft mit der in den reichsunmittelbaren Territorien unter Mitwirkung der alten Landstände erfolgten Einführung und Entwicklung der Grundsteuer und die sehr schnell gewonnene Überzeugung, daß eine neue Veranlagung der Steuer dringend nötig sei. Mir fehlte der Humor meines Kollegen Aster, welcher es verstand, die Dürre dieser Arbeit dadurch zu beleben, daß er die „gangbaren", „moderierten", dekrementen", „kaduken" und „fehlenden Schocke", sowie die „ordinären" und die „extraordinären" „Quatember" personifizierte und gegeneinander, wie gegen den Grundsteuerdezernenten ins Feld führte. Interessant war die Beschäftigung im Justitiariat, welches bei dem schon erwähnten Regierungsassessor Niemann in sehr tüchtigen Händen war. Die Prozesse, welche ich zu bearbeiten hatte, führten auf historische Entwicklungen, die ich mit Vorliebe verfolgte, und die der Anlaß zu ein paar größeren Arbeiten wurden. Es war der letzte Geschäftszweig, welchen ich zu bearbeiten hatte; am 30. April 1841 war ich mit ihm zu Ende, und einige Tage später konnte ich mich, unter Vorlegung schmeichelhafter Zeugnisse des Grafen Arnim und der Regierungsmitglieder, unter welchen ich gearbeitet hatte, bei der Ober-Examinationskommission in Berlin zur Assessorprüfung melden.

Zu den Abteilungsvorständen und beinahe sämtlichen Mitgliedern der Regierung hatte ich in den besten persönlichen Beziehungen gestanden. Fast ohne Ausnahme waren sie mir gewogen, und zwar nicht am wenigsten deshalb, weil ich sie in den Sitzungen nicht langweilte. Ich gab mir die Mühe, das, was ich in der Sitzung zum Vortrag zu bringen hatte, kurz, klar und elegant vorzutragen; die keineswegs sehr verbreitete Kunst, stets eine bestimmte Meinung zu haben, hatte ich in Halle bei Herrn Koch gelernt. So wurde ich gern angehört. Außer der Gewandtheit im mündlichen Vortrage brachte ich aus den Sitzungen der Regierung eine Gewohnheit mit, welche ich, so häufig und lebhaft sie von Freunden und Freundinnen getadelt ist, nicht wieder abgelegt habe, nämlich das Schnupfen. Mein Nachbar in den Sitzungen, von Uechtritz, führte eine Dose und bot mir gelegentlich

eine Prise an; ich kam in den Geschmack, und es dauerte nicht lange, so hatte auch ich mir ein Döschen zugelegt.

Die Annehmlichkeit seiner geselligen Verhältnisse verdankte Merseburg nicht zum geringsten Teile seiner Eigenschaft als Sitz eines wohlausgestatteten Domkapitels. Die in den alten Provinzen erfolgte Aufhebung der geistlichen Stifter war auf die durch den Wiener Frieden erworbenen Landesteile nicht ausgedehnt, die Domstifter in Merseburg und Naumburg sowie das Kollegiatstift in Zeitz dauerten fort, und es war vergebens gewesen, daß die Regierung in Merseburg sich in ihrer ersten Zeit bemüht hatte, die Verwendung der reichen Einkünfte dieser Institute für Kirchen- und Schulzwecke in die Wege zu leiten. Zu der Ausstattung der Domherren gehörten herrschaftliche Wohnhäuser, die sogenannten Kurien, welche von den auf ihren Gütern oder an den Orten ihrer amtlichen Tätigkeit wohnhaften Inhabern vermietet wurden und durch ihre reichlichen und stattlichen Räume eine der ersten Voraussetzungen für eine angenehme Geselligkeit darboten. Auch hatten zu der Zeit, als eine sächsische Nebenlinie in Merseburg residierte, manche Mitglieder des sogenannten Stiftsadels, der Großgrundbesitzer des Bezirks, sich nicht minder stattliche Wohnhäuser in der kleinen Residenz gebaut, welche unter den veränderten Verhältnissen ebenfalls vermietet wurden. So besaß die kleine Landstadt von kaum 10000 Einwohnern eine unverhältnismäßig große Menge von Wohnungen, welche für den geselligen Verkehr angelegt und zugleich zu mäßigen Mietspreisen zu haben waren. Diese Gebäude, fast sämtlich um den Dom und das angrenzende, vormals herzogliche Schloß gruppiert, in welchem der Regierungspräsident seine, für eine große Geselligkeit eingerichtete Dienstwohnung besaß, waren bewohnt von den Familien, die Gesellschaften gaben. Die Zahl dieser Familien war nicht allzu groß; ein guter Teil der Regierungsmitglieder hielt sich aus Mangel an Mitteln oder aus Neigung von der Geselligkeit zurück. Graf Arnim gab, außer einigen Diners, in jedem Winter mehrere Bälle, welche nach damaligen Begriffen glänzend ausgestattet waren, denn es wurde nicht nur Bowle, sondern auch, was von uns Tänzern hochgeschätzt wurde, vortreffliche Bouillon umhergereicht, sogar Champagner tranken wir auf einem Balle am Geburtstage der Königin, zu welchem wir, was sonst nicht üblich war, mit weißer Halsbinde zu erscheinen hatten. Noch behaglicher, als in den etwas förmlichen Präsidialgesellschaften, fühlten wir uns im Hause des Vizepräsidenten Krüger. Ihm wie seiner Frau und deren Tochter erster Ehe machte die Ge-

selligkeit wirkliches Vergnügen, und er war in der äußeren Lage, sich und anderen dies Vergnügen häufig zu bereiten. Ein kaum minder angenehmes Haus machte der Geheime Regierungsrat Schönwald; seine beiden hübschen und liebenswürdigen Töchter würden auch ohne die Gesellschaften der Eltern nie um einen Tänzer verlegen gewesen sein. Gern und häufig verkehrten wir bei dem Regierungsrat Hanewald, dessen Haus uns durch seine drei Töchter und durch seine bescheidene, aber desto freundlichere Gastlichkeit anzog. Wir feierten die Silberne Hochzeit der Eltern durch ein von der Regimentsmusik ausgeführtes Abendständchen und begaben uns in feierlichem Zuge, zwei mächtige Präzeln voran, zu dem Silberpaare, welches Aster in unserem Namen durch eine humoristische Anrede beglückwünschte. Ein anderes Mal führten wir, ich weiß nicht mehr aus welcher Veranlassung, die „Respektable Gesellschaft" von Kotzebue auf, und ich erwarb mir als Regisseur und Schauspieler die Anerkennung der Gesellschaft. Die jüngste Tochter dieses Hauses, welche unverheiratet geblieben ist, lebt noch in Merseburg, die letzte aus dem damaligen Kreise, allgemein beliebt und wegen ihrer, dem Gemeinwohl gewidmeten Tätigkeit geachtet. Der Major Freiherr von Schleinitz, etatsmäßiger Stabsoffizier des Husarenregiments, der Oberstleutnant a. D. von Häsele, und der Landgerichtsdirektor von Krähwel gaben Bälle. An Familienr welche nicht zum Tee und Tanz, aber doch zum Tee einladen ließen, fehlte es nicht: Graf Ernst von Strachwitz, Leutnant bei den 12. Husaren, seit einigen Jahren mit einer sehr hübschen und lebenslustigen Frau, geborenen von Kock, verheiratet, die verwitwete Domherrin von Trotha, deren Tochter eine der Sterne der Gesellschaft war, der Oberforstmeister von Münchhausen, in dessen Hause seine Schwiegermutter, eine Schwägerin des Fürsten Hardenberg, mit ihrer sehr liebenswürdigen Tochter lebte, und die verwitwete Gräfin von Seckendorff, welche eine verwitwete Schwiegertochter mit deren erwachsener Tochter bei sich hatte. Zwei Regierungsassessoren, der schon erwähnte Bendemann mit seiner lebhaften und klugen Frau, einem echten Berliner Kinde, und Ludwig von Holzbrinck, eben verheiratet, sahen die junge Welt öfter bei sich. Eine ganz besondere Stellung nahm endlich die verwitwete Domherrin von Bodenhausen ein. Schwester des letzten Grafen von Oberg, hatte sie in ihrer Jugend an den Höfen von Kassel und Braunschweig geglänzt und den alten Hofton unverfälscht in die neue Zeit mitgenommen. Stolz und klug, sehr wohlhabend und in einer der besten Wohnungen stattlich eingerichtet, beherrschte sie, über den

Kopf der Gräfin Arnim hinweg, die ganze Gesellschaft als souveräne Richterin in allen Fragen des gesellschaftlichen Anstands und des korrekten Benehmens. Der Spitzname, welchen sie führte: „die Dame", sprach die Anerkennung ihrer hervorragenden Stellung aus, und wir alle gaben uns Mühe, ihre gute Meinung zu gewinnen. Ihre eben erwachsene, von ihr erzogene Enkelin, Mimi von Planitz, später an den Freiherrn von der Reck auf Schloß Mansfeld verheiratet, übte auf die männliche Jugend eine große Anziehungskraft aus. Dieser einheimischen Gesellschaft traten gelegentlich auswärtige Elemente hinzu. Der Kammerherr von Helldorf-Bedra, dessen schöne Frau eine Schwester der Gräfin Arnim war, wurde durch die verwandtschaftlichen Beziehungen nach Merseburg gezogen; der Graf von Hohenthal-Dölkau, ganz in der Nähe von Merseburg angesessen, folgte seiner, damals auf der Höhe der Lebenslust stehenden Frau. Während des im März und April 1841 versammelten Provinziallandtages erhielt die Gesellschaft einen reichen Zuwachs; für uns waren drei junge Damen von besonderem Interesse, welche ihre Väter begleitet hatten: Anna von der Asseburg, jetzt Gräfin von Fabrice, und zwei Fräulein von Burkersrode aus Burg-Oerner, welche durch den Reiz ihrer Erscheinung alle unsere guten Freundinnen überstrahlten. Auch im Sommer brach der gesellige Verkehr nicht ab; man traf sich zum Kaffee oder zum Abendessen in ländlichen Wirtschaften der Umgegend, man fuhr nach Lauchstädt zum Mittagessen im Kursaal, oder fuhr nach Tisch zum Theater, wo wir während des Sommers 1840 Karoline Bauer, die Freundin des Königs von Belgien, sahen und nach der Vorstellung durch Ständchen feierten; es wurden Partien nach Halle gemacht, zu welchen in demselben Sommer eine Gemäldeausstellung den Anlaß gab. Visiten am Vormittag oder zum Tee gingen nebenher. Wir waren so oft und viel als tunlich beisammen und erfreuten uns der Vorzüge einer eng begrenzten, ununterbrochen sich wiederfindenden Gesellschaft, in welcher jeder den anderen ohne viel Worte versteht, in welcher jeder kleine Roman mit verständnisinnigen Blicken begleitet wird, in welcher jeder sich bemüht, liebenswürdig zu sein, und für wirkliche Bosheiten kein Boden ist. Es war ein Glücksfall, daß gerade damals eine Anzahl hübscher und angenehmer junger Mädchen von ungefähr gleichem Alter und eine Anzahl junger Männer zusammentrafen, welche gut erzogen waren und unter sich harmonierten; ein paar Jahre später war alles anders geworden.

Gegen Ende meines ersten Winters beschlossen die unbeweibten Mitglieder der Gesellschaft, die in den Familien genossene Gastfreundlichkeit durch einen glänzenden Ball zu erwidern. Der Regimentskommandeur von Borcke, der unverheiratet, und der Oberregierungsrat Nobbe, der Witwer war, luden „im Auftrage" ein. Der Saal der Ressource war reich dekoriert, die Gesellschaft erschien im höchsten Schmuck, und das Fest verlief, wie bei solchen Unternehmungen der Garçons üblich ist, zur allgemeinsten Befriedigung. Der Kotillon war um 3 Uhr zu Ende, aber ein Teil der Festgeber blieb noch bei den ansehnlichen Resten der Bowle zusammen. Nach und nach verlor sich der eine und der andere, zuletzt waren mit mir noch Graf Goltz, von Bardeleben und Graf Salisch, aus einer jetzt ausgestorbenen Familie, Leutnant bei den 12. Husaren, übrig; da die Bowle ausgetrunken war, griffen wir zum Champagner und schlossen mit dem Kaffee. Ich schämte mich doch etwas, als ich morgens 8 Uhr auf dem Wege nach meiner Wohnung den Leuten begegnete, die am Sonntag zur Kirche gingen.

Der Dienst und die Gesellschaft ließen Zeit genug für Vergnügungen im engeren Kreise. Nach dem Mittagessen, welches um 1 Uhr stattfand, pflegte die Tischgesellschaft nach einem eine halbe Stunde entfernten Kaffeehause, dem „Frosch", zu wandern, wo bei gutem Wetter gekegelt, bei schlechtem Domino gespielt wurde. Abends fanden wir uns häufig bei dem einen oder anderen zum Whist zusammen, welches uns nicht selten bis tief in die Nacht festhielt. Zu feierlicheren Zusammenkünften gab ein Verein Anlaß, den die Mitglieder der Tischgesellschaft gestiftet hatten. Er hatte einen doppelten Zweck. Einmal war jedes Mitglied verpflichtet, von Zeit zu Zeit einen Vortrag über ein von der Gesamtheit gegebenes Thema zu halten, sodann hatte jedes Mitglied, welches sich einen Verstoß gegen die verwickelten Vorschriften der Vereinsordnung zuschulden kommen ließ, eine Geldbuße zu entrichten, deren Ertrag, sobald er die genügende Höhe erreicht hatte, zu einer Bowle verwendet wurde. Dieser letztere Zweck drängte allmählich den ersteren in den Hintergrund und gab uns reiche Gelegenheit zur Parodierung der bureaukratischen Formen. Die Strafvorschriften strotzten von Kasuistik, die Buchführung über die Strafgelder erfolgte in der für die Regierungs-Hauptkasse vorgeschriebenen Weise, Protokolle über die Sitzungen des Vereins wurden im schönsten Kurialstil aufgenommen, und es gab Veranlassung zu einem sehr ernsten Untersuchungsverfahren, als ein

Mitglied in einer Eingabe an den Verein den Submissionsstrich weggelassen hatte.

Über die praktischen Arbeiten und den persönlichen Verkehr wurden die theoretischen Studien nicht ganz vergessen. Ich hatte mir Raus „Politische Ökonomie" und Mohls „Polizeiwissenschaft" angeschafft und stellte die theoretischen Ergebnisse dieser Werke den Normen gegenüber, nach welchen ich die wissenschaftlich behandelten Materien praktisch zu behandeln hatte. Adam Smiths „Wealth of nations", schon von der Universität mir bekannt, las ich von neuem. Lists „Nationales System der Politischen Ökonomie" stieß mich nicht ab, weil es mehr, als die Werke von Smith und Say, auf die vorhandenen tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht nahm. Osianders „Handelsverkehr der Völker", welches mir zufällig in die Hände kam, eröffnete mir den ersten Blick auf ein weites Gebiet, in welchem ich später ziemlich heimisch geworden bin.

Ich war zum Pfingstfest 1840 nach Halle gefahren und wohnte am sonnigen Morgen des zweiten Feiertags einem Gartenkonzerte bei, als die Nachricht von dem Tode Friedrich Wilhelms III. eintraf. Daß dieser Tod als ein Verlust schmerzlich empfunden wäre, kann ich nicht sagen. Der König hatte es nie geliebt, mit seiner Person hervorzutreten, seit einer Reihe von Jahren lebte er völlig zurückgezogen, man hörte nur von ihm, wenn er eine seiner regelmäßig wiederkehrenden Reisen antrat oder beendete, sehr wenige hatten ihn auch nur gesehen, für einen großen Teil der Bewohner des Bezirks war er nicht der angestammte Landesherr. Desto lebhafter waren die Empfindungen, mit welchen sein Nachfolger empfangen wurde. Ihn kannte jeder, wenn nicht von Angesicht zu Angesicht, so doch seine Worte und Handlungen, die, mündlich erzählt oder durch die Tagespresse mitgeteilt, das bedeutende Bild einer lebendigen, liebenswürdigen und geistreichen Persönlichkeit hervortreten ließen. Diese Persönlichkeit war es, welcher er seine große Popularität in der ersten Zeit seiner Regierung verdankte. Von dem Menschen, der zahllosen anderen Menschen nahe trat, der sich gab wie er war, der aussprach, was er im Augenblick empfand, ging eine bezaubernde Wirkung aus. Die alten Göttinger Hofräte, welche für den König von Preußen nichts übrig hatten, sprachen, wie mir meine Schwester schrieb, mit Tränen im Auge von den Reden Friedrich Wilhelms IV., und mein Onkel, welcher Ende Juni nach Berlin gereist und vom Könige empfangen war, kam zurück, hingerissen von der Gefühlswärme, mit

welcher der hohe Herr sich über sein Verhältnis zu seinem Vater ausgesprochen hatte. Die Hoffnung auf politische Veränderungen wurde, und zwar von den verschiedensten Richtungen her, an seine Thronbesteigung geknüpft. Daß die Regierung bureaukratisch versumpft, daß ihre Befreiung aus diesem Sumpfe notwendig, und daß der neue König der rechte Mann sei, um diese Befreiung auszuführen, war die allgemeine Überzeugung. Welchen Weg er dabei einschlagen werde, war die große Frage des Tages. Das Interesse, welches er der ständischen Gliederung als Grundlage des Staatswesens zuwendete, war aus seiner tätigen Teilnahme an der provinzialständischen Gesetzgebung bekannt, nicht minder bekannt war seine streng kirchliche Richtung; die Männer, welchen er bisher vorzugsweise sein Vertrauen geschenkt hatte, galten als grundsätzliche Gegner des modernen Staats. Indessen schien eine Reihe von Regierungshandlungen aus den ersten Monaten nach seiner Thronbesteigung eine andere Tendenz zu verraten. Der als freisinnig bekannte General von Boyen wurde in den Staatsrat ernannt, Ernst Moritz Arndt wurde in seine Professur wieder eingesetzt, die Brüder Grimm wurden nach Berlin berufen, Eichhorn, als Freund Schleiermachers und Gegner Metternichs bekannt, erhielt das Kultusministerium, die wegen demagogischer Umtriebe Verurteilten wurden amnestiert. Auf diese Handlungen wurde hingewiesen, um die Ansicht zu unterstützen, daß aus der Haltung des Thronerben nicht ohne weiteres auf die Haltung des Königs zu schließen, und daß der König viel zu geistreich sei, um die Bahnen des „Politischen Wochenblatts" und der „Evangelischen Kirchenzeitung" zu wandeln. Hochfliegende Erwartungen wurden freilich schon im September durch den Landtagsabschied an die preußischen Stände und mehr noch im Oktober, zuerst durch eine an den Minister des Innern erlassene Kabinettsorder, sodann durch die Rede bei der Huldigung, niedergeschlagen; aber noch blieb die Zuversicht unerschüttert, daß große Gesichtspunkte und ein frisches Leben in die Regierung des Landes einziehen würden.

Ich schreibe keine Zeitgeschichte, aber die zu erwartenden Folgen des Regierungswechsels waren in den Kreisen, in welchen ich lebte, monatelang die Tagesfrage. Ein Teil meines hallischen Kreises, Röpell an der Spitze, verlangte entschiedenen Übergang zur konstitutionellen Monarchie, freilich ohne Klarheit über die Art und Weise eines solchen Überganges, und trat, als der König jede moderne Verfassung ablehnte, in die Opposition. In Merseburg waren wir bescheidener, vielleicht

weil wir, mitten in der Verwaltung stehend, den plötzlichen Übergang zu einem ganz neuen politischen System nicht verstehen konnten. Wohl aber hatten wir Jüngeren mehr oder weniger klar die Empfindung, daß recht gut verwaltet, aber sehr wenig regiert werde, und daß es hohe Zeit sei, mit dem seit den zwanziger Jahren stillstehenden Regieren wieder zu beginnen. Je länger ich in Merseburg tätig war, und je leichter es mir wurde, die an mich herantretenden Aufgaben zu lösen, um so lebhafter fühlte ich die relative Geringfügigkeit der, der Verwaltung gestellten Aufgaben, und um so mehr vermißte ich die auf neue Schöpfungen gerichtete Initiative. Ich will nicht behaupten, daß es für das Regierungskollegium unmöglich gewesen wäre, innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetzgebung eine solche Initiative hie und da zu ergreifen, aber es fehlte jeder Impuls von der Zentralstelle, und so verpuffte der Tätigkeitstrieb, wo er vorhanden war, im Reglementieren durch Amtsblattverordnungen. Das Bedürfnis, von den Verwalteten selbst zu erfahren, wie diese oder jene Anordnung gewirkt habe oder wirken werde, wurde nicht selten empfunden, aber es mangelten die Organe, deren Gutachten hätte erfordert werden können; es blieben nur die Landräte übrig, von denen keineswegs alle geeignet waren, ein unbefangenes und sachgemäßes Urteil abzugeben. Wir freuten uns daher, daß den Ende Februar 1841 zusammentretenden Provinziallandtagen Vorlagen gemacht wurden, welche durch ihre sachliche Bedeutung und eingehende Motivierung die Betretung neuer Bahnen zu verheißen schienen. Wir sahen in der Vorlage über die Bildung ständischer Ausschüsse, welche berufen sein sollten, in wichtigen Landesangelegenheiten, insbesondere wo es sich um die Interessen mehrerer oder aller Provinzen handelte, ihren Rat zu geben und ihre Mitwirkung eintreten zu lassen, den zur Grundlage weiterer Entwicklung geigneten Anfang einer wirksamen Beteiligung des ganzen Landes an der Gesetzgebung. Wir erblickten in der, dem Propositionsdekret wegen Bewilligung eines Steuererlasses beigefügten Denkschrift, durch welche wir zum ersten Male eine wirkliche Vorstellung von dem Ertrag und den Verhältnissen der verschiedenen Staats- und Geldleistungen erhielten, die Morgenröte der Öffentlichkeit in der Finanzgebarung, über welche in den alle drei Jahre veröffentlichten Staatshaushaltsetats eine Aufklärung nicht zu suchen war. Von besonderem Interesse war uns die, mit der Vorlage über Parzellierungen und neue Ansiedelungen vorgelegte Denkschrift, und es entging uns nicht, daß diese vortrefflich geschriebene Denkschrift, ein

Werk des späteren mecklenburgischen Staatsministers Grafen von Bülow, zu Forderungen führte, mit welchen die Vorlage in direktem Widerspruch stand. Mir ist sie, als Vorbild für die Art der Behandlung legislativer Vorarbeiten, von Nutzen geblieben, wie mir denn überhaupt die Verhandlungen des Landtags, welche uns durch den persönlichen Verkehr mit den Abgeordneten bekannt wurden, mancherlei Anregungen brachten.

Der Schluß des Landtags war meiner Meldung zur dritten Prüfung einige Tage vorangegangen, und es lag mir nun der Gedanke nahe, fürs erste und bis zum Eingang der Prüfungsarbeiten nach Halle zurückzukehren. Nicht bloß mein Herz zog mich dahin, sondern auch der nicht ausgesprochene, mir aber wohlbekannte Wunsch meines Onkels, welcher mich gern eine Zeitlang zum Mitarbeiter gehabt hätte. Indessen entschloß ich mich, in Merseburg zu bleiben. Zu den Vorbereitungen für die Prüfung gehörte das Studium einiger Materien, mit welchen ich bei der Regierung nicht hatte vertraut werden können, namentlich der Agrargesetzgebung und der Grundlagen der Gesetzgebung über die indirekten Steuern, und dieses Studium wurde mir in Merseburg dadurch erleichtert, daß ich es in Gemeinschaft mit einem paar, in gleicher Lage wie ich sich befindenden Kollegen treiben konnte. Entscheidender war noch eine andere Rücksicht. Der Bau einer großen Strafanstalt in Halle ging seiner Vollendung entgegen, und es lag der Regierung als Aufsichtsbehörde ob, die zur Eröffnung derselben nötigen sachlichen und persönlichen Einrichtungen zu treffen oder vorzubereiten. In Erinnerung an meine Arbeiten für die verwandte Anstalt in Zeitz wurde gewünscht, daß ich Herrn von L'Estocq auch bei der Bearbeitung dieser Einrichtungen an die Hand gehen möge, und ich war gern bereit, diesem Wunsche zu entsprechen, nicht bloß weil sie mich interessierte, sondern auch und hauptsächlich, weil ich in meiner Beteiligung an derselben ein Mittel erblickte, meinem Vetter Ernst die für seine ganze Zukunft wichtige Anstellung als Arzt bei der neuen Anstalt zu verschaffen. Er war, wie der Erfolg gezeigt hat, für diese Stelle vorzüglich geeignet, es lagen aber Bewerbungen nicht minder geeigneter älterer Ärzte vor, und es wäre deshalb seiner Bewerbung vielleicht nicht entsprochen worden, wenn ich nicht an Ort und Stelle gewesen wäre und im entscheidenden Augenblick das Wohlwollen, dessen ich mich erfreute, zu seinen Gunsten hätte in Anspruch nehmen können.

Unterdessen war der Kreis meiner näheren Bekannten immer

kleiner geworden. Graf Goltz, von Bardeleben, Aster, von Jagow waren zur Vollendung ihrer Vorbereitung für die dritte Prüfung nach Berlin gewandert; meine Mittagsgesellschaft war so sehr zusammengeschmolzen, daß ich meine Mahlzeiten vom „Arm" nach der „Sonne" verlegte. Von Woche zu Woche harrte ich auf den Empfang der drei Aufgaben für meine schriftlichen Prüfungsarbeiten. Endlich, am 17. August, kamen sie an. Mit lebhafter Spannung las ich folgende Aufgaben:

„Wie lassen sich die drei verschiedenen Ansichten von der Begründung der obrigkeitlichen Gewalt, nämlich: das Recht des Stärkeren, das göttliche Recht und der gesellschaftliche Vertrag auf dem Wege der Spekulation miteinander aussöhnen und vereinigen?"

„Würdigung der entgegengesetzten Ansichten, welche Hoffmann in seiner Lehre von den Steuern und Koppe in seiner neuesten Schrift: ‚Über die Erzeugung des Rübenzuckers' über den Erfolg der weiteren Ausdehnung der Rübenzuckererzeugung in nationalökonomischer Beziehung aussprechen."

„Worin besteht das Wesen des Brief- (oder Post-)Geheimnisses, und wie verhält es sich zum Beichtgeheimnis? Wie weit ist der Staat verpflichtet, beide zu respektieren, und wie entsprechen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dieser Verpflichtung?"

Der erste Blick auf diese Aufgaben zeigte, daß für keine derselben aus den Akten der Regierung etwas zu gewinnen war. Nur die Arbeiten für die hallische Strafanstalt konnten mich daher noch in Merseburg festhalten, und ihr baldiger Abschluß wurde notwendig, denn ich mußte am 1. Oktober den Militärdienst beginnen, durfte also nicht später als in der zweiten Hälfte des September in Berlin eintreffen. Ich habe früher erwähnt, daß ich für den Eintritt in diesen Dienst bis zum Jahre 1840 zurückgestellt war; ich hatte noch einen weiteren Ausstand nachgesucht und erhalten, weil ich die Ableistung des Dienstjahres in Merseburg teils wegen der Kostspieligkeit des Kavalleriedienstes, teils wegen der gesellschaftlichen Unbequemlichkeiten vermeiden wollte, welche von einem Subordinationsverhältnis zu den mit uns als Kameraden verkehrenden Offizieren unzertrennlich gewesen wären. Der gewährte Ausstand ging zu Ende, und es blieb mir nun nichts übrig, als die Verbindung des Dienstjahres mit der dritten Prüfung. So fing ich denn an, mein Bündel zu schnüren. Zu dieser

Schnürarbeit gehörte die Anfertigung zahlreicher Ausschnitte aus zwei Jahrgängen der „Augsburger Allgemeinen Zeitung". Gemeinschaftlich mit mehreren Bekannten hatte ich dieses Blatt gehalten, und da ich die Verpflichtung übernahm, die einzelnen Nummern, so wie sie eingingen, zu heften und kuvertiert bei den übrigen Teilnehmern in Umlauf zu setzen, so erhielt ich als Entgelt das Eigentum an dem Blatt. Große Stöße hatten sich bei mir aufgesammelt, und ich verwendete manche Stunden dazu, dasjenige auszuschneiden und nach dem Inhalt zu ordnen, was mir, namentlich an statistischen Mitteilungen, von bleibendem Werte zu sein schien. Ich erwähne diese Kleinigkeit, weil mir ein paar Jahre später die Ausschnitte von großem Nutzen geworden sind.

Am 17. September 1841 verließ ich Merseburg und fuhr nach kurzem Aufenthalt in Halle auf der eben eröffneten Berlin-Anhaltischen Eisenbahn nach Berlin. Es war meine erste Eisenbahnfahrt, und es war sehr natürlich, daß ich den Kontrast zwischen ihr und meiner letzten Postwagenfahrt nach Berlin mit Behagen empfand. Lebhafter noch fühlte ich einen anderen Kontrast: den zwischen dem Menschen von damals und dem Menschen von jetzt. Damals war ich unklar über mich selbst, unbefriedigt von den Ergebnissen meiner Studienzeit, eben genesen von einer ernsten Krankheit, unzufrieden mit mir und undankbar gegen meine Umgebung. Der Rückblick auf die letzten Jahre war unerquicklich, der Ausblick in die Zukunft verschwommen. Jetzt wußte ich, was ich vermochte, meine dienstlichen Leistungen hatten sich volle Anerkennung erworben, meine Gesundheit ließ nichts zu wünschen übrig, ich war zufrieden mit mir und erkannte die Liebe und Freundlichkeit, deren ich mich in Halle und Merseburg in reichem Maße zu erfreuen gehabt hatte, mit dankbarem Herzen an. Mit Befriedigung konnte ich auf die in beiden Orten verlebte Zeit zurückblicken; noch heute lebt diese Zeit als eine der glücklichsten meines Lebens in meiner Erinnerung. Sie war erfüllt von rastloser und erfolgreicher Arbeit an meiner allgemeinen und beruflichen Ausbildung, und diese Arbeit war erfrischt und gehoben durch die anmutigsten persönlichen Beziehungen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Vor mir hatte ich feste Ziele, ich wußte sehr wohl, daß ich noch viel zu lernen, viele Schwierigkeiten zu überwinden haben würde, aber aus der Vergangenheit schöpfte ich die Zuversicht, daß ich die Aufgaben lösen würde, welche mir für Lernen und Leben die Zukunft stellen konnte. So fuhr

ich frohen Herzens in Berlin ein, nicht ahnend, daß ich es nicht wieder verlassen sollte.

Ich nahm zunächst mein Absteigequartier bei meinem Freunde von Bardeleben, drei Treppen hoch in einem Hause der Behrenstraße, an dessen Stelle der Prachtbau von Siechen getreten ist, und bezog dann eine bescheidene Wohnung, aus einem Zimmer mit Alkoven bestehend, in einem längst verschwundenen, kleinen einstöckigen Hause der Französischen Straße. Meine Wirtin, eine jüdische Schneiderin, welche den ersten Stock inne hatte, sorgte für guten Kaffee und Tee. Das Erdgeschoß wurde von einer Familie bewohnt, welche sich einer großstädtischen Vielseitigkeit des Erwerbes rühmen konnte. Der Vater und der Sohn waren Droschkenkutscher, die Mutter hatte sogenannte Ziehkinder, die Tochter war Händlerin mit Theaterbilletts. In dieser Eigenschaft trat sie mit mir in eine Geschäftsverbindung, welche eine Reihe von Jahren gedauert hat; ich konnte sicher sein, zu jeder, auch noch so gesuchten Vorstellung Billetts zu leidlichen Preisen von ihr zu erhalten.

Meine erste Sorge war die Ordnung meines Militärverhältnisses. Ich wählte die Artillerie, weil der Dienst bei dieser Waffe für weniger zeitraubend galt als bei der Infanterie, weil die Kaserne am Kupfergraben bequem gelegen war, und weil ich auf das Wohlwollen des Kommandeurs der damaligen Garde-Artillerie-Brigade, Obersten von Erhardt, eines Onkels von Bardeleben, rechnen konnte. Ich wurde der 12. Kompagnie überwiesen und deren Chef, Hauptmann von Gerschow, besonders empfohlen; der Abteilungs-Kommandeur, Major Thiele, war mit meinem Vater bekannt gewesen, und so war mir alle tunliche Rücksicht gesichert, namentlich da ich auf Befragen sofort erklärte, daß ich nicht die Absicht hätte, das zu jener Zeit noch nicht obligatorische Offiziersexamen zu machen. Gelegentliche Weinsendungen an den Feldwebel und freies Bier für den Unteroffizier verfehlten auch nicht ihre Wirkung. Es wurde damals gewünscht, daß die Freiwilligen die Uniform nicht außer dem Dienste tragen möchten, ich ließ deshalb meine Uniformstücke in der Kaserne bei dem Putzkameraden, einem Gerber aus Brieg, namens Knothe, dem aufmerksamsten und gefälligsten Menschen, und machte jedesmal vor und nach dem Dienste dort Toilette. Leicht wurde mir der Dienst nicht. Ich denke dabei nicht an körperliche Anstrengungen, obgleich das Hantieren an den Geschützen in dem tiefen Sande des Exerzier-

platzes kein Vergnügen war, auch nicht an die torturartige Wirkung, welche der bei feierlichen Gelegenheiten zu tragende „dekorierte Schako" auf den Kopf ausübte, sondern an den täglich wiederkehrenden Verlust an Zeit. Ich stand in dem Alter, in welchem man gelernt hat, was die Zeit wert ist, und ich wurde den quälenden Gedanken nicht los, daß die vielen Stunden, welche ich auf dem Kasernenhofe, auf dem Exerzierplatze und in Tegel auf dem Schießplatze zubrachte, ein reiner Verlust für mein Leben und kein Gewinn für die Wehrhaftigkeit Preußens seien. Damals hatte die Erfahrung noch nicht gelehrt, welchen Wert im Kriege die Freiwilligen und die aus den Freiwilligen hervorgegangenen Offiziere haben, und es ist daher erklärlich, daß ich nicht in dem Interesse des Heeres, sondern allein in der abstrakten Gleichheit vor dem Gesetz die Rechtfertigung für ein System erkannte, welches den Loskauf der zum einjährigen Dienst Berechtigten nicht zuließ. Meine Dienstzeit dauerte elf Monate, in deren Mitte ich zum Bombardier befördert wurde, und sie erschöpfte meine militärischen Leistungen, denn an einer Landwehrübung habe ich niemals teilgenommen.

Die Langeweile des Dienstes machte die Arbeit für die Prüfung zu einem Genuß; mit Freude kehrte ich von dem Sechspfünder zu den Büchern zurück. Und in Büchern hatte ich anhaltend zu studieren. Von den Aufgaben für meine schriftlichen Prüfungsarbeiten waren die erste und dritte rechtsphilosophischer Natur; mit rechtsphilosophischen Studien, welche ich bisher nicht getrieben hatte, mußte ich beginnen. Ich machte daher Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts" zum Gegenstande des Studiums, und es gelang mir, nicht ohne harte Anstrengung, mir die Grundzüge des Systems anzueignen. Die Lösung der dritten Aufgabe — Briefgeheimnis und Beichtgeheimnis —, für welche es darauf ankam, das Recht des Staats gegenüber dem Willen des Einzelnen und die Grenze zwischen staatlicher Gewalt und kirchlicher Forderung aus den Begriffen von Staat und Kirche herzuleiten, bot nun keine Schwierigkeit dar; die Arbeit war im November vollendet. Die erste Aufgabe erforderte weitere Studien. Ich hatte keinen Zweifel darüber, daß von den drei Ansichten über die Begründung der obrigkeitlichen Gewalt, von welchen sie sprach, die Begründung durch das Recht des Stärkeren in Hallers „Restauration der Staatswissenschaft", die Begründung durch den gesellschaftlichen Vertrag in Rousseaus „Contrat social" seine Vertretung habe, und es waren mir beide Werke nicht fremd. Als Ver-

treter der Begründung durch das göttliche Recht glaubte ich Stahl in seiner damals noch nicht ganz vollendeten „Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Ansicht" betrachten zu müssen. Mit diesem mir nur aus Besprechungen in der Presse bekannt gewordenen Werke mußte ich mich eingehend beschäftigen; zwei in den Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik erschienene Rezensionen leisteten mir dabei gute Dienste. Ich suchte nachzuweisen, daß Haller mit seinem Systeme nicht über das Gebiet des abstrakten Rechts hinauskomme, daß Stahl das seinige auf der Subjektivität des frommen Bewußtseins aufbaue, also eine feste Basis für den Staat nicht finde, und daß Rousseau zwar die Vermittelung des abstrakten Rechts mit dem subjektiven Bewußtsein versuche, aber nur zu einem Not- und Verstandesstaat gelange. Ich suchte die Versöhnung und Vereinigung dieser Systeme in der Zusammenfassung der in denselben einseitig hervortretenden Momente, indem die Erblichkeit der obrigkeitlichen Gewalt dem abstrakten Recht angehört, die Ausübung derselben aber keine bloße Befugnis, sondern eine sittliche Notwendigkeit ist, welche zwar ihr eigentliches Wesen in der subjektiven Entschließung hat, dabei jedoch in der Idee des Staats ihre Norm findet, welche ferner den allgemeinen Willen ausdrücken soll, aber nur insoweit derselbe als das an und für sich Vernünftige, nicht als etwas aus dem Willen der Einzelnen Hervorgegangenes gefaßt wird. Diese mühevolle Arbeit wurde erst im März 1842 abgeschlossen; während ich mit ihr beschäftigt war, begann und vollendete ich die zweite, den Rübenzucker betreffende Aufgabe, denn ich fühlte das Bedürfnis, eine Unterbrechung in die philosophischen Abstraktionen zu bringen. Ich mochte die in dieser Aufgabe gestellte Frage, bei deren Bearbeitung mir meine Zeitungsausschnitte gute Dienste leisteten, nicht einfach auf dem Boden der Schule Adam Smiths behandeln und zog deshalb Lists „Nationales System" mit herbei. Auch vom Standpunkt dieser Lehre aus kam ich dahin, den volkswirtschaftlichen Wert der Rübenzuckererzeugung von der Frage abhängig zu machen, ob der Rübenzucker die freie Konkurrenz des Kolonialzuckers werde bestehen können. Mit meinen Merseburger Freunden, Aster, von Bardeleben und von Jagow, war ich in stetem Verkehr, wir lasen uns gegenseitig unsere Prüfungsarbeiten vor, und ich unterwarf daher auch die meinigen ihrem Urteil. Es fiel günstig aus, und nicht minder günstig war das Urteil der Ober-Examinationskommission; mein Prüfungszeugnis bezeugte, daß meine Arbeiten „ungemein befriedigt" hatten.

Ich hatte sie in der zweiten Hälfte des März eingereicht, und Mitte Mai erhielt ich die Vorladung zu der auf den 21. Juni anberaumten mündlichen Prüfung, es blieb mir daher zur Vorbereitung für die letztere ausreichende Zeit. Am schwächsten fühlte ich mich in der Domänen-Partie, und ich war daher froh, daß mir ein Aufsatz in die Hände kam, welchen das mit den Finanzsachen betraute Mitglied der Prüfungskommission, der Geheime Ober-Finanzrat Bitter, über die Grundsätze bei der Veranschlagung von Domänen als Leitfaden für einen seiner vor der Prüfung stehenden Söhne ausgearbeitet hatte. Ich prägte mir den Inhalt so gut ein, als ich Fremdling in der Landwirtschaft es vermochte. So sicher ich mich fühlte, die mündliche Prüfung zu bestehen, so konnte ich es doch nicht lassen, mir bald diese, bald jene Materie wieder zu vergegenwärtigen, wobei denn ein etwas chaotischer Zustand der Gedanken nicht ausblieb. Da war die Oper ein vortreffliches Mittel zur Sammlung der zerstreuten Gedanken. Die Hugenotten von Meyerbeer waren eben auf das Repertoire des Opernhauses gekommen und wurden beinahe jeden zweiten Abend mit der Schröder-Devrient als Valentine gegeben. Die Oper interessierte mich lebhaft, ich hörte sie jedesmal, und jedesmal ging ich mit einem von allem Prüfungsstoff befreiten Kopfe nach Hause. Die Prüfung fand in den Räumen des Staatsrats statt, im Erdgeschoß des Königlichen Schlosses nach dem Schloßplatz zu, sie wurde vorgenommen von dem Geheimen Ober-Regierungsrat Schmedding, Mitglied des Kultusministeriums, welcher zugleich die durch den Tod des Staatsrats Köhler erledigte Stelle des Vorsitzenden vertrat, einem wohlwollenden Mann von ungewöhnlicher allgemeiner Bildung, der über alles Mögliche zu fragen hatte und zu fragen verstand, von dem vorhin erwähnten Geheimen Ober-Finanzrat Bitter, von dem als rechte Hand des Ministers von Rochow bekannten, mehr durch Geist als durch Zuverlässigkeit ausgezeichneten Geheimen Ober-Regierungsrat Seiffart, welcher die allgemeine Verwaltung zum Gegenstand seiner Fragen hatte, und für das Staats- und Privatrecht von dem Geheimen Ober-Finanzrat Bornemann, dem Kommentator des Landrechts, damals Justitiarius im Finanzministerium. Herr Schmedding, welcher die Prüfung begann, gab mir Gelegenheit zu zeigen, daß ich die, bei der Untersuchung über die obrigkeitliche Gewalt angewendete philosophische Methode wirklich inne hatte; nachdem dieser Stein glücklich überstiegen war, hatte das Weitere einen

glatten Verlauf. Fünf Tage nachher war ich im Besitze des Prüfungszeugnisses, mit dessen Inhalt ich vollkommen zufrieden sein konnte. Am 9. Juli wurde ich zum Regierungsassessor ernannt. Zwischen meiner ersten und meiner dritten Prüfung hatten fünf Jahre und drei Monate gelegen.

Der Dienst und die Arbeiten hatten mich so sehr in Anspruch genommen, daß ich beinahe als Einsiedler lebte. Die wenigen persönlichen Beziehungen, welche ich anknüpfte, werden später ihre Erwähnung finden. Hier habe ich nur einige Familienereignisse nachzutragen, welche eingetreten waren, nachdem ich Halle verlassen hatte, und welche mich unmittelbar oder in ihren Folgen berührten.

Meine Tante Goeschen war im Frühjahr 1839 mit ihrer Tochter Bertha und meiner Schwester Adelheid nach Berlin gezogen. Dort verheiratete sich Bertha mit meinem alten Bekannten Philipp Buttmann, nachdem er eine Predigerstelle an der Jerusalemer Kirche erhalten hatte. Die Tante kehrte mit Adelheid nach Göttingen zurück. Da traf sie im November die Nachricht von dem Tode ihrer in Erlangen verheirateten Tochter; auf den Wunsch ihres Schwiegersohnes eilte sie zu ihm, um sich der ersten Sorge für die verwaisten Kinder zu unterziehen. Adelheid konnte ihr nicht dahin folgen, mein Onkel in Halle bot ihr eine Stätte in seinem Hause an, und ich fuhr im Dezember von Merseburg nach Eckartsberga, um sie nach Halle abzuholen. Ein Göttinger Hauderer hatte sie und die Tante nach Langensalza gebracht, wo letztere die Post für Erlangen bestieg, und sie von da nach Eckartsberga befördert; die Tante, welche nicht sehr bei Gelde gewesen war, hatte in vollster Unbefangenheit die Bezahlung des Fuhrwerks mir überlassen. Noch jetzt erinnere ich mich des Schreckens, mit welchem ich die Nachricht von dieser Anweisung auf meine Kasse hörte, denn ich war kein Krösus, am wenigsten im letzten Monat des Vierteljahrs. Glücklicherweise reichten meine Börse und ein paar Taler von Adelheids Taschengeld gerade aus, um die Anweisung zu honorieren und die Zehrungskosten der Reise zu bestreiten. Am 10. Dezember 1840 trafen wir in Halle ein, und von da an hat Adelheid das Haus des Onkels bis zu dessen Tode nicht wieder verlassen. Dem Onkel war nicht lange vorher die Freude geworden, seinen ältesten Sohn Felix angestellt und verheiratet zu sehen. Fürst Putbus hatte die langersehnte Patrimonial-Gerichtsbarkeit für seine rügenschen Besitzungen erhalten, und Felix war mit dem

Prädikat Juſtizamtmann und dem Amtsſitz in Putbus der erſte und zugleich letzte Verwalter dieſer Gerichtsbarkeit geworden. Er konnte nun nach mehr als dreijährigem Warten ſeine Braut, die Tochter eines angeſehenen Rechtsanwalts in Stettin, heimführen. Im Januar 1842 hatte der Onkel die nicht minder große Freude, daß ſeine Tochter Marie, damals achtzehn Jahre alt, ſich mit dem ſchon früher von mir genannten Dr. Litzmann verlobte.

Sechstes Kapitel.

Bei dem Beginn meines Aufenthalts in Berlin hatte ich mir klar zu machen gehabt, auf welche Weise ich mich finanziell einrichten solle. Ich war großjährig geworden und noch während meines Aufenthalts in Merseburg in den Besitz des mir aus dem Nachlaß meines Vaters zugefallenen Vermögens von rund 3000 Talern getreten. Es schien mir, daß die Förderung meiner amtlichen Laufbahn der jede andere Rücksicht beherrschende Zweck sei, und daß es deshalb richtiger sein werde, in Kreisen zu leben, von welchen ich eine solche Förderung erwarten konnte, als auf die Erhaltung dieses kleinen Kapitals bedacht zu sein. Mein bisheriger Anteil an der, von dem Kronprinzen bewilligten, von dem König Friedrich Wilhelm IV. weiter gewährten Unterstützung war mir verblieben, und wenn ich aus den Zinsen und dem Kapital meines Vermögens noch etwa 600 Taler jährlich aufwendete, konnte ich hoffen, die Lebensweise, welche ich mir vorstellte, so lange fortzusetzen, bis ich in den Genuß ausreichender Bezüge aus der Staatskasse getreten sein würde. Nach diesem Gesichtspunkte richtete ich mich ein. Solange mein Freund Bardeleben in Berlin war, hatte ich mit ihm in dem Café Belvédère zu Mittag gegessen, einem kleinen Restaurant hinter der katholischen Kirche, welches später dem von der Bodenkredit-Aktien-Bank erbauten Palast, jetzt Eigentum des Berliner Kassen-Vereins, hat weichen müssen. Nach seinem Abgange von Berlin verlegte ich mein Mittagsmahl in das Restaurant von Meinhardt, an der Ecke der Linden- und der Charlottenstraße, damals das eleganteste der Stadt. Es pflegten da einige höhere Beamte zu speisen, und ich wurde sehr bald eingeladen an ihrem Tisch teilzunehmen.

Zu den Tischgenossen gehörte der Geheime Regierungsrat

von Witzleben, später Oberpräsident von Sachsen, damals vortragender Rat bei dem Prinzen von Preußen. Er verkehrte bei dem General-Steuerdirektor Kühne, und als ihm letzterer eines Tages erzählte, er suche einen jungen Assessor als Hilfsarbeiter in seiner Abteilung, nannte er mich als einen jungen Mann, welcher soeben die Prüfung, wie es heiße, sehr gut bestanden habe. Kühne ließ sich meine Prüfungsakten kommen, und ehe ich noch meine Ernennung zum Assessor in der Tasche hatte, erhielt ich von ihm ein Billett mit der Aufforderung, ihn am folgenden Tage zu besuchen, und bei diesem Besuche das Anerbieten, zunächst auf sechs Wochen im Finanzministerium die Gewerbesteuer-Kontraventionssachen zu bearbeiten. Ich besann mich keinen Augenblick, das Anerbieten anzunehmen, und so trat ich schon vierzehn Tage nach dem Tage meiner Ernennung in den Genuß von 2 Taler Diäten, einer für meine Bedürfnisse beinahe ausreichenden Einnahme. Als ich nach einiger Zeit die Sicherheit gewonnen hatte, daß mir diese Einnahme verbleiben werde, verzichtete ich auf meinen Anteil an der Königlichen Unterstützung. Der König war so gnädig, diesen Anteil auf meine Schwester zu übertragen; sie hat die volle Unterstützuug bezogen, bis ich imstande war, dieselbe zu übernehmen.

Das Finanzministerium, in welches ich am 24. Juli als Hilfsarbeiter eintrat, zerfiel damals in vier Abteilungen: die erste für Etats-, Kassen- und Rechnungswesen, die dritte für direkte und indirekte Steuern, die vierte für Handel, Gewerbe und Bauwesen, die fünfte für Bergwerke, Hütten und Salinen. Die zweite Abteilung, welcher die Verwaltung der Domänen übertragen gewesen war, hatte mit der, einige Jahre vorher erfolgten Überweisung dieser Verwaltung an das Ministerium des Königlichen Hauses aufgehört, die althergebrachte Bezifferung der anderen Abteilungen war aber unverändert geblieben. Die dritte Abteilung, welcher ich überwiesen wurde, bestand unter dem Generaldirektor der Steuern aus neun Räten und, mich eingeschlossen, drei Hilfsarbeitern. Die Geschäftsräume befanden sich im zweiten Stockwerke des Ministerialgebäudes hinter der Neuen Wache. Sie waren äußerst beschränkt, nicht einmal der Generaldirektor hatte ein Dienstzimmer, die Ausstattung des Sitzungszimmers war geradezu dürftig. Die damalige preußische Sparsamkeit war auf Schritt und Tritt zu erkennen.

Der General-Steuerdirektor Kühne war, als Angehöriger des Herzogtums Magdeburg, westfälischer Beamter gewesen. Sein Landsmann, der Minister von Klewiz, berief ihn im Jahre 1819 in

das Finanzministerium, in welchem er zuerst in der dritten Abteilung mit der Ausführung der Gesetze vom Jahre 1820 über die direkten Steuern, später in der ersten Abteilung mit der Ordnung des Etatswesens beschäftigt wurde. Im Jahre 1831 begann die Epoche seiner großen Wirksamkeit. Maaßen, vom General-Steuerdirektoru zum Finanzminister ernannt, wählte ihn, welcher der Zollverwaltung nie angehört hatte, um unter seiner Leitung die Verhandlungen zu führen, aus denen der Zollverein hervorging. Der Minister wußte, daß diese Verhandlungen eine andere Art von Befähigung erforderten als die zolltechnische, und er fand in der Zoll- und Steuerverwalt ng niemand, welcher diesem Erfordernis entsprach. So wurde Kühne der hervorragendste Arbeiter bei der Verhandlung und, bis zum Jahre 1836, bei der Ausführung der Zollvereins-Verträge. Von diesen zahlreichen Verträgen trägt nur einer, der Vertrag über die Bildung des thüringischen Vereins, seine Unterschrift; denn die Vollmacht zum Abschluß von Verträgen wurde damals grundsätzlich auf nur einen Beamten jedes beteiligten Ressorts — auswärtige Angelegenheiten und Finanzen — ausgestellt, für die Finanzen mit vollem Rechte auf den Minister, und es war ein Beweis der Anerkennung für seinen ausgezeichneten Mitarbeiter, daß Maaßen bei dem thüringischen Vereins-Vertrage seine Stelle an Kühne abtrat. Jetzt, wo die Erinnerung an die Zustände erloschen ist, welche dem Zollverein vorhergingen, wo der Zollverein selbst seine Zeit erfüllt hat und in dem Deutschen Reiche aufgegangen ist, wo von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen abnimmt, welche die alten Zollvereins-Verträge kennen, ist der Maßstab verloren gegangen für die Würdigung des Talents und der Kenntnisse, des Muts und der Geschicklichkeit, deren Vereinigung es bedurfte, um die Verhandlungen zum Ziele zu führen. Bekanntlich waren in den ersten Jahren die finanziellen Ergebnisse des Zollvereins für Preußen keineswegs günstig, Maaßen war gestorben bald nachdem die Verträge in Wirksamkeit getreten waren, Kühne wurde der Sündenbock, auf welchen der kurzsichtige preußische Partikularismus und die durch ihre Ausschließung von den Verhandlungen verletzten hohen Finanzbeamten ihren Unwillen ablagerten. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er das finanzielle Interesse Preußens nicht genügend wahrgenommen habe, und in Beziehung auf einen Nebenpunkt, die sogenannte Alimentation der dienstlos gewordenen Zollbeamten, war der Vorwurf berechtigt. Er wurde von der weiteren Beteiligung an den Zollvereins-Angelegenheiten abgedrängt, und bei

der Erneuerung der Zollvereins-Verträge im Jahre 1841 hatte es den Anschein, als ob es nur darauf ankomme, die von ihm im Jahre 1833 begangenen Versehen wieder gut zu machen. Da kam es ihm zu statten, daß seine Gegner, an ihrer Spitze der General-Steuerdirektor Kuhlmeyer, durch einen unter ihrer Leitung abgeschlossenen Handels-Vertrag mit den Niederlanden sich die Ungnade des Königs zuzogen. Kuhlmeyer ging im Frühjahr 1842 als Präsident der Ober-Rechnungskammer nach Potsdam, und Kühne wurde sein Nachfolger.

Er war damals noch in der Fülle seiner Kraft, 56 Jahre alt, erschien aber älter, als er war. Eine kleine, etwas gebeugte Gestalt, ein großer Kopf, ein mit kurzen schnellen Schritten vorwärts schiebender Gang fielen zuerst ins Auge; die Bedeutung des Mannes war auf seine hohe Stirn geprägt, sprach aus seinen, von Geist leuchtenden Augen und fand in den durchgearbeiteten Zügen ihren Ausdruck. Er war voll Geist und Witz, aber ein Mann der Gesellschaft war er nie gewesen. Unverheiratet, nahm er nur an einzelnen geschlossenen Gesellschaften höherer Beamten, Gelehrter und Künstler teil, welche sich zu einfachen Mahlzeiten, mittags oder abends, periodisch zusammenfanden. So widmete er seine ganze Zeit dem Dienste und dem Studium, welches nicht auf die sein Fach betreffende Literatur beschränkt war, sondern sich auch auf Geschichte und die schönen Wissenschaften erstreckte. Er arbeitete mit unglaublicher Leichtigkeit, schrieb mit sehr unleserlichen Schriftzügen klassisches Deutsch und gehörte, was die Hauptsache war, zu den nicht zahlreichen Menschen, welche eigene Gedanken haben und es verstehen, diese Gedanken in die Tat zu übersetzen. Daß er als junger Beamter in Westfalen, als reifer Mann in Preußen eine Periode neuer Schöpfungen tätig mitgelebt hatte, hatte die Entwicklung der in seinem Wesen liegenden Initiative gefördert. In vollem Maße besaß er den moralischen Mut, dessen es bedarf, um die eigene Überzeugung, unbeirrt durch irgend eine persönliche Rücksicht, gegen jeden, selbst gegen den König, auch dann zu vertreten, wenn es gewiß ist, daß diese Überzeugung ungern vernommen wird; dagegen vermied er ängstlich alles, was seine Person mit einer äußeren Gefahr hätte bedrohen können. Er war eine expansive Natur und teilte in Scherz und Ernst die Schätze seiner Kenntnisse und Erfahrungen freigebig aus; eine anregendere Persönlichkeit war kaum denkbar. Sonntags pflegte er in seiner, nach Schinkels Entwurf gebauten Dienstwohnung hinter dem Museum eine kleine Gesellschaft um seinen Mittagstisch zu versammeln; einige

jüngere Leute waren die regelmäßigen Gäste, einige ältere aus den verschiedensten Beamtenkreisen traten abwechselnd dazu. Die Kost war einfach, aber gut, am Schluß wurde eine Flasche Champagner gewissenhaft unter die Gäste verteilt. Ich gehörte sehr bald zu den regelmäßig Geladenen und erfreute mich dieses Vorzugs lange über die Zeit hinaus, während deren ich seiner Abteilung angehörte. Ich lernte in diesen kleinen Gesellschaften eine große Menge von Personen kennen, sowohl auswärtige, wie die Provinzial-Steuerdirektoren, die preußischen Zollvereins-Bevollmächtigten und die zu den General-Konferenzen oder infolge besonderer Aufträge in Berlin anwesenden höheren Finanzbeamten der Zollvereinsstaaten, als auch einheimische, welche schon damals von Bedeutung waren oder später Bedeutung erlangten. Die Aufzählung dieser Personen würde zu weit führen, ich erwähne nur, daß meine Bekanntschaft mit Herrn Camphausen und Herrn von Patow von dem Mittagstisch bei Kühne herrührt. Er hatte mich lieb gewonnen, und ich werde ihm bis an das Ende meines Lebens dankbar sein für das Wohlwollen, welches er mir erwiesen, und für die Förderung, welche er mir hat zu teil werden lassen.

Von den Mitgliedern der Abteilung habe ich drei hervorzuheben: die Geheimen Ober-Finanzräte Theodor Pochhammer, Wilhelm Bornemann und Friedrich von Pommer Esche. Pochhammer, ein Mann von scharfem Verstande, großer Arbeitskraft und unbedingter Zuverlässigkeit, beherrschte bis in alle Einzelheiten das ganze Gebiet der Zollverwaltung, Organisation, Zollordnung und Tarif, und war erfüllt von dem Bewußtsein dieser Herrschaft. Nur Kühnes geistiger Überlegenheit ordnete er sich bereitwillig unter, wie umgekehrt Kühne keinen Anstand nahm, sich von ihm belehren zu lassen. Wir nannten ihn den Mann mit der eisernen Maske, weil sein gefurchtes Gesicht nie einen anderen Ausdruck zeigte als den vollkommenster Ruhe. Diese Ruhe bewährte er in einer ergötzlichen Szene, welche sich bald nach meinem Ausscheiden aus der Abteilung ereignete. Der Oberpräsident Flottwell in Magdeburg war 1844 zum Finanzminister ernannt, und diese völlig unerwartete Ernennung war in der Abteilung vor dem Beginn einer Sitzung bekannt geworden. Herr Pochhammer, der im letzten Augenblick in die Sitzung kam, hatte nichts davon gehört und begann seinen Vortrag mit den Worten: „Ich habe zunächst einen Bericht von Herrn Flottwell über die Elbzölle; wie gewöhnlich steht gar nichts darin." Es entstand allgemeines Kichern, er sah sich

um und wiederholte: „Es steht wirklich gar nichts in dem Bericht.“ Kühne fiel lächelnd ein: „Herr Flottwell ist gestern Finanzminister geworden.“ „So!“ sagte Pochhammer, ohne eine Miene zu verziehen, und setzte ruhig seinen Vortrag fort. Herr Bornemann, mein Examinator in der dritten Prüfung, behandelte mit der Virtuosität eines geistreichen und gelehrten Juristen die bei der Verwaltung vorkommenden Rechtsfragen und hatte an mir bei seinen Vorträgen einen aufmerksamen Zuhörer. Er wurde bald darauf Staatssekretär, dann Direktor im Justizministerium, 1848 kurze Zeit Justizminister und starb als zweiter Präsident des Ober-Tribunals. Friedrich von Pommer Esche, der spätere Nachfolger Kühnes, war mein ständiger Korreferent. Klar und ruhig, vertraut mit allen Zweigen der Steuerverwaltung und scharfsinniger Jurist, gewissenhaft und wohlwollend, besaß er in der Behandlung der Geschäfte volle Sicherheit und Korrektheit, aber ein nur geringes Maß von Initiative. Er war durch und durch ein Ehrenmann; ich kam zu ihm in ein sehr nahes Verhältnis, welches bis zu seinem Tode gedauert hat.

Mir war, wie erwähnt, die Bearbeitung der Gewerbesteuer-Kontraventions-Sachen überwiesen. Nach der damaligen Gesetzgebung hatten in diesen Sachen die Regierungen durch ein Resolut über die Tatfrage zu entscheiden und die durch das Gesetz fest normierte Strafe zu verhängen. Der Verurteilte hatte die Wahl, ob er gerichtliche Entscheidung verlangen, oder die Berufung an das Ministerium einlegen wolle. Letzteres prüfte von neuem die Tatfrage und war, wenn es dieselbe gegen den Angeklagten entschied, befugt, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Falles, die gesetzliche Strafe ohne Beschränkung zu ermäßigen. Es kam selten vor, daß die Entscheidung der Regierung über die Tatfrage aufzuheben oder abzuändern war, in der Regel handelte es sich nur um die Frage, ob und in welchem Maße die festgesetzte Strafe zu ermäßigen sei. Herr Kühne hatte mir zur Pflicht gemacht, Milde walten zu lassen und, wenn sich die Gelegenheit bot, die Regierungen darauf aufmerksam zu machen, daß in Fällen, wo die Verletzung des Gesetzes offenbar aus Unkenntnis begangen, und ein wirkliches finanzielles Interesse nicht vorhanden war, eine Verwarnung richtiger sei als die Einleitung des Strafverfahrens. Ich lebte dieser Weisung nach und spielte, wo ich konnte, die Rolle des Verteidigers, indessen erlahmte mit der Zeit mein Interesse. Die Berufungen, welche durch meine Hände gingen, waren äußerst zahlreich, nahmen aber, nachdem ich mich in

den, mir aus Merseburg her noch geläufigen Vorschriften vollständig eingelebt hatte, ein ernstes Nachdenken selten in Anspruch. So hatte ich viel freie Zeit, und ich benutzte einen Teil derselben, um die Vorlesungen über chemische Technologie zu hören, welche Gustav Magnus in seinem Hause am Kupfergraben hielt. Es war mir klar geworden, daß der Besitz technischer Kenntnisse für meine weitere Laufbahn von Wert sein werde, und ich gewann durch diese Vorlesungen die erste Grundlage für die Kenntnis des einen großen Zweiges der Technik. Auch im Ministerium wurden mir allmählich einzelne andere Arbeiten zugewiesen. Ich verfaßte unter anderem den ersten Entwurf der im Jahre 1847 erlassenen Verordnung über die Marktstandsgelder mit Motiven zur Vorlegung an das Staatsministerium. Sehr betreten war ich, als mir Herr von Pommer Esche mein Konzept mit zahlreichen Bemerkungen versehen zur Umarbeitung zurückgab, aber ich überzeugte mich, daß er recht, und ich die Sache zu leicht genommen hatte. Es ist mir Ähnliches nicht wieder begegnet.

In den letzten Tagen des Oktober mußte ich nach Halle eilen, um von meinem Onkel für dieses Leben Abschied zu nehmen. Im Laufe des Jahres war ein rascher Verfall seiner Kräfte eingetreten. Eine Erkältung bei der Begrüßung des Königs und der Königin, welche am 2. Oktober Halle passierten, zwang ihn, das Bett zu hüten, und die Nachrichten, welche ich von Ernst erhielt, ließen mir keinen Zweifel, daß das Ende nahe sei. Ich fand ihn sehr schwach, aber freien Geistes und voll Hoffnung, liebevoll wie immer; für mich war es ein erschütternder Abschied, als ich ihm Lebewohl sagte, denn ich verlor in ihm zum zweitenmal den Vater. Die Folgen des unabwendbaren Ereignisses wurden mit den erwachsenen Kindern, mit Laura und mit meiner Schwester besprochen. Mir lag der Letzteren Zukunft zunächst am Herzen. Wir waren von Herzen dankbar, als Felix Delbrück und seine Frau ihr eine Stätte in ihrem Hause in Putbus anboten. Durch die Königliche Unterstützung und die Zinsen von ihrem, das meinige übersteigenden Vermögen war sie so gestellt, daß sie in den Haushalt meines Vetters pekuniär eine Erleichterung brachte, und seiner Frau erschien sie als eine willkommene Hausgenossin. Meine jüngste Cousine, Hedwig Delbrück, wollte deren Tante, Frau Klenze, in Berlin in ihr Haus aufnehmen, für die beiden jüngsten Söhne, Hugo und Walter, übernahmen Hohl und Dryander die Sorge. Laura hatte nach Göttingen zurück-

zukehren; von ihr mußte ich auf lange Zeit Abschied nehmen. Es waren qualvolle Stunden, in welchen dieses Zerschneiden eines noch lebendigen, bis dahin glücklichen Hauswesens beraten wurde; völlig zerschlagen trat ich die Rückreise an. Wenige Tage darauf, 2. November 1842, war der Onkel sanft, ohne Todesahnung entschlafen. Durch Gottes Gnade war ihm der Schmerz der Trennung erspart worden.

Herr Kühne hatte zu viel Interesse für mich gewonnen, um meine Beschäftigung in seiner Abteilung lange andauern zu lassen. Denn wenn auch die Vorträge in den, zweimal wöchentlich stattfindenden Sitzungen und die mir zugänglich gemachten Akten der Zollverwaltung meine Kenntnisse bereicherten, konnten doch meine eigenen Arbeiten mich nicht mehr fördern, nachdem ich gelernt hatte, wie die Geschäfte in den Ministerien formell zu behandeln seien. Er stellte mir deshalb im Sommer 1843 zur Wahl, ob ich nach Posen gehen wolle, um daselbst die Einführung einer soeben gesetzlich festgestellten neuen Grundsteuer zu bearbeiten, oder es vorziehe, in die vierte Abteilung des Ministeriums als Sommerknecht, wie der übliche Ausdruck war, einzutreten. Die erste Alternative versprach mir eine dauernde, die zweite eine nur vorübergehende Beschäftigung und Einnahme, dennoch besann ich mich keinen Augenblick, die zweite zu wählen. Das geflügelte Wort: j'y suis et j'y reste war damals noch nicht geschrieben, aber das, was es sagt, empfand ich. Ich war einmal in Berlin, an der Quelle, und freiwillig ging ich nicht fort. War meine Beschäftigung in der vierten Abteilung wirklich nur vorübergehend, woran ich bei den mir bekannten persönlichen Verhältnissen zweifelte, so glaubte ich darauf rechnen zu können, in einem anderen Ministerium einen Platz zu finden. Ich meldete mich daher bei Herrn Beuth, dem Direktor der Abteilung; seine Bekanntschaft hatte ich bereits bei Kühne gemacht.

Er hatte im Jahre 1813 eine Stelle im Bureau des Staatskanzlers aufgegeben, um in der Kavallerie des Lützowschen Freikorps gegen Frankreich zu kämpfen, und hatte sich in diesem Kampfe das Eiserne Kreuz erworben. Nach dem Frieden trat er in das Finanzministerium und erhielt schon 1818 die Leitung der Abteilung für Handel und Gewerbe. An der Spitze dieser Verwaltung, welcher später die Bauverwaltung hinzutrat, blieb er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste; er wurde in dieser Stellung der Erzieher der preußischen Gewerbsamkeit. In einer am 24. Januar 1882 zur Feier seines hundertjährigen Geburtstages in dem Verein zur Be-

förderung des Gewerbefleißes gehaltenen Rede habe ich diese seine Tätigkeit geschildert. Ich kann die ausführliche Schilderung hier nicht wiederholen; mit wenigen Worten kann ich aber nicht anschaulich machen, wie er in geräuschloser Arbeit durch Anschaffung, Aufstellung und Nachbau mustergültiger Maschinen, durch die technologischen Veröffentlichungen des von ihm begründeten Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes, durch die Entsendung junger Techniker in das Ausland und durch fortgesetzte persönliche Anregung die in dem größten Teile des Landes auf einer sehr niedrigen Stufe zurückgebliebene Industrie mit den Fortschritten des Auslandes bekannt machte und bei der Aneignung dieser Fortschritte unterstützte, wie er in den Gewerbeschulen und dem Gewerbeinstitut die heranwachsende Generation theoretisch und praktisch für die Technik erzog, wie er durch die Ausbildung von Schiffbaumeistern, die Errichtung der Navigationsschulen und die Anregung zur Anfertigung nautischer Instrumente die Fortschritte der Wissenschaft in die Handelsmarine einführte, wie er durch eine reiche Sammlung von Nachbildungen die hervorragendsten kunstgewerblichen Arbeiten der Vorzeit, durch der Veröffentlichung kunstgewerblicher Vorbilder aus allen Kunstepochen und durch Ausbildung von Erzgießern und Ziselierern die Kunst in das Gewerbe einzuführen versuchte. Diese Arbeit seines Lebens, deren reiche Frucht in der Gewerbeausstellung von 1844 glänzend vor die Augen trat, war, als ich zu ihm in Beziehung kam, in der Hauptsache abgeschlossen, die Gewerbsamkeit war mündig geworden und bedurfte nicht mehr der Erziehung nach dem Plane und in den Formen, welche er aufgestellt und festgehalten hatte. Die Fortschritte des Alters und die Zähigkeit seines Charakters gestatteten ihm nicht, neue Bahnen einzuschlagen. Diese Einflüsse fanden ihren augenscheinlichsten, ich kann sagen betrübendsten Ausdruck in seiner Stellung zum Eisenbahnwesen. Der Mann, welcher mehr als irgend ein andrer getan, um für den Eisenbahnverkehr die Elemente und für den Eisenbahnbetrieb die technischen Mittel zu schaffen, stand dem Eisenbahnbau in Preußen gleichgültig gegenüber, weil er aus seinen Wahrnehmungen in England die Überzeugung mitgebracht hatte, daß der preußische Verkehr noch lange nicht entwickelt genug sei, um der Eisenbahnen zu bedürfen, und weil er nicht imstande war, sich von dieser einmal gewonnenen Überzeugung zu trennen. Das Eisenbahnwesen gehörte zu seiner Abteilung, war aber für ihn kaum vorhanden. Er überließ die Bearbeitung einem seiner Räte, beschränkte

sich bei dem Vortrage der Sachen auf eine gelegentliche sarkastische Bemerkung und unterschrieb die ihm vorgelegten Konzepte.

Äußerlich war er eine auffallende Erscheinung: eine große Gestalt mit kleinem Kopf und ungewöhnlich breiten Hüften, bekleidet mit einem blauen Überrock von altväterischem Schnitt und mit weiten Beinkleidern, auf der Straße bedeckt mit einer Militärmütze. Unter dem dichten grauen Haar leuchteten aus dem gefurchten Gesicht ein Paar kleine blaue Augen. Er war wortkarg, aber jedes Wort, das er mit seiner dünnen Stimme sprach, war bestimmt und klar. Sein Haus war Sonntags abends für einen Kreis alter und junger Freunde geöffnet, im Winter in seiner Dienstwohnung im zweiten Stock des Gewerbehauses, im Sommer in seiner kleinen Cottage in Schönhausen. Seine bejahrte Schwester, welche dem Hauswesen des alten Junggesellen vorstand, machte in liebenswürdig anspruchsloser Weise die Wirtin. Die Gesellschaft bestand aus höheren Beamten, namentlich den Räten der Abteilung mit ihren Damen, aus Künstlern und Kunstkennern, aus Technikern und aus Offizieren. Ich habe an diesen Abenden, zu welchen ich mich oft einfand, die aus meiner Kinderzeit herrührende Bekanntschaft mit Rauch erneuert; von neuen Bekanntschaften habe ich die mit den Bildhauern Tieck, Wichmann, Drake und Kiß, mit den Kunstforschern Zahn und Waagen und mit dem General von Willisen, dem späteren Gesandten in Rom, hervorzuheben. Die Unterhaltung, welche bei der Wortkargheit des Hausherrn nicht immer leicht in Fluß zu erhalten war, bewegte sich vorzugsweise um künstlerische Fragen und Interessen; war ein Pferdekenner anwesend, so kamen die Pferde aufs Tapet, denn Beuth hatte als alter Kavallerist ein lebhaftes Interesse für diese edelen Tiere und hielt sich stets ein auserlesenes Gespann, welches er viel zu sehr liebte, um es häufig zu benutzen. Er gehörte zu den Naturen, deren wahres Wesen nur langsam erkannt wird, er konnte anfangs durch Gleichgültigkeit, Kälte oder Schroffheit zurückstoßen, wer ihm aber näher trat, wurde inne, daß er Tiefe des Gemüts und Wärme des Herzens besaß. Mir wurde er der wohlwollendste Vorgesetzte, und er hat mir sein Wohlwollen unverändert bewahrt.

Die Beuthsche Abteilung war in einem der ältesten Häuser Berlins untergebracht, dem im Jahre 1624 von Georg von Ribbeck erbauten, vom Großen Kurfürsten angekauften und erweiterten Marstallgebäude in der Breiten Straße. Die Diensträume waren nicht viel weniger dürftig als diejenigen der dritten Abteilung, aber es gab doch Arbeits-

zimmer für den Direktor und ein paar Räte. Herr Beuth stieg aus seinem Arbeitszimmer zuweilen hinab in die Manege des Marstalls, um sich an dem Schulreiten der Stallmeister zu erfreuen; mehr als einmal habe ich ihm da einen Vortrag gehalten. Das Personal bestand aus sieben Räten, darunter zwei Bautechnikern und zwei Hilfsarbeitern. Die Handels- und Schiffahrtsangelegenheiten bearbeitete der Geheime Oberfinanzrat Oesterreich, die Eisenbahnsachen der Geheime Oberfinanzrat Adolf von Pommer Esche, jüngerer Bruder des oben erwähnten Mitgliedes der dritten Abteilung, und als Bautechniker der Geheime Baurat Mellin. Die sonstigen Verkehrsanstalten waren provinzenweise unter den Geheimen Oberfinanzrat von Saldern, die Geheimen Finanzräte von Viebahn und von Rabe und den Hilfsarbeiter Regierungsrat Honig verteilt, für die Chausseebauten unter technischer Mitwirkung des Geheimen Oberbaurats Elsner. Die Berliner Bausachen, die Gewerbepolizei, soweit solche nicht dem Ministerium des Innern zustand, das Eichungswesen und die Angelegenheiten der Porzellanmanufaktur waren dem Hilfsarbeiter Regierungsassessor Kolbe überwiesen, die technischen Gewerbe und Schiffahrtssachen hatte Beuth sich selbst vorbehalten.

Ich war zur Vertretung des, auf einer längeren Dienst- und Erholungsreise begriffenen Geheimen Finanzrats von Viebahn berufen und hatte dessen Departement, die Verkehrsanstalten in den beiden westlichen Provinzen, unter Herrn von Rabes Korreferat zu bearbeiten. Es war doch eine ganz andere Art von Arbeit, als die Entscheidung über Steuerkontraventionen. Ich gewann, wenn auch nur in einzelnen Zügen, das Bild eines großartigen Verkehrs, namentlich im Bergischen und in der Grafschaft Mark; die noch im Fluß befindliche Ausführung des Gesetzes über die Kommunikationsabgaben von 1838 brachte interessante Fragen zur Entscheidung; die in die Landtagsabschiede aufzunehmenden Bescheide auf die das Verkehrswesen betreffenden Anträge der beiden Provinziallandtage waren zu entwerfen. Erst durch diese Arbeiten lernte der Finanzminister Ernst von Bodelschwingh mich kennen. Den Sitzungen der dritten Abteilung hatte er sehr selten beigewohnt, und in diesen seltenen Sitzungen hatte ich kaum mehr als zweimal einen Vortrag über unbedeutende Dinge zu halten gehabt; in den Sitzungen der vierten Abteilung erschien er regelmäßig, und für das Departement, welches ich bearbeitete, hatte er, als geborener Westfale und vormaliger Oberpräsident der Rheinprovinz, ein besonderes Interesse. So wurde er auf mich aufmerksam,

und ich gewann seine gute Meinung, weil ich die Tatsachen vollkommen inne hatte und aus denselben heraus meine Ansicht präzis entwickelte. Es war denn auch nicht die Rede davon, mich wegzuschicken, als Herr von Viebahn Ende September zurückkehrte und sein Departement wieder übernahm. Herr Beuth wollte mich zu seiner Hilfe bei Bearbeitung der technischen Gewerbesachen verwenden. Ich ging auf acht Tage nach Putbus, um meine Schwester in ihrem neuen Heim zu besuchen und trat am 13. Oktober 1843 wieder in die Abteilung ein.

Beuth ordnete an, daß ich den Sitzungen der technischen Deputation für Gewerbe beiwohnen solle, einer Behörde, welche berufen war, über die Anträge auf Erteilung von Erfindungspatenten, über die bei der Zollverwaltung hervortretenden technischen Fragen und über die polizeiliche Zulässigkeit gewerblicher Anlagen ihr Gutachten abzugeben. Sie hatte ihren Sitz in dem 1821 angekauften gräflich Hackeschen Hause in der Klosterstraße, dessen Fassade die Inschrift trug: „Friedrich Wilhelm III. dem Gewerbfleiße", und welches deshalb kurzweg das Gewerbehaus genannt wurde. Dieses Haus, erweitert durch später hinzugekaufte Nachbargrundstücke, enthielt das damalige Gewerbe-Institut mit seinen mechanischen Werkstätten und Laboratorien, seiner Kunstgießerei und Ziselierwerkstatt, die Bibliothek, die technologische Sammlung und die Sammlung der Gipsabgüsse, den Sitzungssaal des Gewerbevereins und Beuths Dienstwohnung. Hier hörte ich auf Beuths Wunsch die Vorlesungen des Fabrikenkommissionsrats Wedding über Maschinenlehre und lernte dabei die Theorie der Wind- und Wassertriebwerke und der Pumpen kennen. In der Abteilung bearbeitete ich die Verfügungen, welche auf Grund der Gutachten der technischen Deputation zu erlassen waren — ich habe damals das erste Patent ausgefertigt, welches der Artillerieleutnant Werner Siemens erhielt —, ferner unter Beuths unmittelbarer Leitung technische Angelegenheiten, insbesondere das Navigationsschulwesen, endlich nach Herrn Honigs Abgang die Verkehrsanstalten der Provinzen Pommern und Brandenburg, mit Ausschluß von Berlin. Meine Tätigkeit war also vielseitig genug.

Die Sitzungen der technischen Deputation gewährten mir mannigfache Belehrung, zugleich aber die Überzeugung von der Dürftigkeit meiner technischen Kenntnisse; ich entschloß mich daher, auf der Universität die Vorlesung des Professors Schubarth, eines Mitgliedes der Deputation, über chemische Technologie zu hören. Die Arbeiten für Beuth führten mich ein in seine Methode bei Erziehung des Ge-

werbfleißes, an welche er damals durch den Ausbau des Navigationsschulwesens die letzte Hand anlegte. Die wissenschaftliche Ausbildung tüchtiger Schiffer und Steuerleute auf diesen Navigationsschulen und tüchtiger Schiffbauer auf der Stettiner Schiffbauschule oder durch Arbeiten auf ausgezeichneten ausländischen Werften war nach seiner Überzeugung für die gesunde Entwicklung der preußischen Handelsmarine mehr wert als alle Navigationsakten. Charakteristisch für seine Richtung auf Verbindung der Theorie mit der Praxis war es, daß er so, wie er nur Seeleute als Lehrer an den Navigationsschulen anstellte, auch für die obere Leitung dieser Schulen und für die technischen Angelegenheiten der Seeschiffahrt nur einen wissenschaftlich durchgebildeten Seemann haben wollte und, da er im Inlande eine geeignete Persönlichkeit nicht fand, dieselbe in ausländischen Kriegsmarinen suchte. Der erste Navigationsdirektor war der niederländische Admiral Lous; mit seinem Nachfolger, dem dänischen Linienschiffskapitän von Dirckinck-Holmfeldt, habe ich öfter zu verhandeln gehabt. Mein Verkehrsdepartement war dadurch interessant, daß gerade damals im Pommern rechts der Oder ein Netz von Chausseen neben und in Verbindung mit der großen Staatsstraße von Stettin nach Danzig ins Leben zu rufen war, deren Bau von den beteiligten Kreisen mit einer ansehnlichen Beihilfe des Staats und der Provinz übernommen wurde. In der Provinz Brandenburg war es die Staatsstraße von Potsdam nach Spandau mit der vom König selbst nach Motiven vom Ponte molle skizzierten Brücke und ein paar Aktienchausseen, welche mich beschäftigten; die letzteren führten in die Bekanntschaft mit dem soeben ergangenen Gesetze über die Aktiengesellschaften ein.

Ende Januar 1844 überraschte mich, als ich eines Abends aus einem Konzert nach Hause kam, eine Menge um mein Schreibpult aufgestapelter Aktenpakete. Herr Oesterreich war ernstlich erkrankt. Herr Beuth hatte mich zu seinem Vertreter bestimmt, und so waren mir alle in den letzten Tagen eingegangenen Sachen auf einmal vorgelegt worden. Ich empfand einen freudigen Schreck, denn das Handelsdepartement galt als das schwierigste in der Abteilung. Sofort ging ich an die Arbeit und erledigte während eines Teiles der Nacht die einfacheren Sachen; was ich in den Sitzungen, und zwar auch der dritten Abteilung gelernt hatte, kam mir zu statten. Die Handelssachen wurden sofort meine Lieblinge. Ich war mir sehr wohl bewußt, daß ich mit dürftiger Kenntnis an sie herantrat, aber sie zogen mich mächtig an durch ihre internationale Seite; die Beziehungen

der Staaten zu einander, welche ich als Student historisch behandelt hatte, nahmen mich jetzt praktisch in Anspruch, und zwar sehr bald in ungeahnter Weise.

Die Vereinigten Staaten hatten im Jahre 1842 die Sätze ihres Zolltarifs, insbesondere für Gewerbserzeugnisse, sehr erheblich erhöht. Der Präsident Tyler, als Demokrat dem Schutzzollsystem wenig hold, faßte den Plan, einen Teil dieser Erhöhungen im Wege des Vertrages mit den europäischen Mächten und gegen entsprechende Zollerleichterungen zugunsten amerikanischer Erzeugnisse wieder herabzusetzen. Auf seine Anweisung machte der Gesandte in Berlin, der berühmte Publizist Wheaton, dem Berliner Kabinett in diesem Sinne vertrauliche Eröffnungen. Er übergab ein Memorandum, in welchem vom Zollverein die Bindung der Zollfreiheit für rohe Baumwolle und des Zollsatzes für Reis, sowie eine erhebliche Ermäßigung des Zolles für rohen Tabak verlangt, und dafür Ermäßigungen der amerikanischen Tarifsätze zugunsten einiger Erzeugnisse des Zollvereins geboten wurden. Nachdem den Regierungen der Zollvereinsstaaten von diesen Eröffnungen Mitteilung gemacht worden war, ließ mich Beuth am Morgen des 1. März zu sich rufen. Er teilte mir die, bis dahin streng geheim gehaltene Sachlage mit und beauftragte mich, eine Denkschrift auszuarbeiten, welche aus der Lage des Tarifs und der Zollgesetzgebung Amerikas und aus den Interessen unserer Ausfuhr nach diesem Lande die bei den Verhandlungen von uns zu stellenden Forderungen herleiten und zur Grundlage für die Beratung in einer nach ein paar Tagen bevorstehenden Ministerialkonferenz dienen sollte. Einige von ihm selbst gemachte Notizen und das in der Bibliothek des Gewerbehauses vorhandene, sehr dürftige Material gab er mir mit. Mir schwindelte der Kopf, als ich nach Hause ging, denn von der amerikanischen Gesetzgebung wußte ich nichts, und von den Verhältnissen unserer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nicht viel. Da kamen mir die, in meinen letzten Merseburger Tagen gemachten Ausschnitte aus der „Allgemeinen Zeitung" zu Hilfe. Sie enthielten ein paar eingehende Aufsätze über die Entwicklung des amerikanischen Tarifs und einzelne brauchbare statistische Notizen; die Kommerzialnachweisungen Amerikas, Frankreichs und Belgiens lieferten weiteres Material; aus den Berichten der Gesandtschaft in Washington war einiges zu entnehmen. Ich ließ alles andere liegen, nahm, um Zeit zu sparen, mein Mittagessen allein und lieferte am Morgen des 3. März die verlangte Denkschrift ab. Am 6. März fand die Konferenz bei dem Minister

der auswärtigen Angelegenheiten, Heinrich von Bülow, statt. Der Minister von Bodelschwingh und die Herren Beuth, Kühne und Pochhammer vertraten das Finanzministerium, vom auswärtigen Ministerium war der Ministerialdirektor Eichmann und der in Urlaub anwesende Gesandte bei den Vereinigten Staaten, Friedrich von Roenne, anwesend, letzterer zu meinem Schreck, denn ich fürchtete seine Kritik. Ich trug den Inhalt meiner Denkschrift vor, welche Beuth, Kühne und Pochhammer bereits gelesen hatten, und mir viel ein Stein vom Herzen, als Herr von Roenne, der nach mir zum Worte kam, erklärte, er habe meinem Vortrage nichts von Bedeutung hinzuzufügen. Es wurde nach meinen Anträgen beschlossen. Herr Eichmann erhielt den Auftrag, die Verhandlungen mit Wheaton zu führen, und ich wurde ihm als Adjutant beigegeben.

Herr Eichmann war Eichhorns Nachfolger als Direktor der zweiten Abteilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten geworden. Zu dieser Stellung, in welcher ihm die Leitung der deutschen und der handelspolitischen Angelegenheiten oblag, hatten ihn seinen Ruf als tüchtiger Jurist, seine im Finanzministerium erworbene Bekanntschaft mit den Zollvereinsverhältnissen und vielleicht nicht am wenigsten der Umstand empfohlen, daß ihn die orthodox-konservativen Kreise als den Ihrigen betrachteten. Geeignet war er für die Stellung nicht. Bei aller Schärfe des Verstandes und bei aller juristischen Bildung fehlten ihm politisches Verständnis und Weite der Gesichtspunkte. Seine eckige Formen und eine gewisse Naivetät seines Wesens machten ihn zum persönlichen Verkehr mit den fremden Diplomaten wenig geeignet; dabei sprach er schlecht Französisch, und war er mit der englischen Sprache kaum bekannt. Bei den Verhandlungen mit Wheaton, der mehr Gelehrter als Diplomat war und sich von allen Finasserien fern hielt, war ihm nur der Mangel an Sprachkenntnis hinderlich, und es wurde meine Aufgabe, diesen Mangel zu ergänzen. Ich unterzog mich mit Vergnügen dieser Aufgabe, war aber doch sehr ärgerlich, als er mich eines Morgens aus dem Bett holen ließ, weil in Wheatons englischer Redaktion einer, die Einfuhr von Nadeln betreffenden Verabredung von pins als Stecknadeln die Rede war, während er selbst nur den Ausdruck: needle für das deutsche Wort Nadel kannte. Große sachliche Schwierigkeiten boten die Verhandlungen nicht dar, zumal auch der, dem Gesandten als technischer Beirat beigegebene Konsul Mark den besten Willen mitbrachte. Wir gestanden die verlangte Bindung der Zollbehandlung von roher Baumwolle und von

Reis, und Zollermäßigungen für unbearbeitete Tabakblätter, für Tabakstengel und für eingeschmolzenes Schweinefett zu, Wheaton dagegen für die Mehrzahl der Stapelartikel unserer Ausfuhr. Jedem Teile sollte vorbehalten bleiben, die dem andern gemachten Zugeständnisse auf dritte Staaten auszudehnen; der Vertrag sollte drei Jahre in Kraft bleiben. Über dieses Ergebnis der Verhandlungen verfaßte ich eine Denkschrift, welche den Vereinsregierungen mitgeteilt wurde; mit deren Zustimmung wurde der Vertrag am 25. März 1844 unterzeichnet. Er trat nicht in Kraft, weil der Senat der Vereinigten Staaten Differentialzölle für die Erzeugnisse europäischer Staaten nicht wollte und ihm deshalb die Genehmigung versagte, er gewann aber für mich persönlich eine große Bedeutung, weil er einige Monate später meine Berufung in das neu errichtete Handelsamt veranlaßte.

Die Errichtung eines eigenen Handelsministeriums gehörte zu den populären Wünschen, welche bald nach der Thronbesteigung des Königs hervorgetreten waren. Von verschiedenen Seiten her und von entgegengesetzten Interessen aus war sie in Anregung gebracht. Im Jahre 1841 machten die Landtage der beiden Ostseeprovinzen und der Rheinprovinz sie zum Gegenstande ständischer Petitionen, und im Jahre 1843 erneuerten der preußische und der rheinische Landtag diesen Antrag ungeachtet der, in den Landtagsabschieden von 1841 erteilten ablehnenden Bescheidung. Die Preußen und Pommern gingen dabei von Freihandelstendenzen und Reedereiinteressen, die Rheinländer von schutzzöllnerischen Gesichtspunkten aus, sie trafen aber in dem Gedanken zusammen, daß die materiellen Interessen des Landes einen Grad der Entwicklung erreicht hatten, der es nicht gestatte, sie fernerhin bei einer Verwaltung, welcher die Sorge für ganz andere Interessen oblag, als Nebensache wahrzunehmen.

In der Tat war diese Entwicklung mächtig fortgeschritten, und es war damit eine Reihe neuer Aufgaben an die Verwaltung herangetreten. Der Wohlstand des Landes war in 25 Friedensjahren beträchtlich gestiegen, und die Gewerbsamkeit hatte auf dem großen Wirtschaftsgebiete des Zollvereins einen gewaltigen Aufschwung genommen. Sie bedurfte nicht mehr der erziehenden Hilfe, welche Beuth ihr hatte angedeihen lassen, sie stand auf eigenen Füßen, sie wollte vorwärts schreiten und ihren Markt erweitern. Sie verlangte daher, je nach der Lage der einzelnen Gewerbszweige und dem Interesse der einzelnen Gewerbetreibenden, die Förderung der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach dem Auslande, oder die Beschränkung der Einfuhr

fremder Erzeugnisse in den Zollverein. Die Reederei, damals noch auf Segelschiffe begrenzt, hatte in den letzten sechzehn Jahren die Anzahl ihrer Schiffe um 36 % und deren Tragfähigkeit um beinahe 80 % vermehrt; sie fing an, sich an dem Verkehr zwischen Häfen dritter Länder zu beteiligen, und fühlte schmerzlich die Hemmnisse, welchen sie bei diesem Verkehr in protektionistischen Schiffahrtsgesetzgebungen begegnete. Die Eisenbahnen, ausschließlich von Privatgesellschaften gebaut und betrieben, hatten seit einigen Jahren den materiellen Interessen ein völlig neues Gebiet erschlossen. Ihre weitere planmäßige Ausdehnung war eine Bedingung für die Entwicklung des Nationalwohlstandes und nahm die besondere, fürsorgende und fördernde Tätigkeit der Verwaltung in Anspruch. Der Wert der Bergwerksproduktion war, mit Ausschluß des Kochsalzes, vom Anfang der dreißiger bis zur Mitte der vierziger Jahre von sieben auf sechzehn Millionen Taler gestiegen, und eben diese gewaltige Steigerung wurde der Anlaß, daß der Bergbau eine freiere Bewegung in seinem Betriebe, eine Ermäßigung fiskalischer Lasten und Erleichterung in der Abfuhr seiner Erzeugnisse in Anspruch nahm. In der Tat war die Schaffung einer Zentralbehörde angezeigt, welche die Pflege dieser mächtig angewachsenen Interessen zu ihrer ausschließlichen Aufgabe hatte und mit dieser Aufgabe die Aufforderung erhielt, dieselben, frei von Nebenrücksichten, in ihrer selbständigen Eigentümlichkeit aufzufassen und, von Einem Gesichtspunkte aus, in der dem Gesamtinteresse entsprechenden Richtung zu entwickeln.

Die Aufgaben, welche während eines Vierteljahrhunderts alle Kräfte der damaligen Verwaltung der Handelsangelegenheiten in Anspruch genommen hatten, die technische Ausbildung der Gewerbsamkeit und die Herstellung eines großen Handelsgebiets auf Grundlage des preußischen Zollsystems, waren gelöst; es galt jetzt, die Verhältnisse dieses Gebiets zu anderen Ländern in einer, seiner Bedeutung entsprechenden und seinen Interessen zusagenden Weise zu gestalten. Ich kann nicht sagen, daß die Verwaltung sich dieser neuen Aufgabe verschlossen habe, sie vermochte aber nicht zu einer richtigen Initiative zu kommen. Ihr war nach und nach die lebendige Anschauung der wirtschaftlichen Zustände und der auf diesen Zuständen beruhenden Interessen verloren gegangen. Bei den rasch wechselnden, von der Finanzverwaltung vollauf in Anspruch genommenen Ministern konnte diese Anschauung nicht gesucht werden. Beuth, der sie früher in vollstem Maße besessen hatte, war seit vielen Jahren nicht mehr

in die Provinz gekommen. Die Nachrichten, welche ihm durch seine persönlichen Beziehungen zu zahlreichen Industriellen und durch gelegentliche Reisen der Mitglieder der technischen Deputation zuflossen, wurden von ihm nur vom Gesichtspunkte der Technik aus betrachtet und, eintretenden Falls, verwertet, und unter den mit den Handelsangelegenheiten beschäftigten Räten seiner Abteilung war keiner, der ihn in dieser Richtung ergänzen konnte. Nur ein mit der Industrie der westlichen Provinzen bekannter Regierungssekretär aus Düsseldorf wurde im Jahre 1843 nach China gesendet, um die Handelszustände und Bedürfnisse dieses soeben dem fremden Handel erschlossenen Landes zu erforschen. Bei den Behörden in der Provinz war wenig Hilfe zu finden. Von den damaligen Oberpräsidenten waren es nur zwei, von Merckel in Breslau und Freiherr Vincke in Münster, welche die gewerblichen Verhältnisse ihrer Provinz gründlich kannten, und unter den Regierungen waren es wieder nur zwei, Liegnitz und Düsseldorf, deren Departementsräte, Freiherr von Minutoli und Quentin, Interesse und Verständnis für die gewerbliche Entwicklung des Bezirks besaßen. Einrichtungen, welche geeignet gewesen wären, den amtlichen Kreisen die Kenntnis der Verhältnisse und das Interesse an denselben zu verschaffen und anzuregen, waren nur in sehr beschränktem Umfange vorhanden. Nur in einem kleinen Teile der Monarchie gab es Organe des Handelsstandes, welche berufen waren, die Verwaltung durch tatsächliche Mitteilungen über die Lage des Handels und der Gewerbe und durch Erstattung von Gutachten über einzelne kommerzielle oder industrielle Fragen zu unterstützen, nämlich die in der Rheinprovinz auf Grund der französischen Gesetzgebung gebildeten Handelskammern. Die in sechs großen Plätzen der östlichen Provinzen bestehenden kaufmännischen Korporationen sahen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Verwaltung von Handelsanstalten, Börsen und Hafenanlagen. Von diesen wenigen und vereinzelten Organen wußte die Verwaltung, vielleicht gerade, weil sie nur wenige und vereinzelte waren, keinen rechten Gebrauch zu machen. Darlegungen und Anträge, welche sie unaufgefordert anbrachten, wurden selten gern gesehen. Man glaubte einer Belehrung aus Interessentenkreisen nicht zu bedürfen, und fand deshalb auch keine Veranlassung, das Institut der Handelskammern auszudehnen. Herr von Viebahn hatte, als er kurze Zeit hindurch die Handelssachen bearbeitete, die Errichtung solcher Organe in zwei sächsischen und einer westfälischen Stadt eingeleitet und so weit gefördert, daß dieselbe, als

Herr Oesterreich an seine Stelle trat, zur Ausführung kommen mußte, damit war aber die Frage abgetan.

Der Versuch einer Einmischung in die Organisation der Behörden, wie er in den provinzialständischen Anträgen auf Errichtung eines Handelsministeriums gefunden wurde, war dem Könige zuwider, nicht aber der in diesen Anträgen ausgedrückte Gedanke. Voll tiefgewurzelten Mißtrauens gegen das Beamtentum, traute er demselben zu, daß es aus Herrschbegier oder Anhänglichkeit an die Tradition die lebendigen Interessen vernachlässige. Indessen kam es zunächst, wie so oft, nur zu einer halben Maßregel, nämlich zur Einrichtung eines Handelsrats und Errichtung des Handelsamts. In dem ersteren sollten unter Vorsitz des Königs und Teilnahme des Kabinettsministers, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen und des Innern und des Präsidenten des Handelsamts die Gesetze über Handel und Gewerbe, die Veränderungen des Zolltarifs, die Handels- und Schiffahrts-Verträge, sowie die Einrichtungen im Innern zur Belebung des Handels und Verkehrs beraten werden. Das letztere, äußerlich dem britischen board of trade nachgebildet, eine selbständige, aber von jeder Verwaltung ausgeschlossene Zentral-Behörde, sollte sich eine vollständige Übersicht über den Zustand und Gang des Handels und der Gewerbe verschaffen und erhalten, auf Grund derselben die vor den Handelsrat gehörenden Angelegenheiten gemeinschaftlich mit den zuständigen Ministerien vorbereiten, und mit den letzteren in stetem Wechselverkehr über die Bedürfnisse des Handels und der Gewerbe und über die Mittel zur Befriedigung der letzteren treten. Zum Präsidenten der Behörde wurde Friedrich von Roenne ernannt. Er hatte sich als Gesandter in Washington in kommerziellen Kreisen einen guten Namen gemacht, und er stand außerhalb der eigentlichen Bureaukratie. Am 1. September 1844 sollte die neue Behörde ins Leben treten.

Sie hatte vom ersten Augenblick an unter der Halbheit des Gedankens zu leiden, aus welchem sie hervorgegangen war. Der König war mit der bisherigen Verwaltung der Handelsangelegenheiten nicht zufrieden, hatte sich aber zur Errichtung eines Handelsministeriums nicht entschließen können, und glaubte Wandel zu schaffen durch eine Behörde, welche anregen und begutachten durfte, aber nicht anzuordnen und auszuführen hatte, und deren Chef des Einflusses entbehrte, welchen ein Minister ausübt. Er mochte sich wohl bewußt sein, daß es einer solchen Behörde, auch wenn sie mit Engelzungen redete, nie-

mals gelingen werde, einen Wandel herbeizuführen, und so kam er dahin, sich selbst zum obersten Handelsminister zu machen, indem er bestimmte, daß ihm alle wichtigeren Angelegenheiten im Handelsrat zur Entscheidung vorgetragen werden sollten, oder vielmehr alle Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Handelsamt und den Ressortministern, denn niemand konnte daran denken, den schwerfälligen Apparat des Handelsrats für Fragen in Bewegung zu setzen, über welche die Behörden untereinander einig waren. Als ein lebendiges Mißtrauensvotum gegen das Finanzministerium kam das Handelsamt von Anfang an in Gegensatz zu demselben. Es war nicht das Schlimmste, daß dieser Gegensatz durch die Friktionen, welche er hervorrief, eine Menge Kraft fruchtlos zerrieb, er verhinderte die Festhaltung eines einheitlichen Gedankens, und das in einer Zeit, wo konsequentes Handeln sehr notwendig gewesen wäre.

Es war damals eine Zeit scharfer Gegensätze, sowohl zwischen den Regierungen der Zollvereinsstaaten unter sich, als auch zwischen diesen Regierungen und einem großen Teile des Handels- und Gewerbestandes.

Bei der Bildung des Zollvereins war der preußisch-hessische Zolltarif mit wenigen, meist unerheblichen Abänderungen zum Vereins-Zolltarif geworden. Die einheimische Gewerbsamkeit erhielt durch diesen Tarif in einigen Vereinsstaaten — Sachsen und die thüringischen Länder — zum ersten Male einen Schutz gegen die Mitbewerbung des Auslandes, in allen anderen Vereinsstaaten eine Vermehrung des vorhandenen Schutzes. Sie erkannte rasch die Vorteile dieser Änderung, und es dauerte nicht lange, so trat der Wunsch nach einer Steigerung dieser Vorteile durch Erhöhung des Schutzes hervor. Friedrich List und seine Schüler arbeiteten unermüdlich daran, die Überzeugung zu verbreiten, daß das große Wirtschaftsgebiet des Zollvereins sich wirtschaftlich vom Auslande unabhängig machen müsse, und daß es eine nationale Aufgabe sei, die einheimische Gewerbsamkeit durch Erschwerung der Einfuhr fremder Gewerbserzeugnisse so lange in ihrer Entwicklung zu schützen, bis sie im stande sei, ebenso gut und wohlfeil zu arbeiten als die ausländische. Gefördert wurden diese Auffassungen durch die Lage der ausländischen Gesetzgebung. Österreich ließ die meisten Gewerbserzeugnisse nur im Wege des Schleichhandels zu, in Rußland sah es nicht viel besser aus, Großbritannien, Frankreich und Belgien hatten fast durchgängig höhere Schutzzölle als der Zollverein, und die beiden letzteren Staaten ar-

beiteten an der Ausbildung ihres Schutzzoll-Systems. Es erschien als Beschränktheit oder Schwachmütigkeit, daß der Zollverein den Erzeugnissen der Länder seine Tür öffnete, welche seinen Erzeugnissen den Eingang versagten. Das nationale Bewußtsein, welches durch die Schöpfung des Zollvereins einen mächtigen Impuls erhalten hatte, trat gegen den Zolltarif in die Schranken. Die Bewegung ergriff die Landesvertretungen und fand allmählich auch bei den Regierungen Eingang. Schon auf der ersten General-Konferenz, als der Zollverein kaum zwei und ein halbes Jahr alt war, wurde von Württemberg und Baden eine Zollerhöhung für Baumwollgarn in Antrag gebracht; die Baumwollspinnerei war damals, wie noch heute, der Wagenlenker in dem Kampfe um Schutzzölle. Der Antrag wurde auf jeder folgenden General-Konferenz wiederholt und gewann immer mehr Stimmen für sich; von 1839 an kam auch eine Zollerhöhung für Leinengarn, 1842 für Roheisen und Stabeisen auf die Tagesordnung.

Um dieselbe Zeit trat, von ähnlichen Auffassungen ausgehend, eine andere Bewegung auf: es wurden Zollbegünstigungen für die direkte Einfuhr überseeischer Erzeugnisse unter nationaler Flagge verlangt. Der Zollverein kannte Begünstigungen bei den Eingangs-Abgaben weder für die unter Nationalflagge, noch für die unmittelbar aus dem Ursprungslande eingehenden Waren, und Preußen begünstigte in seinen Häfen die eigene Flagge nur in der Weise, daß von den Schiffen solcher Staaten, welche preußische Schiffe und deren Ladungen nicht gleich den inländischen behandelten, eine besondere Abgabe, das extraordinäre Flaggengeld, und außerdem die tarifmäßigen Hafenabgaben in doppeltem Betrage erhoben wurden. Gegen die Fortdauer dieses Zustandes war die Bewegung gerichtet. Ihren Ursprung hatte sie im Binnenlande; es wurde von dem neuen System die Förderung sowohl des Absatzes einheimischer Erzeugnisse in überseeischen Ländern, als auch des Anschlusses der deutschen Nordseestaaten an den Zollverein, mithin eine Erweiterung des inländischen Marktes erwartet; Handel und Schiffahrt des Zollvereins sollten auf eigene Füße gestellt werden, dadurch, daß Beschränkungen ähnlicher Art, wie sie ihnen in anderen Ländern, namentlich Großbritannien und Niederland, entgegenstanden, auf Handel und Schiffahrt dieser Länder zur Anwendung gebracht wurden. Den Handelsstand in den Ostseehäfen ergriff die Bewegung zunächst nicht, dagegen trat der Bremer Senat für sie ein. Er erkannte ihre Bedeutung und verhehlte sich nicht, daß sie eine, für das hanseatische Interesse nachteilige

Wendung nehmen könne, deshalb machte er den Versuch, ihr eine diesem Interesse entsprechende Richtung zu geben. In einer Denkschrift vom November 1844, welche durch Weite des Blicks und Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse die Erzeugnisse der binnenländischen Presse hoch überragte, wurde ein deutscher Schiffahrtsbund vorgeschlagen, welcher durch Einführung eines in sämtlichen verbundenen Staaten neben den bestehenden Eingangsabgaben gleichmäßig zu erhebenden Zollzuschlags von den nicht begünstigten Einfuhren transatlantischer Stapelartikel dem Seehandel Deutschlands seine Freiheit und Unabhängigkeit erkämpfen und am letzten Ende den Weg zur Freiheit des Handels bahnen sollte. Die Zollvereins-Regierungen hielten sich zunächst außerhalb dieser Bewegung.

Preußen lehnte die beantragten Erhöhungen der Eingangszölle ab und zeigte keine Neigung, auf Differentialzölle für die Schiffahrt einzugehen. In einem großen Teile der Vereinsstaaten, die westlichen preußischen Provinzen eingeschlossen, wurde diese Haltung als eine Mißachtung berechtigter Interessen empfunden, und die aus dieser Empfindung entspringende Mißstimmung gegen die leitende Zollvereins-Regierung wurde verschärft durch zwei von Preußen verhandelte und im Namen des Vereins abgeschlossene Verträge, den Handels-Vertrag mit den Niederlanden vom 24. Januar 1839 und den Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit Großbritannien vom 2. März 1841. Es hat mir an Anlaß und Zeit gefehlt, mich über die Genesis des ersteren Vertrages aus den Akten zu unterrichten; wie es möglich war, einen solchen Vertrag zu schließen, ist mir stets ein Rätsel gewesen. Daß der kommerzielle Wert der niederländischen Zugeständnisse hinter demjenigen der Zugeständnisse des Zollvereins zurückblieb, mochte noch hingehen, aber die Mehrzahl der letzteren hätte überhaupt niemals gemacht werden dürfen. Der Zollverein verpflichtete sich, seine Zölle für eine Anzahl von Verbrauchsgegenständen — Kaffee, Tabak, Gewürze, Tee, Heringe, Saatöl und Branntwein —, welche zusammen über 30 % der damaligen Zolleinnahmen aufbrachten, nicht zu erhöhen, er vereinbarte für einen anderen Verzehrungsgegenstand, der allein beinahe 30 % der Zolleinnahmen lieferte, den Zucker, Zollsätze, welche, wie die in den Jahren 1832/34 bei sehr ähnlichen Sätzen gemachten Erfahrungen gelehrt hatten, gleich nachteilig waren für die Zolleinnahmen, für einen Teil der Kolonialzucker-Siedereien und für die eben entstandene Rübenzucker-Erzeugung, und er dehnte, zum Schaden seiner Zolleinnahme und seines Weingroßhandels, den für

die Weinbezüge aus den Produktionsländern gewährten Zollrabatt auf die Bezüge aus den niederländischen Handelsplätzen aus. Es konnte nicht fehlen, daß gegen einen Vertrag, welcher den in ganz West-Deutschland herzlich gehaßten Niederlanden solche Zugeständnisse machte, sich von den verschiedensten Seiten her ein wahrer Sturm erhob. Gleich nach seinem Regierungsantritt griff der König die Sache auf; nicht ohne den Ausdruck entschiedener Mißbilligung des Geschehenen befahl er die Kündigung des Vertrages. Glücklicherweise war, mit Rücksicht auf die Dauer der Zollvereins-Verträge, die Kündigung für Ende 1841 vorbehalten, und es trat daher der Vertrag nach nicht ganz dreijähriger Dauer außer Kraft; er hinterließ aber eine bedauerliche Erschütterung des Vertrauens in die Umsicht und Sachkunde der preußischen Regierung. Der Vertrag mit Großbritannien war veranlaßt durch eine, im Jahre 1840 ergangene Parlaments-Akte, welche die Regierung ermächtigte, unter Abweichung von der britischen Navigations-Akte, Verträge mit einem anderen Lande dahin abzuschließen, daß dessen Schiffe mit ihren Ladungen, wenn sie aus den Mündungen von Flüssen kommen, welche das Land durchströmen und dessen natürliche Ausfuhrwege bilden, in Großbritannien und dessen Besitzungen als unmittelbar aus ihrem Lande kommend auch dann angesehen werden sollen, wenn jene Mündungen einem dritten Staate angehören. Da die Maas, die Ems, die Weser und die Elbe in ihrem Laufe den Zollverein berühren und dessen natürliche Ausfuhrwege bilden, so war es ein vollkommen richtiger Gedanke, daß derselbe Schritte tat, um von der britischen Regierung für seine Schiffahrt aus den Häfen dieser Flüsse die Gleichstellung mit der Schiffahrt aus preußischen Häfen zu erlangen. Freilich war man mit den realen Verhältnissen des Seeverkehrs nicht vertraut genug, um zu erkennen, daß diese Gleichstellung im Grunde nur eine prinzipielle und kaum eine praktiche Bedeutung habe, und ließ sich deshalb herbei, sie durch Zugeständnisse zu erkaufen, welche zwar für den Augenblick ebenfalls keine praktische Bedeutung hatten, aber dem Zollverein für die Dauer des Vertrages in Beziehung auf die Schiffahrts-Gesetzgebung die Hände banden. Nicht nur wurden dem Handel und der Schiffahrt Großbritanniens hinsichtlich der Einfuhr von Zucker und Reis die Rechte der meistbegünstigten Nation eingeräumt, sondern es war auch auf die bestehende preußische Schiffahrts-Gesetzgebung als Motiv für das Zugeständnis Großbritanniens in einer Weise Bezug genommen, welche deren Abänderung gegenüber von Großbritannien ausschloß. Ich

glaube nicht, daß die preußische Regierung die Absicht hatte, durch diesen Vertrag dem Übergange des Zollvereins zu einem System von Zollbegünstigungen der direkten Einfuhr überseeischer Erzeugnisse unter nationaler Flagge Schwierigkeiten zu bereiten, es wurde ihr aber diese Absicht untergeschoben, weil sonst kein erkennbarer Grund für die gemachten Zugeständnisse vorlag. Mit unglaublicher Heftigkeit zog die binnenländische Presse, unter Führung der Augsburger Allgemeinen Zeitung, gegen den Vertrag zu Felde; es erschien beinahe als ein Verrat an der nationalen Sache, daß bis zum Ablaufe des Jahres 1847 ein Systemwechsel unmöglich gemacht sei. Einen äußeren Erfolg hatte dieser Sturm nicht. Die Presse der Seehäfen, insbesondere Hamburgs, trat für den Vertrag ein; Herr Kühne, der an demselben nicht beteiligt gewesen war, verteidigte ihn mit großem Geschick in der damaligen Staatszeitung; allmählich hörte die Polemik auf, aber der Eindruck blieb.

In die Mitte dieser Strömungen wurde das Handelsamt gestellt; welche Richtung es einschlagen werde, konnte nicht zweifelhaft sein.

Herr von Roenne war sich bewußt, daß er emporgekommen, und daß seine Behörde geschaffen sei im Gegensatz zu der damaligen Verwaltung der Handelsangelegenheiten. Diese Verwaltung bekämpfte die Erhöhung der Schutzzölle und war der Einführung von Schiffahrts-Differentialzöllen abhold, also mußte er für den Zollschutz und für Differentialzölle eintreten. Er war, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, Opportunist, er verstand es, fremde Ansichten sich anzueignen, den einmal eingenommenen Standpunkt hielt er mit Zähigkeit fest. In der Diskussion war er zu steif und schwerfällig, um andere zu überzeugen, und zu kalt und trocken, um andere zu gewinnen. Nicht durch seine Persönlichkeit, sondern nur durch die Stärke der Bewegung, welcher er sich anschloß, konnte er Erfolge erreichen.

In dem Etat seiner Behörde waren, außer einer genügenden Anzahl von Subalternposten, zwei Ratsstellen vorgesehen. Die eine dieser Stellen erhielt der Geheime Regierungsrat Mac Lean, damals Hilfsarbeiter bei dem Staatsrat, ein vielseitig gebildeter Mann, scharfsinniger Jurist und eleganter Arbeiter, durch Geburt und Verwandtschaft vollkommen vertraut mit den Verhältnissen des Seehandels, deren Bearbeitung ihm überwiesen wurde. Wenn es darauf ankam, konnte er ungewöhnlich rasch und anhaltend arbeiten, in der Regel aber brauchte er schon damals zur Erledigung der Geschäfte sehr viel Zeit. Für seine amtliche Tätigkeit war es von Wert, daß

er zu dem Finanzminister Flottwell, seinem engeren Landsmann, in alten Beziehungen stand und mit den beiden Herren von Pommer Esche und Herrn Oesterreich freundschaftlich und gesellschaftlich nahe verbunden war. Die Dotation der zweiten Ratsstelle wurde zur Besoldung von zwei Hilfsarbeitern, mit 1000 Talern für jeden, bestimmt. Meine Beteiligung an den Verhandlungen mit Amerika veranlaßte Herrn von Roenne, mir die eine Hilfsarbeiterstelle anzubieten. Im Finanzministerium hatte man gegen die Annahme dieses Anerbietens nichts einzuwenden; man sah mich ungern scheiden, aber man hielt es für einen Gewinn, wenn in der neuen Behörde die Traditionen des Ministeriums in mir einen Vertreter fänden. Ich konnte erst am 1. Oktober meine neue Stellung antreten; die Bearbeitung der Handelsverhältnisse zum Auslande wurde mir zugewiesen. Die Sorge für diese Verhältnisse hat mich von da an bis an das Ende meiner amtlichen Laufbahn begleitet. Die zweite Hilfsarbeiterstelle erhielt der Regierungsassessor Hegel, jetzt Präsident des Brandenburgischen Konsistoriums. Er besaß zwar keine fachliche Vorbildung für das Ressort des Handelsamts, wurde aber durch Verstand, Gründlichkeit und Fleiß ein sehr nützlicher Mitarbeiter. Er bearbeitete die Tarifsachen. Als Schwiegersohn des Finanzministers Flottwell fiel ihm zuweilen die Aufgabe zu, den leicht aufbrausenden Herrn zu besänftigen. Im Jahre 1846 trat der Regierungsassessor von Schweinitz als freiwilliger Hilfsarbeiter in das Handelsamt ein; ich werde ihn noch oft zu erwähnen haben. Unsere Geschäftsräume hatten wir in dem ersten Stockwerk eines Hauses hinter der katholischen Kirche, welches damals die Französische Straße abschloß und im Anfange der fünfziger Jahre niedergerissen wurde, um diese Straße bis zum Werderschen Markt durchzuführen. Die neueingerichteten und gut ausgestatteten Räume enthielten ausreichende Arbeits- und Bureau-Zimmer und unterschieden sich sehr vorteilhaft von den Diensträumen des Finanzministeriums.

In keiner anderen Stellung wäre es mir möglich gewesen, meiner Ausbildung diejenige Reife zu geben, welche dieselbe während meiner dreiundeinhalbjährigen Beschäftigung bei dem Handelsamt erhielt, denn in keiner anderen Stellung hätten mir die gleichen Mittel und die gleiche Zeit dafür zu Gebote gestanden. Die Menge der laufenden Arbeiten, welche mich in der Beuthschen Abteilung fast überlastet hatte, war im Handelsamte, namentlich in der ersten Zeit, nicht beträchtlich und ließ mir ausreichende Muße für eigenes Studium.

Zum Gegenstande desselben machte ich die kommerzielle Gesetzgebung des Auslandes und die Lage der einheimischen Industrie. Die amtlichen Zeitungen aller für unseren Handel wichtigen Staaten wurden mir, nachdem sie von einem kaufmännisch gebildeten Subalternbeamten mit einer Hinweisung auf die uns interessierenden Artikel versehen waren, täglich vorgelegt, die Gesetzsammlungen dieser Staaten und die Sammelwerke für Handelsgesetzgebung standen in der, neben meinem Dienstzimmer aufgestellten, gut ausgestatteten Bibliothek zu meiner Verfügung, die Berichte der Konsulate über Änderungen in den Vorschriften über kommerzielle Gegenstände kamen in meine Hand, und, wenn ich auf die Vergangenheit zurückgehen wollte, konnte ich die Akten des Finanzministeriums benutzen. So verschaffte ich mir nach und nach eine vollständige Kenntnis der Entwicklung und der Lage der ausländischen Gesetzgebung, welche es mir später leicht machte, die Veränderungen der letzteren in ihrem Zusammenhange zu verstehen und in ihrer Bedeutung zu beurteilen.

Schwieriger war es, ein Bild der industriellen Lage zu gewinnen. Zunächst war für diesen Zweck eine Vertiefung meiner technologischen Kenntnisse notwendig. Mit dem an meine Stelle in das Finanz-Ministerium berufenen, im Jahre 1890 als Präsident des Reichsbank-Direktoriums verstorbenen Regierungsassessor Dechend repetierte ich deshalb ein halbes Jahr hindurch Schubarths Handbuch der technischen Chemie; daneben suchte ich aus Karmarsch und Heerens Technischem Wörterbuch, welches soeben erschienen war, meine Kenntnis der mechanischen Technologie zu vervollständigen. Unmittelbare Anschauungen hatte ich zuerst erhalten durch die in die letzte Zeit meiner Beschäftigung im Finanzministerium fallende erste deutsche Gewerbe-Ausstellung im Zeughause; die im Gange befindlichen, namentlich der Gewebeindustrie angehörigen Maschinen interessierten und belehrten mich, aber das Ganze verwirrte mich, denn ich hatte noch nicht Kenntnisse genug, um das Einzelne richtig zu begreifen. Nachdem ich in das Handelsamt eingetreten war, gewann ich Zeit, mich in den Berliner Fabriken umzusehen; sehr belehrend war die, später noch zu erwähnende Enquete über die Gewebezölle, welche im Frühjahr 1845 im Handelsamt stattfand; von größter Bedeutung wurden zwei Dienstreisen, welche ich in den Jahren 1845 und 1846, die erste nach den westlichen Provinzen, die zweite nach der Provinz Sachsen machte, um die gewerblichen Verhältnisse in diesen Provinzen durch eigene Anschauung kennen zu lernen. Ich besuchte den Minden-Ravens-

bergischen und den angrenzenden Münsterländischen Leinenbezirk, die Metallwaren- und Papierfabriken der Grafschaft Mark und des Herzogtums Westfalen, die Industrieorte des Herzogtums Berg, die Fabriken und Handelsanlagen in Köln und Koblenz, und im folgenden Jahre die Hüttenanlagen und Metallwarenfabriken des Harzes und der Grafschaften Mansfeld und Henneberg, die Spinnerei- und Webereidistrikte des Regierungsbezirks Erfurt, die Wollen- und Baumwollenwaren-Fabriken in Burg, Kalbe, Zeitz und Eilenburg, endlich Magdeburg, wo ich bei längerem Aufenthalte die Rübenzucker-Erzeugung in allen Einzelheiten kennen lernte. Viele Fabrikanten und Kaufleute in diesen Gegenden kannte ich bereits, teils aus dem Beuthschen Hause, teils von der Gewerbeausstellung her, teils durch die Enquete; den mir noch nicht bekannten stellte ich mich selbst vor; bei allen, mit alleiniger Ausnahme eines Holzschrauben-Fabrikanten an der Enneperstraße, fand ich die vollste Bereitwilligkeit, mich sehen zu lassen, was ich zu sehen begehrte, und mir Rede und Antwort zu stehen auf das, was ich fragte. Die Herren freuten sich, daß man von Berlin aus von ihnen Notiz nahm. Ich führte das Wörterbuch von Karmarsch und Heeren, Schubarths Handbuch und die einzelnen Hefte des amtlichen Berichts über die Gewerbeausstellung bei mir; vor Antritt meiner Besuche las ich die Stellen dieser Schriften durch, welche sich auf die Fabrikation bezogen, der mein Besuch galt. Ich sah mir die Betriebseinrichtungen an und erkundigte mich nach der Stärke der Betriebskraft und den Bezugsorten und Preisen des Brennmaterials, nach der Anzahl und den Lohnverhältnissen der Arbeiter, nach dem Ursprunge und dem Bezugswege der Fabrikmaterialien, und nach den Richtungen und der Art des Absatzes der Fabrikate. Die mir mitgeteilten Zahlen trug ich häufig noch auf der Straße in mein Notizbuch ein, und die Abende verwendete ich zur Niederschrift des für den Präsidenten bestimmten Reiseberichts. Den Weg von einem Orte zum anderen legte ich in der Regel im eigenen Wagen zurück, denn Eisenbahnen gab es nur auf wenigen Strecken, und ich war befugt, zwei Pferde Extrapost zu liquidieren; auf diesen einsamen Fahrten suchte ich das erworbene Material zu ordnen und zu verarbeiten. Die lebendige Anschauung, welche mir diese Reisen einbrachten, setzte mich in den Stand, aus gedruckten und schriftlichen Mitteilungen ein Bild der Verhältnisse in denjenigen Fabrikbezirken zu gewinnen, welche ich, wie die Gladbacher und Aachener Gegend, erst später aus eigener Anschauung kennen lernte. Die schlesischen

Weberdistrikte habe ich leider nicht besucht. Meine Kenntnisse der industriellen und kommerziellen Lage hatten zwar noch manche Lücken, deren ich mir wohl bewußt war, aber ich kannte diese Lage besser als irgend wer in Berlin.

Diese Studien führten mich mit Notwendigkeit auf die Statistik, deren Bedeutung mir schon Kühne durch Wort und Beispiel vor Augen geführt hatte. Einmal nämlich war ein richtiges Bild von dem Umfange und der Entwicklung der einheimischen Industrie nicht ohne die Kenntnis des zu- oder abnehmenden Umfanges der Einfuhr der, für die einzelnen Industriezweige nötigen ausländischen Fabrikmaterialien oder Halbfabrikate zu gewinnen, sodann konnte die Bedeutung des Verkehrs zwischen dem Zollverein und anderen Ländern nur durch zahlenmäßige Darstellung der Art und Menge des Waren-Austausches zu voller Anschauung gebracht werden. Eine solche Darstellung war damals recht schwierig. In den, ursprünglich nur im finanziellen Interesse aufgestellten Kommerzial-Nachweisungen des Zollvereins gelangte erst vom Jahre 1845 ab ein handelsstatistischer Gesichtspunkt zur Geltung, und diese sehr umfangreichen, nur für die Behörden bestimmten Nachweisungen wurden für praktische Zwecke nicht bearbeitet; die auf ihnen beruhenden schätzbaren Arbeiten von Dieterici erschienen viel zu spät für den Gebrauch. Dazu kam, daß nur der Verkehr über die Grenzen der einzelnen, an den Zollverein angrenzenden Länder zu ermitteln war, gleichviel ob die Einfuhren oder Ausfuhren über eine solche Grenze aus dem Grenzlande herstammten oder daselbst verblieben, oder ob sie Gegenstände der Durchfuhr dieses Landes bildeten. Es mußte daher stets der Versuch gemacht werden, die aus der Zollvereins-Statistik gewonnenen Zahlen durch die in den Kommerzial-Nachweisungen der angrenzenden Länder nachgewiesenen Zahlen zu berichtigen, ein Versuch, welcher nur bei einem Teile dieser Länder möglich war. Ein völlig befriedigendes Ergebnis war selten zu erreichen, aber jeder Versuch auf diesem, damals noch sehr wenig angebauten Gebiete verschaffte mir Aufklärung über wichtige tatsächliche Verhältnisse. Durch solche statistische Arbeiten kam ich in persönliche Beziehungen zu Dr. Adolf Soetbeer, damals Sekretär der Handelskammer in Hamburg, dessen vorzügliche statistische Darstellungen des Handels seiner Vaterstadt mir von großem Nutzen waren.

Siebentes Kapitel.

Am 1. September 1844, dem Tage, an welchem das Handelsamt ins Leben treten ſollte, hatte der preußiſche Geſandte in Brüſſel, Heinrich von Arnim, ohne Ermächtigung des auswärtigen Miniſteriums, einen Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwiſchen dem Zollverein und Belgien unterzeichnet. Die Frage: ob dieſer Vertrag zu genehmigen ſei, war die erſte Frage, welche unter Herrn von Roennes reſſortmäßiger Mitwirkung zur Entſcheidung kam.

Der Vertrag hatte eine lange Vorgeſchichte.

Durch die Trennung von den Niederlanden waren die Handelsverhältniſſe Belgiens zu dritten Ländern nicht berührt worden: erſteres hatte die, aus dem Jahre 1822 herrührende niederländiſche Zoll- und Handelsgeſetzgebung unverändert beibehalten, und die letzteren behandelten Belgien ebenſo, wie ſie die Niederlande behandelt hatten. Dagegen hatten Belgiens Verhältniſſe zu den Niederlanden eine fundamentale Änderung erfahren. Der freie Verkehr mit dieſem Lande, welches einer entwickelten Induſtrie entbehrte und Induſtrieerzeugniſſe in großem Umfange verbrauchte, war eine Grundlage für die Entwicklung der belgiſchen Gewerbſamkeit geworden, und dieſe Grundlage war mit einem Schlage zerſtört; auch nach Abſchluß des Waffenſtillſtandes von 1833 hatte Belgien auf dem niederländiſchen Markte, außer der gleichberechtigten Mitbewerbung dritter Länder, eine lebhafte, erſt langſam verſchwindende politiſche Abneigung zu bekämpfen. Seine Induſtrie drohte zu erſticken, es entwickelte ſich eine wirtſchaftliche Kriſis, welche im Jahre 1838 ihren bezeichnenden Ausdruck fand in der Zahlungseinſtellung der größten gewerblichen Anſtalt des Landes, der Maſchinenfabrik Seraing, und eines der erſten Bankinſtitute, der banque de Belgique. Belgien war gezwungen, auf Förderung ſeiner

Ausfuhr Bedacht zu nehmen, und richtete naturgemäß seine Augen zunächst auf seine Nachbarn, Deutschland und Frankreich.

Seine ersten Verhandlungen nach der deutschen Seite hin hatten einen anderen Anlaß. Im Jahre 1817 war zwischen Preußen und den Niederlanden ein Abkommen getroffen worden, nach welchem beide Teile von den Schiffen des anderen keine höheren Schiffsabgaben erhoben als von den eigenen. Das oben erwähnte extraordinäre Flaggengeld fand deshalb auf die niederländische Flagge keine Anwendung, und dabei blieb es, obgleich das im Jahre 1822 erlassene niederländische Zollgesetz die Einfuhren unter Nationalflagge durch einen Zollrabatt von in der Regel 10 % begünstigte, und diese Begünstigung der preußischen Flagge vorenthalten wurde. Der Handelsstand in den Ostseehäfen sah nämlich den Holzabsatz nach einigen kleinen französischen Häfen für gefährdet an, wenn die für diesen Verkehr vorzugsweise geeigneten niederländischen Schiffe mit der Flaggenabgabe belastet würden. Der belgischen Flagge stand weder diese Rücksicht, noch politisches Wohlwollen zur Seite, und da Belgien die preußische Flagge ebenso behandelte wie Niederland, so wurden seine Schiffe der Flaggenabgabe unterworfen, und blieben nur bei den Hafenabgaben den preußischen gleichgestellt. Wiederholte Reklamationen gegen diese Änderung des früheren Zustandes führten im Jahre 1837 zu den ersten Verhandlungen zwischen beiden Regierungen; es wurde versucht, ein die Schiffs- und Ladungsabgaben umfassendes Abkommen zu stande zu bringen. Die Verhandlungen blieben liegen, wurden zwei Jahre später wieder aufgenommen und schleppten sich, anfangs in Berlin, später in Brüssel, fruchtlos in beiden Orten, jahrelang hin. Daß sie nicht vorwärts kamen, war nicht, wie Preußen behauptete, die Schuld Belgiens, auch nicht, wie Belgien behauptete, die Schuld Preußens, sondern die Schuld allgemeiner Verhältnisse.

Die belgische Flagge war damals so wenig als heute ein regelmäßiger Gast in den preußischen Häfen: der Durchschnitt einer Reihe von Jahren ergab etwa ein Schiff im Jahre. Von preußischen Schiffen dagegen erschienen jährlich etwa achtzig in belgischen Häfen. An einem Reziprozitätsabkommen in Beziehung auf die Schiffahrt hatte daher Belgien gar kein, Preußen ein beachtenswertes Interesse. Umgekehrt hatte Belgien ein großes Interesse an einem Handels-Vertrage, welcher seine Ausfuhr nach dem Zollverein gefördert hätte, während der Zollverein für seine Ausfuhr nach Belgien mit dem liberalen

Tarif von 1822 ganz zufrieden war. Belgien wollte daher keine Zugeständnisse für die Schiffahrt machen, ohne Zollerleichterungen für seine Ausfuhr, und Preußen war nicht geneigt, solche Erleichterungen, welche nach den bis dahin festgehaltenen Grundsätzen eine allgemeine Veränderung des Zolltarifs involviert hätten, zuzugestehen, um Schiffahrtsbegünstigungen zu erkaufen. Andere Momente traten hinzu. Belgien erhielt erst durch den Vertrag vom 19. April 1839 seine volle völkerrechtliche Konstituierung. Auch nach diesem Vertrage traten Umstände ein, welche die zeitweise Abberufung des preußischen Gesandten aus Brüssel veranlaßten. Endlich wußte man in Berlin, daß Belgien seit dem Jahre 1840 in Paris über einen Zollverein mit Frankreich verhandele. Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß der König Leopold einen solchen Zollverein niemals ernsthaft gewollt hat, es war sicher, daß Großbritannien gegen denselben Front machen werde, und Preußen mochte deshalb kein Opfer bringen, um das Scheitern des Planes herbeizuführen; aber solange die Verhandlung dauerte, und sie wurde erst Ende 1842 aufgegeben, war von den preußisch-belgischen Verhandlungen nichts zu erwarten. Erst nachdem beide Teile sich Negotiationsmittel geschaffen hatten, wurde eine Verständigung möglich.

Eine erhebliche Erhöhung der französischen Eingangsabgaben für leinene Gespinste und Gewebe hatte Belgien genötigt, am 16. Juli 1842 einen Handels-Vertrag mit Frankreich abzuschließen, durch welchen es für seine Landeinfuhren nach Frankreich die Wiederherstellung der früheren Abgaben erlangte und dafür sich verpflichtete, die aus dritten Ländern eingehenden Erzeugnisse der Leinenindustrie den in Frankreich eingeführten Zollsätzen zu unterwerfen und für französische Weine und Seidengewebe seine Eingangsabgaben zu ermäßigen. In Betracht der schwebenden Verhandlungen mit Preußen dehnte es diese Ermäßigungen auf die deutschen Weine und Seidengewebe aus, aber nur bis zum Ablauf einer bestimmten Frist, und damit war ein Negotiationsmittel geschaffen. Ein zweites Negotiationsmittel gewährte der Anschluß Luxemburgs an den Zollverein. In Belgien war am 6. Juni 1839, kurz nach Abschluß des Vertrages vom 19. April, ein Gesetz erlassen, welches gewissen gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen des deutschen Luxemburg erhebliche Zollerleichterungen bei der Einfuhr in Belgien gewährte. Diese auf einem einseitigen Akt der belgischen Gesetzgebung beruhenden und deshalb stets widerruflichen Erleichterungen fürchtete man in Luxemburg durch den Anschluß an den Zoll-

verein zu verlieren, und es war diese Furcht einer von den Gründen, aus welchen der König der Niederlande die Ratifikation des von seinem Bevollmächtigten am 8. August 1841 unterzeichneten Zollvereinigungs-Vertrages verweigerte. Die durch diese Weigerung veranlaßten Verhandlungen hatten zur Folge, daß in den Vertrag vom 8. Februar 1842 eine Verabredung aufgenommen wurde, in welcher der König von Preußen erklärte, „daß er die Absicht habe, alles Mögliche zu tun, um, wenn das königlich belgische Gesetz vom 6. Juni 1839 etwa aufgehoben werden sollte, die Luxemburger Untertanen rücksichtlich der ihnen aus einer solchen Aufhebung erwachsenden Nachteile zufrieden zu stellen". Belgien war also in der Lage, die Aufrechterhaltung dieses Gesetzes als ein Zugeständnis an Preußen zu verwerten. Endlich erging in Belgien am 21. Juli 1844 ein Gesetz über die Differentialzölle, welches für beinahe alle Gegenstände des Seeverkehrs den bisherigen Zollrabatt von 10 % durch eine weit größere Begünstigung der Einfuhr unter Nationalflagge ersetzte, also die Einfuhren unter preußischer Flagge noch mehr, als bisher, belastete und damit das Interesse Preußens an einer Verständigung vermehrte.

Preußen hatte die Zollbegünstigung der deutschen Weine und Seidengewebe durch eine Ermäßigung der Durchgangsabgabe von dem Verkehr Belgiens auf der Eisenbahn nach dem Rhein erwidert und würde geneigt gewesen sein, auf weitere, von Belgien gewünschte Durchfuhrerleichterungen einzugehen, ein wirksames Negotiationsmittel erhielt es aber erst durch eine, auf allgemeinen Gründen beruhende Wendung in seiner Tarifpolitik. Auf der General-Konferenz von 1842 hatte es die von anderen Seiten beantragte Erhöhung der Eisenzölle abgelehnt, auf der General-Konferenz von 1843 stellte es selbst den Antrag auf eine solche Erhöhung. Es war teils die persönliche Neigung des Königs, teils das Interesse des Finanzministers für seine heimatliche Provinz, welche diese, von der Bergwerksverwaltung lebhaft befürwortete und von der ganzen schutzzöllnerischen Strömung getragene Wendung herbeiführte. Zunächst kam es noch nicht zu einer Verständigung unter den Vereinsregierungen, namentlich weil Bayern einer höheren Belastung des Eisens abgeneigt war. Erst im folgenden Jahre gelang es, im Wege des Schriftwechsels die neuen Eisenzölle zu vereinbaren. Sie sollten mit dem 1. September 1844 in Kraft treten und zugleich als Negotiationsmittel gegen Belgien benutzt werden.

Vorerst trat nun ein Kriegszustand ein. Die Gleichstellung der deutschen mit den französischen Weinen und Seidengeweben in Belgien

war am 31. März 1844 abgelaufen; ihre einstweilige Fortdauer wurde abgelehnt. Am 16. Juli übergab die preußische Gesandtschaft in Brüssel eine Denkschrift, welche mit der Eröffnung schloß, daß sofort belgisches Roheisen einer Eingangsabgabe von 5 Sgr., belgisches grobes Stabeisen einer Abgabenerhöhung von 15 Sgr. und, vom 1. September ab, beide Eisensorten einer Erhöhung der an diesem Tage eintretenden Zollsätze um 50 % unterworfen werden würden. Am 28. Juli entzog Belgien der preußischen Flagge die Gleichstellung mit der nationalen bei den Schiffsabgaben und die, den begünstigten Flaggen gewährte Erstattung der, den Niederlanden für die Schiffahrt auf der Schelde zustehenden Abgabe. Von da an gingen die Verhandlungen rasch vom Fleck. Herr von Arnim hatte schon längst Vollmacht und Instruktion, zur Überraschung des auswärtigen Ministeriums schloß er ab.

Der von ihm unterzeichnete Vertrag stellte beide Flaggen bei den Schiffsabgaben unbedingt, bei den Ladungsabgaben im direkten Verkehr einander gleich; die im indirekten Verkehr ein- oder ausgehenden belgischen Schiffe wurden in den preußischen Häfen der Hälfte der Flaggenabgabe unterworfen; für den Zollverein galten die Häfen von der Elbe bis zur Maas, für Belgien die Maashäfen als eigene Häfen; der Scheldezoll wurde den preußischen Schiffen erstattet. Der Zollverein gewährte für den Eingang zu Lande eine Ermäßigung der Eingangsabgabe von Roheisen auf die Hälfte, von grobem Stabeisen um ein Sechsteil der neuen Sätze und die Bindung der Zollsätze für alles andere Eisen, und zwar mit der Maßgabe, daß, im Fall einer Ermäßigung der Zölle für Roheisen und Stabeisen, die an Belgien zugestandenen Zollsätze verhältnismäßig herabgesetzt werden sollten. Er gewährte ferner eine Ermäßigung des Ausgangszolls für rohe Wolle und des Eingangszolls für Käse, die Zollfreiheit für 15 000 Hammel, endlich eine Reihe von Durchgangszollermäßigungen. Belgien gestand zu: für Weine und Seidengewebe die an Frankreich zugestandenen Zollsätze und zugleich die Behandlung des meistbegünstigten Landes, für Nürnberger Waren und Modewaren Eingangszollermäßigungen, für Mineralwasser Zollfreiheit, für Lohrinde eine Ausgangszollermäßigung, die Bindung der Zollsätze für Eisen- und Stahlwaren und für Baumwollgewebe, die Aufrechterhaltung des Gesetzes vom 6. Juni 1839, einer seit Jahren bestehenden Eingangszollermäßigung für eine beschränkte Menge rohen leinenen Handgarns und der Zollfreiheit des Warendurchgangs auf der Eisenbahn, einige Zollerleichterungen der Durchfuhr auf anderen Wegen, endlich den Abschluß eines

Zollkartells. Der Vertrag sollte gelten bis Ende 1850, und wenn er nicht gekündigt wurde, weiter von Jahr zu Jahr.

Herr Beuth schickte mir am 6. September eine Abschrift des zwei Tage vorher in Berlin eingegangenen Vertrags mit der Einladung zu einer für den folgenden Tag verabredeten Besprechung mit den Herren Kühne und Eichmann, und zu einer auf den 9. bei dem Minister von Bülow angesetzten Konferenz, an welcher auch Herr von Roenne teilzunehmen hatte. Mir fiel der Vortrag zu. Zufrieden war niemand mit dem Vertrage. Man fand, daß die Zugeständnisse Belgiens hinter den unsrigen im Werte zurückblieben, daß für unsere Flagge nicht genug erreicht, daß einer Umgestaltung unserer Schiffahrtsgesetzgebung vorgegriffen, und daß gegen nachteilige Änderungen des belgischen Zolltarifs nicht genügend vorgesorgt sei, und man war der vollkommen berechtigten Meinung, daß wir den eingetretenen Kriegszustand weit länger würden aushalten können als Belgien. An eine Versagung der Genehmigung war aber doch nicht zu denken. Wie König Louis Philippe es verstanden hatte, seinen Widerstand gegen die demokratischen Tendenzen in Frankreich bei den großen Kontinentalmächten politisch zu verwerten, so verstand sein Schwiegersohn, König Leopold, seinen Widerstand gegen das Aufgehen Belgiens in der französischen Interessensphäre bei Preußen handelspolitisch auszubeuten. Sodann hatte Bayern den neuen Eisenzöllen nur bis zum Schluß der, mit dem Jahre 1845 ablaufenden Tarifperiode und nur in der Erwartung zugestimmt, daß eine vertragsmäßige Ermäßigung derselben zugunsten Belgiens eintreten werde; es war zu besorgen, daß es der Fortdauer jener Zölle widersprechen werde, wenn diese Erwartung getäuscht wurde. So wurde denn die Genehmigung unter den Bedingungen erteilt, daß die unsere Schiffahrtsgesetzgebung bindende Bestimmung des Vertrages abgeändert, ein paar andere Bestimmungen klarer gefaßt, und die Bedeutung noch anderer Bestimmungen durch Nebenabreden festgestellt würden. Auf diesen von Belgien angenommenen Bedingungen beruhen der, auf den Art. 5 des Vertrages folgende Separatartikel, der 2. und 3. Absatz des Art. 6, die Schlußworte im 1. Absatz des Art. 7, der letzte Absatz des Art. 19, die Eingangsworte des 1. und die Schlußworte des 2. Absatzes des Art. 24, endlich die Verabredungen in dem am 19. Oktober bei der Auswechselung der Ratifikationen aufgenommenen Protokoll.

Heinrich von Arnim verstand es vortrefflich die Trommel zu rühren; in der Tagespresse und in Broschüren wurde der September-

Vertrag als der Anfang einer neuen handelspolitischen Ära für den Zollverein gepriesen. Ich wurde ganz irre an meinem eigenen Verständnis, weil es mir nicht gelingen wollte, etwas dieser Art in dem Vertrage zu entdecken, und nachdem ich mich neun Jahre lang mit demselben zu beschäftigen gehabt hatte, war ich bei der Meinung geblieben, daß es ein Vertrag sei, nicht besser, als sehr viele andere. Nicht einmal ein dauernd befriedigendes handelspolitisches Verhältnis zwischen beiden Ländern stellte er her, denn es zeigte sich sehr bald, daß in Belgien die erste Voraussetzung eines solchen Verhältnisses fehle: die Stabilität der Gesetzgebung. Belgien wollte vor allen Dingen seine handelspolitischen Beziehungen zum Auslande so vorteilhaft als möglich gestalten; diesem Zwecke entsprechend hatte es seine Handels- und Schiffahrts-Gesetzgebung eingerichtet. Dieselbe war nicht der Ausdruck dessen, was die dauernden Interessen der Staatskasse, des Ackerbaues, der Gewerbsamkeit und der Schiffahrt erheischen, sondern ein Apparat von Negotiations-Mitteln. Sie wurde deshalb ohne Bedenken zugunsten des einen oder anderen Landes durchlöchert, sobald eine handelspolitische Konjunktur solches nützlich erscheinen ließ. Herr von Arnim hatte die Weisung gehabt, eine Verabredung zu treffen, durch welche die aus dem Zollverein nach Belgien eingehenden Wollengarne, ungewalkten Wollengewebe und neuen Kleider, für welche im Jahre vorher die belgischen Zollsätze erhöhet waren, gegen eine Begünstigung der französischen Einfuhren gesichert würden. Er hatte auf einer solchen Verabredung nicht bestanden, weil ihm der belgische Handelsminister schriftlich erklärte, es sei unmöglich, den einmal gegebenen Schutz für die Wollen-Industrie teilweise wieder aufzuheben, aber kaum fünf Vierteljahre nach Abschluß des September-Vertrages gestand Belgien in einem neuen Handels-Vertrage mit Frankreich diesem Lande erhebliche Zollermäßigungen für jene Gegenstände zu. Im folgenden Jahre, am 29. Juli 1846, schloß Belgien einen Handels-Vertrag mit den Niederlanden, durch welchen es zugunsten der letzteren einen Teil seines Gesetzes über die Differentialzölle aufgab und seine Eingangszölle für verschiedene Gegenstände, namentlich Bier, Vieh, Käse und dicke gewalkte Wollenwaren, ermäßigte. So war nicht lange nach Abschluß des viel gerühmten Vertrages der Zustand der, daß der Zollverein an Belgien für das Eisen eine ausschließliche Begünstigung, für alle anderen Gegenstände der Einfuhr die Behandlung der meistbegünstigten Nation gewährte, während er für seine Einfuhren in Belgien weder

eine ausschließliche Begünstigung, noch auch nur die Behandlung der meistbegünstigten Nation genoß.

Das Handelsamt war mit dem September-Vertrage nur im letzten Augenblick befaßt gewesen; es wendete zunächst seine Tätigkeit dem Vereins-Zolltarif zu. Im Sommer 1845 stand die regelmäßige Revision dieses Tarifs durch eine General-Konferenz in Karlsruhe bevor, und es kam darauf an, die bei derselben von Preußen zu stellenden Anträge vorzubereiten.

Die aus den Kreisen der Interessenten, von Handelskammern und von einzelnen Provinzial-Landtagen befürworteten Tarif-Änderungen waren hauptsächlich auf Erhöhung der Zölle für leinene, baumwollene und wollene Garne und Gewebe und für Soda gerichtet. In den letzten Tagen des März und den ersten beiden Wochen des April 1845 fand im Handelsamt eine Enquete statt, bei welcher, unter Vorsitz von Herrn von Roenne und Teilnahme von Vertretern der Ministerien des Auswärtigen, der Finanzen, des Innern und der Justiz, die vier von Abänderungs-Anträgen betroffenen Materien an der Hand von Denkschriften, welche, im Handelsamt ausgearbeitet, die Sachlage und die Gründe für und wider darlegten, von Interessenten aus dem Fabrikanten- und Handelsstande beraten wurden. Herr Hegel hatte die Beratung über Leinen und Baumwolle, Herr Mac Lean über Wolle, ich über Soda zu leiten. Ich hatte die Soda mit in die Enquete gebracht, weil ich an derselben beteiligt sein wollte und sicher war, daß das Ergebnis gegen eine Zollerhöhung ausfallen werde. Bei den drei anderen Materien ergab die Beratung, wie ebenfalls zu erwarten war, die Rätlichkeit von Zollerhöhungen für die Garne und einzelne Arten der Gewebe unter Gewährung von Rückzöllen bei der Ausfuhr von Geweben. In diesem Sinne machte Herr von Roenne seine Vorschläge.

Es würde kaum noch ein historisches Interesse haben, wollte ich in ihren Einzelheiten die Schicksale verfolgen, welche diese Vorschläge im Handelsrate, und welche die in letzterem beschlossenen Anträge Preußens in der General-Konferenz hatten. Die Verschiedenheit der Meinungen im Schoße der preußischen Behörden war nicht auszugleichen. Die Anträge Preußens trugen so sehr den Charakter der Halbheit, daß niemand ihre Annahme ernsthaft wünschen konnte, und als sie unter dem Druck der schutzzöllnerischen Strömung auf der General-Konferenz und im Lande wesentlich geändert und einheitlich gestaltet wurden, war es zu spät. Mir verschaffte diese Wendung

eine Reise nach Franzensbad. Herr von Roenne brauchte daselbst eine Brunnenkur; es mußte ihm über die Lage der Dinge in Karlsruhe und über die Erklärungen Vortrag gehalten werden, welche Herr Mac Lean, als sein Vertreter, in dem vom König berufenen Handelsrat abgeben sollte. Herr Mac Lean selbst konnte Berlin nicht verlassen, Herr Hegel war verreist, und so fiel mir der Vortrag zu. Von Crimmitschau, wo damals die Eisenbahn aufhörte, fuhr ich die Nacht hindurch mit Extrapost nach Franzensbad und hatte, kaum angekommen, eine mehrstündige Konferenz mit meinem Chef, der, überhaupt kein Mann raschen Entschlusses, in diesem Fall schwer zu bewegen war, von seinen Vorschlägen etwas nachzulassen. Müde, zerschlagen und übellaunig ging ich mit ihm zum Mittagessen, aber aller körperliche und geistige Druck war im Augenblick von mir gewichen, als er mich meinem Gegenüber an der schmalen Tafel vorstellte, der entzückenden jungen Frau eines holsteinischen Gutsbesitzers, Engländerin von Geburt. Die elektrisierende Wirkung der Schönheit habe ich niemals in gleichem Grade empfunden. Am Nachmittage machten wir eine gemeinschaftliche Partie nach dem Siechenhause bei Eger, den Abend brachten wir zusammen zu, und am nächsten Morgen stand ich früh auf, um sie am Brunnen zu treffen. Nach dem Kaffee reiste ich ab und brachte die angenehmste Erinnerung mit nach Hause.

Im Oktober ging die Karlsruher General-Konferenz auseinander, ohne sich über die Zölle für Garne und Gewebe verständigt zu haben; ihr einziges nennenswertes Ergebnis war die Zollbefreiung einiger rohen Fabrikmaterialien. Daß ein solcher Abschluß monatelanger Verhandlungen über brennende Fragen dem Ansehen des Zollvereins als Ganzen, wie der einzelnen Vereinsstaaten zu schwerer Schädigung gereichen müsse, war augenfällig, und es wurde deshalb, als die Konferenz sich trennte, von der preußischen und von anderen Regierungen erklärt, daß man die Frage der Garn- und Gewebezölle als noch schwebend betrachte und deren Erledigung weiter verfolgen werde. Durch eine im Januar 1846 an die Vereinsregierungen versendete Denkschrift ergriff Preußen die Initiative, und kaum war diese Denkschrift abgegangen, als ein Ereignis eintrat, welches zur Lösung der Frage mitwirkte, nämlich die Peelsche Zollreform in Großbritannien. Der gewaltige Eindruck, welchen diese großartige Reform ausübte, war noch lebendig, als im Juni 1846 die von Preußen nach Berlin berufene neue General-Konferenz zusammentrat. So kam es denn, freilich nicht ohne Mühe, zu einer Verständigung. Es wurde eine

Erhöhung des Zolls für rohes Baumwollgarn von 2 auf 3 Taler, des Zolls für rohes leinenes Maschinengarn auf 2 Taler, und entsprechende Erhöhungen der Zollsätze für veredelte Leinengarne und für Leinengewebe beschlossen. Ich wünschte die Gelegenheit zu benutzen, um die Zollbefreiung aller nur aus dem Auslande zu beziehenden Fabrikmaterialien durchzusetzen. Herr von Roenne war mit mir einverstanden und legte eine von mir ausgearbeitete Denkschrift den Ministerien vor, aber die Materie schien das Programm der Konferenz allzusehr zu überschreiten. Es kam nur zur Zollbefreiung der rohen Farbhölzer, und erst im Jahre 1851 konnte ich meinen Zweck erreichen.

Daß die Berliner General-Konferenz zu einer Verständigung führte, war nicht zum wenigsten das Verdienst des ersten preußischen Konferenz-Bevollmächtigten, Freiherrn von Patow. Er hatte seine Laufbahn im Finanzministerium begonnen, war zu Herrn Kühne in nahe Beziehungen getreten, hatte eine Zeitlang im Ministerium des Innern, zuletzt als Direktor, fungiert und war im Sommer 1845, als Herr Eichmann zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt wurde, dessen Nachfolger als Direktor im auswärtigen Ministerium geworden. Er brachte in diese Stellung mit, was seinem Vorgänger gefehlt hatte: Weite des Blicks, politisches Verständnis, Beweglichkeit des Geistes, Sprachkenntnisse und eine gewinnende, formgewandte Persönlichkeit. Von alter Familie, selbst wohlhabend, in erster Ehe mit einer reichen und liebenswürdigen Frau, geb. von Endell, verheiratet, war er zu den diplomatischen Kreisen schon vor seiner Ernennung in gesellschaftlichen Beziehungen gewesen. An Ernst und Arbeitskraft stand er seinem Vorgänger nicht nach, aber eine energische Natur war er nicht. Schutzzöllner war er so wenig wie Kühne, aber er ging von dem richtigen Gesichtspunkte aus, daß für Preußen eine Versöhnung unter den Vereinsregierungen wichtiger sei, als die rationell richtige Abmessung des einen oder anderen Zollsatzes. In diesem Sinne hatte er auf die preußischen Anträge bei der General-Konferenz eingewirkt und führte er die Konferenz-Verhandlungen. Die zuletzt vereinbarten Zollsätze befriedigten als solche vielleicht niemand, sie sind aber achtzehn und ein halbes Jahr lang in Geltung geblieben.

Herr von Roenne war mit dem Ergebnis der Konferenz ganz und gar nicht zufrieden, aber er hatte in Herrn von Patow einen Alliierten gewonnen für die zweite große Frage, welche er aufzunehmen

hatte, die Frage der Differentialzölle. Bald nach dem Abschluß der Tarif-Enquete hatte er eine „Denkschrift, betreffend die Begünstigung des direkten Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den außereuropäischen Ländern" vorgelegt. Diese von Herrn Mac Lean mit großem Geschick ausgearbeitete Denkschrift befürwortete den Erlaß eines Gesetzes, welches außereuropäischen Erzeugnissen, die in Zollvereins- oder diesen gleichgestellten Schiffen aus dem Erzeugungslande direkt nach einem Hafen des Zollvereins oder einem Vorhafen zwischen Elbe und Schelde mit der Bestimmung nach dem Zollverein gesandt werden, eine Begünstigung in den Eingangsabgaben gewähren sollte. Sie ging davon aus, daß der unmittelbare Warenaustausch zwischen zwei Ländern die, den natürlichen Verhältnissen entsprechendste Form des Verkehrs sei, daß der Zollverein durch die Gesetzgebungen der großen See- und Kolonialstaaten, insbesondere Großbritanniens und der Niederlande, zum Nachteil seiner Schiffahrt und seiner Ausfuhr von dieser Form des Verkehrs fern gehalten werde, und daß es notwendig sei, dieselbe durch gesetzliche Begünstigungen für ihn zu gewinnen. Sie verkannte nicht, daß es zu diesem Zweck sowohl der Mitwirkung der Regierungen der Vorhäfen, als auch der Vermehrung der für transatlantische Fahrten geeigneten Schiffe bedürfe, sie sah aber die Mitwirkung Belgiens und der Hansestädte als zweifellos an und erkannte in der, vorläufig noch nicht auszuschließenden Beteiligung der britischen Flagge an dem privilegierten Verkehr ein Mittel, um über den Mangel an eigenen Schiffen in der Übergangszeit hinwegzukommen.

Die Denkschrift war gedruckt worden und, zwar nicht veröffentlicht, aber doch in zahlreiche Hände gelangt. Herr Kühne ließ deshalb in gleicher Form eine Denkschrift „Über Differentialzölle" erscheinen, welche die von Roenne empfohlene Maßregel bekämpfte. Sie erblickte in derselben einen volks- und staatswirtschaftlich nachteiligen Eingriff in die, auf Grundlage der vorhandenen realen Verhältnisse, und zwar in befriedigender Weise sich vollziehende, natürliche Entwicklung des Verkehrs, sie erachtete auch solche Differentialzölle, welche ausnahmsweise als Gegenmaßregel gegen die Politik fremder Staaten eingeführt werden, für im allgemeinen bedenklich, und sie wies die Erwägung derjenigen Differentialzölle, welche als Begünstigung für direkte Importen aus gewissen Ländern unter gegenteiliger Begünstigung unserer Exporte nach diesen Ländern zugestanden werden möchten, bis dahin zurück, wo ein praktisches Interesse dieselbe nötig machen werde. Ihren

eigentlichen Schwerpunkt hatte sie in einer eingehenden Erörterung des Verhältnisses zu Großbritannien, auf dessen Neugestaltung das Herannahen des Kündigungstermins für den Vertrag vom 2. März 1841 hinwies, und welches sie als die Grundlage der Verhandlungen mit anderen Staaten auffaßte. Das Gefühl der Schwäche des Zollvereins gegenüber dem damals auf dem Zenit seiner Macht stehenden britischen Reiche beherrschte diese Erörterung und fand in der Ängstlichkeit seinen Ausdruck, mit welcher die an Großbritannien zu richtenden Forderungen aufgestellt waren.

Eine Vermittlung zwischen Roenne und Kühne versuchte Heinrich von Arnim in einer Broschüre, welche im Dezember 1845 unter dem Titel „Ein handelspolitisches Testament" anonym als Manuskript gedruckt wurde. Mit sprudelndem Geiste geschrieben, mit einer Fülle treffender Bemerkungen ausgestattet, mit kühner Phantasie die Materie formend, zeigte sie Belgien und den September-Vertrag als den archimedischen Punkt für die Gestaltung unserer Handelspolitik. Auf Grundlage der dem Zollverein in Belgien vertragsmäßig zustehenden Niederlagerechte und Durchgangszollfreiheit konstruierte sie ein System von Differentialzoll-Verträgen zu Dreien — Zollverein, Belgien, transatlantisches Land —, durch welches allmählich und gegen Zugeständnisse der transatlantischen Länder alle Zwecke erreicht werden sollten, welche Roenne bei seinem Vorschlage im Auge hatte, und die Nachteile vermieden werden sollten, welche Kühne in diesem Vorschlage fand. Charakteristisch für den Verfasser ist es, daß er, kaum zwei Monate nach dem Erscheinen seines „Testaments", in einem der Besprechung der Peelschen Zollreform gewidmeten Journalartikel rundweg erklärte, sein Plan der Einführung eines Differentialzollsystems auf dem Wege der Verträge mit überseeischen Staaten sei jetzt nicht mehr ausführbar.

Neben den Beamten ließ sich auch ein Kaufmann über die Frage vernehmen. Ludolph Camphausen, der spätere Märzminister, damals Präsident der Kölner Handelskammer, verfaßte eine Denkschrift „Über die Beförderung der Schiffahrt des Zollvereins", welche unter dem Namen der Handelskammer im Jahre 1846 erschien. Mit vollständiger Beherrschung des Stoffs wies sie, nicht aus theoretischen Gründen, sondern aus der Gesamtheit der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse nach, daß die Übertragung britischer, französischer oder belgischer Vorbilder auf den Zollverein der realen Grundlage entbehren und deshalb den Handel und den Verbrauch mit Opfern belasten und in

die Beziehungen zu anderen Staaten Störungen tragen würde, welche mit dem beabsichtigten Erfolge, auch wenn derselbe erreicht werden sollte, außer Verhältnis ständen. Indem sie sich deshalb gegen Differentialzölle aussprach, verkannte sie nicht, daß die Hebung des direkten Verkehrs mit transatlantischen Ländern anzustreben sei, und schlug deshalb vor, auf eine Reihe von Jahren Prämien für den Bau und die Ausrüstung von neuen, zu großen Seereisen tauglichen Schiffen, und Prämien den Angehörigen des Zollvereins für jede nach einem überseeischen Lande hin und her zurückgelegte unmittelbare Fahrt zu bewilligen.

In dieser Verschiedenheit der Meinungen und der Vorschläge hatte das auswärtige Ministerium Stellung zu nehmen. Es waren durchweg neue Menschen, welche dabei mitzuwirken hatten. Ende 1845 war der Freiherr von Canitz Bülows Nachfolger als Minister und, wie früher erwähnt, nicht lange vorher Herr von Patow Eichmanns Nachfolger als Direktor geworden; zum Referenten in den handelspolitischen Angelegenheiten war an Stelle des, in den Ruhestand getretenen Geheimen Legationsrats Michaelis der Geheime Regierungsrat von Kamptz, damals Zollvereinsbevollmächtigter in Braunschweig, berufen, ein Mann von bedeutendem Talent, gewandter Feder und vollständiger Vertrautheit mit der Zollverwaltung und den Zollvereinsverhältnissen. Um die Stellung zu verstehen, welche diese Männer, insbesondere Herr von Patow, zu der Frage einnahmen, ist eine Betrachtung der damaligen handelspolitischen Lage Preußens nicht zu vermeiden.

Der Zollvereinigungsvertrag mit Frankfurt vom 2. Januar 1836 hatte eine Periode überaus erfolgreicher aktiver Handelspolitik zum Abschluß gebracht. Es war natürlich, daß eine Periode der Ruhe folgte. In einem großen Teile der Vereinsstaaten war die Zollverwaltung, in einigen auch die Verwaltung der inneren Steuern neu zu organisieren, Regierungen und Bevölkerungen mußten sich in die neuen Verhältnisse und miteinander einleben, mehrjährige Erfahrungen waren nötig, um die Wirkungen der großen Umwälzung, insbesondere auf die Finanzen, zu erproben. Die Stellung Preußens in dieser Ruhezeit war anfangs ungemein günstig. Es waren seine Einrichtungen und seine Verwaltungsgrundsätze, welche auf die anderen Staaten übertragen wurden, seine Handhabung dieser Einrichtungen und Grundsätze wurde als mustergültig betrachtet, und es wurde bereitwillig anerkannt, daß man bei ihm in die Schule zu gehen habe. Indessen

erreichte die Schulzeit nach und nach ihr Ende; in den anderen Vereinsstaaten wurde man sich bewußt, auch etwas von der Sache zu verstehen, man fand, daß manche Einrichtungen zu sehr für die preußischen Verhältnisse zugeschnitten seien, um anderwärts zu passen, und man ergriff die Initiative zu Abänderungen des Bestehenden. Preußen verhielt sich solchen Anträgen gegenüber fast durchweg ablehnend, es konnte sich schwer darin finden, daß seine Schüler selbständig geworden seien, es empfand die Opfer, welche ihm der Verzicht auf die Autonomie in Zollangelegenheiten auferlegte, und seine Vertreter ließen die Beamten der anderen Staaten das Übergewicht fühlen, welches sie aus der Stellung ihrer Regierung und ihrer eigenen Geschäftserfahrung herleiteten. Die General-Konferenzen des Zollvereins wurden aus Versammlungen, in welchen mit vereinten Kräften für gemeinschaftliche Zwecke gearbeitet wurde, allmählich zu Versammlungen, in welchen der einzelne Staat seine besonderen Zwecke verfolgte und sich nach Unterhandlungsmitteln umsah, durch deren Benutzung er diese Zwecke erreichen konnte. Die natürliche Folge war die zunehmende Unfruchtbarkeit der General-Konferenzen. An die Stelle der, durch das allseitige Interesse gebotenen Ruhe war ein, keinem Interesse entsprechender Stillstand getreten.

Es schien eine Zeitlang, daß dieser Stillstand durch eine wichtige Erweiterung des Vereins unterbrochen werden würde.

Nicht lange nach der Gründung des Zollvereins hatten sich Hannover, Braunschweig und Oldenburg zu einem Zollverein vereinigt, welchem sie den Namen „Steuerverein" gaben; Zollverein und Steuerverein hatten im Jahre 1837 durch eine Reihe von Verträgen die gegenseitigen Verkehrsverhältnisse in freundschaftlicher Weise gestaltet. Drei Jahre später faßte Braunschweig den Entschluß, aus dem Steuerverein auszuscheiden und in den Zollverein einzutreten. Es wünschte im nationalen und in seinem eigenen Interesse die Vereinigung beider Vereine, und es glaubte, diese Vereinigung durch seinen Anschluß an den Zollverein herbeizuführen, weil sein Gebiet den südlichen Teil Hannovers von dem Hauptlande abschneidet. In der Tat erklärte Hannover, im Einverständnis mit Oldenburg, daß es eine dringende Aufforderung finde, sich dem Zollverein anzuschließen, sobald nicht mehr Gründe von überwiegender Wichtigkeit davon zurückhielten. Als Vorbereitung für die Verhandlungen übergab es eine Zusammenstellung derjenigen Gegenstände, welche es im Interesse des Steuervereins vorzugsweise zur Erwägung zu stellen hatte. Die kommissarische

Besprechung dieser Gegenstände ergab bei den wichtigsten derselben nicht auszugleichende Meinungsverschiedenheiten, und so war, ohne daß es zur Eröffnung eigentlicher Verhandlungen gekommen war, der Versuch einer Verschmelzung beider Vereine gescheitert. Zu einem Bruch kam es darum nicht; im Jahre 1845 wurden die gegenseitigen Verhältnisse auf der nämlichen Grundlage, wie im Jahre 1837, vertragsmäßig gestaltet, aber es blieb ein Mißerfolg für Preußen, daß zum ersten Male eine Erweiterung des Zollvereins fruchtlos versucht war.

Die Wirkung dieses Mißerfolges trat sofort in dem Verhältnis zu Großbritannien in Erscheinung. Der Vertrag vom 2. März 1841 hatte, wie zu erwarten war, der preußischen Schiffahrt so viel wie nichts genützt; er wurde jetzt der Anlaß zu einer fühlbaren Schädigung der preußischen Schiffahrt. Die britische Regierung wünschte nichts weniger, als die Ausdehnung des Zollvereins-Tarifs auf die norddeutschen Küstenländer, und hatte deshalb die Beratungen über den Zollanschluß des Steuervereins mit Besorgnis verfolgt, jetzt beeilte sie sich, wie Lord Palmerston mit der ihm eigentümlichen rücksichtslosen Offenheit dem preußischen Gesandten in London erklärte, der Schiffahrt dieser Küstenländer diejenigen Vorteile einzuräumen, welche dieselbe durch den Anschluß an den Zollverein erlangt haben würde. Verträge, welche sie im Sommer 1844 mit Hannover, Oldenburg und Mecklenburg abschloß, erkannten für diese Staaten die Häfen zwischen Maas und Elbe, für Hannover auch zwischen Trave und Memel, für Mecklenburg auch zwischen Trave und Oder als Vorhäfen im Sinne der Parlaments-Akte von 1840 an und schufen für den Verkehr zwischen den eigenen Häfen Preußens und Großbritannien durch die Zulassung der hannoverschen, oldenburgischen und mecklenburgischen Flagge der preußischen Flagge eine sofort fühlbar werdende Konkurrenz. Daß Großbritannien schon anderthalb Jahre vorher die Häfen zwischen Weichsel und Niemen als russische Vorhäfen anerkannt hatte, war prinzipiell nicht zu bemängeln und praktisch ohne besondere Bedeutung, aber die Zugeständnisse an die drei deutschen Staaten gingen über das Prinzip hinaus und waren der Ausdruck handelspolitischen Übelwollens. Preußen mußte sie ruhig über sich ergehen lassen.

In seinem Vertrage mit Großbritannien hatte Hannover die Verpflichtung übernommen, jede von ihm einem anderen Staat zu gestandene Zollermäßigung den britischen Untertanen gleichfalls und zur nämlichen Zeit zu gewähren, und zwar unentgeltlich, wenn die-

ſelbe unentgeltlich zugeſtanden, oder gegen eine möglichſt gleichkommende Vergütung, wenn ſie an Bedingungen geknüpft war. Preußen machte kein Hehl daraus, daß es in dieſer, bis Ende 1853 verbindlichen Verpflichtung ein Hindernis für den Beitritt Hannovers zum Zollverein erkenne, weil letzterer nicht darauf verzichten könne, einzelnen Staaten ausſchließliche Zollbegünſtigungen zu gewähren, wie ſolches Belgien gegenüber bereits geſchehen ſei. In Hannover ließ man ſich hierdurch nicht abhalten, in einem Vertrage vom 10. Juni 1846 die nämliche Verpflichtung, und zwar auf zwölf Jahre, gegen die Vereinigten Staaten zu übernehmen und ſogar den beſtehenden Eingangszoll für Rohtabak von $1^1/_{24}$ Taler vom Zentner für die gleiche Zeitdauer mit der Wirkung zu binden, daß im Falle einer Erhöhung desſelben Amerika zur Aufhebung des Vertrages berechtigt ſein ſollte. Damit nicht genug, war in dem Vertrage jedem deutſchen Staate der Beitritt vorbehalten, alſo der Welt kundgegeben, daß Hannover die handelspolitiſche Vertretung dieſer Staaten gegen das Ausland in Konkurrenz mit Preußen übernommen habe. Wirklich hatte dieſe Kundgebung einen Erfolg: im folgenden Jahre ſchloß Mecklenburg auf Grund jenes Vorbehaltes einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten, welcher noch weitergehende Bindungen von Zollſätzen enthielt, als der Vertrag vom 10. Juni 1846. Der amerikaniſche Unterhändler des letzteren, Dudley Mann, bezeichnete ihn mit Stolz als a terrible blow on the Zollverein. Jedenfalls war er für Preußen ein Schlag ins Geſicht.

Wie wenig befriedigend ſich für den Zollverein ſein Verhältnis zu Belgien trotz des September-Vertrages geſtaltete, habe ich früher erwähnt. Beſprechungen, welche in den Jahren 1846 und 1847 auf Anregung Belgiens über eine zuſätzliche Übereinkunft zu dieſem Vertrage ſtattfanden, führten zu keinem Ergebnis. Noch unbefriedigender wurde das Verhältnis zu den Niederlanden. Letztere hatten durch ihren ebenfalls ſchon erwähnten und ſpäter eingehender zu beſprechenden Vertrag mit Belgien vom 29. Juli 1846 der Induſtrie dieſes Landes gerade für ſolche Gegenſtände, in welchen dieſelben mit der deutſchen Induſtrie konkurrierte, beträchtliche Zollermäßigungen zugeſtanden. Der Zollverein hatte an dieſen Zugeſtändniſſen keinen Teil, obgleich die Niederlande von ihm als meiſtbegünſtigte Nation behandelt wurden.

Frankreich fuhr in dem Ausbau ſeines Schutzzoll-Syſtems fort. Die Erhöhung ſeiner Eingangsabgaben für leinene Geſpinſte und

Gewebe, welche die Veranlassung zu seinem ersten Vertrage mit Belgien wurde, hatte auch das Interesse des Zollvereins empfindlich geschädigt und gab dem letzteren im Jahre 1842 den Anlaß, seine Zölle für eine Anzahl von Artikeln der Pariser Industrie, sowie für Franzbranntwein, Papiertapeten und lederne Handschuhe zu verdoppeln. Die wahrscheinlich nicht sehr ernsthaften Versuche, welche Frankreich machte, um durch kleine Tarif-Konzessionen die Aufhebung dieser Maßregel zu erkaufen, führten zu keinem Ergebnis; die Maßregel war ohne einen handelspolitischen Erfolg geblieben.

Der Vertrag mit den Vereinigten Staaten vom 25. März 1844 war, wie oben erwähnt, nicht zur Ausführung gekommen.

So traf der Blick, wohin er sich auch wenden mochte, auf Stillstand, Mißerfolg oder Kränkungen. Preußen, als leitende Zollvereinsmacht, wurde von der öffentlichen Meinung für diese Lage verantwortlich gemacht, der im Schoße seiner Regierung herrschende Kampf der Ansichten war für niemand ein Geheimnis, es verlor an Ansehen und Vertrauen.

Das auswärtige Ministerium war von dem lebhaften Bewußtsein erfüllt, daß es notwendig sei, aus diesem unerträglichen Zustande durch Ergreifung einer aktiven Handelspolitik herauszukommen, und entschied sich von diesem Standpunkt aus für die Einführung von Differentialzöllen. In einer Denkschrift „betreffend die Begünstigung des direkten Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den außereuropäischen Ländern" vom September 1846 eignete es sich die zugunsten einer solchen Maßregel von Roenne geltend gemachten wirtschaftlichen Gründe an, betonte aber in erster Linie die politischen Gründe. Die Denkschrift ging davon aus, daß Preußen den Beruf habe, die Führung der öffentlichen Meinung in Deutschland zu übernehmen, soweit dieselbe vernünftig und mit den verfassungsmäßigen und gesetzlichen Zuständen vereinbar sei, sie konstatierte, daß die öffentliche Meinung, wie sie in Kundgebungen nicht bloß des Handels- und Gewerbestandes, sondern auch legislativer Körperschaften und einzelner Regierungen hervortrete und von dem größten Teil der Presse getragen werde, immer entschiedener auf eine Begünstigung des direkten Verkehrs zwischen Deutschland und den außereuropäischen Ländern hindränge, und folgerte aus diesen Vordersätzen, daß die Ergreifung der Initiative in dieser Frage eine, vom Standpunkte der deutschen Politik Preußens aus erwünschte Gelegenheit darbiete, einen Schritt zu tun, welcher zur Hebung des

deutschen Nationalgefühls dienen und im Norden wie im Süden lebhaften Anklang finden werde. Sie widerlegte die Einwendungen, welche aus der Rücksicht auf die Verhältnisse zu andern Ländern, insbesondere zu Großbritannien, gegen eine solche Initiative hergeleitet wurden; sie erkannte an, daß die Maßregel eine Mitwirkung der deutschen Nordseestaaten, mindestens Hamburgs und Bremens, zur Voraussetzung habe, glaubte aber auf diese Mitwirkung zählen zu können und führte aus, daß einer Verständigung mit den norddeutschen Küstenstaaten über gemeinschaftliche Maßregeln zum Schutze und zur Förderung der Schiffahrt die Besorgnis nicht entgegenstehen dürfe, sie werde für diese Staaten den Reiz zum Anschluß an den Zollverein verringern. Ihre auf solche Erwägungen gegründeten Vorschläge gingen, im Einklange mit den Vorschlägen des Handelsamts, auf Einführung von Differentialzöllen durch Gesetz und wichen von demselben nur darin ab, daß sie die Begünstigung der direkt aus den Produktionsländern eingehenden Waren nicht, wie das Handelsamt, ohne weiteres eintreten lassen, sondern von vertragsmäßigen Zugeständnissen des Produktionslandes abhängig machen wollten. Die Denkschrift konnte zur Begründung dieser Abweichung darauf Bezug nehmen, daß gerade damals Brasilien durch einen eigens abgesandten Bevollmächtigten sich bereit erklärte, für eine Begünstigung seiner Haupterzeugnisse dem Zollverein entsprechende Zollermäßigungen, insbesondere für Leinen-, Baumwollen- und Metallwaren einzuräumen.

Am 29. September wurden die verschiedenen Vorschläge in einer Konferenz der Ressortchefs und der beteiligten Beamten bei Herrn von Canitz beraten. Die Beratung führte, wie alle Beratungen über große handelspolitische Fragen, zu keiner Verständigung. Der vor kurzem an Herrn Flottwells Stelle getretene Finanzminister von Duesberg zeigte sich als entschiedener Gegner der Differentialzölle. Das einzige Ergebnis war der Beschluß, daß der Vertrag mit Großbritannien vom 2. März 1841 zu kündigen, und daß dem Bevollmächtigten Brasiliens, Marquis d'Abrantes, zu eröffnen sei, man befinde sich zur Zeit nicht in der Lage, seine Vorschläge zu beantworten. Die Sache mußte nun dem König im Handelsrat vorgetragen werden. Am 5. November fand die Sitzung statt. Für Annahme eines Differentialzoll-Systems erklärten sich alle Stimmen, sofern damit der Anschluß des Steuervereins und der Hansestädte an den Zollverein unmittelbar erreicht werde; geteilt

waren die Stimmen darüber, ob dieses System schon unter der Voraussetzung anzunehmen sei, daß jene Staaten sich zu einem bloßen Schiffahrts-Vertrage mit dem Zollverein verstehen würden. Herr von Roenne stellte schließlich seinen Antrag dahin, daß das Prinzip der Beförderung des direkten Verkehrs des Zollvereins mit außereuropäischen Ländern durch gesetzliche Anordnung von Differentialzöllen nach vorgängiger Verständigung mit den Vereins-Regierungen angenommen, und dann mit den deutschen Nordseestaaten, zunächst mit Bremen und Hamburg, über ihre Teilnahme an der Ausführung dieses Systems in Unterhandlung getreten werde. Der König sprach sich dahin aus, daß, wenn ein Differentialzoll-System auch nicht den Beitritt der Nordseestaaten zum Zollverein, wohl aber im Wege eines Schiffahrts-Vertrages, oder auf ähnliche Art den politischen Vorteil herbeiführen könne, welcher mit dem Beitritt verbunden sein würde, es der Mühe wert scheine, dieses System als ein Unterhandlungsmittel für den Zollverein zu gebrauchen und damit anzufangen, den Hanseſtädten zu eröffnen, man wolle Differentialzölle einführen, wenn sie unter gewissen Modifikationen, welche ihre besonderen Verhältnisse erfordern, dem Zollverein beitreten, insbesondere in einen Schiffahrtsbund mit ihm treten und sich verpflichten wollten, nicht mehr eigene Schiffahrts-Verträge, sondern solche nur gemeinschaftlich mit dem Zollverein abzuschließen. Unbestimmter als diese mündlich ausgesprochene Willensmeinung lautete die an die Mitglieder des Handelsrats am 26. Dezember erlassene Kabinettsorder. Wenn durch Aufstellung eines Differential-Systems, hieß es, Verträge mit dem Steuerverein und den Hanseſtädten zu erreichen sein möchten, welche, zwischen einem völligen Anschluß dieser Staaten an den Zollverein und einem bloßen Schiffahrts-Reziprozitäts-Vertrage in der Mitte liegend, die wesentlichen Vorteile des Zollvereins für die Kontrahenten herbeizuführen und dessen völligen Abschluß anzubahnen geeignet wären, sollten solche Verträge nicht zurückgewiesen werden.

Herr von Roenne war mit diesem Ergebnis zufrieden. Er betrachtete die Differentialzölle als im Prinzip genehmigt und als Grundlage für Unterhandlungen mit dem Steuerverein und den Hanseſtädten angenommen; er und der Finanzminister erwarteten, daß das auswärtige Ministerium, als Anhalt für die weitere mündliche Beratung, den Entwurf zur Instruktion für den, mit den vorläufigen Besprechungen in Hannover zu beauftragenden Kommissar mitteilen werde. Inzwischen hatte aber dieses Ministerium eine vollständige

Schwenkung vollzogen. Herr von Patow mochte sich klar geworden sein, daß der Widerstand des Finanzministeriums gegen die Einführung von Differentialzöllen durch den schwankenden Willen des Königs nicht zu überwinden sein werde, er mochte sich überzeugt haben, daß auch bei einigen größeren Vereins-Regierungen Widerspruch gegen die Maßregel zu erwarten sei, er mochte beeinflußt sein durch die wachsende nationale Strömung und durch die eingewurzelte, von den politischen Ereignissen der letzten Zeit belebte Scheu des Königs vor einem Schritte, welcher in Wien als Sonderbündelei ausgelegt werden konnte, genug, das Ministerium ließ seine früheren Anträge vollständig fallen, und legte in den ersten Tagen des März 1847 den Entwurf eines Vertrages über die Errichtung eines deutschen Schiffahrts- und Handelsvereins vor, welcher alle deutschen Staaten, einschließlich Österreich, umfassen und das Prinzip der nationalen Einheit Deutschlands sowohl in den gegenseitigen Beziehungen dieser Staaten untereinander, als auch in deren Beziehungen zu anderen Staaten zum Ausdruck bringen sollte. Der Rahmen für die Aufgaben des Vereins war sehr groß. Behandlung der gegenseitigen Schiffahrt gleich der eigenen, Schöpfung einer, neben der Landesflagge zu führenden Vereinsflagge, Feststellung der zur Führung dieser Flagge berechtigenden Voraussetzungen, Erleichterungen des wechselseitigen Handels- und Grenzverkehrs und der Durchfuhr, Annahme eines gleichmäßigen Münz-, Maß- und Gewichtssystems, Anstellung von Vereinskonsuln, Abschluß der Schiffahrts- und Handels-Verträge im Namen des Vereins, Erklärung der Bereitwilligkeit, jede fremde Flagge gleich der eigenen, und den Handel jedes fremden Landes gleich dem meistbegünstigten zu behandeln, Ausdruck der Erwartung, daß die fremden Länder in beiden Beziehungen Reziprozität gewähren würden, Vorbehalt der Retorsion, falls diese Erwartung nicht in Erfüllung gehe, aber kein Wort über die Art und Weise, wie die Retorsion beschlossen werden und gestaltet sein solle. Das Ganze hatte des Aussehen eines von vornherein unausführbaren Versuchs, den längst für begraben erachteten Artikel 19 der Bundesakte im Wege der freien Vereinbarung wieder lebendig zu machen.

Herrn von Roenne half es nichts, daß er die neue Vorlage einer scharfen Kritik unterwarf; noch im März reiste Herr von Patow nach Bremen, wo er mit Kommissarien Hannovers und Bremens zusammentraf, und von da nach Hamburg. Vorschläge der preußischen Regierung nahm er nicht mit. Er hatte die wenig beneidenswerte

Aufgabe, zu erklären, daß seine Regierung über die Frage: ob die bisherige Handels- und Schiffahrtspolitik beizubehalten oder zu verlassen sei, einen Entschluß noch nicht gefaßt habe, sondern zunächst die Ansicht der Nordseestaaten über die verschiedenen sich darbietenden Möglichkeiten, insbesondere über den, in der Roenneschen Denkschrift von 1845 entwickelten und über den Plan für Errichtung eines deutschen Schiffahrts- und Handelsvereins zu vernehmen wünsche. Natürlich bildete nur der letztere den Gegenstand der Besprechung. Die Kommissarien Hannovers und Bremens gingen anscheinend sehr ernsthaft auf die Sache ein. Sie erkannten den Gedanken als nützlich und berechtigt an, aber es konnte ihnen nicht entgehen, daß ein Verein, wie ihn der vorgelegte Entwurf konstruiert hatte, handlungsunfähig sein würde, und sie schlugen deshalb eine Organisation vor, welche die Fassung von Beschlüssen gestattete, und bezeichneten die zur Ausführung der vorbehaltenen Retorsion erforderlichen Maßregeln. Österreich wurde stillschweigend ausgeschieden. Auch Oldenburg wäre bereit gewesen, auf die Vorschläge einzugehen, aber Hamburg erklärte sich gegen alle, wie immer gearteten Differentialzölle, und der Senat brachte die Gründe seiner ablehnenden Haltung in einer ausführlichen Denkschrift zur öffentlichen Kenntnis.

Hiermit war die Frage abgetan. Es konnte nichts nützen, daß die Herrenkurie des Vereinigten Landtags einige Wochen später nach einer langen Diskussion, unter Befürwortung durch den Prinzen von Preußen und die Prinzen Friedrich und Adalbert, beinahe einstimmig ein Gutachten ihrer Abteilung annahm, welches sich für höheren Zollschutz und Einführung von Differentialzöllen aussprach und eine darauf bezügliche Petition des Fürsten Felix Lichnowsky zur Vorlegung an den König empfahl. Schon acht Tage vor diesem Beschluß hatte der Ritter Bunsen, indem er den Vertrag vom 2. März 1841 aufkündigte, an Lord Palmerston erklärt, daß eine Änderung der, die Schiffahrt betreffenden Gesetze der Gegenstand ernstlicher Erwägungen der preußischen Regierung gewesen sei, daß dieselbe aber aus der Ernennung eines parlamentarischen Komitees zur Prüfung der britischen Schiffahrtsgesetze die Hoffnung herleite, Großbritannien werde in nicht ferner Zeit durch eine allgemeine gesetzliche Maßregel die auf dem Handel und der Schiffahrt Deutschlands lastenden Beschränkungen abschaffen. Er knüpfte hieran den Vorschlag, neben dem fortdauernd geltenden preußisch-britischen Vertrage von 1824, den Vertrag von 1841 als modus vivendi mit

kurzer Kündigungsfrist aufrecht zu erhalten. Die britische Regierung nahm diesen Vorschlag an und fügte den Vorhäfen des Vertrages von 1841 die mecklenburgischen Häfen und Lübeck hinzu. Endlich erging im September eine Mitteilung an die Zollvereins-Regierungen, welche die oben erwähnte, durch die Presse veröffentlichte Hamburger Denkschrift zum Anlaß nahm, um die Bedeutung der Besprechungen mit den Nordseestaaten klarzulegen und zu betonen, daß die preußische Regierung als solche niemals einen Vorschlag in der Sache gemacht habe.

So hatte ein Anlauf, welcher unternommen worden war, um frühere Mißerfolge wett zu machen, zu einem neuen Mißerfolge geführt. Leider sollte dieser Mißerfolg nicht der letzte sein.

Am 16. November 1846 früh morgens ließ Roenne mich zu sich rufen, um mir im engsten Vertrauen zu sagen, daß nach einer ihm soeben gemachten Mitteilung des auswärtigen Ministeriums die Einverleibung des Freistaates Krakau in die österreichische Monarchie auf Grund eines zwischen den drei Schutzmächten abgeschlossenen Vertrages unmittelbar bevorstehe. Die Angelegenheit war so geheim behandelt worden, daß selbst Herr von Patow, gegen welchen Herr von Canitz sonst kein Geheimnis hatte, die erste Kunde erhielt, als alles fertig war, und sie war so hoch politisch, daß Herr von Canitz gar nicht daran gedacht hatte, ob sie materielle Interessen Preußens berühre. Und sie berührte diese Interessen in sehr empfindlicher Weise. Der zollfreie Freistaat war für den Absatz schlesischer Gewerbserzeugnisse von großer Bedeutung nicht nur durch seinen eigenen Verbrauch, sondern auch und hauptsächlich als eine überaus günstige Niederlage für den Schleichhandel nach Österreich und nach Polen. Mit der Einziehung Krakaus in die österreichische Zollinie war dieser Absatz verloren. Am Abend fand eine Konferenz bei Herrn von Canitz statt. Es zeigte sich, daß wir auf den guten Willen Österreichs angewiesen seien, und ich erhielt den Auftrag, nach Breslau und nach Krakau zu reisen, um die Tatsachen festzustellen und die Mittel zu besprechen, durch welche noch etwas gerettet werden könne. In Breslau hatte die inzwischen vollzogene Einverleibung große Aufregung hervorgerufen; jedermann, den ich sprach, war geradezu empört über den Leichtsinn, mit welchem die Regierung wichtige Interessen einer Provinz preisgegeben habe, die durch ihre Lage zwischen zwei Prohibitivsystemen ohnehin schwer zu leiden hatte. In Krakau mußte ich mich überzeugen, daß es unmöglich sein werde,

dauernde Einrichtungen für eine, wenn auch noch so beschränkte Erhaltung unseres Absatzes zu treffen, daß aber eine langsame und nachsichtige Einführung der österreichischen Zollgesetzgebung wenigstens schwere Verluste unseres Handelsstandes aus den bereits abgeschlossenen Geschäften werde abwenden können. Am Abend des 25. November traf ich wieder in Berlin ein und teilte sofort meine Wahrnehmungen an Herrn von Patow mit, bei welchem ich Herrn von Kamptz und den Breslauer Oberbürgermeister Pinder antraf. Ersterer ging am folgenden Tage nach Wien, um zu versuchen, für das Interesse unseres Handels etwas zu erreichen. In der Tat wurde die Einziehung des Krakauer Gebiets in die Zollinie bis Ende Januar 1847 hinausgeschoben, der zollfreie Absatz der zu dieser Zeit noch vorhandenen Vorräte fast aller Gewerbserzeugnisse bis Ende April gestattet, für Entrichtung der Nachsteuer erhebliche Erleichterungen bewilligt, die Durchfuhr durch das Krakauer Gebiet zollfrei zugelassen. Auch zu gegenseitigen Erleichterungen des Grenzverkehrs erklärte sich Österreich bereit.

Die Unterhandlungen über solche Erleichterungen wurden im Sommer 1847 in Berlin geführt, für Preußen durch die Herren Pochhammer und von Kamptz, für Österreich durch den Wirklichen Hofrat Esch, und fanden im Oktober ihren Abschluß in zwei, bis Ende 1853 gültigen protokollarischen Übereinkünften, deren eine den Grenzverkehr mit leinenem Garne und roher Leinwand, die andere sonstige Erleichterungen des Grenzverkehrs zum Gegenstand hatte. Die letztere enthielt in der Hauptsache nur eine vertragsmäßige Feststellung dessen, was ohnehin schon bestehenden Rechtens war, und war von geringem praktischen Werte; die erstere erhielt eine größere Bedeutung. Die schlesischen Leinenhändler waren von altersher gewohnt, für die Assortierungen ihrer Sendungen nach Westindien leichte rohe Leinengewebe zu Platillas aus Böhmen zu beziehen, welche zum Teil aus schlesischem Garn gewebt waren und in Schlesien gebleicht und appretiert wurden. Zur Erhaltung dieses Verkehrs hatte schon der Zolltarif von 1818 dem über die böhmische Grenze zum Marktverkehr und für schlesische Leinenhändler eingehenden rohen Leinen die Zollfreiheit bewilligt, und war diese Begünstigung, unter Beschränkung auf den Eingang zu Bleichereien und Leinwandmärkten, in alle späteren Tarife übergegangen. Bei der Tarif-Enquete von 1845 war ihre Aufrechthaltung von verschiedenen Seiten angefochten worden, wie sie in der Tat neben der Gewährung von Rückzöllen

für ausgeführte Leinenwaren nicht wohl bestehen konnte. Um so mehr Grund hatte Österreich ihr Fortbestehen zu sichern, und es gelang ihm, diesen Zweck vollständig zu erreichen. Es wurde vereinbart, daß, unter näher festgestellten Kontrollen, von dem aus dem einen in das andere Land zum Bleichen eingehenden und in gebleichtem Zustande wieder ausgehenden Leinengarn gegenseitig eine Abgabe nicht erhoben werden solle, und ferner, daß Österreich von dem zum Verweben und Wiederausgang in gewebtem Zustande aus Preußen eingehenden rohen Leinengarn eine Abgabe nicht erheben, Preußen dagegen der aus Österreich eingehenden rohen Leinwand die im bestehenden Zolltarif bewilligte Zollfreiheit auch ferner gewähren werde. Sehr ausführlich wurden die Kontroll-Maßregeln vereinbart, durch welche in Österreich die Identität des aus Preußen eingeführten mit dem in verwebtem Zustande nach Preußen zurückgehenden Garne festgehalten werden sollte; von Kontrollen in Preußen zur Feststellung der Identität des in verwebtem Zustande aus Österreich eingehenden, mit dem in rohem Zustande dahin ausgegangenen Garne war nicht die Rede. Man verschenkte an Österreich ein wertvolles Zugeständnis. Österreich hätte nicht ablehnen können, daß die Identitäts-Kontrolle, welche es sich selbst ausbedang, auch für Preußen vorbehalten werde; ob letzteres von derselben Gebrauch machen wollte, war eine Sache für sich, aber es hätte sich seine Handlungsfreiheit gewahrt. So hatte es sich die Hände gebunden, und zwar gegen ein Zugeständnis, welches, wie vorherzusehen war und die spätere Erfahrung bewies, praktisch kaum einen Wert hatte. Eine Verhandlung, welche dazu bestimmt gewesen war, Preußen einigen Ersatz für den Verlust des Krakauer Markts zu gewähren, hatte dahin geführt, daß Österreich ein wertvolles Zugeständnis von Preußen erhielt. Jahre hindurch hat dieses Zugeständnis schwer auf der preußischen Handelspolitik gelastet.

Die Verhandlungen mit Österreich waren der Mitwirkung des Handelsamts entzogen worden, weil sie angeblich nur eine Verständigung über beiderseitige Finanzverwaltungs-Einrichtungen zum Gegenstande hatten. Nicht zu umgehen war diese Mitwirkung bei den gleichzeitig notwendig gewordenen Beratungen über die Beziehungen zu den Niederlanden.

Diese Beziehungen waren von der Errichtung des oranischen Königreichs an beinahe ununterbrochen unbefriedigend gewesen. In Rotterdam und Amsterdam konnte man sich nicht in den Gedanken finden, daß die fortschreitende Entwicklung des Verkehrs notwendig

dahin führe, die Niederlande von der Stellung eines selbständigen Vermittlers der Einfuhr und Ausfuhr ihres deutschen Hinterlandes zu verdrängen und ihnen, soweit es sich nicht um eigene Kolonialerzeugnisse handelte, die Rolle eines Durchfuhrlandes anzuweisen. Der deutsche Kaufmann, welcher über die Häfen der Niederlande hinweg seine Waren direkt bezog oder versendete, wurde als ein natürlicher Feind betrachtet, und es erschien als ein Gebot der Selbstverteidigung, solche direkte Beziehungen so sehr als möglich zu erschweren und mit so vielen Kosten als möglich zu belasten. Auf diesen Auffassungen beruhte der Widerstand, welchen die Niederlande eine Reihe von Jahren hindurch einer, der Wiener Kongreßakte entsprechenden Regelung der Schiffahrts-Verhältnisse auf dem Rhein entgegensetzten, beruhten die Schwierigkeiten, welche, auch nach dem Abschluß der Rheinschiffahrts-Akte, unter Benutzung jeder in diesem Vertrage vorhandenen Lücke oder Unklarheit, dem Handel oder der Schiffahrt Deutschlands bereitet wurden, beruhten endlich eine Reihe von Tarifbestimmungen und Zollanordnungen, welche zu unerquicklichen Verhandlungen zwischen beiden Regierungen führten. Die auf solche Weise in großen und kleinen Dingen ununterbrochen hervortretende Mißgunst gegen Deutschland wurde von dem deutschen Handelsstande, insbesondere im Rheingebiet, aus vollem Herzen erwidert. Es gab in diesem Gebiete kaum einen Kaufmann, Fabrikanten oder Schiffahrts-Unternehmer, der nicht fortdauernd an das Übelwollen des Nachbarlandes erinnert worden wäre, und so hatte sich in den Gemütern eine Summe von Abneigung aufgesammelt, welche den Niederlanden auch das nicht gönnte, worauf sie nach der damaligen handelspolitischen Lage einen billigen Anspruch hatten, nämlich ihr Verhältnis zu ihren ostindischen Kolonien. Es wurde als eine Unbill für den besten Abnehmer javanischer Erzeugnisse betrachtet, daß die Niederlande den Handel und die Schiffahrt Deutschlands nicht gleich den eigenen in Java zuließen und die, nach dem damaligen Kultursystem der Regierung gehörenden Hauptprodukte der Insel auf niederländischen Schiffen nach niederländischen Häfen zum Verkauf bringen ließen. Der von Preußen durch Zwangsmaßregeln erkämpfte Schiffahrts-Vertrag mit den Niederlanden vom 3. Juni 1837 gewährte der Seeschiffahrt und der Rheinschiffahrt Erleichterungen, aber keineswegs volle Befriedigung. Noch im Jahre 1844 wurde durch sorgfältige Ermittlungen festgestellt, daß in den Niederlanden wichtige Bestimmungen der Rheinschiffahrts-Akte gar nicht oder nicht

genügend zur Ausführung gebracht waren, einer den Rheinverkehr betreffenden Bestimmung des Schiffahrts-Vertrages zuwidergehandelt wurde, und die Erhebung konventionswidriger Abgaben von diesem Verkehr stattfand. Welche Aufnahme der Handelsvertrag vom 24. Januar 1839 fand, und welches Schicksal ihm bereitet wurde, habe ich oben erzählt. Die günstige Aufnahme, welche dem Vertrage mit Belgien vom 1. September 1844 zu teil wurde, hatte nicht am wenigsten ihren Grund in der Empfindung, daß Deutschland durch diesen Vertrag von den Niederlanden unabhängig gemacht werde. In den Niederlanden wurde diese Empfindung geteilt. Die Tagespresse suchte nachzuweisen, daß die Niederlande ohne Vertrag für Deutschland weit nützlicher seien, als Belgien mit dem Vertrage, und eine gegen Ende des Jahres erscheinende, mit reichem Zahlenmaterial ausgestattete halbamtliche Broschüre legte dar, daß die Handelsbilanz zwischen den Niederlanden und Deutschland keineswegs zum Nachteile des letzteren abschließe. Sie machte wenig Eindruck; die deutsche Presse blieb die Erwiderung nicht schuldig.

In dem Handels-Vertrage vom 24. Januar 1839 hatten die Niederlande dem Zollverein Zollermäßigungen für Wein, Seidenwaren, Strumpfwaren, Spitzen, Tülle, Messerschmiedewaren und kurze Waren zugestanden. Durch einen anderthalb Jahre später mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag gewährten sie diesem Lande die nämlichen Ermäßigungen, für Wein in erweitertem Maße, und noch einige andere Zollbegünstigungen. Nach Kündigung des Vertrages von 1839 blieb Frankreich im ausschließlichen Besitz dieser Ermäßigungen, ich erinnere mich aber nicht, daß diese Bevorzugung Frankreichs lebhafte Beschwerden des deutschen Gewerbestandes hervorgerufen hätte. Man war mit der Aufhebung des Vertrages zufrieden und mochte begreifen, daß von den Niederlanden nicht verlangt werden könne, Zugeständnisse fortdauern zu lassen, deren Gegenwart in Wegfall gekommen war. Mit Belgien standen die Niederlande in keinem handelspolitischen Vertragsverhältnis; das belgische Differentialzoll-Gesetz vom 21. Juli 1844, welcher in erster Linie ein Unterhandlungsmittel gegen die Niederlande war, führte sogar zu einem Zollkriege zwischen beiden Ländern. Indessen dauerte es nicht lange, bis das Friedensbedürfnis zur Einleitung von Unterhandlungen führte. Bald nach Eröffnung derselben, im Februar und März 1846, gab die niederländische Regierung der preußischen ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, auch mit dem Zollverein in Unterhandlungen zu treten.

Sie bot dem letzteren, außer der Teilnahme an allen von ihr an Frankreich gemachten Zugeständnissen, weitere, näher zu vereinbarende Begünstigungen für die vereinsländische Industrie an und verlangte dagegen Zugeständnisse für einige Landeserzeugnisse und Kolonialprodukte. In Berlin meinte man, daß dieses Anerbieten nur ein gegen Belgien gerichteter Schachzug sei, man fand, daß zu viel gefordert und zu wenig geboten werde; die Hauptsache aber war, daß gerade damals die Entscheidung über das Differentialzoll-System immer näher rückte. Denn mit diesem System war eine Verabredung über die Behandlung der niederländischen Kolonialprodukte nicht vereinbar, und ohne eine solche Verabredung war ein Vertrag mit den Niederlanden nicht denkbar. So wurde denn, nachdem das auswärtige Ministerium im September seine oben geschilderte Stellung zu den Differentialzöllen genommen hatte, im Oktober das Anerbieten der Niederlande abgelehnt. Inzwischen hatten letztere mit Belgien abgeschlossen. Der Vertrag vom 29. Juli 1846 räumte an Belgien nicht nur die Gleichstellung mit Frankreich, soweit solche von Interesse war, sondern auch Zollermäßigungen für Leinengarne und Leinengewebe, Baumwollengewebe, Wollengewebe, Glaswaren, Papier, Leder, verschiedene Eisenwaren und Bier ein. Hiermit hatte die belgische Industrie für fast alle Stapelartikel der deutschen Ausfuhr eine, und zwar meist recht erhebliche Begünstigung auf dem niederländischen Markte erlangt. Die deutsche Industrie sah sich mit dem Verluste des Absatzes bedroht, welchen sie sich auf diesem Markte nach den Ereignissen des Jahres 1830 errungen hatte, und es kann nicht wundernehmen, daß die lebhaftesten Klagen und Beschwerden, namentlich aus der Rheinprovinz, laut wurden. Einen Handelsvertrag mit den Niederlanden wollte man aber doch nicht. Die eingeforderten Gutachten aus dem Handelsstande sprachen sich gegen die Einleitung kommerzieller Verhandlungen aus. Man wollte den Niederlanden nichts einräumen; sie sollten, sei es durch die Wirkung des Differentialzoll-Systems, sei es durch Anordnung von Retorsions-Maßregeln gezwungen werden, dem besten Abnehmer ihrer Kolonialprodukte alles zuzugestehen, was sie irgend einem anderen Lande zugestanden hatten. Als das Differentialzoll-System begraben war, suchte ich nachzuweisen, daß die Ergreifung von Retorsions-Maßregeln, welche jetzt allein noch in Frage kam, weder völkerrechtlich begründet sei, noch zu dem erwünschten Ziele führen werde. Aber die Strömung war zu stark, und die Minister, welche im Vereinigten Landtage unangenehme Dinge

über die Handelspolitik hatten hören müssen, fühlten zu sehr das Bedürfnis, energisch aufzutreten. Es wurde daher im Dezember 1847 den Zollvereins-Regierungen der Vorschlag gemacht, von allem über die niederländisch-preußische Grenze, auf dem Rhein und über die belgisch-preußische Grenze eingehenden Rohzucker und Kaffee, welcher nicht durch Ursprungszeugnisse als das Erzeugnis anderer Länder als der niederländischen Kolonien nachgewiesen werde, einen Zollzuschlag von 20 % bis dahin zu erheben, daß die Niederlande die der belgischen Industrie eingeräumten Vorteile auch der Industrie des Zollvereins zugestänben. Die niederländische Regierung erhielt gleichzeitig durch den preußischen Gesandten Mitteilung von dem Vorschlage, und durch diese Mitteilung die ihr ohne Zweifel äußerst erwünschte Veranlassung zu einer Erwiderung, welche nachwies, daß die Niederlande das Ihrige getan hätten, um mit dem Zollverein zu einer Verständigung zu gelangen, und die Bereitwilligkeit erklärte, über die Ausdehnung der an Belgien gemachten Zugeständnisse auf den Zollverein mit letzterem in Unterhandlung zu treten. Den Zollvereins-Regierungen wurde diese Erwiderung mitgeteilt, und sie blieb nicht ohne Wirkung; mehrere Regierungen lehnten den Vorschlag Preußens ab. Die Märztage kamen, bevor die Erklärungen sämtlicher Regierungen eingegangen waren, und machten dem weiteren Schriftwechsel ein Ende. Der Sturm, welchen sie hervorriefen, verhüllte diese letzte Niederlage der preußischen Handelspolitik.

Mir bereitete diese Entwicklung der Dinge wahres Herzeleid. Ich stand mitten in ihr, und ich erfuhr durch meinen persönlichen Verkehr mit zahlreichen Gewerbetreibenden, welche mich aufsuchten, um mir ihre Wünsche mitzuteilen oder ihr Herz auszuschütten, wie sie im Lande von den Beteiligten angesehen werde. Ich konnte mich mit dem Verluste, welchen das Ansehen der Regierung nach außen und im eigenen Lande erlitt, nicht durch den Trost abfinden, daß der beste Wille vorhanden, und daß getan sei, was getan werden konnte. Denn eines fehlte, was von jeder Regierung verlangt werden muß: der feste Wille und das planmäßige Handeln, und eines war vorhanden, was sich stets bestraft: die Selbstüberhebung. Es ist wahr, der Handelspolitik war eine neue Aufgabe gestellt; ich habe sie oben bezeichnet als die Einführung des Zollvereins in ein richtiges Verhältnis zu andern Ländern. Es ist wahr, der Weg zur Lösung dieser Aufgabe mußte erst gefunden werden, es fehlte die Tradition. Ein einzelner falscher Schritt wäre zu verwinden gewesen; selbst ein an

ſich nicht richtiger Weg hätte, wenn er nur konſequent verfolgt wurde, ſchließlich zum Ziele führen können, aber das haltloſe Schwanken zwiſchen völlig verſchiedenen Wegen führte notwendig ins Leere. Unſere Nachbarn, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Hannover, wußten, was ſie wollten, und handelten danach; ſelbſt Rußland erreichte von den Niederlanden mehr als wir. Die Schwierigkeiten, welche die Verfaſſung des Zollvereins einem planmäßigen Handeln entgegenſtellte, trugen nicht die Schuld, denn dieſe Schwierigkeiten waren ſtets überwunden worden, ſobald Preußen eine entſchiedene Initiative ergriff, ſo bei den Verträgen mit dem Steuerverein von 1837 und 1845, mit den Niederlanden von 1839, mit Belgien von 1844 und, wie noch zu erwähnen ſein wird, mit Neapel von 1846. Es war eben die entſchiedene Initiative, welche fehlte. Und etwas anderes kam hinzu. Die Verwaltung war ſtolz auf die Erfolge, welche ſie in glücklichem Kampfe mit zahlloſen Sonderintereſſen und Vorurteilen durch die Schöpfung des Zollvereins errungen hatte, aber aus dieſem berechtigten Stolz erwuchs die nicht berechtigte Überzeugung, daß die Schöpfung, ſo wie ſie war, vollkommen ſei. Eine jede Änderung mußte ſchwer erkämpft werden, und eine jede Kritik des Beſtehenden, namentlich wenn ſie von unberechtigter Seite, d. h. von dem beteiligten Publikum, ausging, erſchien als eine Anmaßung. Die Lehre vom „beſchränkten Untertanenverſtande“ war nicht bloß im Miniſterium des Innern heimiſch. Im März 1846 richtete eine Anzahl der hervorragendſten Fabrikanten und Kaufleute der Rheinprovinz eine Vorſtellung an den Finanzminiſter, in welcher vom Standpunkt der rheiniſchen Intereſſen aus die Annahme des Roenneſchen Differentialzoll-Projektes befürwortet wurde. In ſeiner Erwiderung lehnte der Finanzminiſter, wie dies nicht anders ſein konnte, eine Erörterung des noch in der Vorberatung befindlichen Gegenſtandes ab, fügte aber hinzu: „Ich kann nicht umhin, den Herren Antragſtellern bemerklich zu machen, daß meiner Überzeugung nach die von ihnen vertretenen Intereſſen beſſer gefördert werden durch unausgeſetzte, auf die Vervollkommnung des eigenen Gewerbes gerichtete Tätigkeit der Herren Gewerbetreibenden, als durch Beratungen über Kollektivpetitionen, welche doch nur eine Widerholung der über die Frage in Zeitungen und Flugſchriften zum öfteren ausgeſprochenen Anſichten enthalten.“ Ich ſchämte mich, als mir dieſe Erwiderung vor Augen kam, denn ſie war gerichtet an Männer, von denen ein großer Teil durch unausgeſetzte, auf die Vervollkommnung des eigenen Gewerbes gerichtete Tätigkeit ſich aus den kleinſten An-

fängen zu hervorragenden Stellungen emporgearbeitet hatte, und ſie ging aus von einer Verwaltung, welche auf ihre eigene Tätigkeit im Gebiete der Handelspolitik während der letzten acht Jahre nicht ſtolz ſein konnte. Aber ihr Verfaſſer ſprach nur aus, was die damalige Bureaukratie dachte. Herr Diergardt mochte von Halbſamten, Herr Haniel von Kohlen und Herr Böninger von Tabak etwas verſtehen, das Verſtändnis der allgemeinen Intereſſen war den Beamten vorbehalten. Was es mit dieſem Verſtändnis auf ſich hatte, zeigte der Krakauer Fall, an welchem freilich das Finanzminiſterium unſchuldig war.

Zwiſchen die unbefriedigenden Arbeiten, von welchen ich bisher geſprochen habe, ſchoben ſich andere ein von erfreulicher Art.

Eine Frucht meiner Reiſe nach Weſtfalen und der Rheinprovinz war der Entwurf eines Geſetzes gegen das Truckſyſtem. Er fand günſtige Aufnahme, wurde aber vor dem Jahre 1848 nicht mehr zur Vollziehung reif und erſt in den IV. Abſchnitt der Verordnung über die Einrichtung von Gewerberäten uſw. vom 9. Februar 1849 aufgenommen. Von da iſt ſein Inhalt in die Gewerbeordnung von 1869 übergegangen.

Der Sundzoll iſt aus der Erinnerung der jetzt lebenden Generation verſchwunden, damals war er, und zwar ſeit vielen Jahren, der Gegenſtand unaufhörlicher Beſchwerden und ebenſo langwieriger als langweiliger Verhandlungen. Ich werde ſpäter ausführlich von ihm zu reden haben; damals gab eine Zuſammenkunft des Königs mit dem König Chriſtian VIII. von Dänemark Gelegenheit, die Verhandlungen zu einer Art von Abſchluß zu bringen. Dänemark ermäßigte vom 1. Juli 1846 ab die Sundzollſätze für Baumwolle, Rohzucker und Branntwein und führte bei den Einheitsſätzen für Sägewaren und Getreide Erleichterungen ein; Preußen erkannte durch eine am 26. Mai unterzeichnete Zuſatzübereinkunft zu dem Handels- und Schiffahrts-Vertrage vom 17. Juni 1818 den, aus Verhandlungen zwiſchen Dänemark und Großbritannien hervorgegangenen Sundzolltarif vom 1. Januar 1842 als verbindlich an, zugleich verſtändigten ſich beide Teile über einige minder erhebliche Abänderungen und Ergänzungen des alten Vertrages. Meine Beteiligung an der Sache war gering; ich hielt, wie gewöhnlich, den Vortrag in der, über die endgültige Entſcheidung ſtattfindenden Konferenz der Reſſortchefs.

Erheblicher war meine Mitwirkung bei der Leitung der Verhandlungen, welche dem am 27. Januar 1847 in Neapel unterzeichneten Handels- und Schiffahrts-Vertrage zwiſchen dem Zollverein und Neapel

vorhergingen. Die Gleichstellung unserer Flagge mit der neapolitanischen wurde zwar bei den Abgaben von der Ladung nur für die direkte Fahrt erreicht, aber wir wahrten die Reziprozität, indem wir von den, in indirekter Fahrt eingehenden neapolitanischen Schiffen die Flaggenabgabe erhoben. Die Teilnahme an zahlreichen und erheblichen Eingangszoll-Ermäßigungen, welche Neapel im Jahre 1845 an Frankreich zugestanden hatte, erkauften wir durch eine geringfügige Herabsetzung des Zolls für Öl in Fässern. Diese Herabsetzung und ihre Generalisierung fand bei den Zollvereins-Regierungen keine Schwierigkeiten.

Der Vertrag unterschied sich vorteilhaft von den Verträgen, welche wir am 20. Februar 1844 mit Portugal und am 23. Juni 1845 mit Sardinien geschlossen hatten. In diesen Verträgen hatten wir den Flaggen der beiden Länder die Gleichstellung mit der unserigen in allen Beziehungen zugestanden, während Portugal die aus unseren Häfen eingehenden nicht-preußischen und alle aus den Häfen dritter Länder eingehenden Ladungen günstiger behandelte, wenn sie unter unserer Flagge eingingen, und Sardinien die seinige bei der Einfuhr gewisser Gegenstände aus einzelnen Ländern vor der unserigen begünstigte. Die Teilnahme an diesen Begünstigungen konnten wir für unsere Flagge so wenig erreichen, als wir in Neapel die Gleichstellung derselben bei der indirekten Fahrt hatten erreichen können, aber es war ein Fehler, daß wir es unterlassen hatten, die Gegenseitigkeit in der Weise zu wahren, wie solches in dem Vertrage mit Neapel geschah.

Zuletzt habe ich ein literarisches Unternehmen zu nennen, welches ich begründen half. Durch die französischen Archives du Commerce angeregt, faßte Herr von Roenne den Gedanken, eine Zeitschrift ins Leben zu rufen, welche in zwei Hauptabschnitten eine möglichst vollständige Sammlung der neuen auf Handel und Schiffahrt bezughabenden Gesetze und Verordnungen aller handeltreibenden Staaten und statistische Mitteilungen über Handel und Gewerbe in Preußen liefern sollte. Er forderte Hegel und mich auf, die Redaktion dieser Zeitschrift zu übernehmen und die zur Ausführung seines Gedankens nötigen Schritte zu tun. Wir entsprachen mit Vergnügen dieser Aufforderung und schlossen im Herbst 1846 mit dem Buchhändler Wilhelm Besser einen für die nächsten drei Jahre geltenden Verlags-Vertrag, in welchem auch für uns ein kleines Honorar ausbedungen war. Unter dem Namen „Handels-Archiv" erschien die Zeitschrift vom Beginn des Jahres 1847 an in Monatsheften von sechs bis sieben Bogen. Sie hat das Handelsamt überdauert und wird ohne Zweifel auch meine Lebenszeit

überdauern; an die Stelle der zwei bescheidenen Oktavbände der ersten Jahrgänge sind zwei starke Quartanten getreten, die Redakteure haben wiederholt gewechselt, und die Bedingungen des Erscheinens sind verändert, das Programm aber ist geblieben, wie es vor mehr als vierzig Jahren von uns aufgestellt wurde. Die Redaktion des die Gesetzgebung behandelnden Teiles fiel mir allein zu, sie erforderte anfangs viele Arbeit, weil ich es für nötig hielt, Gesetze, welche nur im Zusammenhange mit älteren Gesetzen verständlich waren, durch eine Darstellung dieses Zusammenhanges zu erläutern und den Handels- und Schiffahrts-Verträgen eine Übersicht der, zwischen den Vertragsstaaten und anderen Staaten bestehenden Verträge beizufügen. Auch für den statistischen Teil lieferte ich Beiträge, namentlich sind die Übersichten über den Warenverkehr unserer Häfen mit den einzelnen Herkunfts- und Bestimmungsländern, welche bisher in den Akten vergraben geruht hatten, von mir bearbeitet. Nach Auflösung des Handelsamts ging das „Handels-Archiv" an das Handelsministerium über, Herr Hegel trat von der Redaktion zurück, und ich nahm für ihn einen kaufmännisch und literarisch gebildeten Subalternbeamten in dieselbe auf. Ende 1849 mit Ablauf des Vertrages trat auch ich zurück, da mir zur weiteren Führung des Unternehmens die Zeit fehlte.

Kühne pflegte scherzweise zu sagen, die Gründung des „Handels-Archiv" sei das einzige Verdienst, welches sich das Handelsamt erworben habe. Was ich über die Erfolge dieser Behörde zu erzählen hatte, könnte jenes boshafte Urteil als berechtigt erscheinen lassen, und ich muß daher, um der historischen Gerechtigkeit willen, noch eine Reihe gesetzgeberischer Anordnungen nennen, auf deren Entstehung oder Gestaltung das Handelsamt einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hat, und deren Erwähnung in meiner Erzählung deshalb unterblieben ist, weil ich bei ihnen nicht beteiligt war. Es gehören hierher: die Verordnung über die rheinischen Gewerbegerichte vom 7. August 1846, das Gesetz über die Handelsgerichte vom 3., und die Quarantäneverordnung vom 30. April 1847, die Verordnung über die Fabrikzeichen vom 18. August desselben Jahres, die Verordnung über die Errichtung von Handelskammern vom 11. Februar, und der, erst nach Aufhebung des Handelsamts ergangene Erlaß über die Bewilligung von Schiffbauprämien vom 24. Mai 1848, endlich der Nachdrucks-Vertrag mit Großbritannien vom 13. Mai 1856.

Meine amtliche Stellung erfuhr bis zum Frühjahr 1848 keine Veränderung, meine persönliche Stellung aber gewann von Jahr zu

Jahr. Meine Kenntnis unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, unserer Handelsbeziehungen zum Auslande und der ausländischen kommerziellen Gesetzgebung kam, je mehr sie sich vertiefte, desto mehr zur Geltung; Kürze und Eleganz in Wort und Schrift, und vielleicht mehr noch der Besitz einer bestimmten Ansicht über jede vorkommende Frage kamen mir, wie früher in Merseburg, jetzt in Berlin zu statten. So geschah es, daß die Minister der damaligen Zeit, die Herren von Bülow und von Canitz im auswärtigen, Flottwell und von Duesberg im Finanzministerium und die Direktoren in diesen Ministerien immer mehr auf meine Meinung gaben, und daß es mir mehr als einmal gelang, dieselbe gegen manchen Widerspruch durchzusetzen. Herr von Roenne ließ mir dabei freie Hand, soweit es sich nicht um Garnzölle oder Differentialzölle handelte, denn meine bescheidenen Erfolge kamen seiner Behörde zu gute. Es konnte nicht fehlen, daß die gute Meinung, welche ich mir in den Kreisen der beiden Ministerien gewann, auch über diese Kreise hinauswirkte. Ich wurde als ein Mensch angesehen, der eine Zukunft habe, und dieser Ansicht entsprechend behandelt. Bei alledem sehnte ich mich nach einer Änderung meiner Stellung. Ich lehnte das Anerbieten des Ministers von Duesberg ab, Kassenrat bei dem Oberbergamt in Dortmund zu werden, denn weniger als je mochte ich den Mittelpunkt der Geschäfte verlassen, aber es drängte mich, wieder in die Verwaltung zu kommen, also in einer Behörde tätig zu sein, welche nicht bloß zu begutachten hatte, sondern befehlen konnte. Daß ich einigen persönlichen Einfluß erworben hatte, half mir nicht über die Einbuße an Einfluß hinweg, welche meine Behörde erlitt. Es zeigte sich immer mehr, daß der kühle und pedantische Roenne kein Mann für den lebhaften und geistreichen König war, und es fehlte nicht an Anzeichen dafür, daß der König, der Streitigkeiten zwischen den Ministern und dem Präsidenten des Handelsamts müde, an die Aufhebung dieser seiner Schöpfung denke.

Achtes Kapitel.

Das Sehnen nach einer Veränderung meiner Lage konnte nur zeitweise Gewalt über mich gewinnen. Ich war noch jung, und die gesellschaftlichen Verhältnisse, in welchen ich lebte, waren so angenehmer Art, daß der Genuß der Gegenwart für Grübeleien über die Zukunft wenig Raum ließ. Ich will versuchen, diese Verhältnisse zu schildern; den ganzen Reiz glücklicher Jahre wieder lebendig zu machen, wird mir freilich nicht gelingen.

Einer der Mittelpunkte meines geselligen Lebens war mein Mittagstisch. Unter den Genossen nenne ich als ersten Friedrich Bischoff, damals Mitglied des Ministeriums für Gesetzgebung und Geheimer Referendar beim Staatsrat. Über seine Bedeutung in seinem Fach habe ich nichts zu sagen: die deutsche Wechselordnung, das preußische Strafgesetzbuch von 1851 und die preußische Konkursordnung von 1855 sind seine Werke, und zu dem deutschen Handelsgesetzbuch hat er den Grund gelegt. Er war heiter und gesellig, voll Freude an der Natur, der Sinn für Kunst war durch einen längeren Aufenthalt in Italien in ihm geweckt, und die Erinnerung an diesen Aufenthalt bewahrte er als eifriges Mitglied der von Valentini gegründeten Italienischen Gesellschaft. Die volle Liebenswürdigkeit einer treuen Seele und eines reinen Herzens ging von ihm aus. Er war dreizehn Jahre älter als ich, aber vom ersten Augenblick an fühlten wir uns zu einander hingezogen, und niemals ist ein Mißton in unser Verhältnis getreten.

Der Geheime Regierungsrat von Witzleben, welchen ich als Tischgenossen bereits erwähnt habe, verließ uns nach einem Jahre infolge seiner Verheiratung mit der Gräfin Marie von Solms-Baruth. Drei andere Genossen, welche ich vorfand, blieben der Tafelrunde treu: der Geheime Ober-Justizrat Zettwach und die Geheimen Justiz- und Kammer-

gerichtsräte Stropp und Graf von Schwerin auf Wendisch-Wilmersdorf. Der erste, schon ein alter Herr, die höchste Autorität in allen Fragen des pommerschen Lehnrechts, Mitglied des Staatsrats und des Ministeriums für die Gesetzrevision, erinnerte mich an meinen Onkel in Bonn sowohl durch die Würde seiner Haltung, als auch durch das jugendliche Feuer, mit welchem er seiner sittlichen Entrüstung über alles Ausdruck gab, was mit seinem juristischen Gewissen unvereinbar war. Stropp, eines der hervorragendsten Mitglieder des Kammergerichts, sehr wohlhabend, ein eleganter Mann, verbarg ein gutes Herz hinter einer Schroffheit, welche nicht selten die Grobheit streifte und den Verkehr mit ihm zuweilen unbehaglich machte. Graf Schwerin erschien an unserem Tisch nur dreimal in der Woche, an den Sitzungstagen des Kammergerichts, an welchen er sich von seiner Mutter, die den Fünfziger noch am Bande hielt, losmachen konnte. Er war ein Gentleman, aber ein schwacher Jurist, genau vertraut mit dem Stadtklatsch, insbesondere mit den Geheimnissen der Hofbühne.

Unserer Gesellschaft traten nach und nach hinzu: Otto Camphausen, der spätere Finanzminister, damals von Kühne in die Finanzverwaltung berufen, Richard Hoene, einem reichen Danziger Hause angehörig, Hilfsarbeiter in der vierten Abteilung des Finanzministeriums, später mein Kollege im Handelsministerium, und der Regierungsrat von Röder, Hilfsarbeiter beim Staatsrat, zuletzt Konsistorialpräsident in Breslau. Zahlreich waren die Personen, welche vorübergehend unserem Kreise hinzutraten. Ich nenne nur die hervorragenderen: Major von Bergh, Adjutant des Prinzen von Preußen, Kunstkenner und in Beziehungen zu vielen Künstlern stehend; Rittmeister von Manteuffel, der spätere Feldmarschall, damals Adjutant des Prinzen Albrecht; Freiherr Arnold von Eckardstein auf Prötzel, durch rationellen Betrieb der Landwirtschaft zum Millionär geworden, die Verkörperung des nüchternen praktischen Verstandes; von Bülow-Cummerow, auch ein unternehmender Landwirt, aber durch sein Interesse für die Staatsfinanzen von der Sorge für seine eigenen abgelenkt, Verfasser kleiner viel gelesener Schriften über preußisches Finanz- und Bankwesen, der es liebte, uns seine Ansichten dozierend vorzutragen; der Ritterschaftsrat von Katte, der durch Weite des Blicks und politisches Verständnis unter seinen märkischen Standesgenossen hervorragte. Der vereinigte Landtag führte zahlreiche Gäste an unseren Tisch: Ludolph Camphausen aus Köln, August von der Heydt aus Elberfeld, den Grafen Max von Schwerin auf Putzar, Milde aus Breslau, sämtlich im

folgenden Jahre preußische Minister, und Hermann von Beckerath aus Krefeld, den Schönredner, im folgenden Jahre Reichsminister.

Es waren Männer verschiedensten Alters und Charakters, aus den verschiedensten Kreisen des Lebens und der geistigen Richtung, die Mehrzahl von anerkannter Bedeutung in ihrem Fache, welche sich so zusammenfanden. Die Unterhaltung war anregend und erstreckte sich auf die mannigfaltigsten Gebiete. Jeder brachte die politischen und unpolitischen Tagesneuigkeiten mit, welche er in seinem Kreise gesammelt hatte, und welche damals noch nicht durch die Presse verbreitet wurden, sondern von Mund zu Mund gingen. Die politischen Ereignisse wurden erörtert, neue literarische Erscheinungen besprochen, das Theater, welchem die meisten von uns lebhaftes Interesse zuwendeten, gewährte reichen Stoff. Die Entwicklung unserer inneren Politik wurde, wie es nicht anders sein konnte, mit besonderem Interesse verfolgt; wir waren über die wechselnden Phasen in der Regel gut unterrichtet. Die verschiedensten politischen Richtungen waren vertreten: Röder war ein Mann des „Politischen Wochenblatts", Hoene gehörte dem äußersten ostpreußischen Liberalismus an, Camphausen war damals konstitutioneller Dogmatiker, wir anderen bewegten uns zwischen diesen Gegensätzen. Der damalige höhere Beamtenstand war in seiner überwiegenden Mehrzahl liberal, aber darum noch keineswegs konstitutionell gesinnt. Er wünschte die Entwicklung der Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne bürgerlicher und religiöser Freiheit und war deshalb mit dem Regierungssystem der vierziger Jahre unzufrieden, aber er hatte zu viel Selbstgefühl, als daß ihm die Abtretung seines politischen Gewichts an eine Landesvertretung sympathisch gewesen wäre. Ich selbst war, nicht aus theoretischen Gründen, sondern durch meine amtlichen Erfahrungen allmählich dahin gelangt, mich mit konstitutionellen Auffassungen zu befreunden. Mir war vor allen Dingen an einer starken Regierung gelegen, und es schien mir, daß die absolute Monarchie in Preußen schwach geworden sei. In der letzten Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. war sie tatenlos geblieben, weil von dem alternden König kein Impuls ausging und seit Maaßens Tode den Ministern die schöpferische Kraft fehlte. Sein geistreicher Nachfolger, voll Ideen und Leben, ehrgeizig und tatenlustig, war von Anschauungen beherrscht, welche in den vorhandenen, tatsächlichen Verhältnissen keinen Boden hatten, und entbehrte der Stetigkeit des Charakters, welche die Bedingung des planmäßigen Handelns ist. Auch unter seiner Regierung war es, trotz vieler Anläufe, zu

wenig Taten gekommen, und ich hatte in meinem Geschäftskreise schwer empfunden, wie die Unschlüssigkeit zur Machtlosigkeit führe. Ich war weit entfernt, an eine parlamentarische Regierung zu denken, aber ich war der Meinung, daß eine regelmäßig wiederkehrende Landesvertretung die Regierung nötigen werde, einen festen Willen zu haben und sich zu einer bestimmten Richtung zu bekennen, also einer zielbewußten Regierung zur Stärkung und nicht zur Schwächung gereichen werde. Zugleich erwartete ich von einer solchen Vertretung ein Gegengewicht gegen die oppositionelle Tagespresse. Trotz der Zensur war diese Presse zu einer, der Regierung überlegenen Macht geworden, weil ihr Anspruch, die Meinung des Landes zu vertreten, durch die Regierung nicht zu widerlegen war; nur eine Landesvertretung konnte diesen Anspruch auf das richtige Maß zurückführen. Zur Erhaltung ihres Ansehens bedurfte die Regierung der öffentlichen Diskussion über ihr Verhalten, und ich kann bezeugen, daß nach Erlaß der Verfassung uns die freie Presse sehr viel geringere Sorgen machte, als die zensierte Presse unter der absoluten Monarchie. Von diesen Gesichtspunkten aus begrüßte ich die Schaffung des Vereinigten Landtages als einen gewaltigen Fortschritt. Ich betrachtete das Patent vom 3. Februar 1847 als einen ersten Schritt, welcher naturnotwendig zu einer weiteren Entwicklung führen müsse, und stimmte durchaus nicht in die Verdammungsurteile ein, mit welchen die neue Institution überschüttet wurde.

Meine Genossen bei dem Mittagstisch waren fast sämtlich mir im Alter weit voraus, gleichalterigen Umgang fand ich in einem allmählich sich bildenden Kreise von Regierungsassessoren, welche in den Ministerien als Hilfsarbeiter beschäftigt wurden, und von Kammergerichtsassessoren. Zu den ersteren gehörten, außer meinem Tischgenossen Hoene, William Günther, ein Schwager von Mac Lean, zuletzt Wirklicher Geheimer Rat und Oberpräsident von Posen; Alexander Beyer, gestorben als Oberbürgermeister von Potsdam; Freiherr Ferdinand von Nordenflycht, eine Zeitlang Oberpräsident von Schlesien, jetzt Gutsbesitzer in russisch Litauen; mein Merseburger Bekannter Rudolf von Aster; Mothes, wenige Jahre später gestorben; Hermann von Eichhorn, der Sohn des Ministers, zuletzt Regierungspräsident in Minden; Oskar von Schweinitz, welchen ich als Hilfsarbeiter im Handelsamt bereits erwähnt habe; Albert Bohnstedt, später Oberbergrat in Dortmund; zu den letzteren Theodor Staberoh, ein Bruder meines Merseburger Bekannten, und Eimbeck, beide als Kammergerichtsräte gestorben. Wir waren sicher,

einige aus unserem Kreise beim Nachmittagskaffee in der Kranzlerschen Konditorei zu treffen, je nach Lust und Laune machten wir von da aus einen Spaziergang in den Tiergarten, oder einen Besuch im Theater, namentlich im Königstädtischen Theater am Alexanderplatz, wo damals während mehrerer Monate im Jahre italienische Opernvorstellungen gegeben wurden. Der Abend wurde dann in einer Weinstube beschlossen. Aus unserem Zusammenleben ging eine Gesellschaft hervor, welche in der Regel am ersten Montag jedes Monats zum Mittagsessen zusammenkam und sich den Namen „Portugiesische Gesellschaft" beilegte. Es gab nämlich eine Spanische Gesellschaft, aus hohen Beamten und Gelehrten bestehend, welche ein gemeinschaftliches Mittagsessen im Monat als alleinigen Zweck und durchaus nichts Spanisches an sich hatte; der von uns gewählte Name sollte die Identität der Zwecke und zugleich die bescheidene Stellung der Mitglieder gegenüber den großen Herren der Spanischen Gesellschaft ausdrücken. Wir speisten in meinem Restaurant, ich sorgte für das Menü und für ausreichende Beteiligung. Wir fanden in unserer Gesellschaft einen erwünschten Weg, um durch Einladung von Herren, in deren Häusern wir verkehrten, die uns gewährte Gastlichkeit zu erwidern. Die Einladungen wurden stets gern angenommen, denn es ging vergnügt bei uns her.

Eine gesellige Vereinigung anderer Art, an welcher ich teilnahm, war das „Kapitel". Die an den Verhandlungen über die Zollvereins-Verträge und später an den, in Berlin stattfindenden General-Konferenzen beteiligten preußischen und auswärtigen Finanzbeamten pflegten von Zeit zu Zeit in einem Restaurant in Charlottenburg, das „Türkische Zelt" genannt, gemeinschaftlich zu Mittag zu essen und den bei dem Mahle reichlich genossenen Champagner auszuraten. Dieses Ausraten, welches nach einer bestimmten Regel erfolgte und, wenn die richtige Zeit gekommen war, von dem Präsidenten des Tisches angekündigt wurde, war, in Erinnerung an die hauptsächliche Tätigkeit der noch vorhandenen Domkapitel, die kapitularischen Arbeiten genannt, und so hieß die Mittagsgesellschaft das Kapitel. Die Institution lebte fort, auch wenn eine General-Konferenz nicht stattfand; die Teilnehmer waren unter Kühnes Ägide die Mitglieder der dritten und einige Mitglieder der vierten Abteilung des Finanzministeriums, sowie die an den Zollsachen beteiligten Räte des auswärtigen Ministeriums. Ich gehörte, schon von der Zeit meiner Beschäftigung in der dritten Abteilung an, zu den Teilnehmern und fehlte niemals. Man kam etwa einmal im

Vierteljahre zusammen und wanderte in der Regel zu Fuß nach Charlottenburg und zurück; Herr Kühne verstand es vortrefflich, die in der Gesellschaft nicht fehlenden trocknen Elemente zu beleben, und es waren heitere Stunden, welche ich im türkischen Zelte zubrachte.

Den anmutigsten Teil meines geselligen Lebens bildeten meine Beziehungen zu Familienkreisen. Ich beginne mit den verwandtschaftlichen Beziehungen. Frau Klenze, im Sommer 1838 Witwe geworden, hatte sich auf einem, zum Nachlaß ihres Mannes gehörenden Grundstück in der damals angelegten Lennéstraße ein Haus bauen lassen, dessen Erdgeschoß sie im Winter bewohnte. Den Sommer brachte sie in ihrer Villa in Heringsdorf zu. Sie war eine interessante Frau. Die Grundlagen ihrer geistigen Bildung hatte sie mit ihrer wenig älteren Schwester gemein, aber sie hatte sich von dieser Grundlage aus, bei nicht gewöhnlicher Begabung und von häuslichen Sorgen nicht allzusehr in Anspruch genommen, durch das Leben mit zwei bedeutenden Männern, ihrem Mann und dessen Freunde Lachmann, und durch den Verkehr in den Berliner Universitätskreisen zu einer geistreichen Frau entwickelt. Ihre Gesundheit gestattete ihr nicht, in der Gesellschaft zu leben, aber sie sah abends Gesellschaft bei sich und war in der Teestunde für ihre näheren Bekannten in der Regel zu Hause. Es waren überwiegend Herren, mit welchen ich bei ihr zusammentraf; ich nenne unter ihnen: Lachmann, damals nicht mehr ihr Hausgenosse, Jacob und Wilhelm Grimm, von Göttingen her mir bekannt, Ernst Curtius, den berühmten Archäologen, damals Erzieher des nachherigen Kaisers Friedrich, Georg Curtius, jetzt Professor der klassischen Philologie in Leipzig, Wilhelm Wattenbach, jetzt Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Berlin, Hermann Grimm, den Kunstforscher, damals noch Student. Auch junge Mädchen fehlten nicht, Freundinnen ihrer Tochter Anna und ihrer Nichte, meiner Cousine Hedwig Delbrück. Anna war das Bild der Wahrheit, Offenheit und Zuverlässigkeit. Ohne die Begabung ihrer Mutter zu besitzen, nahm sie an den geistigen Interessen, welche sie umgaben, mit Verständnis teil. Hedwig hatte die heitere Liebenswürdigkeit ihrer eigenen Mutter geerbt, voll Frische und Leben, mit offenem Auge für alles, was um sie her vorging, und mit dem Talent, das Scherzhafte, das sich darbot, herauszupflücken. Die beiden gleichaltrigen Mädchen standen zueinander in dem schönsten geschwisterlichen Verhältnis, und mein Verhältnis zu ihnen war das allerbeste. Ich war neun Jahre älter als sie, und wurde ihr guter Freund im

besten Sinne des Wortes. Sie kamen wenig in Gesellschaft und hörten deshalb gern die Schilderungen, welche ich ihnen aus meinem Gesellschaftsleben gab, ich sorgte für ihre Lektüre, begleitete sie in Konzerte und verschaffte ihnen zuweilen schwer erreichbare Billetts zum Opernhause. Hatte sich genug Jugend zum Tee zusammengefunden, so arrangierte ich ein Gelegenheits-Tänzchen. Sie wußten, daß sie sich auf mich verlassen konnten, und hatten Vertrauen zu mir.

Zu Buttmann und seiner Frau stand ich in nahen Beziehungen, welche nicht aufhörten, als sie nach einigen Jahren Berlin mit Zossen vertauschten; ich habe sie dort in dem behaglichen alten Pfarrhause öfter besucht. Mit der hallischen Familie war ich in ununterbrochener Verbindung geblieben. Der eine und der andere von meinen Vettern nahm, wenn er auf kurze Zeit nach Berlin kam, bei mir Wohnung; für alle war ich der Kommissionär, der Einkäufe besorgte und Erkundigungen einzog.

Die Berliner Gesellschaft hatte damals ein ganz anderes Gepräge als jetzt. Die Hofgesellschaft war sehr eng begrenzt; die Hoffähigkeit wurde in Beziehung auf die Damen streng festgehalten. Die Frauen der bürgerlichen Minister konnten nicht vorgestellt werden; von den adligen Ministern war eine ganze Reihe verwitwet oder unverheiratet, und von den Frauen der verheirateten gingen mehrere nicht an den Hof. Außer der Gräfin Arnim und der Gräfin Stolberg taten dies, so viel ich mich erinnern kann, nur die Damen des auswärtigen und des Kriegsministers. Die Folge davon war, daß die Damen der adligen Zivilbeamten sich nicht vorstellen ließen; es wurde bemerkt, daß Herr von Patow mit seiner Frau und Herr von Roenne mit seinen Damen an den Hof gingen. Hieraus folgte weiter, daß die Damen aus den Beamtenkreisen mit den Damen des diplomatischen Korps nicht in Beziehung kamen. Ebensowenig standen sie in regelmäßigen Beziehungen zu den Damen der Finanzkreise. Es fehlte nicht an Kaufleuten und Fabrikanten, welche ein Haus machten, und es kam vor, daß Beamtendamen, deren Männer mit dem Hausherrn amtlich in Berührung gekommen waren, in solchen Gesellschaften erschienen, sie hatten aber selten ein Vergnügen daran, weil sie sich einsam fühlten. So geschah es, daß die Beamtenkreise zwischen der fest geschlossenen Hofgesellschaft auf der einen und der bürgerlichen Gesellschaft auf der anderen Seite ein Leben unter sich führten, welches ärmer an Emotionen, aber reicher an Behaglichkeit war als jetzt. Auch sehr viel einfacher war es. Herrendiners waren nicht häufig,

da geschlossene Gesellschaften, welche die periodische Vereinigung ihrer Mitglieder zu gemeinschaftlichen Mahlzeiten zum Zweck hatten, das gesellige Bedürfnis befriedigten, und Diners mit Damen waren äußerst selten. Es gab größere und kleinere Abendgesellschaften, in welchen geplaudert oder musiziert und am Schluß ein einfaches Souper genommen wurde, dann und wann wurde ein kleiner Ball gegeben.

Meinen Eintritt in die Gesellschaft machte ich im Hause des Ministers Eichhorn. Während eines Teils des Jahres war an jedem Mittwoch Abend Empfang: Gelehrte, Künstler, höhere Beamte, namentlich aus dem Kultus- und dem auswärtigen Ministerium, welchem Eichhorn beinahe dreißig Jahre lang angehört hatte, einzelne Diplomaten, endlich junge Leute, welche sich im Hause hatten vorstellen lassen. Auch an Damen fehlte es nicht, Bekannte der Frau oder der Tochter des Hauses, oder literarische Größen, wie ich unter anderen die Verfasserin der damals gelesensten Romane, Frau von Paalzow, dort kennen gelernt habe. Anfangs war es für den namenlosen Assessor ein schwieriges Terrain, zumal die würdevolle Ministerin es verstand, die Gesellschaft mit einem Ton steifer Kälte zu umgeben, nach und nach fand ich mich aber zurecht, zunächst in dem Kreise der Jugend. Die Tochter des Hauses, Marie, im Januar 1846 Braut meines alten Schulfreundes Werner von Schele, war die verkörperte Anmut; Julie von Schelling, Tochter des Philosophen, nach einiger Zeit mit dem Sohn des Ministers verlobt, eine elegante Erscheinung, voll Esprit und Lebenslust, brachte Bewegung in alles, was sie umgab; einige andere junge Mädchen schlossen sich gerne an, und so bildete sich durch den Zutritt junger Männer ein Kreis, welcher sich, sobald es anging, von der älteren Gesellschaft emanzipierte und unter sich vergnügte durch Geplauder, Musik, zuweilen sogar durch Tanz. Fräulein von Schelling und ich waren seelenvergnügt, als es uns einmal gelang, am Aschermittwoch im Hause des Kultusministers ein Tänzchen zustande zu bringen, freilich erhielt für diesen Übermut das Fräulein eine Zurechtweisung von der künftigen Schwiegermama, und ich eine Zeitlang ungnädige Blicke. Auch mit der älteren Gesellschaft wurde ich bekannt; der Minister mochte mich gern, weil ich stets etwas zu erzählen hatte, und ich wurde zuweilen eingeladen, um mit ihm und seinem Schwager, dem alten Ober-Tribunals-Präsidenten Sack, eine Partie Whist zu spielen. Er war an solchen Abenden sehr mitteilsam, und ich lernte aus seinen Schilderungen das damalige diplomatische Korps in Berlin von außen und innen kennen.

Daß er und mein Gönner Kühne spinnefeind waren, schadete mir bei keinem von beiden.

Meine gesellschaftliche Heimat fand ich allmählich in einem anderen Kreise. Ich habe schon früher von den Herren Oesterreich, Fritz von Pommer Esche, von Rabe, Adolf von Pommer Esche und Mac Lean gesprochen; meine amtlichen Beziehungen zu ihnen veranlaßten meine Einführung in ihre Häuser. Die Brüder Pommer Esche waren mit zwei Schwestern verheiratet, Töchtern des Pastors Picht in Rügen, Frau Oesterreich war Tochter des früheren Staatssekretärs Friese, Frau Mac Lean Tochter des Ober-Land-Baudirektors Günther, Frau von Rabe war eine Baronesse Boineburg zu Lengsfeld. Die jüngere Frau von Pommer Esche und Frau von Rabe standen noch in der Mitte der zwanziger, die drei anderen Damen im Anfang der dreißiger Jahre, alle in einem Alter, in welchem der Charakter noch Elastizität genug zu besitzen pflegt, um die Berührung mit anderen Charakteren ohne Reibungen zu vertragen. So bildete sich unter den fünf Damen, deren Mehrzahl zunächst nur durch ihre Männer zusammengeführt war, trotz der großen Verschiedenheit ihrer Naturen, ein wirkliches Freundschafts-Verhältnis aus, welches gesellschaftlich darin seinen Ausdruck fand, daß man in der Regel wöchentlich abwechselnd in dem einen Hause sich zum Tee und Abendessen zusammenfand. Die Nähe der Wohnungen erleichterte den gegenseitigen Verkehr. Die beiden Pommer Esche bewohnten bis zum Herbst 1845, wo der jüngere Bruder, als Beuths Nachfolger, die Dienstwohnung im Gewerbehause erhielt, zusammen ein Haus, an dessen Stelle sich jetzt das gräflich Pourtalessche Haus in der Victoriastraße erhebt, Herr Oesterreich wohnte daneben in dem Eckhause der Bellevuestraße, Herr von Rabe in dem Eckhause der Lenné- und Schulgarten- jetzt Königgrätzerstraße, und Herr Mac Lean in einem der ersten Häuser der damals entstehenden Bendlerstraße. Zu dem reihum gehenden Kränzchen wurden gemeinschaftliche Bekannte eingeladen, nach und nach wurden Hoene, Günther, Schweinitz und ich fast regelmäßige Gäste. Auch junge Mädchen gehörten zeitweise dem Kreise an: die Fräulein Marie von Dyke und Lina und Mathilde Scheven, Nichten der Damen von Pommer Esche, sowie zwei Nichten von Herrn Mac Lean. Die eigenen Töchter der Familien waren noch Kinder und kamen nicht zum Vorschein. Dem Töchterchen von Adolf von Pommer Esche begegnete ich zum ersten Male an der Hand ihres Vaters im Tiergarten, ein rosa Hütchen auf dem blonden Locken-

kopf, mit großen braunen Augen munter in die Welt schauend; daß sie dreißig Jahre später meine Frau sein werde, wurde uns nicht prophezeit.

Frau Mac Lean und Frau Oesterreich, die ältesten in dem Kreise, beide Berlinerinnen, hatten die sorgfältige Erziehung erhalten, wie sie den jungen Mädchen aus den höheren Beamtenkreisen Berlins zu teil und damals von der Romantik beherrscht wurde. Frau Oesterreich war unter dieser Herrschaft geblieben, die Romantik entsprach ihrer sinnigen, weichen, empfindsamen Natur. Sie war von der liebenswürdigsten Anspruchslosigkeit, aber ohne die Fähigkeit, Entschlüsse zu fassen. Frau Mac Lean, mit weit größerer Tiefe und Klarheit des Geistes, hatte sich durch Schleiermachers Unterricht von der Romantik losgemacht. Mehr die dialektische, als die fromme Seite dieses Unterrichts hatte auf sie eingewirkt; sie liebte es, sich über die Dinge zu stellen. Die Schwestern Pommer Esche, auf dem Lande aufgewachsen, hatten sich beide in einem Alter verheiratet, in welchem die Ausbildung junger Mädchen noch nicht beendet zu sein pflegt; das Leben hatte ihre Erziehung vollenden müssen. Die ältere, sehr begabte Schwester wurde durch Lebhaftigkeit des Geistes, Raschheit des Urteils und Schnelligkeit des Entschlusses zu dem treibenden Element des Kreises. Die jüngere, ungewöhnlich hübsch, genoß harmlos die Vorzüge, welche sie der hohen Stellung ihres Mannes, und die Huldigungen, welche sie ihrer Erscheinung verdankte. Frau von Rabe war in dem Hause einer Tante, der Frau des Regierungs-Präsidenten von Spiegel in Düsseldorf, zur Weltdame erzogen. Von der Weltdame waren ihr die Formen zu eigen geworden, aber nichts in ihr kristallreines, kindliches Gemüt gedrungen. Sie war weder besonders begabt, noch besonders hübsch, aber es war der volle Zauber der Unschuld und des Frohsinns über sie ausgegossen. In den ersten Wochen 1848, kaum acht Tage, nachdem wir zum Kränzchen bei ihr gewesen waren, starb sie an den Masern; wenige Monate später erlag Frau Mac Lean plötzlich, beinahe auf der Straße, einem Herzschlage.

Wir fanden uns häufig auch in anderen Häusern zusammen: bei dem Minister Eichhorn an dessen Empfangsabenden, bei dem Minister Flottwell, der Sonntags für einen kleineren Kreis zu Hause war, bei Beuth, dessen Sonntagsempfang fortdauerte, auch nachdem er sein Amt niedergelegt hatte, bei Roenne, bei Eichmann, bei dem Staatssekretär Bode, bei Viebahn und bei Kamptz, welche größere oder kleinere Gesellschaften gaben. Wir trafen uns in den damals sehr

beliebten und vielbesprochenen wissenschaftlichen Vorlesungen der Singakademie, dem Pfennigmagazin, wie man sie nannte; einige Vorträge sind mir noch heute in Erinnerung, wie des Botanikers Link über den Wein, des Ästhetikers Trendelenburg über Rafaels Schule von Athen, Georg von Raumers über Preußens Lage vor 1813, zweier hallischer Professoren, Erdmann über Weinen und Lachen und Marchand über Alchymie. In der Weihnachtszeit besuchten wir die Weihnachtsausstellungen, welche damals in dem vor mehreren Jahren abgebrannten Gropiusschen Diorama, in der längst eingegangenen Fuchsschen Konditorei unter den Linden, in dem Hotel de Russie und in der Akademie veranstaltet wurden. Mit Ausnahme der letzteren spiegelten sie den harmlosen Charakter der Zeit wieder. Es waren Ansichten aus großen Städten, als Dioramen gemalt, der Vordergrund durch bewegliche Figürchen belebt, Puppentheater, komische Pantomimen verschiedenster Art, häufig albern, aber stets lächerlich. Die Wanderung wurde mit einem Abendessen in dem festlich dekorierten Saale des Restaurants von Mielentz geschlossen; wir befanden uns in einem Jahre auf dem Grunde des Meeres zwischen Korallenbänken und Seetieren, über uns Fische schwebend, in einem anderen Jahre auf den Höhen der Alpen in Chalets mit der Aussicht auf Gletscher. Für Konzerte bei Kroll wurde zuweilen eine der großen Logen genommen, in welcher wir unter uns waren und auf die anderen Besucher keine Rücksicht zu nehmen hatten. Es wurden gemeinschaftliche Theaterbesuche gemacht, zuweilen eine Partie nach Potsdam oder in die nähere Umgebung unternommen. Daß die sämtlichen Damen gern tanzten, trug zu dem Reiz unserer Beziehungen nicht wenig bei. In der Mehrzahl der Häuser, welche ich genannt habe, gab es im Winter kleine Bälle; in einem Winter wurde ein großer Ball im Hotel du Nord veranstaltet, zu welchem wir und zahlreiche andere junge Leute von den Familien eingeladen wurden. Er verlief zu allseitiger, vollster Zufriedenheit. In Erinnerung an den Merseburger Garçonball plante ich mit Günther, Hoene und Staberoh einen Garçonball als Erwiderung und empfand es sehr schmerzlich, daß der schöne Plan an dem Mangel an Teilnehmern scheiterte. Besser gelang es im Jahre darauf. Der Vereinigte Landtag hatte zwei Schwäger der Damen von Pommer Esche, den Regierungsrat von Dyke mit seiner Frau und den Rittergutsbesitzer Scheven, nach Berlin geführt; wir luden die Familien unseres Kreises und diese Fremden mit ihren Töchtern nach Tegel ein. In zwei vierspännigen Gesellschaftswagen führten wir sie an Ort und

Stelle, es wurde in der offenen Halle des Restaurants zu Mittag gegessen, nach dem Kaffee durch den Park an den See gewandelt und eine Gondelfahrt gemacht; nach dem Tee ging es wieder heim. Wir hatten die Genugtuung, daß man äußerst vergnügt gewesen war, und ich war auf dieses Ergebnis besonders stolz, weil ich alle Einrichtungen getroffen hatte. Eines Sommers hatten einige Damen unseres Kreises Brunnen zu trinken; ich hatte im Frühjahr etwas Katarrh gehabt, mein Arzt meinte, daß mir Obersalzbrunn mit Molken gut tun werde, Frau Mac Lean übernahm es, mir die Molken bereiten zu lassen, und so schloß ich mich der im Tiergarten Brunnen trinkenden Gesellschaft an, welche, in der Regel durch Freiwillige vermehrt, die vorgeschriebene Zeit in lebhaftem Geplauder abwandelte. So kam es, daß mir dieser Kreis zu einer wahren Heimat wurde. Ich tat denn auch, was ich wußte und konnte, um die Liebenswürdigkeit, mit welcher man mir begegnete, zu erwidern, indem ich zur Unterhaltung nach Kräften beitrug. Was ich hörte und las, speicherte ich auf, soweit es für die Gesellschaft von Interesse sein konnte; mitteilsam wie ich war, und nie um einen Ausdruck verlegen, wurde ich eines der anregendsten Elemente des Kreises. Ich war als Tänzer stets bei der Hand und konnte auch die Leitung kleiner Tanzgesellschaften mit Erfolg durchführen. Eine Ballerinnerung will ich hier aufzeichnen. Am Schluß eines Kotillons, in dessen Lauf ich mit ungewöhnlich vielen Orden geschmückt worden war, traf ich mit dem Minister von Bülow zusammen. „Sie haben ja mehr Orden als ich," redete er mich an; „sie sind auch darnach," erwiderte ich. „Glauben Sie mir," sagte er, „die Orden, die Sie haben, machen mehr Vergnügen als die, welche ich habe." Ich habe später gefunden, daß er nicht ganz Unrecht hatte.

Ich unterlasse es, andere Familien aus den Beamten- und Finanzkreisen zu nennen, in deren Häusern ich verkehrte, denn dieser Verkehr, so gern ich mich auch seiner erinnere, war kein Element meines Lebens, und die Aufzählung von Namen hat kein Interesse.

Das Theater gewährte mir großen Genuß. Das Schauspielhaus besaß für alle Zweige der Kunst gute, zum Teil vorzügliche Kräfte: Frau Crelinger und ihre beiden Töchter, Charlotte von Hagn, Seydelmann, Rott, Weiß, Grua, Wauer, Rüthling und Gern. Die Darstellung der „Antigone" mit der Mendelssohnschen Musik, des „Sommernachtstraums", dessen Inszenierung von Tieck ausging, des „Faust" mit der Musik des Fürsten Anton Radziwill waren unvergeßliche Glanzpunkte. In den Sommermonaten wurden zuweilen in dem hübschen kleinen

Theater des Charlottenburger Schlosses Lustspiele aufgeführt, welche ich, wenn das Wetter günstig war und Gefährten sich fanden, nicht versäumte. Im Winter gab an zwei oder drei Tagen in der Woche eine gut zusammengesetzte französische Truppe moderne Konversationsstücke und Lustspiele: das Abonnement war äußerst wohlfeil; man saß unter Bekannten und konnte, weil das Billett nicht viel gekostet hatte, es vor sich selbst verantworten, die Vorstellung vor dem Schluß zu verlassen, wenn noch eine Gesellschaft zu besuchen war. Die Oper stand mit dem Schauspiel nicht auf gleicher Höhe. Das Orchester war, dank der langjährigen Direktion Spontinis, vortrefflich. Mantius und Ziesche waren noch in voller Kraft, aber Blume war als Sänger nur noch eine Ruine, Auguste von Faßmann war im Niedergang, und erst am Ende der Zeit, von welcher ich spreche, ging in Luise Köster ein neuer Stern auf. Nur die in diese Zeit fallenden Gastspiele von Jenny Lind machten die Oper zum Mittelpunkt des Interesse. Durch ihr unvergleichliches dramatisches Talent, durch den Ausdruck der Seele, welchen sie in jeden Ton zu legen verstand, übte sie auf jung und alt eine bezaubernde Wirkung aus. Ich habe kaum eine ihrer Vorstellungen versäumt; die Norma konnte sie nicht singen, ohne daß mir die Augen feucht wurden. Das Ballett interessierte mich in der Zeit, als Fanny Elsler Gastrollen gab. Ich habe größere Tanzkünstlerinnen und ebenso schöne Tänzerinnen gesehen, als sie war, aber keine, welche ihr in der Pantomime, dem Geiste der Kunst, auch nur annähernd gleich gekommen wäre; sie wußte in ihren schönen Zügen die ganze Stufenleiter der Affekte von der ausgelassensten Lustigkeit bis zum herzzerreißenden Schmerz, in höchster Wahrheit und immer schön, zu greifbarem Ausdruck zu bringen. Im Königstädtischen Theater, dessen Italienische Oper ich bereits erwähnt habe, bereiteten Beckmann und Plock in dem Berliner Lokallustspiel durch ihre unübertreffliche Komik sehr vergnügte Stunden.

Es könnte scheinen, daß mir die Gesellschaft, das Theater und sonstige Vergnügungen kaum einen freien Abend gelassen hätten. So war es aber keineswegs. Das Jahr hat viele Tage, und die Abende eines guten Teiles dieser Tage widmete ich zu Hause der Arbeit und der Lektüre. Die Arbeit bestand, außer der Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte, in erster Linie in dem Studium der Zollvereinsverhältnisse. Die beiden ersten Foliobände der „Verträge und Verhandlungen über die Bildung und Ausführung des deutschen Zoll- und Handelsvereins" waren soeben erschienen, die in denselben noch nicht enthaltenen Verträge über die Fortdauer des Zollvereins und über den

Anschluß von Luxemburg, von Braunschweig und der Grafschaft Schaumburg waren mir anderweit zugänglich. Ich bemühte mich, dieses reichen Materials Herr zu werden, insbesondere die äußerst verwickelten, neben den Schiffahrtsakten hergehenden Verabredungen über die Flußzölle und deren Zusammenhang mit dem System der Durchgangszölle mir klar zu machen, welches Kühne die Metaphysik des Zolltarifs zu nennen pflegte. Ich verdanke es diesem Studium, daß ich, als ich später in die Zollvereinsverhandlungen eintrat, festen Boden unter meinen Füßen hatte. Ferner beschäftigte mich das Bankwesen, dessen Neugestaltung damals auf der Tagesordnung stand, eine reiche Broschürenliteratur hervorrief und durch den Übergang der Königlichen Bank in die Preußische Bank eine vorläufige Lösung fand. Die Vorarbeiten zu der Bankordnung von 1846 aus der Feder des, im Büreau des Ministers Rother angestellten Regierungsrats Seydel gewährten Belehrung und regten zum Nachdenken an. Ich hatte Seydel bei Kühne kennen gelernt, bevor er zur Strafe für seine Beteiligung an der Brockhausschen „Allgemeinen Zeitung" aus der ersten Abteilung des Finanzministeriums an die Regierung in Oppeln versetzt wurde, und erneuerte die Bekanntschaft, als ihn Herr Rother nach Berlin berief. Er war ein äußerst geist- und kenntnisreicher Mann, für jede zweite Stellung eminent geeignet, aber ohne die für eine erste Stelle unentbehrliche Ruhe und Stetigkeit. Ich werde ihn noch später zu nennen haben. Die leichte Lektüre, mit welcher ich den Abend zu schließen pflegte, war sehr mannigfaltiger Art. Ich wurde in dieser Zeit mit Heine vertraut und prägte einen Teil seiner Lieder meinem Gedächtnis ein, ich las die Romane der Gräfin Hahn und der Frau von Paalzow, sobald sie aus der Presse kamen, weil sie in der Gesellschaft bewundert wurden und mir, der ich mich gegen diese Bewunderung auflehnte, Stoff zur Unterhaltung boten. Die damals beginnende Tauchnitzsche Sammlung der englischen Klassiker gab mir Veranlassung, die Romane von Walter Scott, Bulwer und Dickens, sowie die älteren Arbeiten von Smollet und Fielding in der Ursprache kennen zu lernen; von der französischen Literatur las ich die neu erscheinenden Romane von Eugen Sue, dem älteren Dumas und George Sand, sowie Lamartines Histoire des Girondins, welche ich kaum anders, denn als einen historischen Roman ansehen konnte.

Wenn ich an solchen ruhigen Abenden, zuweilen unter dem Eindruck des eben Gelesenen, in mich selbst einkehrte, hatte ich mir zu gestehen, daß ich arg verweltlicht sei. Ich hatte die Zeit nicht ver-

gessen, wo ich in Halle von den Grundlagen des Christentums innerlich ergriffen worden war, aber es fehlte mir die Energie, an diese Zeit wieder anzuknüpfen. Damit war mir jedoch das Bedürfnis nach einer sittlichen Grundlage meines Handelns nicht verloren gegangen, und ich fand diese Grundlage in der Pflicht. Ich verstand darunter nicht, daß ich, was ohnehin nicht anders sein konnte, als Beamter meine Schuldigkeit tat, sondern daß ich dem Staatswesen, in welches ich gestellt war, mich unterordnete, so daß dessen Zwecke die meinigen wurden und meinen Willen bestimmten. In der bewußten Hingabe meiner Persönlichkeit an die im Staat verkörperte Allgemeinheit sah ich meine Pflicht, und in der Erfüllung dieser Pflicht die Aufgabe meines Lebens. Sie machte ich zum festen Angelpunkte meines Daseins, und ich gewöhnte mich, alles, was daneben an mich herantrat, als nebensächlich anzusehen, womit dann der frohe Genuß dessen, was der Augenblick erfreulich darbot, ebenso vereinbar war, als die volle Empfindung für das, was er Trauriges brachte.

Den hallischen Familienkreis hatte ich zuletzt erwähnt bei der Erzählung von dem Tode meines Onkels. Seitdem hatten sich bei einem Teile seiner Mitglieder große Veränderungen zugetragen.

Laura Henrici war die Frau eines mit ihrer Familie bekannten, wohlhabenden Domänenpächters in der Nähe von Göttingen geworden. Die Reise, welche ich im Sommer 1846 in der Provinz Sachsen machte, führte mich in ihre Nähe, ich besuchte sie und fand sie glücklich an der Seite ihres feingebildeten Mannes, Mutter eines zarten Töchterchens und angebetet von ihren drei Stiefkindern. Zwanzig Jahre später sah ich sie in Göttingen wieder, wo sich ihr Mann niedergelassen hatte, nachdem seine Pachtung abgelaufen war. Ihr Töchterchen hatte sie noch als Kind verloren; sie lebte glücklich in ihrer Ehe und in den angenehmsten geselligen Verhältnissen. Aber ihr Mann war zu sehr Welfe, um sich in Göttingen unter preußischer Herrschaft wohl zu fühlen; er kaufte sich in Freiburg im Breisgau an, und da habe ich sie einige Jahre später zum letzten Male gesehen. Die Kinder hatten das Haus längst verlassen, und sie lebte einsam, häufig körperlich leidend, mit ihrem Mann. Sie ist vor ihm gestorben.

Meine Schwester hatte in dem Hause unseres Vetters Felix, des Justizamtmanns in Putbus, ein Heim gefunden. Wenig über ein Jahr nach ihrem Eintreffen dort verlobte sie sich mit Dr. Ernst Baumgardt, Lehrer an dem dortigen Pädagogium. Baumgardt erhielt nach zwei Jahren eine auskömmliche Stelle an dem Gymnasium in Köslin,

und im Dezember 1845 reiſte ich zur Hochzeitsfeier nach Putbus. In der Pfingſtzeit des folgenden Jahres brachte ich einige Tage in Köslin bei meiner Schweſter zu. Ich konnte zu meiner Freude wahrnehmen, daß ſie durch ihre Perſönlichkeit ſich in der dortigen Geſellſchaft eine Stellung erworben hatte, auf welche die Frau eines Gymnaſiallehrers keinen Anſpruch hätte machen können. Sie war vollkommen zufrieden.

Der April 1847 brachte eine neue Hochzeitsfeier: mein Vetter Berthold Delbrück, der dritte Sohn meines Onkels, verheiratete ſich in Berlin mit Laura von Henning. Berthold, ein ungewöhnlich hübſcher Mann, hatte ſich langſam, aber ſehr tüchtig entwickelt. An Bravheit des Charakters ſtand er ſeinen beiden älteren Brüdern gleich, an Talent und Energie überragte er dieſelben. Er hatte die juriſtiſche Laufbahn gewählt, und war damals als Aſſeſſor bei dem Kreisgericht in Bergen auf Rügen angeſtellt. Das gemeine Recht, welches er in dieſer Stellung praktiſch anzuwenden hatte, machte er zum Gegenſtande wiſſenſchaftlicher Unterſuchungen, deren Ergebniſſe er in juriſtiſchen Zeitſchriften und ſelbſtändigen Werken veröffentlichte. Die allgemein anerkannte Bedeutung dieſer Arbeiten würde ſeine Berufung an eine Univerſität zur Folge gehabt haben, wenn er nicht politiſch auf der äußerſten Linken geſtanden hätte, und als er ſich von der Politik zurückzog, war ſeine, durch den Beginn eines Lungenleidens erſchütterte Geſundheit nicht mehr einer Profeſſur gewachſen. Er ſtarb, erſt fünfzig Jahre alt, als Appellationsgerichtsrat in Greifswald. Mit ſeiner Frau hatte er die glücklichſte Ehe geführt. Von vortrefflichem Herzen, voll Geiſt und Energie, mit ſelbſtloſer Entſagung und ſouveräner Verachtung alles Nebenſächlichen, hat ſie trotz Sorgen, welche die äußere Lage und ſpäter die Geſundheit ihres Mannes ihr brachten, ihre Kinder zu tüchtigen Menſchen erzogen.

Wie in dem Kreiſe meiner Verwandten eine Hochzeit auf die andere folgte, ſo war es auch in dem Kreiſe meiner Bekannten: Schele, Eichhorn, Nordenflycht, Günther wurden Ehemänner. Ich war dreißig Jahre alt geworden, die Frage lag nicht fern, ob ich nicht dem guten Beiſpiel folgen ſolle, ſie trat aber an mich heran nur, um ohne Beſinnen verneint zu werden. Ich war mir bewußt, daß ich die Aufgabe, deren Erfüllung ich als meine Pflicht anſah, nur dann würde erfüllen können, wenn ich meine ganze Perſönlichkeit ungeteilt für ſie einſetzte. Dazu bedurfte es aber vor allen Dingen

eines, von eigenen Sorgen freien Kopfes, und daß solche Sorgen, auch unter günstigen äußeren Verhältnissen, in der Ehe nicht ausbleiben, konnte ich, wenn Beweise erforderlich gewesen wären, tagtäglich wahrnehmen. Vielleicht hätte dieser Grund nicht durchgeschlagen, wenn ich nicht als Erbschaft aus meiner frühen Jugend die Verschlossenheit bewahrt hätte. So heiter und offen ich mich im Umgange mit Anderen gab, das was mich innerlich bewegte, behielt ich für mich und verarbeitete ich allein. Ich empfand nicht das Bedürfnis, mein inneres Leben mit jemand anderem zu teilen, und mein äußeres Leben hatte sich so angenehm gestaltet, daß ich nach einer Änderung kein Verlangen trug.

Aus diesem äußeren Leben habe ich hier einiges nachzutragen.

In der damaligen Zeit kosteten Reisen mehr Zeit und Geld als jetzt, und als mir zu Gebote stand; ich konnte daher nur kleine Ausflüge unternehmen. Den ersten richtete ich in der Pfingstzeit 1843 nach Dresden und der Sächsischen Schweiz. Die italienischen Gemälde der Galerie, für welche ich durch Kupferstiche und durch frühere Studien auf dem Berliner Museum vorbereitet war, genoß ich mit vollem Entzücken; die Sixtinische Madonna, welche ich in dem Müllerschen Stich täglich vor Augen hatte, wurde mir für immer der vollkommenste Ausdruck göttlicher Hoheit; Tizians Christus mit dem Zinsgroschen prägte sich mir unauslöschlich ein, die Vornehmheit der Venetianer trat mir in diesem Bilde zum ersten Male vor Augen. In Erinnerung an Goethes erste Bekanntschaft mit der Dresdener Galerie suchte ich die Gemälde von Domenico Feti auf, bei allem guten Willen konnte ich ihnen keinen Geschmack abgewinnen. In einer feierlichen Messe in der katholischen Kirche hörte ich zum ersten und letzten Male einen Kastraten, einen älteren Mann, dessen Stimme schon gelitten hatte, aber durch die vollendete Kunst des Vortrags zur Bewunderung hinriß.

Die Dienstreisen, welche ich in den Jahren 1845 und 1846 machte, habe ich erwähnt. Außer reicher Belehrung und interessanten Bekanntschaften brachten sie manche ergötzliche oder anmutige Erlebnisse. Nur eines will ich erzählen, das mir besonders lebhaft vor Augen steht. Im August 1846 fand ich in Magdeburg Felix Niemeyer wieder, den ältesten Sohn unseres früheren Hauswirts, welcher, Arzt wie sein Vater, sich vor ein paar Jahren in seiner Vaterstadt niedergelassen hatte. Sein Vater, leidenschaftlicher Kunst- und Gartenfreund, hatte sich, nachdem die Restauration des Magde-

burger Doms vollendet war, erboten, den von dem Kreuzgange des Doms eingeschlossenen alten Begräbnisplatz, welcher durch die Restaurationsarbeiten zu einer wahren Wüste geworden war, in einen Garten zu verwandeln. Sein Erbieten war dankbar angenommen, er hatte einen, der ernsten Umgebung entsprechenden Garten angelegt und sorgfältig unterhalten und war damit tatsächlich zum ausschließlichen Besitzer des Platzes geworden. Zu einem Imbiß auf diesem Platze lud Felix, der in das Verhältnis seines Vaters eingetreten war, eines Abends mich und noch ein paar Bekannte ein. Wir fanden uns um neun Uhr zusammen; es war der Tag vor dem Vollmond, und es war ein herrlicher Anblick, als der Mond hinter der, die Südseite des Kreuzganges abschließenden Domschule an dem wolkenlosen Himmel emporstieg und die uns zugekehrte Längenseite der Kirche allmählich erhellte. Es wurde uns schwer, uns von diesem Anblick loszureißen, als wir aber den Rückweg antraten, erwarteten uns neue Genüsse. Wir hatten den Kreuzgang zu durchschreiten, dessen Bögen, teils offen, teils vom Gebüsch des Gartens halb oder ganz verschleiert, das Mondlicht in wechselnder Stärke auf die, an der entgegengesetzten Wand aufgerichteten Grabsteine und Steinbilder alter Ritter und Kapitularen fallen ließen. Der Totengräber, welcher im Kreuzgang wohnte, war noch wach, und ließ sich leicht bewegen, uns die Kirche aufzuschließen. Wir traten ein, und nichts beschreibt die Pracht dieses Anblicks. Durch die mächtigen Fenster des Mittelschiffs fiel das Mondlicht voll und gerade hinein und überströmte die entgegengesetzte Seite des Mittelschiffs mit Tageshelle, das eine Seitenschiff blieb in nächtlichem Dunkel, das andere lag im Dämmerlicht, die hohen Wölbungen des Mittelschiffs schienen in das Unendliche zu wachsen. Wir standen alle anfangs stumm, brachen dann aber in lautes Entzücken aus. Wieder und wieder durchwanderten wir das Gebäude, jeder Standpunkt bot neue Reize. Und wie man des Schönen nie genug haben kann, so wollten wir uns mit dem Innern der Kirche noch nicht zufrieden geben, wir wollten auf den Turm. Der Totengräber ging, um die Schlüssel und seine Laterne zu holen. Seine Rückkehr, wie er, für uns durch die Pfeiler verdeckt, das dunkel gebliebene Seitenschiff durchschritt und mit dem ungewissen roten Schein seiner Laterne erhellte, schenkte uns einen neuen Lichteffekt. Als wir, nicht ohne einiges Stolpern, auf der obersten, etwa 300 Fuß hoch gelegenen Galerie angelangt waren, schlug unter uns die Glocke zwölf, und es war

nicht zu verwundern, wenn uns Goethes Totentanz einfiel, als wir zu dieser Stunde, den Totengräber mit seiner Laterne neben uns, auf den alten Begräbnisplatz und auf die totenstille Stadt hinabsahen.

Das folgende Jahr brachte mehrere Ausflüge. Zuerst ging ich in der Pfingstzeit, gemeinsam mit Staberoh, auf einige Tage nach dem Unterharz, dessen Glanzpartien wir bei schönstem Wetter durchwanderten. Später, im August, überredete mich Dryander, der eine Erholungsreise machen sollte, zu einer Fahrt nach Rügen. Wir sprachen unterwegs auf ein paar Tage in Heringsdorf vor, das wir beide zum ersten Male sahen. Litzmann und seine Frau machten in der Villa der Frau Klenze die Wirte, wir erquickten uns durch Seebäder und Waldpromenaden, und fuhren dann über Swinemünde nach Putbus, wo wir Felix mit Frau, und nach Bergen, wo wir das junge Ehepaar trafen. Das Jagdschloß und Stubbenkammer mit ihren Umgebungen wurden besucht, dann nahm ich allein Abschied, weil mein Urlaub zu Ende ging. Auf dem Rückwege machte ich bei Herrn von Dyke in dessen Gute Losentitz einen Besuch und lernte dabei den Verlobten der Tochter des Hauses, Freiherrn von der Lancken-Wackenitz kennen. Sehr befriedigend war endlich ein, in den ersten Tagen des November 1847 gemeinschaftlich mit Otto Camphausen ausgeführter Ausflug nach Leipzig. Seit Mitte Oktober tagten daselbst Vertreter der deutschen Regierungen zur Beratung des, von Preußen vorgelegten, von Bischoff ausgearbeiteten Entwurfs einer allgemeinen deutschen Wechselordnung. Die Herren von Patow, Bischoff und Ludolph Camphausen, welche zu den preußischen Vertretern gehörten, forderten uns zu einem Besuche auf; wir fuhren an einem Sonnabend Abend nach Leipzig und begaben uns mit unseren Freunden sofort nach Ackerleins Keller, wo ein großer Teil der Konferenz sich zusammenfand, und bei vorzüglichem Cliquot ein Teil der Nacht verplaudert wurde. Ich lernte an dem Abend zwei Männer kennen, mit welchen ich nicht lange nachher in nahe, viele Jahre hindurch dauernde Beziehungen trat: den späteren braunschweigischen Minister-Residenten und Bundesrats-Bevollmächtigten von Liebe und den späteren nassauischen Präsidenten Vollpracht. Am Sonntag Vormittag folgten wir einer an die Konferenz gerichteten Einladung des Konsuls Schletter zur Besichtigung seiner vorzüglichen, mit Geschmack aufgestellten Sammlung moderner Gemälde, welche jetzt eine Zierde des städtischen Museums bildet. Auf dem Rückwege begegnete uns

ein Trauerzug; es war die Leiche Felix Mendelssohns, welche er begleitete. Nach einer Fahrt über einen Teil des Schlachtfeldes von 1813 speisten wir mit der Konferenz im Hotel de Bavière, den Abend brachte ich mit Bischoff im Theater zu, und am anderen Morgen traten wir den Heimweg an. Wir nahmen erfreuliche Eindrücke mit. Die freudig gehobene Stimmung, welche wir bei den Mitgliedern der Konferenz gefunden hatten, war das Zeichen einträchtiger Arbeit und die Gewähr für das Gelingen des gemeinschaftlichen Werkes. Und dieses Werk hatte eine Tragweite, welche über seinen nächsten Zweck, die Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes, weit hinausging: es verhieß das erste für ganz Deutschland geltende Gesetz zu werden. Endlich einmal stand einer Initiative Preußens ein Erfolg in Aussicht.

So kam das Jahr 1848 heran. Auf seine ersten Tage fielen die schwarzen Schatten des Hungertyphus in Oberschlesien. Die Verhandlungen der, in der Mitte des Januar zur Beratung des Strafgesetzbuchs zusammentretenden ständischen Ausschüsse brachten gleich bei ihrem Beginn die weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem durch das Patent vom 3. Februar 1847 geschaffenen Zustande zur Erscheinung. In Italien bebte der Boden: Sizilien war in Aufruhr, der König von Neapel hatte den Erlaß einer Verfassung versprechen müssen, der Großherzog von Toscana und der König von Sardinien folgten seinem Beispiele, in der Lombardei und in Venetien gab es blutige Straßentumulte. Heinrich von Arnim berichtete aus Paris, daß in Frankreich ein Umsturz bevorstehe. In Berlin wurde ihm nicht geglaubt, aber doch die Notwendigkeit erkannt, daß in Deutschland etwas geschehen müsse, und zwar durch Belebung und Kräftigung des Deutschen Bundes. Am 21. Februar fand unter Vorsitz des Königs eine Ministerial-Konferenz statt zur Beratung der Einleitungen, welche zu diesem Zwecke anzubahnen seien. Ihr Ergebnis, soweit es die Handelspolitik betraf, wurde in einer Kabinettsorder an den Finanzminister vom 25. Februar niedergelegt. Diejenigen Gegenstände, für welche eine lebendige, das deutsche Nationalgefühl befriedigende Wirksamkeit des Bundes in Anspruch zu nehmen war, sollten genauer ins Auge gefaßt, und es sollten die Grundzüge der projektierten Bundes-Institutionen und Einrichtungen durch Ausarbeitung von Entwürfen entwickelt werden, die dazu geeignet wären, bei den zuvörderst anzuknüpfenden Unterhandlungen mit Österreich insoweit benutzt zu werden, als sie die Möglichkeit der Ausführung

in einem, als vorläufiger diesseitiger Vorschlag sich darstellenden Projekt anschaulich machten, ohne dadurch anderweiten Vorschlägen oder wesentlichen Modifikationen vorgreifen zu wollen. Solche Entwürfe sollten zunächst für die vorzugsweise zu erstrebende Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, zugleich aber, da dieselbe vorläufig wohl noch nicht zu erreichen sei, für Gleichstellung, oder doch möglichste Annäherung der verschiedenen Zolltarife, für möglichste Befreiung des Verkehrs zwischen den deutschen Bundesstaaten mit Landesprodukten und einheimischen Fabrikaten, vornehmlich mit Lebensmitteln aller Art, und außerdem für folgende Gegenstände ausgearbeitet werden: eine allgemeine deutsche Maß- und Gewichts-Ordnung, eine allgemeine deutsche Eisenbahn-Ordnung, Regulierung der Wasserzölle und gleichmäßige Behandlung der Schiffahrt auf den deutschen Strömen. Die Vorlegung aller dieser Entwürfe wurde bis zum 25. März — also binnen vier Wochen — erwartet; an diesem Tage sollte auf Grund einer mit Österreich getroffenen Verständigung ein Fürstenkongreß in Dresden zusammentreten.

Am 27. Februar, einem Sonntage, war ich abends im Opernhause in einer Vorstellung von Aubers Krondiamanten. Ich hatte nur in der Fremdenloge einen Platz finden können; dort suchte Bischoff in einem Zwischenakte mich auf, um mir die soeben eingetroffene Nachricht mitzuteilen, daß König Louis Philippe vor einer Straßen-Emeute abgedankt habe. Ich wünschte ihm Glück zu diesem Ereignis, welches günstigen Wind für seine Wechselordnung versprach. Es folgten fieberhafte Tage. Von Ereignissen, wie solche der 18. März brachte, hatte keiner von uns eine Ahnung, aber wir fragten uns vergebens, was werden solle, weil wir der Regierung energische Entschlüsse nicht zutrauten. Was war von den langatmigen Verhandlungen zu erwarten, auf welche die Kabinettsorder vom 25. Februar die Durchführung der geplanten Reformen verwies, und wie bezeichnend war es, daß die vom König auf Herrn von Bodelschwinghs Andringen genehmigte Aufhebung der Zensur verschoben wurde, weil Herr von Canitz meinte, daß eine solche Maßregel nicht zu treffen sei, ohne den Fürsten Metternich vorher davon verständigt zu haben. Die Periodizität des Vereinigten Landtages wurde erst unter dem Druck der Ereignisse in Frankreich zugestanden.

Am 13. März fragte mich Herr Kühne, ob ich meine Stellung im Handelsamt aufgeben und wieder in das Finanzministerium ein-

treten wolle, da der Vereinigte Landtag, dessen Berufung auf den 27. April bevorstand, eine Verstärkung der Arbeitskräfte im Ministerium notwendig machen werde. Es verstand sich von selbst, daß ich augenblicklich ja sagte; ich konnte mir nichts Besseres wünschen, das Handelsamt war für mich abgetan, Herr von Roenne selbst war sich darüber klar, daß seine Behörde, so wie sie war, nicht fortdauern werde. Meine Berufung in das Finanzministerium verzögerte sich um einige Tage, und ich war am 18. März noch in meinem, nach dem damaligen Festungsgraben gelegenen Dienstzimmer im Handelsamt beschäftigt, als die verhängnisvollen Schüsse auf dem Schloßplatz fielen. Ich vernahm sie, ohne ihnen Bedeutung beizulegen, erst als ein Kanzleidiener mir meldete, daß Volksaufläufe stattfänden, machte ich mich auf. In unserem Restaurant fand ich nur Bischoff, wir erfuhren stückweise, was auf dem Schloßplatze sich zugetragen habe, und daß Barrikaden gebaut würden. Hastig nahmen wir unser Mahl und eilten dann auf die Straße. Nach einigen Schritten trafen wir auf ein paar Kompagnien Artillerie, welche die Friedrichstraße hinauf in der Richtung nach dem Hallischen Tore zogen. Wir gingen weiter die Linden hinauf nach dem Schloßplatz; die fast menschenleeren, breiten Straßen und Plätze, in hellem Sonnenscheine liegend, machten einen unheimlichen Eindruck. An der Langen Brücke wurden wir von bekannten Offizieren zurückgewiesen; die Sache sei nicht bedenklich, aber für Zuschauer zu ernst. Wir kehrten um, gingen die Linden hinab und begegneten der Prinzessin Karl und ihrer Hofdame, Gräfin Hacke, welche, die erstere am Arm des Malers Hensel, die letztere am Arm von Herrn von Patow, zu Fuß nach dem Schlosse eilten, weil sie sich in ihrem Palais am Wilhelmsplatz nicht sicher fühlten. An der Wilhelmstraße trennten wir uns, Bischoff wollte nach seiner Wohnung am Wilhelmsplatz sehen, ich ging zu Frau Klenze, welche, nachdem sie ihr Haus verkauft hatte, in der Dorotheenstraße wohnte und ohne männlichen Schutz war. Aus den Fenstern eines der oberen Stockwerke des Hauses sahen wir die Artilleriewagenhäuser an der Chausseestraße, jetzt Kasernen des Gardefüsilierregiments, in Flammen aufgehen. Es wurde Abend, in der Umgebung des Hauses herrschte volle Ruhe, und so glaubte ich, die Damen auf kurze Zeit verlassen zu dürfen, um, wenn es möglich war, aus meiner Wohnung die in dem Schreibtische nur dürftig verwahrten Papiere zu holen, welche mein kleines Vermögen darstellten. Ich wohnte in der Mohrenstraße, nahe am Ziethenplatz. Auf dem Wilhelmsplatz fand ich Infanterie, man ließ mich

passieren, am Eingange in die Mohrenstraße hatte ich eine Barrikade zu übersteigen, an der Mündung der Straße in die Friedrichstraße wurde gekämpft. Während ich meine Papiere zu mir steckte, griffen die Truppen vom Wilhelmsplatz aus die soeben von mir überstiegene Barrikade an; ich war von beiden Seiten eingeschlossen. Ich mußte die Nacht in meiner Wohnung zubringen. An Schlaf war nicht zu denken, das bis tief in die Nacht anhaltende Gewehrfeuer ließ die Nerven nicht zur Ruhe kommen. In meinen Gedanken war ich durchaus nicht unruhig, ich zweifelte nicht an der Niederwerfung des Aufstandes und schöpfte aus den Zusagen, welche der König noch vor dem Ausbruch des Aufstandes gegeben hatte, die Hoffnung, daß Preußen die Krisis werde überwinden können.

Am anderen Morgen machte ich mich mit Sonnenaufgang auf den Weg. Durch die Friedrichstraße, die Oranienburgerstraße und den Hackeschen Markt ging ich nach der Klosterstraße, um zu sehen, wie Adolf von Pommer Esche und seine Familie den Tag überstanden hätten. Sie hatten schon am Nachmittag ihre Dienstwohnung im Gewerbehaus verlassen und bei den Geschwistern in Kemperhof, der jetzigen Viktoriastraße, Unterkunft gesucht; in dem Flur des Hauses lag die Leiche eines auf der nahen Barrikade erschossenen Knaben, eines echten Straßenjungen. Ich wanderte weiter über den Molkenmarkt, den Mühlendamm, durch die Leipzigerstraße und die Bellevuestraße nach Kemperhof. Die zahlreichen Barrikaden, welche ich auf diesem langen Weg antraf, waren zum größeren Teile zerstört, sämtlich verlassen, überall waren die Truppen Herren des Terrains, sie beherrschten den innerhalb meines Weges belegenen Teil der Stadt, hatten, wie ich erfuhr, sämtliche Bahnhöfe in ihrer Gewalt; alles, worauf es ankam, war in ihren Händen. Mit dieser frohen Botschaft kam ich zu meinen Freunden, die im Tiergarten völlig unbelästigt geblieben waren. Auch Frau Klenze, welche ich von dort aus aufsuchte, war nicht behelligt worden.

Ich bin nicht imstande, die Empfindungen zu beschreiben, mit welchen ich gegen Mittag auf dem Gendarmenmarkte die abmarschierenden Regimenter sah. Die Gründe, aus welchen die gewonnene Schlacht in eine Niederlage verwandelt wurde, konnte ich nicht begreifen, die Folgen stellte ich mir lebhaft vor. Für die Person des Königs fürchtete ich keine Gefahr; die politischen Wirkungen der selbstgewählten Niederlage konnten sich nicht auf einmal entwickeln, aber die Schutzlosigkeit gegen die Barrikadenhelden, in welcher die Stadt sich augenblicklich

befand, machte die im Staatsschatz und in der Generalstaatskasse liegenden Millionen zu einer leichten Beute, und diese Millionen waren unersetzlich. Glücklicherweise waren die Leiter des Aufstandes entweder von der Sachlage nicht unterrichtet oder noch unter dem Eindruck ihrer Niederlage; die gefährlichsten vierundzwanzig Stunden verliefen, ohne daß nur ein Versuch gemacht wurde. Die Besorgnisse, welche mich damals erfüllten, haben im Jahre 1873 den Reichskriegsschatz nach Spandau gebracht. Die Militärverwaltung hatte anfangs keine Neigung, die von mir angesonnene Verwahrung des Schatzes zu übernehmen, erst als ich dem Grafen Roon die Lage schilderte, in welcher sich der Staatsschatz am 19. März 1848 befunden hatte, wurde der Juliusturm zur Verfügung gestellt.

Zum Mittagessen war ich bei Kühne. Es war ein trauriges Mahl. Wir saßen noch bei Tisch, als der alte Diener hereinstürzte und mit zitternder Stimme erzählte, daß vor dem Hause ein tobender Haufe sich gesammelt habe, welcher nach dem Herrn verlange. Ich erbot mich, die Besänftigung zu versuchen, ging aus einer Seitentür vor das Haus und sagte den Leuten mit größter Höflichkeit, daß Kühne nicht heimisch sei, und daß ich es übernehme, ihm alles mitzuteilen, was sie ihm hätten sagen wollen. Die Sache war nicht so schlimm, offenbar befand sich unter dem Haufen keiner, der einen persönlichen Groll gegen Kühne hatte, und nach einigem Hin- und Herreden zogen die Leute weiter. Am nächsten Morgen trat ich in das Finanzministerium ein, dessen interimistische Leitung Kühne übertragen war.

Die Märztage haben in meinem Leben einen Abschnitt gemacht, tiefer als irgend ein späteres Ereignis. Es war nicht bloß die Änderung, welche nach und nach meine amtliche Stellung erfuhr, auch nicht bloß die Steigerung der Ansprüche, welche an meine persönliche Tätigkeit gemacht wurden, sondern vor allen Dingen der Ernst, welcher die aus der neuen Gestaltung der Dinge hervorgehende Verantwortlichkeit in mein Dasein brachte. Welcher Art diese Verantwortlichkeit war, kann nur eine Darstellung der folgenden Zeiten ins klare stellen, sie war keine rechtliche, sondern eine moralische, welche darauf beruhte, daß ich tatsächlich die treibende Kraft der preußischen Handelspolitik wurde. Meine Lehrjahre waren zu Ende und mit ihnen die Harmlosigkeit des Lebens.

Neuntes Kapitel.

Durch die März-Ereigniſſe war die politiſche Entwicklung Preußens gewaltſam unterbrochen. Das erfolgreiche Auftreten des populären Elements hatte den Schwerpunkt der Macht verſchoben, bis zu den letzten Tagen des Jahres ließ ſich nicht ſagen, wo derſelbe zu finden ſei. Die Wiederherſtellung der bürgerlichen Ordnung war die dringendſte Aufgabe, hinter ihr trat jede andere zurück. Die Verwaltung bewegte ſich, ſoweit ſie konnte, in den gewohnten Geleiſen, aber zu einem zielbewußten Handeln fehlte ihr die Grundlage, der Anſtoß von außen beſtimmte ihre Tätigkeit. Sie lebte von der Hand in den Mund. Die Ungewißheit, welche über der Geſtaltung der deutſchen Verhältniſſe ſchwebte, vermehrte die Unſicherheit. Das niederdrückende Gefühl dieſer Lage wurde für jeden, der in Berlin lebte, durch die widerwärtigen Erſcheinungen, welche ihn auf den Straßen der Hauptſtadt umgaben, faſt bis zur Unerträglichkeit geſteigert.

Der Rückblick auf dieſe Zeit zeigt mir ein wirres Bild. Ich unterlaſſe den Verſuch, dasſelbe feſtzulegen, denn die damaligen Zuſtände in Berlin, ſowie die politiſchen Ereigniſſe, deren Zeuge ich war, ſind häufig genug dargeſtellt worden. Ich beſchränke mich darauf, zu ſagen, wie ich zu den Ereigniſſen ſtand, und zu erzählen, wie meine amtliche Tätigkeit ſich geſtaltete.

Auf Frankfurt ſetzte ich keine Hoffnungen. Für Deutſchland, als abſtrakten Begriff, konnte ich mich nicht begeiſtern, und, wenn ich den Begriff konkret faſſen wollte, kam ich nur zu einer Hegemonie Preußens über einen Teil deſſen, was völkerrechtlich Deutſchland hieß, wie ſolche im Zollverein, freilich ſehr unvollkommen, vorgebildet war. Ich hatte zu lange in den Geſchäften gelebt, um mich über den Wider-

stand zu täuschen, welchem die Schöpfung einer solchen Hegemonie nicht bloß in Österreich, sondern auch in den Mittelstaaten begegnen mußte, und um nicht überzeugt zu sein, daß zur Überwindung dieses Widerstandes eine gewaltige materielle Macht gehöre; von den ersten Elementen einer Macht aber vermochte ich in Frankfurt, auch nach Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt, nichts zu entdecken. Die Konsolidierung der Verhältnisse Preußens war daher für mich die Voraussetzung zur Lösung der deutschen Frage, denn ohne die, auf einer solchen Konsolidierung beruhende Machtstellung fehlte mir jede Grundlage für die Lösung. So wenig Interesse ich unter solchen Umständen für die Verhandlungen des Parlaments und die legislativen Versuche der Reichsministerien gewinnen konnte, um so lebhafter war mein Wunsch, daß aus den Beratungen der preußischen Nationalversammlung eine Verfassung hervorgehen möge, welche zu einer dauernden Grundlage für die unvermeidlich gewordene neue Gestaltung des preußischen Staatswesens werden könne. An der Hoffnung auf ein solches Ergebnis hielt ich länger fest, als durch die Haltung der Versammlung gerechtfertigt war, und es wurde mir schwer, mich in den, je länger, desto weniger abzuweisenden Gedanken zu finden, daß nichts anderes übrig bleibe, als die Versammlung an ihren eigenen Fehlern sich tot laufen zu lassen und auf einem anderen Wege die Grundlage zu suchen, welche sie zu finden nicht vermocht hatte.

Meine amtliche Tätigkeit war bis zum Schluß des Jahres von der mannigfaltigsten Art. Ich begann sie, wie ich schon erwähnt habe, im Finanzministerium, dessen interimistischer Leiter während des Arnimschen Ministeriums Herr Kühne war. Er übertrug mir kein Dezernat, sondern wollte mich für besonders dringende oder außerhalb des regelmäßigen Geschäftskreises liegende Angelegenheiten zur Hand haben. Ich ging, sobald ich meinen Morgenkaffee genommen hatte, in seine Dienstwohnung, wo ein Zimmer für mich eingerichtet war, und erhielt seine Weisungen. Dabei blieb es, auch nachdem das Ministerium Camphausen gebildet und Herr Hansemann Finanzminister geworden war. Ich hatte mich mit den verschiedensten Dingen zu beschäftigen; einige Beispiele mögen erwähnt werden. Ich machte Vorarbeiten für das, dem Vereinigten Landtage vorzulegende Wahlgesetz zur Nationalversammlung, ich verfaßte die, zur Veröffentlichung durch die Staatszeitung bestimmten Berichte, mit welchen das Staatsministerium am 3. April die Verordnung über Aufhebung der Mahlsteuer, und am 15. April das Gesetz über die

Gründung von Darlehnskassen dem Könige vorlegte; die Einleitungen für die Regelung der freiwilligen Anleihe gingen durch meine Hand. In der ersten Zeit waren die Minister täglich auf dem Schloß versammelt, auch ich hatte mich öfter dort einzufinden, versehen mit einem von dem damaligen General à la suite, Generalmajor von Below, ausgestellten Passierschein und mit einer dreifarbigen Kokarde am Hut. Für die Besuche im Schlosse mußte ich die, mir von jeher widerwärtigen drei Farben verwenden, denn es war mir gesagt worden, daß es zu Mißdeutungen führen könne, wenn ich ohne dieses Symbol die Posten der Bürgerwehr passiere, im übrigen machte ich von der Kokarde keinen Gebrauch.

Inzwischen war durch Königlichen Erlaß vom 17. April ein Handelsministerium errichtet. Es wurde gebildet aus der vierten und fünften Abteilung des Finanzministeriums, der Gewerbe- und Bau-Verwaltung, soweit solche dem Ministerium des Innern zugestanden hatte, der landwirtschaftlichen Verwaltung und dem Postdepartement. Das Handelsamt wurde ihm einverleibt, an die Stelle des Handelsrats trat das Staatsministerium.

Das neue Ministerium war keine, durch die damaligen Zeitströmungen oder durch Rücksichten auf bestimmte Persönlichkeiten veranlaßte Improvisation, sondern das Ergebnis einer organischen Entwicklung. Die Genesis des Handelsamts, als der ersten Stufe dieser Entwicklung, und die Gründe, aus welchen dasselbe seine Aufgabe nicht erfüllen konnte, habe ich oben dargelegt. Daß seine Schöpfung ein Fehlgriff gewesen sei, war auch außerhalb der Kreise der Verwaltung klar geworden. Die schlesischen Provinzialstände hatten im Jahre 1845 eine Petition auf Errichtung eines Handelsministeriums beschlossen, weil sie in dem Handelsamt eine selbständige und unabhängige Vertretung der beteiligten Interessen nicht erkannten. Der Rheinische Provinzial-Landtag von 1845 hatte sich aus den nämlichen Gründen für die Verleihung einer einflußreicheren Stellung an das Handelsamt ausgesprochen. In der Dreiständekurie des Vereinigten Landtags von 1847 war mit großer Majorität und unter Zustimmung von allen Seiten des Hauses beschlossen, die Umwandlung des Handelsamts in ein stelbständiges Ministerium für Ackerbau, Handel und Gewerbe bei dem König zu beantragen. Das Jahr 1848 beschleunigte nur, was bei solcher Lage der Dinge ohnehin unvermeidlich war. Daß die auf der Verordnung vom 7. September 1844 beruhende Einrichtung unhaltbar sei, war für niemand, auch nicht für den

König, zweifelhaft. Daß diese Einrichtung, nachdem eine selbständige Vertretung der kommerziellen und gewerblichen Interessen einmal ins Leben gerufen war, nicht einfach aufgehoben werden konnte, sondern durch Beilegung einer größeren Kompetenz lebensfähig und fruchtbringend gemacht werden mußte, daß nicht ein Schritt zurück, sondern nur ein Schritt vorwärts möglich sei, würde auch bei ruhigster Erwägung in ruhigen Zeiten nicht zweifelhaft gewesen sein. Nur über die, in den Personen liegenden Schwierigkeiten half das Jahr 1848 hinweg.

Auch der Geschäftskreis des neuen Ministeriums war, nachdem er im Juni durch Abtrennung der landwirtschaftlichen Verwaltung verengt worden, richtig abgegrenzt. Daß er Handel, Gewerbe und Schiffahrt umfassen mußte, ist ohne weiteres klar. Die Verwaltung des Bauwesens war bereits seit dem Jahre 1814 mit der Handels-Verwaltung verbunden gewesen, und zwar aus guten Gründen. Die Häfen werden angelegt und vertieft, die Leuchtfeuer werden errichtet und verbessert, die Flüsse werden reguliert und unterhalten, die Kanäle werden gebaut und erweitert, damit die Schiffe für den Handel die Güter befördern können, und umgekehrt müssen sich die Schiffe den Anordnungen unterwerfen, welche zum Schutz der Hafen- und Kanal-Anlagen und der Strombauten erforderlich sind. Die Landstraßen dienen nicht weniger, als die Wasserstraßen, der Güterbeförderung; bei ihrer Benutzung sind die Anforderungen auszugleichen, welche im Interesse des Straßenbaus wegen der Einrichtung und der Belastung der Fuhrwerke und im Interesse des Verkehrs wegen des freien Gebrauchs der öffentlichen Wege zu stellen sind. War aus diesen Gründen der Wasser- und Straßenbau und war die Bau-Akademie, als eine technische Bildungsanstalt, dem Handelsministerium zuzuweisen, so mußten dem letzteren auch die Personalien sämtlicher Baubeamten in den Provinzen, gleichviel ob diese Beamten auch für andere Ressorts tätig waren, überlassen bleiben, denn sie konnten nur in der Hand desjenigen Ministeriums liegen, welches die meisten Bauten ausführen läßt und die Ausbildung der Beamten leitet. Die Eisenbahnen waren von den übrigen Verkehrsanstalten nicht zu trennen, zumal sie damals ausschließlich und auch später noch zu einem großen Teile von Handelsgesellschaften gebaut und betrieben wurden. Die Posten und Telegraphen hatten zwar die Bestimmung, der Staatskasse ansehnliche Einnahmen zuzuführen, waren aber doch in erster Linie Verkehrsanstalten und traten, je mehr das Eisenbahn-

netz sich ausdehnte, in immer engere Verbindung mit den Eisenbahnen. Die Bergwerks-Verwaltung endlich ist mit ihrer einen Seite, der Aufsicht über den Privatbergbau, ein Zweig der Gewerbepolizei, dessen Trennung von der letzteren lediglich durch die besondere technische Natur des Bergbaubetriebes bedingt wird, während ihre andere Seite, die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke und Hütten, rein kaufmännischer Natur ist. Die innere Zusammengehörigkeit aller dieser Verwaltungen ist durch eine beinahe zwanzigjährige Erfahrung erwiesen worden; es hat äußerer Gewalt bedurft, um die auf ihr aufgebaute Organisation zu zerstören. Die Neugestaltung Deutschlands nahm die Post- und Telegraphen-Verwaltung, und aus der Handels- und Gewerbe-Verwaltung die Handelspolitik für das Reich in Anspruch, und die Verstaatlichung der Eisenbahnen gab der Verwaltung des Bauwesens einen solchen Umfang, daß die Führung dieser und der Handels- und Gewerbe-Verwaltung durch die nämliche Hand nicht mehr möglich war. Die Abgrenzung zwischen den deshalb geschaffenen zwei Ministerien wird noch manchem Wechsel unterliegen.

Die Leitung des Handelsministeriums wurde Herrn von Patow übertragen. Herr von Roenne, wiederum zum Gesandten in Washington ernannt, zog es vor, sich in das Frankfurter Parlament wählen und von da zum Reichsgesandten bei den Vereinigten Staaten machen zu lassen, eine Stellung, welche er neben dem, inzwischen nach Washington entsendeten preußischen Gesandten Freiherrn von Gerolt nicht behaupten konnte. Herr Mac Lean trat als vortragender Rat, Herr von Schweinitz als Hilfsarbeiter in das neue Ministerium ein, Herr Hegel wurde Hilfsarbeiter bei dem Staatsministerium, und ich ging, auf Herrn von Patows Verlangen, in den letzten Tagen des April zum Handelsministerium über. Ich habe demselben ununterbrochen neunzehn Jahre hindurch angehört.

Ich trat in einen, mir wohlbekannten Kreis zurück; auch mein früheres Dezernat, die Bearbeitung der Handelsangelegenheiten unter Herrn Oesterreichs Korreferat, wurde mir wieder übertragen. Fürs erste gab es hierbei nicht viel zu tun. Die Handelspolitik ruhte, nicht nur, weil der Zustand Europas für ihre friedliche Arbeit keinen Boden darbot, sondern auch weil das Frankfurter Parlament und später das Reichsministerium die Gestaltung der Handelspolitik Deutschlands für sich in Anspruch nahm. Aus den zwei Monaten der Patowschen Verwaltung erinnere ich mich keiner wichtigen Angelegenheit, welche durch meine Hände gegangen wäre. In den letzten

Tagen dieſer Verwaltung wurde ich Zeuge des Zeughausſturmes. Am 15. Juni war gegen Abend von der Abſicht eines Einbruchs in das Gebäude ſo allgemein die Rede, daß ich die Pflicht fühlte, meinem Gönner Kühne, der in ſeiner, ganz nahe am Zeughauſe belegenen Wohnung nur mit ſeinem alten Diener hauſte, während des vor ſeinen Fenſtern zu erwartenden Kampfes zur Seite zu ſtehen. Auf Umwegen gelangte ich zu ihm, von Zeit zu Zeit ging ich auf die Straße, um zu ſehen, wie die Dinge ſtanden, es fiel kein Schuß, der erwartete Kampf blieb aus, und ich mußte mich endlich überzeugen, daß verräteriſche Feigheit die großen Waffenvorräte dem Pöbel preisgegeben habe. Wir konnten nichts anderes glauben, als daß nun der Verſuch gemacht werden würde, mit der bewaffneten Menge die Bürgerwehr, welcher jede tatkräftige Leitung fehlte, zu überwältigen und für die Revolution die Herrſchaft in Berlin zu erobern. Da war es dann herzerquickend, als gegen Mitternacht Trommelklang ertönte und wir von der Kaſerne am Kupfergraben her Infanterie im Geſchwindſchritt anrücken ſahen. Es war eine kleine Schar, aber ſie genügte bekanntlich, um die Einbrecher mit Kolbenſtößen und Ladeſtockhieben hinauszujagen. Es zeigte ſich, daß der Einbruch planlos unternommen war.

Zehn Tage nach dem Zeughausſturm übernahm das Miniſterium Auerswald die Geſchäfte, Herr Milde wurde Handelsminiſter, Herr von Patow ging als Oberpräſident nach Potsdam, Herr Camphauſen, als Bevollmächtigter Preußens bei dem Reichsverweſer, nach Frankfurt. Sein Bruder, mein Tiſchgenoſſe, folgte ihm dahin. Ich war mit Herrn Milde ſeit Jahren bekannt und erfreute mich ſeines Vertrauens. Er war ein echter Schleſier, von lebhaftem Geiſte, unternehmungsluſtig, beredt trotz chroniſcher Heiſerkeit, ein anregender Geſellſchafter, aber ſehr empfänglich für äußere Eindrücke, ohne Stetigkeit und Tiefe. Er fand ein eigenes Miniſterialgebäude vor. Das von Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1737 für ſeine Gold- und Silber-Manufaktur gebaute, unter ſeinem Nachfolger in Privatbeſitz übergegangene Haus am Wilhelmsplatz war ſpäter wieder Eigentum des Staats geworden und dem Miniſterium des königlichen Hauſes überwieſen. Dieſes Miniſterium ſchied jetzt aus der Reihe der Staatsbehörden aus, und ſein Dienſtgebäude wurde zur Aufnahme der Handels-, Gewerbe- und Bauverwaltung, ſowie zur Dienſtwohnung des Handelsminiſters beſtimmt. Die Verwaltung erhielt damit, wenn auch nicht ausreichende, ſo doch ſehr viel beſſere Räume, als ihr bisher zu Gebote geſtanden hatte. Die Poſtverwaltung blieb in ihrem

Hause in der Königs- und Spandauerstraße, die Bergverwaltung in ihrem Hause in der Lindenstraße. Daß die landwirtschaftliche Verwaltung vom Handelsministerium getrennt wurde, habe ich früher erwähnt.

Bald nach seinem Amtsantritt erteilte Herr Milde mir einen interessanten Auftrag. Wie damals gegen alle möglichen Verwaltungen, so waren auch gegen die Verwaltung der unter dem Handelsministerium stehenden Porzellan-Manufaktur Beschwerden erhoben worden, der Direktor der Manufaktur, dem nichts vorzuwerfen war als Schroffheit des Charakters und bureaukratische Behandlung der Fabrikation, hatte sich selbst entleibt, und es war deshalb der geeignete Augenblick da, um eine Untersuchung über den kaufmännischen Betrieb und die finanzielle Lage der Anstalt anzustellen. Ich wurde mit dieser Untersuchung beauftragt und erstattete über das Ergebnis einen ausführlichen Bericht. Der Bericht befürwortete die Erhaltung der Manufaktur, als einer Kunst- und Muster-Anstalt, und die Veräußerung der, aus derselben hervorgegangenen, aber unabhängig verwalteten Gesundheits-Geschirr-Manufaktur, welche eine geringere, marktgängige Ware darstellte. Beides ist geschehen. Um die Erhaltung der Manufaktur zu rechtfertigen, kam es vor allen Dingen auf die Wahl eines tüchtigen Direktors an, denn die Fabrikation war veraltet, sowohl in Beziehung auf die Formen, als auf die malerische Dekoration der Waren. Ich reiste im Anfang des folgenden Jahres nach Meißen, um den Direktor der dasigen Manufaktur für Berlin zu gewinnen; der Versuch schlug fehl, nicht zu meinem Bedauern, denn der sehr tüchtige Mann war zu alt, um sich in neue Verhältnisse einzuleben. So mußte zu einem Verwaltungsbeamten gegriffen werden. Der Regierungsrat Kolbe, mein früherer Kollege in der Beuthschen Abteilung, wurde Direktor; in der ersten Periode seiner Tätigkeit hat er es verstanden, die Fabrikation den Anforderungen der Zeit anzupassen und ökonomisch zu verbessern. Die Veräußerung der Gesundheits-Geschirr-Manufaktur wurde zwar im Prinzip beschlossen, aber erst sehr viel später ausgeführt, als ich gewünscht hatte.

Eine andere technische Arbeit fiel in die nämliche Zeit. Die vor zehn Jahren erlassenen Bestimmungen über die Anlage von Dampfkesseln waren veraltet. Sie waren beherrscht von dem Gedanken, daß ein Dampfkessel ein gemeingefährliches Wesen sei, und waren berechnet nur auf die Formen und Einrichtungen der Kessel, welche zur Zeit ihres Erlasses üblich waren. Ganz andere Formen und Einrichtungen

hatten sich Bahn gebrochen, die Ansichten über die Gefährlichkeit der Anlage hatten sich berichtigt, neue Vorschriften waren unabweislich. Umfangreiche Gutachten der Behörden lagen vor, aus welchen ich die neue Ordnung entwickelte und begründete; es war ein Fortschritt, daß die hervorragendsten Maschinenfabrikanten des Landes zur Beratung derselben in Gemeinschaft mit den amtlichen Technikern berufen wurden. Auf Grundlage dieser Beratung entwarf ich das Regulativ, die Anlage von Dampfkesseln betreffend, welches am 6. September erlassen wurde. Es ist in Kraft geblieben, bis ich im Jahre 1861, als Direktor im Handelsministerium, auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen ein neues Regulativ an seine Stelle treten ließ, und dieses Regulativ ist ersetzt durch die vom Bundesrat erlassenen „Allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln", welche ich, als Präsident des Reichskanzleramts, am 29. Mai 1871 mit der Geltung für das ganze Reich bekannt machte.

Um diese Zeit wurde eine handelspolitische Maßregel notwendig, welche ohne Beteiligung der Frankfurter Gewalten getroffen werden konnte. In Frankreich waren die bestehenden Ausfuhrvergütungen, namentlich für wollene Garne und Gewebe, erhöht und Ausfuhrprämien für seidene und leinene Gewebe eingeführt worden. Die Maßregel war zwar auf die Dauer des Jahres 1848 beschränkt, bereitete aber für den Augenblick unserer, ohnehin schon schwer bedrängten Industrie eine äußerst empfindliche Konkurrenz. Es gelang, die Anordnung angemessener Zuschläge zu den Eingangszöllen für die durch die französischen Prämien begünstigten Waren, soweit ein dringendes Bedürfnis vorlag, mit den Zollvereins-Regierungen zu vereinbaren. Diese Anordnung, von welcher später belgische und britische Erzeugnisse ausgenommen wurden, wurde in Preußen durch eine, „unter vorbehaltener Zustimmung der zur Vereinbarung der preußischen Verfassung berufenen Versammlung" erlassene Verordnung in Vollzug gesetzt. Die Versammlung überwies die Verordnung einer Kommission, in welcher Herr Kühne und ich die Regierung vertraten. Es war das erste Mal, daß ich mit einem parlamentarischen Organ in Berührung kam; die Beratung, welche große Meinungsverschiedenheiten ergab, gelangte nicht zum Abschluß, und die Sache blieb liegen, weil man keine Neigung hatte, durch die Verhandlung über eine materielle Frage die politischen Parteien zu spalten. Die Verordnung trat mit dem Ende des Jahres gleichzeitig mit der französischen Maßregel außer Kraft.

Unterdessen hatten in Frankfurt die über alle möglichen wirtschaftlichen Fragen sich erstreckenden Beratungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung angefangen, eine feste Gestalt zu gewinnen und einige Ergebnisse ans Licht zu fördern. Zu den letzteren gehörten Vorschläge über die, in die Reichsgesetzgebung aufzunehmenden Bestimmungen in betreff der deutschen Wasserstraßen. Diese Vorschläge, welche der Sache nach in die Reichsverfassung erster Lesung übergingen, wollten die Flußhoheit über alle schiffbaren Wasserstraßen auf das Reich übertragen, die Flußzölle aufheben und die Verpflichtung zur Unterhaltung und Verbesserung der Wasserstraßen in der Schwebe lassen. Sie ignorierten die bestehenden tatsächlichen Verhältnisse in solchem Grade und waren staatsrechtlich so wenig durchdacht, daß es, trotzdem ihm eine praktische Bedeutung kaum beizulegen war, notwendig erschien, ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen. Ich verfaßte zu diesem Zweck eine Denkschrift, welche dem preußischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt übersendet und von letzterem unter dem Titel: „Denkschrift über die Bestimmungen, welche rücksichtlich der schiffbaren Flüsse und Wasserstraßen im Deutschen Reiche zu treffen sein werden, in spezieller Anwendung auf die Verhältnisse Preußens" im Oktober gedruckt verteilt wurde. Sie hatte ihren Schwerpunkt in dem Nachweise des fundamentalen Unterschiedes, welcher rechtlich und tatsächlich zwischen denjenigen Wasserstraßen besteht, die in ihrem schiffbaren Laufe nur einem, und denjenigen, die mehreren Staaten angehören, den privativen und den gemeinschaftlichen Wasserstraßen. Sie leitete aus diesem Unterschiede die Folgerung her, daß die Flußhoheit der Einzelstaaten über die privativen Wasserstraßen nur insoweit zu beschränken sei, als die Gleichstellung aller Deutschen mit den Landesangehörigen und die Unverträglichkeit von Binnenzöllen mit dem Begriff eines einheitlichen Zollgebiets solches erfordern, daß dagegen die Flußhoheit über die gemeinschaftlichen Wasserstraßen zugleich mit der Unterhaltungspflicht auf das Reich überzugehen habe. Wirklich fand dieser Unterschied in der Reichsverfassung zweiter Lesung Anerkennung, wie er denn auch den Bestimmungen der heutigen Reichsverfassung über die Flüsse zum Grunde liegt. Der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den, mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren ist durch Artikel 4 Nr. 9 der Verfassung ebenso, wie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle, der Aufsicht und der Gesetzgebung des Reichs unterstellt, auf die privativen Wasserstraßen finden die Bestimmungen des Artikels 54

über die Gleichberechtigung aller Deutschen und über die Zulässigkeit und das Maß von Schiffahrtsabgaben Anwendung.

Die Beratungen, welche in Frankfurt über andere wirtschaftliche Fragen stattfanden, nahmen meine Tätigkeit nicht in Anspruch. Für die Geltendmachung der, bei den Verhandlungen über das Zollwesen wahrzunehmenden Gesichtspunkte war anderweit gesorgt. Infolge eines von dem volkswirtschaftlichen Ausschuß im Juli gefaßten Beschlusses waren von den einzelnen Bundesstaaten Kommissarien nach Frankfurt entsendet, welche die auf Herstellung einer deutschen Zolleinigung gerichteten Arbeiten des Ausschusses durch Gutachten über das Handels- und Zollwesen der Einzelstaaten an sich und im Verhältnis zum gesamten Deutschland unterstützen sollten. Als Organe der Regierungen waren sie in der Lage, sowohl auf die Beratungen über den Artikel 7 der Verfassung wirksamen Einfluß zu gewinnen, als auch mit dem Reichs-Handelsministerium über dessen Entwürfe einer Reichs-Zollakte und eines Reichs-Zollgesetzes in Verhandlung zu treten. Die Führung war dem, dieser Aufgabe vollkommen gewachsenen preußischen Kommissarius, Geheimen Legationsrat von Kamptz, von selbst zugefallen, nachdem der österreichische Kommissarius, Freiherr von Geringer, in einer der ersten Versammlungen der Kommissarien ausführlich und beredt namens seiner Regierung die Unmöglichkeit dargelegt hatte, daß Österreich eine Zolleinigung mit dem übrigen Deutschland eingehen könne. Er hatte bald darauf Frankfurt verlassen, die übrigen Staaten mit eigener Zollverwaltung blieben vertreten. Der Schriftwechsel den Kommissarien mit dem Reichsministerium, welcher bis zum Frühjahr 1849 fortdauerte, kam zu meiner Kenntnis; er hatte für mich nur ein akademisches Interesse, erst achtzehn Jahre später habe ich ihn in einer praktischen Frage einmal anrufen können. Der Kommissarius Hamburgs in Frankfurt, Dr. Kirchenpauer, hatte nämlich für den Fall, daß diese freie Stadt in die Zollinie eingezogen werden sollte, auf Grund einer speziellen Nachweisung ihres bedeutenden Mehrverbrauchs an hochbesteuerten Waren, ein Präzipuum bei der Verteilung der Zollrevenuen für sie in Anspruch genommen. Bei den Verhandlungen über die Ausführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, als es darauf ankam, die von Bremen und Hamburg als Ersatz für die daselbst nicht zur Hebung kommenden Zölle an die Bundeskasse zu zahlenden Aversen festzusetzen, bemühte sich Dr. Kirchenpauer, als Bevollmächtigter Hamburgs zum Bundesrate, den Mehrverbrauch der freien Stadt an hochbesteuerten Waren als wenig

bedeutend darzustellen, und war überrascht, als ich ihm aus seinen Berechnungen vom April 1849 nachwies, daß er früher über diesen Mehrverbrauch ganz andere Ansichten gehabt habe.

Gegen Ende des Jahres kam ich mit dem Reichsministerium noch in eine Art geschäftlicher Berührung. Im Laufe des Sommers hatte die Dampfschiffahrt auf dem Rhein gewaltsame Störungen erlitten. Die im Jahre 1841 begonnene, von Jahr zu Jahr weiter ausgedehnte Dampfschleppschiffahrt hatte, soweit sie mit eigenen Schleppkähnen betrieben wurde, den Erwerb der Segelschiffer und, soweit sie sich mit dem Schleppen von Segelschiffen befaßte, den Erwerb der zahlreichen Personen geschädigt, welche die Segelschiffe vom Leinpfade aus durch Pferdekräfte zu Berg ziehen ließen. Die solchergestalt in den Kreisen der Segelschiffer und Halfterer entstandene Feindseligkeit hatte sich in Angriffen auf die Schleppschiffe vom Ufer aus Luft gemacht und die deutschen Rheinuferstaaten veranlaßt, ihre Rheinschiffahrts-Bevollmächtigten zur Beratung der zur Abhilfe geeigneten Maßregeln in Mainz zusammentreten zu lassen. Das Ergebnis dieser Beratung befriedigte die Beteiligten nicht; sie wendeten sich nach Frankfurt. Das dasige Ministerium empfand das Bedürfnis, etwas zu tun und machte den Uferstaaten den Vorschlag, ihre Rheinschiffahrts-Bevollmächtigten in Weimar zusammentreten zu lassen, um, unter Zuziehung eines Kommissarius des Reichsministeriums, die im Interesse der Segelschiffer etwa zu ergreifenden Maßregeln in Beratung zu nehmen. An Stelle des preußischen Rheinschiffahrts-Bevollmächtigten, des älteren Herrn von Pommer Esche, wurde ich abgeordnet. Am 18. November kamen die Bevollmächtigten in Weimar zusammen, als Frankfurter Kommissarius erschien der Hafen-Kommissarius Rennen aus Köln, später zweiter Bürgermeister daselbst, ein mit den Verhältnissen vollkommen vertrauter, sehr verständiger Mann. Wir alle waren der Meinung, daß nicht viel geschehen könne; daß eine naturwüchsige, dem öffentlichen Interesse förderliche Umgestaltung bestehender Verhältnisse nicht ohne vorübergehende Schädigung von Einzelinteressen sich vollziehe, war hier so wenig abzuwenden, als auf tausend anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Wir verständigten uns über Vorschläge, welche einzelne kleinere Einrichtungen bezweckten und, soviel ich mich erinnere, im folgenden Jahre zur Ausführung kamen. Wir machten dem dirigierenden Minister von Watzdorf unsere Aufwartung; er wurde später mein wahrer Freund und war von 1867 bis 1870 mein Kollege im Bundesrat; damals erfreute es ihn, von

mir zu hören, daß mir eine Stadt wie Weimar, ohne Gesindel in den Straßen und ohne Plakate an den Mauern, den Eindruck einer glückseligen Insel mache.

So war meine amtliche Tätigkeit während des Jahres 1848 beschaffen, mannigfaltig genug, aber ohne leitende Gedanken. Meine Chefs hatten mehrfach gewechselt. Im September war Herr Milde mit dem Ministerium Auerswald zurückgetreten, und die Verwaltung des Handelsministeriums dem, zum Finanzminister ernannten Oberpräsidenten von Bonin übertragen, im November, als Graf Brandenburg das Ministerpräsidium übernahm, wurde Adolf von Pommer Esche mit derselben beauftragt. Am 4. Dezember endlich wurde August von der Heydt zum Handelsminister ernannt; er hat diese Stellung länger als dreizehn Jahre bekleidet.

Er war damals 47 Jahre alt. Als Chef eines alten und bedeutenden Bankhauses in Elberfeld, welches an großen industriellen Unternehmungen beteiligt war, hatte er organisieren gelernt, als vieljähriger Präsident des Elberfelder Handelsgerichts hatte er sich eine ungewöhnliche Vertrautheit mit den Rechtsbegriffen und Kenntnis von der formellen Behandlung der Geschäfte angeeignet, und als Mitglied des Landtages seiner Provinz und des Gemeinderats seiner Stadt war er den Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung näher getreten. Von klarem Verstande, energischem Willen und gründlichem Fleiße faßte er die Aufgaben seines Ministeriums großartig auf und verfolgte dieselben, je nach den Umständen, mit schonungsloser Tatkraft oder rücksichtsvoller Schlauheit. Obgleich dem gemäßigten rheinischen Liberalismus angehörig, war er ein Mann der Autorität, erfüllt von der kirchlichen Richtung seiner Vaterstadt. Er wollte stets das öffentliche Interesse fördern, welches er freilich zuweilen mit dem Ressort-Interesse verwechselte; Optimist, wie alle schöpferischen Naturen, konnte er den Widerstand schwer verstehen, welchem seine Pläne nicht selten begegneten. Weil er sich mit seinem Amte vollständig identifizierte, empfand er alle Erfolge und Mißerfolge höchst persönlich; die letzteren vergalt er seinen Gegnern mit nachtragender Feindschaft, die ersteren genoß er nicht ohne eine gewisse Selbstgefälligkeit. Diese Selbstgefälligkeit hat auf die Geschäfte einen nachteiligen Einfluß kaum jemals ausgeübt, wohl aber auf seine persönliche Stellung. In den Kreisen, welche es nicht verwinden konnten, daß ein namenloser Bankier zu einem der mächtigsten Minister geworden war, bot sie der Spottsucht Angriffspunkte, und diese Kreise gehörten zur Umgebung des Königs.

Ernsthafter war die Gegnerschaft einflußreicher Personen, welche in ihm den, trotz ausgeprägter bureaukratischer Tendenz im Grunde liberalen Bourgeois anfeindeten, oder ein Hindernis für die Förderung der von ihnen vertretenen Interessen erblickten. Von seinen Kollegen im Ministerium war der, im Jahre 1851 eingetretene Finanzminister Karl von Bodelschwingh sein offener, und der Verweser des landwirtschaftlichen Ministeriums, Karl von Manteuffel, sein versteckter Gegner, der Minister des Innern, nachher Ministerpräsident Otto von Manteuffel, eine sehr unzuverlässige Stütze, und nur der Justizminister Simons, sein Verwandter und Landsmann, ein wahrer Freund. Daß er unter solchen Umständen alle seine Kollegen überdauerte, ist ein beredtes Zeugnis für die Größe der Erfolge, welche er in allen Zweigen seiner Verwaltung erreichte.

Ich hatte ihn kennen gelernt, als ich mich auf meiner Bereisung der rheinischen Fabrikbezirke im Herbst 1845 mehrere Tage in Elberfeld aufhielt. Er bemühte sich auf jede Weise, die Zwecke meiner Reise zu fördern; ich war beinahe täglich in seinem Hause. Die angeknüpfte Bekanntschaft wurde während des Vereinigten Landtags wieder aufgenommen, und so war ich der Mann seines Vertrauens, als er bei Übernahme des Ministeriums ein ihm zum größten Teile völlig unbekanntes Personal vorfand. Er hatte das richtige Gefühl, daß er zur korrekten Behandlung der Geschäfte seines großen Ressorts der Hilfe eines, mit der Verwaltung vertrauten, zuverlässigen Beamten bedürfe, und schuf deshalb für Adolf von Pommer Esche, bisher Direktor der, in der IV. Abteilung des Finanzministeriums vereinigten Handels-, Gewerbe- und Bauverwaltung, die Stelle als Unterstaatssekretär, mit welcher die Vorprüfung aller zur Kenntnis oder Unterschrift des Ministers bestimmten Eingänge oder Entwürfe und die Vertretung des Ministers verbunden war. Nicht lange nachher brachte er die Organisation des Ministeriums zum Abschluß. Er löste die Oberbaudeputation, welche die technische Seite der Bauverwaltung wahrnahm, auf, übertrug ihre Geschäfte und ihr Personal auf das Ministerium und machte infolge der hiermit eingetretenen Geschäfts- und Personalvermehrung aus der IV. Abteilung des Finanzministeriums drei Abteilungen, die eine für Handel und Gewerbe, welche die Nummer IV behielt, eine für das Bauwesen als III., und eine für das Eisenbahnwesen als II. Abteilung. Von diesen Abteilungen stand die III. und eine Zeitlang auch die II. unter

Direktion von Herrn Mellin, die IV., welcher ich angehörte, unter Direktion von Herrn Oesterreich.

Oesterreichs Nekrolog habe ich bald nach seinem Tode, im Jahre 1859, für die „Preußische Zeitung" geschrieben; ich kann nur wiederholen, was ich damals gesagt habe. Die Grundzüge seiner amtlichen Tätigkeit waren die aus dem Justizdienste mitgebrachte Achtung vor dem Gesetz und den durch dasselbe der Verwaltung gezogenen Schranken und das auf Erziehung, amtlicher Wirksamkeit und gründlichen Studien beruhende Bekenntnis zu den Grundsätzen der Verkehrsfreiheit. In die formelle Behandlung der Geschäfte brachte er eine in hohem Maße ausgebildete Korrektheit, aber er war, was in dem Nekrolog nur zwischen den Zeilen zu lesen ist, eine überwiegend kritische Natur. Eine Anregung ging selten von ihm aus; den Anregungen, welche von seinem tatkräftigen Minister oder von mir kamen, stand er zunächst kritisch gegenüber, bereitete er aber im weiteren Verlaufe niemals Schwierigkeiten. Er war ein edler Charakter, vielseitig gebildet, ein liebenswürdiger Gesellschafter. Seine häufigen körperlichen Leiden suchte er, solange seine Kräfte reichten, durch die geistige Tätigkeit in seinem Berufe niederzukämpfen. Sechzehn Jahre hindurch haben wir in nahen persönlichen und amtlichen Beziehungen gestanden, und stets hat er mir wahre Freundschaft bewiesen. Er vergab mir den Einfluß, welchen ich, sein Untergebener, auf den Minister und auf die Gestaltung der in mein Arbeitsfeld fallenden Angelegenheiten ausübte.

In der ersten Zeit der Amtsführung des Ministers nahm ich an seinen Beratungen mit Herrn Adolf von Pommer Esche häufig teil und wurde ich mit Arbeiten beauftragt, welche völlig außerhalb meines Geschäftskreises im Ministerium lagen. Ich erwähne die Verhandlungen, welche zur Dispositionsstellung des Generalpostmeisters von Schaper führten, und die Beratungen über ein neues Berggesetz, welche erst nach einer Reihe von Jahren ein Ergebnis hatten. Zahllose kleinere Sachen lasse ich unerwähnt. Mein Dienstzimmer im Ministerium, welches ich mit Herrn von Schweinitz teilte, lag zwischen dem Arbeitszimmer des Ministers und dem Dienstzimmer des Unterstaatssekretärs; ich hatte mich daran gewöhnt, von neun Uhr morgens bis drei Uhr nachmittags dort zu arbeiten, und litt schwer unter den stets wiederkehrenden Störungen, welche meine Arbeiten dadurch erfuhren, daß der Minister nur die Tür aufzumachen brauchte, um mich zu sich zu rufen. Was an einen Minister in bewegten Zeiten

alles herantritt, lernte ich dabei gründlich kennen. Die Anerkennung dieser Mühen blieb nicht aus. Am 7. Februar 1849, etwas früher, als durch mein Dienstalter begründet gewesen wäre, wurde ich zum Regierungsrat, und wenig mehr als drei Monate später zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rat ernannt. Vom 1. Juni ab bezog ich das etatsmäßige Gehalt von 2000 Talern.

Innerhalb meines eigentlichen Geschäftskreises waren es namentlich die Verhältnisse der Leinenindustrie, welche mich damals in Anspruch nahmen. Diese Industrie war arg zurückgegangen, und die zahlreiche Spinner- und Weberbevölkerung Westfalens, besonders aber Schlesiens — sie wurde auf 70000 und 100000 Menschen berechnet —, befand sich in einer äußerst bedrängten Lage. Diese Lage hatte ihre Grundursache darin, daß, mit wenigen Ausnahmen, die Fabrikation in den Händen der Weber lag. Der Weber kaufte vom Handspinner oder vom Garnhändler das Garn, verwebte dasselbe in althergebrachter Weise und verkaufte das Gewebe an die Leinenkaufleute, welche dasselbe bleichen und appretieren ließen und in den Handel brachten. Trotz dieses sehr unvollkommenen Betriebes fanden unsere Leinen einen ausgedehnten Absatz im Auslande, namentlich in den früher spanischen Kolonien, denn der Betrieb war nirgends besser. Die Dinge änderten sich, als in Großbritannien die mechanische Spinnerei von der Baumwolle auf den Flachs übertragen wurde, und dieser Vorgang in Belgien und Frankreich Nachfolge fand. Nicht nur wurde ein besseres, zum Verweben geeigneteres Garn hergestellt, sondern die großen Spinnereien gaben der rationellen Kultur und Zubereitung des Flachses einen mächtigen Impuls und hatten die Einführung der Lohnweberei und des fabrikmäßigen Betriebes der Bleiche und Appretur zur Folge. Der hiermit auftretenden Konkurrenz war unsere Industrie nicht gewachsen. Zwar war die Verwaltung schon früher nicht untätig gewesen, eine Besserung herbeizuführen. Beuth hatte bereits vor langer Zeit die Einführung der mechanischen Spinnerei in Schlesien wie in Westfalen angeregt und durch Überweisung von Maschinen an einzelne Unternehmer gefördert; die Seehandlung war durch Errichtung zweier bedeutender Spinnereien in Schlesien zu Hilfe gekommen. Die Zahl der in Gang gesetzten Feinspindeln belief sich aber nur auf etwa 46000. In beiden Provinzen waren Spinnschulen für Handgarn errichtet; in Westfalen war durch Techniker, welche Beuth in Irland hatte ausbilden lassen, die Bleiche und Appretur

auf einen befriedigenden Stand gebracht, in Schlesien war auf die Verbesserung der Flachskultur und -Zubereitung durch Einrichtung von Flachsbauschulen und Anlegung größerer Röstanstalten hingewirkt, und in den Weberdistrikten ein beinahe vollständiges Chausseenetz hergestellt. Alle diese Maßregeln, so nützlich sie auch waren, hatten das Übel nicht an der Wurzel treffen können. Denn die Mehrzahl der, bei der bisherigen bequemen Art des Geschäfts reich gewordenen Leinenkaufleute scheute sich, große Kapitalien in die Anlage von Spinnereien zu stecken und den Mühen sich zu unterziehen, welche von der Einführung der Lohnweberei unzertrennlich sind, und die Weber hatten zwar die Vorteile nach und nach eingesehen, welche die Verwendung von Maschinengarn zur Kette für ihre Arbeit darbot, griffen aber zum schlechten Maschinengarn, vielfach Towgarn, nicht nur weil dasselbe das billigste, sondern auch weil es in dem rohen Gewebe, wie sie solches zum Verkauf brachten, vom Handgarn schwer zu unterscheiden war. So war die Ware nicht besser, sondern geradezu schlechter geworden. Der Absatz nach dem Auslande ging immer mehr zurück, und die Einschränkung des inländischen Verbrauchs, eine Folge der politischen Verhältnisse, wurde doppelt fühlbar.

Zur Beratung der Maßregeln, welche bei dieser Lage im Interesse der Spinner und Weber zu ergreifen seien, wurde in Westfalen am Schluß des Jahres 1848 eine Kommission, aus Grundbesitzern, Spinnern, Webern, Kaufleuten und Beamten bestehend, berufen; für Schlesien wurden Kommissarien ernannt, welche nach Vernehmung mit den Behörden zu berichten hatten und an der im Ministerium stattfindenden Beratung teilnahmen. Daß eine Besserung nicht mit einem Schlage zu erreichen sei, sondern nur allmählich aus einer Reihe einzelner, auf das gleiche Ziel gerichteter Maßregeln hervorgehen könne, war von vornherein einleuchtend. Für Westfalen, wo die allgemeinen Verhältnisse günstiger lagen, als in Schlesien, und die Verwaltung in der geordneten Verfassung der Landgemeinden eine in Schlesien fehlende Hilfe fand, wurden solche Maßregeln zu Anfang 1849 getroffen. Die Aufgabe der Spinnschulen, welche in der Anleitung zur Herstellung feinen Garnes bestand, wurde, da der Absatz des letzteren aufhörte und der Begehr nach Handgarnleinen im Inlande fortdauerte, auf die Verfertigung von gutem Webergarn und von Garn zu Segeltuchen gerichtet; es wurden zwei Webschulen errichtet zur Unterweisung in der Darstellung nicht bloß der landes-

üblichen, sondern auch anderer verwandter Gewebe, es wurde vollständig ausgebildeten, fleißigen und betriebsamen Zöglingen dieser Schulen die Überweisung von Webstühlen gegen eine geringe allmähliche Abzahlung in Aussicht gestellt, es wurde den Vorstehern der Webschulen zur Pflicht gemacht, durch Unterweisung der Weber in deren eigener Behausung die Ausbildung in der Weberei, namentlich in der Behandlung verbesserter Webergeräte, zu fördern, es wurde einer Gesellschaft, welche zur Errichtung einer großen mechanischen Spinnerei bei Bielefeld zusammengetreten war, die Ausführung des Unternehmens durch die Zusage einer Prämie aus Staatsfonds von 6 Talern für jede in Gang gesetzte Feinspindel ermöglicht. Die Verwaltung betrat mit dieser Zusage einen Weg, auf welchen bereits vor vier Jahren bei den, im Handelsamt stattgefundenen Tarifberatungen hingewiesen war, und auf welchem sie jahrelang mit Erfolg fortgewandelt ist. Endlich wurde auf den dringenden Antrag der Kommission genehmigt, daß mit einem schon vorhandenen und für die Förderung der Leinenindustrie bestimmten Spezialfonds eine Leihbank errichtet werde, welche den Webern gegen Verpfändung ihrer Ware Darlehne gewährte. Die bedenkliche Seite dieser Einrichtung lag klar zutage; im Laufe des Jahres war die Dotation von 15 000 Talern voll in Anspruch genommen, indessen sind, soviel ich mich erinnere, Verluste nicht eingetreten.

Für Schlesien gelangten die Beratungen erst gegen Ende des Jahres zum Abschluß. Der Boden war hier weit weniger vorbereitet als in Westfalen, und so kam es im Grunde nur zur Aufstellung eines Programms, welches in einem Erlaß an den Oberpräsidenten niedergelegt wurde, und dessen Ausführung die, in Westfalen bereits vorhandene Mitwirkung der Gemeinden oder von Vereinen voraussetzte. Für die Erweiterung und Vermehrung der Spinnschulen und für die Errichtung von Webschulen mit den Aufgaben der westfälischen wurde die Hilfe des Staats zugesagt, wenn die Gemeinden für die ersteren den Schulraum mit Heizung und Beleuchtung hergeben und für die letztere eine angemessene Beihilfe gewähren würden. Fabrikanten, welche Lohnwebereien einrichten wollten, wurde eine Unterstützung durch Überweisung guter Webstühle, und Unternehmern, welche größere Bleich- und Appreturanstalten zu begründen geneigt wären, wurde eine Förderung durch Verleihung von Maschinen oder auf andere Weise verheißen. Die Zusage von Spindelprämien für die Anlegung mechanischer Spinne-

reien hätte augenblicklich noch keinen Boden gehabt, und hat deshalb erst später stattgefunden. Neben diesen Maßregeln her ging die Unterstützung einzelner Fabrikanten, welche sich in Schlesien niederließen, um daselbst die Fabrikation von halbwollenen Waren, Teppichen und Plüschen einheimisch zu machen. Etwas später wurde die Uhrenfabrikation mit Hilfe des Staats nach Schlesien verpflanzt; sie ist mit der Zeit zu einem blühenden Industriezweig geworden.

Alle diese Maßregeln hatten ihren nächsten Anlaß in dem vorhandenen Notstand, sie hielten sich aber, etwa mit Ausnahme der Bielefelder Leihbank, fern von dem Charakter unproduktiver Unterstützungen. Sie waren gerichtet auf Hebung der Fabrikation als solcher und setzten durchweg die eigene Tätigkeit der Beteiligten voraus. Sie waren gerechtfertigt, weil sich gezeigt hatte, daß eigene Initiative bei den Beteiligten entweder ganz fehlte oder nicht ausreichte, und weil die Verwaltung eine große Industrie dem Verfall nicht preisgeben durfte, solange sie hoffen konnte, mit mäßigen Geldopfern die Beteiligten zu eigener Arbeit auf dem richtigen Wege anzuregen. Mir verschafften sie mein erstes parlamentarisches Debüt. Die damalige erste Kammer hatte im März auf den Antrag einiger Mitglieder eine Kommission gewählt, welche in Erwägung ziehen sollte, wie der Not der Spinner und Weber in Schlesien und Westfalen Abhilfe geschafft werden könne. Infolge der Auflösung der zweiten Kammer konnte die Beratung der Kommission, an welcher ich als Vertreter der Regierung teilnahm, erst gegen Ende des Jahres zum Abschluß gelangen; der Bericht kam erst im Januar 1850 im Plenum zur Verhandlung. Ich hatte gegenüber dem Kommissionsbericht ausführlich darzulegen, was die Verwaltung getan habe und weiter zu tun beabsichtige; ich wußte, daß es für die Sache und für mich persönlich keineswegs gleichgültig war, wie ich diese Aufgabe löste, und ich war deshalb nicht frei von Befangenheit, zumal der Versammlung sehr zahlreiche Bekannte angehörten, welche auf mein erstes Auftreten neugierig waren. Als ich zum Worte kam, ergriff ich ganz mechanisch ein vor mir auf dem Tische liegendes Federmesser, dessen hölzerner Griff in eine Spitze auslief, und bohrte während meiner Rede die Klinge so tief in die Tischplatte ein, daß ich mir durch die Spitze des Griffs eine Verletzung der Handfläche zuzog. Mit Hilfe dieser mechanischen Arbeit wurde ich meiner Befangenheit Herr. Ich debutierte mit Glück, und es gelang, gegen die zum Teil schutzzöllnerischen Anträge der Kommission den Über-

gang zur Tagesordnung durchzusetzen. Seitdem habe ich bei meinen Parlamentsreden eines Federmessers nicht mehr bedurft.

Um die nämliche Zeit war ich bei der Vorbereitung und Vertretung einer Gesetzvorlage beteiligt, welche zum Zweck hatte, die schon seit Jahren als notwendig erkannte, nur durch die politischen Ereignisse verzögerte Erhöhung der Rübenzuckersteuer ins Werk zu setzen. Unter der Wirkung des am 1. September 1844 eingetretenen Steuersatzes von $1^1/_2$ Sgr. für den Zentner roher Rüben und des Zollsatzes von 5 Rtlr. für den Zentner ausländischen Rohzuckers für Siedereien war im Zollverein die Einnahme vom Zuckerverbrauch von 6 635 000 Rtlr. im Jahre 1844 auf 5 430 000 Rtlr. im Jahre 1849, also in sechs Jahren um 1 205 000 Rtlr. oder 18 %, gefallen. Es war die höchste Zeit, Wandel zu schaffen, und die Kammern stimmten einer Erhöhung der Steuer auf 3 Sgr. vom Zentner Rüben zu, welche am 1. September 1850 in Wirksamkeit trat.

Im März 1849 hatte das Finanzministerium, welches seit dem November 1848 von Herrn Kühne zeitweise verwaltet war, durch Herrn von Rabes Ernennung zum Finanzminister einen Chef erhalten, mit dem ich in den besten persönlichen Beziehungen stand. Herr Kühne schied aus dem Dienste, Herr Pochhammer folgte ihm, und der ältere Herr von Pommer Esche wurde Kühnes Nachfolger. Als solcher konnte er nicht füglich Rheinschiffahrts-Bevollmächtigter bleiben; Herr von der Heydt nahm diese Stellung für einen Rat seines Ministeriums in Anspruch, und am 11. Juli wurde ich vom König zu derselben ernannt. Es war ein sehr angenehmer Auftrag, welcher mir zu teil wurde. Die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, eingesetzt durch die Rheinschiffahrts-Akte vom 31. März 1831, zusammengesetzt aus den Bevollmächtigten der damaligen sieben Uferstaaten, hatte im Spätsommer jeden Jahres, in der Regel am 15. August, für einen Monat in Mainz zusammenzutreten, um die Ausführung der, in der Akte getroffenen Bestimmungen zu überwachen, neue Bestimmungen in Vorschlag zu bringen, einen Bericht über den Zustand der Rheinschiffahrt zu erstatten, und die von den Rheinzollrichtern in erster Instanz entschiedenen Prozesse auf Anrufen der Parteien in letzter Instanz zu entscheiden. Der Umfang der Geschäfte war nicht groß, die Arbeit verteilte sich auf sieben Personen, und, wenn auch der Löwenanteil hergebrachterweise dem preußischen Bevollmächtigten zufiel, als dem Vertreter des bei der Rheinschiffahrt meistbeteiligten Staates, so war auch für diesen der Monat in Mainz

eine Erholungszeit. Die Tagegelder waren zwar beschnitten, statt zwei Friedrichsdor 6 Taler, aber bei damaligen Preisen völlig ausreichend. Das „goldene" Mainz war damals interessanter als jetzt, nicht nur wegen seiner, jetzt nur noch bruchstückweise erhaltenen pittoresken Wälle und Festungstürme, sondern auch wegen seines völlig verschwundenen internationalen Charakters. Drei Garnisonen, eine österreichische, eine preußische und eine hessische, und drei Gewalten, der Gouverneur, der Kommandant, welche abwechselnd von Österreich und Preußen ernannt wurden, und der hessische Territorial-Kommissarius, hatten sich miteinander zu vertragen und vertrugen sich keineswegs immer. Die Träger der drei Gewalten, welche in stattlichen Kurien des alten Erzstifts residierten, hatten eine gewisse Repräsentation zu üben, bei der zu meinem Schmerz die österreichischen Generale den preußischen überlegen waren. Bieberich, Wiesbaden und Frankfurt lagen vor den Toren, der Rheingau war auf einem der zahlreichen Dampfschiffe leicht zu erreichen, selbst Ausflüge nach dem Neckar und nach der bayerischen Pfalz wurden zuweilen durch die Geschäftslage gestattet. Wie oft bin ich nach Tisch nach Wiesbaden gefahren, habe, an der russischen Kapelle vorbei, auf Waldpfaden die Platte erstiegen, um in dem kleinen Wirtshaus bei gutem Wein mich der Aussicht auf das Rheintal und Mainz hinüber zu dem dunklen Rücken des Donnersberges zu erfreuen, bis die vom Fluß aufsteigenden Abendnebel das Bild verhüllten. Den Weg von Berlin nach Mainz nahm ich jedesmal über Köln, wo ich unter der bereitwilligen und lehrreichen Führung des Dombaumeisters Zwirner oder eines seiner Gehilfen die Domwerkstätten besuchte und auf die Baugerüste, so hoch sie auch waren, hinaufkletterte, um mich über die Fortschritte des Baues von Stufe zu Stufe zu unterrichten. Was ich bei der Wiederherstellung des Magdeburger Doms kennen gelernt hatte, fand ich hier in weit größeren und unendlich reicheren Verhältnissen wieder.

Meine Mainzer Kollegen waren Männer der verschiedensten Art. Der Badener, Ministerialrat Kühlenthal, brav und zuverlässig, ein tüchtiger, durchgebildeter Beamter, vergraben in Ministerialarbeiten, welche ihm aus Karlsruhe nachgesendet wurden. Der Bayer, Geheime Rat von Kleinschrod aus München, Verfasser eines seiner Zeit klassischen Werkes über die britische Gewerbe- und Handelsgesetzgebung, geistreich, von vielseitiger Bildung, ein stets anregender Gesellschafter. Der Franzose, Herr Engelhardt, hatte in Mainz seinen

ständigen Wohnsitz und gehörte noch zu den Unterhändlern der Rheinschiffahrts-Akte. Er war ein Mann von feinem Verstand und feinen Formen, völlig bewandert in unseren Geschäften, der mich, den Neuling, etwas in die Lehre nahm, aber auf so liebenswürdige Weise, daß ich ihm nur dankbar sein konnte. Als politischer Berichterstatter leistete er, vermöge seiner vieljährigen Bekanntschaft mit den Verhältnissen des Rheingebietes, seiner Regierung gute Dienste. Er trat nach ein paar Jahren in den Ruhestand; seine Nachfolger, zuerst Herr Doumerc, später Herr Göpp, waren wenig bedeutend, aber gute Kollegen. Der Hesse, Herr Schmitt, Territorial-Kommissarius in Mainz, war schlau, geschmeidig, Meister in der Kunst der Schmeichelei, vorzüglicher Geschäftsmann, nur das hessische Sonderinteresse im Auge, und daher für mich ein interessantes Studium und eine lebendige Mahnung, auf meiner Hut zu sein. Der Nassauer, Geheimer Rat Freiherr von Zwierlein, lebte einsam auf seinem Gute in Geisenheim. Er besaß bon sens und juristische Kenntnisse, war aber durch sein Einsiedlerleben träge und schroff geworden. Wir wurden, ich weiß selbst nicht, wie, sehr gute Freunde, ich habe öfter in seinem alten Stammhause von seinem vorzüglichen Geisenheimer getrunken, und wurde durch ihn mit seinen Nachbarn, der gräflich Ingelheimschen Familie, bekannt. Der Niederländer endlich, Herr Travers, Minister-Resident in Karlsruhe, ein oberflächlicher Diplomat, beteiligte sich so wenig als möglich an den Geschäften. Er war selten förderlich, aber nur dann hinderlich, wenn er es sein mußte. Er wurde später durch seinen Nachfolger in Karlsruhe, Jonkheer Testa, ersetzt, welcher in seine Fußstapfen trat.

Die wichtigste Angelegenheit, mit welcher sich die Zentralkommission zu beschäftigen hatte und in jeder Session beschäftigte, die Ermäßigung der Rheinschiffahrts-Abgaben, konnte von ihr nur wenig gefördert werden. Diese Abgaben bestanden in einem Schiffsgefäßgeld, der sogenannten Rekognitionsgebühr, und dem von den Ladungen der Schiffe zu entrichtenden Rheinzoll. Letzterer wurde von allen Waren mit dem gleichen Betrage für den Zentner erhoben; nur einige Massenartikel und geringwertige Gegenstände waren mit einem Viertel oder Zwanzigteil des Normalsatzes belegt, sehr wenige Waren waren zollfrei. Da neben dem Rheinzoll eine Durchgangsabgabe nicht erhoben werden durfte, so vertrat derselbe für die, mit Benutzung des Rheins durch den Zollverein durchgeführten Waren die Stelle des Durchgangszolles, und es war deshalb das sehr ver-

wickelte Durchgangszoll-System des Zollvereins dergestalt eingerichtet, daß zwischen den Zöllen vom Warendurchgang auf den, mit der Rheinstraße konkurrierenden Landwegen und den Abgaben von dem, auf dem Rhein oder mit Benutzung des Rheins erfolgenden Warendurchgang ein tunlichstes Gleichgewicht stattfand. Eine allgemeine Ermäßigung des Rheinzolls setzte daher eine gleichmäßige und gleichzeitige Herabsetzung der Durchgangsabgaben im westlichen Zollvereinsgebiet voraus, und wurde dadurch tatsächlich zu einer Angelegenheit des Zollvereins. Aus der Kündbarkeit des Zollvereins folgte aber weiter, daß eine von den deutschen Rheinuferstaaten vereinbarte allgemeine Ermäßigung des Rheinzolls nicht die Form einer Abänderung der unkündbaren Rheinschiffahrts-Akte erhalten durfte, also in der Zentralkommission nicht zur Verhandlung, sondern nur zur Kenntnis zu bringen war. Für die Zentralkommission blieb daher allein die Herabsetzung einzelner Gegenstände von dem Normalsatz auf die viertel oder zwanzigstel Gebühr übrig, und solche Herabsetzungen pflegten nicht nur bei Hessen und Nassau, sondern auch bei Preußen auf finanzielle Bedenken zu stoßen. Es kostete keine kleine Mühe, im Jahre 1856 die Zustimmung des preußischen Finanzministers zu einer Herabsetzung des Zolls für rohe Baumwolle zu erlangen. So wurden Schiffahrts- und strompolizeiliche Fragen der eigentliche Boden für die nicht-richterliche Wirksamkeit der Kommission. In der Session von 1849 gelang es mir, die seit Jahren schwebenden Verhandlungen über ein Schiffahrts-Polizeireglement für den ganzen Rhein zum Abschluß zu führen, und einige Jahre später brachte ich eine Floß-Ordnung zur Annahme. Zwei andere wichtige Angelegenheiten, welche ich durchzuführen hatte, werde ich später erwähnen.

Bevor ich zu der Session von 1849 nach Mainz ging, begleitete ich meinen Minister bei einem Besuche seiner Vaterstadt. Er kam zum ersten Male als Minister nach Elberfeld, und unser Aufenthalt gestaltete sich zu einer ununterbrochenen Kette von Mittag- und Abendessen, welche ihm zu Ehren von Verwandten und Freunden gegeben, und für welche die sonst verschlossenen und verhängten Festräume der Gastgeber geöffnet wurden. Die reichen Elberfelder Handelsherren begnügten sich das Jahr über mit wenigen Zimmern ihrer großen Häuser. Wir hatten beide einen guten Magen, sonst würde uns der Besuch schlecht bekommen sein.

Bevor ich zu wichtigeren Dingen übergehe, deren Darstellung ich nicht unterbrechen möchte, will ich an dieser Stelle von meinen

geſelligen Beziehungen während der auf die März-Ereigniſſe folgenden Jahre erzählen.

Unmittelbare Erzeugniſſe dieſer Ereigniſſe waren die parlamentariſchen Soireen, welche Herr Hanſemann im Finanzminiſterium und Herr von Auerswald im Staatsminiſterium, jetzt Reichsamt des Innern, gaben. Die erſteren waren für mich die Quelle ungetrübter Heiterkeit. Es war überaus ergötzlich, zu beobachten, wie das mechaniſche Gemenge der guten Berliner Geſellſchaft und des nur am Biertiſch heimiſchen Teiles der Abgeordneten unruhig wirbelte, bis ſeine Elemente ſich allmählich räumlich ſchieden. Der oberſchleſiſche Bauer Kiolbaſſa, welcher, wie erzählt wurde, die Hälfte ſeiner Diäten an ſeine Wähler abgeben mußte, ſich an das Teebrett drängend, das einer meiner eleganten Freundinnen präſentiert wurde, war ein Genrebild erſten Ranges. Weniger pikant waren die Auerswaldſchen Soireen, denn es fehlten die Damen, und die zahlreich anweſenden Diplomaten nahmen, ſoweit ſie Deutſch ſprachen, ein Intereſſe an den Abgeordneten, welche ſich einen ernſthaften oder ſcherzhaften Namen gemacht hatten. Der engere Kreis, in welchem ich gelebt hatte, war durch den Tod der Frau von Rabe und der Frau Mac Lean geſprengt; die regelmäßigen Zuſammenkünfte hatten aufgehört; ich ſetzte die Beziehungen durch Beſuche zur Teeſtunde fort, bei welchen Herr von Schweinitz mein Gefährte zu ſein pflegte. Mit dem Eintreten einer kräftigen Regierung trat die Lebensluſt wieder in ihre Rechte. Im Februar 1849 wurde der Geburtstag des älteren Herrn von Pommer Eſche durch ein, zu dem Zweck verfaßtes Vaudeville gefeiert, welches die vorjährigen Zuſtände in ihrer lächerlichen Seite darſtellte. Ich gab die natürlich unmuſikaliſche Rolle eines Berliner Rentiers; die Sängerin Louiſe Köſter, als meine Tochter, und Eduard Mantius, als ihr Liebhaber, ſangen die Couplets, die Träger der Nebenrollen traten gelegentlich als Chor ein, und das Ganze verlief zum großen Ergötzen der Schauſpieler und des kleinen Kreiſes der Zuſchauer.

Sehr angenehm wurde der Verkehr in dem Hauſe meines Miniſters, und zwar namentlich durch deſſen Frau. Wenig jünger als ihr Mann, in Elberfeld geboren und erzogen, ſelten über ihre Vaterſtadt hinausgekommen, hatte ſie ihr Leben in einförmigen geſellſchaftlichen Kreiſen zugebracht. Aber ihr klarer Verſtand, ihr ruhiger Blick, ihr angeborener Takt und ihre wahre Herzensgüte machten, daß ſie in Berlin ſofort zu Hauſe war, ihren Platz ausfüllte, als ob ſie dafür erzogen wäre, und überall beliebt wurde.

Aus einer, trotz ihres bedeutenden Vermögens nur bescheidenen Stellung in der Provinz wurde sie über Nacht eine der ersten Damen in der Gesellschaft der Hauptstadt, ohne daß sie auch nur einen Augenblick an dem, mit solchen plötzlichen Übergängen in der Regel verbundenen Schwindel gelitten hätte; ruhig wußte sie zu behaupten, was ihr gebührte, nicht mehr und nicht weniger. Mir wurde und blieb sie von Herzen zugetan, und ich war ihr treu ergeben. Sie und ihr Mann traten zu meinen alten Freunden, den Pommer Esche und Rabe, in nahe Beziehungen; Schweinitz wurde ein gern gesehener Gast. Zu den kleinen Herrendiners und den kleinen und großen Abendgesellschaften war ich in der Regel geladen.

Das Jahr 1848 brachte zwei Familien nach Berlin, mit welchen ich bis an ihr Lebensende nahe verbunden geblieben bin, den Polizeidirektor Müller aus Köln, welcher als Unterstaatssekretär in das Justizministerium, und den Regierungsrat Rudolf Bitter, welcher als Hilfsarbeiter in die dritte Abteilung des Finanzministeriums berufen wurde. Herr Müller blieb in seiner Stellung, bis er 1861 aus dem Staatsdienste schied; Herr Bitter wurde später Direktor der direkten Steuerverwaltung und starb 1880 als Wirklicher Geheimer Rat und Präsident der Seehandlung. Beide gleich an Bravheit des Charakters und Vielseitigkeit der Bildung, Beamte von hervorragender Befähigung und liebenswürdige Gesellschafter. Herr Müller von feuriger Lebendigkeit, voll Interesse für die Politik, ein treuer Liberaler, der den Verzicht auf sein Amt der Mitwirkung an der Verwaltung des Grafen zur Lippe vorzog; Herr Bitter von ruhigem Humor, ebenfalls dem liberalen Beamtentum angehörig, aber vor politischen Konflikten durch sein Temperament und seine Stellung in der Finanzverwaltung bewahrt. Auch zu den Frauen der beiden Männer stand ich in den besten Beziehungen.

Mein Mittagstisch bestand fort, wie ich ihn früher geschildert habe. Die Sitzungen der Nationalversammlung und später der Kammern führten ihm stets neue Elemente zu, welche zwar den Stamm nicht dauernd vermehrten, aber frisches Leben und mancherlei Anregung in den bleibenden Kreis brachten. Von meinen jüngeren Bekannten, welche sich in der Portugiesischen Gesellschaft zusammengefunden hatten, war die Mehrzahl nach und nach von Berlin in die Provinz gegangen: die Gesellschaft hörte allmählich auf. Es bildete sich mit der Zeit ein anderer Kreis. Graf Fritz Eulenburg, der spätere Minister des Innern, und Freiherr Karl von Meusebach, zu-

letzt Miniſterreſident in Braſilien, waren als Hilfsarbeiter in das Miniſterium des Innern berufen, Graf Flemming, mein Bekannter von Halle her, war in gleicher Eigenſchaft im auswärtigen Miniſterium beſchäftigt, mein Merſeburger Freund, Graf Goltz, hielt ſich in Berlin auf. Wir fanden uns häufig zuſammen, beſonders gern bei „Kroll", wo wir an Konzerttagen in einer vorher beſtellten Loge ein ſpätes Mittagsmahl nahmen und die Sorgen des Tages in Champagner ertränkten. Den Tanz gab ich auf, weil ein Teil meiner gewohnten Tänzerinnen ſich von dieſem Vergnügen zurückgezogen, ein anderer Berlin verlaſſen hatte; um mit jungen Mädchen von neuem anzufangen, kam ich mir zu alt und ernſthaft vor.

Nach meiner Ernennung zum Vortragenden Rat hielt ich es für nötig, die möblierte Wohnung aufzugeben und mich in einer Mietswohnung einzurichten. Herr von Schweinitz empfand das nämliche Bedürfnis, und wir vereinigten uns, gemeinſchaftlich eine Wohnung und einen Bedienten zu mieten. Wir nahmen zu Oſtern 1850 den erſten Stock des Hauſes in der Leipziger Straße, welches ſpäter als die „Goldene Hundertzehn" bekannt geworden iſt. Ich hatte den größeren Teil des Stockwerks inne und richtete mich nach damaligen Begriffen ſehr elegant ein; die geſchnitzten Nußbaummöbel, welche ich mir für mein Wohnzimmer anfertigen ließ, benutze ich noch jetzt, nach vierzig Jahren. Mein Wohnungsgenoſſe wurde von Jahr zu Jahr mehr mein lieber und treuer Freund. Er war wenig jünger als ich, von ungewöhnlich einnehmendem Äußeren und den feinſten Umgangsformen, ein Liebling aller Damen, taktvoll, wahr und zuverläſſig, ein geſchickter und fleißiger Arbeiter. Im Handelsminiſterium waren ihm die Berliner Bauangelegenheiten zugeteilt, deren Bearbeitung wegen der verwickelten Reſſortverhältniſſe und der nach allen Seiten hin zu nehmenden Rückſichten keine leichte Aufgabe war; nach einigen Jahren trat er in das Miniſterium des Königlichen Hauſes über, welches er als Wirklicher Geheimer Rat und Direktor ehrenvoll verlaſſen hat. Wir haben achtzehn Jahre lang eine gemeinſchaftliche Wohnung beſeſſen und eine glückliche Ehe geführt, wie unſer Verhältnis genannt wurde.

Einen anderen treuen Freund und zugleich einen wirkſamen Mitarbeiter gewann ich in Max Philipsborn. Sein Onkel, der Geheime Legationsrat Philipsborn, im auswärtigen Miniſterium Referent für die Perſonalien, hatte ihn, nachdem er die dritte juriſtiſche Prüfung abgelegt, als Hilfsarbeiter in die zweite Abteilung des Miniſteriums

genommen; in dieser Stellung verheiratete er sich mit der klugen und liebenswürdigen Tochter des Geheimen Legationsrats Borck. Der Handelsvertrag mit Belgien, bei dessen Ausführung wir miteinander bekannt wurden, verschaffte ihm das neuerrichtete Generalkonsulat in Antwerpen. Im Jahre 1850 trat er in das Ministerium als Vortragender Rat zurück; die Antwerpener Stellung erhielt Herr Hoene, der inzwischen Regierungsrat geworden war. Wir waren von gleichem Alter, unsere in Berlin angeknüpften Beziehungen waren durch seinen Aufenthalt in Antwerpen kaum unterbrochen worden, sie wurden nach seiner Rückkehr enger und lebhafter; auch seine Frau schenkte mir ihre Freundschaft. Die handelspolitischen Angelegenheiten, welche ich im Handelsministerium zu bearbeiten hatte, wurden ihm im auswärtigen Ministerium übertragen; achtzehn Jahre hindurch haben sie uns zu gemeinschaftlicher Arbeit vereinigt. Die Diensträume der zweiten Abteilung des auswärtigen Ministeriums, welcher er angehörte, jetzt das Reichsschatzamt, lagen dem Handelsministerium gegenüber; wir hatten nur die Wilhelmstraße zu überschreiten, um zueinander zu kommen. Von wichtigen handelspolitischen Depeschen oder Noten, welche bei dem auswärtigen Ministerium eingingen, unterrichtete er mich zunächst mündlich, und wir besprachen, wenn es darauf ankam, den Inhalt der Mitteilung, durch welche das auswärtige Ministerium jene Schriftstücke zur Kenntnis der beteiligten inneren Ministerien, des Handels und der Finanzen, zu bringen hatte, sowie die Antwort, welche von den letzteren zu geben war. Wie eine Depesche oder Note abzufassen sei, war mir vollkommen geläufig, und ich gewöhnte mich daran, die Antworten der inneren Ministerien so abzufassen, daß im auswärtigen Ministerium nur die rein formellen Anfangs- und Schlußworte der Antwort abzuändern waren, um die Depesche oder Note fertig zu machen. Schon die menschliche Neigung zur Bequemlichkeit war mir eine Gewähr dafür, daß weitere Änderungen eines durchdachten und abgerundeten Textes nicht würden vorgenommen werden, und so kam es, daß die Erlasse an unsere diplomatischen Agenten und die Noten an fremde Regierungen auch in ihrer Form meinen Absichten entsprachen. Wo Eile nötig war, und eine mündliche Beratung der drei Ressorts stattzufinden hatte, entwarf ich nicht selten die Schriftstücke unmittelbar für das auswärtige Ministerium, welches dieselben alsdann den inneren Ministerien nur abschriftlich mitteilte. Dieses gemeinschaftliche Arbeiten hatte zur Folge, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem auswärtigen

und dem Handelsministerium nur äußerst selten und niemals in scharfer Form hervortraten; durch Fernhaltung von Friktionen und Förderung rascher Entschlüsse hat es zu den handelspolitischen Erfolgen der Periode von 1851 bis 1865 wesentlich beigetragen. Der dritte Faktor, das Finanzministerium, beschied sich, daß es in der Handelspolitik nur insoweit mitzusprechen habe, als finanzielle Interessen berührt wurden. Mit Herrn von Rabe und später mit Herrn von Patow als Minister und mit dem älteren Herrn von Pommer Esche, der als General-Steuer-Direktor wesentlichen Einfluß hatte, war die Verständigung über die Finanzfragen selten schwierig; Herr von Bodelschwingh dagegen besaß für große wirtschaftliche Fragen keinen Sinn und widersprach grundsätzlich jeder Maßregel, die einen Einnahmeausfall besorgen ließ.

Zehntes Kapitel.

Das Jahr 1849 brachte bald nacheinander zwei Ereigniſſe, welche auf den Gang der Handelspolitik in den folgenden Jahren von entſcheidendem Einfluß waren und meiner Tätigkeit die Richtung anwieſen. Am 26. Juni vollzog die Königin Victoria ein Geſetz wegen Abänderung der beſtehenden Geſetze über die Beförderung der britiſchen Reederei und Schiffahrt, und am 26. Oktober verkündete die amtliche „Wiener Zeitung" ein handelspolitiſches Programm der öſterreichiſchen Regierung. Die Wirkungen dieſer Ereigniſſe entwickelten ſich zwar zu gleicher Zeit, aber ohne ineinander einzugreifen, und geſtatten deshalb eine abgeſonderte Darſtellung.

Das Geſetz vom 26. Juni hob vom 1. Januar 1850 ab alle Beſchränkungen auf, welchen britiſche Schiffe in Beziehung auf die Einfuhr oder Ausfuhr gewiſſer Waren unterlagen, und ſtellte alle fremden Schiffe ſowohl in Beziehung auf das Recht zur Einfuhr und Ausfuhr, als auch in Beziehung auf die, von den eingeführten oder ausgeführten Waren zu entrichtenden Abgaben den britiſchen Schiffen gleich, mit alleiniger Ausnahme des, der britiſchen Flagge vorbehaltenen Küſtenhandels. Der Regierung wurde vorbehalten, dieſe Gleichſtellung den Schiffen ſolcher Länder zu verſagen, welche ihre eigene Flagge günſtiger behandeln möchten als die britiſche.

Die unmittelbare Folge des Geſetzes war die volle Gleichſtellung der preußiſchen mit der britiſchen Flagge in allen Häfen Großbritanniens und deſſen Beſitzungen, denn die britiſche Flagge wurde in den Häfen Preußens gleich der eigenen behandelt. Es war eine alte und begründete Beſchwerde unſerer Reederei vollſtändig erledigt, und derſelben ein weites, bisher verſchloſſen geweſenes Gebiet der Tätigkeit eröffnet. Mittelbare Folgen von nicht minderer Bedeutung

waren mit Sicherheit zu erwarten. Die Tatsache, daß die erste Seemacht der Welt die Gleichstellung der fremden mit der eigenen Flagge proklamierte, mußte alle Staaten des Kontinents, deren Gesetzgebung, nach dem Vorbilde der alten britischen Navigationsakte, die Einfuhr unter eigener Flagge vor der unter fremder begünstigte, vor die Frage stellen, ob diese Gesetzgebung überhaupt noch, oder wenigstens gegenüber von Großbritannien haltbar sei. Es war mit Sicherheit vorauszusehen, daß nur sehr wenige beide Fragen bejahen würden. Wurden aber die Differentialzölle auch nur zugunsten der britischen Flagge aufgegeben, und dadurch die größte Handelsmarine, welche es gab, zu freier Konkurrenz mit der eigenen Handelsmarine zugelassen, so trat der Anspruch des Zollvereins auf Gleichstellung seiner Flagge mit der Nationalflagge unter sehr viel günstigeren Voraussetzungen auf, als bisher, wo ihm eine, auf alle Länder gleichmäßig zur Anwendung kommende Gesetzgebung gegenüberstand. Aus diesen Folgen des Gesetzes ergab sich endlich, daß der Zollverein nicht weiter daran denken konnte, die direkte Einfuhr überseeischer Erzeugnisse auf Nationalschiffen durch Zollbegünstigungen zu befördern. Ein solches System konnte, trotz seiner sicheren Nachteile und seiner zweifelhaften Vorteile, empfohlen werden als eine Erwiderung der Beschränkungen, welchen die Schiffahrt und der Handel des Zollvereins in den meisten anderen Ländern umterlagen; es wurde aber haltlos von dem Augenblick an, wo die Aufhebung dieser Beschränkungen erfolgt oder zu erwarten war. Die Differentialzölle waren tot, und unsere Handelspolitik war von einem Alp erlöst, welcher jahrelang schwer auf ihr gelastet hatte.

Die Wirkung des britischen Vorgangs auf die kontinentalen Gesetzgebungen ließ nicht auf sich warten. Am 6. Juli 1850 wurden in Sardinien alle Differentialabgaben, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, aufgehoben. Die in unserem Vertrage mit Sardinien vom 23. Juni 1845 vorbehaltene, früher erwähnte Begünstigung der sardinischen Flagge vor der unserigen hörte auf.

Ungleich wichtiger war, was in den Niederlanden geschah. Noch vor Schluß des Jahres 1849 legte das kurz vorher gebildete liberale Ministerium Thorbecke den Generalstaaten Gesetzentwürfe vor, welche die Aufhebung der Flaggenunterschiede bei den Zöllen, wie bei den Schiffsabgaben, der Rheinzölle und der Durchgangsabgaben bezweckten. Die Stellung, welche die niederländische Regierung durch diese Vorschläge einnahm, und die Stellung, in welcher sich der Zollverein

nach seiner Befreiung von den Differentialzollplänen befand, gestatteten es, eine umfassende Regelung der gegenseitigen Beziehungen endlich einmal mit Aussicht auf Erfolg zu versuchen. Sobald ich die, später zu erwähnenden Beratungen über die Revision des Zolltarifs zu Ende geführt hatte, nahm ich diesen Versuch in die Hand.

Freie Bahn war den Verhandlungen durch Kündigung des preußisch-niederländischen Schiffahrtsvertrages vom 3. Juni 1837 bereitet; derselbe dauerte zwar als modus vivendi fort, konnte aber durch eine, sechs Wochen vorher ergehende Benachrichtigung jederzeit außer Wirksamkeit gesetzt werden. Für die Vervollständigung des tatsächlichen Materials war durch Errichtung eines besoldeten Generalkonsulats in Rotterdam gesorgt, welches einem tüchtigen Beamten, dem früheren Kaufmann, späteren Ministerresidenten in Chili, Levenhagen, übertragen war. Er wurde nach Berlin berufen, und mit seinem Beirat entwarf ich die den Niederlanden zu machenden Vorschläge. In gedrängter Fassung behandelten sie die gegenseitigen gleichartigen Zugeständnisse, die einseitigen Zugeständnisse des Zollvereins und die einseitigen Zugeständnisse der Niederlande, und begriffen sie sämtliche Beziehungen des gegenseitigen Verkehrs: Seeschiffahrt und Flußschiffahrt, Gewerbebetrieb, Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr, Verkehr mit den Kolonien. Ich hatte den Mut, als ein Zugeständnis des Zollvereins die bedingungslose Gleichstellung der niederländischen Kolonialerzeugnisse mit den gleichartigen Erzeugnissen der meistbegünstigten Nation, und als ein Zugeständnis der Niederlande die bedingungslose Gleichstellung der Erzeugnisse des Zollvereins mit den gleichartigen Erzeugnissen der meistbegünstigten Nation in die Vorschläge aufzunehmen. Heute erscheint ein solcher Vorschlag als sehr natürlich, damals war er vollkommen neu. Die sogenannte Reziprozitätsklausel der damaligen Handelsverträge hatte einen nur dekorativen Charakter, denn sie machte den Anspruch des einen Teils auf Teilnahme an den, vom anderen Teile einem dritten Lande zugestandenen Begünstigungen von der Gewährung entsprechender Gegenleistungen, also von einer weiteren Verständigung zwischen beiden Teilen abhängig; nach meinem Vorschlage, welcher unverändert in den Vertrag überging, sollte diese Teilnahme von Rechts wegen eintreten.

Meine Vorschläge wurden in Berlin genehmigt und, nachdem die Vereins-Regierungen der Eröffnung von Verhandlungen mit den Niederlanden zugestimmt hatten, im Juli im Haag übergeben, noch

bevor die neue niederländische Schiffahrtsgesetzgebung zum Abschluß gelangt war. Die Antwort erfolgte erst im Februar des folgenden Jahres. Sie fiel befriedigend aus; eine ernsthafte Schwierigkeit lag nur in dem nicht unerwarteten Anspruch der Niederlande auf Ermäßigung der Abgaben von dem Warendurchgange von und nach den Niederlanden, sowie der deutschen Rheinzölle. Dieser Anspruch entsprach zwar in seiner Tendenz unseren eigenen Absichten; schon vor unserer Eröffnung an die Niederlande hatten wir bei den Vereins-Regierungen eine Ermäßigung der Durchgangsabgaben und bei den deutschen Rheinuferstaaten eine Ermäßigung der Rheinzölle in Antrag gebracht, aber seine Erfüllung stieß auf große Schwierigkeiten, nicht bloß weil ein Teil der deutschen Uferstaaten von seinen Rheinzolleinnahmen nichts aufgeben wollte, sondern auch weil jede Änderung unserer Durchgangszölle in deren komplizierten Natur und in den kollidierenden Interessen der Vereinsstaaten schwer zu überwindende Hindernisse fand. Erst im Juli 1851 kamen die Verhandlungen mit den Vereins-Regierungen zum Abschluß, um die nämliche Zeit erfolgte eine Verständigung mit denselben über die, an die Niederlande zu stellenden Forderungen und zu machenden Zugeständnisse. Die Eröffnung der mündlichen Verhandlungen verzögerte sich noch weiter, weil ich durch die Verhandlungen mit Hannover und später bei der Bundesversammlung in Anspruch genommen war; erst im November nach meiner Rückkehr aus Frankfurt ging Herr Philipsborn als Unterhändler nach dem Haag. Er hatte noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, welche teils in der Sache lagen, teils dadurch entstanden, daß, wie solches bei umfassenden Verhandlungen zu geschehen pflegt, unbedeutende Fragen bedeutend werden, weil der eine oder andere Teil sich in seiner Ansicht festrennt. Ich war mit ihm in ununterbrochener Korrespondenz; er behandelte meine Privatbriefe als Instruktionen, weil er sich darauf verlassen konnte, daß ich meine Worte wahr halten würde. Am 5. Dezember war der Vertrag fertig; die Unterzeichnung, welcher Niederland die Genehmigung seines am 20. September abgeschlossenen Handelsvertrages mit Belgien, Preußen die Zustimmung der Vereins-Regierungen vorhergehen lassen wollte, erfolgte am 31. Dezember.

Es war ein Friedensschluß nach fünfunddreißig Jahre langem Zwist, der umfassendste Handelsvertrag, welchen Preußen jemals geschlossen hatte. Er fand in beiden Kammern freudige Zustimmung. Seinen Wert hat die Zeit bewiesen. Er hatte nur für zwei Jahre

unkündbar abgeschlossen werden können, weil der Zollverein nur bis zum 31. Dezember 1853 gesichert war, aber er gilt vermöge stillschweigender Verlängerung unverändert noch heute, nach neunundbreißig Jahren.

Noch vor seiner Unterzeichnung, aber in der Erwartung seines Abschlusses war ein, dem preußisch-belgischen nachgebildetes Zollkartell zwischen Preußen und Niederland unterzeichnet worden. Diesem Kartell, auf welches unsere Zollverwaltung im Interesse des Kaffeezolls großen Wert legte, konnte eine Gültigkeit bis zu Ende 1866 gegeben werden, da nicht der Zollverein vertragender Teil war.

Zögernd folgte Belgien dem von Großbritannien ausgehenden Impulse. Es hatte mit seinem Differentialzollgesetz zwar nicht wirtschaftlich, aber handelspolitisch zu gute Geschäfte gemacht, um sich zu dessen Aufhebung entschließen zu können; indessen konnte es doch nicht daran denken, dasselbe gegen Großbritannien voll aufrecht zu erhalten. Durch den Vertrag vom 27. Oktober 1851 mußte es die britische Flagge bei der indirekten Einfuhr aller Waren, mit Ausnahme von Rohzucker, Kaffee, Rohtabak, Baumöl, Schwefel, Südfrüchten, außereuropäischen Tischlerhölzern, Farbhölzern, Reis, Baumwolle und Salz, seiner eigenen Flagge gleichstellen. Hiermit war der Weg für eine Verständigung mit dem Zollverein geebnet.

Ich habe früher die Gründe dargelegt, aus welchen wir mit unserem Vertrage mit Belgien unzufrieden sein mußten. Im Juni 1850, als der Kündigungstermin herannahte, bezeichneten wir der belgischen Regierung die Abänderungen des Vertrages, bei deren Annahme wir dessen Fortdauer befürworten würden, bei deren Ablehnung wir dessen Kündigung erklärten. Belgien lehnte die vorgeschlagenen Abänderungen ab, und man kam überein, den Vertrag und die Kartellkonvention bis zum 1. Januar 1852 laufen zu lassen, um in der Zwischenzeit eine neue Verständigung zu versuchen.

Im November 1851, nach meiner Rückkehr aus Frankfurt, begannen die Verhandlungen. Sie wurden von Herrn Dach und mir mit dem belgischen Gesandten Baron Nothomb geführt, im letzten Augenblick trat Herr Philipsborn, der inzwischen im Haag verhandelt hatte, hinzu. In den letzten Tagen des Dezember hatten wir uns verständigt, die Unterzeichnung wurde durch die Notwendigkeit verzögert, die Zustimmung der Vereins-Regierungen einzuholen. Wir hatten bei den Verhandlungen drei Änderungen des Vertrages vom 1. September 1844 anzustreben: die Gleichstellung unserer Flagge

mit der belgischen bei der indirekten Fahrt, die Beschränkung der Zollbegünstigungen für das belgische Eisen und die Teilnahme an den von Belgien anderen Ländern zugestandenen Zollermäßigungen.

Bei der Schiffahrt hatte sich in den tatsächlichen Verhältnissen nichts geändert. Im Durchschnitt der sieben Jahre 1845/52 waren 95 preußische Schiffe mit 18682 Tonnen in belgische Häfen, und nur 1 belgisches Schiff mit 88 Lasten in preußische Häfen eingelaufen; wir hatten nichts zu bieten, sondern nur zu verlangen. Unter solchen Umständen mußten wir uns mit der Gleichstellung unserer Flagge mit der britischen begnügen; da Großbritannien die belgische Flagge vollständig gleich seiner eigenen behandelte, stellten auch wir die belgische Flagge bei der indirekten Fahrt der unsrigen gleich.

In dem erwähnten siebenjährigen Durchschnitt hatte der Zollverein 47,10 % seiner gesamten Roheisen-Einfuhr und 7,66 % seiner gesamten Stabeisen-Einfuhr zu den ermäßigten Zollsätzen aus Belgien erhalten. Zollermäßigungen von solcher Wirkung, mochten sie als Begünstigung der Eisenverbraucher, oder als Benachteiligung der Eisenproduzenten im westlichen Teile des Zollvereins aufgefaßt werden, waren nicht aufrecht zu erhalten. Ihre völlige Aufhebung war nicht möglich, wenn nicht auf jeden Vertrag mit Belgien verzichtet wurde, ihre Verallgemeinerung wäre im Zollverein nicht zu erreichen gewesen. Es blieb nur ihre Beschränkung übrig, und Belgien ließ sich ihre Herabsetzung um die Hälfte, also einen Zollsatz von 7½ Sgr. für Roheisen und von 1 Taler 11 Sgr. 3 Pf. für Stabeisen gefallen.

Nachdem Belgien diese Beschränkung zugestanden hatte, konnten wir die Teilnahme an den von ihm anderen Ländern eingeräumten Zollermäßigungen nicht erreichen. Vergebens bot ich dem belgischen Unterhändler eine Verabredung an, durch welche jeder Teil sich verpflichten sollte, die Erzeugnisse des andern gleich denjenigen der meistbegünstigten Nation zu behandeln, vorbehaltlich der Ausnahmen, welche sich für Belgien, hinsichtlich der Garne und Gewebe von Flachs und Hanf aus seinen Verträgen mit Frankreich, und für den Zollverein aus dem Verhältnis seiner Mitglieder zu anderen Staaten des Deutschen Bundes ergaben. Wir mußten damit zufrieden sein, daß Belgien eine Erweiterung der, in dem alten Vertrage für Nürnberger Waren, Modewaren und Mineralwasser verabredeten Zollermäßigungen durch Einreihung mehrerer, unter diesen Kategorien bisher nicht begriffener Artikel zugestand, den Zoll für Sämereien, mit Ausschluß der Ölsämereien, auf die Hälfte ermäßigte, und die

bisher verbotene Einfuhr von Salz zu Lande, auf Kanälen und Flüssen zu der nämlichen Abgabe zuließ, welche von dem zur See unter britischer Flagge eingehenden Steinsalz zu entrichten war.

Endlich hob Belgien die noch bestehenden Durchfuhrverbote insoweit auf, als das Interesse des Zollvereins es erforderte, und seine Verträge mit Frankreich es zuließen, während der Zollverein die Durchfuhr unter Benutzung der rheinischen Eisenbahn mit der Durchfuhr unter Benutzung des Rheins in allen Beziehungen gleichstellte.

Mit diesen Änderungen wurde durch eine, am 18. Februar 1852 unterzeichnete Additional-Konvention der Vertrag vom 1. September 1844, sowie das Zollkartell bis zum 31. Dezember 1853 verlängert.

Daß diese Konvention einen für uns unbefriedigenden Zustand keineswegs in einen befriedigenden verwandele, war für niemand zweifelhaft. Wir fuhren fort, Belgien nicht nur gleich dem meistbegünstigten Lande zu behandeln, sondern auch ihm ausschließliche Zollbegünstigungen zu gewähren, und Belgien fuhr fort, uns ungünstiger als Frankreich und Niederland zu behandeln. Mehr, als wir erreicht hatten, war, wie ich auch heute noch überzeugt bin, von Belgien nicht zu erreichen, und von einem Bruch mit Belgien hielt uns die Betrachtung unserer allgemeinen handelspolitischen Lage zurück. Unser Vertrag mit dem Steuerverein und die Haltung Österreichs, von welchen später die Rede sein wird, hatten uns die Lösung einer so großen Anzahl schwieriger Fragen zur Aufgabe gemacht, daß wir nach allen anderen Seiten hin Ruhe brauchten. Mit der Empfindung dieser Lage erteilten unsere Kammern ohne viele Diskussion der Konvention ihre Zustimmung.

In den letzten Monaten des Jahres 1853 wurde der Versuch gemacht, einen neuen Vertrag zustande zu bringen. Er war von vornherein aussichtslos, weil unser Vertrag mit Österreich vom 7. Februar 1853 es uns unmöglich machte, Belgien die Behandlung der meistbegünstigten Nation anzubieten, oder Zollermäßigungen von Bedeutung zuzugestehen. Ich befand mich während der Verhandlungen in Amerika, weiß also Einzelheiten nicht anzuführen. Baron Rothomb meinte, daß eine Verständigung erreicht sein würde, wenn ich in Berlin gewesen wäre; ich glaube, daß er sich täuschte. Wie dem auch sei, die Verträge nebst der Kartell-Konvention traten mit Ende 1853 außer Kraft, aber wir trennten uns jetzt als gute Freunde. In der gegenseitigen Behandlung der Flagge und der Durchfuhr

trat keine Änderung ein, Belgien fuhr fort, den Scheldezoll für unsere Schiffe zu erstatten, und ließ das zugunsten Luxemburgs erlassene Gesetz unverändert bestehen. Neun Jahre später habe ich die Freude gehabt, unser handelspolitisches Verhältnis zu Belgien in völlig befriedigender Weise und für die Dauer festzustellen.

Ich habe oben die Wirkung erwähnt, welche die neue britische Schiffahrts-Gesetzgebung auf die Gesetzgebung Sardiniens und damit auf unsere Beziehungen zu diesem Lande ausgeübt hatte. Ein Jahr später ergab sich die Gelegenheit zu einer erwünschten Erweiterung dieser Beziehungen. Sardinien hatte durch Verträge mit Frankreich, Belgien und Großbritannien diesen Ländern vom 1. Juni 1851 ab sehr erhebliche Tarifermäßigungen für Wein, Branntwein, Zink, Kupfer, Eisen und Eisenwaren, Waffen, Glaswaren und Tonwaren aller Art, Papier, Bücher, raffinierten Zucker, baumwollene, leinene und wollene Garne und Gewebe und Modewaren zugestanden. Die Ausdehnung dieser Ermäßigungen auf die Erzeugnisse anderer Länder entsprach der handelspolitischen Richtung, und ein freundschaftliches Verhältnis zu Preußen entsprach den politischen Tendenzen des Grafen Cavour; wir fanden daher ein bereitwilliges Entgegenkommen, als wir den Wunsch aussprachen, an den Ermäßigungen beteiligt zu werden. Eine am 20. Mai 1851 in Turin unterzeichnete Additional-Konvention zu unserem Vertrage vom 23. Juli 1845 dehnte die von Sardinien an Frankreich, Belgien und Großbritannien gewährten Zollermäßigungen auf den Zollverein aus und verpflichtete den letzteren nur zu einer Herabsetzung des Zolles für Reis und zur Zollbefreiung von denaturiertem Baumöl, zwei Tarifänderungen, über welche die Zollvereinsstaaten bereits schlüssig geworden waren. Auf den Wunsch des Grafen Cavour behielt die Konvention die Ergreifung gemeinschaftlicher Maßregeln vor, welche zur Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen den deutschen Schienenwegen und der im Bau begriffenen Bahn von Genua nach der Schweizer Grenze geeignet wären. Ein Vertrag, wie ich ihn zwanzig Jahre später zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz über den Bau der Gotthardbahn verhandelt habe, schwebte schon damals dem genialen italienischen Staatsmann vor.

Ich wende mich zu dem zweiten Ereignis, welches das Jahr 1849 brachte, dem handelspolitischen Programm Österreichs und dessen Wirkungen.

Österreich war bisher kein Faktor in der europäischen Handels-

politik gewesen. Fürst Metternich hatte die allmähliche Entstehung des Zollvereins nicht ohne Beklemmung wahrgenommen; er hatte die deutschen Regierungen eindringlich vor dem Beitritt warnen lassen, nach und nach aber zog er sich zurück, denn er brauchte Preußens Hilfe in der Bundesversammlung bei dem ihm vor allen Dingen am Herzen liegenden Kampfe gegen die liberalen Strömungen in Deutschland, und er mochte sich überzeugt haben, daß Abmahnungen nichts helfen konnten, da sie nicht mit Anerbietungen verbunden waren. Bieten konnte aber Österreich nichts. Es waren nicht bloß Schwerfälligkeit und Mangel an Entschluß, welche ihm eine aktive Handelspolitik unmöglich machten, sondern und hauptsächlich die Stellung Ungarns zu den übrigen Teilen der Monarchie. In den letzteren beruhte die indirekte Besteuerung auf der Erhebung von Zöllen vom Verkehr mit dem Auslande auf Grund eines übereinstimmenden Tarifs und einer Bewachung der Grenze, ferner auf der Verzehrungssteuer, welche, wenn auch nicht in überall gleichmäßigen Formen, von gebrannten geistigen Getränken, von Fleisch und bei dem Einzelverkehr von Wein erhoben wurde, endlich auf dem Tabakmonopol und dem Salzmonopol. Von allen diesen Steuern bestand in Ungarn nur das Salzmonopol. Auch das System der direkten Besteuerung war in Ungarn ein anderes als in den übrigen Kronländern, insbesondere gab es im ersteren keine eigentliche Grundsteuer. Die notwendige Folge dieser fundamentalen Verschiedenheiten war eine Zwischenzollinie zwischen beiden Teilen der Monarchie. Sie war zweiköpfig: es wurde von dem Verkehr nach Ungarn österreichischer Ausgangs- und ungarischer Eingangszoll, von dem Verkehr aus Ungarn ungarischer Ausgangs- und österreichischer Eingangszoll erhoben. Sie hatte sehr verschiedene Zwecke. Sie sollte das Tabakmonopol gegen den ungarischen Tabak sicherstellen, sie sollte die aus Ungarn eingehenden verzehrungssteuerpflichtigen Gegenstände mit einer Ausgleichungsabgabe treffen, sie sollte den mit der Grundsteuer belasteten österreichischen Produzenten gegen den, von dieser Steuer nicht betroffenen ungarischen Produzenten schützen, sie sollte endlich durch Besteuerung des Verkehrs von und nach Ungarn dieses Land indirekt stärker zu den Staatslasten heranziehen, als solches auf direktem Wege möglich war. Österreich war dem Auslande gegenüber eine politische Einheit, es zerfiel aber in zwei verschiedene Zollgebiete, entbehrte also der handelspolitischen Einheit.

Die Folgen dieser Lage für sein Verhältnis zum Zollverein waren wiederholt fühlbar geworden.

Österreich wußte, daß die Bewachung seiner 300 Meilen langen Grenze gegen den Zollverein überaus mangelhaft, und der Schleichhandel über diese Grenze ungemein lebhaft sei. Zu einer gründlichen Umgestaltung seiner Grenzbewachung, wie solche später vorgenommen wurde, mochte es sich damals nicht entschließen; es war bequemer, wenn der Zollverein durch seine Grenzbeamten die Mängel ergänzte, und es wurde schon 1835 in vertraulicher Unterhaltung der Gedanke eines Zollkartells angeregt. Herr Kühne ging im Frühjahr 1836 nach Wien, um diese Anregung weiter zu verfolgen. Er machte darauf aufmerksam, daß der Zollverein die Anwendung von Maßregeln zum Schutze der österreichischen Zolleinnahmen seinen Angehörigen gegenüber nur dann werde rechtfertigen können, wenn Österreich sein Zollsystem in dem Sinne ändere, daß ein gesetzlicher Handel nach seinem Zollgebiete möglich werde. Als die dahin zielenden Änderungen bezeichnete er: die gegenseitige Zollfreiheit der Rohprodukte beim Eingange und Ausgange, die Aufhebung der österreichischen Einfuhrverbote für Manufakturwaren und deren Ersatz durch angemessene Schutzzölle, sei es für die Einfuhr überhaupt oder nur aus dem Zollverein, endlich eine Annäherung der beiderseitigen Tarife für die eigentlichen Finanzzölle. Zu einem Ergebnis kam es nicht. Man schreckte in Wien vor der plötzlichen Aufhebung der Einfuhrverbote zurück; die Hauptsache aber war, daß man die Zollbefreiung vereinsländischer Rohprodukte so lange für unmöglich erachtete, als die nämlichen Produkte bei dem Eingange aus Ungarn einer Abgabe unterworfen waren.

Fünf Jahre später wurde die Frage von einem weit umfassenderen Gesichtspunkte aus Gegenstand der Erwägung. Fürst Metternich hatte bei seinen Aufenthalten auf dem Johannisberg Gelegenheit gehabt, die wohltätigen Wirkungen des Zollvereins auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinsstaaten zu beobachten, es war ihm der Wunsch entgegengebracht, daß Österreich mit seinen zum Deutschen Bunde gehörenden Ländern dem Zollverein beitreten möge, und es konnte ihm die Einbuße an politischem Gewicht nicht entgangen sein, welche Österreich dadurch erlitt, daß Preußen sich an die Spitze der lebendigen Interessen Deutschlands gestellt hatte. Er brachte daher im November 1841 die Zweckmäßigkeit der Anschließung Österreichs an den deutschen Zollverein und die Möglichkeit dieses

Schritts in der Staatskonferenz zur Beratung. Die Beratung erfolgte rasch und mit großem Ernste. Vor einer gründlichen Umgestaltung des Zolltarifs und vor der Zulassung freien Verkehrs mit dem Zollverein schreckte man nicht mehr zurück, aber wiederum waren es die besonderen Verhältnisse Ungarns, welche die Ausführung des Planes als zur Zeit unmöglich erscheinen ließen. Denn von einer Beschränkung des Anschlusses auf die deutschen Länder Österreichs konnte keine Rede sein. Nur durch den Eintritt der gesamten Monarchie konnte das Übergewicht Österreichs in dem Verein gesichert und zugleich verhütet werden, daß die Unabhängigkeitsgelüste Ungarns durch kommerzielle Absonderung genährt würden. Zu der Ausdehnung des österreichischen Abgabensystems auf Ungarn war aber die Zustimmung des ungarischen Landtags nötig, und diese Zustimmung war zur Zeit nicht erreichbar. Man mußte sich deshalb damit begnügen, zunächst eine autonome Tarifreform und auf Grund derselben einen umfassenden Handelsvertrag mit dem Zollverein ins Auge zu fassen. Eine Tarifreform in großem Stil war jedoch nicht durchzusetzen, seitdem sie nicht mehr durch die Wucht mächtiger politischer Interessen gefördert wurde, und so endete auch dieser Anlauf im Sande. Es war daher fruchtlos, daß Herr von Kamptz bei seiner, durch die Einverleibung Krakaus im November 1846 veranlaßten, oben von mir erwähnten Sendung nach Wien den Versuch machte, an die Eröffnungen anzuknüpfen, welche zehn Jahre früher durch Herrn Kühne erfolgt waren; das Interesse für die Frage war erloschen. Es entsprach dieser Lage, wenn, wie früher erzählt worden, der Freiherr von Geringer im Sommer 1848 in Frankfurt die Unmöglichkeit einer Zolleinigung Österreichs mit Deutschland nachwies.

Durch die Kapitulation von Vilagos wurde diese Lage vollständig geändert. Ungarn war unterworfen, seine Privilegien verwirkt, es war kein Hindernis mehr. Fürst Schwarzenberg konnte, ungehemmt durch Rücksichten auf die inneren Verhältnisse Österreichs, den Plan des Fürsten Metternich wieder aufnehmen. Anlaß dazu hatte er genug. Durch das Drei-Königsbündnis hatte Preußen es unternommen, Österreich die politische Führerschaft in Deutschland zu entreißen; Österreich mußte dieses Unternehmen durch den Versuch erwidern, Preußen von der handelspolitischen Führerschaft in Deutschland zu verdrängen. Die „Wiener Zeitung" vom 26. Oktober 1849 stellte die Zolleinigung von Österreich und Deutschland auf die

Tagesordnung und bezeichnete den Weg, welcher zur Erreichung dieses Zieles eingeschlagen werden sollte.

Österreich wird, so wurde erklärt, eine gründliche Tarifreform vornehmen, der Zollverein soll ihm durch eine Reform seines Tarifs in dem von seinen Industriellen gewünschten Sinne entgegenkommen, und es soll das, auf diese Weise durch beiderseitige Reformen vorbereitete Einigungswerk nach Maßgabe eines zwischen den beteiligten Regierungen vertragsmäßig festzustellenden Planes allmählich, und zwar nach folgenden Grundsätzen ins Leben treten. In der ersten Periode beschäftigt man sich auf beiden Seiten wesentlich mit der inneren Reform in dem Sinne möglichster Annäherung der beiderseitigen Tarifsätze. Namentlich werden in Österreich die Zölle auf Roh- und Färbestoffe für die Industrie beseitigt oder ermäßigt, die Verbote und Prohibitivzölle durch kräftige Schutzzölle ersetzt, und die Zollschranken im Innern aufgehoben; gleichzeitig tritt der gegenseitige zollfreie Austausch aller einheimischen Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, sowie der rohen Metalle ein, der Grenzverkehr wird überhaupt möglichst erleichtert, für die gegenseitige Durchfuhr wird Zollfreiheit bewilligt. Daneben werden Konventionen über gemeinsames Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Handel-, Wechsel- und Seerecht, Gewerbe- und Heimatsgesetzgebung, Flußschiffahrts-, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen vorbereitet und abgeschlossen. In der zweiten Periode werden die beiderseitigen Zölle von Manufakturerzeugnissen für die gegenseitigen Einfuhren auf drei Vierteile des tarifmäßigen Satzes ermäßigt, und es erfolgt eine durchgreifende Erleichterung in der beiderseitigen Grenzverwaltung. Die dritte Periode bringt eine Herabsetzung jener Zölle auf die Hälfte der Tarifsätze, eine Annäherung der Finanzzölle und gemeinsame Bestimmungen über die Seeschiffahrt. In der vierten Periode endlich sollen die Zölle für Manufakturwaren gegenseitig, so weit tunlich, aufgehoben, ein Schiffahrtsgesetz erlassen, und die gemeinsame auswärtige Vertretung und Handelspolitik angebahnt werden. Der letzte entscheidende Schritt: der Übergang zur völligen Zolleinigung mit Feststellung eines allgemeinen österreichisch-deutschen Zolltarifs, bleibt einem neuen Vertrage vorbehalten.

Der Plan war gut ausgedacht. Er blendete durch sein großes Ziel, er schien ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar zu sein, er versprach dem Verkehr des Zollvereins greifbare, mit jeder Periode steigende Vorteile, er verhieß die Bildung einer handelspolitischen

Macht, welche durch das Schwergewicht ihrer geographischen Lage und ihrer 70 Millionen Angehöriger nicht ihresgleichen in Europa hatte. Daß er, schon vom Beginn seiner Ausführung an, dem Zollverein eine selbständige Handelspolitik unmöglich machte und Preußen jeder eigenen Aktion beraubte, schadete ihm außerhalb Preußens sehr wenig, die schutzzöllnerischen Bestrebungen in Süddeutschland und die politischen Tendenzen der Mittelstaaten fanden bei ihm ihre Rechnung. Daß er für uns unannehmbar sei, stand außer Frage, die Frage aber war, wie wir ihm begegnen sollten.

In Berlin fehlte es nicht an Stimmen, welche ihn als einen nicht ernsthaft gemeinten Schachzug bezeichneten. Ich teilte diese Ansicht nicht und war der Meinung, daß wir, er mochte ernsthaft sein oder nicht, ihn ernsthaft auffassen und sofort Stellung zu ihm nehmen müßten. Und zwar keine bloß negative, denn er enthielt unleugbar gesunde Gedanken. Es kam darauf an, diese Gedanken herauszuschälen und auf der Stelle dem phantastischen, nicht annehmbaren Programm der „Wiener Zeitung" ein nüchternes, aber annehmbares Programm gegenüberzustellen. In diesem Sinne entwarf ich einen Artikel für den „Staats-Anzeiger", welcher von den Ministern von der Heydt und von Rabe genehmigt wurde und in dem Blatt vom 7. November erschien. Er faßte die Hauptgesichtspunkte der Wiener Vorschläge, so weit sie die eigentlichen Handelsverhältnisse betrafen, abgesehen von der für die Ausführung vorgezeichneten Form, in folgende Sätze zusammen:

1. gegenseitiger zollfreier Austausch der einheimischen Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, einschließlich der rohen Metalle,
2. gegenseitige Begünstigung bei der Einfuhr der beiderseitigen Manufakturerzeugnisse, unter gleichzeitiger Annäherung der beiderseitigen Tarifsätze für diese Artikel,
3. Befreiung des gegenseitigen Transits,
4. Annäherung der Sätze für die beiderseitigen Finanzzölle.

Er akzeptierte diese Sätze als den Ausdruck des Zieles, dessen Erreichung für beide Teile die nächste Aufgabe sein müsse. Er führte aus, daß bei der Behandlung der gegenseitigen Einfuhr fabrizierter Waren, wie sich auch die beiderseitigen Tarifsätze für die Einfuhr aus dritten Ländern stellen möchten, beiderseits von den Sätzen des bestehenden Zollvereinstarifs auszugehen sei, er verhehlte die Schwierigkeiten nicht, welche im Zollverein das Zollwesen auf den konventionellen Flüssen der wünschenswerten Befreiung des gegenseitigen Transits

entgegenstellte, und er wies nach, daß für die Annäherung der Finanzzölle, so weit dieselbe erforderlich sei, um den Schleichhandel mit verzollten Waren zu verhindern, nicht mehr viel zu tun bleibe. Vereinbarungen über Münzen, Maße und Gewichte, über Handels- und Seerecht, über Flußschiffahrt-, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen nahm er mit Freuden an. Dagegen lehnte er alle über diesen Rahmen hinausgehenden Verabredungen ab; er hielt es weder für möglich, noch für nötig, zukünftigen Entwicklungen ihre Regel vorzuschreiben.

Dies war unser Programm und ist es geblieben. Wer es mit dem Vertrage vom 7. Februar 1853 vergleicht, wird es in dessen Bestimmungen wiederfinden.

Noch im Laufe des November erhielt unser Gesandter in Wien, Graf Bernstorff, den Auftrag, dem kaiserlichen Kabinett, unter Bezugnahme auf den Artikel der „Wiener Zeitung", zu erkennen zu geben, daß die bei früheren Gelegenheiten öfters betätigte Bereitwilligkeit Preußens zu einer kommerziellen Annäherung an Österreich unverändert fortbestehe, und wir bestimmten Vorschlägen mit Interesse entgegensähen.

Am 2. Februar 1850 übergab der österreichische Gesandte in Berlin, Freiherr von Prokesch, solche Vorschläge in einer Note, welcher eine Denkschrift des Handelsministers von Bruck „Über die Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung" beigefügt war. Die leitenden Gesichtspunkte und, mit diesen, die Gegensätze traten nunmehr scharf hervor. Was Österreich anstrebt, hieß es in der Note, ist nicht eine Annäherung zu diesem oder jenem deutschen Zollgebiete, sondern eine enge Verbindung, eine Zoll- und Handelseinigung im vollen Sinne des Worts, nicht mit dem Zollverein allein, sondern mit ganz Deutschland. Für die Lösung einer solchen Aufgabe genügen nicht spezielle Verhandlungen mit Preußen allein, an dem Zentralorgan des Deutschen Bundes — der einige Wochen vorher in Wirksamkeit getretenen provisorischen Bundeskommission — liegt es, sämtliche Genossen des Bundes einzuladen, Bevollmächtigte zur Beratung der österreichischen Anträge abzuordnen. Die der Note beigefügte Denkschrift wiederholte mit wesentlicher Abkürzung der vorbereitenden Perioden die Vorschläge der „Wiener Zeitung". Nicht ganz in Übereinstimmung mit der Note wollte sie auf der nach Frankfurt zu berufenden Zollkonferenz in der Hauptsache nur die verschiedenen deutschen Zoll- und Handelsgebiete ver-

treten haben und erregte damit in München, Dresden und Stuttgart die Besorgnis, daß Preußen allein als Vertreter des Zollvereins werde auftreten können; ein amtlicher Artikel der „Wiener Zeitung" mußte erklären, daß Österreich auf die Beteiligung aller deutschen Staaten bei den Verhandlungen den größten Wert lege.

Am 28. Februar beantwortete der Minister von Schleinitz die Note des Freiherrn von Prokesch. Er wies nach, daß die provisorische Bundeskommission nicht kompetent sei, die Angelegenheit vor ihr Forum zu ziehen, er hielt überhaupt eine Verhandlung derselben in einer, von sämtlichen Bundesstaaten zu beschickenden Kommission im Interesse der Sache nicht für zulässig, er erachtete eine Verständigung zwischen Österreich, dem Zollverein, dem Steuerverein und einer Vertretung der außer diesen Verbänden stehenden Staaten für den einzigen geeigneten Weg zum Ziele, und er erklärte, daß Preußen, unter Voraussetzung des Einverständnisses seiner Zollverbündeten, bereit sei, auf diesem Wege sofort, sei es mit Österreich allein, sei es mit Österreich und den Vertretern der übrigen Verbände und Staaten, in Unterhandlung zu treten. Als Gegenstände der Verhandlung wurden mit einigen Einschränkungen die in dem Artikel des „Staats-Anzeigers" genannten Materien bezeichnet; die Zolleinigung selbst wurde von derselben ausgeschlossen. Abschrift dieser Antwort wurde den Vereinsregierungen mitgeteilt, und gleichzeitig erhielt ich den Auftrag, nach Wien zu gehen, nicht um offizielle Verhandlungen zu eröffnen, sondern um mit den beteiligten österreichischen Staatsmännern vorläufige vertrauliche Rücksprache zu halten und auf diesem Wege die späteren Verhandlungen anzubahnen.

Die augenblickliche Lage war zur Erreichung dieses Zwecks so ungünstig als möglich. Die politischen Verhältnisse in Deutschland hatten eine Gestalt gewonnen, welche die Anbahnung einer Verständigung ausschloß. Am 13. Februar hatte der Verwaltungsrat der Union die Berufung des Erfurter Parlaments beschlossen, am 23. Februar war Hassenpflug leitender Minister in Kurhessen geworden, am 25. Februar hatte sich Hannover von dem Drei-Königsbündnis losgesagt, am 27. Februar war zwischen Bayern, Sachsen, Württemberg das sogenannte Vier-Königsbündnis abgeschlossen. Der politische Krieg war auf der ganzen Linie entbrannt, als ich in den ersten Tagen des März in Wien eintraf.

Der Handelsminister von Bruck, an welchen ich zunächst gewiesen war, in Rheinpreußen geboren, von der Direktion des österreichischen

Lloyd in Triest in das Schwarzenbergische Ministerium berufen, war ein Mann von großen Gesichtspunkten, erfüllt von den Aufgaben, welche ihm die Umgestaltung der wirtschaftlichen Gesetzgebung Österreichs stellte, ein guter Österreicher, aber kein Preußenfeind, von einer ruhig würdigen Haltung, wie sie dem Minister eines großen Staates wohl anstand. Im Interesse der von ihm geplanten Reformen lag ihm sehr ernsthaft an einer baldigen, natürlich für sein Land möglichst vorteilhaften Verständigung mit dem Zollverein, und ich bin überzeugt, daß er schon damals nichts lieber gesehen hätte, als was er drei Jahre später getan hat, nämlich rasch mit Preußen allein zu verhandeln und abzuschließen. Er konnte schon damals diesen Weg einschlagen für die Regelung des Postverkehrs, denn dieser Verkehr hatte keinen politischen Beigeschmack, und so kam mitten in der heftigsten politischen Spannung der für die Entwicklung der internationalen Postverhältnisse bahnbrechende Vertrag über den deutsch-österreichischen Postverein vom 6. April 1850 zustande. Aber bei der Behandlung der Zollangelegenheiten waren ihm durch die Politik des Fürsten Schwarzenberg die Hände gebunden.

Dem Fürsten war die sachliche Seite dieser Angelegenheiten vollkommen gleichgültig, schon weil er gar nichts davon verstand. Ihm kam es darauf an, Österreich zur leitenden Macht nicht nur für die politischen, sondern auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zu machen. Er bestand darauf, daß die Zolleinigung, wenn auch zunächst nur im Prinzip, sofort vertragsmäßig festgestellt werde, weil damit die leitende Stellung Österreichs für die Zukunft anerkannt war, und er lehnte jede Verhandlung mit Preußen allein ab, weil er Preußen keine andere Stellung einräumen wollte, als jedem anderen Bundesstaat. Seine bisherigen Erfolge, die Aussichtslosigkeit der preußischen Unionspläne, der Haß der Mittelstaaten gegen Preußen, und das Bewußtsein fester Ziele gegenüber den Schwankungen in Berlin ließen einen Zweifel über die Durchführbarkeit seines Planes bei ihm nicht aufkommen.

Graf Bernstorff stellte mich ihm vor und ließ uns dann allein. Wir kamen sofort auf die Sache. Nachdem ich unsere Auffassung dargelegt hatte, erklärte er es ganz unbefangen als ein Mißverständnis, wenn man geglaubt habe, er wolle die Angelegenheit an die Bundeskommission bringen. Es solle ein freier Kongreß sein, Frankfurt sei als Sitz der Verhandlung nur deshalb vorgeschlagen, weil daselbst bisher schon über alle möglichen Dinge verhandelt sei. Ob

Preußen befugt sei, namens des Zollvereins zu verhandeln, wisse er nicht, von anderer Seite werde die Befugnis bestritten, und er könne sich auf eine Legitimationsprüfung nicht einlassen, deshalb habe er alle Staaten als gleichberechtigt anzusehen. Ob alle den Kongreß beschicken wollten, sei ihre Sache. Wir gingen auf die Zolleinigung über. Er verstand nicht, wie gegen deren vertragsmäßige Feststellung etwas eingewendet werden könne, denn es handele sich dabei um nichts anderes als um die Ausführung des Artikels 19 der Bundesakte. Ich hatte bisher mit Zurückhaltung geantwortet, weil ich einen Bruch gleich in der ersten Stunde vermeiden mußte, bei der Berufung auf den Artikel 19 tat ich mir aber keinen Zwang an. Ich hatte kurz vorher diesen Artikel in seiner Entstehung und in seinen weiteren Schicksalen bei den Wiener Ministerialkonferenzen und bei der Bundesversammlung aus den Akten studiert und wies mit voller Überlegenheit die Nichtigkeit dieser Berufung nach. Damit endete die Unterhaltung. Im Vorzimmer hatte ich die Gesandten der vier Königreiche zu passieren, welche zu warten schienen, um vom Fürsten zu hören, was er mir gesagt hatte. Freundliche Gesichter zeigten sie mir nicht.

Ich habe die Unterhaltung erzählt, weil sie für den Fürsten Schwarzenberg charakteristisch ist, den Inhalt meiner weiteren Besprechungen kann ich kürzer darstellen. Man ließ den freien Kongreß fallen, weil man einsah, daß Preußen, ohne dessen Mitwirkung nichts zu machen war, für eine Form der Verhandlung nicht zu gewinnen sein werde, welche die Verneinung des Zollvereins zu ihrem Ausgangspunkte gehabt hätte. Man entschloß sich, eine vorbereitende Unterhandlung mit dem Zollverein zuzulassen, aber nur unter der Bedingung, daß an derselben, außer Preußen, auch Bayern, Sachsen und Württemberg teilnähmen. Ich lehnte diese Bedingung ab, denn wenn ich auch aus den Zollvereinsverträgen für uns nur die Legitimation und nicht ein ausschließliches Recht zur Unterhandlung von Handelsverträgen herleitete und keinen Zweifel darüber ließ, daß wir die Beteiligung anderer Vereinsstaaten, welche uns einen entsprechenden Wunsch aussprechen möchten, nicht zurückweisen würden, so konnte ich doch Österreich nicht das Recht zugestehen, die Beteiligung dieses oder jenes Vereinsstaates zu fordern und damit eine innere Frage des Zollvereins zu entscheiden. In der Sache selbst blieb man in Wien bei der Forderung stehen, daß sofort und vor allen Dingen die gegenseitige Verpflichtung zur Eingehung der Zolleinigung vertrags-

mäßig festgestellt werde; dies vorausgesetzt, schien man keinen besonderen Wert darauf zu legen, ob die Zwischenzeit bis zur Herstellung derselben auf die von Österreich vorgeschlagene oder auf eine andere als geeignet zu erkennende Art gestaltet werde. Denn als einziges Hindernis der sofortigen Ausführung der Zolleinigung wurde der Mangel eines Maßstabes für die Revenuenteilung angesehen, und dieser Maßstab sollte sich ohne Schwierigkeit ergeben, sobald in Österreich ein paar Jahre lang ein, in den eigentlichen Finanzzöllen dem Zollvereinstarif gleichartiger Tarif bestanden habe, und während dieser Zeit der Verbrauch und der Zollertrag in beiden Handelsgebieten festgestellt seien. Auch diese Forderung mußte ich ablehnen. Die Gründe, aus welchen ich die Ablehnung herleitete, waren nicht weit zu suchen. Preußen konnte auf eine selbständige Handelspolitik nach innen und nach außen nicht verzichten, solange nicht die allgemeinen deutschen Verhältnisse auf eine, seinem Interesse entsprechende Weise endgültig geordnet waren; es war außerstande, einen Maßstab für die Revenuenteilung anzunehmen, welcher auf der Unterstellung beruhte, daß der Verbrauch hochbesteuerter Waren in zwei großen Gebieten von völlig verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen sich gleichmäßig entwickeln werde; es vermochte nicht der österreichischen Grenzbewachung das Vertrauen zu schenken, daß in deren Händen die Erhebung gemeinschaftlicher Zölle tatsächlich gesichert sei; es mußte Bedenken tragen, sich in ein tiefeingreifendes finanzielles Verhältnis zu einem Lande einzulassen, dessen Geldumlauf der metallischen Grundlage entbehrte; es sah einen der wesentlichsten Vorteile einer Zolleinigung, nämlich die, durch keine zollamtliche Revision beschränkte Freiheit des Warenverkehrs, als für den Zollverein ausgeschlossen an, solange in Österreich das Tabakmonopol bestand; es durfte endlich nicht vergessen, daß der Zollverein durch seine geographische Lage auf die Nordsee hingewiesen sei und deshalb jede Verpflichtung vermeiden müsse, welche den Anschluß des Steuervereins erschweren könnte. So war weder in der Form, noch in der Sache ein gemeinschaftlicher Ausgangspunkt zu gewinnen, und ich kehrte noch im März nach Berlin zurück.

Die sachliche Seite der Frage hatte ich, außer mit Herrn von Bruck, mit dem Finanzminister von Kraus und den Hofräten Hock, Czörnig und Becher besprochen. Herr von Kraus hielt sich zurück und zeigte sehr geringes Interesse; als nüchterner Geschäftsmann schien er der Zolleinigung sehr kühl gegenüberzustehen. Die Herren

Hock und Czörnig, beide später Wirkliche Geheimräte und baronisiert, waren mit ihrem Minister die treibenden Kräfte des Planes, der erste von der finanziellen und zolltechnischen, der zweite, der geniale Schöpfer der österreichischen Statistik, von der wirtschaftlichen Seite. Herr Becher, wegen seiner politischen Haltung ohne Einfluß, aber sehr gut unterrichtet, gehörte ebenfalls zu den Anhängern der Zolleinigung, hielt jedoch das von Herrn von Bruck angenommene Tempo für viel zu rasch; er hatte ein Buch über die Angelegenheit unter der Feder, welches noch in demselben Jahre erschienen ist. Ich gewann die volle Überzeugung, daß es mit der Zolleinigung sehr ernst gemeint sei. Es war für Österreich eine Zeit so großer politischer und wirtschaftlicher Umgestaltungen, alle Kräfte waren so gewaltig angeregt, so viele bis vor kurzem für undenkbar gehaltene Dinge wurden ausgeführt, daß dem phantasievollen österreichischen Geiste nichts unmöglich erschien, und die nüchterne Würdigung realer Verhältnisse abhanden gekommen war. Daß die von mir geltend gemachten Hindernisse der Zolleinigung vorhanden seien, konnte man nicht leugnen, aber man wollte sie nur als augenblicklich bestehend anerkennen und war sicher, daß sie nach ein paar Jahren beseitigt sein würden.

Gesellschaftlich war ich in Wien äußerst wenig in Anspruch genommen. Es war für die Wiener Gewohnheiten im Vergleich zu den Berlinern charakteristisch, daß keiner von den österreichischen Beamten, mit welchen ich zu verhandeln hatte, mir auch nur eine Tasse Tee vorsetzen ließ. Gern und oft verkehrte ich im Hause des Grafen Bernstorff; mit ihm und seiner liebenswürdigen Frau knüpfte ich dauernde freundschaftliche Beziehungen an. Das Burgtheater, damals auf dem Höhepunkt seiner Leistungen, besuchte ich häufig, die Galerien des Belvedere und der Fürsten Esterhazy und Liechtenstein lernte ich kennen, aber den besten Teil meiner freien Zeit widmete ich der Erwägung der Schritte, welche wir, nach dem unvermeidlichen Scheitern einer Verständigung mit Österreich, auf dem Gebiete der deutschen Handelspolitik zu tun haben würden.

Daß wir unseren ernsten Willen kundgegeben hatten, eine solche Verständigung herbeizuführen, war offenbar nicht genug. Wir durften nicht mit untergeschlagenen Armen zusehen, daß die österreichischen Pläne, begünstigt durch die mittelstaatlichen Regierungen, getragen von der schutzzöllnerischen und preußenfeindlichen Strömung in Süddeutschland und gefördert durch eine äußerst rührige Presse, in der

öffentlichen Meinung der Vereinsstaaten festen Boden gewännen und uns, wie wir politisch schon isoliert waren, auch handelspolitisch isolierten, noch dazu in einer Zeit, wo die Verhandlungen über die Erneuerung der Vereinsverträge herannahten. Sollte heute die deutsch-österreichische Zolleinigung wieder auftauchen, so würde es nicht schwer sein, den weitesten Kreisen ihre wirtschaftliche und finanzielle Unzulässigkeit anschaulich zu machen, denn heute stehen wir auf dem Boden einer jahrelangen Diskussion dieser Frage, heute ist die Kenntnis der, für Beurteilung derselben entscheidenden Verhältnisse zum Gemeingut geworden, heute wird das Urteil nicht verdüstert durch politische Tendenzen. Damals war alles anders. Die Großartigkeit des Planes übte ihre frische Wirkung aus, die Zahl derjenigen war sehr gering, welche ein Verständnis der wirtschaftlichen und finanziellen Seite besaßen, für die Mehrzahl handelte es sich um den Kampf Großdeutschlands gegen Kleindeutschland. Da war durch die Einwirkung der Presse allein nichts zu erreichen, es galt zu handeln.

Das Ziel des Handelns war klar vorgezeichnet: der Zollverein mußte in sich selbst gekräftigt und durch die innere Kräftigung widerstandsfähig gegen Österreich gemacht werden. Ich habe früher erzählt, wie die General-Konferenz von 1845 fruchtlos und mit einer schrillen Dissonanz abgeschlossen hatte, und wie es auf der Konferenz von 1846 nur zu einer notdürftigen, für niemand befriedigenden Verständigung gekommen war. Seitdem hatte der Zollverein kein Lebenszeichen gegeben, als die oben erwähnte Erhöhung der Rübenzuckersteuer; in der Zollgesetzgebung war vollständige Stagnation eingetreten. Keines der großen wirtschaftlichen Interessen war durch diese Stagnation befriedigt, die Teilnahme wendete sich ab von einer Institution, welche handlungsunfähig zu sein schien in einer Zeit, die mehr als jede frühere zum Handeln aufforderte; es war kaum zu verwundern, daß Österreich den Zollverein als einen toten Mann behandelte. Er mußte wieder eine lebendige Macht werden und das Interesse der Nation wieder an sich ketten.

Zur Erreichung dieses Zieles würde ich den Weg jedem anderen vorgezogen haben, welcher ein Jahr später mit Erfolg eingeschlagen werden konnte, den Weg der Verständigung mit dem Steuerverein. Leider war dieser Weg verschlossen. Während meiner Anwesenheit in Wien waren die diplomatischen Beziehungen zu Hannover durch Abberufung unseres Gesandten abgebrochen. Überhaupt schien daselbst die Neigung zum Anschluß an den Zollverein nicht gewachsen zu

sein. Anregungen, welche im Jahre 1848 von verschiedenen Seiten her stattgefunden hatten, waren ohne Erfolg gewesen; im Frühjahr 1849, als der hannoversche Ministerialvorstand Stüve zur Unterhandlung über das Drei-Königsbündnis sich in Berlin aufhielt, hatten die preußischen Minister mit ihm über die Anschlußfrage gesprochen und die Zusage weiterer Erwägung und Äußerung erhalten; eine Äußerung war aber nicht erfolgt. Es mußte ein anderer Weg gesucht werden.

Ich konnte keinen anderen Weg finden, als eine umfassende, nur die eigenen großen Interessen des Zollvereins wahrnehmende Reform des Vereinstarifs. Eine solche Reform mußte in dem Maße, als sie diese Interessen befriedigte, die Anziehungskraft abschwächen, welche die österreichischen Pläne ausübten, und sie konnte eine Gestaltung erhalten, durch welche sie zu einem, nicht ohne Verletzung mächtiger Interessen zu beseitigenden Hindernis dieser Pläne wurde. Ohne Zugeständnisse an den Schutzzoll war eine solche Reform nicht möglich; so schwer es mir wurde, ich mußte mich mit denselben befreunden. In diesem Sinne schrieb ich schon von Wien aus an meinen Minister; mit seinem vollen Einverständnis machte ich mich sofort nach meiner Rückkehr an die Arbeit.

An Vorarbeiten fehlte es nicht. Die von mir oben erwähnte Vereinigung von Zolltechnikern der deutschen Staaten in Frankfurt war dazu benutzt worden, die den Zollvereinsstaaten angehörenden Kommissarien zu einer außerordentlichen General-Konferenz zusammentreten zu lassen, hauptsächlich um die Verlängerung des mit dem Jahre 1848 ablaufenden Zolltarifs zu vereinbaren. Preußen hatte den Antrag gestellt, mit dieser Vereinbarung einige Abänderungen des Tarifs zu verbinden, und zwar Ermäßigungen der Eingangsabgaben von Getreide und Hülsenfrüchten, Butter, Vieh und Reis, auf welche die, in den eben überstandenen Teuerungsjahren gemachten Erfahrungen hinwiesen, und Zollbefreiungen roher Fabrikmaterialien, wie solche von mir schon im Jahre 1846 angeregt waren. Die Anträge hatten keinen Erfolg, nicht wegen sachlicher Bedenken, sondern weil einige Vereinsstaaten sich auf eine in ihrem Umfange beschränkte Tarifrevision nicht einlassen mochten. Jetzt, in Verbindung mit einer umfassenden Revision, konnten sie erneuert werden; wohlfeile Lebensmittel galten damals noch als ein Segen für das Land. Für die Garn- und Gewebezölle ging ich auf die Arbeiten des Handelsamts und die Verhandlungen der Karlsruher General-

Konferenz zurück. Rohes Leinengarn, Baumwollgarn und wollenes Kammgarn sollten mit 4 Rtlrn., rohe Seide im Hinblick auf den Rückzoll für gemischte Waren mit 3 Rtlrn. belegt, die Zölle für veredelte Garne entsprechend erhöht, die Zölle für Gewebe zum Teil erhöht, zum Teil, in Verbindung mit einer Änderung der Klassifikation, ermäßigt werden. Als notwendige Folge der Erhöhung der Garnzölle wurde vorgeschlagen, bei der Ausfuhr von gefärbtem Baumwollgarn und weißgemachter, gezwirnter oder gefärbter Seide, sowie von baumwollenen, leinenen, seidenen, wollenen Kammgarn- und allen gemischten Geweben, in welchen Streichgarn nicht enthalten ist, jedoch mit Ausschluß aller rohen glatten Gewebe, einen gleichmäßigen Rückzoll von 3 Rtlrn. zu gewähren, und zwar durch Zertifikate, welche bei den Eingangsverzollungen in Zahlung anzunehmen wären. Um von der Vereinskasse eine dauernde Mehrbelastung durch diese Rückzölle fern zu halten, sollte der Satz der letzteren ermäßigt werden, wenn eine periodisch vorzunehmende Ermittelung ergäbe, daß der Gesamtbetrag der Rückzölle den Gesamtbetrag der Zolleinnahmen von rohen Garnen, nach Abzug des auf rund 900 000 Rtlr. berechneten bisherigen Ertrags der Garnzölle, übersteige. Endlich wurde eine erhebliche Ermäßigung der Durchgangsabgaben und der, die Stelle der Durchgangsabgaben vertretenden Ausgangsabgaben in Vorschlag gebracht. Diese Vorschläge, welchen der Finanzminister zugestimmt hatte, begründete ich in einer ausführlichen Denkschrift. Ich stellte mich bei der Begründung auf den Boden des bestehenden Tarifs und vermied es sorgfältig, uns für den Schutzzoll im Prinzip zu engagieren; den schon damals landläufigen Ausdruck „nationale Arbeit" verwendete ich nicht.

Die Denkschrift wurde zunächst in den Tagen vom 10. bis 23. Mai in einer Versammlung von Mitgliedern des Handels- und Gewerbestandes, vier aus jeder Provinz, beraten, welche da, wo eine genügende Anzahl von Handelsvorständen vorhanden war, von diesen gewählt, in den anderen Provinzen von den Oberpräsidenten berufen waren. Die Versammlung stimmte in ihrer überwiegenden Mehrheit den Vorschlägen zu. Ganz anders verlief wenige Tage später die Beratung durch Vertreter der Landwirtschaft. Am 24. Mai war ein landwirtschaftlicher Kongreß zusammengetreten, gebildet durch die Mitglieder des Landes-Ökonomie-Kollegiums und Abgeordnete der landwirtschaftlichen Vereine, und berufen zur Begutachtung verschiedener landwirtschaftlicher Fragen. Die Denkschrift über die

Tarifrevision wurde ihm zur Begutachtung vorgelegt. Die Diskussion fand am 31. Mai statt; ich hatte meine Denkschrift zu vertreten. Es gab eine ungemein lebhafte Verhandlung, denn es wurde in den Vorschlägen eine einseitige Begünstigung des Handels und der großen Industrie auf Kosten der Landwirtschaft gefunden. Die überwiegende Mehrheit sprach sich gegen die Einfuhr-Erleichterungen für Nahrungsstoffe aus und hielt nur einzelne Erhöhungen der Garn- und Gewebezölle für zulässig. Das Staatsministerium, welches in letzter Instanz zu entscheiden hatte, war nicht mehr dasselbe, von welchem zwei Jahre früher die in Frankfurt gemachten Vorschläge genehmigt worden waren. Es wollte sich mit den Interessen des Großgrundbesitzes nicht in Widerspruch setzen und schlug deshalb einen Mittelweg ein. Die Zollermäßigung für Reis wurde genehmigt, alle anderen landwirtschaftlichen Zölle sollten aufrecht erhalten bleiben, die Zollbefreiungen für Fabrikmaterialien, die Ermäßigung der Durchgangsabgaben in Verbindung mit entsprechenden Ermäßigungen der Rheinzölle und Elbzölle, die Erhöhungen der Garn- und Gewebezölle und die Gewährung von Rückzöllen wurden angenommen, letztere mit der Beschränkung, daß ein Rückzoll bei der Ausfuhr von Kammgarngeweben gar nicht, und bei der Ausfuhr von mit Wolle gemischten Geweben nur mit dem Betrage von 1½ Rtlrn. gewährt werden sollte. So umgestaltet, wurden die Vorschläge am 13. Juni den Vereins-Regierungen vorgelegt; sie hatten an ihrer Bedeutung erheblich eingebüßt.

Elftes Kapitel.

Die General-Konferenz, welche über das Schickſal unſerer Vorſchläge zu entſcheiden hatte, trat am 7. Juli 1850 in Kaſſel zuſammen. Zum Bevollmächtigten Preußens wurde ich ernannt, weil die Tarifreviſion und einige handelspolitiſche Fragen die wichtigſten Aufgaben der Konferenz bildeten. Neben ihnen war eine ungewöhnlich große Anzahl von Zollverwaltungs-Angelegenheiten zu erledigen. Für dieſe, mir damals noch nicht geläufigen Dinge war ich auf die Hilfe des preußiſchen Bevollmächtigten bei der Zolldirektion in Kaſſel, Geheimen Regierungsrat Budach, angewieſen, der, wie es hergebracht war, den Sitzungen der Konferenz beiwohnte. Als Sekretär war mir der, in dem Bureau des Finanzminiſteriums beſchäftigte Hauptamts-Aſſiſtent Rüger beigegeben, ein gebildeter, ſehr fleißiger und unbedingt zuverläſſiger junger Mann, der, weil ihm der Arzt alle geiſtigen Getränke unterſagt hatte, zu einem einſamen Leben verurteilt und vor der Verſuchung geſchützt war, beim Glaſe zu plaudern.

Die Tarifreform, ſoweit ſie die Behandlung der Garne und Gewebe zum Gegenſtande hatte, ſcheiterte nach monatelangen Verhandlungen an der Haltung, welche, aus ſehr verſchiedenen Gründen, Sachſen und Braunſchweig einnahmen. In Dresden hatte man die politiſche Tragweite unſerer Vorſchläge erkannt. Man hielt mit Recht die, von einer Erhöhung der Garnzölle unzertrennliche Gewährung von Rückzöllen für eine Maßregel, welcher notwendig eine gewiſſe Dauer verbürgt ſein müſſe, und man vermißte die Bürgſchaft einer ſolchen Dauer nicht bloß wegen des, in zwei Jahren bevorſtehenden Ablaufs der Vereinsverträge, ſondern auch und hauptſächlich wegen des Verhältniſſes zu Öſterreich. Denn Öſterreich, deſſen Webereien wenig für die Ausfuhr arbeiteten, fühlte nicht das

Bedürfnis, Rückzölle zu gewähren, und konnte daher in die Lage kommen, aus den Rückzöllen, welche ihm eine Finanzlast aufbürden würden, eine Prinzipfrage für den Abschluß der Zolleinigung zu machen. Sachsen wollte sich daher auf die Einzelberatung unserer Vorschläge nur mit dem Vorbehalte einlassen, daß der Einführungstermin der zu vereinbarenden Bestimmungen erst nach der Beschlußfassung über das Verhältnis zu Österreich und über die Fortdauer der geltend werdenden Prinzipien bei Verlängerung der Vereinsverträge festgesetzt werde. Braunschweig lehnte unsere Vorschläge ab, weil es in deren Annahme ein unübersteigliches Hindernis für den Zollanschluß des Steuervereins erblickte und der Meinung war, daß Hannover gerade jetzt durch seine finanzielle Lage gedrängt werde, seine Abneigung gegen den Anschluß zu überwinden. Es hielt an seiner Ablehnung fest, weil es versichert war, daß in Preußen mächtige, bis in das Staatsministerium reichende Faktoren mit der Ablehnung vollkommen einverstanden seien. So schrumpfte die Tarifreform auf die Ermäßigung des Reiszolls, die Zollbefreiung der rohen Fabrikmaterialien und die, wegen ihres Zusammenhanges mit den Rheinzöllen erst im folgenden Jahre zum Abschluß gelangende Ermäßigung der Durchgangsabgaben zusammen. Die einzige Tarifänderung von Bedeutung, welche außerdem zustande kam, war die Erhöhung des Zolls für Zigarren und Schnupftabak von 15 Rtlrn. auf 20 Rtlr. Sie war von Herrn von Rabe angeregt, um eine Mehreinnahme zu erzielen, verfehlte aber diesen Zweck, weil die Bremer Fabrikanten, deren Zigarren den Schwerpunkt der Einfuhr gebildet hatten, ihre Fabriken in den Zollverein verlegten, und die Erhöhung des Schutzes andere Unternehmer zur Nachfolge anregte. Die Zolleinnahme von Zigarren, welche im Durchschnitt der fünf Jahre vor der Zollerhöhung, 1846/50 1 225 368 Mk. betragen hatte, war im Durchschnitt der fünf Jahre 1855/59 auf 588 180 Mk. oder für 100 Köpfe der Bevölkerung von 4,18 Mk. auf 1,78 Mk. gesunken. Als der gemachte Fehler augenscheinlich wurde, war er nicht mehr zu berichtigen, denn die Fabrikation war im Inlande fest begründet, und eine Zollerleichterung für einen Luxusartikel hatte nicht die Gunst der öffentlichen Meinung.

Während der Verhandlungen über die Tarifreform war das Verhältnis zu Österreich zur Beratung in der Konferenz gekommen. Wenige Tage nach ihrer Eröffnung stellte Bayern den Antrag, den Inhalt der österreichischen Denkschrift vom 30. Dezember 1849 und

einer späteren, die künftige deutsche Zollverfassung betreffenden Denkschrift vom 30. Mai 1850, sowie unserer Vorschläge vom 28. Februar in Beratung zu nehmen. Die Begründung des Antrags eignete sich den Standpunkt Österreichs an; es wurde befürwortet, daß den Regierungen von Preußen, Bayern und Sachsen die Verhandlungen mit Österreich wegen der Zoll- und Handelseinigung überlassen würden, und daß die General-Konferenz über die, für die Übergangsperiode zur Zolleinigung dienlichen Maßregeln Beschluß fasse. Die Beratung dieses Antrags nahm einen über Erwarten befriedigenden Verlauf. In einer Versammlung, deren Mitglieder nicht Politiker, sondern Sachkenner waren, hatten hochtönende Worte, wie solche der bayerische Antrag enthielt, kein sonderliches Gewicht. Die Gründe, aus welchen ich nachwies, daß die Vereinbarung allgemeiner Normen für die beiderseitigen Zolltarife, oder der Grundsätze für eine künftige Zolleinigung, oder gar eines Zeitpunktes für den Eintritt der letzteren unzulässig sein würde, begegneten kaum dem Versuch einer Widerlegung. Die Mehrzahl der Regierungen schloß sich unseren Vorschlägen vom 28. Februar an; von einigen Seiten wurden Erweiterungen derselben befürwortet, welche mit unserer Auffassung wohl vereinbar waren. Der Eindruck der Verhandlung veranlaßte die sächsische Regierung im Oktober, einen ihrer Konferenz-Bevollmächtigten zur Besprechung der Lage nach Wien zu entsenden; nach dessen Rückkehr sprach sie in einer, an unseren Gesandten in Dresden gerichteten Note die Hoffnung aus, daß Österreich sich bei dem ferner in der Sache einzuhaltenden Gange von unseren Vorschlägen werde leiten lassen. Gleichzeitig änderte Bayern seinen Antrag dahin, daß bei den Verhandlungen mit Österreich von den Gesichtspunkten ausgegangen werden möge, auf welchen der zwischen dem preußisch-hessischen und dem bayerisch-württembergischen Zollverein am 27. Mai 1829 abgeschlossene, den Handel und gewerblichen Verkehr der beiderseitigen Untertanen betreffende Vertrag beruhte. Die Beratung dieses Antrags konnte nicht mehr in Kassel stattfinden.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die Zollverwaltungs-Angelegenheiten ein. Ich erwähne hier nur die beiden wichtigsten. Zuerst die zollamtliche Behandlung des die Zollgrenze überschreitenden Eisenbahnverkehrs. Die Anforderungen dieses Verkehrs waren mit der strengen Anwendung der auf den Wagen- und Schiffsverkehr berechneten Vorschriften der Zollordnung nicht verträglich, und

es hatten zuerst Preußen, später Braunschweig und Sachsen sich genötigt gesehen, auf eigne Hand entsprechende Anordnungen zu treffen. Es kam darauf an, diese vorläufigen Anordnungen durch endgültige, für sämtliche Vereinsstaaten verbindliche Vorschriften zu ersetzen. Preußen hatte einen Entwurf solcher Vorschriften vorgelegt. Die mir obliegende Vertretung dieses Entwurfs zwang mich, sehr zu meinem Nutzen, mir die gesetzlichen und Verwaltungs-Vorschriften über die Zollabfertigung zu eigen zu machen. Ich lernte, indem ich diskutierte, und es gelang mir, eine befriedigende Vereinbarung, bis auf die Erledigung einiger nebensächlicher Fragen, zustande zu bringen. Ferner war von Preußen eine Verständigung über die Errichtung von Entrepots in den Hansestädten beantragt. Es wurde erwartet, daß die Ausfuhr vereinsländischer Erzeugnisse durch den hanseatischen Zwischenhandel werde gefördert werden, wenn diese Erzeugnisse in den Hansestädten gelagert werden könnten, ohne damit ihre Eigenschaft als inländische Waren, also den Anspruch auf zollfreie Zurückführung in den Zollverein, zu verlieren, und daß es überhaupt für unseren Handel von Nutzen sein werde, Läger seiner Waren in den Hansestädten zu freier Verfügung zu haben. Die zur Erreichung des Zwecks zwischen dem Zollverein und der einen oder anderen Hansestadt zu treffende Vereinbarung sollte diese Stadt zur Hergabe der erforderlichen Niederlagegebäude und den Zollverein zur Errichtung eines mit der Abfertigung der Niederlagegüter und Beaufsichtigung der Niederlage betrauten Zollamts verpflichten. Dem Antrag, welcher, soviel ich mich erinnere, noch im Handelsamt seinen Ursprung hatte, wurde allseitig zugestimmt. Ihre schließliche Erledigung fanden beide Angelegenheiten erst nach Wiederaufnahme der Konferenz-Verhandlungen im folgenden Jahre.

Durch die Arbeit für diese Aufgaben war ich genügend in Anspruch genommen, als plötzlich und unerwartet die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Kurhessen eine völlig andere Aufgabe hinzubrachte.

Als ich in Kassel eintraf, hatte in Kurhessen die Erhebung der direkten Steuern aufgehört, weil die verfassungsmäßige Steuerbewilligung Ende Juni abgelaufen war. Die indirekten Steuern wurden kraft einer zwischen der Regierung und dem ständischen Ausschuß getroffenen Verständigung forterhoben, aber diese Verständigung lief am 31. August ab. Dem in den letzten Tagen des August wieder zusammentretenden Landtage wurde ein Gesetz wegen Nacherhebung

und Forterhebung der Steuern vorgelegt. Da die Annahme desselben nicht wahrscheinlich, jedenfalls nicht vor dem 31. August zu erwarten war, der Zollverein aber vertragsmäßig zu verlangen hatte, daß die Erhebung der gemeinschaftlichen Abgaben nicht eingestellt werde, so hatte Herr Budach auf meine Veranlassung dahin gewirkt, daß die Oberzolldirektion auf ihre Verantwortung die weitere Erhebung dieser Abgaben verfügte. Am 2. September war ich bei ihm, um mich zu erkundigen, ob die Verfügung zur Ausführung gelangt sei, als aus dem gegenüberbelegenen Landtagsgebäude die Nachricht von der soeben erfolgten Auflösung des Landtags uns gebracht wurde. Der preußische Geschäftsträger, Legationsrat von Thile, der spätere Unterstaatssekretär, befand sich auf Urlaub, und so hielt ich es für meine Schuldigkeit, den Minister von Schleinitz von dem Ereignis in Kenntnis zu setzen. Am Tisch von Herrn Budach schrieb ich das Telegramm. Jeder Tag brachte weitere Ereignisse: die landesherrliche Verordnung, welche die Nacherhebung und Forterhebung der Steuern befahl, den Protest des ständischen Ausschusses gegen diese Verordnung, die Weigerung der höheren Finanzbehörden, dieselbe auszuführen, die Erklärung des ganzen Landes in Kriegszustand. Ich berichtete täglich nach Berlin, bis Herr von Thile am 11. September wieder in Kassel eintraf; er brachte mir ein schmeichelhaftes Dankschreiben des Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg mit. Meine Ruhe dauerte nicht lange. Am Morgen des 13. ließ ein mir völlig unbekannter Mann mich wecken, um mir zu melden, daß der Kurfürst in der Nacht vorher die Residenz verlassen habe. Ich eilte in das Schloß, um festzustellen, ob die Nachricht richtig sei, und brachte sie von da an Herrn von Thile. Am 17. oder 18. wurde letzterer angewiesen, dem Kurfürsten nach Wilhelmsbad, wohin der Sitz der Regierung verlegt war, zu folgen und mich angelegentlichst zu ersuchen, meine Berichterstattung wieder aufzunehmen. Aus den Kreisen der Beamten und der Bürgerschaft strömten mir nun die Nachrichten zu, denn ich hatte kein Hehl daraus gemacht, daß ich nach Berlin berichte. Mit den hervorragenden politischen Persönlichkeiten trat ich in Verbindung. Der Major von Voigts-Rhetz, berühmt geworden als Generalstabschef der I. Armee im Kriege gegen Österreich und als kommandierender General des X. Armeekorps im Kriege gegen Frankreich, kam auf Veranlassung des Prinzen von Preußen am 20. September nach Kassel und blieb bis zum 7. Oktober an meiner Seite. Durch seine vielfachen Beziehungen zu Offizieren der Kasseler

Garnison gewann ich Einsicht in die Stimmung der Armee, welche ein immer bedeutenderes Element der Entwicklung wurde; während einer Reise nach Berlin, welche ich in den ersten Tagen des Oktober wegen der Zollfragen machen mußte, übernahm er die Berichterstattung. Als ich am 5. Oktober nach Kassel zurückkam, fand ich den Leutnant von Zglinicki, welcher mir für die militärischen Angelegenheiten als Ersatz für Herrn von Voigts-Rhetz beigegeben war. Meine telegraphische Korrespondenz erhielt gleichzeitig dadurch eine Erweiterung, daß ich meine Telegramme nach Berlin dem General von Peucker in Frankfurt und dem General von Schreckenstein in Karlsruhe mitzuteilen hatte. Im Laufe des Oktober zogen sich die Korps der Generale von Tietzen und Graf von der Groeben an der nordöstlichen und südwestlichen Grenze Kurhessens zusammen, mit beiden gab es mannigfache Beziehungen. Hauptmann von Blumenthal, Generalstabschef des Tietzenschen Korps, der berühmte Generalstabschef des Kronprinzen in den Kriegen gegen Österreich und Frankreich, kam hin und wieder und ließ sich gegen Ende des Monats in meinem Hotel nieder, Hauptmann Schwarz vom Groebenschen Korps ging ab und zu, Leutnant von Zglinicki meldete sich bei beiden Korpschefs. Am 1. November, nachdem ich vom General von Peucker benachrichtigt war, daß die bayerischen Exekutionstruppen die kurhessische Grenze überschritten hatten, sendete ich an den General von Tietzen nach Warburg die Order zum Einmarsch, am Abend sorgte ich in Gemeinschaft mit dem Hauptmann von Blumenthal für die Unterbringung unserer Truppen in Kassel. Am folgenden Tage rückten sie ein, von dem Balkon des Sitzungssaales der Konferenz sah ich sie vorbeiziehen. Das Herz wurde mir schwer bei dem Anblick der kleinen Truppenkörper; die Reserven waren entlassen und die Rekruten noch nicht eingezogen. Meine alten Merseburger Freunde, die zwölften Husaren, waren mit dabei, das Regiment in der Stärke von etwa zwei kompletten Eskadrons. Nach Ernst sah es nicht aus.

Eine Geschichte der ereignisreichen zwei Monate vom 2. September bis 2. November kann ich nicht schreiben. Ich hatte selten Zeit zu Konzepten für meine Berichte; die Telegramme schrieb ich im Telegraphenbureau, die Berichte schrieb oder diktierte ich spät abends für die am Morgen abgehende Post. So sind mir nur lückenhafte Aufzeichnungen geblieben; ich muß mich auf Allgemeines beschränken. Irgend eine Instruktion erhielt ich nicht, ich war auf mich selbst angewiesen. Daß der Widerstand des Landes gegen die verfassungs-

widrigen Maßregeln des Kurfürsten in Berlin nicht auf Sympathie zu rechnen habe, hielt ich für zweifellos, ich meinte aber, daß wir die gewaltsame Niederwerfung dieses Widerstandes durch den von uns nicht anerkannten Rumpf der Bundesversammlung nicht würden zulassen können. Ich fand den Ausdruck dieser Ansicht in der durch die Presse bekannt gewordenen Depesche, welche der an die Stelle des Ministers von Schleinitz getretene General von Radowitz am 26. September an Herrn von Thile gerichtet hatte. In Kassel hielt ich es für meine Aufgabe, jeden Schritt zu widerraten, welcher als eine ungesetzliche Auflehnung hätte bezeichnet werden können, und die Notwendigkeit klar zu machen, daß die zur Unterhaltung der Truppen erforderlichen Geldmittel um jeden Preis beschafft werden müßten. Denn der König würde sich niemals zu einem Schritt entschlossen haben, welcher als Beschützung von Rebellen hätte gedeutet werden können, und die Erhaltung der in Offizieren und Mannschaften gleich tüchtigen Truppen war für uns von Wert, nicht bloß zur Sicherung der gesetzlichen Ordnung, sondern auch weil wir darauf rechnen konnten, sie eintretendenfalls auf unserer Seite zu finden. Nach beiden Richtungen waren meine Bemühungen von Erfolg. Nach Berlin suchte ich die Überzeugung zu bringen, daß es durch und durch konservative Männer seien, welche den Widerstand gegen den Kurfürsten leiteten und trugen. Eine von mir erforderte Denkschrift über die historische Entwicklung und die rechtliche Lage des Verfassungsstreits, welche ich an einem Tage von früh morgens bis spät abends diktiert hatte, brachte ich am 1. Oktober selbst nach Berlin. Graf Brandenburg und Minister von Radowitz sprachen sich im Sinne einer energischen Politik aus; bei dem Minister von Manteuffel fand ich bereits die Auffassung, welche er später durch die Bezeichnung des hessischen Verfassungsstreits als einer Revolution in Schlafrock und Pantoffeln verewigte. Herr von Voigts-Rhetz, der acht Tage nach mir im Auftrage des Prinzen von Preußen nach Berlin kam, wurde vom König empfangen und schrieb mir voll Befriedigung über dessen Äußerungen. Herr von Radowitz war von ihm vor der, hinter den Kulissen spielenden Politik gewarnt worden, welche drei Wochen später seinen Sturz herbeiführte.

Am Tage des Einmarsches unserer Truppen vertagte sich die General-Konferenz. Wir hatten vier Monate hindurch verhandelt, zuletzt in der Mitte aufregender Ereignisse, und wir waren nicht sicher, ob nicht in den nächsten Tagen unsere Regierungen einander mit den

Waffen gegenüberstehen würden. Meine Tätigkeit in Kassel, politische und handelspolitische, war also zu Ende. Ich ging zu Laura in ihr ländliches Heim, um ein paar Tage der Ruhe zu haben, aber die Nachricht von der Mobilmachung trieb mich zurück. Am 9. November las ich bei meinem Eintreffen in Kassel auf der Telegraphenstation den Befehl an den Grafen Groeben zum Rückzuge. Ich wußte nun genug und war am 11. wieder in Berlin.

Vierzehn Tage später mußte ich nach Kassel zurückkehren. Trotz der Mobilmachung wollten wir nicht schlagen und suchten, es war vor Olmütz, nur nach einem erträglichen Rückzug. Eine gütliche Verständigung des Kurfürsten mit seinem Lande, seine Rückkehr nach Kassel mit seinen eigenen Truppen erschien als der geeignete Weg, denn es wurde unter dieser Voraussetzung die Räumung des Landes von den bayerischen Exekutionstruppen und folgeweise von unseren Truppen erwartet. Der Kabinettsrat Niebuhr wurde nach Wilhelmsbad gesendet, um in diesem Sinne bei dem Kurfürsten zu wirken, ich sollte in Kassel einer Verständigung den Weg bahnen. Ich hatte die Bedeutung anschaulich zu machen, welche eine solche Verständigung für die allgemeinen deutschen, wie für die besonderen hessischen Interessen unter den obwaltenden Verhältnissen haben werde, die große Verantwortlichkeit und die schweren Gefahren ins klare zu stellen, welchen sich das Land durch Ablehnung einer Verständigung aussetze, und, unter Hinweisung auf die Mission des Kabinettsrats Niebuhr, der Überzeugung Eingang zu verschaffen, daß eine von der möglichst großen Anzahl von Behörden und anderen öffentlichen Organen an den Kurfürsten gerichtete, mit dem Erbieten zur Wiederaufnahme der Steuerzahlungen verbundene Bitte um Rückkehr derjenige Schritt sei, welcher unbeschadet des Rechtspunktes geschehen könne, aber auch mindestens geschehen müsse, wenn eine Verständigung gehofft werden solle. Ich durfte vertraulich hinzufügen, daß der Versuch gemacht werde, den Kurfürsten zur Entlassung des Ministers Hassenpflug zu bestimmen. Durch Verhandlungen mit den einflußreichen Persönlichkeiten am 27. und 28. November war ich der Lösung meiner Aufgabe sehr nahe gekommen, als am 29. der Kabinettsrat Niebuhr aus Wilhelmsbad eintraf und die Entschließungen des Kurfürsten mit vollster Offenheit mitteilte. Er erklärte, daß der Kurfürst die Rückkehr nach Kassel mit seinen eigenen Truppen und, als Folge, die Verminderung der Exekutionsarmee und unserer Truppen dringend wünsche, daß er sich durch Verpflichtungen, welche er gegen die Bundes-

versammlung eingegangen sei, verhindert sehe, diesen Schritt ohne eine, von seiten des Landes ihm gegebene Veranlassung auszuführen, und daß eine solche Veranlassumg vorhanden sein werde, wenn die Kasseler Bürgerschaft, unter Erklärung der Fügsamkeit gegen die landesherrlichen Verordnungen, ihn um Rückkehr in seine Residenz bitte. Er teilte ferner mit, daß der Kurfürst entschlossen sei, den Minister Hassenpflug nicht zu entlassen, weil er sich überzeugt habe, daß er keinen anderen Mann finden könne, welcher imstande sei, seine politischen Absichten durchzuführen, daß er willens sei, ein Wahlgesetz zu oktroyieren, und daß er der auf Grund dieses Gesetzes zu berufenden Kammer Änderungen der Verfassung, namentlich in betreff des Steuerbewilligungsrechts und der Gültigkeit landesherrlicher Verordnungen, werde vorschlagen lassen.

Diese Mitteilungen machten die angestrebte gütliche Verständigung unmöglich. Zwar handelte es sich nicht mehr um Kundgebungen zahlreicher Behörden, sondern nur um eine Erklärung des Kasseler Stadtrats, und Herr Niebuhr erbot sich zu dem Versuche, einer Erklärung, welche nicht die Fügsamkeit gegen die landesherrlichen Verordnungen — Kriegszustand, Kriegsgerichte, Beschränkung der verfassungsmäßigen Kompetenz der ordentlichen Gerichte, Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr —, sondern nur die Wiederaufnahme der Steuerzahlungen verhieß, in Wilhelmsbad Eingang zu verschaffen; zwar war die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß, sobald der Kurfürst nur wieder in Kassel und der Landtag wieder versammelt sei, die Entlassung des Ministers, wenn sie augenblicklich sich nicht erreichen lasse, mit der Zeit zu erreichen sein werde, aber die Aussicht auf Oktroyierung eines Wahlgesetzes und auf Abänderung der Verfassung zerbrach jede Geneigtheit zu entgegenkommenden Schritten, weil sie jede Hoffnung auf einen, auch nur vorübergehend befriedigenden Zustand vernichtete. Die Mitteilung, welche der Oberbürgermeister dem Stadtrat über unsere Verhandlungen machte, brachte einen Eindruck hervor, daß es schwer war, die Versammlung zusammenzuhalten und zu einer ruhigen Erwägung zu vermögen. Wenn es nicht anders sein konnte, wollte man lieber Gewalt erleiden und eine Besserung von der Zeit erwarten, als einen Schritt tun, durch welchen der Weg zu unerträglichen Zuständen geebnet würde. Nicht einmal zu einer einfachen Bitte um Rückkehr hatte man sich entschließen können; sollte man den Kurfürsten um Rückkehr bitten, damit er sofort ein Wahlgesetz oktroyiere?

Schon vor meiner Abreise nach Kassel war der Generalleutnant Brese dazu bestimmt worden, mich abzulösen. Er galt als eine persona grata bei dem Kurfürsten und sollte die Ausführung der gütlichen Verständigung, deren Gelingen vorausgesetzt wurde, in die Wege leiten. Am Morgen des 1. Dezember traf er ein, begleitet von dem Flügeladjutanten Major von Boddien. Ich unterrichtete ihn von der Sachlage und war sehr zufrieden, daß ich von einer hoffnungslosen Aufgabe befreit war und nach Berlin zurückkehren konnte.

Das trübe Bild, welches der lange Aufenthalt in Kassel mir zurückgelassen hat, wird nur wenig aufgeleuchtet durch die Erinnerung an persönliche Beziehungen. Die Konferenz-Bevollmächtigten, auf welche ich zunächst angewiesen war, waren in drei Hotels verteilt; in meinem Hotel, dem „Römischen Kaiser" am Martinsplatz, wohnten der bayerische, von Meixner, der württembergische, von Herzog, der badische, Hack, der thüringische, Thon, und der braunschweigische, von Thielau. Die beiden letzten standen mir am nächsten. Den Geheimen Staatsrat Thon hatte ich in Berlin bei Kühne und im „Kapitel" kennen gelernt, er war geistig eines der bedeutendsten Mitglieder der Konferenz, politisch entschieden auf der Seite Preußens, eine liebenswürdige Persönlichkeit. In Kassel war er nur anwesend, wenn wichtige Fragen zur Verhandlung standen. Der Zoll- und Steuerdirektor von Thielau, ein fester Charakter, volkswirtschaftlich gebildet und schriftstellerisch tätig, Gegner der österreichischen Pläne, war in der Tarifreform auch mein Gegner, wurde aber mein guter, durch viele Jahre bewährter Freund. Sachsen war vertreten durch den Geheimen Rat Weinlig, den ausgezeichnetsten Kenner der Industrie nach deren technischer und wirtschaftlicher Seite, voll Geist und Leben, aber ohne den als Gegengewicht für beide nötigen Ballast, und den Zoll- und Steuerdirektor von Zahn, Preußenfeind, soweit seine ängstliche Vorsicht es gestattete. Der großherzoglich hessische Bevollmächtigte, Geheime Ober-Finanzrat Biersack — seine Vorfahren stammten aus Frankreich und hatten den Namen Biersac geführt —, auch ein alter Bekannter von Berlin her, war unser Veteran. Er hatte an allen General-Konferenzen des Zollvereins teilgenommen und sich vollständig mit demselben identifiziert. Ein lebendiges Register der Zollvereinsverhandlungen und im Grunde seines Herzens jeder Neuerung abhold, war er einsichtig genug, das Recht des Lebenden anzuerkennen. Der Bevollmächtigte Frankfurts, Senator

Cöster, ein alter Herr, von feinem Verstande, treuer Anhänger Preußens, brachte, trotz seiner Jahre, mehr als einer seiner Kollegen, Scherz in die Gesellschaft, namentlich wenn Damen anwesend waren.

An Damen fehlte es in unseren Kreisen nicht. Herr von Meixner, Herr von Zahn und Herr von Herzog hatten ihre Frauen mitgenommen, und Herr von Thielau ließ seine Schwägerin, die Stiftsdame Baronesse von Löhneysen, welche nach dem Tode seiner Frau die Sorge für seine zwei Kinder übernommen hatte, mit den Kindern zu sich nach Kassel kommen. Sie war eine Dame aus der besten Gesellschaft; wir wurden gute Freunde und vergnügten uns damit, einen Roman zu entwerfen, dessen Stoff aus kleinen gesellschaftlichen Ereignissen hergenommen war, und dessen Personen die durch Sonderbarkeiten hervortretenden Damen und Herren unseres Kreises bildeten. Der Plan wurde eine Zeitlang eifrig besprochen, bis zur Niederschrift kam er freilich nicht.

An der Wirtstafel hatte ich unter meinen Kollegen das Ausraten von Champagner eingeführt; es kam damit Leben in die Unterhaltung, welche stets in Gefahr war, sich in geschäftliche Fragen zu verlieren. Ich ließ mich auch nicht stören, als eine heftige Choleraepidemie ausbrach, und ich bildete mir ein, daß meine Rücksichtslosigkeit gegen die Krankheit zur Beruhigung manches ängstlichen Gemütes beitrug. Zum Genuß der schönen Umgebungen Kassels fehlte mir die Zeit, ich glaube nicht, daß ich Wilhelmshöhe mehr als zweimal besucht habe; öfter wendete ich meine Schritte nach den prachtvollen Bäumen der Aue. Die berühmte Gemäldesammlung war auch für uns verschlossen. Die von Spohr geleitete Oper half mir während der aufregenden Herbstmonate über manche Sorgen des Tages hinweg; wenn ich aus dem Theater nach Hause gekommen war, schrieb ich mit freiem Kopfe meine politischen Berichte. In der Kasseler Gesellschaft war ich allmählich bekannt geworden, sie zählte viele anziehende Damen, aber für einen heiteren und unbefangenen Verkehr war der Augenblick zu ernst. Die würdige Haltung, welche die Damen der Offiziere in einer Zeit bewahrten, in der die ganze Existenz ihrer Männer oder Väter auf dem Spiele stand, ist mir in lebhafter Erinnerung geblieben.

Zwölftes Kapitel.

Die Zeit, welche meiner Rückkehr nach Berlin folgte, war vielleicht die traurigſte meines Lebens. Die Tarifreform war, ſoweit ſie eine handelspolitiſche Bedeutung hatte, geſcheitert, die Vereinbarung von Olmütz hatte unſere politiſche Niederlage vollendet. Es kamen Tage vollkommener Mutloſigkeit über mich, auch körperlich fühlte ich mich unwohl. In dem Kreiſe meiner Freunde und Bekannten herrſchte keine beſſere Stimmung, und ich empfand es beinahe als eine Erlöſung, daß ich in der zweiten Woche des Januar 1851 nach Wiesbaden zu gehen hatte, wo die Verhandlungen der General-Konferenz wieder aufgenommen werden ſollten. Unterwegs verweilte ich zwei Tage in Hannover. Die diplomatiſchen Beziehungen waren wiederhergeſtellt, und der General Graf Noſtitz, ein perſönlicher Freund des Königs Ernſt Auguſt, zu unſerem Geſandten ernannt. Von vornherein hatte er ſich die Aufgabe geſtellt, den Anſchluß Hannovers an den Zollverein in die Wege zu leiten. Er hatte angezeigt, daß die augenblickliche Stimmung dem Anſchluß günſtiger geworden ſei, und ich erhielt daher den Auftrag, mich bei meiner Durchreiſe ohne Aufſehen über die Lage zu unterrichten. Der Augenblick war nicht gerade glücklich gewählt. Der Freiherr von Schele, auf deſſen Mitwirkung Graf Noſtitz rechnete, befand ſich als zweiter Bevollmächtigter Hannovers zu den „freien Konferenzen" in Dresden, der Finanzminiſter Freiherr von Hammerſtein war auf dem Provinzial-Landtage in Hildesheim, der Oberfinanzrat Bar, der im Finanzminiſterium die Stellung eines Unterſtaatsſekretärs einnahm, zeigte ſich völlig unzugänglich, und ſo war ich auf den Generalzolldirektor Klenze angewieſen. Herr Klenze war ein Freund des Zollanſchluſſes, aber unſere wiederholten,

natürlich rein akademischen Unterhaltungen waren nur geeignet, die in der Sache liegenden Schwierigkeiten recht anschaulich zu machen. Es war klar, daß die Frage der Revenuen-Teilung die entscheidende sein werde, und ich schrieb nach Berlin, daß man, wenn man an den Anschluß Hannovers denke, sich mit dieser Frage nicht früh und nicht ernsthaft genug beschäftigen könne, alle eigentlichen Tarifffragen seien Nebensachen. Ich verließ Hannover ohne rechten Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung.

Am 23. Dezember 1850 waren die „freien Konferenzen" der Bundesstaaten in Dresden eröffnet. Die für die materiellen Interessen, Handel, Zoll, Schiffahrt, Verkehrsmittel, gebildete — dritte — Kommission der Konferenz, unter dem Vorsitz Bayerns, aus Österreich, Preußen, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Oldenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Hamburg zusammengesetzt, hatte am 8. Januar beschlossen, den in ihr vertretenen Regierungen anheimzugeben, Sachverständige nach Dresden zu entsenden, welche, ohne besondere Vollmacht, durch den betreffenden Bevollmächtigten in die Kommission eingeführt und je nach dessen Ermessen an den Beratungen derselben beteiligt, auch zur Vertretung des Bevollmächtigten in der Kommission befugt erachtet werden sollten. Fürst Schwarzenberg, welcher um diese Zeit zugleich mit dem Minister von Manteuffel in Dresden anwesend war, fragte letzteren, wen Preußen als Sachverständigen senden werde, und gab auf dessen Erwiderung, daß die Wahl wohl auf mich fallen würde, den bestimmten Wunsch zu erkennen, daß eine andere Wahl getroffen werden möge. Herr von Manteuffel zog sich aus der Verlegenheit, indem er antwortete, er werde meine Wahl schwerlich abwenden können, weil ich der Vertrauensmann des Königs in diesen Dingen sei. So wurde ich telegraphisch nach Berlin berufen; ein Rat aus dem Finanzministerium trat in Wiesbaden an meine Stelle. In der Hauptsache war nur noch die Ermäßigung der Durchgangsabgaben und die von denselben unzertrennliche, ungleich schwierigere Herabsetzung der deutschen Rheinzölle, sowie die Verständigung über die, mit den Niederlanden einzuleitenden Verhandlungen zustande zu bringen.

Am 3. Februar traf ich in Dresden ein und nahm im „British Hotel" in der Landhausgasse ein paar Zimmer im ersten Stock, dessen übrige Räume unser Konferenz-Bevollmächtigter, Graf Alvensleben, und mein alter Freund, der ihm beigegebene Legationsrat

Graf Flemming, bewohnten. Graf Alvensleben hatte sehr ungern und nur auf die persönliche dringende Bitte des Königs die Mission übernommen, er war aber der rechte Mann an der rechten Stelle. Ausgestattet mit klarem Verstande, politischer Einsicht und einem praktischen bon sens, wie ich solchem selten begegnet bin, ein durchgebildeter Jurist und als mehrjähriger Chef des Finanzministeriums in den großen Verwaltungsfragen zu Hause, ein vornehmer und durch sein großes Vermögen völlig unabhängiger Mann, nahm er von vornherein die erste Stelle unter den Konferenz-Bevollmächtigten ein. Er war von Natur bequem, das: „pas trop de zèle“ war ihm aus der Seele gesprochen, aber, wenn es darauf ankam, konnte er energisch tätig sein. Zum großen Staatsmann fehlte ihm der Schwung des Geistes, alles Ideale wies er von sich, die Ideologen, wie er die geistreichen Politiker, unter anderen den bayerischen Minister von der Pfordten nannte, waren nicht nach seinem Sinn. Diese Eigenschaften befähigten ihn, allen Plänen zu einer Umgestaltung der Bundesverfassung durch eine ruhige, nüchterne, von den realen Verhältnissen ausgehende Kritik entgegenzutreten, die kleineren Bundesstaaten für seinen Standpunkt zu gewinnen, und die einfache Rückkehr zu dem Bundestage und der bestehenden Verfassung zu einem diplomatischen Erfolge für Preußen zu machen. Seine äußere Erscheinung war nicht hervortretend. Von mittlerer Größe, breitschultrig, mit einem großen Kopf auf kurzem Halse, ohne Eleganz in der Haltung und in der Kleidung, sah er aus wie ein Gutsbesitzer, der niemals von der Scholle gekommen ist.

Ich eilte, mich bei Hofe zu melden, und die nötigen, sehr zahlreichen Besuche zu machen; in kurzer Zeit befand ich mich in einem lebhaften geselligen Treiben. Der Hof gab glänzende Feste, Diners und Bälle, letztere in den Festräumen, welche Eduard Bendemann nicht lange vorher durch Fresken geschmückt hatte. Der Minister Freiherr von Beust machte ein Haus, einige von den Konferenz-Bevollmächtigten und von den in Dresden beglaubigten Gesandten luden ein, und der Mittagstisch in meinem Hotel pflegte einen munteren Kreis aus der Reihe der Bevollmächtigten und meiner Spezialkollegen, der Sachverständigen, zu vereinigen. Im Theater war die große Hofloge zu unserer Verfügung gestellt und wurde fleißig benutzt; im Schauspiel ragten Emil Devrient und die Bayer, in der Oper Tichatschek hervor. Von einer Einrichtung aus dem vorigen Jahrhundert, welche damals nur noch in Dresden zu finden

war, und auch da jetzt nicht mehr zu finden ist, machte ich oft Gebrauch: den Portechaisen. Es war sehr bequem, sich von dem Flur der eigenen bis in den Flur der fremden Wohnung und umgekehrt tragen zu lassen, ohne von Zugluft oder Feuchtigkeit zu leiden. Die Gemäldegalerie konnte ich nur selten besuchen, weil ich in den Stunden, während deren sie geöffnet war, durch den Dienst in Anspruch genommen wurde.

Zweier Festlichkeiten möchte ich besonders gedenken. Zuerst der feierlichen Eröffnung der Eisenbahn zwischen Dresden und Prag in den ersten Tagen des April. Die ganze Konferenz war eingeladen, die näheren Bekannten fanden sich in demselben Coupé zusammen, trotz ungünstigen Wetters war es eine vergnügliche Fahrt. In Bodenbach wurde gefrühstückt, und von dem Bischof von Leitmeritz die Bahn geweiht, in Prag standen Fiaker zu unserer Verfügung, welche uns in die, von den Bewohnern der Stadt dargebotenen Quartiere führten. Graf Flemming und ich waren bei einem Kaufmann in der Bartholomäusgasse untergebracht; wir hatten kaum Zeit, uns in den eleganten Räumen umzusehen, denn wir mußten eilen, uns in Galauniform zu werfen, um zu dem großen Diner zu fahren, welches die Regierung in dem, durch Tausende von Wachskerzen glänzend erleuchteten spanischen Saale des Hradschin veranstaltet hatte. Von dem Hradschin ging es nach dem Theater und von da zu einem Ball auf der Sophieninsel. Graf Flemming wurde müde und fuhr nach Hause, ich vergnügte mich noch auf dem Balle, und es war lange nach Mitternacht, als ich den ersten besten Fiaker in Beschlag nahm und anwies, wohin er mich zu fahren habe. Ich war zum ersten Male in Prag, die Fahrt kam mir endlos lang vor, endlich hielt der Kutscher an einer Stelle, wo die Straße sich gabelte, zeigte auf ein großes in der Mitte der Gabelung gelegenes Gebäude und sagte mir in kaum verständlichem Deutsch, das sei das Bartholomäuskloster, und ich möge ihm sagen, welche von den beiden weiterführenden Straßen die Bartholomäusgasse sei. Ich befand mich in hilfloser Verlegenheit. Daß keine der beiden Straßen die richtige sei, war mir klar, kein Mensch war auf der Straße, kein Licht in einem Hause zu sehen, das Wetter war abscheulich, und ich in großer Uniform, mein tschechischer Kutscher verstand mich nicht besser, als ich ihn. Endlich kam ich darauf, ihm zuzurufen: Polizei, das verstand er, er brachte mich nach der Polizeidirektion, welcher mein Quartier schräg gegenüber lag. Am anderen Morgen fuhren

wir zurück; ich gab der Dienerin, welche die Nacht über auf mich gewartet hatte, als Trinkgeld ein Zweitalerstück, und ich sehe noch heute die erstaunten Augen, mit welchen das Mädchen die nie gesehene glänzende Silbermünze betrachtete. Die andere Festlichkeit verlief ohne Abenteuer. Die Bevollmächtigten von Hessen und von Nassau, Baron Dalwigk und Baron Dungern, hatten zu einem Wettkampf zwischen ihren heimatlichen Weinen bei einem Frühstück im Restaurant des großen Gartens eingeladen. Man setzte sich zu Tisch, wie man gerade kam, und so wurde ich der Nachbar des österreichischen Bevollmächtigen, ein Jahr später Ministers, Grafen Buol. Er war ein guter Nachbar, und es machte mir großen Spaß, den alten Diplomaten darüber unterrichten zu müssen, daß Austern, deren es in Fülle gab, ohne den Bart und den Sitz zu genießen seien. Dem interessanten Wettkampf, bei welchem die Wage zwischen Niersteiner-Glöck und Steinberger-Kabinett schwankte, konnte ich mich ungestraft widmen, weil ich vorher im Hotel ein großes Beefsteak genommen hatte; Anderen, welche weniger vorsichtig gewesen waren, ging es nicht so gut, und der Rückweg zeigte manche schwankende Gestalten.

Festlichkeiten und Theater waren erfrischende Unterbrechungen angestrengter Arbeit, denn es gab viel zu tun.

Bayern und Sachsen hatten ausführliche Denkschriften über die Behandlung der materiellen Fragen auf der Konferenz übergeben. Beide nahmen die allgemeine Zolleinigung als das zu erstrebende Ziel an, beide hielten aber die Erreichung dieses Zieles nur allmählich, und zwar auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den bestehenden Verbänden für möglich. Beide wollten die leitenden Gesichtspunkte für solche Verhandlungen durch die Konferenz feststellen lassen, die bayerische bezeichnete diese Gesichtspunkte im einzelnen und beantragte die Niedersetzung von drei, nach dem Schluß der Konferenzen zu berufenden Kommissionen: für einen Verkehrs- und Handelsvertrag, für die Flußzölle und für Seeschiffahrt und Konsulatswesen; die sächsische schloß sich im allgemeinen den Vorschlägen an, welche Österreich über die Vorbereitung für die Zolleinigung gemacht hatte, und beantragte kommissarische Verhandlungen über die zunächst zu treffenden Vereinbarungen, sowie eine ständige Kommission zur Förderung der Zolleinigung. Österreich hatte in Erwiderung auf diese Denkschriften sich damit einverstanden erklärt, daß der Zolleinigung ein vorbereitender Vertrag vorherzugehen, und daß die Konferenz sich darauf zu beschränken habe, im allgemeinen Beschluß über die zu treffenden Ver-

einbarungen zu fassen, es empfahl die bayrischen Vorschläge als Anhaltspunkte für einen solchen Beschluß, verlangte aber, daß vor allem auf die, in beiden Denkschriften unberührt gebliebenen Bürgschaften für die Sicherstellung der vollen Zolleinigung Bedacht zu nehmen sei.

Unsere Stellung zu diesen verschiedenen Anträgen war klar vorgezeichnet. Die mir am 2. Februar erteilte Instruktion stellte den Satz an die Spitze, daß es darauf ankomme, wie bisher, so auch ferner die materiellen Interessen außerhalb des Kreises der Bundes-Angelegenheiten zu halten. Allenfalls sollten solche Materien in diesen Kreis gezogen werden, welche durch Verallgemeinerung der in den Zollvereins-Verträgen enthaltenen allgemeinen Bestimmungen geordnet werden könnten. Vorschläge in diesem Sinne waren der Instruktion angeschlossen. In der Sitzung der dritten Kommission vom 5. Februar, der ersten, welche unter Teilnahme der Sachverständigen stattfand, gelang es, der weiteren Beratung eine, unseren Absichten entsprechende Richtung zu geben. Graf Alvensleben lehnte es ab, in eine allgemeine Diskussion über die beiden Denkschriften und die österreichische Erwiderung einzutreten, und schlug vor, zunächst die in diesen Schriftstücken angeregten Detailfragen zu erörtern, um durch eine solche Erörterung ins klare zu stellen, inwieweit eine Annäherung unter den einzelnen Bundesstaaten auf dem Gebiete der materiellen Interessen zurzeit ausführbar sei. Erst auf der hierdurch gewonnenen positiven Grundlage werde die Frage zu beurteilen sein, über welche allgemeinen Prinzipien man sich werde verständigen können. Die überwiegende Mehrheit trat ihm bei, und so wurde ohne Abstimmung beschlossen, daß die technischen Kommissarien die in den Denkschriften enthaltenen allgemeinen und besonderen Vorschläge zusammenstellen und für die Beratung vorbereiten, auch über den demnächstigen Gang der Beratung Vorschläge machen sollten. Tatsächlich war hiermit die Sache in die Hände der Sachverständigen gelegt.

Den Vorsitz führte der bayerische Kommissarius, Ministerialrat von Hermann, ein berühmter Nationalökonom, ein geistreicher Mann, der den Professor nicht verleugnete, von großem, leicht verletzbarem Selbstgefühl. Den Vertreter Österreichs, Ministerialrat Hock, hatte ich in Wien kennen gelernt. Er war in den Zollangelegenheiten vollständig, in anderen internationalen Fragen nicht zu Hause, unglücklich in der Redaktion, klug, aber voll Überhebung, welche sein Verhältnis zu Herrn von Hermann sehr bald verdarb. Von Sachsen

waren meine Kasseler Kollegen, Dr. Weinlig und von Zahn, abgeordnet. Hannover vertrat der bereits erwähnte General-Zoll-Direktor Klenze, ein Mann von ungewöhnlicher Begabung, Geschäftskenntnis und Arbeitskraft, großem Redaktionstalent, schlau, gewandt, erfinderisch und bei dem allen ein Lebemann im vollsten Sinne des Worts, sehr zum Nachteil seiner Gesundheit und seiner pekuniären Verhältnisse. Der württembergische Kommissarius, Oberfinanzrat Sigel, besaß neben guten Kenntnissen die vollste Trockenheit seines Volksstammes. Baden war erst während des letzten Teiles der Beratungen, und zwar durch meinen Kasseler Kollegen, Ministerialrat Hack, vertreten. Oldenburg hatte Herrn Klenze beauftragt. Für Sachsen-Coburg-Gotha fungierte der General-Inspektor des thüringischen Vereins, preußische Geheime Regierungsrat Wendt; er war in allen Fragen mein Alliierter. Hamburg endlich hatte den Senator Geffcken abgeordnet, einen gründlichen Kenner und entschiedenen Vertreter der Einrichtungen und Interessen seiner Vaterstadt.

Unsere Beratungen hatten, dem Artikel 65 der Wiener Schlußakte entsprechend, eine Übereinkunft unter den Bundesstaaten über die Ausführung des Artikels 19 der Bundesakte zur Aufgabe. Eine solche Übereinkunft konnte, nach der Natur des Bundesverhältnisses und nach der bei früheren Veranlassungen kundgegebenen Auffassung der Bundesversammlung, nur eine allgemeine, sämtliche Bundesstaaten ohne Unterschied verpflichtende, und nur eine unkündbare, also ohne freie Zustimmung sämtlicher Bundesglieder unabänderliche sein. In diesem Charakter, welcher von keiner Seite bestritten werden konnte, lag die Schwierigkeit der Aufgabe. Denn die große Verschiedenheit der, in den einzelnen Bundesstaaten über Handel und Verkehr bestehenden Gesetzgebungen und der auf Grundlage der letzteren erwachsenen Verhältnisse und Interessen stand einer allgemeinen, für alle Bundesstaaten verpflichtenden Übereinkunft, und die, durch die innere Entwicklung der materiellen Interessen, sowie durch die Rückwirkung internationaler Beziehungen gebotene Veränderlichkeit jener Gesetzgebungen stand einer unkündbaren Übereinkunft entgegen. Eine weitere Schwierigkeit folgte aus der Tatsache, daß von den 36 Bundesstaaten 27 zwei handelspolitischen Verbänden angehörten. Diese, außerhalb des Rahmens der Bundesverfassung stehenden kündbaren Verbände konnten als solche an der Übereinkunft nicht teilnehmen, ihr Dasein mußte aber, wenn der Boden der Wirklichkeit nicht verlassen werden sollte, bei jeder einzelnen, in die Übereinkunft auf-

zunehmenden Bestimmung in Betracht gezogen werden. Der Kreis der Gegenstände, über welche solche Bestimmungen getroffen werden konnten, wurde durch diesen Widerspruch zwischen der, aus dem Bundesverhältnis folgenden Form und dem auf rechtlichen und tatsächlichen Zuständen beruhenden Stoff in seiner Ausdehnung verengt und in seiner Bedeutung geschwächt. Es zeigte sich, daß Österreich und seine Verbündeten schlecht beraten gewesen waren, als sie ihre Zwecke auf dem Boden der Bundesverfassung zu erreichen suchten.

Wir waren Sachverständige, welche gutachtliche Äußerungen, nicht Bevollmächtigte, welche verbindliche Erklärungen abzugeben hatten. Es konnten daher Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden, es war aber den Regierungen die Freiheit der Entschließung gewahrt. Meine Haltung war durch die eben dargelegte Lage bestimmt; ich strebte nach der äußersten Beschränkung des Stoffs. Ich wurde dabei von Herrn Wendt immer, von Herrn Klenze und von Herrn Gefficken dann unterstützt, wenn keine Sonderinteressen des Heimatsstaates entgegenstanden, was bei Hannover nur sehr selten der Fall war. Herr Hock war besser daran. Er konnte auf Herrn Weinlig unter allen Umständen und auf Herrn von Hermann und Herrn Sigel bei jeder wichtigen Frage zählen. Bei einer Frage, von welcher die Freiheit der Handelspolitik des Zollvereins abhing, machte ich den Versuch einer vertraulichen Verständigung mit den beiden letzteren; sie widersprachen meiner Ansicht nicht, stimmten aber nachher gegen mich, worauf ich dann den Versuch nicht erneuerte. Unter harten Kämpfen vollendeten wir in den Tagen vom 6. Februar bis 9. März den Entwurf einer Übereinkunft zur Beförderung des Handels und Verkehrs, welchen die Konferenz durch Beschluß vom 15. März den Bundesregierungen mit dem Ersuchen vorlegte, ihre Bemerkungen binnen vierzehn Tagen mitzuteilen. Wir benutzten diese Zwischenzeit, um vier Anlagen zu der Übereinkunft — Verzeichnisse der eingangszollfreien Gegenstände und der bestehenden Ausgangsabgaben, Zollkartell und Münzkartell — auszuarbeiten, und begannen am 11. April die Revision der Übereinkunft auf Grund der zahlreich eingegangenen Bemerkungen. Inzwischen hatte sich die allgemeine Lage geändert. Die politische Umgestaltung des Bundes, wie sie Österreich und seine Verbündeten angestrebt hatten, war allmählich aussichtslos geworden. Bei meinen Gegnern war Mutlosigkeit eingetreten, und so konnte ich die auf meinen Anträgen beruhenden Bemerkungen Preußens zu der Übereinkunft beinahe ausnahmslos zur Annahme bringen. Am

22. April legten wir den revidierten Entwurf der Übereinkunft der dritten Kommission vor, letztere überreichte denselben am 25. April mit einem, von mir entworfenen Bericht dem Plenum und gab dabei anheim, die Übereinkunft nebst Anlagen den Regierungen zur Annahme zu empfehlen und gleichzeitig zu beantragen, daß, im Falle von Bedenken gegen einzelne Punkte, die ungesäumte Fortsetzung der Verhandlungen bei der Bundesversammlung, durch entsprechende Instruierung der Bundestagsgesandten, veranlaßt werden möge. Bei der Abstimmung über den Bericht im Plenum der Konferenz am 15. Mai war nur ein Teil der Bevollmächtigten in der Lage, die Annahme der Übereinkunft sofort zu erklären, dieselbe wurde deshalb in den allgemeinen Beschluß miteinbegriffen, durch welchen die Konferenz in ihrer Schlußsitzung die Anträge ihrer Kommissionen der Bundesversammlung zur weiteren Beratung überwies.

Der Entwurf war Österreich und dessen Verbündeten insoweit entgegengekommen, als er in seinen Eingangsworten die vertragsmäßige Vereinigung von ganz Deutschland zu einem einzigen Handels- und Zollgebiete als ein Ziel bezeichnete, für dessen Herbeiführung allseitig zu wirken sei, und in seinem dispositiven Teile für das Jahr 1858 Verhandlungen in Aussicht nahm, welche weitere Verkehrserleichterungen und, wenn alsdann die Hindernisse der vollständigen Zolleinigung beseitigt sein würden, diese Einigung zum Gegenstande haben sollten. In der Sache selbst wollte er, wie der Kommissionsbericht hervorhob, die Ursachen gegenseitiger Entfremdung ausschließen, welche in unbeschränkten Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten, in der Begünstigung außerdeutscher Produktion und außerdeutschen Handels vor dem deutschen, in der Zollbelastung von Gegenständen des täglichen Grenzverkehrs, in der Vermehrung oder Erhöhung der bestehenden Ausgangs- und Durchgangsabgaben und in der Einführung oder Aufrechthaltung von Verkehrshemmungen zugunsten einzelner Orte liegen würden, wollte er ferner die Elemente der Verbindung sichern, welche in der gleichen Berechtigung der Angehörigen aller Bundesstaaten zur Benutzung aller natürlichen und künstlichen Verkehrswege und aller öffentlichen Verkehrsanstalten, in der Zulassung der gegenseitigen Angehörigen zum Betriebe gewisser Handels- und Gewerbszweige, in der gleichen Besteuerung dieser Angehörigen mit den eigenen bei dem Betriebe anderer Handels- und Gewerbszweige, in der gegenseitigen Gewährung konsularischen Beistandes, und in dem gegenseitigen Schutze der Zoll- und Münzsysteme beruhen, wollte

er endlich Grundzüge für eine gleichförmige erleichternde Zollbehandlung des Eisenbahnverkehrs und für das Münzwesen feststellen. Der Abschluß der Übereinkunft war von der Ausführung des in Österreich vorbereiteten, eine Abstellung des bisherigen Prohibitivsystems in sich begreifenden neuen Tarifs ausdrücklich abhängig gemacht.

Zur Unterzeichnung kam die Übereinkunft nicht, sie blieb aber darum doch nicht „schätzbares Material". Sie wurde die Grundlage sowohl des im Jahre 1852 in Wien aufgestellten Entwurfs zu einem Handels- und Zollvertrage zwischen dem Zollverein und Österreich, als auch des am 19. Februar 1853 unterzeichneten Handels- und Zollvertrages zwischen Preußen und Österreich. Von ihren 19 dispositiven Artikeln und 9 Separatartikeln wurden 17 und 8 in die Artikel und Separatartikel des letzteren Vertrages übernommen, und die diesem Vertrage beigefügten Zollkartell und Münzkartell gaben die in Dresden ausgearbeiteten Entwürfe beinahe wörtlich wieder. Den Dresdener Vorarbeiten war es zu verdanken, daß der Februar-Vertrag in kurzer Zeit zustande kommen konnte, und sein rascher Abschluß war damals von größter Bedeutung.

Neben den bisher dargestellten Verhandlungen lief eine andere Verhandlung her, welche eine unmittelbare und entscheidende Wichtigkeit für die deutsche Handelspolitik gewann.

Der Erlaß des Ministers von Manteuffel, durch welchen ich mit der Teilnahme an den Dresdener Beratungen beauftragt wurde, enthielt zugleich die Mitteilung, daß in bezug auf eine Zolleinigung des Steuervereins mit dem Zollverein in neuerer Zeit günstigere Dispositionen in Hannover hervorgetreten seien, als bisher der Fall gewesen. Für offizielle Schritte in Hannover, wurde weiter bemerkt, erscheine der Augenblick noch nicht geeignet, wohl aber werde sich für mich in Dresden ohne Schwierigkeit die Gelegenheit finden, mit den dasigen hannoverschen Kommissarien einen Austausch der Ansichten herbeizuführen.

Die günstigeren Dispositionen in Hannover waren aus sehr verschiedenen Ursachen hervorgegangen. Auch in Hannover hatte das Jahr 1848 seine Spuren zurückgelassen: manche hatten sich in der Isoliertheit des Landes unbehaglich gefühlt, andere waren von der nationalen Bewegung ergriffen worden, der Separatismus auf dem Gebiete der materiellen Interessen hatte einen Stoß erhalten. In den Regierungskreisen hatte mit der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Änderung der unter dem Stüveschen Ministerium zustande

gekommenen Verfassung die Erkenntnis Eingang gefunden, daß man der Freundschaft Preußens zur Regelung der inneren Verhältnisse bedürfe; dazu kamen finanzielle Schwierigkeiten. Eine neue Organisation der inneren Verwaltung hatte den Staatsbedarf erheblich gesteigert, die bestehenden Steuern reichten zur Deckung nicht aus, und so war die Regierung im Jahre 1850 genötigt gewesen, eine nicht unbedeutende Erhöhung der Eingangsabgaben für Zucker und Sirup, Kaffee, Kakao und Schokolade, Tabak und Tabakfabrikate, Tee, Wein und Branntwein, sowie der Branntweinsteuer in Vorschlag zu bringen. Der Vorschlag wurde von der oldenburgischen Regierung und von den hannoverschen Ständen angenommen, stieß aber in dem oldenburgischen Landtage auf Hindernisse. Da es nicht tunlich war, die direkten Steuern zur Deckung des Mehrbedarfs in Anspruch zu nehmen, so legte dieser Vorgang den Gedanken nahe, daß in dem Anschluß an den Zollverein der Weg zu finden sei, auf welchem die Erhöhung der Verbrauchsabgaben zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich von ständischen Beschlüssen unabhängig gemacht werden könnte. Endlich war die Notwendigkeit einer Erhöhung gerade derjenigen Zollsätze anerkannt, deren Geringfügigkeit gegenüber den Zollsätzen des Vereinstarifs früher eine besondere Schwierigkeit für den Anschluß bereitet hatte. Graf Nostitz, der den König Ernst August beinahe täglich sah und mit den leitenden Ministern in nahen Beziehungen stand, verstand es vortrefflich, mit Klugheit und Takt diese Umstände zur Förderung des Anschlusses zu benutzen.

Herr Klenze erklärte sich zu vertraulichen Besprechungen bereit. Wir waren beide darüber einverstanden, daß ohne die unbedingteste Geheimhaltung ein Erfolg nicht möglich sein werde. Denn es war klar, daß Österreich in dem Anschluß des Steuervereins ein unübersteigliches Hindernis für seine Zolleinigungspläne erkennen und deshalb alles aufbieten mußte, um denselben zu verhindern, und sein Einfluß in Hannover wäre groß genug gewesen, um diesen Zweck zu erreichen. In Berlin und Hannover wurde unsere Ansicht geteilt; es wurde so wenig als möglich geschrieben und, was geschrieben wurde, gelangte nicht in den Geschäftsgang, sondern ging von Hand zu Hand. Indessen war es nicht zu vermeiden, daß während der fünfmonatlichen Dauer der Verhandlungen mehr Personen von der Sache erfuhren, als erwünscht war, und es ist ein halbes Wunder, daß es gelang, das Geheimnis bis zum letzten Augenblick zu bewahren.

Bis Ende April waren unsere Besprechungen, über welche ich

mündlich in Berlin berichtete, so weit gelangt, daß der Versuch gemacht werden konnte, die Grundzüge eines Vertrages zu entwerfen, auf deren Annahme in Hannover zu zählen war, wenn sie in amtlicher Form als Vorschläge Preußens vorgelegt wurden. Ein solcher Entwurf, welcher mehrtägige gemeinschaftliche Arbeit erforderte, konnte, wenn das Geheimnis bewahrt bleiben sollte, nicht in Dresden angefertigt werden. Wir gingen daher, nachdem unsere Dresdener Geschäfte beendet, und unsere Kollegen abgereist waren, angeblich nach Hause, in der Tat nach Görlitz. Im Gasthof zum Hirsch am Untermarkt, wo wir als einfache Privatleute Quartier nahmen, wurden vom 5. bis 8. Mai „Grundzüge zu dem Entwurf eines Vertrages zwischen Preußen und Hannover, die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein betreffend", in 23 Artikeln aufgestellt. Als ein gutes Vorzeichen erschien es uns, daß die Mauern des „Kaisertrutz" auf unsere Arbeit herabsahen. Ich brachte dieselbe nach Berlin, kehrte mit dem Minister von Manteuffel zum Schluß der Konferenz nach Dresden zurück, und war vom 17. Mai ab wieder zu Hause. Mai und Juni vergingen mit Beratungen in den Ministerien und Korrespondenzen mit Herrn Klenze, am 3. Juli traf ich mit ihm noch einmal zu einer mündlichen Besprechung in Wolfenbüttel zusammen. Einige Tage später konnte ich dem König, der zu diesem Zweck von Potsdam nach Bellevue gekommen war, im Konseil über die Sache Vortrag halten. Er genehmigte den Inhalt der in Hannover zu machenden Vorschläge, und Graf Nostitz übergab dieselben am 15. Juli dem Minister von Münchhausen. Es war der erste amtliche Schritt; in Hannover mußte jetzt das entscheidende Wort gesprochen werden. Der Entschluß war nicht leicht. Im Augenblick der Entscheidung erschrak man vor dem Zorn Österreichs und vor der Möglichkeit, daß die süddeutschen Staaten vom Zollverein abfallen könnten, und nur ein norddeutscher Bund übrig bleiben würde. Vielleicht hätten diese Besorgnisse überwogen, wenn nicht das Ministerium für eine innere Frage der Unterstützung Preußens am Bunde bedurft hätte. So überwand es seine Bedenken. Dem Minister von Münchhausen und dem Grafen Nostitz gelang es, die Genehmigung des Königs Ernst August zu einer Erklärung zu erlangen, durch welche unsere Vorschläge mit einigen Vorbehalten angenommen wurden. Der König fügte seiner Unterschrift die Bemerkung hinzu: „insofern die Selbständigkeit von Hannover dadurch nicht bedroht ist." Am 28. Juli kam die Erklärung nach Berlin. Der Handelsminister und der

Finanzminister waren auf Reisen, der Minister von Manteuffel auf seinem Gute Drahnsdorf. Ich brachte ihm die Schriftstücke dorthin und nahm seine Antwort an Graf Nostiz mit zurück.

Es kam nun darauf an, sowohl die von Hannover gemachten Vorbehalte zu erledigen, als auch die inzwischen mehrfach abgeänderten „Grundzüge" in die Form eines Vertrages zu bringen. Die zu diesem Zweck nötigen Verhandlungen konnten, dank einem günstigen Zusammentreffen der Umstände, ohne jedes Aufsehen zwischen Herrn Klenze und mir geführt werden. Preußen hatte infolge der von ihm bei der General-Konferenz vorgeschlagenen Ermäßigung der Durchgangsabgaben eine Ermäßigung der Elbzölle beantragt. Zur Beratung dieses Antrags, sowie anderer, die Elbschiffahrt betreffenden Angelegenheiten waren Bevollmächtigte sämtlicher Elbuferstaaten schon im September 1850 in Magdeburg zusammengetreten. Die Verhandlungen waren im Dezember 1850 vertagt worden und sollten am 1. August 1851 wieder beginnen. Herr Klenze war der hannoversche Bevollmächtigte für die Elbschiffahrt, und ich wurde zum preußischen Bevollmächtigten ernannt an Stelle des Provinzial-Steuerdirektors Landmann, welchem unter den Fuß gegeben war, einen Badeurlaub zu nehmen. Wir nahmen in demselben Gasthof Quartier und konnten ungestört und unbeargwohnt unser Werk vollenden. Es waren noch manche Steine aus dem Wege zu räumen.

Gegen Ende August konnte ich nach Berlin gehen, um eine Denkschrift auszuarbeiten, welche eine ausführliche Begründung des Vertrages enthielt; sie ist später unseren Kammern vorgelegt worden. Am 7. September wurde der Vertrag von den preußischen und hannoverschen Ministern in Berlin unterzeichnet, am 8. wurde er mit meiner Denkschrift an unsere Gesandten bei den Vereins-Regierungen zur Mitteilung an letztere abgesendet, am 11. erfolgte in Hannover der Austausch der Ratifikations-Urkunden.

Der Vertrag war zwischen Preußen und Hannover allein abgeschlossen, ohne Verständigung mit ihren Zollverbündeten, welchen der Beitritt vorbehalten blieb. Beide Staaten durften miteinander abschließen, weil der Vertrag erst am 1. Januar 1854 in Kraft treten sollte, und weil die Zollvereins-Verträge, wie die Steuervereins-Verträge, bei rechtzeitiger Kündigung, am 31. Dezember 1853 abliefen. Die Verpflichtungen beider Teile begannen also erst in dem Augenblick, für welchen beide sich vollständige Handlungsfreiheit verschaffen konnten. Je weniger hiernach die rechtliche Zulässigkeit unseres

Verfahrens anzufechten war, um so lauter waren die Beschwerden über dessen verletzende Rücksichtslosigkeit. Es ist wahr, unser Verfahren war verletzend und rücksichtslos, aber es war unerläßlich für den Zweck. Es gehört ein ungewöhnlicher Grad von Naivetät dazu, um zu meinen, wir hätten in einer Zeit, wo die größeren Vereinsstaaten politisch unsere Gegner waren, die vorgängige freie Zustimmung der Vereins-Regierungen zu einem Vertrage erlangen können, welcher, von seinem Inhalt abgesehen, durch sein bloßes Dasein zwei Dinge unmöglich machte, deren Herbeiführung den größeren Staaten, wenn auch mit verschiedener Wärme, am Herzen lag: die Zolleinigung mit Österreich und die Ausbildung der Schutzzölle. Daß dem so sei, hat, wenn es eines Beweises bedurfte, elf Jahre später die Geschichte des Handelsvertrages mit Frankreich bewiesen. Obgleich wir zur Unterhandlung dieses Vertrages von allen Regierungen ermächtigt waren, obgleich wir die Zustimmung der Regierungen zu den für die Unterhandlung leitenden Gesichtspunkten erhalten hatten, obgleich wir alle Regierungen von dem Gange der Unterhandlungen unterrichteten, vereinigten die Rücksichten auf Österreich und die Interessen des Schutzzolls einen ansehnlichen Teil unserer Zollverbündeten zu einem Widerstande gegen den Vertrag, welcher nur durch die nämlichen Mittel zu brechen war, die wir anwenden mußten, um den Vertrag mit Hannover zur Annahme zu bringen. Und daß es überhaupt zu diesem Vertrage nicht gekommen sein würde, wenn Österreich die Lage gekannt und seinen ganzen Einfluß in Hannover gegen den Abschluß geltend gemacht hätte, habe ich oben bereits gesagt.

Es war ein Zugeständnis an das Selbstgefühl Hannovers, daß der Vertrag nicht den Anschluß des Steuervereins an den Zollverein, sondern die Vereinigung beider Vereine als seinen Gegenstand bezeichnete. Der Sache nach war er ein Anschluß-Vertrag, freilich mit Abänderung einiger wichtiger Bestimmungen der Grundverträge und des Tarifs des Zollvereins.

Die erheblichste Abänderung der Grundverträge betraf den Grundsatz, daß die gemeinschaftlichen Einnahmen unter die Vereinsstaaten nach dem einfachen Verhältnis der Bevölkerung zu verteilen sind. Bisher waren von diesem Grundsatz zwar bei der Verteilung der Ausgangs- und Durchgangsabgaben und der, zwischen Preußen, Sachsen und Thüringen gemeinschaftlichen Branntweinsteuer zugunsten Preußens Ausnahmen gemacht, für die Gesamtheit der Einnahmen aber nur

zugunsten der freien Stadt Frankfurt mit Rücksicht auf deren städtische Bevölkerung. Wie schon bei den Besprechungen im Jahre 1842 und mit mehr Recht, als damals, machte Hannover seinen Anschluß von einer Begünstigung bei der Verteilung der Einnahmen, der Gewährung eines Präzipuums, abhängig. Sein Anspruch auf eine solche Begünstigung war nicht zu bestreiten, denn sein niedriger Tarif gewährte ihm eine weit größere Einnahme, als dem Zollverein dessen weit höherer Tarif, und es war in der Lage, diese Einnahmen durch die Zollerhöhungen wesentlich zu steigern, welche im Jahre zuvor nur an dem oldenburgischen Landtage ein schwerlich auf die Dauer wirksames Hindernis gefunden hatten. Es kam daher allein auf die Höhe des Präzipuums an, und diese Höhe wurde der Kernpunkt der Verhandlungen. Die verschiedensten Kombinationen kamen zur Sprache; alle litten unter der Unmöglichkeit, die Wirkungen im voraus zu berechnen, welche die eintretende Änderung der Verhältnisse, insbesondere die noch zu erwähnenden Zollermäßigungen, auf die Zolleinnahmen ausüben würden. Die in Görlitz aufgestellten Grundzüge wollten das Präzipuum an den Ertrag der Zolleinnahmen von denjenigen Gegenständen anschließen, deren Verbrauch im Steuerverein den Verbrauch im Zollverein besonders erheblich überstiegen hatte, und dasselbe in einem, diesem Mehrverbrauch entsprechenden Zuschlage zu dem, auf den Kopf der Gesamtbevölkerung berechneten Ertrage jener Einnahmen bestehen lassen. In Berlin trug man Bedenken, dem Präzipuum die ergiebigsten und sichersten Einnahmequellen ausschließlich zugrunde zu legen, und zog deshalb vor, dasselbe durch Zusicherung einer Mindest-Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung des Steuervereins und, als dieser Vorschlag abgelehnt wurde, durch eine Vermehrung der Kopfzahl des Steuervereins bei der Verteilung sämtlicher Zolleinnahmen und des Ertrages der Rübenzuckersteuer zu gewähren. Die Vermehrung wurde auf 75 % bestimmt, als Gegengewicht sollte die Auflösbarkeit des Vertrages nach Ablauf von sechs Jahren dienen. Hannover lehnte, wie zu erwarten war, diese Auflösbarkeit ab, und schlug an deren Stelle die Beschränkung des Präzipuums auf einen Höchstbetrag von 20 Sgr. vom Kopf vor. So kam der Artikel 11 des Vertrages zustande. In der Tat ist den Steuervereins-Staaten dieser Höchstbetrag voll zugute gekommen. Im Durchschnitt der zwölf Jahre 1854/65 belief sich der Ertrag der Zölle auf 1,99 Mk., der Rübenzuckersteuer auf 0,64 Mk., zusammen 2,63 Mk. für den Kopf der Abrechnungs-Bevölkerung des gesamten

Vereins, während die Steuervereins-Staaten bei den Zöllen 3,66 Mk., bei der Rübenzuckersteuer 0,97 Mk., zusammen 4,63 Mk. auf den Kopf ihrer Bevölkerung, also 2 Mk. über die Durchschnitts-Einnahme erhielten. Das Präzipuum betrug durchschnittlich 3 745 192 Mk. im Jahre, und um diesen Betrag, etwa 0,11 Mk. auf den Kopf ihrer Bevölkerung, wurden die Anteile der übrigen Staaten gekürzt.

Die zweite gewichtige Änderung betraf die Besteuerung des Salzverbrauchs. Diese Besteuerung erfolgte im Zollverein vertragsmäßig im Wege des Monopols, und zwar nicht auf gemeinschaftliche Rechnung, sondern für die Kassen der einzelnen Vereinsstaaten. Obgleich deshalb das Salz kein Gegenstand des freien Verkehrs zwischen den Vereinsstaaten war, waren besondere Maßregeln zur Verhinderung des Übergangs von Salz aus dem einen in einen anderen Staat nur ausnahmsweise notwendig, weil eine Ausgleichung der Monopolpreise insoweit stattgefunden hatte, daß zwischen den unmittelbar aneinander grenzenden Staaten Preisunterschiede, welche den Übergang von Salz aus dem einen in den anderen hätten zur Folge haben können, fast nirgends mehr bestanden. Die Monopolpreise im Großen bewegten sich zwischen 7,13 Mk. und 10,63 Mk. vom Zentner, in Preußen 9,50 Mk., und enthielten eine Steuer von durchschnittlich 6 bis 7 Mk. für den Zentner. Im Steuerverein war der Salzhandel frei, und das Salz einer Steuer von nur 1,24 Mk. vom Zentner unterworfen. Hannover erklärte sich außerstande, das Salzmonopol einzuführen oder seine Salzsteuer zu erhöhen, und es war einleuchtend, daß Maßregeln getroffen werden mußten, um das Salzmonopol der angrenzenden Vereinsstaaten gegen die Einschwärzung des um mehr als 50 % wohlfeileren hannoverschen Salzes nach Wegfall der Grenzbesetzung zu schützen. Die Vereinbarung solcher Maßregeln war das schwierigste Stück der Magdeburger Verhandlungen. Sie wurde dahin getroffen, daß die an Hannover angrenzenden Vereinsstaaten, wie solches hie und da schon der Fall war, ihre Grenzbevölkerung verpflichteten, jährlich wenigstens eine gewisse, nach dem erfahrungsmäßigen Mindestbedarf bemessene Menge Salz aus ihren Verkaufsstellen zu entnehmen, Hannover dagegen sich verbindlich machte, in seine Grenzbezirke nur so viel Salz einzulassen, als nach dem erfahrungsmäßigen Höchstbedarf für den Verbrauch der Bevölkerung in diesen Bezirken erforderlich war, sowie den Transport und Verkauf von Salz in den letzteren unter Kontrolle zu stellen. Daß diese Maßregeln die Grenz-

bewachung vollständig ersetzen würden, war nicht zu erwarten; indessen haben, soviel ich mich erinnere, die während der Dauer des Vertrages gemachten Wahrnehmungen erhebliche Mißbräuche nicht erkennen lassen.

Die dritte bedeutende Änderung betraf die Eingangsabgaben. Hannover nahm den bestehenden Zollvereins-Tarif an, verlangte aber Ermäßigungen der Sätze dieses Tarifs für Franzbranntwein, Kaffee, Sirup, Rohtabak, Tee und Wein in Fässern. Die Einfuhr dieser Gegenstände war im Steuerverein mit sehr niedrigen Zöllen belegt, und man war in Hannover mit Recht der Überzeugung, daß die Zustimmung der Landesvertretung zu der Annahme der hohen Zölle des Vereinstarifs nicht zu erlangen sein werde. Für uns handelte es sich um Artikel, welche beinahe 40 % der gesamten Einnahme von den Eingangszöllen aufbrachten, und wir würden daher, gegenüber der damaligen Finanzlage, es kaum haben verantworten können, auf die begehrten Ermäßigungen, so willkommen dieselben auch für die Verbraucher waren, einzugehen, wenn wir nicht der Meinung gewesen wären, daß sie mit unserem finanziellen Interesse wohl verträglich seien. Die Zölle für Wein und Tabak waren nicht bloß Finanzzölle, sondern auch Schutzzölle für die gleichnamigen, gar nicht oder nur sehr gering besteuerten einheimischen Erzeugnisse, und die Vereins-Regierungen waren deshalb schon im Jahre 1841 der Meinung gewesen, daß eine Ermäßigung dieser Zölle, wenn sie im Interesse der Einnahmen in Antrag gebracht werden sollte, keinen Anstand finden könne. Die in Großbritannien und Österreich gemachten Erfahrungen berechtigten zu der Erwartung, daß eine Herabsetzung des Kaffeezolles eine günstige finanzielle Wirkung haben werde. Der Zoll für Sirup wirkte anerkanntermaßen prohibitiv, der Zoll für Franzbranntwein verdankte seine Höhe nur einem handelspolitischen Zweck, nämlich der, wie früher erwähnt, erfolglos gebliebenen Retorsion gegen Frankreich. Die Ermäßigung des Teezolls wurde zugestanden, weil derselbe ohne finanzielle Bedeutung war. In der Tat zeigte die Erfahrung, daß die vereinbarten Zollermäßigungen eine günstige finanzielle Wirkung hatten. Werden, unter Ausscheidung der beiden Übergangsjahre 1853 und 1854, die Durchschnitts-Einnahmen der zehn letzten Jahre des alten Tarifs, 1843/52, mit denjenigen der zehn ersten Jahre des neuen Tarifs, 1855/64, verglichen, so ergibt sich auf den Kopf der jeweiligen Bevölkerung: für Kaffee bei einer Zollermäßigung von 23 % eine Ver-

mehrung der Einnahme um 2,8 %, für Tabakblätter bei 27,3 % Ermäßigung eine Vermehrung um 13 %, für Tee bei 27,3 % Ermäßigung eine Vermehrung um 130 %, für Sirup bei einer Herabsetzung des Zolls von 4 Mk. auf 2 Mk., später auf 3 Mk., zuletzt auf 2½ Mk., eine Steigerung der Einnahme um das Sechsfache. Für Franzbranntwein und Wein in Fässern sind die Ergebnisse mit Sicherheit nicht darzustellen, weil die Verzollungen des ersteren vom Jahre 1854 ab zusammen mit den Verzollungen alles anderen Branntweins angeschrieben sind, und letzterer vor dem Jahre 1854 mit dem Wein in Flaschen angeschrieben wurde. Werden die Einnahmen von allem Branntwein und allem Wein in den beiden zehnjährigen Perioden miteinander verglichen, so zeigt sich für ersteren, bei einer Zollermäßigung des Franzbranntweins um 50 %, eine Zunahme von 11 %, für letzteren, bei einer Zollermäßigung des Weins in Fässern um 25 %, eine Abnahme von 16,4 % des Ertrages auf den Kopf der Bevölkerung, allerdings in einer Periode, welche drei der glänzendsten Weinjahre im Zollverein einschloß. Für die Gesamtheit der von den Ermäßigungen betroffenen Gegenstände ergibt sich eine Mehr-Einnahme von 4,2 % auf den Kopf, und diese Mehr-Einnahme war erreicht durch einen Steuer-Erlaß, welcher für den alten Zollverein rechnungsmäßig etwa 2¼ Millionen Taler betrug.

Mit dem Zolltarif standen noch zwei andere Fragen in Verbindung. Auf unseren eigenen Wunsch wurde eine, im finanziellen Interesse unerläßlich gewordene Erhöhung der Rübenzuckersteuer vorgesehen. Ferner verlangte Hannover eine, neben dem Vertrage zu erteilende Zusicherung, daß Preußen auf eine allmähliche Verminderung des, den inländischen Fabriken und Gewerben bisher gewährten Zollschutzes, namentlich für Fabrikate aus Baumwolle und für Eisen und Stahl, gemeinschaftlich mit Hannover hinwirken wolle. Obgleich eine solche allgemeine Zusicherung augenscheinlich ohne praktische Bedeutung war, wurde sie zu einer sehr ernsthaften Schwierigkeit. Das hannoversche Ministerium verlangte sie zu seiner Gewissensberuhigung, der Minister von der Heydt fand in ihr eine Gewissensbeschwerung. Nachdem zwischen Herrn Klenze und mir über eine beiderseits zusagende Formel fruchtlos verhandelt worden war, bot ein Besuch, welchen der König auf der Reise nach der Rheinprovinz am 16. August dem König Ernst August machte, dem Minister von Manteuffel und Herrn Philipsborn, welche ihn bis Hannover begleiteten, Gelegenheit, mit den hannoverschen Ministern

die Fassung eines Protokolls zu vereinbaren, welches nachher gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet wurde. Eine Wirkung hat es nicht gehabt.

Auf den weiteren Inhalt des Vertrages einzugehen, halte ich nicht für geboten, nur eine allgemeine Bemerkung kann ich nicht unterlassen.

Hätten wir mit Hannover unter normalen Verhältnissen, wie solche vor dem Jahre 1848 bestanden, verhandelt, so würden wir uns nicht entschlossen haben, dem Steuerverein ein Präzipuum von der, in dem September-Vertrage vereinbarten Höhe zuzugestehen, und uns mit den Verpflichtungen zu begnügen, welche Hannover im Interesse unseres Salzmonopols übernahm. Wäre darüber der Anschluß nicht zu stande gekommen, so würden wir einen günstigeren Zeitpunkt in Ruhe abgewartet haben. Aber die Verhältnisse waren nicht normal, und der Anschluß war für uns notwendig. Preußen hatte sich im Jahre 1850 als vollkommen machtlos gezeigt. Seine Rückkehr in die alte Bundesverfassung im folgenden Jahre, wenn auch ein diplomatischer Erfolg, besiegelte die vollständige Niederlage seiner deutschen Politik. Österreich strebte mit seiner ganzen Macht nach der handelspolitischen Hegemonie und wurde bei diesem Bestreben von den größeren Vereinsstaaten bereitwilligst unterstützt. Die Verhandlungen über die Erneuerung der Zollvereinsverträge standen vor der Tür. Es war mit Sicherheit zu erwarten, und die Erfahrungen bei den Dresdener Konferenzen bürgten dafür, daß bei diesen Verhandlungen jene Staaten als eine geschlossene Phalanx uns gegenüberstehen und den Versuch machen würden, uns ihre Bedingungen vorzuschreiben. Freilich konnten wir überzeugt sein, daß sie den Zollverein mit uns nicht leicht aufgeben würden, aber die nämliche Überzeugung durften sie mit Beziehung auf unser Verhältnis zu ihnen hegen. Denn, mochten wir auch im Notfall auf alle politischen und wirtschaftlichen Vorteile verzichten, welche der Zollverein uns brachte, den ungehinderten Verkehr zwischen unseren östlichen und westlichen Provinzen, welchen wir ihm verdankten, konnten wir nicht aufgeben. Die Brücke für diesen Verkehr war Kurhessen, und gerade von Kurhessen hatten wir die feindseligste Haltung zu erwarten. Der Kurfürst und sein Minister hatten das Bewußtsein, daß sie von Österreichs und dessen Verbündeten Gnaden im Besitz der Macht waren und diesen Besitz durch eine Niederlage Preußens erlangt hatten; ihre vollständige Gleichgültigkeit gegen das Interesse des

eigenen Landes hob sie über Bedenken hinweg, welche unsere übrigen Gegner nicht abweisen konnten. Wir waren gezwungen, uns eine andere Brücke zwischen unseren Provinzen zu verschaffen, und es gab keine andere als den Steuerverein. Waren wir seiner sicher, so war die einzige schwache Stelle unserer Rüstung in dem bevorstehenden Kampfe gedeckt.

Diese Erwägungen waren es, welche unsere Zugeständnisse an Hannover bestimmten, und welche, wenn sie auch nicht offen ausgesprochen wurden, der fast einstimmigen Annahme des Vertrages durch unsere Kammern im Dezember 1851 und Januar 1852 zu grunde lagen. Herr Kühne, damals Mitglied der ersten Kammer, drückte bei der Beratung des Vertrages die allgemeine Empfindung aus, als er, mit Anspielung auf das hannoversche Wappen, sagte: „Der Hannoversche Vertrag ist ein gutes Pferd, aber sehr teuer bezahlt. Daß wir dieses gute Pferd zurückgeben sollten, dazu würde ich doch nicht raten. Das Pferd ist gut, und wir werden den Preis verschmerzen, wenn wir es nur lange behalten." Die öffentliche Meinung in Preußen, insbesondere in Berlin, hatte den Vertrag, über dessen Einzelnheiten sie sich nicht den Kopf zerbrach, beinahe mit Enthusiasmus aufgenommen, war er doch der erste Erfolg nach vielen Niederlagen. Auch meiner persönlichen Stellung kam, wie ich täglich wahrnehmen konnte, dieser Erfolg zu gute und, was mir von besonderem Werte war, er söhnte mich mit meinem alten Gönner Kühne wieder aus, von dem mich die in Kassel vorgelegten Vorschläge zur Revision des Zolltarifs getrennt hatten. Unser Verhältnis ist seitdem bis zu seinem Tode ungetrübt geblieben.

In Berlin hatte ich der Unterzeichnung des Vertrages beigewohnt, am Tage darauf war ich wieder in Magdeburg. Die Elbzollverhandlungen, wenig interessant und sehr langsam vorwärts schreitend, nahmen meine Zeit mehr als bisher in Anspruch, kamen mir aber im Vergleich mit meinen bisherigen Aufgaben äußerst nüchtern vor. Da war es ein Glück, daß ich in sehr angenehmen persönlichen Verhältnissen lebte. Die Mehrzahl meiner Elbzollkollegen waren interessante oder umgängliche Menschen. Zu den ersteren gehörte, außer Herrn Klenze, der hamburgische Bevollmächtigte, der früher schon erwähnte Dr. Soetbeer, und der Mecklenburger, Geheime Legationsrat Prosch, Verfasser einer klassischen Darstellung der schwer verständlichen Steuerverfassung seines Landes, später Mitglied des Reichstags; zu den letzteren der Österreicher, Ministerialsekretär Hueber, dem in Wien

nie verziehen ist, daß unter seinen Augen der September-Vertrag zu stande kam, ohne daß ihm eine Ahnung davon aufgegangen war; der Däne, Kammerherr von Warnstedt, welcher seine liebenswürdige junge Frau, eine Halbschwester des damaligen dänischen Bundestagsgesandten, späteren preußischen Ministers von Bülow, mitgebracht hatte, und der Lübecker, Syndikus Elder, der mit Frau und Tochter erschienen war. Wir speisten häufig zusammen und gaben uns Mühe, uns in dem für einen Fremden damals tödlich langweiligen Magdeburg, so gut es ging, zu amüsieren. In der Stadt selbst fand ich in dem Oberpräsidenten von Witzleben und dem Provinzial-Steuer-Direktor Landmann, der aus dem Bade zurückgekehrt war, sowie in einigen Mitgliedern des Handelsstandes alte Bekannte; am liebsten verkehrte ich in dem Hause eines alten Freundes aus meiner hallischen Zeit, der sich seitdem mit einer Jugendliebe verheiratet hatte und in Magdeburg in angenehmen Verhältnissen lebte. Er war von seinem Berufe so sehr in Anspruch genommen, daß er seiner Frau nur wenig Zeit widmen konnte. Sie hatte ihre beiden ersten Kinder verloren, durch die lange Trauer war sie der Magdeburger Gesellschaft entfremdet, welche ohnehin für ihre sensitive Natur und ihre ästhetischen Interessen wenig zu bieten hatte, sie lebte, einsam, in sich zurückgezogen und unbefriedigt, für den ihr gebliebenen kleinen Knaben. Meine Lebenslust, meine Umgangsformen, mein Verständnis für ihre geistigen Interessen und meine Vertrautheit mit einer ihr fremden Welt waren in dieser Verbindung für sie etwas ganz Neues und zogen sie an, schon nach wenigen Tagen hatte sie mir alles vertraut, was sie bedrückte. So lebhaft ich vermochte, suchte ich ihr klar zu machen, daß der Mensch nichts Verkehrteres tun könne, als sich in sich selbst einzuspinnen, und daß die sterilste Gesellschaft für jeden Früchte trage, der sich entschließe, harmlos und unbefangen den Augenblick zu ergreifen und zu benutzen. Ich zog sie und ihren Mann in den Kreis meiner Kollegen und deren Damen, beide gefielen sich und gefielen, es dauerte nicht lange, so wurde ich gewahr, daß sie eine lebhafte Neigung zu mir gefaßt habe. Sie gab sich gar keine Mühe, diese Neigung zu verbergen; Klenze gratulierte mir zu der Eroberung der hübschen Frau und empfahl nur größere Vorsicht bei der weiteren Entwicklung des Romans. Mir lag es sehr fern, eine solche Entwicklung zu wünschen, wohl aber bangte mir davor, daß der Stadtklatsch sich einmischen und den Ruf der unschuldigen Frau antasten könne. Ich entschloß mich deshalb, der anerkannten Trägerin des

Magdeburger Klatsches einen Besuch zu machen. Die Dame war als junge Frau mit der Familie meines Onkels bekannt gewesen, und ich konnte mich mit der Erinnerung an die damalige Zeit bei ihr einführen. Sie fühlte sich durch diese Aufmerksamkeit sehr geschmeichelt, und als ich sie verließ, durfte ich sicher sein, daß sie nur Gutes von mir durch die Stadt tragen werde. Bei alledem war es gut, daß ich nach kurzer Zeit von Magdeburg abberufen wurde. Ich konnte scheiden mit reinem Gewissen und mit der Überzeugung, daß meiner Freundin unsere Begegnung für die Gestaltung ihres Lebens von Nutzen sein werde.

Die Ursache meiner Abberufung war ein Nachspiel zu den Dresdener Verhandlungen. Die in Frankfurt wieder zusammengetretene Bundesversammlung hatte am 10. Juli einen handelspolitischen Ausschuß eingesetzt und auf dessen über die Arbeiten der dritten Dresdener Kommission am 9. August erstatteten Bericht beschlossen, die mit der Erklärung über diese Arbeiten noch im Rückstande befindlichen Regierungen um Abgabe derselben binnen vier Wochen zu ersuchen und dem Ausschuß die Zuziehung von Sachverständigen zur Erledigung seiner Aufgaben zu überlassen. Auf das Andringen Österreichs hatte der Ausschuß den 1. Oktober zum Zusammentreten der Sachverständigen bestimmt. Es lag in der Natur der Dinge und war der Wunsch des Ausschusses, daß die in Dresden tätig gewesenen Personen die Arbeit in Frankfurt fortsetzen möchten, und ich erhielt deshalb den Auftrag, mich pünktlich in Frankfurt einzufinden. Je weniger wir die Absicht hatten, am Bunde etwas zu stande zu bringen, desto weniger wollten wir den Schein absichtlicher Verschleppung auf uns laden. Die Magdeburger Verhandlungen waren bis zu einer Art Abschnitt gediehen, ich übergab sie dem, zu meinem Nachfolger in der Kommission ernannten Geheimen Oberfinanzrat von Jordan, der bis zum Jahre 1888 als Provinzial-Steuer-Direktor in Magdeburg fungiert hat. Sie kamen am 2. Dezember zu einem vorläufigen, nach längerer Unterbrechung am 8. Februar 1854 zu einem endlichen Abschluß.

Ich ging sehr gern nach Frankfurt. Es interessierte mich, die Bundesversammlung in der Nähe kennen zu lernen, ich war begierig, mich an diesem Zentralpunkt über den Eindruck zu unterrichten, welchen der September-Vertrag auf die Regierungen gemacht hatte, und ich freute mich, zahlreiche in Dresden angeknüpfte Bekanntschaften zu erneuern. Ich ahnte nicht, daß eine neue Bekanntschaft, welche

mir bevorstand, ungleich wichtiger für mich sein werde, als alle alten.

Herr von Bismarck war wenige Wochen vor meiner Ankunft in Frankfurt zum Bundestagsgesandten ernannt; ich fand ihn und seine Frau noch beschäftigt mit der Einrichtung der Villa, welche sie an der Eschenheimer Landstraße gemietet hatten. Wir waren uns in Berlin nur sehr flüchtig begegnet, erst in Frankfurt lernten wir uns kennen. Ich hielt ihn für einen Tendenzpolitiker, der die Förderung der konservativen Interessen zum leitenden Gesichtspunkt für die Behandlung unserer Beziehungen zu den deutschen Staaten machen werde, und war sehr angenehm überrascht, als mir schon nach einigen Tagen klar wurde, daß meine Ansicht irrig gewesen sei. Er war über die Bedeutung des September-Vertrages für unsere deutsche Politik nicht im Zweifel, und als er die Überzeugung gewonnen hatte, daß die Erhaltung des hannoverschen Ministeriums für die Durchführung des Vertrages notwendig sei, war er rasch entschlossen, bei der am Bunde schwebenden Beschwerde der hannoverschen Provinzial-Landschaften gegen die Regierung das konservative Interesse dem preußischen Staatsinteresse zu opfern. Es kam nicht dazu, weil in Hannover die Dinge eine andere Wendung nahmen; meine Meinung über ihn stand aber seit diesem Vorgange fest, so wenig sie auch damals von meinem Berliner Kreise geteilt wurde. Er war angenehm davon berührt, daß ich gar nichts von einem „Berliner Geheimrat" an mir hatte, und so befanden wir uns in dem besten Einvernehmen.

Ich hatte mich in einer Dependance des „Englischen Hofes" am Roßmarkt, des preußischen Hauptquartiers in der Parlamentszeit, sehr behaglich eingerichtet. Die Mehrzahl der Bundestagsgesandten war mir von Dresden her bekannt, die übrigen lernte ich kennen. Bei einem Galadiner, welches Herr von Bismarck am Geburtstage des Königs gab, wurde ich dem britischen Gesandten, Lord Cowley, vorgestellt; er sagte mir nach Tisch, ich scheine ein gefährlicher Mann zu sein, denn der kurhessische Gesandte, Baron Trott, habe ihm soeben erzählt, daß ich mit Hilfe von ein paar preußischen Offizieren die Auflehnung des Landes gegen den Kurfürsten angeschürt hätte. Wahren Kunstgenuß verdankten wir der Gräfin Rossi. Sie hatte zur Bühne zurückkehren müssen und gab in Frankfurt Gastrollen. Ich hatte sie in der Berliner Gesellschaft als vornehme Dame glänzen sehen und konnte, bei aller Bewunderung ihres bezaubernden Spiels und ihres virtuosen Gesanges, das Mitleid mit der Frau nicht los

werden, die auf dem schmutzigen Frankfurter Theater, Arm in Arm mit Sängern, deren Fuß niemals einen Salon betreten hatte, Geld verdienen mußte. Ich kannte den magnetischen Zauber nicht, welchen die Bretter auf jeden ausüben, der je mit Erfolg auf ihnen gewandelt ist.

Zu diesen und anderen Genüssen des Frankfurter Lebens ließen meine Geschäfte mir ausreichende Zeit. Es war die Aufgabe der Sachverständigen, die Erinnerungen zu begutachten, welche von einzelnen Regierungen gegen die Dresdener Entwürfe erhoben waren, und zur Lösung dieser keineswegs schwierigen Aufgabe brachten wir nicht einmal Interesse mit, weil keiner von uns an die Annahme der Entwürfe glaubte. Es kam dazu, daß Herr Hock, welcher allein hätte Veranlassung geben können, Leben in die Beratungen zu bringen, in Frankfurt eintraf, nachdem dieselben bereits geschlossen waren, obgleich gerade seine Regierung darauf gedrungen hatte, sie am 1. Oktober zu eröffnen. Sein Vertreter, Baron Nell, der Kassenrat der Bundesversammlung, war mit dem Gegenstande völlig unbekannt. Am 23. Oktober legte Herr von Hermann das über unsere Beratungen aufgenommene Protokoll dem handelspolitischen Ausschuß vor, der inzwischen eingetroffene Herr Hock erklärte sich einverstanden mit dem Ergebnis derselben, am 7. November ersuchte die Bundesversammlung die Regierungen, sich über die superrevidierten Entwürfe in so bestimmter Weise zu erklären, daß die Übereinkunft und ihre Anlagen zum Abschluß gebracht werden könnten, und am 20. Dezember erfolgten diese Erklärungen in einer Weise, welche die Unmöglichkeit der allseitigen Annahme ergab. Am Bunde war hiermit die Sache zu Ende.

Interessanter, als unsere Arbeiten, waren die Wahrnehmungen, welche Herr Klenze und ich über den Eindruck machen konnten, welchen der September-Vertrag hervorgebracht hatte. Der Vertrag hatte verblüfft. Die größeren Vereins-Regierungen fühlten sich verletzt, wie das nicht anders sein konnte, wußten aber noch nicht, welche Stellung sie einnehmen sollten. Die Erweiterung des Zollvereins war auch in Süddeutschland entschieden populär, und gegen den Inhalt des Vertrages hatten unsere Kollegen etwas Wesentliches nicht einzuwenden. Es wurden nur Besorgnisse laut, daß geheime Abreden zwischen Preußen und Hannover beständen, und daß Preußen die Fortsetzung der Vereinsverträge noch von anderen Dingen, als der Annahme des September-Vertrages, wie Herabsetzung der Schutzzölle und Änderungen

in der Organisation, abhängig machen werde, was mir Veranlassung gab, das Bestehen solcher Abreden oder Absichten bestimmt zu verneinen. Herr Hock war niedergeschlagen und erbittert zugleich, denn er erkannte sehr wohl, was der Vertrag für Österreich bedeute. Herrn von Hermann machte er Vorwürfe darüber, daß er durch die Beschleunigung unserer Verhandlungen Österreich die Möglichkeit entzogen habe, nach Verständigung mit Bayern und Württemberg, Vorschläge gegen den Fortbestand des preußischen Zollvereins, als eines Hindernisses der allgemeinen deutschen Zolleinigung, vorzulegen; gegen Herrn Klenze klagte er darüber, daß man Österreich zurückweise, und daß Hannover gegen finanzielle Zugeständnisse seine Unabhängigkeit verkauft habe; zugleich ließ er deutlich erkennen, daß er nicht wisse, was er anzufangen habe.

Am 6. November kehrte ich nach Berlin zurück; es galt, die früher erwähnten Verhandlungen mit den Niederlanden und mit Belgien in Gang zu bringen und die Vorbereitungen für unsere Kammern zu treffen. Ich brachte den Eindruck mit, daß die Annahme des September-Vertrages ohne allzu große Schwierigkeiten zu erreichen sein werde, wenn es möglich wäre, die Verhandlungen mit den Vereins-Regierungen sofort zu beginnen.

Leider war diese Möglichkeit nicht vorhanden. Preußen und Hannover hatten bei Unterzeichnung des Vertrages die ständische Genehmigung vorbehalten, mit diesem Vorbehalt war die Ratifikation erfolgt, und der Vertrag war von der Art, daß der Vorbehalt eine nicht bloß formelle Bedeutung hatte. Ferner war der Beitritt Oldenburgs erforderlich, um eine Bestimmung des Vertrages perfekt zu machen. In der Absicht, die in einem Gebiete von dem Umfange des Steuervereins kaum ausführbare Erhebung einer Nachsteuer zu vermeiden, hatte nämlich Hannover, dem Vorgange bei dem Zollanschluß Badens folgend, die Verpflichtung übernommen, spätestens vom 1. März 1853 ab seine Zollsätze für eine Reihe wichtiger Einfuhr-Gegenstände auf die Sätze des künftigen gemeinschaftlichen Tarifs zu erhöhen, und diese Verpflichtung konnte es ohne die Zustimmung Oldenburgs nicht zur Ausführung bringen. Wir durften es nicht unternehmen, einen Vertrag, welcher in seinem rechtlichen Bestande und seiner Ausführbarkeit noch Zweifeln unterliegen konnte, zum Gegenstande der Verhandlung mit den Vereins-Regierungen zu machen, denn wir hätten damit die Grundlage unserer Aktion, welche allein in der unanfechtbaren Festigkeit unseres Verhältnisses zu Han-

nover beruhte, preisgegeben. Wir mußten daher die ständische Genehmigung und den Abschluß mit Oldenburg abwarten und uns für jetzt darauf beschränken, durch eine um die Mitte des November den Vereins-Regierungen übergebene Note die Zollvereinsverträge zu kündigen und für die Eröffnung der Beratungen über die Fortsetzung des Zollvereins in der durch die Vereinigung mit dem Steuerverein erweiterten Gestalt, nach Berlin einzuladen. Die ersten Monate des kommenden Jahres wurden, unter Vorbehalt der näheren Bestimmung des Zeitpunkts, für die Eröffnung der Verhandlungen ins Auge gefaßt.

Am 18. Januar 1852 konnten wir in Hannover erklären, daß für uns der ständische Vorbehalt erledigt sei. In Hannover war mehr Zeit erforderlich. Am 18. November 1851 war König Ernst August gestorben, und vier Tage darauf war das Ministerium, welches den September-Vertrag abgeschlossen hatte, durch ein anderes ersetzt, an dessen Spitze der bisherige Bundestagsgesandte in Frankfurt, Freiherr von Schele, trat. Er war kein Freund des Vertrages, der, wie er Herrn Klenze im Oktober sagte, seiner politischen Anschauung und seinen Grundsätzen nicht entsprach. Daß er, noch bevor er zum Minister berufen wurde, seine Auffassung änderte, war Herrn von Bismarcks Verdienst. Ihm lag vor allen Dingen daran, daß die Bundesversammlung die Beschwerde der hannoverschen Provinzial-Landschaften gegen die Regierung nicht als begründet anerkenne, und Herr von Bismarck ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß die Haltung Preußens in dieser Frage von der Durchführung des September-Vertrages abhängen werde. Er versicherte nunmehr, daß er dem rechtsgültigen Zustandekommen des Vertrages keine Schwierigkeiten bereiten werde, Herrn Klenze und mir sagte er seine Mitwirkung zur Beseitigung der in Hannover noch vorhandenen Vorurteile zu, und sein Charakter bürgte dafür, daß er als Minister halten werde, was er als Gesandter versprochen hatte. Zehn Tage nach Bildung des neuen Ministeriums wurde der Vertrag den Ständen vorgelegt; Herr Klenze wurde zum Vertreter der Regierung ernannt.

Ich stand mit ihm in ununterbrochener Korrespondenz. Er unterrichtete mich über den Gang der Dinge in Hannover, und ich versah ihn mit dem Material, dessen er für den, mit der Vorberatung des Vertrages beauftragten Ausschuß beider Kammern bedurfte. Es waren zwei Gegner zu bekämpfen: der Partikularismus und der Freihandel. Der erstere war von dem früheren Ministerialvorstand Stüve vertreten, welcher, nachdem er den Vertrag in der Presse be-

kämpft hatte, in Hannover erschien und seine Partei in den Ständen zu bestimmen suchte, die Genehmigung des Vertrages von dem Zusammenbleiben sämtlicher Zollvereinsstaaten, also von einer Bedingung abhängig zu machen, durch welche Bayern und Sachsen Herren der Situation geworden sein würden. Für den Freihandel trat der hamburgische Freihandels-Verein ein, dessen Generalsekretär Hargreaves sich zum Zweck der Agitation in Hannover seßhaft machte. Der Wunsch, den letzten deutschen Freihandels-Tarif zu retten, und die Besorgnis, den verhaßten Zollverein bis an die Tore Hamburgs vordringen zu sehen, trafen mit der österreichischen Politik des Senators Merck zusammen. Den Hannoveranern wurde prophezeit, daß der September-Vertrag, weit entfernt, den Zolleinigungsplänen Österreichs ein Hindernis zu bereiten, der Ausführung derselben eine Brücke bauen werde. Neben diesen Strömungen bereitete eine, außer allem Zusammenhange mit dem Vertrage stehende question d'amour propre Schwierigkeiten. Hannover wünschte eine Verbindung mit Osnabrück und Ostfriesland durch eine, das preußische Gebiet auf zwei, $2^1/_2$ und $5^1/_2$ Meilen langen Strecken durchschneidende Eisenbahn von Löhne über Osnabrück, Ibbenbüren und Rheine nach Emden herzustellen. Über die Ausführung dieser, auch für Preußen wichtigen Verbindung waren im Jahre 1851 Verhandlungen eröffnet, welche, bei allem Einverständnis in der Hauptsache, nicht zu Ende kamen, weil Hannover den Betrieb auf der, zum bei weitem größten Teile in seinem Gebiet belegenen Bahn, ganz verständiger Weise ausschließlich für sich in Anspruch nahm, während der Minister von der Heydt sich nicht entschließen konnte, eine fremde Verwaltung auf einer von Preußen gebauten Strecke zu dulden. Die Verhandlungen des ständischen Ausschusses ließen keine Zweifel darüber, daß die Genehmigung des Vertrages von der Erledigung der Eisenbahnfrage werde abhängig gemacht werden; Herr von der Heydt gab nach, und die geschickte Hand des preußischen Bevollmächtigten, Freiherrn von der Reck, brachte noch vor der entscheidenden Abstimmung der Stände einen für Preußen sachlich sehr vorteilhaften Vertrag zu stande. Die Stände knüpften ihre Genehmigung noch an eine ganze Reihe anderer Voraussetzungen, welche ihr tiefes Mißtrauen gegen Preußen und gegen ihre eigene Regierung bekundeten, sachlich aber von geringer Bedeutung waren. Wir konnten sie auf dem Boden des Vertrages erledigen, und am 23. Februar erklärte endlich die hannoversche Regierung, daß sie, die Ermöglichung der Voreinführung des Tarifs

durch die Zustimmung Oldenburgs vorausgesetzt, den ständischen Vorbehalt für erledigt annehmen werde, wenn der Eisenbahn-Vertrag ratifiziert und von der preußischen Landesvertretung genehmigt sei.

Acht Tage später wurde der oldenburgische Anschlußvertrag unterzeichnet. Die Eröffnung der Unterhandlungen hatte sich, trotz unseres Drängens, bis in die zweite Hälfte des Dezember 1851 verzögert, weil Hannover allein mit Oldenburg, und Oldenburg nur mit Preußen und Hannover verhandeln wollte. Es kam zu der Unterhandlung zu Dreien, welche in Hannover stattfand und für uns von dem Geheimen Finanzrat Dach geführt wurde. Herr Dach war im Finanzministerium Referent in Tarifsachen, ein Mann von freiem Blick, eine liebenswürdige Persönlichkeit, gewissenhaft und zuverlässig. Er hatte, wie wir alle, darauf gerechnet, daß der Vertrag in ein paar Wochen fertig sein werde, aber wir hatten gerechnet, ohne die oldenburgische Verhandlungsmethode zu kennen. Man nahm die Miene an, als ob man Preußen und Hannover durch den Beitritt eine Gefälligkeit erweise, stellte ungemessene, zum Teil außerhalb des Kreises der Unterhandlung liegende Forderungen, und steifte sich darauf, ganz ebenso wie Hannover behandelt zu werden, also einen Freihafen in Brake zu erhalten, weil Hannover sich für Geestemünde das Freihafenrecht vorbehalten hatte, und im Zollverein ein ebenso volles Stimmrecht wie Preußen zu haben, weil dasselbe Hannover zugestanden war. Ich erhielt von Herrn Dach die verzweifeltsten Briefe und mußte, was Graf Nostitz mündlich tat, schriftlich Geduld predigen, obgleich auch mir die Geduld ausging. Zuletzt wurde an Oldenburg ein Ultimatum gestellt, welches jede Änderung des September-Vertrages ablehnte, und am 1. März wurde der Anschlußvertrag unterzeichnet. Am 6. März erging an die Vereins-Regierungen die Einladung, ihre Bevollmächtigten für die Unterhandlungen über Fortsetzung des Zollvereins zum 14. April nach Berlin zu entsenden.

Dreizehntes Kapitel.

Als die Einladungen zu der Verhandlung über Fortsetzung des Zollvereins an die Vereins-Regierungen erlassen wurden, waren seit Unterzeichnung des September-Vertrages sechs Monate verflossen. Eine unschätzbare Zeit hatte, unbenutzt von uns, verstreichen müssen. Österreich hatte sie benutzt.

In den letzten Tagen des November 1851 wurde der neue österreichische Zolltarif verkündet. Fürst Schwarzenberg teilte ihn uns und sämtlichen anderen Bundesregierungen mit, als die tatsächliche Bezeugung der unwandelbaren handelspolitischen Grundsätze Österreichs und als feste Grundlage für Verhandlungen über dessen mehrfach bekannt gegebene Entwürfe. Er hielt den Augenblick, in welchem wir in der Absicht, die Anbahnung der allgemeinen deutschen Zolleinigung zu fördern, Unterhandlungen über eine Erweiterung des Zollvereins veranlaßten, für besonders geeignet, die bisherige Absonderung Österreichs aufhören zu machen. Er teilte mit, daß Österreich von diesem Gesichtspunkt aus Vorbereitungen getroffen habe, um mit den Bundesregierungen über einen Zoll- und Handelsvertrag in Unterhandlung zu treten, durch welchen mittelst gegenseitiger Zollbefreiungen und Zollerleichterungen und ähnlicher Maßregeln ein enges Verhältnis zwischen den betreffenden Zollgebieten begründet, ferner ein gegenseitig bestimmender Einfluß auf den Zolltarif und die Zollmanipulation eingeräumt, endlich die nötigen Garantien für das Zustandekommen einer, sofort in ihren Grundzügen festzustellenden deutsch-österreichischen Handels- und Zolleinigung dargeboten würden. Er sprach den Wunsch aus, daß die bezüglichen Entwürfe vor Eröffnung der von uns in Aussicht genommenen Verhandlung über die Fortsetzung des Zollvereins beraten werden

möchten, und lud zu dieser Beratung auf den 2. Januar 1852 nach Wien ein.

Die von mir verfaßte Antwort, welche Herr von Manteuffel am 5. Dezember 1851 auf diese Eröffnung ergehen ließ, ging von dem Gedanken aus, daß durch das Zusammentreffen der österreichischen Tarifreform und des September-Vertrages die Beseitigung der beiden wesentlichsten Hindernisse in Aussicht gestellt werde, welche einer umfassenden handelspolitischen Verständigung in Deutschland entgegenstehen, nämlich der kommerziellen Absonderung Österreichs vom übrigen Deutschland und der Zersplitterung des letzteren in verschiedene Zollgebiete. Wie aber Österreich den Augenblick für Eröffnung von Unterhandlungen erst dann gekommen glaubte, als es die Umgestaltung seines handelspolitischen Systems abgeschlossen hatte, so könne Preußen in die Unterhandlungen erst dann eintreten, wenn die neue Gestaltung des Zollvereins zum Abschluß gediehen sei, denn erst dann kenne es den, zum Ausgangspunkt derselben zu nehmenden faktischen Zustand. Es wurde deshalb die Einladung nach Wien abgelehnt, zugleich aber die volle Bereitwilligkeit erklärt, nach Rekonstituierung des Zollvereins über die kommerziellen Verhältnisse des letztern zu Österreich in Unterhandlung zu treten. Den Vereins-Regierungen wurde von dieser Antwort Mitteilung gemacht, und dabei noch besonders betont, daß der Zollverein, solange seine Fortdauer über das Jahr 1853 nicht gesichert sei, sich geradezu in der Unmöglichkeit befinde, einen Vertrag mit Österreich zu schließen, welcher naturnotwendig für eine Reihe von Jahren Geltung haben müsse.

Die Korrespondenz schloß mit einer Depesche des Fürsten Schwarzenberg an Baron von Prokesch vom 22. Dezember, welche in höflichster Form die Gründe zu widerlegen suchte, aus denen wir unsere Ablehnung hergeleitet hatten. Wir ließen die Vereins-Regierungen durch unsere Gesandten davor warnen, Verpflichtungen einzugehen, welche ihre künftige Stellung im Zollverein gefährden könnten.

Am 4. Januar 1852, als der September-Vertrag noch in unseren Kammern und von den hannoverschen Ständen beraten wurde, und die Verhandlungen mit Oldenburg eben begonnen hatten, wurde die Zollkonferenz in Wien vom Fürsten Schwarzenberg eröffnet. Wie elf Jahre später in Frankfurt auf dem Fürstentage ganz Deutschland versammelt war, mit Ausnahme von Preußen, so war es jetzt in Wien, nur daß außer Preußen noch die thüringischen Staaten fehlten.

Es mußte uns daran gelegen sein, über den Gang der Verhandlungen fortlaufend und zuverlässig unterrichtet zu werden. Zu diesem Zwecke wurde Dr. Lembke nach Wien gesendet. Er hatte Geschichte studiert, für die Heeren- und Ukertsche Sammlung die Geschichte Spaniens übernommen und war, nachdem der erste Band des Werks 1831 erschienen war, zur Fortsetzung seiner Studien nach Madrid gegangen. Hier ergriff ihn die politische Bewegung des Landes. Er wurde Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" und, nach Abbruch unserer diplomatischen Verbindung, politischer Berichterstatter für das auswärtige Ministerium. In Anerkennung seiner ausgezeichneten Leistungen wurde er, nachdem er Spanien verlassen hatte, bei der Gesandtschaft in Kopenhagen und später im auswärtigen Ministerium beschäftigt. Die Eigenschaften, welche er in Madrid gezeigt hatte, empfahlen ihn für die Sendung nach Wien. Ich schrieb für ihn die Instruktion und führte ihn durch Privatbriefe bei einigen Konferenz-Mitgliedern ein, deren Mitteilungen ihn in den Stand setzten, seine Aufgabe vollständig zu erfüllen.

Die Entwürfe, welche Österreich vorlegte — ein Handels- und Zollvertrag und ein Zolleinigungsvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein — waren schwache Arbeiten, sie trugen den Stempel der Eile, mit welcher sie angefertigt waren, und der Ungeübtheit ihrer Verfasser; das wichtigste Stück des Handelsvertrages, der gemeinsame Zolltarif, war noch nicht vollendet. Die Konferenz mußte erst etwas Brauchbares machen. Sie unterzog sich dieser Aufgabe mit Fleiß und Sachkenntnis und stellte bis Mitte April zwei völlig umgearbeitete Vertragsentwürfe und einen Tarifentwurf fertig. Alle diese Entwürfe sind Entwürfe geblieben, und ich kann mich daher auf wenige Bemerkungen über ihren Inhalt beschränken.

Als Paziszenten des Handels- und Zollvertrages (A) waren Österreich mit seinen italienischen Zollverbündeten und der Zollverein gedacht. Eine in dem österreichischen Entwurf enthaltene Bestimmung über eine bedingte Teilnahme der Hansestädte wurde gestrichen, und der charakteristischen Erklärung Österreichs, daß, wenn es gewünscht würde, auch Dänemark, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz der Beitritt vorbehalten werden könne, wurde keine Folge gegeben. Der Inhalt des Vertrages bestand aus der in Dresden entworfenen Übereinkunft mit einigen, durch die Veränderung in der Person der Paziszenten zulässig gewordenen Erweiterungen und aus einigen, die

Zolleinigung einleitenden Bestimmungen. Zu den letzteren gehörte der Tarif, welcher sehr zahlreiche Gegenstände nicht bloß für den gegenseitigen Verkehr von jeder Abgabe befreite oder ermäßigten Zollsätzen von beiderseits gleicher Höhe unterwarf, sondern auch für den Verkehr beider Zollgebiete mit dritten Ländern mit gleichmäßigen Eingangsabgaben belegte. Die beiden in Dresden entworfenen Kartelle waren dem Vertrage beigefügt. Der Vertrag war, dank dem aus Dresden übernommenen Material, eine gut durchdachte Arbeit. Im Gegensatz zu der Verurteilung, welche er, als aus Wien kommend, in Berlin erfuhr, sprach ich die Überzeugung aus, daß wir ihn, sobald die Fortsetzung des Zollvereins gesichert sei, und nach Ausscheidung der mit der Zolleinigung zusammenhängenden Bestimmungen, annehmen könnten und annehmen würden, wir möchten wollen oder nicht.

Der Zolleinigungsvertrag (B), welcher mit dem 1. Januar 1859 in Kraft treten sollte, war trotz aller ihm gewidmeten Mühe nur eine unvollkommene Arbeit geblieben; denn es war, von jeder politischen Rücksicht abgesehen, technisch ein Ding der Unmöglichkeit, für einen Zollverein, sieben Jahre vor dessen Eintreten, auch nur die Grundlagen zu bestimmen. Ich schrieb, sobald er bekannt geworden, eine Kritik, die in der Braunschen „Minerva" erschien. Sie wies nach, daß von den drei Grundbedingungen eines Zollvereins: freier Verkehr zwischen den zollvereinten Staaten, übereinstimmende Gesetzgebung über den Verkehr mit dem Auslande, Gemeinsamkeit des Ertrages der von diesem Verkehr zu entrichtenden Abgaben, die beiden ersten im Vertrage fehlten, und die dritte fehlerhaft konstruiert sei.

Neben den offenen Verhandlungen über diese Entwürfe gingen geheime Verhandlungen her über einen eventuellen Zollvereinigungsvertrag zwischen Österreich einerseits und Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau andererseits, welcher mit C bezeichnet wurde. Zum Abschluß kamen sie nicht, und den Wortlaut des Vertragsentwurfs lernten wir nicht kennen. Wir erfuhren nur, daß, wenn gewisse, vorläufig noch nicht vereinbarte Voraussetzungen eintreten sollten, diese Staaten unter sich vom 1. Januar 1854 ab einen Zollverein bilden wollten mit einer Verfassung, welche auf der Verfassung des deutschen Zollvereins, und mit einem Tarif, welcher auf dem österreichischen Tarif beruhte, sowie mit einer von

Österreich übernommenen Garantie für die finanziellen Interessen der anderen Kontrahenten.

Vierzehn Tage vor dem Schluß der Wiener Konferenzen, am 5. April, starb Fürst Schwarzenberg. Graf Buol trat an seine Stelle. Noch vor dessen Ernennung wurde in der Konferenz und in einer Depesche an die österreichischen Gesandten erklärt, daß der Todesfall die handelspolitischen Pläne Österreichs unberührt lasse. Aber wer die beiden Herren kannte, war nicht im Zweifel darüber, daß die hinter diesen Plänen stehende schöpferische Kraft und rücksichtslose Energie erloschen seien. Der Wagen konnte, dem ihm einmal gegebenen kräftigen Impulse folgend, noch eine Zeitlang rollen, mußte aber allmählich in ein immer langsameres Tempo verfallen. Unser gefährlichster Gegner war abgetreten.

Mit der Einladung zur Eröffnung der Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins hatten wir den Vereins-Regierungen eine Denkschrift vorgelegt, welche unsere Anträge für diese Verhandlungen enthielt. Dieselben betrafen: die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein, die Bildung verbindlicher Beschlüsse unter den Vereins-Regierungen, die Maßregeln wegen des Verkehrs mit Getreide in Teuerungszeiten und die Errichtung von Zollvereins-Konsulaten. Der erste Antrag war nicht auf die Annahme des September-Vertrages als solchen gerichtet, sondern auf die Zustimmung zu den Abweichungen von den Grundverträgen des Vereins, zu den Abänderungen der Vereinsgesetzgebung und zu den Übergangs- und Vollzugsmaßregeln, welche der Vertrag enthielt, oder notwendig machte. Ich hatte diese Form gewählt, weil dieselbe unseren Gegnern nicht zumutete, einen Vertrag ausdrücklich gut zu heißen, dessen Abschluß sie als eine Kränkung ansahen, und eine jedenfalls unfruchtbare Generaldiskussion ausschloß; freilich wollte der Minister von Beust diese Form als eine neue Kränkung ansehen. Der zweite Antrag leitete einerseits aus der rechtlichen Natur der, zur Verhandlung unter den Vereins-Regierungen gelangenden Gegenstände, andererseits aus dem praktischen Bedürfnis, welches die bisher gemachten Erfahrungen ergeben hatten, die Folgerung her, daß die zur Zeit für jeden Beschluß in Vereinsangelegenheiten nötige Einstimmigkeit erforderlich bleiben müsse bei allen Verhandlungen über die Grundverträge und bei Erlaß neuer oder Abänderung bestehender Gesetze, daß aber Mehrheitsbeschlüsse zulässig und zweckmäßig seien bei Auslegung der Gesetze und bei dem Erlaß oder der Abänderung

reglementarischer Anordnungen. In den Entwurf dieses Antrags hatte ich einen Vorschlag über die, den einzelnen Staaten zustehende Stimmenzahl aufgenommen, bei dessen Annahme eine Majorisierung Preußens zwar möglich, aber sehr unwahrscheinlich gewesen wäre, der Vorschlag fand jedoch bei dem Finanzministerium Bedenken, und der Antrag mußte sich deshalb auf den Satz beschränken, daß die Stimmberechtigung weder völlig gleich, noch lediglich nach dem Verhältnis der Bevölkerung zu bestimmen sein werde. Der dritte Antrag, im Finanzministerium entworfen, bezweckte, der Wiederkehr von Meinungsverschiedenheiten vorzubeugen, welche über die Auslegung damals bestehender Verabredungen hervorgetreten waren. Der vierte Antrag, von Herrn Philipsborn verfaßt, ist durch seinen Namen gekennzeichnet; er knüpfte an Vorschläge an, welche im Jahre 1846 allgemein und im Jahre 1848 in der Beschränkung auf das Konsulatswesen in den Donau-Fürstentümern von Preußen gemacht waren.

Unsere Einladung enthielt ferner die Mitteilung, daß wir Hannover und Oldenburg zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen hätten, und die Erklärung, daß zwar bei diesen Verhandlungen das Augenmerk auf eine engere Vereinigung mit Österreich auf dem Gebiete der materiellen Interessen zu richten sei, daß es aber zunächst darauf ankomme, den Zollverein in seiner erweiterten Gestalt wieder fest zu begründen, und dann zu den sich als zweckmäßig darstellenden weiteren Gestaltungen überzugehen.

Wir hatten noch im Laufe des März von Hannover, Baden, Thüringen, Braunschweig, Oldenburg und Frankfurt Antworten auf unsere Einladungen erhalten, die übrigen Regierungen hatten geschwiegen, weil sie den Verlauf der Wiener Konferenz abwarten wollten. Indessen nahete der Tag, auf welchen die Einladung lautete, heran, sie mußten einen Entschluß über ihre Stellung zu unserem Programm fassen. Am Tage vor dem Tode des Fürsten Schwarzenberg traten die leitenden Minister von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau in Darmstadt zusammen, um sich sowohl über diese Stellung, als auch über eine gemeinsame Haltung bei dem Schluß der Wiener Konferenz zu verständigen. Die Nachricht von dem Todesfall beschleunigte die Beratung, das Ergebnis wurde in drei, am 6. April unterzeichneten Protokollen niedergelegt. Nach Inhalt des ersten sollten in Wien das Schlußprotokoll der Konferenz über die Entwürfe A und B, vorbehaltlich definitiver Feststellung des Tarifs, unterzeichnet, und in Berlin die Notwendigkeit einer Ver-

handlung mit Österreich auf Grund dieser Entwürfe sofort ausgesprochen, letztere sobald als möglich mit dem Antrage auf Einladung Österreichs zu Verhandlungen darüber vorgelegt, endlich die Verhandlungen über Erneuerung und Erweiterung des Vereins nicht zum Abschluß gebracht werden, solange jene Verhandlungen nicht stattgefunden hätten. Baden legte in dieses Protokoll die Erklärung nieder, daß es sich an weiteren Verabredungen nicht würde beteiligen können, und es tragen daher die beiden anderen Protokolle nicht die Unterschrift seines Ministers. Das zweite Protokoll erkannte die bestehenden Zollvereinsverträge als für die sechs Staaten fortdauernd verbindlich an, verpflichtete die letzteren, einen Zolleinigungs-Vertrag mit einem anderen Staate nur unter allseitiger Zustimmung abzuschließen, und erhielt die Zollvereinsverträge, auch über den 1. Januar 1854 hinaus, unter den sechs Staaten für den Fall aufrecht, daß eine weitere Zolleinigung unter allseitiger Zustimmung nicht vor Ende 1853 zu stande gebracht sein werde. Das dritte Protokoll enthielt die wegen des in Wien entworfenen Vertrages C an Österreich zu machenden Vorschläge. Es sollten zunächst über Abänderung dieses Vertrages weitere Verhandlungen gepflogen werden, Österreich sollte sich verpflichten, den Vertrag, abgeändert oder nicht, mit den sechs Staaten abzuschließen, namentlich also den letzteren, die in dem Vertrage enthaltene Garantie ihrer Zollrevenuen zu gewähren, wenn dieselben vor dem 31. Januar 1853 darauf antragen würden, die sechs Staaten aber sollten sich verpflichten, einen Vertrag mit Preußen über die Fortdauer des Zollvereins nicht vor dem 1. Januar 1853 abzuschließen, sofern nicht vorher eine Verständigung zwischen Österreich und dem Zollverein über ihr gegenseitiges Verhältnis in Zoll- und Handelssachen erfolgt sei.

Die Antworten, welche wir nunmehr in den Tagen vom 10. bis 13. April aus München, Dresden, Stuttgart, Kassel, Darmstadt und Wiesbaden erhielten, entsprachen in ihrem sachlichen Inhalt dem ersten Darmstadter Protokoll. Mit mehr oder weniger ausführlicher Begründung und mit der, durch die Individualität ihrer Verfasser bedingten Verschiedenheit der Tonart gingen sie von dem Gedanken aus, daß mit demselben Rechte, mit welchem Preußen den von ihm einseitig abgeschlossenen September-Vertrag, unter Teilnahme Hannovers und Oldenburgs, zur Beratung stelle, die bei der Wiener Konferenz vertreten gewesenen Staaten die Beratung der dort vereinbarten, mit dem Gegenstande der Berliner Verhandlungen im engsten

Zusammenhange stehenden Entwürfe, und zwar unter Teilnahme Österreichs, beanspruchen könnten. Sie sprachen die Besorgnis aus, daß, solange Österreich von den Verhandlungen fernbleibe, ein befriedigendes Ergebnis derselben nicht zu erwarten sei.

Fast gleichzeitig mit diesen Antworten gelangten wir in den Besitz von Abschriften der Darmstadter Protokolle. Die Bedeutung derselben ging über den eigentlichen Gegenstand weit hinaus. Sie enthielten den Versuch, die Trias, nachdem dieselbe bei den Dresdener Konferenzen als Bundesinstitution gescheitert war, auf einem anderen Gebiete tatsächlich ins Leben zu rufen. Die Mittelstaaten schlossen sich zu einer übereinstimmenden Haltung gegenüber den beiden Großmächten zusammen, zunächst zur Unterstützung der Politik Österreichs, aber nicht, ohne gegen letzteres ebenfalls eine bestimmte Stellung zu nehmen. Es ergab sich von selbst, daß die einzuleitenden Verhandlungen von Gesichtspunkten deutscher Politik beherrscht sein würden; durch diese Gesichtspunkte erhielt die Zolleinigung mit Österreich ihre eigentliche Bedeutung, denn die „dritte Macht" konnte nur in der wechselnden Unterstützung der einen oder der anderen Großmacht zur Geltung kommen. Es war charakteristisch, daß an der Darmstadter Konferenz, wie an den späteren Konferenzen in Kissingen, Stuttgart und München, nur die auswärtigen Minister teilnahmen, und es bezeichnete die Entwicklung des Trias-Gedankens, daß in der Zollkonferenz die erste, auf den Darmstadter Verabredungen beruhende Erklärung von jedem einzelnen Bevollmächtigten besonders, alle späteren aber von sämtlichen beteiligten Bevollmächtigten gemeinschaftlich abgegeben wurden.

Die Protokolle wurden einige Tage nach Eröffnung der Berliner Verhandlungen in der „Vossischen Zeitung" abgedruckt und übten auf die öffentliche Meinung, namentlich in Sachsen, die gewünschte Wirkung aus. Bei dem Abdruck wurde ein Versehen begangen. Die Abschriften waren aus Darmstadt nach Berlin gelangt und trugen deshalb, den Originalen entsprechend, die Unterschrift der Darmstadter Minister an erster Stelle. So wurden sie abgedruckt, und damit war die Quelle verraten. Es tat uns nachträglich leid, daß wir nicht dem Namen des Baron Beust die erste Stelle gegeben hatten.

Die Eröffnung unserer Verhandlungen hatte vom 14. auf den 19. April verschoben werden müssen. Vorher war bei uns noch die Frage zu entscheiden gewesen: wer zu denselben zu bevollmächtigen sei. Die Vollmacht war bei den ersten Vereinsverträgen von 1833/36

auf den Finanzminister und den Direktor im auswärtigen Ministerium, bei der Fortsetzung der Verträge im Jahre 1841 auf den General-Direktor der Steuern und den Direktor im auswärtigen Ministerium, wie bei dem September-Vertrage auf die drei Ressortminister ausgestellt worden. Ich wußte im voraus, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen der größte Teil der Last auf meinen Schultern ruhen werde, und hatte keine Neigung, wie solches bei dem September-Vertrage geschehen war, nach getaner Arbeit in der Versenkung zu verschwinden. Nach der bisherigen Übung konnte ich, als Rat dritter Klasse, einen Anspruch auf Bevollmächtigung nicht erheben und schlug deshalb vor, den General-Direktor der Steuern, welcher nach dem Vorgange von 1841 nicht übergangen werden konnte, allein zu bevollmächtigen und ihm Herrn Philipsborn, der so wenig als ich einen Anspruch auf Bevollmächtigung hatte, und mich als Adjutanten beizugeben. Wie ich erwartet hatte, wollte Herr Philipsborn hiervon nichts wissen; es gelang ihm, den Ministerpräsident zu bestimmen, daß die Vollmacht auf uns drei ausgestellt wurde. Herr von Pommer Esche übernahm den Vorsitz und die Leitung der Verhandlungen, zu welcher er durch Ruhe, Klarheit und Sachkenntnis vorzüglich geeignet war, mir fiel die Vertretung unserer, auf dem September-Vertrag beruhenden Anträge und die Redaktion der Beschlüsse zu, Herr Philipsborn hatte die lebendige Verbindung mit dem auswärtigen Ministerium zu erhalten und die Zollvereins-Konsulate zu verteidigen.

In dem Sitzungszimmer der dritten Abteilung des Finanzministeriums, der Geburtsstätte aller Zollvereinsverträge, wurden die Verhandlungen von Herrn von Manteuffel in Gegenwart des Handels- und des Finanzministers durch eine Ansprache eröffnet, in welcher als ihre Aufgabe die Fortsetzung des Zollvereins unter Hinzutritt derjenigen neuen Mitglieder, die sich bereits vertragsmäßig zum Eintritt verpflichtet hatten, und, nach Erreichung dieses Zieles, die Beratung der Frage bezeichnet war, wie zwischen dem neu begründeten Zollverein und den anderen, Deutschland ganz oder für einen Teil ihres Gebietes angehörigen Staaten umfassende Handelsverträge zu schließen sein würden. In seiner Erwiderung betonte der bayerische Bevollmächtigte, daß seine Regierung die Erweiterung des Zollvereins nicht nur in der Richtung nach dem Norden Deutschlands, sondern auch nach anderer Richtung wünsche, namentlich zu dem Zwecke, um zu einer Verständigung mit Österreich über die Her-

beiführung einer Zoll- und Handels-Vereinigung zu gelangen. Die Gegensätze waren hiermit von vornherein genügend gekennzeichnet.

Das verspätete Eintreffen einiger Bevollmächtigten und das Bedürfnis vertraulicher Vorbesprechungen verzögerten den wirklichen Beginn der Verhandlungen bis zum 26. April. Von da ab fanden dieselben ohne Unterbrechung bis zum 20. Juli, sodann noch vom 21. bis 30. August statt, eine letzte Sitzung vor dem Abbruch wurde am 15. September abgehalten. Sachlich zerfielen sie in zwei völlig getrennte Gruppen: die Beratung der, auf die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins bezüglichen Anträge und die Verhandlung über das Verhältnis zu Österreich.

In der ersten Gruppe waren Verlauf und Ergebnis befriedigend. Der erste preußische Antrag, nämlich die aus dem September-Vertrage sich unmittelbar ergebenden Fragen und eine Reihe mit demselben im Zusammenhange stehender Gegenstände — gegenseitige Verkehrserleichterungen in der Übergangszeit, Regelung der Rübenzuckersteuer, Bestimmungen über freie Niederlagen in den Seehäfen, Zollvergütungen an die Erbauer von Seeschiffen, Entschädigung für die Versorgung der durch den Wegfall der Zollgrenze dienstlos werdenden Beamten — wurden nicht nur gründlich beraten, sondern auch soweit gefördert, daß im August die sieben bei dem ersten Darmstadter Protokoll beteiligten Regierungen sich bereit erklärten, diesem Antrage zuzustimmen, sofern über die Verhältnisse zu Österreich ein Einverständnis erzielt werde. Unseren zweiten Antrag brachten wir nicht auf die Tagesordnung, weil derselbe weitschichtige Erörterungen erwarten ließ, unser dritter und vierter Antrag wurden durchberaten, und jener einer annehmbaren Erledigung nahe geführt, dieser zur Zeit abgelehnt, endlich wurde ein Antrag Thüringens wegen örtlicher Verkehrsbeschränkungen besprochen. Es war bezeichnend, daß keiner der Darmstadter Verbündeten einen Antrag gestellt hatte, mit Ausnahme von Sachsen, welches zwei wenig erhebliche, auf Ergänzung der Münz-Valvations-Tabelle und Auslegung der Verabredungen über den Gewerbebetrieb gerichtete Anträge so spät vorlegte, daß eine Beratung nicht mehr stattfinden konnte. Offenbar wollten die Verbündeten es vermeiden, durch Anträge, welche Partikularinteressen verfolgten, Zwiespalt untereinander hervorzurufen und das Gewicht ihres, das Verhältnis zu Österreich betreffenden Antrags abzuschwächen.

Bei ernsthaften Männern, welche zu gemeinsamer Arbeit an wichtigen und interessanten Gegenständen zusammentreten, stellen sich das

Bestreben nach einem befriedigenden Ergebnis und gute persönliche Beziehungen allmählich von selbst ein. So war es auch bei unseren Verhandlungen. Wie auch die Regierungen denken mochten, von den Bevollmächtigten wollte keiner die Sprengung des Zollvereins. Die Mehrzahl derselben hatte vom Beginn ihrer Laufbahn an in Zollvereins-Angelegenheiten gearbeitet, der Zollverein war ihnen ein Stück des eigenen Daseins geworden. Die anfängliche Kälte und Zurückhaltung machte einem offenen kollegialischen Verhältnis Platz, man empfand Befriedigung, wenn ein Stein nach dem anderen aus dem Wege geräumt wurde, selbst die Verhandlungen über das Verhältnis zu Österreich wurden, soweit es von den Bevollmächtigten abhing, in immer freundlicherem Tone geführt.

Diese Verhandlungen erhielten eine völlig andere Form, als die vorher erwähnten. Diese fanden mündlich statt, niedergeschrieben wurden nur die zur Grundlage der Beratung bestimmten und die aus derselben hervorgegangenen Entwürfe, jene dagegen bestanden in dem Austausch von Schriftsätzen. In der ersten Sitzung verlasen die Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen und Württemberg die von ihren Regierungen auf die Einladung zu der Konferenz an Preußen gerichteten, oben erwähnten Antworten und schlossen mit der Erklärung, daß in Verbindung mit den eben eröffneten Verhandlungen zugleich auch eine Verhandlung mit Österreich unter Zugrundelegung der Wiener Entwürfe für notwendig gehalten werde. Baden, beide Hessen und Nassau traten dieser Erklärung bei. In der nächsten Sitzung, 1. Mai, verlasen wir eine von mir entworfene Erwiderung, welche die Ansicht ausführlich begründete, daß die Erneuerung des Zollvereins den Verhandlungen mit Österreich vorhergehen müsse, dabei aber die, in unserem Einladungsschreiben ausgesprochene Ansicht wiederholte, daß bei den eingeleiteten Verhandlungen eine engere Vereinigung mit Österreich auf dem Gebiete der materiellen Interessen in Aussicht zu nehmen sein werde. Thüringen trat unserer Erklärung bei, Hannover war zu Verhandlungen mit Österreich während der Dauer der Konferenz, aber nur über einen Handelsvertrag bereit, Braunschweig und Oldenburg wünschten die Fortsetzung der Verhandlungen über Erneuerung des Zollvereins, lehnten aber die Beteiligung an Verhandlungen mit Österreich nicht ab. Es war hiernach weiter nichts erreicht, als die Konstatierung der Tatsache, daß jedermann bei der Meinung beharrte, welche er vor Eröffnung der Konferenz bereits kundgegeben hatte.

Die weitere Entwicklung der Sache wurde von verschiedenartigen Strömungen beeinflußt.

Die persönliche Neigung des Königs war auf ein einträchtiges und gleichberechtigtes Zusammenwirken mit Österreich in den deutschen Angelegenheiten wie in der europäischen Politik gerichtet. „Österreich, Preußen Hand in Hand" war der Wahlspruch seiner Umgebung. Herrn von Bismarcks Tätigkeit in Frankfurt bestand in den ersten Jahren in einer Reihe von Versuchen, ein solches Zusammenwirken herzustellen. Darum war aber der König keineswegs gewillt, die Stellung schmälern zu lassen, welche Preußen unter seinem Vater durch die Schöpfung des Zollvereins in Deutschland gewonnen hatte. Aus diesen Auffassungen entsprang eine ausführliche Depesche, welche am 8. Mai an den Grafen Arnim, den Nachfolger Bernstorffs in Wien, zur Mitteilung an den Grafen Buol gerichtet wurde. Sie bezeichnete sich als das erste Wort zu einer Verständigung mit Österreich. Sie leitete aus der Lage Deutschlands und Europas das gemeinsame Interesse an einer solchen Verständigung her, widerlegte die Meinung von der finanziellen und politischen Bedeutung des Zollvereins für Preußen, stellte die Entstehung des September-Vertrages und die Gründe dar, aus welchen Preußen sich von den Wiener Verhandlungen ferngehalten hatte, verhieß, unter Mitteilung unserer Erklärung vom 1. Mai, daß es, nach Rekonstruierung des Zollvereins, die eifrigste Sorge Preußens sein werde, Verhandlungen mit Österreich über die wechselseitigen Verkehrsverhältnisse beider Ländermassen auf der breitesten Grundlage zu eröffnen, und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Österreich seinen Einfluß anwenden werde, um die Vorfrage über den Fortbestand des Zollvereins einer baldigen Erledigung zuzuführen und damit Preußen den Weg zu eröffnen, mit Österreich neue Bande zu schließen. Diese Depesche, welche der Zollfrage ihre richtige Stelle in der Gesamtpolitik beider Mächte anwies, wurde nicht nur den Ministern, sondern auch mir vorenthalten, ihr Dasein erfuhr ich erst aus der Antwort des Grafen Buol, und auch da wurde sie mir erst dann zum Lesen gegeben, als ich es ablehnte, eine in der Konferenz abzugebende Erklärung ohne Kenntnis ihres Inhalts zu entwerfen. Daß niemand im auswärtigen Ministerium sie verfaßt haben könne, leuchtete mir sofort ein; ich zweifelte nicht, daß sie von Herrn von Bismarck entworfen sei.

In einer ganz anderen Richtung, als diese politischen Gedanken, bewegte sich eine mächtige populäre Strömung. Das preußische

Selbstgefühl war seit dem Beginne des Jahres 1850 durch schwere Demütigungen tief verletzt worden, der September-Vertrag hatte ihm die erste Genugtuung gewährt, es forderte gebieterisch, daß dieser Vertrag, Österreich und dessen Verbündeten zum Trotz, ohne Wanken und ohne Zugeständnisse durchgeführt werde. Das Vertrauen, daß die Regierung dieser Forderung entsprechen werde, war nicht allzu groß, die Besorgnis, daß namentlich Herr von Manteuffel Österreich gegenüber nicht standhalten werde, war weit verbreitet, und die strenge Geheimhaltung der Depesche vom 8. Mai hatte wohl in der Rücksicht auf diese Besorgnis ihren Grund. Der Minister-Präsident fühlte das Bedürfnis, das Vertrauen zu befestigen, und war deshalb mit einer Interpellation über die Zollvereinsfrage einverstanden, welche am 17. Mai, zwei Tage vor dem Schluß der Kammern, in der zweiten Kammer von allen Fraktionen eingebracht wurde. Er erwiderte dieselbe mit der Erklärung, daß die Regierung fest entschlossen sei, den Standpunkt zu behaupten, den sie bei Beginn der Berliner Zollvereinsverhandlungen eingenommen habe. Ich selbst war nahe daran, dem Mißtrauen zu verfallen. Ich war schon damals der Meinung, daß Energie nicht in hochtönenden Worten, sondern in ruhigen Taten bestehe, und ließ es mir daher, im vollen Einverständnis mit meinem Minister, angelegen sein, in den Entwürfen unserer Erklärungen, bei aller Festigkeit in der Sache, den Ton herausfordernder Schroffheit zu vermeiden. Diese meine Haltung war ebensowenig unbekannt geblieben, als meine Überzeugung von der Angemessenheit einer schließlichen Verständigung mit Österreich. Die Folge war, daß ich von den verschiedensten Seiten, mündlich und schriftlich, zum Festhalten ermahnt und vor Nachgiebigkeit gewarnt wurde. Dem Einfluß der Strömung, welche in solchen Anmahnungen zum Ausdruck kam, konnte sich niemand von uns völlig entziehen.

An dem nämlichen Tage, an welchem Graf Arnim die Depesche vom 8. Mai in Wien übergeben hatte, übergab Baron Prokesch in Berlin eine Depesche des Grafen Buol vom 7. Mai. Dieselbe legte die Wiener Entwürfe A und B vor, sprach, ebenfalls unter Bezugnahme auf die allgemeine politische Lage, die Zuversicht aus, daß Preußen nunmehr auf die Anträge Österreichs eingehen werde, und erneuerte das Anerbieten, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden, damit die Wiener Vorlagen, unter Zuziehung eines österreichischen Vertreters, mit den übrigen, den Gegenstand der Berliner

Konferenzen bildenden Fragen in Verhandlung genommen würden. Die beiden Mitteilungen hatten sich gekreuzt; wer zuerst antwortete, war augenscheinlich im Vorteil. Das auswärtige Ministerium ließ sich diesen Vorteil entgehen und gab dem Grafen Buol Zeit, in einer Depesche vom 14. Mai seine Befriedigung über den Inhalt unserer Depesche vom 8. und zugleich die Überzeugung auszusprechen, daß die in der letzteren gegen die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen erhobenen Bedenken durch die nähere Prüfung der österreichischen Vorlagen gehoben sein würden. Die nun unvermeidlich gewordene Antwort nach Wien erfolgte am 17. Mai. Sie lautete so, wie eine acht Tage früher erlassene Depesche hätte lauten müssen, eine Depesche vom 17. Mai aber nicht lauten durfte, sie ignorierte nämlich einfach die österreichische Mitteilung vom 14. Mai, knüpfte an unsere Mitteilung vom 8. Mai an, und lehnte die von Österreich gewünschte Verbindung der Zollvereins-Verhandlungen mit den Verhandlungen mit Österreich ab. Graf Buol antwortete am 23. Mai. Er hielt die Gründe für erschöpft und eine Fortsetzung des Schriftwechsels für fruchtlos, er überließ es der Erfahrung darzutun, ob der von Österreich befürwortete oder der von Preußen eingeschlagene Weg der natur- und sachgemäße, und somit zum Ziele führende sei.

Wenige Wochen darauf wurde noch einmal eine Verständigung mit Österreich versucht. Am 8. Juni traf Herr von Bismarck in Wien ein, um den, für diesen Zweck beurlaubten Grafen Arnim zu vertreten. Seine Aufgabe war, über mehrere bei der Bundesversammlung schwebende Gegenstände und über die Zollfrage eine direkte Verständigung zwischen den beiden Regierungen herbeizuführen. Soweit sie die Zollfrage betraf, blieb sie ungelöst. Mit der nämlichen Entschiedenheit, welcher ich im März 1850 in Wien begegnet war, wurde vom Grafen Buol und vom Kaiser selbst die Zolleinigung in den Vordergrund gestellt. Es war nach wie vor die Machtfrage, welche die Auffassungen beherrschte, und eine Einigung über diese Frage war eben nicht möglich.

In der Zwischenzeit waren auch in der Zollkonferenz Erklärungen gewechselt worden. Am 25. Mai legten die Darmstadter Verbündeten die Wiener Entwürfe A und B mit dem Antrage vor, daß während der Konferenzverhandlungen Verhandlungen über beide Entwürfe zwischen den Bevollmächtigten sämtlicher Vereinsstaaten unter Teilnahme von österreichischen Bevollmächtigten eröffnet werden möchten. Sie leiteten die Notwendigkeit der Gleichzeitigkeit der Verhandlungen

aus dem Umstande her, daß für die Erweiterung der Verkehrsbeziehungen mit Österreich der nämliche Zeitpunkt in Aussicht genommen war, an welchem die Erweiterung des Zollvereins eintreten sollte. Wir antworteten am 7. Juni, unmittelbar vor der Ankunft des Herrn von Bismarck in Wien. Nach einer kurzen Mitteilung über unsere Korrespondenz mit Österreich lehnten wir den Antrag ab. Wir legten die Gründe dar, aus welchen wir eine Zolleinigung des Zollvereins mit Österreich im Interesse des ersteren für zur Zeit unmöglich hielten, und deshalb auf eine Verhandlung über den Zolleinigungsentwurf nicht eingehen könnten. Zu Verhandlungen über einen Zoll- und Handelsvertrag erklärten wir uns wiederholt bereit, beharrten aber aus formellen und materiellen Gründen bei der Ansicht, daß diese Verhandlungen erst nach Sicherung der Fortdauer des Zollvereins begonnen werden könnten. Als einen materiellen Grund konnten wir geltend machen, daß es notwendig sei, der lähmenden Wirkung schleunig ein Ende zu bereiten, welche die Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung des Vereins auf das Verkehrsleben auszuüben begann. Dieser Erklärung, in deren von mir verfaßtem Entwurf der König selbst ein paar Änderungen vorgenommen hatte, ließen wir am 1. Juli eine zweite folgen, welche im Interesse des leidenden Verkehrs und des Fortganges der Beratungen um eine baldige Antwort auf die erste bat.

Die Antwort ließ noch drei Wochen auf sich warten. Unter den Darmstadter Verbündeten waren Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten. Der König von Württemberg war an der Richtigkeit der von seiner Regierung verfolgten Politik irre geworden, Baden hatte durch die Teilnahme an der Erklärung vom 25. Mai der in Darmstadt von ihm übernommenen Verpflichtung genügt. Es nahm an der Minister-Konferenz, welche am 9. Juli zur Vereinbarung der Antwort in Kissingen zusammentrat, nicht teil, und der König von Württemberg versagte der, unter Mitwirkung seines Ministers festgestellten Erklärung seine Genehmigung. So wurde dieselbe am 20. Juli nur von fünf Bevollmächtigten abgegeben. Nach einer ausführlichen Beleuchtung der von uns gegen die Zolleinigung angeführten Gründe und dem Ausdruck des Bedauerns über unsere Stellung zu diesem Teile der Wiener Vorlage, richtete sie die Frage an uns: wann wir die, als Vorbedingung für die Eröffnung der Verhandlungen mit Österreich über den Handelsvertrag bezeichnete Sicherung der Fortdauer des Zollvereins als gegeben annähmen.

Sie schloß mit dem Satze, daß die fünf Regierungen einen bindenden Beschluß in der Zollvereinsfrage so lange nicht fassen könnten, als nicht klar vorliege, in welchem Umfange ein Zoll- und Handelsvertrag mit Österreich zustande kommen werde, und wie die künftige Zolleinigung mit Österreich zu sichern sei.

Der Nassauische Bevollmächtigte, Präsident des Finanzministeriums Vollpracht, hielt den Augenblick für gekommen, um Klärung in die Lage zu bringen. Er teilte uns die Erklärung, bevor sie abgegeben wurde, vertraulich mit, und erbot sich, wenn ihm Anlaß gegeben werde, zu ihrer Erläuterung. Herr Klenze übernahm es, in der Sitzung die nötigen Fragen zu stellen. Es war das erste und letzte Mal, daß über eine Erklärung eine mündliche Verhandlung in der Konferenz stattfand. Herr Vollpracht sprach sich dahin aus, daß seine Regierung den Zolleinigungsvertrag mit Österreich werde fallen lassen, wenn derselbe, wie dies von Preußen wiederholt ausgesprochen sei, einer Verständigung im Wege stehen sollte, und daß sie in dem September-Vertrag kein Hindernis für eine Verständigung erkenne. Dieser letzten Äußerung trat der kurhessische Bevollmächtigte bei. Ein Schritt vorwärts war geschehen.

Am Schluß der nämlichen Sitzung gaben auch wir eine Erklärung ab. Sie sprach die, durch Erschöpfung der Beratungsgegenstände gebotene Vertagung der Konferenz aus, lud auf den 16. August zur Wiederaufnahme der Verhandlungen ein, und bezeichnete zwei Punkte, deren Erledigung bei dieser Wiederaufnahme von uns als präjudiziell für den Fortgang der Verhandlungen, und für die fernere Beteiligung der einzelnen Regierungen an denselben erachtet würden, nämlich die Erteilung der noch rückständigen Erklärungen über die mit dem September-Vertrag zusammenhängenden Fragen und die Zustimmung dazu, daß die auf einen Zoll- und Handelsvertrag zu beschränkenden Verhandlungen mit Österreich erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien. Unsere Gesandten wurden angewiesen, darauf aufmerksam zu machen, daß die, diesem letzteren Punkt gegebene Fassung zugleich die Antwort auf die in der Erklärung der fünf Regierungen gestellte Frage enthalte.

Die eingetretene Pause benutzten Herr Philipsborn und ich zu einem Ausfluge nach Heringsdorf. Ich fand Frau Klenze mit Tochter und Nichte in ihrer Villa; sie hatte die beiden jüngsten Kinder meiner verstorbenen Cousine Franziska Dryander zu sich geladen, einen leb-

haften Knaben von neun, und ein bildhübsches Mädchen von sechs Jahren; der Knabe, jetzt einer der ersten Kanzelredner Berlins, mein lieber, verehrter Seelsorger. Wir verlebten in Gesellschaft der Damen und Kinder bei schönem Wetter zehn oder zwölf angenehme Tage. Die Gedanken an den Zollverein wurden wir freilich nicht los, aber wir konnten uns sammeln, und in voller Ruhe, dem Widerstreit der Meinungen entrückt, die weitere Entwicklung der Dinge ins Auge fassen.

Über die Vorgänge im gegnerischen Lager gingen uns nur aus einer Quelle zuverlässige, aber nicht ganz vollständige Nachrichten zu. Wir wußten, daß Baron Beust in den ersten Tagen des August nach Wien gegangen sei, um die Lage mit dem Grafen Buol zu besprechen; er verdoppelte seine Tätigkeit, je mehr in Sachsen die Unzufriedenheit mit seiner Politik im Zunehmen begriffen war. Wir erfuhren, daß eine neue Minister-Konferenz stattfinden solle, und zwar in Stuttgart, um auf den König von Württemberg unmittelbar wirken zu können, und daß Österreich die sofortige bestimmte Verabredung der Zolleinigung für jetzt fallen lassen wolle, wenn ihm der Handelsvertrag nach dem Wiener Entwurf zugestanden, und der Zollverein auf nicht mehr als sechs Jahre verlängert werde. Am 14. August einigte man sich in Stuttgart über eine Erklärung. Der König von Württemberg war nach Badenweiler gegangen, am 15. traf der Minister von Neurath, begleitet von dem Konferenz-Bevollmächtigten, Finanzdirektor von Sigel, unangemeldet bei ihm ein, und erreichte nach stundenlangen Verhandlungen die Genehmigung der Erklärung. Auch die Zustimmung Badens war wieder gewonnen.

Am 21. August wurde die Stuttgarter Erklärung abgegeben. Sie sprach die Bereitwilligkeit der sieben Regierungen aus, dem auf den September-Vertrag sich beziehenden Antrage Preußens in der durch die bisherigen Verhandlungen gewonnenen Gestalt beizutreten, und denselben in die neuen Zollvereinsverträge auf deren noch näher zu bestimmende Dauer aufzunehmen, sofern über die kommerziellen Verhältnisse zu Österreich das nötige Einverständnis erzielt werde. In Beziehung auf die letzteren stellte sie die Frage: inwieweit Preußen die Wiener Entwürfe, insbesondere den Entwurf des Zoll- und Handelsvertrages, als Grundlage der Verhandlungen mit Österreich anzuerkennen, und in welcher Fassung es den letzteren anzunehmen bereit sei. Die von uns über den Zeitpunkt der Verhandlungen mit Österreich gewünschte Antwort enthielt sie nicht.

Wir hatten inzwischen die Schriftstücke erhalten, in welchen die in Stuttgart außer der Erklärung getroffenen Vereinbarungen niedergelegt waren. Sie stellten außer Zweifel, daß zur Zeit an eine Verständigung nicht zu denken sei. Denn sie bekundeten den Willen der Verbündeten, den Zollverein nicht zu erneuern, sofern Preußen nicht zugestanden habe, daß der Wiener Entwurf A mit den notwendigen Modifikationen zur Verhandlung und zum sofortigen Abschluß komme, und daß der Zollverein nur auf sechs, höchstens acht Jahre erneuert werde, ferner sofern Preußen nicht das Prinzip der Zolleinigung mit Österreich annehme und sich verpflichte, wenigstens ein Jahr vor Ablauf der Vereinsverträge die Beratungen mit Österreich über diese Einigung zu beginnen. Endlich sprachen sie die Ansicht aus, im Falle des Abbruchs der Verhandlungen zum 1. Oktober Bevollmächtigte nach Wien zu entsenden, welche den oben erwähnten Wiener Entwurf C beraten sollten. Wir hatten uns unter solchen Umständen über die Frage zu entscheiden, ob wir die für jetzt aussichtslosen Verhandlungen mit den sieben Staaten sofort für abgebrochen erklären, oder ob wir eine Erklärung abgeben wollten, durch welche den Verbündeten die Möglichkeit des Einlenkens dargeboten wurde.

Welchen Weg wir auch wählen mochten, eines war nötig, auf das ich wiederholt ohne Erfolg gedrungen hatte, und auf das jetzt nicht bloß von Hannover, sondern auch von Thüringen und Braunschweig, unseren treuesten Verbündeten, gedrungen wurde, wir mußten sagen, wie wir zu dem Wiener Entwurf A standen. In Beziehung auf den Inhalt des, auch von uns als notwendig bezeichneten Handelsvertrages mit Österreich hatten wir uns bisher nur in allgemeinen Redewendungen oder in Hinweisungen auf die Erklärungen bewegt, welche wir vor mehr als Jahresfrist auf der Wiesbadener General-Konferenz abgegeben hatten, wir durften uns nicht wundern, wenn die Meinung Boden gewann, daß wir, sobald der Zollverein in Sicherheit gebracht sei, die materiellen Interessen unserer politischen Abneigung opfern und die Verhandlungen mit Österreich auf ein möglichst enges Gebiet beschränken würden. Es gab keinen stichhaltigen Grund, welcher uns abhalten konnte, dieser Meinung durch eine bestimmte Erklärung über den Wiener Entwurf entgegenzutreten, denn die Scheu vor dem Anschein, als hätten wir uns zu etwas drängen lassen, war kein Grund. Mit Hilfe von Herrn Dach gelang es mir, das Finanzministerium für diese Auffassung zu gewinnen.

Ich entwarf nun für jede der beiden vorliegenden Alternativen

eine Erklärung. Beide sprachen sie aus, daß wir den Wiener Entwurf, mit Ausnahme der auf die Zolleinigung bezüglichen, bestimmt bezeichneten Vorschriften und vorbehaltlich näherer Erwägung einiger anderen, ebenfalls bezeichneten Bestimmungen, sowie der Entschließung über den, dem Entwurfe beigefügten Tarif, den Verhandlungen mit Österreich in Form und Inhalt zugrunde legen würden, und beide lehnten die Erneuerung der Vereinsverträge für eine kürzere, als eine zwölfjährige Dauer ab. Der eine leitete sodann aus dem Inhalt der Stuttgarter Erklärung die Aussichtslosigkeit einer Verständigung und aus dieser Aussichtslosigkeit die Notwendigkeit her, von den Verhandlungen mit den sieben Regierungen zur Zeit Abstand zu nehmen, der andere legte die Stuttgarter Erklärung dahin aus, daß diese Regierungen bei befriedigendem Ausfall der von ihnen über den Umfang des Handelsvertrages mit Österreich von uns verlangten Auskunft, bereit seien, sich unserer Ansicht über die Beschränkung der Verhandlungen auf einen Handelsvertrag und über den Zeitpunkt der Eröffnung derselben anzuschließen, und bat, nachdem wir eine befriedigende Auskunft erteilt hatten, um eine diese Auffassung bestätigende Äußerung, damit wir in die Möglichkeit gesetzt würden, die Verhandlungen mit der Gesamtheit sogleich wieder aufzunehmen. Diese Äußerung wurde, in Betracht des Termins für die Voreinführung des Zolltarifs im Steuerverein, spätestens bis Mitte September verlangt.

Nur die Rücksicht auf Hannover entschied, nach lebhaften Beratungen, für die Annahme des zweiten, von mir vertretenen Entwurfs. Hannover schreckte vor der Eventualität eines auf Norddeutschland beschränkten Zollvereins zurück, es hatte das Interesse, durch eine Verständigung über die österreichische Frage die bedingte Annahme des September-Vertrages perfekt werden zu lassen, es würde, auch vor Abschluß der Vereinsverträge, mit Österreich unterhandelt haben. Unter diesen Umständen konnten wir nicht anders, als dem dringenden Wunsche von Herrn Klenze entsprechen, und noch einmal die Hand zur Versöhnung bieten. Am 30. August erfolgte unsere Erklärung, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg traten ihr bei. Hannover erblickte in ihr die Beseitigung der bisherigen Meinungsverschiedenheiten, sprach sein Einverständnis mit unserer Auffassung des Wiener Entwurfs aus und erklärte sich außerstande, die in dem September-Vertrage angenommene Grundlage einer zwölfjährigen Vertragsperiode zu verlassen. Frankfurt war ohne Instruktion.

Die Bevollmächtigten der Darmstadter Verbündeten waren zu einer sofortigen Antwort nicht imstande, und es wurde die nächste Sitzung auf den 10. September angesetzt.

Noch am 30. August erging eine Mitteilung an unsere Gesandten, welcher die am 21. und 30. ausgewechselten Erklärungen beigefügt waren. Nach einem Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wiederholte sie, daß der Vertrag über die Erneuerung des Zollvereins zum Abschluß gebracht sein müsse, bevor wir zu den Verhandlungen mit Österreich schreiten könnten. „In dieser Beziehung", fuhr sie fort, „erwarten wir völlig bestimmte und unumwundene Erklärungen, und nur für den Fall genügender bejahender Antwort werden wir zu weiteren Verhandlungen uns bereit finden lassen. Jede in anderem, sei es es aufschiebendem oder ausweichendem Sinn ausfallende Antwort würde es unmöglich machen, die Verhandlungen alsdann weiter fortzusetzen. Ich bemerke dieses ausdrücklich, damit man sich nirgends einer Täuschung in dieser Beziehung hingebe und etwa darauf rechnen zu können vermeine, uns durch das Ansinnen weiterer Verzögerungen zum Aufgeben unserer, so wiederholt ausgesprochenen Gesichtspunkte zu vermögen."

Diese zum Vorlesen bestimmte Depesche trug die Signatur der populären Strömung. Alle Schroffheit des Tons, welche die Erklärung von demselben Tage sorgfältig vermieden hatte, war in ihr zusammengedrängt, und zwar ohne Not, denn die Gedanken, welche sie ausdrückte, brauchten nicht in eine verletzende Form gekleidet zu werden. Wurde, wie solches in unserer Erklärung geschehen war, eine Verständigung noch für möglich gehalten, so war die Form der Depesche augenscheinlich ein Fehler.

Eine am 15. September abgehaltene Sitzung ergab, daß die Bevollmächtigten der Darmstadter Verbündeten und von Frankfurt ihre Instruktionen erst in einigen Tagen erwarteten. Wir luden nunmehr nur die Bevollmächtigten von Hannover, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg zur Fortsetzung der Verhandlungen auf den 17. September ein. Wir gaben unseren Gesandten hiervon an demselben Tage Nachricht und fügten hinzu, daß unser weiteres Benehmen gegenüber den koalierten Regierungen davon abhängen werde, ob und was dieselben uns erklären würden.

Die an uns zu richtende Erklärung wurde in den Tagen vom 17. bis 19. September auf einer Ministerial-Konferenz in München festgestellt. Diese vom Baron Beust verfaßte Erklärung, welche den

Austritt des Freiherrn von Friesen aus dem sächsischen Ministerium zur Folge hatte, ließ zwar eine Verhandlung über den Zolleinigungs-Vertrag mit Österreich fallen, machte aber die Erneuerung der Vereinsverträge davon abhängig, daß das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Österreich gesichert sei. Sie vermißte eine solche Sicherung in unserer Erklärung, weil dieselbe einzelne Punkte, insbesondere den Tarif, weiterer Erwägung vorbehalte, und verlangte deshalb zunächst eine Verhandlung über diese Punkte. Sie gab endlich zu erkennen, daß die Verbündeten es mit ihrer Überzeugung nicht vereinigen könnten, wenn auf zwölf Jahre hinaus die Möglichkeit abgeschnitten werden sollte, über die allgemeine Zolleinigung mit völliger Freiheit des Entschlusses zu verhandeln.

Wir erhielten in den letzten Tagen des September Nachricht von dem Inhalt der Erklärung, und konnten nun nicht zögern, die Verhandlungen abzubrechen. Durch eine, zur Mitteilung bestimmte Depesche vom 27. September wurde unseren Gesandten eröffnet, daß wir, nachdem uns die, in unserer Erklärung vom 30. August begehrte zustimmende Äußerung bisher nicht zugegangen sei, uns in der Unmöglichkeit befänden, die Verhandlungen mit der Gesamtheit fortzusetzen. Solange es der Zeit nach überhaupt zulässig erscheine, würden wir mit jeder einzelnen beteiligten Regierung wieder in Verhandlung treten, welche uns durch eine solche Äußerung dazu instand setzen sollte. Die nach Abgang dieser Depesche von den Bevollmächtigten der Darmstadter Verbündeten beantragte Anberaumung einer Sitzung für die Abgabe ihrer Antwort auf unsere Erklärung lehnte Herr von Pommer Esche unter Mitteilung der Depesche ab. In einer zur Mitteilung bestimmten Depesche vom 8. Oktober, welche auf die uns inzwischen amtlich bekannt gewordene Münchener Erklärung näher einging, wurde unser Verfahren ausführlich begründet.

An zwei Fragen waren die Verhandlungen gescheitert: der Dauer des neuen Zollvereinsvertrags und dem Zeitpunkt für die Verhandlungen mit Österreich.

Wir mußten auf der zwölfjährigen Dauer bestehen, nicht allein, weil wir gegen Hannover und Oldenburg für diese Dauer verpflichtet waren, und beide an derselben festhielten, sondern auch weil wir nicht zulassen konnten, daß durch eine frühere Lösbarkeit des Vertrages dem durch denselben begründeten Zustand der Charakter eines Übergangs zur Zolleinigung mit Österreich aufgeprägt werde. Wir wollten die Zolleinigung nicht aus politischen und materiellen Gründen, deren

Gewicht kein Zeitablauf vermindern konnte, und es würde ein Verrat an unseren Interessen gewesen sein, wenn wir darauf eingegangen wären, früher, als es durch die Tradition des Zollvereins geboten war, über die Zolleinigung unter Umständen zu verhandeln, welche unseren Zollverbündeten „die völlige Freiheit des Entschlusses" gewährten.

Nicht minder entscheidend waren die Gründe, aus welchen wir es ablehnen mußten, vor Abschluß des neuen Vereinsvertrages, unter Beteiligung unserer Zollverbündeten mit Österreich zu verhandeln. Ich rechne zu diesen Gründen nicht die bis zum Abschluß vorhandene Unsicherheit in der Person des einen Kontrahenten. Die Gründe lagen anderswo. Die Erneuerung der Verträge und der Handelsvertrag mit Österreich waren, wie nach wenigen Monaten durch die Tatsachen erwiesen wurde, zwei sachlich vollkommen verschiedene Dinge. Ihre Verbindung miteinander wurde nur im Interesse des Trias-Gedankens verlangt; sie würde zur Folge gehabt haben, daß jede bei dem einen Gegenstand auftretende Frage als Unterhandlungsmittel bei dem anderen benutzt wurde, und zwar zu dem Zweck, um Österreich einen unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß auf den Zollverein zu verschaffen und folgeweise die Bedeutung der verbündeten Mittelstaaten zu heben. Es war deshalb gar nicht von entscheidender Bedeutung, ob die Verhandlungen über den Handelsvertrag unter Teilnahme eines österreichischen Bevollmächtigten stattfanden oder nicht — die Münchener Erklärung ließ die Deutung zu, daß eine solche Teilnahme nicht verlangt werde —, die Darmstadter Verbündeten waren Manns genug, um das österreichische Interesse zu vertreten, und ihre Forderung, daß der Tarif beraten werde, zeigte klar, wohin ihre Absicht gerichtet war. Nur wenn beide Gegenstände getrennt gehalten wurden, war eine unserem Interesse entsprechende Lösung möglich.

Unsere Verhandlungen wurden zunächst auf einen sehr engen Kreis beschränkt. In der Sitzung, zu welcher wir, wie oben bemerkt, auf den 17. September eingeladen hatten, erklärten sich nur Thüringen und Braunschweig zur Fortsetzung der Verhandlungen ohne Beteiligung der übrigen Vereinsstaaten bereit, die Bevollmächtigten von Hannover und Oldenburg waren ohne Instruktion für den eingetretenen Fall. In Hannover war man aus den früher angeführten Gründen mit dem Abbruch der Verhandlungen unzufrieden und zugleich darüber verstimmt, daß man nicht vor dem Abbruch zu

Rate gezogen war. Wir würden Hannover gern das Wort gegönnt haben, wir wußten aber aus den Besprechungen mit Herrn Klenze, wohin die Ansicht seiner Regierung ging, und zogen es vor, den für notwendig erkannten Schritt ohne Anfrage bei Hannover, als gegen dessen ausdrücklichen Wunsch zu tun. Herr Klenze ging in den ersten Tagen des Oktober nach Hannover zurück: die Folge war, daß auch der oldenburgische Bevollmächtigte an den Verhandlungen nicht mehr teilnahm.

Noch im September wurden die Verhandlungen mit Thüringen eröffnet. Sie waren gerichtet auf Erneuerung des thüringischen Vereinsvertrages und auf den Beitritt Thüringens zum September-Vertrage. Der thüringische Verein hatte niemals eine Zollgrenze gehabt, jetzt mußte die Errichtung einer Zollgrenze gegen Sachsen, Bayern und Kurhessen in Aussicht genommen werden, und diese Einrichtung war nicht leicht, zumal in einem Vereine, welcher neun souveräne Regierungen umfaßte. Der gute Wille, die vorzügliche Sachkenntnis und die große Autorität des thüringischen Bevollmächtigten, Geheimen Staatsrats Thon, half über diese recht erheblichen sachlichen Schwierigkeiten hinweg; nicht ohne Mühe, aber ohne eigentliche Meinungsverschiedenheiten wurden wir einig. Der Beitritt Thüringens zum September-Vertrage gab nur insoweit Stoff zu Verhandlungen, als er zugleich die Verlängerung derjenigen Verträge enthielt, welche zwischen dem thüringischen Verein und den anderen Zollvereinsstaaten bestanden. Zwei Bestimmungen dieser Verträge bedurften einer Abänderung. Bei der Begründung des Zollvereins hatte sich Preußen ein, von den gemeinschaftlichen Einnahmen vorweg in Abzug kommendes Präzipuum von 300 000 Rtlrn. vorbehalten als ein Äquivalent dafür, daß es von der Warendurchfuhr auf der Oder, der Weichsel und dem Niemen und deren Nebenflüssen keine besonderen, von der Revenuengemeinschaft ausgeschlossenen Wasserzölle und Schiffahrtsabgaben, sondern nur die in die Gemeinschaft fallenden Durchgangsabgaben erhob. Als im Jahre 1841 die Bildung zweier Verbände für die Teilung des Ertrages der Ausgangs- und Durchgangsabgaben erfolgte, wurde dieses Präzipuum auf den Ertrag dieser Abgaben in dem östlichen Verbande — den östlichen Provinzen Preußens, Sachsen, Thüringen, später dem Hauptlande Braunschweigs — übernommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß eine wesentliche Herabsetzung der Durchgangsabgaben nicht eintrete. Eine solche Herabsetzung war im Jahre 1851 eingetreten, eine weitere

Herabsetzung lag nicht fern, und es war deshalb die Notwendigkeit einer weiteren Regelung des preußischen Präzipuums vorhanden und schon bei früheren Besprechungen anerkannt worden. Dieselbe erfolgte jetzt in der Weise, daß Preußen von dem zur Teilung zu stellenden Gesamtertrage der bei seinen Hebestellen eingehenden Durchgangsabgaben die Hälfte, jedoch nicht über 300 000 Rtlr. als Präzipuum zurückbehalten sollte. Ferner war in dem zwischen Preußen, Sachsen und Thüringen über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse am 8. Mai 1841 abgeschlossenen Vertrage bestimmt, daß von dem zur Teilung nach dem Bevölkerungsmaßstabe gelangenden Ertrage der Branntweinsteuer 18½ % vorweg dem preußischen Anteile zugerechnet werde, und durch eine besondere Verabredung zwischen Preußen und Thüringen war festgesetzt, daß Preußen an der Teilung des auf Thüringen fallenden Anteils unter die einzelnen thüringischen Staaten nur mit drei Vierteilen seiner, dem thüringischen Verein angehörenden Bevölkerung Anteil nehmen solle. Diese letztere Bestimmung wurde aufgehoben, und an Stelle des Präzipuums von 18½ % wurde ein Abzug von 5 % von den stattfindenden Herauszahlungen gesetzt. Herr Thon hatte bereits im April den Beweis angetreten, daß die Voraussetzung des Präzipuums, nämlich ein entsprechend stärkerer Branntweinverbrauch in Preußen als in Thüringen, nicht mehr zutreffe, letzteres also zu der Gesamteinnahme an Branntweinsteuer mehr beitrage, als es bei der Verteilung dieser, durch das Präzipuum geschmälerten Einnahme zurückerhalte. Wir mußten anerkennen, daß das Präzipuum den Verhältnissen, wie solche sich im Laufe von zwanzig Jahren gestaltet hatten, nicht mehr entspreche, und es war richtig, einen Abzug für Erhebungskosten an seine Stelle treten zu lassen; daß dieser Abzug auf nur 5 % festgesetzt wurde, war ein Zugeständnis, welches der treuen Unterstützung unserer Politik gemacht wurde.

Die auf diesen Grundlagen beruhenden Verträge, in deren Redaktion Herr Thon und ich uns geteilt hatten, wurden, und zwar der Vertrag über die Erneuerung des thüringischen Vereins nebst Schlußprotokoll am 26. November und der Vertrag über den Beitritt des Vereins zum September-Vertrage nebst Schlußprotokoll am 27. November, unterzeichnet; durch ein besonderes Protokoll wurde festgestellt, daß der Zollanschluß des Vereins an Preußen für die nächste zwölfjährige Periode auch in dem Falle aufrechterhalten werden solle, wenn vom 1. Januar 1854 ab keine anderen Staaten an der Zolleinigung mit

Preußen sich befinden würden. Die Ratifikationen wurden am 23. Dezember ausgetauscht.

Eine Sonderbarkeit mag hier noch erwähnt werden. Sächsische Juristen hatten die Entdeckung gemacht, daß für alle Vereinsstaaten, welche die Zollvereinsverträge nicht gekündigt hatten, insbesondere also auch für Thüringen, die Verbindlichkeit fortbestehe, den Zollverein noch zwölf Jahre lang miteinander fortzusetzen, und es war dieser Entdeckung durch Flugschriften und Zeitungsartikel eine weite Verbreitung gegeben. Mein alter Lehrer Pernice, auf meine Veranlassung zu einem Rechtsgutachten aufgefordert, wies die Bodenlosigkeit der Entdeckung schlagend nach.

Die Verhandlungen mit Braunschweig begannen erst im Oktober, kamen aber schon am 2. November durch einen Vertrag über den Beitritt Braunschweigs zum September-Vertrage nebst Schlußprotokoll nach den von mir verfaßten Entwürfen zum Abschluß. Die mit diesem Beitritt in Verbindung stehenden, durch das Aufhören einer braunschweigischen Zollgrenze veranlaßten besonderen Verabredungen waren bereits auf der Zollkonferenz in der Hauptsache festgestellt worden, und es war nur eine, außerhalb der Sache liegende Frage, welche Schwierigkeiten darbot. Die preußische Salzmonopolverwaltung hatte seit einer Reihe von Jahren bedeutende Mengen Salz aus der braunschweigischen Staatssaline Schöningen beziehen müssen, weil die preußische Salzproduktion für ihren Bedarf nicht ausreichte. Braunschweig kam es darauf an, sich diesen Absatz auf eine Reihe von Jahren zu sichern, während die preußische Bergwerksverwaltung damit beschäftigt war, die Salzgewinnung in der Provinz Sachsen zu steigern. Die Interessen standen einander gegenüber; wir gestanden zuletzt an Braunschweig die Lieferung der gewünschten Menge auf zwölf Jahre zu, und Braunschweig gewährte uns eine stufenweise Ermäßigung des Preises. Am 22. November wurden die Ratifikationen des Vertrages ausgetauscht.

Die Verträge mit Thüringen und Braunschweig wurden noch vor der Unterzeichnung nach Hannover und Oldenburg mitgeteilt und gaben dort zu Bemerkungen keinen Anlaß.

Vierzehntes Kapitel.

Während unserer Verhandlungen mit den thüringischen Regierungen und mit Braunschweig entwickelte sich in den Staaten der Darmstadter Verbündeten eine lebhafte populäre Bewegung. Der Abbruch der Zollkonferenz hatte endlich den Ernst der Lage anschaulich gemacht; in dem Augenblick, wo der Zollverein in seiner Fortdauer wirklich bedroht erschien, wendete sich ihm das volle Interesse der Nation wieder zu. Kundgebungen von Landes- und Provinzialvertretungen, von Organen des Handelsstandes und großen Industriellen, die Flugschriften-Literatur und die Tagespresse ließen den verbündeten Regierungen keinen Zweifel darüber, daß das Land ihre Haltung mißbillige. Die Hoffnung auf unsere Schwäche mußte aufgegeben werden, und es war in keiner gehobenen Stimmung, daß sich die Bevollmächtigten der Verbündeten endlich am 30. Oktober in Wien zusammenfanden, um über den Wiener Entwurf C zu verhandeln.

Ein paar Tage nach ihrer Ankunft meldete Graf Arnim, daß die österreichische Regierung dahin gelangt sei, eine direkte Verständigung mit uns, und zwar über einen Handelsvertrag, zu wünschen. Über die Ursachen dieser Wandlung kann ich Authentisches nicht mitteilen. Die Lage in Frankreich, welche einer Katastrophe zudrängte, und die Wolken, welche im Orient aufzusteigen begannen, mochten einen Friedensschluß mit uns wünschenswert machen, die Hauptsache war aber wohl, daß für Österreich, wenn es den handelspolitischen Feldzug nicht völlig verloren geben wollte, ein anderer Weg nicht übrig blieb. Die Mittel, um uns in eine Verpflichtung zur Zolleinigung hineinzuzwingen, waren erschöpft, und an einer Sprengung des Zollvereins konnte Österreich von dem Augenblick an kein Interesse mehr haben, wo es die Verpflichtung übernehmen mußte, mit

den abgesprengten Gliedern seinerseits in einen Zollverein zu treten. Der leichtsinnigste österreichische Finanzminister konnte nicht daran denken, einem Ländergebiete von 11 Millionen Einwohnern die Zollrevenuen zu garantieren, und mußte davor zurückschrecken, sich von sechs oder sieben unbequemen und anspruchsvollen Zollverbündeten abhängig zu machen. Auch die wirtschaftlichen Interessen konnten in einem solchen Zollverein keine Befriedigung finden. Preußen mit Hannover vereint, beherrschte Österreichs Verbindung mit der Nordsee; es bot den österreichischen Erzeugnissen einen größeren Markt als die Darmstadter Verbündeten, und es bedrohte nicht den ängstlichen österreichischen Gewerbefleiß mit der von einer Zolleinigung mit Süddeutschland unzertrennlichen, schutzlosen Konkurrenz. Mußte auf die Zolleinigung mit uns verzichtet, und konnte ein Zollverein mit den Verbündeten nicht eingegangen werden, so gab es nichts anderes als eine direkte Verhandlung mit uns, denn den Verbündeten durfte Österreich nicht zumuten, den zerrissenen Faden ihrerseits wieder anzuknüpfen.

Wir wollten einen Handelsvertrag mit Österreich, wir hatten schon zweimal eine direkte Verständigung versucht, und die Gründe, aus welchen wir den Abschluß der Vereinsverträge vor dem Beginn der Verhandlungen mit Österreich verlangen mußten, waren nicht vorhanden, sobald wir mit Österreich allein verhandelten. Im Gegenteil entsprach es unserer deutschen Politik, über die Köpfe der „dritten Macht" hinweg mit Österreich abzuschließen. Ein wichtiges Moment kam hinzu. Die Grundlage unserer bisherigen Aktion, unser Verhältnis zu Hannover, fing an zu schwanken. Daß man in Hannover über den Gang der Dinge besorgt und verstimmt war, habe ich erwähnt; die alten Gegner der Zolleinigung in der hannoverschen Ritterschaft, Österreich und die Mittelstaaten benutzten diese Lage, um den König wankend zu machen. Das welfische Souveränetätsbewußtsein Georgs V. widerstrebte einem Vertrage, durch welchen Hannover von der leitenden Macht im Steuerverein zu der vierten Macht im Zollverein herabgedrückt wurde; Herr von Schele, auf dessen Loyalität wir uns verlassen konnten, besaß aus Gründen, welche in den inneren Verhältnissen des Landes lagen, keinen entscheidenden Einfluß mehr, und Graf Nostitz hatte zu dem jungen König nicht die Stellung wie zu dessen Vater. Der für die Vertragstreue Hannovers entscheidende Tag nahte heran. Wie oben erwähnt, hatte Hannover spätestens am 1. März 1853 einen Teil seiner Zollsätze zu

erhöhen; es stand dahin, ob es dieser Verpflichtung nachkommen werde, wenn die allgemeine Lage blieb, wie sie war. So wurde denn Graf Arnim ermächtigt, das ihm mündlich gemachte Anerbieten mündlich unter der Voraussetzung anzunehmen, daß die Verhandlungen in Berlin stattfänden. Graf Buol wiederholte hierauf seine Eröffnungen in einer Note vom 13. November. In den ersten Tagen des Dezember nahmen wir in gleicher Form seinen Vorschlag an. Baron Bruck, der im Jahre vorher aus dem österreichischen Ministerium ausgeschieden war, traf am 12. Dezember als Bevollmächtigter Österreichs in Berlin ein.

Gleich nach den ersten Eröffnungen hatte ich mich an die Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs begeben, welcher als unsere Proposition dem österreichischen Unterhändler mitgeteilt und den Verhandlungen zugrunde gelegt werden sollte. Drei Gesichtspunkte waren festzuhalten. Wir hatten eine jede, auch nur moralische Verpflichtung zu einer künftigen Zolleinigung fernzuhalten, wir hatten auf einer zwölfjährigen Dauer des Vertrags zu bestehen, weil wir sicher sein wollten, daß eine in den Lauf der Vereinsperiode fallende Neugestaltung unserer Verhältnisse zu Österreich nicht als Hebel gegen den Bestand des Zollvereins gebraucht werde, wir hatten endlich unsere volle Autonomie für die Regelung unseres allgemeinen Zolltarifs zu wahren, also jede Änderung desselben, sei es in den Zollsätzen, sei es in der Klassifikation, abzulehnen. Auch bei Festhaltung dieser Gesichtspunkte konnte ich den Wiener Entwurf A mit nur wenigen Änderungen in meinen Entwurf übernehmen, denn der von diesen Änderungen nicht betroffene Teil gab den Dresdener Entwurf wieder. Zollkartell und Münzkartell bedurften nur formeller Berichtigungen. Die Schwierigkeit lag in den gegenseitigen Zollbegünstigungen. Indem ich für diese Begünstigungen den, bei den Wiener Verhandlungen festgehaltenen Grundsatz eines nach beiden Seiten gleichen Zollsatzes annahm, dabei aber jede Änderung unseres allgemeinen Tarifs fernzuhalten hatte und deshalb auch eine Änderung des österreichischen Tarifs nicht voraussetzen durfte, kam ich dahin, die Mehrzahl der Fabrikate von einer gegenseitigen Begünstigung ausschließen zu müssen. Denn die allgemeinen Zollsätze Österreichs waren so viel höher, als diejenigen des Zollvereins, daß ein gleichmäßig bemessener ermäßigter Zwischenzoll es vorteilhaft gemacht haben würde, Waren dritter Länder im Zollverein zu verzollen und gegen Entrichtung des Zwischenzolls in Österreich einzuführen. So konnte ich zwar eine sehr große An-

zahl gegenseitiger Zollbefreiungen, aber nur eine sehr geringe Anzahl gegenseitiger Zollermäßigungen in meinen Entwurf aufnehmen. Auch in dieser Beschränkung machten die Zollbegünstigungen eine neue Bestimmung in dem Vertrage nötig: jedem Teile mußte vorbehalten werden, dann, wenn der andere Teil seinen allgemeinen Zoll für einen begünstigten Gegenstand ermäßigt, diesen Gegenstand einem Zwischenzoll oder einer Erhöhung des Zwischenzolles zu dem der Zollermäßigung entsprechenden Betrage zu unterwerfen. Meine Entwürfe, an deren Prüfung auf den Wunsch meines Ministers auch Herr Kühne beteiligt wurde, erhielten mit einigen formellen Änderungen die Genehmigung; sie wurden sofort nach Hannover, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg mitgeteilt.

Herr von Bruck nahm unsere Entwürfe, mit Ausnahme des Verzeichnisses der gegenseitigen Zollermäßigungen, als Grundlage der Verhandlung an. Von den wenig zahlreichen Erinnerungen, welche er zu dem Vertrage, dem Zollkartell und dem Münzkartell zu machen hatte, veranlaßte nur eine eine ernsthafte Schwierigkeit: sie betraf die Dauer des Vertrages und wird später besprochen werden. Auch gegen das Verzeichnis der gegenseitigen Zollbefreiungen hatte er nur wenig einzuwenden, dagegen machte er den Abschluß des Vertrages von einer Erweiterung der von uns vorgeschlagenen Zollermäßigungen abhängig und verlangte, daß in diesem Punkte der Wiener Entwurf der Verhandlung zugrunde gelegt werde. Wir entsprachen diesem Verlangen, da auch uns eine Erweiterung der Zollermäßigungen am Herzen lag, freilich ohne viel Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis. Da zeigte sich aber, daß Herr von Bruck, nachdem wir es beharrlich abgelehnt hatten, solche Ermäßigungen durch Erhöhung unseres allgemeinen Tarifs möglich zu machen, eine umfassende Herabsetzung des österreichischen allgemeinen Tarifs in Aussicht nehmen konnte. Nun wurde es möglich, für die Mehrzahl der eigenen Erzeugnisse der beiden Länder ermäßigte Zollsätze von gleichem Betrage zu vereinbaren. Bei manchen Gegenständen war die Verständigung recht schwer; wir konnten, um sie zu erreichen, nicht überall die Klassifikation unseres Tarifs festhalten und nicht ausnahmslos auf völlig gleichen Zwischenzollsätzen bestehen; das Gesamtergebnis ließ aber diese Unebenheiten verschmerzen. Wir erwiderten das von Österreich gezeigte Entgegenkommen durch Herabsetzung der Durchgangsabgabe von 5 Sgr. auf $3^1/_2$ Sgr. und durch Aufrechthaltung der früher erwähnten Leinenkonvention vom 21. Oktober 1847.

Am 19. Februar 1853, etwa zwei Monate nach Eröffnung der Verhandlungen, waren die Bevollmächtigten zur Unterzeichnung des Vertrages zusammengetreten, als sich, wie solches zuweilen in letzter Stunde vorkommt, ein Anstand ergab. Die von mir entworfene Fassung der zu dem Vertrage gehörenden Tarife war von Herrn von Bruck und seinem technischen Adjutanten, dem Chef des Wiener Hauptzollamts, Pfeiffer, wiederholt geprüft und den getroffenen Verabredungen entsprechend gefunden, als die beiden Herren aber diese Fassung gedruckt vor Augen hatten — der Vertrag sollte gedruckt unterzeichnet werden —, wurden sie inne, daß dieselbe die Behandlung der nach Österreich eingehenden halbseidenen Schals in einer Weise bestimmte, welche von ihnen nicht beabsichtigt war. Die von ihnen begehrte Änderung wurde abgelehnt, weil die bisher nicht beanstandete Fassung genau das sagte, was wir gewollt hatten, und die Unterzeichnung konnte nicht erfolgen. Am Tage darauf fand sich Herr von Bruck bereit, den Vertrag, wie er lag, zu vollziehen, nachdem er durch eine Note seine Auffassung konstatiert und eine Ausgleichung den nahe bevorstehenden Verhandlungen über den Vollzug des Vertrages vorbehalten hatte. Bei dem Datum des 19. Februar blieb es. Für Preußen unterzeichnete Herr von Manteuffel und Herr von Pommer Esche. Mein Minister hatte sich damit begnügt, daß ich den wichtigsten Teil der Verhandlungen führte und die Redaktion übernahm; eine Beteiligung seines Ressorts bei der Unterzeichnung hatte er, zu meiner geringen Befriedigung, nicht begehrt. Ich war daher zu dem Akte der Unterzeichnung nicht erschienen und, als wegen des eingetretenen Zwischenfalls nach mir geschickt wurde, nicht zu finden.

In Verbindung mit dem Vertrage hatte Herr von Bruck zwei Wünsche zur Sprache gebracht. Seine Regierung legte Wert darauf, daß der Beitritt unserer Zollverbündeten zu dem Vertrage nicht durch besondere Erklärungen, sondern durch eine, in den neuen Zollvereinsvertrag aufzunehmende Bestimmung erfolge, und sie fühlte das Bedürfnis, die Darmstadter Verbündeten, welche sie, nachdem dieselben ihre Schuldigkeit getan hatten, durch den Abschluß des Vertrages ihrem Schicksal überließ, vor unbilligen Anforderungen Preußens sicherzustellen. Beiden Wünschen konnten wir ohne Bedenken willfahren. Wir hatten keinen Grund, Österreich die formelle Genugtuung zu versagen, welche es in der Erwähnung des Februar-Vertrages in dem neuen Vereinsvertrage fand, und wir hatten niemals beabsichtigt, die Verständigung mit Österreich zu benutzen, um von unseren

alten Zollverbündeten Zugeständnisse zu erzwingen; denn wir wußten sehr gut, daß es in unserem Interesse lag, mit ihnen während der nächsten zwölf Jahre in Frieden zu leben. Aber die von Herrn von Bruck verlangte Aufnahme der beiden Punkte in das Schlußprotokoll lehnten wir ab. Durch ein vom Tage der Unterzeichnung datiertes Schreiben wurde ihm die Fassung eines in den Vereinsvertrag aufzunehmenden Artikels über den Beitritt zu dem Februar-Vertrage mitgeteilt und unsere Absicht zu erkennen gegeben, die Verhandlungen mit den Vereins-Regierungen auf die, aus dem September-Vertrage sich ergebenden Fragen zu beschränken, sofern diese Regierungen die früher gegen den letzteren erhobenen Bedenken nicht weiter verfolgen und ihrerseits andere Anträge nicht stellen würden. Herr von Bruck erklärte sich, in Beantwortung dieses Schreibens, mit der Fassung des Artikels einverstanden[1].

So war nach dreijährigem erbittertem Kampf der Friede mit Österreich geschlossen, und dieser Friede war für uns ein großer Erfolg. Der Februar-Vertrag war die Verwirklichung des Programms, welches wir bereits im November 1849 aufgestellt hatten. Unsere handelspolitische Stellung hatten wir nicht bloß behauptet, sondern durch den Anschluß des Steuervereins verstärkt. Österreich hatte von der Zolleinigung, welche den Angelpunkt seines Programms bildete, nichts gerettet als die Zusage, daß im Jahre 1860 über eine solche Einigung oder, wenn dieselbe noch nicht zustande gebracht werden könnte, über weitere Verkehrserleichterungen verhandelt werden solle. Die Staaten des Steuervereins hatten den richtigen Augenblick benutzt, um ihren Anschluß unter Bedingungen zu bewerkstelligen, welche ihnen ohne den ausgebrochenen Kampf nicht wären zugestanden worden. Die Darmstadter Verbündeten endlich waren nicht nur mit dem Trias-Gedanken gescheitert, sondern hatten auch, wie sich später zeigen wird, mit den Bedingungen Schiffbruch gelitten, welche sie uns bei der Erneuerung der Vereinsverträge zu stellen gedachten.

Eine Analyse des Vertrages würde zu weit führen. Ich be-

[1] Die Darstellung, welche „Der deutsche Zollverein" von Weber, 2. Auflage, S. 328 ff., von den Verhandlungen über den Februar-Vertrag gibt, ist, wie ich ausdrücklich bemerke, mehrfach unrichtig, wahrscheinlich weil der Verfasser nur aus den Mitteilungen schöpfte, welche Österreich den Darmstadter Verbündeten machte, und diese Mitteilungen auf den Eindruck berechnet waren, welchen sie bei den Empfängern hervorbringen sollten.

schränke mich auf zwei Bemerkungen allgemeiner Art und auf eine Mitteilung über die wirtschaftlichen Ergebnisse.

Wir mußten für den Vertrag eine zwölfjährige Dauer verlangen, denn es kam darauf an, Österreich auf so lange Zeit, als irgend tunlich, die Möglichkeit zu entziehen, die Fortdauer des Vertragsverhältnisses zwischen den beiden Zollgebieten von Zugeständnissen im Sinne der Zolleinigung abhängig zu machen. Eben aus diesem Grunde wollte Herr von Bruck eine solche Dauer anfangs gar nicht, später nur unter unzulässigen Voraussetzungen annehmen. Nach langen Verhandlungen war zuletzt die vorhin erwähnte Zusage für das Jahr 1860 das einzige Mittel, um die von uns verlangte Dauer zu erreichen. Sie wurde ungern erteilt, sie hat uns später Verlegenheiten bereitet, sie war aber trotzdem kein zu hoher Preis für die zwölfjährige Dauer.

Es war ferner, wie ich oben erwähnt habe, notwendig gewesen, eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, durch welche jedem Teile vorbehalten wurde, dann, wenn der andere Teil für einen im Zwischenverkehr begünstigten Gegenstand seinen allgemeinen Tarif ermäßigte, diesen Gegenstand einem Zwischenzoll oder einer Erhöhung des Zwischenzolls zu einem, der gegenseitigen Zollermäßigung entsprechenden Betrage zu unterwerfen. Zwar sollte diese Bestimmung auf die Mehrzahl der im Zwischenverkehr zollfreien und auf diejenigen Gegenstände nicht angewendet werden, deren begünstigte Behandlung ausnahmsweise an den Nachweis des Ursprungs geknüpft war, zwar sollte eine Erhöhung des Zwischenzolls nur insoweit eintreten, als sie nötig war, damit der allgemeine Tarifsatz des anderen Landes mit Hinzurechnung des Zwischenzolls nicht hinter dem eigenen allgemeinen Tarifsatz zurückbleibe, aber der Zwischenzoll war für die Mehrzahl der begünstigten Gegenstände so niedrig bemessen, daß der Zollverein, wenn er dazu schreiten wollte, seine Tarifsätze für diese Gegenstände zu ermäßigen, eine Erhöhung des österreichischen Zwischenzolls, also eine Erschwerung seiner Ausfuhr zu erwarten hatte. Ich täuschte mich nicht über die Folgen dieser rechtlichen und tatsächlichen Lage für unsere Handelspolitik. Es war klar, daß sie einem Meistbegünstigungs-Vertrage mit einem anderen europäischen Lande im Wege stehe, also Österreich während der nächsten zwölf Jahre eine privilegierte Stellung sichere, und daß sie einer autonomen Ermäßigung unseres Tarifs eine neue Schwierigkeit bereite. Noch während des Laufs der Verhandlungen hatte ich diese Folgen mit Herrn Kühne wiederholt besprochen, er war aber mit mir der An-

sicht, daß die unleugbar vorhandenen Bedenken uns nicht veranlassen dürften, die gegenseitigen Zollerleichterungen zu beschränken. Ein Meistbegünstigungs-Vertrag mit einem europäischen Lande für dessen europäische Erzeugnisse gehörte damals in das Reich der Träume, die privilegierte Stellung Österreichs ließ Beschwerden dritter Länder schon aus dem Grunde nicht besorgen, weil Österreich als Mitglied des Deutschen Bundes anzusehen war, und die Aussichten auf eine autonome Ermäßigung unseres Tarifs waren ohnehin so gering, daß es als eine Verkehrtheit erschien, greifbare Vorteile für unseren Handel aufzugeben, damit diese geringen Aussichten nicht noch geringer werden möchten. In der Tat waren es nicht Rücksichten auf den Zwischenzoll, sondern andere Gründe, welche in den folgenden Jahren der Ermäßigung der Eisenzölle entgegenstanden und später den Widerstand gegen den Handelsvertrag mit Frankreich und die mit demselben verbundene allgemeine Tarifrevision hervorriefen.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse des Vertrages müssen nach ihren verschiedenen Richtungen ins Auge gefaßt werden.

Zunächst brachte der Vertrag eine, damals auf keinem anderen Wege erreichbare Verbesserung unseres eigenen Tarifs, indem er uns zu Zollbefreiungen und Zollermäßigungen österreichischer Erzeugnisse verpflichtete, welche einen selbständigen, von dem Verhältnis zu Österreich unabhängigen Wert hatten. Die Zollbefreiung von Getreide, Hülsenfrüchten, Sämereien und Mehl, die Zollermäßigungen für Butter, Käse und Talg, und die Befreiungen und Ermäßigungen für Vieh gewährten der Einfuhr aus dem für uns wichtigsten Erzeugungslande dieser Gegenstände für die Dauer von zwölf Jahren noch größere Erleichterungen, als die vor drei Jahren an dem Widerstande der Landwirte gescheiterten Vorschläge des Handelsministeriums verlangt hatten. Die Ausdehnung, in welcher von diesen Erleichterungen Gebrauch gemacht wurde, zeigen die unten folgenden Zahlen.

Der sodann in Betracht kommende Einfluß des Vertrages auf den Umfang der gegenseitigen Einfuhren und Ausfuhren ist leider nicht ausreichend darzustellen. Zwar ist bekannt, welche Mengen der, durch den Vertrag zollfrei gewordenen oder im Zoll ermäßigten Waren während der Dauer des Vertrages aus dem freien Verkehr des einen in den freien Verkehr des anderen Zollgebietes übergegangen sind, es ist aber nicht bekannt, welche Mengen dieser Waren vor der Wirksamkeit des Vertrages in solcher Weise über-

gegangen waren, es ist daher zahlenmäßig nicht nachzuweisen, in welchem Maße der Vertrag den gegenseitigen Warenaustausch gesteigert hat. Nur das eine ist als sicher anzunehmen, daß vor dem Vertrage vereinsländische Gewerbserzeugnisse nur in geringen Mengen in Österreich eingeführt werden konnten, daß also die, unter Herrschaft des Vertrages erfolgten Einfuhren solcher Erzeugnisse, wenigstens in der Hauptsache, ohne denselben nicht erfolgt sein würden. Mit dieser Maßgabe haben die folgenden Zahlen, welche für die wichtigsten Gegenstände des begünstigten Verkehrs die gegenseitigen Einfuhren ersehen lassen, ihren Wert nur als Darstellung des Zustandes während des Vertrages; sie zeigen, welcher Teil der vorzugsweise empfangende war, und in welchem Maße Einfuhr und Ausfuhr sich unter dem Vertrage entwickelt haben. Vorweg ist zu bemerken, daß der Durchschnitt 1863/65 für den Zollverein nicht drei, sondern nur zweieinhalb Jahre umfaßte, weil vom 1. Juli 1865 ab im Zollverein der allgemeine Tarif an die Stelle des Vertragstarifs trat.

Die Erzeugnisse der Landwirtschaft und die aus diesen Erzeugnissen dargestellten Waren nehmen, der Menge nach, den ersten Rang ein. Es wurden auf Grund des Vertrages zollfrei oder zu ermäßigten Sätzen eingeführt, in Zollzentnern:

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollverein nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollverein		
	Getreide[1] u. Hülsenfrüchte	Mehl u. Mahlprodukte	Öl-Sämereien	Getreide u. Hülsenfrüchte	Mehl u. Mahlprodukte	Öl-Sämereien
1854/56	805 204	75 698	49 366	2 353 033	174 475	36 831
1857/59	1 112 783	179 345	49 186	1 649 918	126 827	171 018
1860/62	877 484	166 868	65 030	7 904 765	307 560	462 813
1863/65	1 090 337	331 870	90 717	3 988 467	260 386	442 085
1854/65	971 452	188 445	63 575	3 974 046	217 312	278 187

[1] Die in preußischen Scheffeln angeschriebene Einfuhr ist auf Gewicht umgerechnet, und zwar der Scheffel Weizen mit 85, Roggen mit 80, Gerste mit 67, Hafer und Buchweizen mit 58 und Hülsenfrüchte mit 99 Pfund.

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollverein nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollverein		
	Öl in Fässern	Butter	Käse	Öl in Fässern[1]	Butter	Käse
1854/56	48 531	6 374	197	145	32 000	5 533
1857/59	12 348	7 281	584	555	24 659	5 524
1860/62	50 003	2 375	766		34 353	5 888
1863/65	67 324	3 484	1 455		18 348	5 292
1854/65	44 552	4 879	751		27 340	5 559

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollverein nach Österreich Stück			aus Österreich nach d. Zollverein Stück		
	Rindvieh[2]	Schafvieh[3]	Pferde	Rindvieh	Schafvieh	Pferde
1854/56	12 618	1 983	3 241	21 943	27 203	5 876
1857/59	25 113	4 992	2 354	18 710	22 486	5 946
1860/62	14 181	6 055	1 726	22 362	25 849	9 092
1863/65	16 880	7 003	1 768	19 926	25 843	7 559
1854/65	17 198	5 008	2 272	21 985	25 346	7 118

Daß bei allen diesen Gegenständen, mit alleiniger Ausnahme von Öl in Fässern, der Zollverein der vorzugsweise empfangende Teil war, kann als natürliche Folge bekannter wirtschaftlicher Verhältnisse nicht überraschen. Die großen Schwankungen in dem Umfange des Getreideverkehrs erklären sich aus dem Wechsel der Ernteerträge. Eine merkbare Zunahme des Verkehrs während der zwölfjährigen Periode tritt nur bei Mehl, Ölsämereien und Öl in Fässern hervor, und zwar bei ersterem zugunsten der Ausfuhr des Zollvereins, während bei dem Öl, dank der Überlegenheit der vereins-

[1] Vom 1. Januar 1860 ab ist im Zollverein eine Einfuhr im Zwischenverkehr nicht angeschrieben, weil der allgemeine Zollsatz auf den Satz des Vertragstarifs herabgesetzt worden war.

[2] Kühe sind unter dem „Rindvieh" nicht enthalten, weil der österreichische allgemeine Tarif für diesen Artikel keinen höheren Zollsatz enthielt als der Vertragstarif.

[3] Das nämliche galt bis zum 1. Juli 1865 für die Hammel.

ländischen Fabrikation, Österreich stets der empfangende Teil war. Keiner der übrigen Gegenstände zeigt eine ins Gewicht fallende steigende Entwicklung.

Der Verkehr mit den Erzeugnissen des Gewerbefleißes bietet insofern ein anderes Bild, als bei der Mehrzahl derselben Österreich der empfangende Teil war. Aber auch bei diesen Erzeugnissen tritt eine steigende Entwicklung des Warenaustausches nur vereinzelt hervor. Die begünstigten Einfuhren betrugen in Zollzentnern:

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollverein nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollverein		
	Roheisen	Materialeisen	Eisen- u. Stahlwaren	Roheisen	Materialeisen	Eisen- u. Stahlwaren
1854/56	108 523	10 746	27 459	20 480	22 559	13 408
1857/59	134 886	58 608	37 734	17 910	28 053	14 626
1860/62	72 745	21 891	29 098	15 101	34 457	26 632
1863/65	59 157	69 728	53 928	5 017	26 195	34 977
1854/65	93 828	40 243	36 055	14 627	27 816	22 411

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollverein nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollverein		
	Kupfer-, Messing- u. Zinkwaren	Kurze Waren	Leder	Kupfer-, Messing- u. Zinkwaren	Kurze Waren	Leder
1854/56	1 966	664	28 197	239	70	493
1857/59	1 840	1 010	20 527	483	265	738
1860/62	1 462	792	13 792	821	178	1 227
1863/65	1 917	1 223	16 102	716	148	1 270
1854/65	1 796	922	19 655	565	165	932

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollverein nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollverein		
	Lederwaren	Papier	Tonwaren	Lederwaren	Papier	Tonwaren
1854/56	460	9 811	45 099	240	7 160	5 582
1857/59	1 454	18 684	55 564	560	10 354	5 548
1860/62	1 096	16 693	53 257	672	21 223	7 946
1863/65	1 280	29 816	55 636	378	24 803	10 137
1854/65	1 073	18 751	52 389	463	15 885	7 303

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollver. nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollver.		
	Glaswaren	Holzwaren	Baumwollengarn, rohes	Glaswaren[1]	Holzwaren	Baumwollengarn, rohes
1854/56	2 680	23 175	18 076	12 339	19 521	662
1857/59	4 470	29 151	17 771	16 313	27 527	1 337
1860/62	4 795	32 790	19 979	19 774	49 275	967
1863/65	4 365	43 974	43 680	23 882	58 675	1 385
1854/65	4 078	32 273	24 877	18 077	38 750	1 088

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollver. nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollver.		
	Baumwollengarn, gebleicht, gefärbt	Leinengarn, rohes: Handgesponnen	Leinengarn, rohes: anderes	Baumwollengarn, gebleicht, gefärbt	Leinengarn, rohes: Handgesponnen	Leinengarn, rohes: anderes
1854/56	13 547	8 620	8 557	205	1 732	4 545
1857/59	16 912	5 831	5 106	450	2 876	10 981
1860/62	14 029	3 865	4 810	367	3 119	28 410
1863/65	8 049	3 515	6 631	123	4 464	61 994
1854/65	13 134	5 458	6 276	286	3 048	26 483

im Durchschnitt der Jahre	aus d. Zollver. nach Österreich			aus Österreich nach d. Zollver.		
	Baumwollgewebe	Seidengewebe	Wollengewebe	Baumwollgewebe	Seidengewebe	Wollengewebe[2]
1854/56	871	670	3 873	82	332	185
1857/59	1 083	994	4 490	163	247	276
1860/62	664	1 029	3 117	289	312	277
1863/65	883	1 425	4 485	162	405	219
1854/65	875	1 030	3 969	174	324	239

[1] Rohes ungeschliffenes Spiegelglas ist unter den „Glaswaren" nicht enthalten, weil der Zollvereinstarif für diesen Artikel keinen höheren Zollsatz enthielt, als der Vertragstarif.

[2] Wollene gewalkte unbedruckte Waren, Strumpfwaren und ungewalkte ungemusterte Waren unterlagen nach dem Zollvereinstarif keinem höheren, Fuß-

Die vorstehenden Zahlen ergeben, daß der Zunahme des Verkehrs mit Materialeisen und Eisenwaren eine beträchtliche Abnahme des Verkehrs mit Roheisen gegenüberstand, daß die Einfuhren von anderen Metallwaren, kurzen Waren, Lederwaren, Tonwaren, leinenem Handgespinst, Baumwollgeweben im ganzen stationär blieben, und von Leder und gefärbtem Baumwollgarn sogar zurückgingen. Nur der Verkehr mit Glaswaren, Holzwaren und leinenem Maschinengarn, bei welchen der Zollverein, und von Seidenwaren, bei welchen Österreich der vorzugsweise empfangende Teil war, zeigt eine steigende beträchtliche Zunahme. Unter allen diesen Gegenständen sind es nur sehr wenige, deren Einfuhr- oder Ausfuhrmengen in der gesamten Einfuhr oder Ausfuhr des Zollvereins diejenige Stelle einnahmen, welche dem Verhältnis zu einem unmittelbar angrenzenden Handelsgebiete von dem Umfange Österreichs entsprochen hätte.

Wir hatten von den umfassenden Zollbefreiungen und den großen Zollermäßigungen, welche der Vertrag enthielt, ganz andere Ergebnisse für den Absatz unserer Gewerbserzeugnisse erwartet. Wir hatten bei dieser Erwartung die Verbrauchsfähigkeit Österreichs überschätzt, die Leistungsfähigkeit des österreichischen Gewerbfleißes auf manchen Gebieten unterschätzt und, was die Hauptsache war, die Wirkung nicht in Rechnung stellen können, welche zuerst der orientalische und später der italienische Krieg auf die Valuta-Verhältnisse in Österreich ausübten. Gleich das erste Jahr des Vertrages brachte diese Wirkung in empfindlichster Weise zur Erscheinung. Am 2. Januar 1854 wurde an der Wiener Börse das Silberagio mit 15⅞ % notiert, bis Ende März stieg es auf 44½ % und verharrte später auf mehr als 30 % — in die jetzige Währung und die Berliner Notierung übersetzt, etwa 173, 138 und 154 Mk. für 100 fl. — Die Zölle waren in Silber zu zahlen, die Entwertung der Valuta wirkte daher in ihrem vollen Betrage als Schutzzoll für die österreichischen Produzenten. Und das war nicht alles: die Schwankungen der Valuta erschwerten unserem Handelsstande die Kalkulation seiner Preise zuweilen bis zur Unmöglichkeit. Die eingetretene Täuschung hatte aber ihr Gutes. Im Jahre 1863 konnte ich mit voller Überzeugung aussprechen, daß die überaus geringe Entwicklung, welche die Ausfuhr nach Österreich unter den im ganzen mäßigen Zollsätzen des Vertrages erfahren hatte, mehr als

---

teppiche einem geringeren Zollsatz, als nach dem Vertragstarif und sind deshalb in der nachgewiesenen Einfuhr von Wollengeweben nicht enthalten.

alles andere dazu beigetragen habe, in der preußischen Industrie die Erkenntnis zu verbreiten, daß ein reiches, wenn auch gewerblich hoch entwickeltes Land mit geregeltem Geldumlauf, wie Frankreich, den schätzbarsten Markt für ihre Erzeugnisse darbiete.

Weit über unsere Erwartung hinaus entwickelte sich die Wirkung des Vertrages in einer anderen Richtung, in dem sogenannten Veredelungsverkehr. Der Vertrag und die zu seiner Ausführung getroffenen Verabredungen gewährten die Befreiung von Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben für die zur Reparatur, Bearbeitung und Veredelung aus dem einen in das andere Gebiet gebrachten und, nach Erreichung dieses Zwecks, unter den nötigen Kontrollen zurückgeführten Gegenstände, insbesondere für Gewebe und Garne zum Appretieren, Färben und Bedrucken. Diese Bestimmung hatte nur an Fälle gedacht, in welchen ein Gewerbtreibender seine Ware in das andere Gebiet sendet, um dieselbe für seine Rechnung veredeln zu lassen, und die, veredelt an ihn zurückgelangte Ware für seine Rechnung in den Handel zu bringen, sie wurde aber allmählich die Grundlage eines ganz anderen Geschäftsbetriebes. Vereinsländische Druckerei- und Färbereibesitzer kauften in Österreich, namentlich in Böhmen, baumwollene Gewebe oder Garne, ließen dieselben vom Verkäufer im Veredelungsverkehr an sich abfertigen und setzten sie, nachdem sie bedruckt oder gefärbt waren, zollfrei an ihre österreichischen Kunden ab. Diese Art des Verkehrs, welcher der Wortlaut des Vertrages zur Seite stand, erreichte mit der Zeit einen sehr beträchtlichen Umfang. Sie erklärt die Geringfügigkeit der vereinsländischen Ausfuhr von Baumwollgeweben und die Abnahme der Ausfuhr vereinsländischer gefärbter Baumwollgarne nach Österreich. Sie hat bis zum Schluß des Jahres 1879 fortgedauert.

Sehr wohltätig wirkte endlich der Vertrag auf den kleinen Grenzverkehr. Die überwiegende Mehrzahl der Gegenstände dieses Verkehrs war zollfrei geworden, die wenigen zollpflichtig gebliebenen waren sehr niedrig belegt. Für die täglichen Beziehungen der Bevölkerung an der 300 Meilen langen Grenze war in der Hauptsache Verkehrsfreiheit hergestellt. Eine weitere, über den Grenzverkehr hinausgehende Verkehrserleichterung war durch die in großem Umfange ausgeführte, noch jetzt bestehende Zusammenlegung der beiderseitigen Zollämter geschaffen.

Die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Ergebnisse des Vertrages sind hiermit bezeichnet. Von erheblicher finanzieller Bedeutung für

Österreich war das Zollkartell, auf welches wir gern verzichtet hätten. Dieses Kartell steht noch heute in Kraft; nur während etwa zwei Monaten im Jahre 1866 war es vollständig, und während der Zeit vom 1. Januar 1880 bis zum 1. Juli 1881 waren einzelne seiner Bestimmungen außer Kraft getreten.

Die Regierungen von Hannover, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg hatten wir von dem Gange der Verhandlungen mit Herrn von Bruck wiederholt und ausführlich unterrichtet. Unsere Gesandten bei den Darmstadter Verbündeten wurden in den ersten Tagen des Februar ermächtigt, etwaige Anfragen dahin zu beantworten, daß wir den baldigen Abschluß mit Österreich erwarteten und deshalb der allerseits gewünschten Lösung der Frage über den Fortbestand des Zollvereins entgegensähen. Unmittelbar nach der Unterzeichnung wurde ihnen der Vertrag zur amtlichen Mitteilung übersendet. Sie hatten dabei zu erklären, daß wir nunmehr bereit seien, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, und daß wir alle auf die Annahme und Ausführung des September-Vertrages nicht bezüglichen Punkte späterer Beratung vorbehalten wollten, sofern von anderer Seite die gegen diesen Vertrag erhobenen Bedenken nicht weiter verfolgt, und Anträge nicht zur Diskussion gestellt würden. Die Erwiderungen auf diese Mitteilung sprachen den Wunsch auf baldigste Eröffnung der Verhandlungen aus, und wir konnten daher zu dieser Eröffnung auf den 10. März einladen. Im Steuerverein waren die vereinbarten Zollerhöhungen rechtzeitig erfolgt.

In der Zwischenzeit hatten in Wien die am 20. Oktober begonnenen Verhandlungen über den Entwurf C ihren Fortgang genommen. Sie schritten langsam vorwärts und nahmen ein rascheres Tempo erst an, als wir mit Herrn von Bruck so weit gekommen waren, daß sie von keiner Seite mehr ernsthaft genommen werden konnten. Ehrenhalber wurden sie zu Ende geführt, der Abschluß erfolgte erst drei Tage nach Unterzeichnung des Februar-Vertrages, er wurde aber auf den 17. Februar zurückdatiert. Nicht einmal als Negotiationsmittel hat dieser Vertrag vom 17. Februar eine Bedeutung erlangt. Bei den Verhandlungen mit uns hüteten sich die Darmstadter Verbündeten sehr wohl, ihn auch nur zu erwähnen; Bedingungen konnten sie uns ohnehin nicht stellen.

Sobald ich mit dem Februar-Vertrage fertig war, ging ich daran, den neuen Zollvereinsvertrag nebst den dazu gehörenden Nebenabreden

zu entwerfen. Die Entwürfe konnten den Bevollmächtigten bei deren Eintreffen in Berlin gedruckt vorgelegt werden.

Die Verhandlungen begannen am 12. März. Die süddeutschen Staaten würden die Fortsetzung der Zollvereinsverträge von einer Ermäßigung der, in den norddeutschen Staaten erhobenen Übergangsabgaben von Wein und Tabak abhängig gemacht haben; gleich bei Eröffnung der Verhandlungen brachten sie diese Ermäßigung, freilich nicht mehr als Bedingung, in Antrag. Nachdem wir jede Verhandlung über den Antrag einfach abgelehnt hatten, erklärten sie die Zustimmung zu dem Inhalt des September-Vertrages mit den, in der vorjährigen Konferenz vereinbarten näheren Bestimmungen. Unserem Programm entsprechend wurde beschlossen, die Verhandlungen auf die aus diesem Vertrage sich ergebenden Änderungen der Vereinsverträge und des Tarifs, sowie auf folgende mit demselben im Zusammenhange stehenden Gegenstände zu beschränken: die Besteuerung des Rübenzuckers, die Alimentation der dienstlos werdenden Beamten, die Bewilligung von Zollvergütungen an die Erbauer von Seeschiffen und die bis zum Vollzuge der Zollvereinigung mit dem Steuerverein zu treffenden Übergangsmaßregeln.

Die Verständigung über den von mir entworfenen neuen Zollvereinsvertrag erfolgte ohne besondere Schwierigkeit. Wir ließen dabei eine Ergänzung der bestehenden Verabredungen zu, welche von der Mehrzahl unserer Zollverbündeten wegen eines Vorganges aus neuerer Zeit gewünscht wurde.

Preußen hatte nämlich von den beteiligten Vereinsstaaten die Erstattung der Kosten in Anspruch genommen, welche es im Jahre 1849 zur Niederwerfung der Aufstände in Sachsen und in Süddeutschland hatte aufwenden müssen, und, als die Anerkennung dieser Forderung Hindernisse fand, dieselben durch Zurückbehaltung der von ihm an diese Staaten zu leistenden Herauszahlungen an Zöllen und inneren Steuern gedeckt. Über seine Berechtigung zu diesem Verfahren waren lebhafte Meinungsverschiedenheiten entstanden und, wenn auch über die Forderung selbst inzwischen eine gütliche Vereinbarung stattgefunden hatte, so war doch der Wunsch vorhanden, eine Wiederholung desselben auszuschließen. Wir nahmen eine diesem Wunsche entsprechende Bestimmung in das Schlußprotokoll auf, denn wir waren uns bewußt, daß die rechtliche Begründung unseres Verfahrens sehr anfechtbar sei. Der neue Vertrag ist bis zum Schluß des Jahres 1865 unverändert in Kraft geblieben.

Mit dem neuen Vertrage stand in Verbindung eine neue Übereinkunft zwischen Preußen, Sachsen, Thüringen und Braunschweig über die Teilung der gemeinschaftlichen Ausgangs- und Durchgangsabgaben. Sie wurde abgeschlossen auf der Grundlage, welche oben bei der Besprechung des Beitrittsvertrages mit Thüringen näher angegeben ist. Ihre eigentliche Bedeutung verlor sie, als am 1. März 1861 die Durchgangsabgaben und die an deren Stelle erhobenen Ausgangsabgaben außer Kraft traten, und sie wurde bei dem Ablauf der Vereinsperiode nicht erneuert, nachdem der Tarif von 1865 die Erhebung von Ausgangsabgaben auf zwei Gegenstände beschränkt hatte. Ihre finanzielle Wirkung war folgende. Es betrug im Durchschnitt der zwölf und sieben Jahre

	1842/53	1854/60
die Gesamteinnahme an Durchgangsabgaben	417 939 Rtlr.	361 807 Rtlr.
das Präzipuum Preußens	300 000 „	127 812 „
der Kopfanteil „	73 665 „	181 615 „
also der gesamte Anteil Preußens	373 665 „	309 427 „
oder in Prozenten der Gesamteinnahme	89,4 %	85,5 %

Schwieriger war die Verständigung über die Besteuerung des Rübenzuckers. Nach einer, im September-Vertrage getroffenen Bestimmung sollten die Rübenzuckersteuer und der Zoll von ausländischem Zucker und Sirup zusammen jährlich mindestens 6,0762 Sgr. für den Kopf der jeweiligen Bevölkerung ergeben. Zur Ausführung dieser Bestimmung hatte ich schon bei den Verhandlungen von 1852 vorgeschlagen, den Betrag der Steuer vom 1. September 1853 ab von 3 Sgr. auf 6 Sgr. für den Zentner roher Rüben, und vom 1. September 1855 ab jährlich um weitere 1/4 Sgr. zu erhöhen, sofern in dem abgelaufenen Jahre der Ertrag von Zoll und Steuer hinter dem Mindestbetrage zurückgeblieben sei. Mein Vorschlag beruhte auf der Unterstellung, daß eine Verdoppelung der Steuer die Konkurrenzfähigkeit des ausländischen Zuckers mit dem inländischen sichern werde, und auf der Absicht, durch die an bestimmte Voraussetzungen geknüpfte Vorausbestimmung weiterer Steuererhöhungen die erfahrungsmäßig sehr schwierige Verständigung über solche Erhöhungen entbehrlich zu machen. Die Verdoppelung der Steuer, deren Notwendigkeit

zahlenmäßig nachgewiesen werden konnte, und das Prinzip der allmählichen Erhöhung wurde angenommen, im Interesse der Industrie wurde eine zweijährige Periode mit einer Steigerung um 1/2 Sgr. an Stelle der einjährigen mit 1/4 Sgr. Steigerung gesetzt. Die auf diesen Grundlagen abgeschlossene Übereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers ist nur bis zum 1. September 1858 in Wirksamkeit geblieben, denn die Erfahrung zeigte, daß es ein Irrtum gewesen sei, vorauszusetzen, der Steuersatz von 6 Sgr., welcher von vielen Seiten, Regierungen und Interessenten, als verderblich für die Rübenzuckererzeugung angesehen wurde, werde ein annähernd richtiges Verhältnis zwischen der Besteuerung des inländischen und ausländischen Zuckers herstellen. Die Verarbeitung der Rüben ging zwar in den beiden ersten Betriebsjahren nach Erhöhung der Steuer zurück — von 21 700 000 Ztnr. in 1852/53 auf 18 500 000 Ztnr. in 1853/54 und 19 200 000 Ztnr. in 1854/55 — hatte aber schon im dritten Betriebsjahre mit 21 800 000 Ztnr. die frühere Höhe wieder erreicht und in den beiden folgenden Betriebsjahren mit 27 500 000 Ztnr. und 28 900 000 Ztnr. diese Höhe weit überstiegen. Gleichzeitig war die Einfuhr fremden Rohzuckers von 775 000 Ztnr. in 1853 auf 340 000 Ztnr. in 1857 zurückgegangen. Allerdings hatten die Einnahmen vom Zuckerverbrauch den Mindestbetrag von 6,0762 Sgr. für den Kopf überstiegen, sie bewegten sich aber in sinkender Richtung. Es wurde deshalb am 16. Februar 1858 eine neue Übereinkunft abgeschlossen, welche das System des Mindestertrages und der allmählichen Steigerung des Steuersatzes aufgab und die Rübenzuckersteuer bis auf weiteres auf 7 1/2 Sgr. vom Zentner erhöhte. Bei diesem Satz ist es denn bis zum 1. September 1869 geblieben, auch nachdem mit dem 1. September 1861 eine Ermäßigung der Eingangsabgaben von fremdem Zucker eingetreten war. An den Verhandlungen über die Übereinkunft habe ich nicht teilgenommen, weil ich mich während derselben in Wien befand.

Die Bestimmungen über die Alimentation der dienstlos werdenden Beamten waren schon bei den früheren Verhandlungen beraten und durch den Vertrag mit Braunschweig vom 2. November 1852 festgestellt. Sie haben eine Abänderung nicht erfahren und sind noch im Jahre 1868 auf die, durch den Zollanschluß von Mecklenburg und Lübeck dienstlos gewordenen Beamten in Anwendung gebracht worden.

Auch die Vereinbarung über die an Erbauer von Seeschiffen zu

gewährende Vergütung für die, durch die Zölle für Metalle und Metallwaren herbeigeführte Verteuerung des Schiffbaues hat die Vereinsperiode weit überdauert. Ich habe früher beiläufig einer Kabinettsorder vom 24. Mai 1848 erwähnt, welche diese Verteuerung durch eine, nach der Tragfähigkeit der Schiffe abgestufte, auf privative Rechnung Preußens gezahlte Bauprämie ausgleichen wollte. Sie hatte ihren Zweck nur unvollkommen erreicht. Die nach dem üblichen Eisenverbrauch zur Zeit ihrer Feststellung bemessene Prämie blieb nicht bloß hinter der allgemeinen Zunahme der Verwendung von Metallen, sondern noch mehr hinter dem Metallbedarf zurück, welcher durch die besondere Bestimmung einzelner Schiffe bedingt war. Sie war berechnet nicht nach den, auf den fertigen Bau- und Ausrüstungsgegenständen ruhenden, sondern nach denjenigen Zöllen, welche von dem zur Anfertigung dieser Gegenstände erforderlichen Eisen zu entrichten waren. Endlich fehlte es an jeder Gewähr dafür, daß der Zweck der Maßregel, nämlich die Hebung des Schiffbaues durch Verwendung von Metall, wirklich erreicht werde. Die neue Vereinbarung gab daher das Prämiensystem auf und ließ alle metallenen Schiffbaumaterialien oder das zu deren Anfertigung im Inlande erforderliche Metall auf Vereinsrechnung zollfrei zu, und zwar diejenigen Bau- und Ausrüstungsgegenstände, deren Verwendung im Schiff sich speziell nachweisen läßt, unter Kontrolle der Verwendung, alle übrigen bis zu einem, nach der Tragfähigkeit des Schiffes abgestuften Höchstbetrage des Zolles. Das der Vereinbarung angeschlossene Verzeichnis der speziell nachweisbaren Gegenstände hat im Laufe der Jahre zahlreiche Ergänzungen erfahren, und die Höchstbeträge des Zollerlasses für die nicht nachweisbaren Gegenstände haben mit den wechselnden Zollsätzen für Metalle gewechselt, aber die Grundsätze der Vereinbarung bestehen noch heute.

Die Übergangsmaßregeln endlich hatten zum Zweck, für die Zwischenzeit bis zum Anschluß des Steuervereins den Warenaustausch zwischen beiden Vereinen soweit zu erleichtern, als die Verschiedenheit der beiderseitigen Zolltarife solches gestattete. Ihre Feststellung nahm infolge ungebührlicher Forderungen Hannovers einen unverhältnismäßigen Aufwand an Zeit und Kräften in Anspruch; sie erfolgte durch ein am 27. März unterzeichnetes Protokoll, dessen Bestimmungen am 5. April in Kraft traten. Zugleich wurde eine Verordnung vereinbart, welche die in dem September-Vertrage festgesetzten, oben be-

sprochenen Zollermäßigungen vom 1. Juli ab in dem Gebiete des Zollvereins in Wirksamkeit setzte.

Hiermit waren aber die Gegenstände der Verhandlungen keineswegs erschöpft. Kurhessen hatte dem früher erwähnten Vertrage vom 26. November 1852 über die Fortdauer des thüringischen Vereins beizutreten, da es diesem Verein mit dem Kreise Schmalkalden angehörte; zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg war ein Vertrag über die gleiche Besteuerung von Wein und Tabak, sowie über die Gemeinschaftlichkeit der Übergangsabgaben von diesen Gegenständen abzuschließen; der Vertrag zwischen Preußen, Sachsen und Thüringen über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse, die Übereinkunft zwischen diesen Staaten und Braunschweig über den Verkehr mit Bier, und die Übereinkunft zwischen Preußen und Braunschweig wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse waren zu erneuern. Alle diese Verträge sind bis zum Schluß der Vereinsperiode unverändert in Kraft geblieben: nur einer von ihnen gibt zu einer Besprechung Anlaß, nämlich der preußisch-sächsisch-thüringische Vertrag über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse.

Wir hatten, wie ich oben erwähnt habe, an Thüringen eine Abänderung des über diesen Gegenstand am 8. Mai 1841 abgeschlossenen Vertrages dahin zugestanden, daß bei der Teilung der Branntweinsteuer an Stelle unseres Präzipuums von 18½ % des Ertrages ein Abzug von 5 % von den Herauszahlungen trat. Die Ausdehnung dieses Zugeständnisses auf Sachsen lehnten wir ab. Sachsen konnte mit größerem Recht als Thüringen sich über Verkürzung seiner Einnahmen durch unser Präzipuum beschweren, es würde dessen Beseitigung zu einer Bedingung für die Fortsetzung der Zollvereinsverträge gemacht haben, und wir würden ihm, wenn es die gleiche Politik, wie Thüringen, befolgt hätte, nicht haben versagen können, was wir Thüringen gewährten; jetzt benutzten wir die Lage zu einer Vergeltung seiner Politik. Die finanzielle Bedeutung der Frage für die drei beteiligten Staaten ist einfach darzustellen. Für Thüringen würde betragen haben und hat betragen im Durchschnitt der zwölf Jahre 1854/65:

	nach dem alten Vertrage Rtlr.	nach dem neuen Vertrage Rtlr.	Rtlr.
der Anteil nach dem Verhältnis der Bevölkerung	391 297	391 297	.
davon ab 18½ % Präzipuum[1]	64 347	.	.
die eigene Steuereinnahme . .	.	76 392	76 392
also die Herauszahlung	.	314 905	.
davon ab 5 %	.	15 745	299 160
also wirkliche Einnahme . . .	326 950	.	375 552

Thüringen erhielt daher nach dem neuen Vertrage jährlich 48 602 Rtlr. mehr, als es nach dem alten Vertrage erhalten haben würde. An dieser Mehreinnahme Thüringens nahm Preußen infolge der vollen Anrechnung seiner thüringischen Bevölkerung mit 13 134 Rtlr. teil, und es betrug daher seine wirkliche Mindereinnahme 35 468 Rtlr. Für Sachsen würde, bei Anwendung der mit Thüringen getroffenen Verabredung, sich folgendes ergeben haben:

Anteil nach dem Verhältnis der Bevölkerung	794 024	Rtlr.	.	
eigene Steuereinnahme	590 387	„	590 387	Rtlr.
also Herauszahlung	203 637	„	.	„
davon ab 5 %	10 181	„	193 456	„
mithin eine Einnahme von	.		783 843	„
In Wirklichkeit hat Sachsen erhalten	.		669 119	„
also weniger	.		114 724	„

Die Politik des Freiherrn von Beust hat daher seinem Lande in der zwölfjährigen Periode 1 376 688 Rtlr. gekostet, ein Verlust, welchem nicht der kleinste politische oder wirtschaftliche Gewinn gegenüberstand. Vielleicht ist die, auch für einen leichtsinnigen Staatsmann empfindliche Größe dieses Verlustes auf die Haltung des Ministers während der, zehn Jahre später eintretenden Zollvereinskrisis, nicht ohne Einfluß gewesen.

[1] Das Präzipuum von 18½ % sollte nach dem alten Vertrage für Sachsen und Thüringen zusammen die Summe von 200 000 Rtlr., nach dem neuen Vertrage für Sachsen die Summe von 129 000 Rtlr. im Jahre nicht übersteigen, und ist deshalb für den größeren Teil der Periode nicht mit seinem vollen Betrage in Ansatz gekommen.

Drei Wochen nach ihrem Beginn waren die Verhandlungen zum Abschluß gebracht. Am 3. April wurde der Beitrittsvertrag Kurhessens zum thüringischen Vereinsvertrage, am 4. April wurden alle übrigen Verträge unterzeichnet. Der Bevollmächtigte Frankfurts, Senator Coester, den ich als Mitglied der Kasseler Konferenz erwähnt habe, war einige Tage vorher erkrankt, der bayerische Bevollmächtigte, Herr Philipsborn und ich brachten ihm die Urkunden zur Unterschrift in sein Hotel. Wir traten an ein Sterbelager. Langsam und mit zitternder Hand unterschrieb er, er pries sich glücklich, seinen Namen unter die Verträge setzen zu können, mit den Worten: „Heil Preußen" sank er auf das Kissen zurück. Am Tage darauf war er verschieden.

Wenige Monate später wurde auch Herr Klenze hinweggerafft, er erlag plötzlich einem Schlaganfalle.

Bevor die Konferenz auseinander ging, geschah noch der erste Schritt zu der, freilich erst drei Jahre später zum Abschluß gelangten Regelung der Beziehungen zu Bremen. Schon im September-Vertrage war eine Suspension der, den Weseruferstaaten zustehenden Weserzölle für den Fall in Aussicht genommen, daß dadurch zweckmäßige Abrundungen des Zollgebiets und wesentliche Hilfsmittel zur Sicherung der gemeinsamen Grenzabgaben erreicht werden könnten. Durch Aufnahme einer entsprechenden Verabredung in das Schlußprotokoll zu dem neuen Zollvereinsvertrage war dieselbe auch für Kurhessen und Braunschweig verbindlich geworden, und Lippe hatte sich zur Annahme der von den übrigen Uferstaaten zu treffenden Maßregeln bereit erklärt. So konnten wir, im Einverständnis mit Hannover, die Zustimmung zur Eröffnung von Verhandlungen zwischen dem Zollverein und Bremen beantragen, und ein Programm der Forderungen vorlegen, welche als Gegenleistung für die Suspension der Weserzölle von Bremen zuzugestehen seien. Dieselben betrafen den zur Abrundung unseres Zollgebietes erwünschten Anschluß einzelner bremischer Gebietsteile an den Zollverein, die Errichtung eines vereinsländischen Zollamts in Bremen zur Abfertigung des Weserverkehrs nach und von dem Zollverein und einer Zollvereinsniederlage, wie solche bei der oben erwähnten Verständigung auf der letzten General-Konferenz in Aussicht genommen war, die Erhaltung des in Bremen bereits vorhandenen Abfertigungsamtes für den Eisenbahn-Verkehr, endlich die Fortdauer und Erweiterung des zwischen dem Steuerverein und Bremen bestehenden Zollkartells. Unsere Vorschläge wurden in ein, am 7. April unterzeichnetes Protokoll niedergelegt

und erhielten im Schriftwege die allseitige Zustimmung. Der auf ihnen beruhende, am 26. Januar 1856 abgeschlossene, am 14. Dezember 1865 mit einigen Abänderungen erneuerte Vertrag mit Bremen ist bis zum 1. Juli 1879 in Wirksamkeit geblieben.

Nach Unterzeichnung dieses Protokolls kehrten die fremden Bevollmächtigten in ihre Heimat zurück. Sie konnten die Erinnerung an vielfache Aufmerksamkeiten mitnehmen, welche ihnen während der ganzen Dauer der Konferenz zu teil geworden waren. Vom König und vom Prinzen von Preußen waren sie wiederholt zur Tafel befohlen, die beteiligten Minister hatten ihnen Diners gegeben, der General-Steuer-Direktor von Pommer Esche und sein Bruder, der Unterstaatssekretär, hatten sie abends bei sich gesehen; in Erinnerung an den Vorgang bei den Dresdener Konferenzen waren ihnen in den königlichen Theatern Freiplätze zur Verfügung gestellt, das „Kapitel", von welchem ich früher gesprochen habe, war wieder in Gang gesetzt worden. Herr von Bruck war, obgleich er einen preußischen Orden noch nicht besaß, gegen alle Tradition zu dem, während seiner Anwesenheit stattfindenden Ordensfest eingeladen. Äußerlich war geschehen, was geschehen konnte, um ein gutes Verhältnis herzustellen.

Ich habe endlich noch die fremden Bevollmächtigten zu erwähnen, welche bei den Verhandlungen mitwirkten.

Von den Bevollmächtigten Bayerns, Hannovers, Württembergs, Badens, Thüringens, Braunschweigs und Frankfurts, den Herren Meixner, Klenze, von Sigel, Hack, Thon, von Thielau und Coester habe ich früher bereits gesprochen. Sachsen war durch den Zoll- und Steuer-Direktor von Schimpff vertreten, einen Mann von gründlichen Kenntnissen, vornehmer Haltung und großem Selbstgefühl; wir waren Nachbarn am Konferenztisch und wurden gute Freunde. Kurhessen hatte im Jahre 1852 zuerst den Ober-Finanzrat du Fais und, als dessen Unzulänglichkeit evident wurde, den Geheimen Legationsrat von Meyer abgeordnet, welcher der Fachkenntnis entbehrte, aber Verstand und angenehme Formen besaß. Im Jahre 1853 war der bei der Kasseler Zollkonferenz erwähnte Geheime Ober-Finanzrat Duysing sein Bevollmächtigter. Für Großherzogtum Hessen fungierte bis in den August 1852 der Ober-Steuerrat Ewald, geistreich und liebenswürdig, von seinem Verstande, der Politik seiner Regierung keineswegs zugetan, und später der Ministerialrat von Biegeleben, welcher diese Politik mit Überzeugung und Geschick vertrat. Bevollmächtigter Oldenburgs war der braunschweigische und oldenburgische

Geschäftsträger Dr. Liebe; die Stellung, welche seine Regierung bei den Verhandlungen einzunehmen hatte, gestattete ihm nicht, die ausgezeichneten Eigenschaften zu voller Geltung zu bringen, durch welche er später hervorragte. Den Präsidenten Vollpracht habe ich als nassauischen Bevollmächtigten oben erwähnt; an seine Stelle trat im Jahre 1853 der Domänenrat Freiherr Marschall von Bieberstein.

Unseren Kammern wurden der Vertrag mit Österreich am 18. März, die Zollvereinsverträge am 9. April vorgelegt. Für alle diese Verträge waren in der zweiten Kammer Herr Kühne, in der ersten der frühere Finanzminister von Düesberg Referenten. In den Beratungen beider Kammern kam die Befriedigung zu deutlichem Ausdruck, welche die Art, wie die Lösung der langen und schweren Krisis gelungen war, im ganzen Lande hervorgerufen hatte. Diese Lösung hatte dem preußischen Selbstgefühl voll Genüge getan und zugleich die verschiedenen handelspolitischen Richtungen für den Augenblick zufrieden gestellt. Die Freihändler erblickten in dem Beitritt Hannovers und Oldenburgs den Anfang einer, ihren Wünschen entsprechenden Wendung der Zollpolitik und jedenfalls eine Gewähr gegen weitere Ausbildung der Schutzzölle; die Schutzzöllner trösteten sich über den Verlust ihrer Hoffnungen auf Zollerhöhungen mit der Erweiterung des Marktes, welche den Erzeugnissen der Industrie durch die zollfreie Einfuhr in den Steuerverein und durch die begünstigte Einfuhr in Österreich gesichert war. Eine ernsthafte parlamentarische Diskussion fand nur über die neue Besteuerung des Rübenzuckers statt. Die Vertreter der Rübenzuckerindustrie prophezeiten eine unheilbare Schädigung dieser vaterländischen Produktion; in den Kommissions- und Plenar-Beratungen hatte ich die Notwendigkeit der vereinbarten Steuererhöhung ausführlich nachzuweisen, und die an dieselbe geknüpften Besorgnisse auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Anfang Mai waren die Verträge von beiden Kammern mit überwiegenden Mehrheiten genehmigt, und am 2. Juni erfolgte der Austausch der Ratifikationen.

Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Stan - 0.M

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY

To avoid fine, this book should be returned on or before the date last stamped below.

Stanford University Libraries
3 6105 011 804 320

STANFORD UNIVERSITY LIBRAR
STANFORD AUXILIARY LIBRAR
STANFORD, CALIFORNIA 94305-
(650) 723-9201
salcirc@sulmail.stanford.edu
All books are subject to recall.
DATE DUE